

## Bericht

der Enquete-Kommission 14/3 „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“ („Jugend und Politik“)

Berichterstatlerin: Abgeordnete Ulla Brede-Hoffmann

### Inhaltsübersicht

	Seite
<b>A. Einleitung</b> .....	10
I. Dialog mit der Jugend .....	10
II. Vorwort .....	11
III. Aufgabe .....	11
IV. Begriffsbestimmung .....	11
V. Gespräche .....	11
VI. Best Practice .....	12
VII. Gutachten .....	12
VIII. Lebenswelten .....	12
IX. Beobachtungsschwerpunkte .....	12
X. Lebenswelt Familie .....	13
XI. Blickerweiterung .....	13
1. Der Landtag .....	13
2. Die Medien .....	13
3. Extremismus .....	13
XII. Maßnahmenkatalog .....	14
XIII. Das Ziel .....	14
<b>B. Arbeitsweise der Enquete-Kommission (Vorsitzende Abg. Brede-Hoffmann)</b> .....	15
I. Gemeinsam in einem Boot .....	15
II. Gemeinsam für die Interessen der Kinder und Jugendlichen .....	15
1. Gruppenbildung ohne Parteiproporz .....	15
2. Feststellung ohne Parteibrille .....	15
3. Gespräche ohne Parteienstreit .....	16
4. Politikerinnen und Politiker, die sich gegenseitig ernst nehmen .....	16
III. Hohe Arbeitsbereitschaft .....	16
IV. Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	16
V. Die Landtagsverwaltung .....	16
VI. Die Seminarangebote .....	17
VII. Die Landesregierung .....	17
VIII. Spaß .....	17
IX. Dank .....	17

<b>C. Auftrag und Zusammensetzung der Enquete-Kommission und wesentlicher Gang der Beratungen</b> .....	18
I. Auftrag und Zusammensetzung der Enquete-Kommission .....	18
1. Auftrag .....	18
2. Zusammensetzung .....	19
II. Wesentlicher Gang der Beratungen .....	21
1. Vorbemerkungen .....	21
2. Verlauf der Beratungen .....	22
<b>D. Gemeinsame Empfehlungen für die Verbesserung der Partizipationschancen in den Lebenswelten</b> .....	24
I. Lebenswelt Kindertagesstätte .....	24
II. Lebenswelt Schule .....	24
III. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule .....	26
IV. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit .....	27
V. Lebenswelt Medien .....	28
<b>E. Gemeinsame Empfehlungen</b> .....	30
I. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlung politischer Arbeit .....	30
1. Lebenswelt Kindertagesstätte .....	30
2. Lebenswelt Schule .....	30
3. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule .....	31
4. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit .....	31
5. Lebenswelt Medien .....	31
II. Maßnahmen zur Verbesserung von Partizipation durch Ressourcen und Unterstützung .....	32
1. Lebenswelt Schule .....	32
2. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule .....	33
3. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit .....	33
III. Maßnahmen zur Verbesserung aktiver Teilhabe durch Partizipationsmöglichkeiten in Politik, Parteien und Verwaltung .....	33
1. Lebenswelt Kindertagesstätte .....	34
2. Lebenswelt Schule .....	34
3. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule .....	36
4. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit .....	37
5. Lebenswelt Medien .....	38
IV. Maßnahmen zur Sensibilisierung von Politik für die Interessen Jugendlicher .....	38
1. Lebenswelt Kindertagesstätte .....	39
2. Lebenswelt Schule .....	39
3. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit .....	39
V. Maßnahmen zur Verdeutlichung des Zusammenhangs von Politik und dem Leben Jugendlicher .....	40
1. Lebenswelt Kindertagesstätte/Schule .....	41
2. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule .....	41
3. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nichtorganisierte Jugendarbeit .....	41
4. Lebenswelt Medien .....	41
VI. Maßnahmen zur besseren Aufklärung und Empfehlungen zur Bekämpfung extremistischen Gedankenguts bei Jugendlichen .....	42
VII. Exkurs: Das Parlament als Ort politischer Bildung von Kindern und Jugendlichen .....	43
<b>F. Kritik und Ausblick</b> .....	45
<b>G. Abweichende Meinung der Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Elfriede Meurer, Dorothea Schäfer, Angela Schneider-Forst (CDU) sowie der Sachverständigen Dr. Werner Blumenthal, Lothar Harles und Siglinde Hornbach-Beckers</b> .....	48

	Seite
<b>H. Abweichende Meinung des Abgeordneten Nils Wiechmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)</b> .....	49
<b>J. Beratungen und Ergebnisse</b> .....	53
<b>I. Gespräch mit Experten aus der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildungsarbeit am 2. September 2004</b> . . . . .	53
1. Vorbereitung des Gesprächs .....	54
2. Das Gespräch mit den Experten aus dem Bereich der politischen Jugendbildung .....	54
3. Darstellung der wichtigsten Aussagen des Gesprächs und der schriftlichen Stellungnahmen der Experten aus der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung .....	54
4. Ergebnisse/wichtigste Punkte des Gesprächs mit Experten aus der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung .....	67
5. Bewertung des Gesprächs mit den Experten aus der politischen Jugendbildung, angelehnt an den Untersuchungsauftrag der Kommission im Einsetzungsbeschluss .....	69
6. Empfehlungen und Schlussfolgerungen. ....	73
<b>II. Gespräch mit Kindern und Jugendlichen am 15. Oktober 2004.</b> .....	74
1. Vorbereitung des Gesprächs .....	74
2. Das Gespräch mit den Kindern .....	74
a) Wesentlicher Verlauf des Gesprächs mit Kindern .....	74
b) Teil 1 des Gesprächs .....	75
c) Teil 2 des Gesprächs .....	75
3. Das Gespräch mit den Jugendlichen .....	76
a) Wesentlicher Verlauf des Gesprächs mit Jugendlichen. ....	76
b) Teil 1 des Gesprächs .....	76
aa) Schule/Sozialkundeunterricht .....	76
bb) Beteiligung und Politik. ....	77
cc) Politikerinnen und Politiker .....	77
dd) Medien .....	78
c) Teil 2 des Gesprächs .....	79
4. Ergebnisse/wichtigste Punkte des Gesprächs mit den Kindern und Jugendlichen .....	80
a) Allgemeine Bemerkungen. ....	80
b) Art des Engagements, Motivation und Stellenwert im Leben der Kinder und Jugendlichen .....	80
c) Verständnis erfolgreicher Partizipation .....	80
d) Rolle des Sozialkundeunterrichts .....	81
e) Anforderungen an die Politik und an die in der Politik handelnden Personen .....	81
f) Medien .....	81
<b>III. Gespräch mit den Vertretern der politischen Jugendorganisationen am 3. Dezember 2004.</b> .....	82
1. Vorbereitung des Gesprächs mit den Vertretern der politischen Jugendorganisationen .....	82
2. Teilnehmer des Gesprächs mit den politischen Jugendorganisationen. ....	82
3. Themen des Gesprächs mit den Jugendlichen .....	82
3.1 Aktuelle Rahmenbedingungen .....	82
3.1.1 Zugang zur Schule .....	83
3.1.2 Umgang mit „Politikverdrossenheit“ .....	83
3.2 Aufgabe der politischen Jugendorganisationen. ....	85
3.3 Veranstaltungswerbung .....	85
3.4 Veranstaltungen .....	86
3.4.1 Jugendgemäße Veranstaltungsformen und -arten. ....	86
3.4.2 Feedback und Evaluation der eigenen Veranstaltungen .....	86
3.5 Geschlechterdifferenzen, soziale und regionale Unterschiede .....	86
3.5.1 Soziale Unterschiede. ....	86
3.5.2 Regionale Unterschiede .....	87
3.5.3 Geschlechtsspezifische Unterschiede .....	87
4. Appelle und Empfehlungen an die Kommission .....	88

	Seite
<b>IV. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche der Kindertagesstätten am 26. November 2004</b> .....	89
I. Allgemeiner Teil .....	89
1. Projektbeschreibung .....	89
a) Kindertagesstätte „Arche Noah“ in Undenheim .....	89
b) Protestantische Kindertagesstätte Großniedesheim in Großniedesheim .....	89
c) Kindergarten „Wühlmäuse“ in Bodenheim .....	89
d) Kindertagesstätte Wittlich-Neuerburg in Wittlich .....	89
e) Kommunaler Kindergarten Naseweis in Schweppenhausen .....	90
f) Katholischer Kindergarten in Langenlonsheim .....	90
2. Gespräch mit den Kindern .....	90
3. Gespräch mit den Erwachsenen/Erzieherinnen und den Kindern .....	91
a) Geschichte des Projektes/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation? .....	91
b) Zieldiskussion .....	91
c) Methodische Umsetzung der Projektziele .....	91
d) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten .....	92
e) Wirkung des Projekts .....	92
f) Grenzen des Projekts .....	93
g) Rolle der Erwachsenen .....	93
h) Stadt/Land .....	93
4. Wichtigste Eindrücke aus den einzelnen Kindertagesstätten .....	93
a) Kindertagesstätte „Arche Noah“ in Undenheim .....	93
b) Protestantische Kindertagesstätte Großniedesheim in Großniedesheim .....	94
c) Kindergarten „Wühlmäuse“ in Bodenheim .....	94
d) Kindertagesstätte Wittlich-Neuerburg in Wittlich .....	94
e) Kommunaler Kindergarten Naseweis in Schweppenhausen .....	94
f) Katholischer Kindergarten in Langenlonsheim .....	95
II. Schlussfolgerungen .....	95
<b>V. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche der Schulen am 13. Januar 2005</b> .....	96
I. Allgemeiner Teil .....	96
1. Projektbeschreibung .....	96
a) Grundschule Trier-Biewer .....	96
b) Regionale Schule Rülzheim .....	96
c) Grundschule Süd Landau .....	96
d) Duale Oberschule Nastätten .....	96
e) Erich-Kästner-Schule, Regionale Schule Ransbach-Baumbach .....	96
f) Integrierte Gesamtschule (IGS) Mutterstadt .....	96
g) Berufsbildende Schule Bingen .....	97
h) Hildegardisschule Bingen .....	97
i) Sebastian-Münster-Gymnasium Ingelheim .....	97
j) Stefan-George-Gymnasium Bingen .....	97
2. Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern .....	98
3. Gespräch mit den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern .....	100
a) Geschichte des Projektes/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation? .....	100
b) Zieldiskussion .....	100
c) Methodische Umsetzung der Projektziele .....	101
d) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten .....	101
e) Wirkung des Projekts .....	101
f) Grenzen des Projekts .....	101

	Seite
g) Rolle der Erwachsenen .....	102
h) Stadt/Land .....	102
4. Persönliche Einschätzungen/Besonderheiten .....	102
a) Grundschule Trier-Biewer .....	102
b) Regionale Schule Rülzheim .....	102
c) Grundschule Süd Landau .....	102
d) Duale Oberschule Nastätten .....	102
e) Erich-Kästner-Schule, Regionale Schule Ransbach-Baumbach .....	102
f) Integrierte Gesamtschule (IGS) Mutterstadt .....	102
g) Berufsbildende Schule Bingen .....	103
h) Hildegardisschule Bingen .....	103
i) Sebastian-Münster-Gymnasium Ingelheim .....	103
j) Stefan-George-Gymnasium Bingen .....	103
II. Schlussfolgerungen .....	103
<b>VI. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche Betrieb/Ausbildung/Hochschule am 18. Februar 2005 .....</b>	<b>105</b>
I. Allgemeiner Teil .....	105
1. Projektbeschreibung .....	105
a) Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA), Johannes Gutenberg-Universität Mainz .....	105
b) Fachschaft Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Studierenden-Parlament (StuPa) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz .....	105
c) Communicate! e. V. und Eudaimonia e. V. der Johannes Gutenberg-Universität Mainz .....	105
d) „Mehrwert“, „Special Olympics“ und „NexIT“ der BASF AG Ludwigshafen .....	105
e) Weinbauschule und Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Oppenheim .....	106
f) Ausbildungswerkstatt des Jagdbombergeschwaders 33 in Büchel .....	106
g) Lerninsel und Juniorfirma bei der SCHOTT AG Mainz .....	106
h) Ausbildung bei Globus Logistik & Service GmbH .....	107
i) Ausbildung bei Rasselstein GmbH .....	107
2. Gespräch mit den Auszubildenden und den Berufsschülerinnen und -schülern .....	107
3. Gespräch mit den Erwachsenen und den Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern und Studierenden .....	108
a) Geschichte des Projektes/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation? .....	108
b) Zieldiskussion .....	108
c) Methodische Umsetzung der Projektziele .....	108
d) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten .....	109
e) Wirkung des Projekts .....	109
f) Grenzen des Projekts .....	110
g) Rolle der Erwachsenen .....	110
h) Stadt/Land .....	110
4. Persönliche Einschätzungen/Besonderheiten .....	110
a) Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA), Johannes Gutenberg-Universität Mainz .....	110
b) Fachschaft Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Studierenden-Parlament (StuPa) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz .....	110
c) Communicate! e. V. und Eudaimonia e. V. der Johannes Gutenberg-Universität Mainz .....	110
d) „Mehrwert“, „Special Olympics“ und „NexIT“ der BASF AG Ludwigshafen .....	111
e) Weinbauschule und Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Oppenheim .....	111
f) Ausbildungswerkstatt des Jagdbombergeschwaders 33 in Büchel .....	111
g) Lerninsel und Juniorfirma bei der SCHOTT AG Mainz .....	111
h) Ausbildung bei Globus Logistik & Service GmbH .....	111
i) Ausbildung bei Rasselstein GmbH .....	112

	Seite
II. Schlussfolgerungen .....	112
a) Betrieb/Ausbildung .....	112
b) Berufsbildende Schule .....	112
c) Universität .....	113
d) Allgemein .....	113
<b>VII. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche zu den Themenschwerpunkten „Demokratische Mitbestimmung/Gremienarbeit“, „Jugendbildung/Aktivierung zur Eigeninitiative“ und „Jugendtreffs/Freizeitarbeit“ am 10. März 2005 und 14. April 2005 .....</b>	<b>114</b>
I. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Demokratische Mitbestimmung/Gremienarbeit“ .....	114
1. Allgemeiner Teil .....	114
a) Projektbeschreibung .....	114
aa) Jugendparlament Kaiserslautern .....	114
bb) Jugendbeirat der Stadt Neuwied .....	114
b) Gespräch mit den Jugendlichen .....	114
2. Gespräch mit den Erwachsenen und den Jugendlichen .....	115
a) Geschichte des Projektes/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation? .....	115
b) Zieldiskussion .....	115
c) Methodische Umsetzung der Projektziele .....	115
d) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten .....	115
e) Wirkung des Projekts .....	116
f) Grenzen des Projekts .....	116
g) Rolle der Erwachsenen .....	116
h) Stadt/Land .....	116
3. Persönliche Einschätzungen/Besonderheiten .....	116
a) Jugendparlament Kaiserslautern .....	116
b) Jugendbeirat der Stadt Neuwied .....	116
II. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Jugendbildung/Aktivierung zur Eigeninitiative“ .....	117
1. Allgemeiner Teil .....	117
a) Projektbeschreibung .....	117
aa) Sprecherinnen- und Sprecherkreis der Evangelischen Jugend Kaiserslautern (SK) .....	117
bb) Netzwerk für Demokratie und Courage – Landesnetzstelle Rheinland-Pfalz .....	117
cc) Internationale Wanderausstellung: Anne Frank – Eine Geschichte für heute, Bad Kreuznach .....	117
b) Gespräch mit den Jugendlichen .....	118
c) Gespräch mit den Erwachsenen und den Jugendlichen .....	118
aa) Geschichte des Projektes/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation? .....	118
bb) Zieldiskussion .....	119
cc) Methodische Umsetzung der Projektziele .....	119
dd) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten .....	119
ee) Wirkung des Projekts .....	120
ff) Grenzen des Projekts .....	120
gg) Rolle der Erwachsenen .....	120
hh) Stadt/Land .....	120
d) Persönliche Einschätzungen/Besonderheiten .....	120
aa) Sprecherinnen- und Sprecherkreis der Evangelischen Jugend Kaiserslautern (SK) .....	120
bb) Netzwerk für Demokratie und Courage – Landesnetzstelle Rheinland-Pfalz .....	121
cc) Internationale Wanderausstellung: Anne Frank – Eine Geschichte für heute, Bad Kreuznach .....	121
III. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Jugendtreffs/Freizeitarbeit“ .....	121
1. Allgemeiner Teil .....	121
a) Projektbeschreibung .....	121

	Seite
aa) Mainzer Kinderstadtplan . . . . .	121
bb) Jugendliche der Ortsgemeinde Hönningen . . . . .	121
cc) Gemeindeentwicklung Waldlaubersheim . . . . .	121
dd) Jugendclub Feilbingert . . . . .	122
ee) JuZ in Selbstverwaltung Bingen und Open-Air-Kooperative Bingen . . . . .	122
ff) Aktive Jugend Waldalgesheim . . . . .	123
gg) Entwicklung von Teiligungsformen für Kinder und Jugendliche in der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler . . . . .	123
b) Gespräch mit den Kindern und Jugendlichen . . . . .	123
c) Gespräch mit den Erwachsenen und den Kindern und Jugendlichen . . . . .	124
aa) Geschichte des Projektes/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation? . . . . .	124
bb) Zieldiskussion . . . . .	124
cc) Methodische Umsetzung der Projektziele . . . . .	125
dd) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten . . . . .	126
ee) Wirkung des Projekts . . . . .	126
ff) Grenzen des Projekts . . . . .	126
gg) Rolle der Erwachsenen . . . . .	127
hh) Stadt/Land . . . . .	127
d) Persönliche Einschätzung/Besonderheiten . . . . .	127
aa) Mainzer Kinderstadtplan . . . . .	127
bb) Jugendliche der Ortsgemeinde Hönningen . . . . .	127
cc) Gemeindeentwicklung Waldlaubersheim . . . . .	127
dd) Jugendclub Feilbingert . . . . .	127
ee) JuZ in Selbstverwaltung Bingen und Open-Air-Kooperative Bingen . . . . .	128
ff) Aktive Jugend Waldalgesheim . . . . .	128
gg) Entwicklung von Teiligungsformen für Kinder und Jugendliche in der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler . . . . .	128
IV. Schlussfolgerungen . . . . .	128
<b>VIII. Zusammenfassung der vorgestellten „Best-Practice-Projekte“ aus dem Bereich „Medien“ am 20. Mai 2005 . . . . .</b>	<b>131</b>
I. Allgemeiner Teil . . . . .	131
1. Projektbeschreibung . . . . .	131
a) Schülerzeitung der Hasepieler, Hauptschule im Georg-Friedrich-Kolb-Schulzentrum, Speyer . . . . .	131
b) Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz, Jugendredaktion „Guggemodo-TV“ im OK Landau . . . . .	131
c) Kindernetz SWR . . . . .	131
d) Wahl-O-Mat, Bundeszentrale für politische Bildung . . . . .	132
e) CampusTV, Universität Mainz . . . . .	132
f) ZDF-Logo! . . . . .	132
g) Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V. . . . .	132
h) DASDING/SWR . . . . .	132
i) Rheinpfalz . . . . .	133
j) Produktionsteam „Wahlzeit“ . . . . .	133
k) Radijoyo . . . . .	133
2. Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Best-Practice-Projekte . . . . .	133
a) Warum diese Zielgruppe, diese Themen, dieses Format? . . . . .	133
b) Wie sieht das redaktionelle Konzept aus, was soll erreicht werden? . . . . .	135
c) Versteht sich die Redaktion als „politisch bildend“? . . . . .	137
d) Gibt es begleitende Medienforschung/Evaluation? . . . . .	139
e) Wird versucht, ein direktes Feedback zu erhalten? . . . . .	139
f) Wird versucht, die Kinder/Jugendlichen am Produktionsprozess zu beteiligen? . . . . .	140
g) Ist es vorstellbar, dass Kinder/Jugendliche „echte Mitarbeiter/-innen der Redaktion sein können? . . . . .	141
<b>IX. Zusammenfassung der Anhörung zum Thema „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005 . . . . .</b>	<b>142</b>
I. Forschungsergebnisse zu dem Thema „Jugend und Medien“ . . . . .	142
II. Diskussion mit Vertretern des öffentlich-rechtlichen und des privaten Fernsehens sowie eines privaten Radiosenders über die Verantwortung der Medien im Bereich der politischen Bildung . . . . .	144

	Seite
1. ZDF, Frau Susanne Müller, Leiterin der Hauptredaktion Neue Medien .....	144
2. Südwestrundfunk, Herr Fritz Frey, Chefredakteur Fernsehen .....	145
3. RTL-Television, Herr Wolfram Kons, Kommunikationsdirektor, Chefredaktion Aktuelles .....	146
4. „mitmischen.TV“, Herr Erwin Ludwig, Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit .....	147
5. Radio bigFM, Herr Kristian Kropp, Geschäftsführer .....	148
III. Schlussfolgerungen .....	148
<b>X. Zusammenfassung der Anhörung „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)Extremen und (rechter) Gewalt“ am 22. Juni 2005 .....</b>	<b>150</b>
I. Allgemein .....	150
II. Fragen an die Anzuhörenden .....	152
1. a) Wie schätzen Sie die aktuelle Lage der politisch extremen, insbesondere der rechtsextremen, Jugendszene ein und wie veränderte sich die extreme politische Szene seit 1990 in Rheinland-Pfalz? .....	152
1. b) Wie vernetzen sich die unterschiedlichen Gruppen? .....	154
2. a) Was macht diese Szene für junge Menschen interessant (Inhalte: z. B. Ausländerfeindlichkeit, Formen, Symbole, CDs, Internet, Konzerte) und was sind die häufigsten Gründe für junge Menschen, sich rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendszenen anzuschließen? .....	154
2. b) Welche Aufgaben sehen Sie daraus folgend für die Politik? .....	155
3. a) Welche Rolle spielt Musik bei der Identitätsfindung junger Menschen und welche politisch relevanten Inhalte werden durch Musik (Melodien, Texte, Outfit der Künstler oder Auftritte) vermittelt bzw. gefördert? .....	155
3. b) Gibt es relevante Unterschiede zwischen rechts- und linksextremer Musik? .....	156
3. c) Welche Bedeutung hat extremistische Musik in Deutschland und wie wird diese international wahrgenommen? .....	156
4. a) Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Fußball, Gewalt und Rassismus in der Fanszene und wie hat es sich in den letzten zehn Jahren entwickelt? .....	156
4. b) Welche Rolle spielt Gewalt und ihre Verherrlichung? .....	157
5. a) Wo setzt Prävention und Aufklärung bei jungen Menschen an und wann ist sie erfolgreich (Begleitung von Aussteigern u. a.)? .....	157
5. b) Was können Verbote von rechtsextremistischen Parteien/Organisationen bzw. Musik bewirken? .....	158
5. c) Welche Möglichkeiten gibt es für Politik und Verantwortliche in Erziehung und Bildung, sich über die Entwicklung regelmäßig zu informieren, um nicht auf „gefällige“ Angebote hereinzufallen? .....	159
6. Gibt es Erkenntnisse über die sozialen-, kulturellen- und bildungsmäßigen Hintergründe der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz, die sich für extreme politische Organisationen begeistern? .....	159
III. Schlussfolgerungen .....	159
<b>XI. Zusammenfassung der Anhörung zum Thema „UN-Jugenddelegierte“ am 14. Juli 2005 .....</b>	<b>161</b>
1. Persönlicher Hintergrund der UN-Jugenddelegierten .....	161
2. UN-Jugenddelegierte – was ist das? .....	161
3. Wer unterstützt die UN-Jugenddelegierten? .....	161
4. Aufgaben der UN-Jugenddelegierten .....	162
5. Vor- und Nachbereitung der Generalversammlung in New York .....	162
6. Wünsche der UN-Jugenddelegierten .....	162
<b>XII. Zusammenfassung der Anhörung zum Thema „Voraussetzungen von Kommunikation zwischen Jugend und Politik im politischen Dialog“ am 8. September 2005 .....</b>	<b>162</b>
Vorbemerkung .....	162
1. Gliederung .....	163
2. Jugend und Politik – empirische Befunde .....	163
3. Partizipation .....	165
4. Kommunikationsmodell .....	166
5. Kommunikation zwischen Jugendlichen und Politikerinnen und Politikern .....	167



	Seite
6. Jugendliche heute . . . . .	167
7. Politikerinnen und Politiker . . . . .	169
8. Folgerungen . . . . .	170
<b>XIII. Zusammenfassung des Gutachtens von Herrn Professor Dr. Schrapper zur Bestandsaufnahme aktueller wissenschaftlicher Forschungen zum Verhältnis von Jugend und Politik . . . . .</b>	<b>171</b>
Kapitel 1 „Jugend“ und „Politik“ – Klärung der zentralen Begriffe . . . . .	171
Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Rheinland-Pfalz . . . . .	171
Kapitel 2 Wie werden Jugendliche von der Politik wahrgenommen und wie sehen Jugendliche die Politik? . . . . .	172
Wahlverhalten und Wahlinteresse . . . . .	172
Die Einstellung Jugendlicher zur Politik . . . . .	172
Kapitel 3 Bürgerschaftliches Engagement. . . . .	172
Kapitel 4 Die Bildungsabhängigkeit politischer Interessen und gesellschaftlichen Engagements junger Menschen . . . . .	173
Kapitel 5 Politik – Medien – Jugend. . . . .	173
Medienausstattung und Medienumgang Jugendlicher . . . . .	173
Jugend ist den modernsten Medien zugewandt. . . . .	173
Themeninteressen Jugendlicher . . . . .	174
Medien als politische Informationsquelle . . . . .	174
Ambivalentes Verhältnis. . . . .	174
Allgemeine Ansprüche Jugendlicher an einen Beitrag . . . . .	174
Kapitel 6 Blick über den Zaun – Was lernen wir von unseren Nachbarn? (Internationaler Vergleich). . . . .	174
Kapitel 7 Exkurs: Das Wahlverhalten junger Migrantinnen und Migranten in Deutschland . . . . .	174
<b>XIV. Öffentlichkeitsarbeit der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ – Dokumentation und Auswertung der Seminar- und Besuchsprogramme (Oktober 2004 bis Juli 2005) . . . . .</b>	<b>175</b>
I. Vorbemerkungen . . . . .	175
II. Informationsangebote zur Arbeit der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“. . . . .	175
1. Internet . . . . .	175
2. Informationsflyer. . . . .	176
3. Schüler- und Jugendwettbewerb 2005 . . . . .	176
III. Landtagsseminare, Besuchsprogramme und sonstige Veranstaltungen . . . . .	176
1. Dreitägige Landtagsseminare für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende . . . . .	176
2. Eintägige Besuchsprogramme der Enquete-Kommission für Schulklassen . . . . .	177
3. Sonstige Veranstaltungen für Jugendliche . . . . .	178
IV. Auswertung der Landtagsseminare und Besuchsprogramme . . . . .	178
1. Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Alter, Geschlecht, Schultyp, Migrationshintergrund und Engagement . . . . .	179
1.1 Altersstruktur. . . . .	179
1.2 Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Geschlecht . . . . .	181
1.3 Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Schultypen. . . . .	182
1.4 Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund . . . . .	184
1.5 Engagement der teilnehmenden Jugendlichen . . . . .	185
2. Das Konzept der Workshops und die Organisation der Gespräche mit Mitgliedern der Enquete-Kommission . . . . .	185
3. Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. . . . .	188
4. Ergebnisse der Gespräche mit Mitgliedern der Enquete-Kommission . . . . .	190
<b>K. Anlagen . . . . .</b>	<b>192</b>
1. Übersicht der Unterlagen und Materialien, derer sich die Enquete-Kommission bei ihrer Arbeit bediente . . . . .	192
2. Mitwirkung des Rings Politischer Jugend bei der politischen Bildung in der Schule Schreiben des Staatssekretärs im Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend an die Schulleiterinnen und Schulleiter der Sekundarstufe I und II in Rheinland-Pfalz . . . . .	199

## A. EINLEITUNG

## I. Dialog mit der Jugend

Wer einen Dialog  
 Herbeiführen will  
 Muss sich herablassen  
 Herabneigen  
 Von sich absehen  
 Sich zuwenden und zuneigen  
 Muss nicht besitzen wollen  
 Darf nicht besitzergreifend sein  
 Nur wenig Vorschriften machen  
 Besser keine  
 Gelegentlich vorsichtig Empfehlungen anbieten  
 Unsichtbar die Hand darüber halten  
 Unhörbar anders denken  
 Sich nicht als Erwachsener aufspielen  
 Fehler nicht gleich als Schande empfinden  
 Irrtümer gestatten  
 Dennoch das Recht haben sich Sorgen  
 Machen zu dürfen  
 Kummer aufspüren und teilen  
 Sich wechselseitig erziehen  
 Sich gegenseitig ernst nehmen  
 Zusammen essen und trinken  
 Die Fantasie fördern  
 Ungeduld kreativieren  
 Aufbegehren durchhalten  
 Zusammen traurig sein  
 Nicht immer alles besser wissen  
 Sondern trösten  
 Ratlosigkeit teilen  
 Wärme herstellen  
 Bindungen spüren lassen  
 Liebe

Wer einen Dialog mit der Jugend  
 Führen will  
 Muss all diese Anstrengungen

In besonderem Maße auf sich nehmen  
 Muss all diese Tugenden  
 Doppelt und dreifach handhaben  
 Mit der winzigen Hoffnung  
 Dass die Jugend mit der Jugend  
 Die unweigerlich nach ihr kommt  
 Ähnlich umgehen wird  
 Wer aber keinen Dialog  
 Mehr führen will  
 Und meint  
 Seine Generation wäre die einzige  
 Auf der Welt  
 Danach käme nichts mehr  
 Und davor wäre auch nichts gewesen  
 Dem ist anscheinend alle Würde des Menschen  
 Abhanden gekommen  
 In dem ist dann wohl kein langer Atem  
 Weder Furcht noch Fantasie  
 Der befiehlt nur noch  
 Verordnet kontrolliert  
 Erzieht drastisch  
 Kalt und ohne Religion  
 Unpolitisch und ohne Bindung

Dies ist schon bei vielen der Fall  
 Und kann uns allen geschehen  
 Den Alten und auch den Jungen  
 Wenn wir nicht mehr miteinander reden  
 Streiten Essen Pläne machen  
 Uns an die Hand nehmen  
 Uns umarmen

Lebe-Wesen die wir sind  
 Verloren die wir sind  
 Wenn wir uns nicht mehr umarmen können  
 und Frieden machen

Hanns Dieter Hüsch

## II. Vorwort

*Die Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ stellte sich der Aufgabe, eine Bestandsaufnahme des Verhältnisses von Jugend und Politik für Rheinland-Pfalz zu leisten und Empfehlungen zu erarbeiten, die das Verhältnis beiderseits verbessern können. Im Mittelpunkt standen die Kinder und Jugendlichen: wie wollen sie ihr Leben gestalten, wo sind sie an gesellschaftlichen Prozessen beteiligt und inwieweit sind sie bereit, für andere Verantwortung zu übernehmen – also Fragen nach Partizipation und Engagement in einer demokratischen Gesellschaft.*

*In den verschiedenen Lebensbereichen und Arbeitsfeldern wie Kindergarten, Schule, Hochschule, Betrieb, Jugendorganisationen, Jugendzentren, Jugendinitiativen und Medien wurden Erfahrungen gesammelt und die Rahmenbedingungen in gesetzlicher Hinsicht analysiert, denn diese stellen eine wesentliche Voraussetzung dafür dar, den nötigen Freiraum für Partizipation und Engagement zu schaffen und zu erhalten.*

*Eine Fülle von interessanten Beispielen, die sich bei Befragungen sowie Besuchen vor Ort ergeben haben, zeigen, dass es möglich ist, das Verhältnis von jungen Menschen zu Gesellschaft und Politik positiv zu gestalten und vorhandene Distanzen immer mehr zu überwinden. Voraussetzung dafür ist ein ständiges Bemühen von Politik und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in Räten und Parlamenten, mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen und in Kontakt zu bleiben.*

*Für diese Daueraufgabe der Politik, die nicht früh genug begonnen werden kann, bedarf es günstiger Rahmenbedingungen: geeignete Räume, angemessene Finanzausstattung, förderliche gesetzliche und verwaltungsmäßige Regelungen sowie kompetente Begleitung der jungen Menschen und gesellschaftliche Anerkennung für dieses Engagement. Dann wird die Gesellschaft auch eine jeweils zeitgemäße Antwort auf die Bereitschaft junger Menschen geben können, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, politisch mitzuwirken und die Zukunft der Demokratie zu gestalten.*

*Die Enquete-Kommission hat zu den einzelnen Untersuchungsbereichen eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, die von Landtag, Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, Parteien, Regierungsstellen und den diversen Einrichtungen, Organisationen, Trägern, Initiativen sowie den Medien geprüft und – soweit realisierbar – aufgegriffen werden sollten.*

## III. Aufgabe

Die Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ hatte die Aufgabe übernommen zu untersuchen, wie der Dialog von Kindern und Jugendlichen mit der Politik und die aktive Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Aktivitäten und Prozessen sowie ein Engagement in der Gesellschaft stattfinden und gefördert und verbessert werden könne, wie also eine an vielen Stellen beschriebene und beklagte Distanz von Kindern und Jugendlichen zu Politik überwunden werden könne.

In den verschiedensten Lebensbereichen wie Kindergarten, Schule, Betrieb, Hochschule, Jugendorganisationen, Jugendeinrichtungen und Medien wurden Erfahrungen gesammelt und die Rahmenbedingungen in gesetzlicher Hinsicht als wesentliche Voraussetzung für den nötigen Freiraum von Partizipation und Engagement analysiert.

## IV. Begriffsbestimmung

Unter Distanz von Kindern und Jugendlichen zu Politik, so war sich die Enquete-Kommission schon zu Beginn der Arbeit klar geworden, sollte in einem möglichst umfassenden Sinn eine uninformierte, uninteressierte, zögerliche, abwehrende oder distanzierte Haltung zum Mitmachen bei unterschiedlichsten gesellschaftlichen Prozessen und Verfahren verstanden werden.

Unter Partizipation oder Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollte sowohl eine ganz kurzfristige, anlass- oder projektorientierte Beteiligung wie auch eine länger- oder langfristige Entscheidung zum Mitmachen verstanden werden. Im Mittelpunkt sollte die Frage stehen nach dem Interesse junger Menschen, ihr Leben selbst (mit) zu gestalten, sich an gesellschaftlichen Entwicklungen und Prozessen zu beteiligen und für andere Menschen Verantwortung zu übernehmen. Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu beobachten bedeutete für die Enquete-Kommission also: jedwedes Engagement von Kindern und Jugendlichen innerhalb einer demokratischen Gesellschaft zu beobachten.

## V. Gespräche

In ersten intensiven Gesprächen sowohl mit Expertinnen und Experten aus dem Bereich der politischen Jugendbildung und der Jugendarbeit wie mit Vertretern der fünf großen politischen Jugendverbände in Rheinland-Pfalz wurden aktuelle Einschätzungen der Partizipationsbereitschaft von Kindern und Jugendlichen erörtert sowie Beurteilungen der Rahmenbedingungen von Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfragt.

Kinder- und jugendgerecht moderierte Gespräche mit einer Kindergruppe und einer Jugendgruppe lieferten der Kommission authentische Eindrücke über das Bild, das diese Kinder und Jugendlichen von Politik, Politikerinnen und Politikern sowie den Medien hatten. Im Gespräch wurden Interesse und Bereitschaft zu Partizipation hinterfragt und Kenntnisse über Beteiligungsmöglichkeiten offenbar.

Die Aufgabenstellung des Einsetzungsbeschlusses, eine Bestandsaufnahme des Verhältnisses von Kindern und Jugendlichen und der Politik für Rheinland-Pfalz vorzulegen und Maßnahmen zum Abbau von Distanz und zur Verbesserung der Demokratiekompetenz zu empfehlen, fand in diesem Gespräch im Besonderen seine Berechtigung.

## VI. Best Practice

Diese Aufgabe, so hatte es der Einsetzungsbeschluss aufgegeben, sollte nicht durch neue wissenschaftliche Untersuchungen über die Motive von Distanz und geringer Teilhabe gelöst werden. Es war der Enquete-Kommission vielmehr aufgegeben, durch die Beobachtung und Analyse von gelungenen Partizipationsbeispielen (Best-Practice-Verfahren) Ursachen für das Gelingen genau jener Beispiele zu ergründen und durch Gespräche mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die an diesen Beteiligungsprozessen teilhatten, die Motive für das Mitmachen herauszufinden.

Es sollte also keine Defizit-Analyse erstellt werden. Vielmehr sollten über einen positiven Beobachtungs- und Befragungsansatz Beispiele für das Gelingen von Partizipation gesammelt werden, die dann als Fundus für Empfehlungen, die die Enquete-Kommission erarbeiten sollte, dienen.

Der Arbeitsansatz des Einsetzungsbeschlusses, Best Practice als gelebte Beteiligung zu erfahren, bedeutete natürlich immer eine Auswahl von Projekten, die besucht werden sollten. Damit ging einher, dass Projekte, die möglicherweise noch besser gelebte Partizipation aufgezeigt hätten, aber entweder nicht bekannt waren oder aus vielerlei Gründen nicht ausgewählt worden waren, bei der Bestandsanalyse leider keine Beachtung finden konnten. Da die Auswahl der zu besuchenden Projekte notwendigerweise subjektiv war, war sich die Kommission zu jeder Zeit darüber klar, dass möglicherweise weitere gute oder beste Beteiligungsansätze, -konzepte und -projekte nicht als Empfehlungshilfen herangezogen werden konnten.

Wichtig war der Kommission auch jedes Mal, dass die Beratung und Auswahl der Projekte nichts über die Qualität anderer Projekte aussagte, die nicht besucht werden konnten oder die überhaupt nicht in die Auswahl einbezogen worden waren.

## VII. Gutachten

Um den Charakter möglicher Zufälle bei der Best-Practice-Auswahl auszugleichen, wurde bereits im Einsetzungsbeschluss ein wissenschaftlicher Überblick über aktuelle Forschungsergebnisse zur Jugendpartizipation festgelegt. Dieses Gutachten sowie aktuelle Studie <sup>1)</sup>, die zeitgleich mit der Arbeit der Enquete-Kommission entstanden, lieferten wissenschaftliche Untermauerungen der Feststellungen und Schlussfolgerungen der Kommissionsmitglieder aufgrund der Best-Practice-Besuche. Die aus den Schlussfolgerungen abgeleiteten Empfehlungen spiegeln daher auch die Feststellungen in diesem Gutachten sowie den neuesten Studien wider.

## VIII. Lebenswelten

Die zu beobachtenden Handlungsfelder waren im Einsetzungsbeschluss festgelegt: In sechs Lebenswelten sollten Beispiele, die möglichst Vorbild-Charakter haben sollten, besucht und analysiert werden:

- in Kindertagesstätteneinrichtungen,
- in Schulen,
- bei betrieblichen Ausbildungsstätten, an Arbeitsplätzen und in den Hochschulen,
- im kommunalen Umfeld,
- im Bereich organisierter und nicht organisierter Jugendarbeit,
- in den Medien.

## IX. Beobachtungsschwerpunkte

Im Mittelpunkt der Beobachtung stand jeweils der Versuch einer Analyse der jeweiligen Rahmenbedingungen, unter denen die Partizipation stattfand, sowohl in rechtlicher Hinsicht als auch hinsichtlich aller Ressourcen (personell, finanziell, räumlich, ideell) bzw. aller zur Verfügung stehende Unterstützung.

Wichtig war aber auch der Blick auf die jeweiligen Gestaltungsfreiräume, die den Kindern oder Jugendlichen eingeräumt wurden, die Art der Einladung oder Ansprache zum Mitmachen sowie die Nachhaltigkeit der Beteiligungsprojekte.

Dabei wurde stets auch mitbetrachtet, welche Gründe für das Gelingen der Beteiligungsprojekte oder -verfahren von Seiten der beteiligten Kinder oder Jugendlichen bzw. von Seiten der unterstützenden Erwachsenen angegeben wurden. Natürlich wurde auch nach hemmenden Faktoren geschaut bzw. gefragt.

Die als Untersuchungsfelder festgelegten Lebenswelten sollten möglichst umfassend mögliche Aktionsräume von Kindern und Jugendlichen beschreiben.

---

1) - „mitWirkung!“, eine Initiative zur Kinder- und Jugendbeteiligung der Bertelsmann-Stiftung, [www.mitwirkung.net](http://www.mitwirkung.net).  
- Jens Tenscher, unveröffentlichte Studie, Vorabinformation September 2005, Arbeitstitel: Politik? Ohne mich! Zur politischen Kultur Jugendlicher in Rheinland-Pfalz.

## X. Lebenswelt Familie

Dabei war bereits bei der Abfassung des Einsetzungsbeschlusses klar, dass einer der wesentlichsten Lebensbereiche für Kinder und Jugendliche, die Familie, damit nicht betrachtet wurde. Diese Entscheidung war getroffen worden aufgrund der Überlegung, dass sich die Lebenswelt „Familie“ und die in ihr stattfindenden Beteiligungsprozesse der Kinder und Jugendlichen einer Betrachtung durch eine parlamentarische Enquete-Kommission entziehen würden. Selbst die selbstverständlichste Familienkonferenz würde zu einem Schauspiel verkommen, so war man sich im Vorfeld einig, wenn sie denn dann unter Beobachtung durch Parlamentarierinnen und Parlamentarier stattfinden sollte. Und all die kleineren, oft unbewusst stattfindenden Beteiligungsformen, die Kinder und Jugendliche in ihren Familien erleben und einüben können, sind ebenso wenig beobachtbar.

Klar wurde aber vor allem im Verlauf der Arbeit der Kommission, dass die Rolle des Elternhauses als gutes oder schlechtes Vorbild, als Motivationshilfe oder Demotivationskraft, als Urteils- oder Vorurteilsgeber, als Unterstützung oder als Behinderung für die Bereitschaft zur Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen von zentraler Bedeutung ist. Bei allen Empfehlungen, die die Kommission erarbeitet hat, muss deshalb immer berücksichtigt werden, dass die Rahmenbedingungen für Beteiligung durch Eltern und deren Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen deutlich verbessert oder leider auch verschlechtert werden können.

## XI. Blickerweiterung

Im Verlauf der Besuche und Diskussionen der Enquete-Kommission fielen mehrere Handlungsfelder auf, die im Zusammenhang mit möglicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ganz offensichtlich von höherer Bedeutung waren als bei der Formulierung des Einsetzungsbeschlusses erkannt:

- Die Institution Landtag als Ort der politischen Bildung und der Vorbereitung auf Beteiligung war bei der Abfassung des Einsetzungsbeschlusses gänzlich aus dem Blick geraten.
- Die Rolle und die Bedeutung der Medien für Kinder und Jugendliche überstieg deutlich die Erwartung.
- Angebote und Verlockungen zur Beteiligung durch rechtsradikale oder rechtsextremistische oder fundamentalistische Organisationen gerieten deutlicher in den Blick.

### 1. Der Landtag

Begleitend zur Arbeit der Enquete-Kommission wurde durch das Referat „Informationsangebote für Schülerinnen und Schüler und Jugendliche“ der Landtagsverwaltung ein umfangreiches Seminarangebot für Schüler und Schülerinnen erstellt und durchgeführt.<sup>2)</sup> Dabei wurde zweifelsfrei der Nachweis geführt, dass das Parlament einen originären Ort parlamentarischer Bildung darstellt. Die Angebote, die durchgeführt wurden, legten nahe, auch für dieses Handlungsfeld gesonderte Empfehlungen zu entwickeln – auch wenn der Einsetzungsbeschluss diesen Bereich überhaupt nicht im Blick gehabt hatte.

### 2. Die Medien

Nahezu bei jedem Kontakt mit Kindern oder Jugendlichen (im Rahmen der Gespräche mit den eingeladenen Kindern und Jugendlichen, der Best-Practice-Besuche, bei den Landtagsseminaren, bei sonstigen Gesprächen mit Schulklassen oder Jugendgruppen) spielten die Medien und die Wünsche der Kinder und Jugendlichen, durch diese an verständliche und hilfreiche Informationen über Politik und den politischen Alltag zu kommen, eine ganz große Rolle. Da diese Wünsche fast immer auch mit Kritik am Medienangebot verknüpft waren, sah es die Enquete-Kommission als wichtig an, diese Lebenswelt nicht nur über Best-Practice-Besuche zu erfahren, sondern im direkten Dialog mit der Medienwissenschaft sowie Medienschaffenden und -verantwortlichen über die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen beim Medienkonsum zu sprechen, und führte daher eine Anhörung zu Kinder, Jugend und Medien durch.

### 3. Extremismus

Im Rahmen der Arbeit der Kommission gab es immer wieder Informationen über Beteiligungsangebote, die Kindern und Jugendlichen oft sehr versteckt oder verschleiert aus dem rechten oder fundamentalistischen Lager heraus gemacht werden. Die Kommission war sich einig in der Überzeugung, dass solche Angebote und Formen der Beteiligung absolut abzulehnen seien, da sie nicht zur Entwicklung von demokratischen Kompetenzen und zur Übernahme von demokratischer Verantwortung führen. Dennoch erschien es wichtig – wichtiger, als dies im Einsetzungsbeschluss formuliert war –, möglichst viele und tiefgehende Informationen über Beteiligungsangebote und Anwerbewege dieser undemokratischen Jugendszene zu erhalten, um Maßnahmen empfehlen zu können, die solche Angebote für junge Menschen entschleiern, sie als undemokratisch erkennbar werden lassen und ihnen ihre scheinbare Attraktivität für Kinder und besonders Jugendliche nehmen. In einer Anhörung ließ sich die Kommission daher von Fachleuten über die rechte Szene genau informieren.

---

2) Vgl. Bericht Öffentlichkeitsarbeit der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ – Dokumentation und Auswertung der Seminar- und Besuchsprogramme (Oktober 2004 bis Juli 2005), Abschnitt J. XIV.

## XII. Maßnahmenkatalog

Die im Einsetzungsbeschluss klar dargestellte handlungsorientierte Qualität der zu entwickelnden Empfehlungen erforderte konkrete Maßnahmen, die im Bereich der unterschiedlichsten Handlungsfelder von politischer Kinder- und Jugendbildung wie Kinder- und Jugendbeteiligung möglichst direkt umsetzbar sein sollten. Dabei machte es sich die Kommission zur Aufgabe, soweit irgend möglich, zu benennen, wer welche vorgeschlagenen Maßnahmen umsetzen und wer diesen Akteuren die dazu notwendigen Kenntnisse vermitteln bzw. sie von der Notwendigkeit solcher Maßnahmen (und der daraus möglicherweise entstehenden Kosten) überzeugen sollte.

Um dieses Ziel zu erreichen, wich die Kommission vom Verfahren sonstiger Enquete-Kommissionen ab: Jeder einzelne Untersuchungsschritt (Gespräche, Best-Practice-Besuche, Anhörungen) wurde in Form von erarbeiteten Schlussfolgerungen dokumentiert. Diese Schlussfolgerungen waren dann die Ausgangsbasis der vorgelegten Empfehlungen. Da durch die Vielfalt der besuchten Beteiligungsprojekte das Verhalten und Handeln unterschiedlichster Akteure aus dem Bereich Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung beschrieben war, ergab es sich ganz selbstverständlich, dass die Kommission auch Empfehlungen aussprach für Lebenswelten und Akteure, die in keiner Art durch Ratschläge eines Parlamentes direkt zu verändertem Verhalten oder verändertem Handeln veranlasst werden können. Nicht mehr nur die Landesregierung oder Landesbehörden wurden in den Empfehlungen angesprochen, sondern eben auch Akteure aus dem Bereich der Kommunen, der Vereins-, Verbands- und Kirchenarbeit, aus dem Bereich der Wirtschaft, der Medien und der Hochschulen. Natürlich war sich die Kommission bei der Entwicklung der Empfehlungen darüber im Klaren, dass keiner dieser Akteure die Empfehlungen annehmen muss und dass vorgeschlagene Maßnahmen, die z. B. direkte Kosten oder Folgekosten bewirken, lediglich als Wunsch im Interesse der zu beteiligenden Kinder und Jugendlichen verstanden werden dürfen. Aber das Selbstverständnis der Kommission hatte sich im Verlauf der Arbeit eindeutig in der Form entwickelt, dass eine klare Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche und ihre Chancen auf mehr gesellschaftliche Teilnahme durch die Formulierung von Empfehlungen auch an „Parlamentsferne“ zum Ausdruck kommen sollte. Es ist nun an den Akteuren im Bereich von Jugendarbeit, Jugendbildung und Politik, sich ebenfalls der Aufgabe von Stärkung der bürgerschaftlichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen immer mehr zu öffnen. Bei diesem Prozess – so hofft die Enquete Kommission – sollen die erarbeiteten Empfehlungen Ideen- und Ratgeber sein.

## XIII. Das Ziel

Die Enquete-Kommission war sich bereits von Anbeginn ihrer Arbeit an darüber klar, dass in Rheinland-Pfalz bereits sehr viele Angebote und Ansätze von Kinder- und Jugendbeteiligung umgesetzt werden. Die Entwicklung von Empfehlungen zur Stärkung der Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen und zum Abbau ihrer Distanz zu Politik und gesellschaftlichem Engagement stellt keines der bereits in Rheinland-Pfalz vorhandenen Projekte in Frage. Es soll damit auch nicht der Eindruck erweckt werden, als würden Projekte nur dann gelingen, wenn bei ihrer Entwicklung und Durchführung die Empfehlungen der Kommission genau beachtet würden. Alle durchgeführten und derzeit stattfindenden Projekte verdienen hohen Respekt und Anerkennung.

Die Erarbeitung von Empfehlungen sollte die Bereitschaft, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen und zu begleiten noch erhöhen, und sollte den Kindern und Jugendlichen ein unmissverständliches Signal dafür sein, dass diese Gesellschaft und die in ihr handelnden Politiker und Politikerinnen die Einladung, ja die Aufforderung zum Mitmachen ernst meinen.

Es ist also an gesellschaftlich aktiven Menschen, noch mehr und noch bessere Angebote zu entwickeln und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zuzulassen.

Es ist aber auch an den Kindern und Jugendlichen, Angebote aufzugreifen und Teilhabe auch wirklich zu praktizieren.

## B. ARBEITSWEISE DER ENQUETE-KOMMISSION

(Vorsitzende Abg. Brede-Hoffmann)

### I. Gemeinsam in einem Boot

Die Mitglieder der Enquete-Kommission Jugend und Politik kamen bereits zu Beginn ihrer Arbeit überein, einen zweifelsfrei ungewöhnlichen Versuch zu wagen: parteipolitisch unterschiedliche Sichtweisen sollten auf keinen Fall zu Streit und ideologischer Debatte führen!

Dieses Ziel für Arbeitsweise und „Miteinanderumgehen“ leiteten die Mitglieder aus dem Grundverständnis der Aufgabenstellung ab: galt es doch für die Enquete-Kommission, die Frage zu beantworten, was die Ursachen für eine feststellbare Distanz zwischen Jugend und Politik sei – Distanz zu allen politischen Farben!

Man sah sich also dem für alle parteipolitisch Engagierten gleichen Problem gegenüber. Und keine Vorinformation durch Lektüre von empirischen Studien gab Anhalt, dass diese Distanz zu einer oder mehreren Parteien größer sei als zu den anderen.

Die Enquete-Mitglieder saßen also, stellvertretend für die Gesamtheit der Politikerinnen und Politiker, gemeinsam in einem Boot.

### II. Gemeinsam für die Interessen der Kinder und Jugendlichen

Die Enquete-Kommission versuchte daher, die durch den gemeinsam erarbeiteten und beschlossenen Einsetzungsbeschluss aufgebene Fragestellung möglichst einig zu untersuchen, sich den Fragen und den erwarteten Vorwürfen gemeinsam zu stellen und gemeinsam nach Strategien zu suchen, wie Kinder und Jugendliche Politik mit weniger Distanz und mehr Beteiligungswunsch sehen können. Dabei war natürlich nicht ausgeschlossen, dass in der Phase der Entwicklung von Empfehlungen für künftiges politisches Handeln die einzelnen Fraktionen unterschiedliche Ideen formulieren würden, die nicht von allen so mitgetragen würden. Sonderworten, die parteispezifische Zielsetzungen widerspiegeln, waren also möglich.

Die Enquete-Kommissionsmitglieder entschieden sich aber, gemeinsam „parteilich“ für die Interessen der Kinder und Jugendlichen nach einer Verbesserung der Beteiligungschancen zu suchen.

Dieser Versuch, gemeinsam und ohne die sonstigen „Gepflogenheiten“ in parlamentarischen Gremien zu arbeiten, zog sich als roter Faden durch die Arbeit der Enquete:

#### 1. Gruppenbildung ohne Parteiproporz

Um eine möglichst große Zahl an Kontakten mit Kindern und Jugendlichen zu haben und um eine möglichst große Vielfalt an Best-Practice-Projekten besuchen zu können, beschloss die Kommission, sich für jeden Besuchstermin in kleine Gruppen aufzuteilen. <sup>1)</sup> Bei der Gruppenbildung sollte es völlig unerheblich sein, wie sich die Besuchsgruppe jeweils parteipolitisch zusammensetzte. Parteipolitische Ausgewogenheit, sonst ein ehernes Prinzip parlamentarischer Untergruppen, wurde als unbedeutend eingestuft. Bei keinem der Termine fragte jemand, warum in einzelnen Gruppen einzelne Parteien gar nicht oder etwa zahlenmäßig stärker vertreten waren. Die Gruppenbildung erfolgte nach Prinzipien der regionalen Nähe, des möglichen Kontaktes zu der zu besuchenden Gruppe, des individuellen Interesses an dem jeweiligen Projekt, manchmal auch des „Zufalls“.

Es war ebenfalls niemals parteipolitisch wichtig, welches Gruppenmitglied den Besuch vorbereitete, das Protokoll schrieb, das Feedback zur Gruppe durchführte. Hier wurde danach eingeteilt, wer das Projekt kannte, in der Lage war, Kontakt aufzunehmen, gerade meinte, Zeit zu haben o. Ä.

#### 2. Feststellungen ohne Parteibrille

Bei der Nachbereitung der Besuchstermine stellte sich jedes Mal heraus, dass unabhängig von der Parteizugehörigkeit sehr ähnliche Eindrücke mitgenommen worden waren und der gesamten Enquete-Kommission mitgeteilt wurden. In keiner der Sitzungen gab es grundsätzliche Kontroversen oder auch nur kontroverse Einschätzungen zwischen den Gruppenmitgliedern unterschiedlicher Parteizugehörigkeit zu den besuchten Projekten und den daraus zu ziehenden Lehren. Diese „Parteiunabhängigkeit“ in der Beurteilung der besuchten und erlebten Projekte fand ihren deutlichen Niederschlag in den nach jedem Besuch – dann allerdings je Partei – angefertigten Schlussfolgerungen: es finden sich in der großen Liste der Schlussfolgerungen <sup>2)</sup> eigentlich keine Formulierungen, die entweder deutlich parteipolitisch gefärbt wären oder sich in einem deutlichen, ideologisch zu begründenden Widerspruch zu den anderen Schlussfolgerungen befänden.

Von den besuchten Gruppen bekamen am Ende der Besuche die Enquete-Mitglieder oft die Frage gestellt, wer von den Anwesenden denn nun welcher Partei angehöre. Man habe das weder den Fragen noch den Bemerkungen entnehmen können. Einzig mögliche Antwort der Enquete-Mitglieder war immer wieder: man stelle sich der Grundsatzfrage der Enquete-Kommission und da gebe es keine parteipolitischen Differenzen.

1) Vgl. Vereinbarung zu den best practice-Besuchen, Abschnitt C. II. 1 b.

2) Vgl. hierzu Abschnitt J.

### 3. Gespräche ohne Parteienstreit

Die in großem Umfang parallel zur Arbeit der Enquete-Kommission stattfindenden Gespräche mit Schülerinnen und Schülern, sowohl über die dazu entwickelten Landtagsseminare <sup>3)</sup> wie auch bei anderen anwesenden Schulklassen, fanden auch immer in besonders offener, fairer, unstreitiger Atmosphäre statt. Es war den teilnehmenden Mitgliedern der Enquete-Kommission ein besonderes Anliegen, den Schülerinnen und Schülern zu verdeutlichen, dass es der Kommission um die „Sache“, die übertragene Fragestellung, und um gute Antworten darauf ging. Keinesfalls ging es um Profilierung der einzelnen Person oder der jeweiligen Partei. Es gab kaum ein Gespräch, in dem diese Form des Auftretens der Mitglieder der Enquete-Kommission nicht den Jugendlichen und besonders auch den sie begleitenden Erwachsenen positiv aufgefallen wäre.

### 4. Politikerinnen und Politiker, die sich gegenseitig ernst nehmen

Damit erhielten die Kommissions-Mitglieder bereits eine wichtige Antwort auf die Fragen des Einsetzungsbeschlusses: Politiker und Politikerinnen, die sich als faire, demokratische Gesprächspartner „live“ präsentieren, hört man mit größerem Interesse zu als solchen, die sich vor Kindern und Jugendlichen streiten und gegenseitig schlecht machen.

In vielen Gesprächen, auch in Gesprächen, die auf Einladung von Schülerinnen und Schülern oder den Schulen vor Ort stattfanden, wurde deutlich, dass Jugendliche ein ausgeprägtes Bedürfnis danach haben, die Unterschiede in den politischen Auffassungen zu erfahren. Aber sie wünschten diese Unterschiede sachlich, fair und gegeneinander respektvoll dargestellt und nicht in Form von „niedermachenden“ Streitgesprächen.

Es wurde in dieser Phase der Arbeit mehr als deutlich, dass die Auskunftsfreude und Diskussionsbereitschaft der Jugendlichen dadurch angehoben wurde, dass sie sich Politikerinnen und Politikern gegenüber sahen, die nicht dem vorurteilsbehafteten Bild der sich ewig streitenden und aufeinander einschlagenden Politikerinnen und Politikern entsprachen. Sie empfanden es als angenehm, dass ihnen Menschen gegenüber saßen, die sich offensichtlich respektierten und sehr freundlich miteinander umgingen.

## III. Hohe Arbeitsbereitschaft

Eine weitere Besonderheit in der Arbeitsweise bestand in der ungewöhnlichen Bereitschaft aller Kommissionsmitglieder, sich nicht enden wollende Arbeit und Terminflut aufzubürden.

War die Kommission zu Beginn der Arbeit aufgrund des Einsetzungsbeschlusses von ca. zwölf Sitzungen der Kommission bis zum Endbericht ausgegangen, so erwies sich schnell, dass mindestens die doppelte Zahl von Sitzungsterminen im Zeitraum von einhalb Jahren notwendig werden würde. Und als sich im Verlauf der Arbeit herausstellte, dass auch die Zahl der deutlich ausgeweiteten Sitzungen nicht ausreichte, alle Vor- und Nachbereitungen, zusätzlichen Anhörungstermine und Arbeitsgespräche zu erledigen, da kam man jedes Mal – wenn auch manchmal unter deutlich hörbaren Seufzern und manchmal auch nur in geringerer Besetzung – überein, immer wieder noch einen weiteren Termin einzuschieben. Zwar musste jedes Enquete-Mitglied nur an einem Vor-Ort-Termin teilnehmen, aber es entstanden durch die Aufteilung in Kleingruppen fünf bis sechs Protokolle pro Besuchstermin, die von den Enquete-Kommissionsmitgliedern angefertigt und gelesen werden mussten.

Fraktionsübergreifende Vorgespräche, der offene Austausch von Textentwürfen, Mail- und Telefonkontakte über Parteigrenzen hinweg ließen eine äußerst kooperative, intensive Arbeitsatmosphäre entstehen, die mehr einer Forschungsgruppe denn einem politischen Gremium entsprach.

## IV. Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Verstärkt wurde diese Arbeitsatmosphäre noch durch den sehr engagierten Einsatz der vier wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen, die schon sehr früh ein gut eingespieltes Team geworden waren und zusätzlich viele Vorklärungen leisteten.

Um bei den Vor-Ort-Besuchen zahlenmäßig in der Lage zu sein, die vielen Projekte, die besuchenswert erschienen, auch besuchen zu können, nahmen die vier Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter an diesen Best-Practice-Terminen teil, leisteten oft wichtige organisatorische Vorarbeiten und bereiteten häufig die Protokolle vor. Damit waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu festen, nicht wegdenkbaren „Enquete-Bestandteilen“ geworden, die natürlich auch an jeder Enquete-Kommissionssitzung teilnahmen.

## V. Die Landtagsverwaltung

Vielleicht nicht ungewöhnlich, aber dennoch bemerkenswert, war die ungeheuer kooperative Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die ebenfalls ein riesiges Arbeitspensum in kurzer Zeit leisteten. Kein Wunsch blieb unerfüllt, keine Wunscherfüllung dauerte lange. Und wichtig für die Kommission: die ganzen ungewöhnlichen, der Geschäftsordnung des Landtages nicht immer entsprechenden Arbeitsformen und spontanen Ideen wurden mindestens ebenso kreativ, wie die Kommission selbst sie kreierte, auch verwaltungstechnisch umgesetzt. In der Zusammenarbeit mit den Landtagsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern wurde klar: Politik braucht Regeln, aber auch Freiräume! Die Landtagsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter verschafften der Enquete-Kommission diese Freiräume.

---

3) Vgl. hierzu Bericht Öffentlichkeitsarbeit der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ – Dokumentation und Auswertung der Seminar- und Besuchsprogramme (Oktober 2004 bis Juli 2005), Abschnitt J. XIV.



## VI. Die Seminarangebote

Der Einsetzungsbeschluss hatte es aufgegeben: Gespräche mit Kindern und Jugendlichen sollten helfen, die Antworten zu finden, nicht Gespräche über Kinder und Jugendliche.

Wichtige Unterstützung hierbei erhielt die Enquete-Kommission durch die große Zahl von Landtagsseminaren für Schülerinnen und Schüler, die als Begleitprogramm zur Arbeit der Enquete-Kommission durchgeführt wurden <sup>4)</sup> und bei denen jeweils vier Kommissionsmitglieder die Gelegenheit zu einem intensiven Gespräch mit den Jugendlichen bekamen. Diese Seminare selbst waren pädagogisch völlig neu konzipiert und stellten sich in ihrer Arbeitsform und den von Schülerinnen und Schülern selbst moderierten Gesprächsrunden als erfolgreiches Beispiel (Best Practice!) für gelingende politische Bildung dar. Trotz großer zeitlicher Probleme versäumte es die Enquete-Kommission daher in keinem Fall, Mitglieder zur Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern zu entsenden!

## VII. Die Landesregierung

Zur Unterstützung der Arbeit der Enquete-Kommission war ein Regierungsbeauftragter von der Landesregierung benannt worden. Dieser (oder eine Mitarbeiterin oder Mitarbeiter seines Hauses) nahmen an jeder der stattfindenden Sitzungen der Enquete-Kommission sowie an allen Best-Practice-Besuchen teil.

## VIII. Spaß

Eine der wesentlichsten Feststellungen der Enquete-Kommissionsmitglieder bei allen Besuchen und Gesprächen war die Erwartung bei Kindern und Jugendlichen, dass Engagement und Beteiligung vor allem auch persönlichen Spaß bringen soll. Die in der Enquete-Kommission entstandene, oben beschriebene besondere Arbeitsatmosphäre hatte aus einer Gruppe von Parlamentariern, von Sachverständigen, von Mitgliedern der Landesregierung, von wissenschaftlichen Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen der Landtagsverwaltung sehr schnell ein großes, effektiv arbeitendes Team werden lassen. Neben dem gemeinsamen Engagement für das gestellte Thema war aber zweifellos ein anderer Faktor prägend für alle Mitglieder: der große Spaß, den alle an dieser Form der gemeinsamen Arbeit hatten. Jedes Kommissionsmitglied konnte daher den Wunsch von Kindern und Jugendlichen bestens nachvollziehen:

Das Engagement soll Spaß machen, sonst macht keiner mit!

## IX. Dank

Die Mitglieder der Enquete-Kommission sagen ein ganz herzliches Dankeschön

- allen Kindern und Jugendlichen, die sie im Verlauf der Enquete-Arbeit kennen lernen durften,
- allen Erwachsenen, die die Kinder und Jugendlichen bei den verschiedensten Beteiligungsprojekten unterstützten,
- allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Anhörungen,
- allen Fachleuten, die der Enquete mit Erfahrung und Sachwissen weiterhalfen,
- den Studierenden, die das Gutachten erstellten,
- unseren Sachverständigen in der Enquete-Kommission, die sich für mehr als ein Jahr zur Mitarbeit in einer Kommission verpflichtet hatten, ohne zu ahnen, dass diese Arbeit von Woche zu Woche mehr werden würde,
- den Mitgliedern der Landesregierung, die sich ebenso einer nicht enden wollenden Terminflut gegenübersehen und immer dabei waren,
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die alle Wünsche Realität werden ließen,
- den wissenschaftlichen Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern,
- dem Ältestenrat des Landtags, der verstand, dass die Regeln der Geschäftsordnung keine Fesseln für die Kreativität einer ungewöhnlichen Kommission sein dürfen,
- unseren Fraktionen für die Übertragung dieser spannenden Aufgabe.

Als Vorsitzende danke ich besonders herzlich allen Kolleginnen und Kollegen aus den vier Fraktionen für ihre engagierte, faire, offene, diskussionsfreudige Mitarbeit. Besonders bedanken möchte ich mich aber für die freundschaftliche Atmosphäre, die die Zusammenarbeit zu einem großen Vergnügen und zweifellos zu einem „Highlight“ im Berufsleben einer Parlamentarierin werden ließen.

Die Enquete-Kommission Jugend und Politik hat bewiesen, dass parteiübergreifend wichtige politische Fragen bearbeitet werden können und dass das Finden von Antworten gemeinsam den größten Spaß bereiten kann.

Die Enquete-Kommission Jugend und Politik möchte damit ein gelungenes Beispiel – ein Best-Practice-Projekt – für gelebte Demokratie sein!

---

4) Vgl. hierzu Bericht Öffentlichkeitsarbeit der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ – Dokumentation und Auswertung der Seminar- und Besuchsprogramme (Oktober 2004 bis Juli 2005), Abschnitt J. XIV.

## C. AUFTRAG UND ZUSAMMENSETZUNG DER ENQUETE-KOMMISSION UND WESENTLICHER GANG DER BERATUNGEN

### I. Auftrag und Zusammensetzung der Enquete-Kommission

#### 1. Auftrag

Der Landtag hat in seiner 74. Sitzung am 27. Mai 2004 auf Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3163 – beschlossen:

- I. Gemäß § 90 der Geschäftsordnung des Landtags (GOLT) wird eine Enquete-Kommission „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“ eingesetzt. Die Enquete-Kommission besteht aus elf Mitgliedern, die dem Landtag angehören, sowie aus sechs weiteren Mitgliedern.
- II. Junge Menschen bejahen die Demokratie, doch ihr Vertrauen in die etablierte Politik ist stark gesunken und nimmt weiter ab. Sie empfinden sie als Gegenwelt zur eigenen Kultur, als langweilig, abgehoben, unverständlich und als Raum mit geringen Gestaltungsmöglichkeiten: „Da können wir ja sowieso nichts ändern.“

Dennoch haben Mädchen und Jungen, junge Frauen und Männer grundsätzlich Interesse an Politik und setzen sich für Werte und Ziele ein. Sie arbeiten ehrenamtlich in Organisationen, Vereinen, Initiativen, helfen in ihrer Umgebung oder in anderen Ländern und bei Katastrophen.

Eine umfassende rechtliche Leitlinie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist in der UN-Kinderrechtskonvention formuliert worden. Viele Kinder und Jugendliche wollen mitreden, wenn es um ihre Angelegenheiten geht. Möglichkeiten dafür zu schaffen und wirkliche gesellschaftliche Teilhabe zuzulassen bedeutet, das demokratische Gemeinwesen als Ganzes zu stärken.

In diesem Sinne soll die Enquete-Kommission Empfehlungen und Leitlinien erarbeiten, die Wege und Möglichkeiten aufzeigen, die wachsende Distanz der Jugendlichen gegenüber politischen Institutionen, Organisationen und Akteurinnen und Akteuren abzubauen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen, die geeignet sind,

- eine glaubwürdige und zugleich verständliche Vermittlung der Arbeit und Entscheidungen politischer Akteurinnen und Akteure zu verbessern,
- Jugendlichen seitens der Politik Ressourcen und Unterstützung im Interesse von verbesserter Partizipation zur Verfügung zu stellen,
- Partizipationsmöglichkeiten und Organisationsformen sowohl innerhalb der Parteien wie in anderen Bereichen von Politik und Verwaltung zu entwickeln, die das Interesse und die Bereitschaft Jugendlicher zu aktiver Teilhabe wecken können,
- Politik für die Vertretung der Interessen Jugendlicher zu sensibilisieren sowie
- Politik so zu gestalten, dass Jugendliche im Handeln der politischen Akteurinnen und Akteure einen engen Zusammenhang mit ihrem gegenwärtigen und zukünftigen Leben erkennen können.

#### III. Um dies zu erreichen, soll die Enquete-Kommission insbesondere:

1. Zur Unterstützung ihrer Arbeit Jungen und Mädchen, junge Männer und Frauen aus Schulen und Ausbildung, Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung, Vereinen, Ehrenamt und Beruf einladen, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung ihre Sichtweisen vorzustellen. Sachkundig Erwachsene werden ebenfalls angehört. Der Kreis der Anzuhörenden soll sich zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen zusammensetzen. Sie sollen in Rheinland-Pfalz leben.

Die Anhörung soll kind- und jugendgerecht gestaltet werden. Die Anhörung soll Aufschlüsse über die Art des Engagements Jugendlicher, ihre Motivationen und den Stellenwert, den es in ihrem Leben hat, geben. Sie soll weiterhin aufzeigen, was junge Menschen unter erfolgreicher Partizipation verstehen und welche Anforderungen sie an Politik und die in der Politik handelnden Personen haben.

2. Praktische Erfahrungen aus der Jugendarbeit, insbesondere der politischen Jugendbildungsarbeit aufnehmen und bewerten, die – speziell mit Blick auf Veränderungen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren – Aufschluss geben über:
  - die Zusammensetzung der Zielgruppen politischer Jugendbildungsarbeit (Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Jugendliche mit Migrationshintergrund, soziale Zugehörigkeit);
  - den Wandel von Inhalten und Themen des politischen Interesses von Jugendlichen;
  - Veränderungen der von Jugendlichen präferierten Formen der Bearbeitung und Präsentation politischer Themen, besonders auch im Hinblick auf die mediale Vermittlung von Themen;
  - Veränderungen der Beteiligungsformen in der politischen Jugendarbeit (von institutionalisierten, an parlamentarischen Verfahren orientierten Formen zu offeneren, projektorientierten Beteiligungsformen?);
  - Unterschiede bei der Jugendarbeit in Städten und ländlichen Gebieten;
  - die Selbstwahrnehmung Jugendlicher als gesellschaftlich engagierte Akteurinnen und Akteure;
  - die Bedeutung sich wandelnder jugendkultureller Kontexte und medial geprägter Wahrnehmungsweisen für die Arbeit mit Jugendlichen;

- die Bedeutung medial geprägter Wahrnehmungsweisen Jugendlicher von Politik sowie Politikerinnen und Politikern für das Interesse an politischen Prozessen.
3. Ihr Augenmerk vor allem auf die Analyse gelungener Beispiele („Best Practices“) der Partizipation von Kindern und Jugendlichen vor allem in Rheinland-Pfalz in den folgenden Lebensräumen/-bereichen Jugendlicher richten:
- Kindertagesstätte,
  - Schule,
  - Betrieb/Ausbildung und Hochschule,
  - Kommunales Umfeld und praktische Demokratie,
  - Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher,
  - Medien.

Darüber hinaus soll die Enquete-Kommission

- bei der Betrachtung der rheinland-pfälzischen „Best Practices“ vor allem der Frage nachgehen, welche Faktoren eine nachhaltige Motivation Jugendlicher zu gesellschaftlichem und politischem Engagement begünstigen und
- bei der Betrachtung der „Best Practices“ die Bedeutung der Geschlechterdifferenz, sozialer Unterschiede, unterschiedlicher Bildungsabschlüsse, kultureller Differenzen und eines bestehenden Migrationshintergrundes von Jugendlichen berücksichtigen.

Die Ergebnisse ihrer Analysen gelungener Beispiele der Partizipation von Kindern und Jugendlichen soll die Kommission den Betroffenen zu einer Stellungnahme vorlegen (Feedback-Verfahren).

4. Eine gutachterliche Bestandsaufnahme aktueller wissenschaftlicher Forschungen zum Verhältnis von Jugend und Politik veranlassen/vornehmen lassen, bei der nach Möglichkeit folgende Gesichtspunkte – wo möglich spezifiziert auf Rheinland-Pfalz – im Mittelpunkt stehen sollten:
- a) Wandlungen der Form des gesellschaftlichen sowie des im engeren Sinne politischen Engagements Jugendlicher;
  - b) die Rolle der Medien für das öffentliche Bild und die Struktur politischer Prozesse, Medienwirkungen und Medienbeteiligungen bei Jugendlichen;
  - c) veränderte Sozialisationsprozesse im Jugendalter und sozialstrukturelle Faktoren (Bildung, Schichtzugehörigkeit, Geschlecht, Migration);
  - d) die wechselseitige Wahrnehmung von Politikerinnen und Politikern und Jugendlichen.

Weitere Fragestellungen dieser gutachterlichen Bestandsaufnahme sollten sein:

- Welche strukturellen Eigenschaften und Veränderungen politischer Prozesse in der heutigen parlamentarischen Demokratie und welche zeitspezifischen Veränderungen des Politischen (Politik als Vollzug von Sachzwängen, Überlagerung von Politik durch wissenschaftliche Expertise und Expertenstreit, Überspezialisierung von Politikfeldern und Aufsplitterung der politischen Verantwortung) beeinflussen die Partizipation Jugendlicher?
  - Wie beurteilen Jugendliche die Bedeutung bestehender politischer Agenden und Themenprioritäten für ihre eigene Lebensgestaltung?
  - Gibt es Erkenntnisse über Partizipationsprozesse Jugendlicher in Einrichtungen wie Internat, Heim, Krankenhaus oder Jugendgefängnis?
  - Lassen sich mit Blick auf die Partizipationskulturen in europäischen Nachbarländern Anregungen für die Weiterentwicklung in Rheinland-Pfalz gewinnen?
5. Weiterhin eine Bestandsaufnahme und Bewertung der durch rechtsförmige Regelungen in verschiedenen Handlungsbereichen in Rheinland-Pfalz (Politik auf lokaler, regionaler und Landesebene, Schulen, Betrieb etc.) vorgesehenen Beteiligungsformen von Jugendlichen und ihrer faktischen Wahrnehmung bzw. Annahme durch Jugendliche vorlegen.
6. Eine Bestandsaufnahme und Bewertung von Initiativen verschiedener Akteurinnen und Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur, Kirchen, Sport und anderen gesellschaftlichen Bereichen in Rheinland-Pfalz vornehmen, die das Interesse Jugendlicher an demokratischen politischen Prozessen erhöhen und ihre Partizipation in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen steigern wollen.
7. Eine Darstellung erarbeiten, wie in den Lehrplänen der verschiedenen Schularten in Rheinland-Pfalz Unterricht über die Formen möglicher politischer Partizipation im weiteren Sinne vorgesehen ist und
8. schließlich Jugendliche, nicht zuletzt als zu hörende Sachverständige, wirksam in ihre Arbeit einbeziehen.

## 2. Zusammensetzung:

Die Enquete-Kommission setzte sich ursprünglich wie folgt zusammen.

Von den Fraktionen benannte Mitglieder, die dem Landtag angehören:

- |  |   |
|--|---|
| a) Für die Fraktion der SPD:               | Ulla Brede-Hoffmann<br>Anne Spurzem<br>Ruth Leppla<br>Hannelore Klamm<br>Sigrid Mangold-Wegner  |
| Ständige Ersatzmitglieder:                 | Dieter Burgard<br>Heike Raab  |
| b) Für die Fraktion der CDU:               | Dr. Thomas Gebhart<br>Elfriede Meurer<br>Dorothea Schäfer<br>Angela Schneider-Forst   |
| Ständige Ersatzmitglieder:                 | Josef Keller<br>Marlies Kohnle-Gros   |
| c) Für die Fraktion der FDP:               | Nicole Morsblech  |
| Ständiges Ersatzmitglied:                  | Dr. Edmund Geisen   |
| d) Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: | Nils Wiechmann  |
| Ständige Ersatzmitglieder:                 | Friedel Grützmaker<br>Reiner Marz   |
| Benannte Sachverständige:                  | Prof. Dr. Christian Schrapper<br>Elisabeth Portz-Schmitt<br>Volker Steinberg<br>Siglinde Hornbach-Beckers<br>Dr. Werner Blumenthal<br>Lothar Harles |

In ihrer konstituierenden Sitzung am 15. Juni 2004 hat die Enquete-Kommission die Abgeordnete Ulla Brede-Hoffmann zur Vorsitzenden und den Abgeordneten Nils Wiechmann zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Im Verlauf der Beratungen ergaben sich folgende personelle Änderungen:

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 22. Februar 2005 die Abgeordnete Brigitte Hayn anstelle des Abgeordneten Josef Keller als ständiges Ersatzmitglied benannt. <sup>1)</sup>

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 10. März 2005 die Abgeordnete Antje Felizia Weiser anstelle der Abgeordneten Ruth Leppla als Mitglied benannt. <sup>2)</sup>

In der konstituierenden Sitzung der Enquete-Kommission am 15. Juni 2004 teilte Herr Staatssekretär Prof. Dr. Hofmann-Göttig mit, dass er von der Landesregierung als Beauftragter für die Enquete-Kommission benannt ist.

Die Fraktionen wurden von ihren nachfolgenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt:

- |                                 |                            |
|---------------------------------|----------------------------|
| Fraktion der SPD:               | Herr Thorsten Jung         |
| Fraktion der CDU:               | Frau Heike Schinzel        |
| Fraktion der FDP:               | Frau Dr. Christine Kreuzer |
| Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: | Frau Nadine Faulstich      |

Der Enquete-Kommission waren seitens der Stabsstelle Wissenschaftlicher Dienst des Landtags Oberregierungsrätin Iris Eschenauer, Amtsrätin Anke Taudor (bis 31. Dezember 2004) und Oberamtsrätin Karin Follmann (ab 1. Januar 2005) zugeordnet.

1) Vgl. Drucksache 14/3902.

2) Vgl. Drucksache 14/3954.

## II. Wesentlicher Gang der Beratungen

### 1. Vorbemerkungen

#### a) Öffentlichkeitsarbeit der Enquete

Die Enquete-Kommission wurde in ihrer Öffentlichkeitsarbeit seitens der Abteilung II „Informationsdienste, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ durch Herrn Verwaltungsangestellten Jaeger, Referat „Informationsangebote für Schüler und Jugendliche“ unterstützt. Der Bericht über die Öffentlichkeitsarbeit der Enquete-Kommission – Dokumentation und Auswertung der Seminar- und Besuchsprogramme (Oktober 2004 bis Juli 2005) ist unter Abschnitt J. XIV. aufgeführt.

Auf der Internetseite des Landtags wurde ausführlich über die Arbeit der Kommission informiert. Mit Zustimmung des Ältestenrates wurden auch die Protokolle öffentlicher Kommissionssitzungen ins Internet eingestellt. Auf die Internetseiten der Kommission wurde bis zum 1. Dezember 2005 11 099 Mal zugegriffen.

#### b) „Best Practice“-Besuche vor Ort

Die Enquete-Kommission sollte Empfehlungen und Leitlinien erarbeiten, die Wege und Möglichkeiten aufzeigen, die wachsende Distanz der Jugendlichen gegenüber politischen Institutionen, Organisationen und Akteurinnen und Akteuren abzubauen. Um dies zu erreichen, sollte die Enquete-Kommission ihr Augenmerk auf die Analyse gelungener Beispiele („Best Practice“) der Partizipation von Kindern und Jugendlichen richten, insbesondere in den Lebensräumen/-bereichen:

- Kindertagesstätte,
- Schule,
- Betrieb/Ausbildung und Hochschule,
- Kommunales Umfeld und praktische Demokratie,
- Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher,
- Medien.<sup>3)</sup>

Um innerhalb der einzelnen Lebensbereiche möglichst viele „Best Practice“-Projekte besuchen zu können, hat sich die Enquete-Kommission mit Zustimmung des Ältestenrates auf folgenden Ablauf der „Best Practice“-Besuche verständigt:

1. Die Enquete-Kommission reist nur in kleinen Gruppen an die Orte der „Best Practice“-Projekte.
2. Die Gruppen werden für jeden „Best Practice“-Termin neu gebildet.
3. In diesen Gruppen muss nicht jede Fraktion vertreten sein, vielmehr sollen diejenigen Personen zusammen an einen Ort fahren, die dort entweder in der Nähe wohnen oder die Kontakte zum Projekt haben/hatten.
4. Die Gruppengröße soll möglichst die Zahl fünf nicht übersteigen.
5. Die Zahl der „Best Practice“-Projekte, die besucht werden, kann von Besuchstermin zu Besuchstermin variieren. Sie bestimmt im Wesentlichen die Gruppengrößen.
6. Die jeweilig zusammen reisenden Mitglieder einer Gruppe organisieren ihren Besuch selbst: Terminabsprachen, Besuchsdauer etc. werden von den Gruppenmitgliedern durch interne Absprache geregelt. Die Landtagsverwaltung übernimmt dabei keine Organisationsarbeit.
7. Die jeweilig zusammen reisenden Mitglieder regeln intern selbst, wer den von der Enquete-Kommission noch zu erstellenden Berichtsbogen ausfüllt. Die interne Abstimmung über die gefertigte Dokumentation erfolgt innerhalb der Gruppe selbstständig. Die Gruppe selbst erledigt die Rückkopplung mit dem besuchten Projekt bezüglich des gefertigten Berichtes.
8. Die Gruppe gibt ihren Berichtsbogen innerhalb von zehn Tagen bei der Landtagsverwaltung ab.
9. Die Auswertung der „Best Practice“-Besuche erfolgt möglichst zeitnah.
10. Die Gruppen, die zusammen gereist sind, stellen sicher, dass bei der Auswertung mindestens ein Mitglied anwesend ist und nochmals mündlich berichten kann.
11. Die Termine der „Best Practice“-Besuche sind die von der Enquete-Kommission beschlossenen Termine, Abweichungen müssen von der Kommission beschlossen werden.

Die Kommission wickelt somit mit Zustimmung des Ältestenrates in den nachfolgenden Punkten von der Geschäftsordnung ab:

1. Nicht jede Fraktion ist in jeder Gruppe vertreten.
2. Die Sitzungsleitung erfolgt nicht durch eine/-n Vorsitzende/-n.
3. Auf die Beschluss- und Beratungsfähigkeit wird verzichtet.
4. Auf die Protokollierung durch den Stenographischen Dienst wird verzichtet.
5. Die Abschrift des durch die Gruppe erstellten Berichtsbogens durch den Stenographischen Dienst ist das Protokoll der jeweiligen Sitzung.<sup>4)</sup>

3) Vgl. Drucksache 14/3254.

4) Protokoll der 4. Sitzung der EK 14/3 „Jugend und Politik“ am 16. September 2004, S. 9 f.

In den Sitzungen der Enquete-Kommission verständigten sich die Mitglieder auf die zu besuchenden „Best Practice“-Projekte und die jeweiligen Kleingruppen. In jeder Gruppe wurde eine Person bestimmt, die für die Organisation des Besuchs und die Erstellung des Berichtsbogens incl. Rückkopplung mit der besuchten Einrichtung verantwortlich war. In der ersten Sitzung der Enquete-Kommission nach dem Besuch der „Best Practice“-Projekte bereitete die Kommission die Besuche nach, um in der darauf folgenden Sitzung erste Schlussfolgerungen der Fraktionen vorzulegen und zu diskutieren.

## 2. Verlauf der Beratungen

In 24 Sitzungen befasste sich die Enquete-Kommission mit der im Einsetzungsbeschluss aufgeführten Thematik. Grundlage der Beratungen waren die in der Anlage 1 aufgeführten Unterlagen.

Die Kommission führte am 2. September 2004 ein moderiertes Gespräch mit Sachverständigen aus dem Bereich Jugendarbeit <sup>5)</sup> und am 3. Dezember 2004 ein Gespräch mit Vertretern der politischen Jugendorganisationen <sup>6)</sup> durch. Diese Fachgespräche dienten dazu, konkrete Erfahrungen aus dem Bereich der Jugendarbeit in die Arbeit der Enquete-Kommission einfließen zu lassen.

Außerdem fand ein moderiertes Gespräch mit Kindern und Jugendlichen <sup>7)</sup> am 15. Oktober 2004 in den Räumen des Kulturzentrums in Mainz statt. Die Enquete-Kommission war daran interessiert zu erfahren, was Kinder und Jugendliche interessant und spannend finden, was sie an Politik und Politikern stört und was sich ändern müsste, damit Politik verständlicher und ansprechender wird. Die Kinder und Jugendlichen erhielten als Feedback das Protokoll der Sitzung, die wichtigsten von der Enquete-Kommission zusammengetragenen Aussagen sowie eine CD mit Fotos. Sie hatten außerdem die Möglichkeit, der Kommission mitzuteilen, wie ihnen die Veranstaltung gefallen hat.

Im Rahmen der Analyse gelungener Beispiele („Best Practice“) der Partizipation von Kindern und Jugendlichen besuchte die Enquete-Kommission Einrichtungen in den folgenden Lebensräumen/-bereichen:

- Kindertagesstätte <sup>8)</sup> am 26. November 2004
- Schule <sup>9)</sup> am 13. Januar 2005
- Betriebe/Ausbildung und Hochschule <sup>10)</sup> am 18. Februar 2005
- Kommunales Umfeld und praktische Demokratie <sup>11)</sup> am 10. März 2005
- Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher <sup>12)</sup> am 14. April 2005.

Die Best-Practice-Projekte aus dem Bereich „Jugend und Medien“ <sup>13)</sup> stellten die jeweiligen Verantwortlichen im Rahmen einer Kommissionssitzung am 20. Mai 2005 vormittags in den Räumen des Landtags vor. Nachmittags informierte sich die Kommission in einer Anhörung über die zu diesem Bereich vorliegenden Forschungsergebnisse und diskutierte mit Vertretern sowohl des öffentlich-rechtlichen als auch des privaten Fernsehens sowie des Rundfunks über die Verantwortung der Medien im Bereich der politischen Bildung. <sup>14)</sup>

In ihrer Sitzung am 22. Juni 2005 führte die Kommission eine Anhörung zu den Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)Extremen und (rechter) Gewalt <sup>15)</sup> durch, zu der der Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport, ein Vertreter des Landeskriminalamtes, ein Soziologe, der sich mit der rechtsradikalen Musikszene beschäftigt, ein Vertreter des Fanprojekt Mainz e. V. und ein Vertreter von jugendschutz.net eingeladen waren.

Über die Erfahrungen der UN-Jugenddelegierten Hanna Labonté und Anne Spiegel, die die deutsche Delegation erstmals zur Generalversammlung der Vereinten Nationen begleiteten, informierte sich die Kommission in einer Anhörung am 14. Juli 2005. <sup>16)</sup>

Zum Thema „Voraussetzungen von Kommunikation zwischen Jugend und Politik im politischen Dialog“ hörte die Kommission in ihrer Sitzung am 8. September 2005 Professor Dr. Andreas Thimmel <sup>17)</sup> an.

Außerdem erstellte Herr Prof. Dr. Schrapper als Mitglied der Enquete-Kommission eine gutachterliche Bestandsaufnahme aktueller wissenschaftlicher Forschung zum Verhältnis von Jugend und Politik. <sup>18)</sup>

---

5) Vgl. Abschnitt J. I.  
6) Vgl. Abschnitt J. III.  
7) Vgl. Abschnitt J. II.  
8) Vgl. Abschnitt J. IV.  
9) Vgl. Abschnitt J. V.  
10) Vgl. Abschnitt J. VI.  
11) Vgl. Abschnitt J. VII.  
12) Vgl. Abschnitt J. VII.  
13) Vgl. Abschnitt J. VIII.  
14) Vgl. Abschnitt J. IX.  
15) Vgl. Abschnitt J. X.  
16) Vgl. Abschnitt J. XI.  
17) Vgl. Abschnitt J. XII.  
18) Vgl. Abschnitt J. XIII.

Des Weiteren wurde seitens des Ministeriums für Bildung und Jugend eine Bestandsaufnahme und Bewertung der durch rechtsförmige Regelungen in verschiedenen Handlungsbereichen in Rheinland-Pfalz (Politik auf lokaler, regionaler, Landesebene, Schule, Betrieb) vorgesehenen Beteiligungsformen von Jugendlichen und ihrer faktischen Wahrnehmung bzw. Annahme durch Jugendliche vorgelegt.<sup>19)</sup>

Außerdem legte das Ministerium eine Bestandsaufnahme und Bewertung von Initiativen verschiedener Akteurinnen und Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur, Kirchen, Sport und anderen gesellschaftlichen Bereichen in Rheinland-Pfalz vor, die das Interesse Jugendlicher an demokratischen politischen Prozessen erhöht und ihre Partizipation in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen steigert.<sup>20)</sup>

Schließlich erarbeitete das Ministerium eine Darstellung, wie in den Lehrplänen der verschiedenen Schularten in Rheinland-Pfalz Unterricht über die Formen möglicher politischer Partizipation im weiteren Sinne vorgesehen ist.<sup>21)</sup>

Die Enquete-Kommission stimmte in ihrer 23. Sitzung am 21. November 2005 und in ihrer 24. Sitzung am 9. Dezember 2005 diesem Abschlussbericht zu.

---

19) Vgl. Vorlage EK 14/3-23 zu Ziffer III. Nr. 5 des Einsetzungsbeschlusses (Drucksache 14/3254).

20) Vgl. Vorlage EK 14/3-45 zu Ziffer III. Nr. 6 des Einsetzungsbeschlusses (Drucksache 14/3254).

21) Vgl. Vorlage EK 14/3-46 zu Ziffer III. Nr. 7 des Einsetzungsbeschlusses (Drucksache 14/3254).

## D. GEMEINSAME EMPFEHLUNGEN FÜR DIE VERBESSERUNG DER PARTIZIPATIONSSCHANCEN IN DEN LEBENSWELTEN

### I. Lebenswelt Kindertagesstätte

Der Besuch einer Kindertagesstätte bedeutet für viele Kinder die erste Gelegenheit, sich regelmäßig in einer größeren sozialen Gruppe aufzuhalten. Diese Kinder erlebten bis dahin nur ihre Familie und die darin herrschenden Regeln und Vereinbarungen und spontan entstehende Gruppen (z. B. auf dem Spielplatz), bei denen meist Mitglieder der eigenen Familie Schutz und Rückhalt boten. Nun sehen sie sich einer Kindergruppe gegenüber, in der ihnen viele oder alle Kinder und auch die unterstützenden Erwachsenen oft zunächst unbekannt sind. Um sich in dieser Gruppe zurechtzufinden und wohl zu fühlen, müssen neben einer Atmosphäre des „Angenommenseins“ und Vertrauens für das Kind verständliche und durchschaubare Strukturen und Regeln vorhanden sein – Strukturen und Regeln, die das Kind optimalerweise freiwillig akzeptiert und befolgt, weil es sie als nützlich für die ganze Gruppe empfindet.

Kinder sind eigene Persönlichkeiten mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen, die auch vom jeweiligen Alter abhängen. Sie erkennen schnell, dass Strukturen und Regeln, die sie in ihrer Kindertagesstätte vorfinden, nicht unabänderlich sind, sondern Vorgaben, die von Menschen für Menschen gemacht worden sind. Sie nehmen daher jeweils unterschiedlich Regeln als für sich angenehm oder unangenehm wahr. So entsteht bei vielen Kindern schnell der Wunsch, an diesen Absprachen und Regeln über zwischenmenschliche Strukturen beteiligt zu werden.

Manche Kinder besuchen eine Kindertagesstätte und haben bereits in der eigenen Familie die Erfahrung gemacht, dass ihnen Mitsprache bei häuslichen Entscheidungen – auch über das, was man darf oder nicht darf – zugetraut und zugebilligt wird. Manche Kinder jedoch kennen eine solche Form der Mitsprache an der Gestaltung der eigenen Lebenswelt von zu Hause aus nicht.

In vielen Kindertagesstätten haben Kinder die Möglichkeit, an der Gestaltung ihrer Lebenswelt mitzuwirken. In den besuchten Best-Practice-Projekten wurde das große Potential dieser Beispiele für die Gesamtheit der Lebenswelt Kindertagesstätte deutlich. Dabei haben die Erzieherinnen und Erzieher die wichtige Aufgabe, Stärkung von Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit zu erreichen, ohne die Kinder zu überfordern.

In den Gesprächen und durch die Vor-Ort-Besuche wurde deutlich, dass Kinder Interesse haben, ihre eigenen Ideen in den Kindertagesstättenalltag einzubringen und ihr dortiges Zusammensein gemeinsam zu gestalten. Es ist beeindruckend, wie viel Verantwortung für die Gestaltung ihrer Lebenswelt sich die Kinder ganz selbstverständlich zutrauen, und mit welcher Ernsthaftigkeit sie dann auch die Umsetzung ihrer Entscheidungen praktizieren.

Oft ist dieses Verantwortungsbewusstsein viel nachhaltiger, als es den Kindern durch die Erwachsenen (Eltern, Erzieherinnen etc.) zugetraut wird. So können die Kinder beispielsweise in einem Morgenkreis oder einem Kindertagesstätten-Parlament nicht nur demokratische Verhaltensstrukturen und -methoden erlernen, sondern auch ganz selbständig Konflikte und Streitigkeiten im Kindertagesstättenalltag klären. Die Erzieherinnen und Erzieher sind dabei oft nur Moderatorinnen und Moderatoren oder Beobachter und geben zudem immer wieder an, dass die durch die Kinder gefundenen Lösungen sehr praktikabel und lösungsorientiert sind. Wesentlich dabei ist auch die Feststellung, dass Kinder, die bei der Entscheidungsfindung von Absprachen, Regeln, Gestaltungsvorstellungen oder Ähnlichem mit ihren Vorschlägen keine Mehrheit fanden, aber die Möglichkeit hatten, dafür zu argumentieren, dann oft problemlos die Entscheidung der Mehrheit akzeptieren und bei der Umsetzung aktiv und positiv mitwirken. In solchen gemeinsamen Entscheidungsprozessen üben die Kinder praktische Demokratie.

Entscheidenden Einfluss auf die Qualität und Nachhaltigkeit dieser Form gelebter Demokratie in der Kindertagesstätte haben die Erzieherinnen und Erzieher: nur dort, wo solche Prozesse von ihnen gewollt, engagiert angeleitet und unterstützt werden, gelingt diese Mitwirkung und entfaltet emanzipatorische Kräfte.

Nachhaltig können solche Teilhabe-Erlebnisse das Selbstverständnis von Kindern aber auch nur dann beeinflussen, wenn die in der Kindertagesstätte erlebte Beteiligung im Elternhaus nicht nur begrüßt wird, sondern das Miteinander in den Familien der Kinder auch „Mitbestimmung“ ermöglicht und sich die Kinder dort als mitverantwortliche Mitglieder ernst genommen fühlen. Zum anderen müssen beim Übergang in die nächste Phase, in die Schule, Prinzipien der Mitwirkung auch wieder erlebbar werden.

Empfehlungen:

- Die Teilhabe der Kinder in Kindertagesstätten an der Gestaltung des Alltags soll selbstverständlich werden.
- Partizipation als Erziehungsprinzip soll selbstverständlicher Bestandteil der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern werden.
- Die Eltern sollen mit dem partizipativen Erziehungsprinzip der Kindertagesstätten vertraut gemacht werden.
- Schon Kinder im Kindergartenalter sollen von politisch Verantwortlichen ernst genommen und angehört werden.
- Die Weiterentwicklung von Partizipationsformen in der Kindertagesstätte soll über eine Informationsplattform des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend für die Einrichtungen gefördert werden.

**Leitsatz Kindertagesstätte:**

Rheinland-pfälzische Kindertagesstätten sollen Orte der Beteiligung und des Ernstnehmens sein.

### II. Lebenswelt Schule

Der Sozialraum Schule bedarf aufgrund der ihm zugewiesenen Aufgabe von Bildung und Erziehung noch entschiedener einer Regelung für ein möglichst konfliktfreies Miteinander. Ein Mitwirken von Schülerinnen und Schülern bei der Entwicklung und Ent-



scheidung für Regelsetzungen ist im Schulalltag ebenso denkbar wie wünschenswert. Positive und Demokratie einübende Effekte können bei Beteiligungsprozessen in der Lebenswelt Schule bewirkt werden.

Darüber hinaus bietet der Lebensraum Schule ein enormes Potential an Möglichkeiten, unterschiedliche Projekte und Veranstaltungen, ja auch Unterrichtsformen anzubieten, die von Schülerinnen und Schülern allein oder zusammen in einem Team durchgeführt werden können.

Durch die Gespräche der Enquete-Kommission mit Kindern und Jugendlichen und durch die Besuche der Best-Practice-Projekte in der Lebenswelt Schule wurde deutlich, dass bei vielen Schülerinnen und Schülern in der Tat ein großer Wunsch nach Partizipation und Mitbestimmung besteht.

Gesetzlich geregelt sind Mitbestimmungsregelungen für die Schülerschaft in Form der Schülerversammlung (SV). Formalrechtliche Regelungen über die Durchführung von Beteiligungsprojekten oder selbstverantwortlich gestaltetem Unterricht gibt es dagegen nicht.

Hier besteht für die Schule als soziales Lernfeld eine große Gestaltungsvielfalt, innerhalb derer Schülerinnen und Schülern Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden können.

Darüber hinaus wird an die Institution Schule sowohl von den Schülern und Schülerinnen wie von Erwachsenen der Anspruch herangetragen, im Rahmen des Unterrichts zum einen Kenntnisse über Struktur und Funktionsweise von Politik unterschiedlicher Ebenen zu vermitteln, zum anderen Beispiele realer Politik erleben zu können.

Schule wird also vor die vielfältige Aufgabe gestellt, Wissen über die Möglichkeiten von demokratischer Beteiligung und über die Funktionsweise unseres politischen Systems zu vermitteln (Lernraum Schule), außerdem in Form von realen Beispielen Politik erlebbar zu machen und darüber hinaus innerschulisch sowie innerhalb des Lernprozesses Beteiligung erfahrbar zu machen (Lebensraum Schule).

Die Besuche an den Best-Practice-Schulen haben gezeigt, dass es Schulen gelingen kann, solche Erfahrungen sowohl durch Selbstverantwortung im Lernprozess als auch in innerschulischen Mitbestimmungsprozessen erfolgreich zu vermitteln. Viele Schulen arbeiten mit Gemeinden und Vereinen vor Ort zusammen, so dass zusätzlich durch die Unterstützung außerschulischer Partizipationsprozesse das übergeordnete Ziel der Vermittlung demokratischer Beteiligungs- und Handlungskompetenzen erreicht wird.

Darüber hinaus wurde deutlich, dass viele engagierte Lehrkräfte im regulären Sozialkundeunterricht oder in fächerübergreifenden Projekten wesentliche Kenntnisse und Kompetenzen zur demokratischen Teilhabe an der Gesellschaft an ihre Schülerinnen und Schüler weitergeben.

Diese positiven Beispiele dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den vielen Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen über die Frage nach Beteiligung in Schule, über Information zu Beteiligungsrechten und -möglichkeiten und über die Motivation zu außerschulischer Beteiligung die schulischen Angebote und Möglichkeiten in den Augen der Schülerinnen und Schüler in vielen Fällen Anlass zu weiteren Wünschen gaben.

Viele Schülerinnen und Schüler erleben ihre Schule als stark hierarchisch gegliedertes System, bei dem Mitbestimmung am Regelwerk für ein konfliktfreies Miteinander und Übernahme von Verantwortung für die Klärung von Konflikten, die Mitwirkung an der Gestaltung des Schulalltags sowie die Übernahme von Eigenverantwortung für einen Teil des Lernprozesses eher nicht vorgesehen ist.

Die besuchten Best-Practice-Projekte haben gezeigt, wie man im Rahmen der Entwicklung einer binnenorientierten Beteiligungskultur und der praktischen Vermittlung von Politik außerhalb des Klassenraums nachahmenswerte Wege gehen kann. Dabei wurde in allen Fällen deutlich, dass es in der Schule ebenso darauf ankommt, dass engagierte Lehrkräfte die Bereitschaft entwickeln, die Schülerinnen und Schüler in ihrem Mitwirkungsinteresse ernst zu nehmen, ihnen Beteiligung zuzutrauen und Freiräume für Engagement und Partizipation einzuräumen. Ohne diese Bereitschaft der Lehrkräfte ist das Entstehen einer demokratischen Beteiligungskultur in Schulen nicht vorstellbar.

Dabei ist für die Vermittlung demokratischer Kompetenzen auch im Bereich der Lebenswelt Schule ein gelingendes Zusammenspiel mit den Elternhäusern notwendig, die die Meinung der Kinder ernst nehmen und die Entwicklung einer politischen Meinungsbildung bei ihren Kindern fördern. Dabei müssen sich Eltern und Lehrkräfte ihrer hohen Verantwortung für die Vermittlung des Bildes von Politik und Gesellschaft bei den Kindern und Jugendlichen bewusst sein. Sie müssen erkennen, wie ihre (Vor-)Urteile über Politik und „die Politiker“ die Einstellung der Kinder und Jugendlichen (vor-)prägen.

#### Empfehlungen

- Gelebte Beteiligung soll sich innerhalb der Schule als demokratischer Lebensraum fortsetzen.
- Schulische Beteiligungskultur soll für etablierte Beteiligungsformen wie die Schülerinnen- und Schülerversammlung oder die Schülerzeitung Unterstützung und Ressourcen zur Selbstverständlichkeit werden lassen.
- Schule soll authentisches Erleben alltäglicher Politik durch Kontakte mit Politikerinnen und Politikern („Tage des politischen Gesprächs“) gleichberechtigt neben das Erlernen politischer Strukturen und Systeme stellen und durch vielfältige didaktische und pädagogische Unterrichtsformen die Qualität des Sozialkundeunterrichts deutlich verbessern.
- Das Wissen über die Wichtigkeit von Kinder- und Jugendbeteiligung soll Bestandteil der Lehrerinnen- und Lehrerbildung sein.
- Schule soll tiefgehende Informationen über alle Beteiligungsrechte inner- und außerhalb der Schule vermitteln und bestehenden außerschulischen Beteiligungsprojekten die Möglichkeit einräumen, über sich zu informieren und zum Mitmachen einzuladen.

#### Leitsatz Schule:

Rheinland-pfälzische Schulen sollen Orte der Vermittlung von Demokratiewissen und Demokratieerfahrung sein.

### III. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule

Der Lebensabschnitt, in dem sich Jugendliche oder junge Erwachsene in einer betrieblichen Ausbildung, einer ersten Arbeitsphase oder im Studium befinden, ist für sie eine Zeit, die mit vielen vorgeprägten Rollenvorstellungen, aber auch mit großen Hoffnungen und konkreten Erwartungen verbunden ist.

Die Mehrzahl der jungen Menschen wird in diesem Lebensabschnitt erstmals mit den unmittelbaren Herausforderungen des so genannten „Erwachsenwerdens“ konfrontiert. Viele verlassen in dieser Zeit ihr Elternhaus und lernen, auf eigenen Beinen zu stehen. Abseits vom bekannten Freundeskreis in der Schule und der Familie, sollen sie die Erwartungen im Betrieb erfüllen oder müssen sich (beispielsweise im Studium) mit den Notwendigkeiten und Schwierigkeiten einer selbständigen Lebens- und Zeitplanung auseinandersetzen. Der Versuch, den Erwartungen gerecht zu werden, die individuellen Ziele erreichen zu können und sich seine Hoffnungen zu erfüllen, wird von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit hoher Bedeutung belegt. Dafür werden nahezu alle zur Verfügung stehenden Kräfte eingesetzt.

Viele der jungen Menschen sehen sich auch schon in der Ausbildungs- oder Studienzeit mit Sorgen und Ängsten vor der unmittelbaren Zukunft konfrontiert. Die Sorge vor einer Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit, „sich nach Jobs umzusehen“, ist für die Mehrzahl der Jugendlichen zu einem prägenden Faktor im Prozess des Erwachsenwerdens geworden. Die Befürchtung bei Auszubildenden und bei Studierenden, nach dem Ende ihrer Ausbildung keinen Job zu bekommen, ist eine allgemeine, diese Lebensphase begleitende Erscheinung.

Junge Jugendliche werden nun zum ersten Mal und ganz unmittelbar mit größeren politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen konfrontiert. Viele erkennen dabei den unmittelbaren Zusammenhang von (früher eher als abstrakt wahrgenommenen) politischen Entscheidungen auf ihr praktisches Leben und die Auswirkungen auch für ihre unmittelbare Zukunft. Dabei droht die Gefahr, die individuelle Erfahrung – z. B. die Schwierigkeit, einen Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz zu finden – „der Politik“ zum Vorwurf zu machen und daraus eine Ablehnung von Politik herzuleiten.

Gleichzeitig sehen viele der jungen Menschen in dieser Lebensphase weder Zeit noch eigene Kraft, neben den zu erledigenden Aufgaben in Ausbildung, Studium oder Arbeit noch ein weiteres Engagement entweder am Ausbildungs-, Studien- oder Arbeitsplatz zu erbringen oder sich im Bereich der Kommune oder der Jugendarbeit zu engagieren. Eine gewisse Ferne zu Beteiligungsprojekten erscheint in dieser Lebensphase allein aufgrund dieser Rahmenbedingungen verständlich.

Dennoch bietet sich auch in dieser Lebenswelt eine große Zahl natürlicher Beteiligungsformen, die den jungen Menschen nahe gebracht werden können.

In den besuchten Partizipationsprojekten in Betrieben wurde vor allem darauf gesetzt, durch viel Eigenverantwortung bei der Gestaltung der eigenen Ausbildung ein hohes Maß an Mitwirkung im betrieblichen Geschehen einzuräumen. Sie zeigten, dass auch im Rahmen betrieblicher Ausbildung niederschwellige Formen der Mitbestimmung angeboten werden.

Die Beteiligungsprojekte, die innerhalb der Universität besucht wurden, zeigten, dass in dieser Lebenswelt sowohl Mitbestimmung für die Ausgestaltung des Lernortes selbst möglich ist (und auch durch das Hochschulgesetz ausdrücklich eingeräumt wird) wie auch eine vielfältige Palette von Beteiligungsprojekten im Rahmen des Studiums, ergänzend zu den Studieninhalten oder völlig unabhängig vom eigentlichen Studium, entwickelbar sind. Neben der Einübung oder bereits dem Praktizieren von politischer Handlungskompetenz sind viele der vorhandenen Beteiligungsangebote auch als zusätzliche berufsorientierte Qualifizierung anzusehen.

Ein junger Mensch entscheidet sich in der Lebensphase der beruflichen Qualifizierung und der Berufseinstiegsphase dann für ein Engagement, wenn diese Beteiligung einen für ihn direkt erkennbaren Nutzen mit sich bringt.

Aus diesem Grund, aber auch weil natürlich das eigentliche Ziel im Bereich von Betrieb oder Hochschule nicht mehr das Erziehen des jungen Menschen ist, sondern die Entwicklung beruflicher Kompetenzen, läuft die Erwartung, dass in dieser Lebenswelt weitreichende Angebote außerbetrieblicher oder außeruniversitärer Mitwirkungsprojekte gemacht würden, in die Irre. Die Verantwortlichen in Betrieb oder Hochschule sind verantwortlich für einen effizienten Ablauf in ihren Organisationen. Daran können – und sollen – sie eine Teilhabe ermöglichen. Eine Zuständigkeit für externe Projekte kann ihnen daher nicht abverlangt werden. Allerdings können die Organisationen profitieren von demokratischen Handlungskompetenzen, die die jungen Menschen in außerbetrieblichen oder außeruniversitären Partizipationsprojekten erworben haben.

#### Empfehlungen:

- Innerbetriebliche Teilhabe an der Gestaltung von Ausbildung und Arbeitsalltag und außerbetriebliches gesellschaftliches oder politisches Engagement sind Bereicherungen für den Ausbildungsbetrieb. Sie sollen von Unternehmen als Teil einer modernen und demokratischen Unternehmenskultur gefördert werden.
- Persönliche Kontakte von jungen Beschäftigten mit Politikerinnen und Politikern sollen der Einbindung dieser jungen Menschen in gesellschaftliche und politische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse dienen.
- Die Unternehmen sollen in ihrem Bemühen um eine lebendige Beteiligungskultur breite und öffentliche Unterstützung und Anerkennung durch die Landesregierung, die Kammern, die ZIRP und die Tarifpartner erfahren.
- Etablierte universitäre Beteiligungsformen sowie vielfältige neue Partizipationsprojekte an Hochschulen sollen ermöglicht und gefördert werden. Dabei sollen Verwaltung und Lehrende studentisches Engagement nach Bedarf unterstützen.
- Politisch engagierte Studierende tragen als junge erwachsene Akteure eine besondere Verantwortung, indem sie als Vorbilder und Gestalter zugleich andere zum Mitmachen motivieren sollen.
- Insbesondere Landespolitikerinnen und Landespolitiker sind gefordert, mit den politisch aktiven Studierenden in regelmäßigem Dialog Partizipationsangebote und -praxis an unseren Hochschulen weiterzuentwickeln.

**Leitsatz Betrieb, Ausbildung und Hochschule:**

Rheinland-pfälzische Betriebe und Hochschulen sollen Orte der Förderung von Selbstverantwortung und der Entwicklung von Wirtschaftsverantwortung sein.

**IV. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit**

Viele junge Menschen halten „die Politik“ für etwas sehr Abstraktes oder mindestens etwas eher Unkonkretes. Aber gerade politische Prozesse und Entscheidungen auf der kommunalen Ebene betreffen die Interessen und Bedürfnisse junger Leute in ihrem ganz unmittelbaren Lebensumfeld. Viele Kinder und Jugendliche bewerten kommunale Entscheidungsprozesse und Entscheidungsstrukturen oft nicht als eine Erscheinungsform von „Politik“. Politik ist für sie etwas, was weit entfernt („irgendwo in Berlin“) stattfindet. So wird beispielsweise die Entscheidung über das Für und Wider der Einrichtung eines Jugendtreffs und das Eintreten von Jugendlichen für diesen Treff selten als eine klare eigene politische Beteiligung erkannt.

Die normierten Beteiligungs- und Mitspracherechte von Kindern und Jugendlichen in der Lebenswelt Kommune werden unterschiedlich bewertet. In den Gesprächen mit den Kindern und Jugendlichen wurde deutlich, dass bei vielen jungen Leuten die Meinung vorherrscht, dass einerseits der Zugang zu lokalpolitischen Gremien viel zu kompliziert sei und viel zu sehr von formalen Strukturen oder Hürden gehemmt werde. Dies sei auch darauf zurückzuführen, dass die Informationen über diese Mitsprachemöglichkeiten, gerade auch die besonderen jugendspezifischen Beteiligungsmöglichkeiten, kaum bei den jungen Menschen vorhanden seien. Gerade aber eine ausreichende Information über die Möglichkeiten lokalpolitischer Beteiligungsmöglichkeiten schafft die für die Jugendlichen notwendige Transparenz.

Jugendliche brauchen ein Lernfeld für Demokratie und für gesellschaftliche Verantwortung. Neben dem formellen Bildungsbereich benötigen sie weitere Angebote, um Schlüsselqualifikationen zu erwerben. Engagement im informellen und nichtformellen Bereich kann Kompetenzen wie zum Beispiel Teamfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein oder Leitungskompetenzen vermitteln.

Die Gemeinde wird dabei oft als „Schule der Demokratie“ bezeichnet. In Jugendparlamenten, in Jugendverbänden, in Jugendtreffs, bei Projekten, in vielen Bereichen, in denen junge Leute sich engagieren, entwickeln sie einen eigenen Wertekanon, übernehmen Verantwortung für sich und andere, setzen ihre Kompetenzen ein, bereichern die Gesellschaft und auch ihre persönliche Entwicklung. Sie stehen den gesellschaftlichen Anforderungen nicht gleichgültig gegenüber, sondern lernen, Handeln als politisches Handeln zu verstehen.

Diese Lern- und Persönlichkeitsbildungsprozesse setzen voraus, dass die jungen Menschen bei ihrem Engagement in Kommune, Verein, Verband, Kirche, sozialer Organisation oder in Initiativen und Projekten von den Erwachsenen in ihrem Umfeld ernst genommen werden. Ihre Ideen und Aktivitäten müssen gewürdigt und, soweit möglich, umgesetzt werden. Die jungen Menschen brauchen dabei die Erfahrung und Unterstützung durch Erwachsene. Sie brauchen Räume und, soweit nötig, finanzielle Hilfen, inhaltliche Selbstbestimmung für ihre Arbeit und das Gefühl, nicht für die Interessen der Erwachsenen instrumentalisiert zu werden. Engagement von Kindern und Jugendlichen erfordert erlebbare und zeitnahe Erfolgserlebnisse. Jugendgerechte Flexibilität ist nicht mit verwaltungstechnischer Realität zu vereinbaren. Es bedarf eines gemeinsamen Diskurses, um die Bedürfnisse und die Zwänge beider Seiten kennen zu lernen und um gemeinsame Lösungen zu finden. Das Engagement von Jugendlichen wird bestimmt vom Wirkungsgrad. Aus ihrer Sicht ist oft gerade „in der Politik“ am wenigsten und am langsamsten etwas zu erreichen.

Indes wurde durch die Gespräche und die vielen Vor-Ort-Besuche auch das große Potential und die vorhandene Bereitschaft bei der Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen deutlich, sich in ihrer unmittelbaren kommunalen Lebenswelt für ihre Interessen und Meinungen zu engagieren. Auch viele bisher nicht engagierte Jugendliche haben großes Interesse an der Diskussion politischer Themen und haben Ideen, wie sie ihre Gemeinde weiterentwickeln können. Die Mehrzahl der jungen Menschen ist durchaus davon überzeugt, dass durch eine Beteiligung und durch die Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern kommunale Entscheidungen viel besser vorbereitet und durchgesetzt werden können.

Viele Kinder und Jugendliche sind Mitglieder in Vereinen, in verschiedenen Organisationen oder in kirchlichen Gruppen. Sie sind aktiv in der Jugendarbeit oder Jugendfreizeit. Gerade im Bereich der organisierten und nicht organisierten Jugendarbeit machen Kinder und Jugendliche oft gute und prägende Beteiligungserfahrungen. Bei vielen Vereinen und Organisationen ist eine Mitwirkung und auch Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, beispielsweise bei der inhaltlichen Auswahl und Gestaltung der Mitmachangebote oder bei der Gestaltung von Festen und Veranstaltungen, üblich. Aber auch hier wird demokratische Kompetenz nur dann nachhaltig gestärkt, wenn aufgeschlossene Erwachsene diesen Prozess unterstützen und Gestaltungsfreiräume für Kinder und Jugendliche anbieten. Auch in diesen Bereichen müssen Erfolgserlebnisse, Bestätigung und Akzeptanz der vertretenen Jugendinteressen stattfinden, um zu weiterem Mittun anzuregen. Jugendliche wollen sich in ihren Betätigungsfeldern als gleichberechtigte Akteure empfinden.

Nicht alle Jugendliche werden durch die Angebote der Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher erreicht. Denjenigen aber, die diese Angebote wahrnehmen, wird ein großes Lern- und Betätigungsfeld für persönliche, soziale und demokratische Erfahrungen und Kompetenzen angeboten. Die bereitgestellten Orte wecken Interesse und forcieren Entwicklungen, die nicht selten zur Übernahme von Funktionen in der Politik oder anderen relevanten Bereichen der Gesellschaft führen. Es gilt, diese Angebote in entsprechender Form zu erhalten, zu fördern und auszubauen, mit dem Ziel, informelle und nichtformelle Bildung als Teil des Bildungsangebots weiter zu etablieren und als wichtiges Element für den Erhalt von Demokratie und politischem System anzuerkennen.

**Empfehlungen:**

- Die Kommunen sollen Orte werden, an denen Kinder und Jugendliche positiv erleben und erfahren, was gelebte Demokratie ist.

- Politische Akteure sollen sich darüber bewusst sein, dass ihr Auftreten, ihr Umgehen mit Vorschlägen und Initiativen von Kindern und Jugendlichen und ihr Umgang untereinander das Bild von Politik nachhaltig für junge Menschen prägen und deren Beteiligungsbereitschaft beeinflussen.
- Etablierte und innovative Beteiligungsformen in den Kommunen sollen eröffnet, gefördert und weiterentwickelt werden.
- Innerhalb von Vereinen, Verbänden, Kirchen, politischen Organisationen und sonstigen Initiativen sollte engagementbereiten jungen Menschen die Chance für Beteiligung eröffnet werden.
- Jugendarbeit und Jugendfreizeit sollen jungen Menschen Geborgenheit und Zugehörigkeit anbieten, gleichzeitig vielfältige kulturelle Erfahrungen vermitteln und Strategien zur Bewältigung von Konflikten lehren.

#### **Leitsatz Kommunales Umfeld/Organisierte und nichtorganisierte Jugendarbeit**

Rheinland-pfälzische Kommunen und Vereine sollen Orte sein, an denen lebendige Demokratie erlebt, erlernt und gestaltet werden kann.

#### **V. Lebenswelt Medien**

In nahezu allen Gesprächen und Vor-Ort-Besuchen der Enquete-Kommission in den unterschiedlichsten Lebenswelten wurde die Bedeutung der Medien für Informationsbeschaffung und Meinungsbildung der Kinder und Jugendlichen deutlich.

Dabei haben alle Medienarten, sowohl Fernsehen und Rundfunk wie auch die Printmedien, das Internet, CDs sowie Filme einen hohen Stellenwert im alltäglichen Leben von Kindern und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche investieren immer mehr Zeit und Geld in den Konsum von Massenmedien.

Umso erstaunlicher war bei den Gesprächen und Vor-Ort-Besuchen die heftige Kritik der Kinder und Jugendlichen, die sie an der Sprache, den Formaten, aber auch den behandelten und vor allem den nicht behandelten Themen in den meisten Medien übten. Sie bemängelten Unverständlichkeit aufgrund einer als extrem empfundenen Fachsprache, besonders in politischen Berichten. Sie lehnten die meisten Sendeformate politischer Rundfunksendungen oder die Layouts im Politikteil der Printmedien als zu langweilig oder unmodern ab. Sie kritisierten hart die fehlende Berichterstattung über jugendspezifische Fragen oder die Darstellung einer Jugendsicht bei behandelten Themen. Kinder und Jugendliche empfinden die Berichterstattung über Politik und Zeitgeschehen in den einschlägigen Medien so, als kämen sie selbst, ihre Sprache, ihre Sichtweise, ihre Vorschläge nicht darin vor. Damit erklärten sie ihre geringe Nutzung von Medien zur Informationsbeschaffung und Meinungsbildung. Damit aber erklärten sie auch ihre Hinwendung zu Sendeformaten in den privaten Rundfunksendern. Hier fänden sie Informationen eher unterhaltend dargebracht, verstünden leichter, was berichtet werde, stießen eher auf Themen, die ihnen wichtig seien.

Alternative Wege zur Rezeption von Medieninformationen, um sich über das, was um einen herum vorgeht, adäquat zu informieren, sahen die Kinder und Jugendlichen jedoch nicht.

Es darf nicht übersehen werden, dass die Kinder und Jugendlichen nach politischen und gesellschaftlichen Informationen suchen und sie als „eigentlich unbedingt notwendig“ bezeichnen. Hier zeigt sich ein großes Potential an Interesse und Nachfrage, das auf Seiten der Medien erfüllt werden muss. Dabei steht außer Frage, dass die Medien in einer offenen Demokratie diesen Informations- und Orientierungsauftrag haben und ihn auch wahrnehmen. Nur eben nicht in der von Kindern und Jugendlichen erhofften Form und mit den von ihnen erwarteten Inhaltsangeboten. Besonders deutlich tritt in diesem Zusammenhang die Verantwortung von Medienverantwortlichen und Medienschaffenden des privaten Rundfunksektors zu Tage, die eine deutliche höhere Nutzung bei Kindern und Jugendlichen erfahren: die von ihnen transportierten Einstellungen und Wertvorstellungen, die von ihnen thematisierten Fragen beeinflussen die Meinungsbildung von Kindern und Jugendlichen ungemein. Hierin liegt eine große Chance, wenn sich die Sender dieser demokratischen Bildungsaufgabe gewachsen zeigen. Hierin kann jedoch auch eine große Gefahr liegen, wenn Kinder und Jugendliche nur als potentielle Konsumenten gesehen und durch entsprechende Medienbotschaften entsprechend beeinflusst werden.

Neben der Notwendigkeit, tatsächlich inhaltlich und formal Informationsangebote zu entwickeln, die den Erwartungen der jungen Leser und Leserinnen, Hörer und Hörerinnen und Seher und Seherinnen besser entsprechen, wird hier die Notwendigkeit einer tiefgehenden Medienkompetenzvermittlung bereits bei den Kleinsten, aber auch bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen deutlich. Kindern und Jugendlichen muss ein kritischer und verantwortungsbewusster Umgang mit den Medien vermittelt werden. Sie müssen erfahren, nach welchen Mustern, Regeln und Techniken die einzelnen Medien Wirklichkeit darstellen, erklären, interpretieren oder auch verfälschen. Sie müssen lernen, wie stark einzelne Beiträge die Meinung und die (Vor-)Urteile von Medienkonsumenten prägen und beeinflussen können, wie eine öffentliche und wie eine veröffentlichte Meinung entsteht bzw. worin sie sich unterscheidet.

Damit werden sie zum einen in die Lage versetzt, Medieninhalte besser zu entschlüsseln, eventuell darin den bisher vermissten Bezug zu ihrer eigenen Jugendwelt zu entdecken, und zum anderen die Medien selbst zu nutzen, um die eigene Sicht der Dinge darzustellen und die ihnen bisher fehlende Sichtweise der Jugend selbst einzubringen.

Medien wirken dann beteiligungsunterstützend, wenn sie zum einen das notwendige Informations- und Orientierungswissen vermitteln, das ein junger Mensch braucht, um sich über Politik und Gesellschaft ein Bild zu machen und entscheiden zu können, wann er sich wo einbringen will, und wenn sie zum anderen von den jungen Menschen so verstanden und „beherrscht“ werden, dass sie als Mittel zur Partizipation von ihnen benutzt werden können.

Im Rahmen der Best-Practice-Projekte wurden überzeugende Beispiele von kinder- und jugendgerechten Medienprodukten kennen gelernt. Es wurde auch eine Vielzahl von Medienprodukten betrachtet, die von Kindern oder Jugendlichen selbst für andere Kinder und Jugendliche hergestellt worden waren.

Es stand außer Frage, dass gerade der Bereich der Medien eine geradezu ungeahnte Fülle von Chancen bietet, zum einen durch Infor-

mation und Orientierung zu gesellschaftlicher Partizipation zu befähigen, zum anderen aber auch innerhalb der Lebenswelt Medien selbst Freiräume für eigenes Mitwirken und dabei für selbständiges Gestalten zu bieten.

Die Verantwortlichen für die Medien und in den Medien sowie die Medienschaffenden müssen dafür aber die Bereitschaft entwickeln, Kinder und Jugendliche schon heute als ihre Kunden zu verstehen und deren Bedürfnissen entgegenzukommen. Sie müssen ihnen die Chance auf mediale Mitverantwortung räumlich und zeitlich einräumen.

Darüber hinaus aber müssen sie erkennen, welche hohe Verantwortung bei der Entwicklung von Vorstellungen über Politik und Politikerinnen und Politikern sie haben: das Bild, das heute bei den Kindern und Jugendlichen entsteht, wird lange ihr Verhältnis zu Politik prägen und damit ihre Bereitschaft stark beeinflussen, sich in diesem Handlungsfeld zu engagieren.

Empfehlungen:

- Medienschaffende sollten die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen als wichtiges Thema begreifen und in Form und Sprache zielgruppengerecht vermitteln.
- Print- und Funkmedien sollten Kindern und Jugendlichen Raum (und Zeit) für eigene Beiträge (Berichte von Kindern und Jugendlichen für Kinder und Jugendliche) einräumen.
- Journalistinnen und Journalisten sollten erkennen, dass sie durch die Art ihrer Berichterstattung über politische Akteure und Prozesse eine hohe Verantwortung für das Bild von Politik haben, welches bei Kindern und Jugendlichen entsteht.
- Besonders die bei Kindern und Jugendlichen beliebteren und daher intensiver genutzten privaten Medienanstalten im Rundfunkbereich müssen sich ihrer besonderen demokratischen Bildungsaufgabe bewusst werden.
- Jungen Menschen soll in Kindertagesstätte, Schule und außerschulischer Jugendarbeit Medienkompetenz vermittelt werden, die sie zu kritischer, reflexiver und selbstverantwortlicher Mediennutzung befähigt.

**Leitsatz Medien:**

Rheinland-pfälzische Medien sollen kinder- und jugendgerecht informieren und beteiligen.

## E. GEMEINSAME EMPFEHLUNGEN

Die Enquete-Kommission soll Empfehlungen und Leitlinien erarbeiten, die Wege und Möglichkeiten aufzeigen, die wachsende Distanz der Jugendlichen gegenüber politischen Institutionen, Organisationen und Akteurinnen und Akteuren abzubauen.

### I. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlung politischer Arbeit

Die Enquete-Kommission schlägt Maßnahmen vor, die geeignet sind

- eine glaubwürdige und zugleich verständliche Vermittlung der Arbeit und Entscheidungen politischer Akteurinnen und Akteure zu verbessern.

Die Kommunikation zwischen Politikerinnen, Politikern und Jugendlichen soll verbessert werden. Die gegenseitige Kenntnisnahme sowie Achtung, Wertschätzung und Anerkennung sind von zentraler Bedeutung. Eine Haltung der Anerkennung, Freundlichkeit und die Bereitschaft zur Kommunikation sind unabdingbar. Es soll deutlich gemacht werden, dass Politikerinnen und Politiker bei jedem öffentlichen Auftritt, jedem Kontakt mit jungen Menschen, eine hohe Verantwortung für den gesamten Berufsstand, aber auch für Politik als demokratischen Prozess haben. Die offene Begegnung zwischen Politikerinnen und Politikern und Jugendlichen ermöglicht gelingende Kommunikation. Informationen über die jeweiligen Gesprächspartner sollen vorhanden sein. Vorurteile sollen stets selbstkritisch überprüft werden. Der Dialog bedarf eines konkreten Anhaltspunktes, eines konkreten Projektes oder einer spezifischen Fragestellung. Die daraus entstehenden Ergebnisse sollen mit den Gesprächspartnerinnen und -partnern rückgekoppelt und erläutert werden.

#### 1. Lebenswelt Kindertagesstätte

Die Träger von Kindertagesstätten und besonders die zuständigen Jugendämter sollen über die äußerst positiven Erfahrungen mit Partizipation in Kindertagesstätten informiert werden. Sie sollen ermutigt werden, in ihren Einrichtungen solche Partizipationsmöglichkeiten als Regelangebot vorzusehen. Eine Plattform für die Information über solch positive Beispiele stellt beispielsweise das Internetportal [www.net-part.rlp.de](http://www.net-part.rlp.de) dar. Den Kindertagesstätten soll angeboten werden, über eigene Partizipationsprojekte Berichte für net-part zu erstellen. Nach Prüfung sollen diese Berichte in das Internetportal eingestellt werden.

Überall dort, wo solche Partizipationsformen vorhanden sind, sollen die kommunal Verantwortlichen beispielsweise von den Kindertagesstättenleitungen, den Trägern der Kindertagesstätten oder über ein entsprechendes Empfehlungsschreiben des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend oder des Landesjugendamtes informiert werden.

Über die kommunalen Spitzenverbände oder/und das Ministerium des Innern und für Sport soll eine Sensibilisierung an die kommunal Verantwortlichen herangetragen werden, nach Wegen zu suchen, wie schon die Kleinsten aus den Kindertagesstätten an sie betreffenden Planungsprozessen der Kommune beteiligt werden können. Kommunale Verantwortliche sollen regelmäßig den persönlichen Kontakt zu den Kindern aufnehmen und sie Einblick gewinnen lassen in Entscheidungsprozesse, die die Kinder betreffen können. In großen Städten können das die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher machen, in den Gemeinden sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die richtigen Personen.

Partizipationsformen in Kindertagesstätten sollen ein Schwerpunkt in der reformierten Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und in den Weiterbildungsangeboten für Erzieherinnen und Erzieher sein. Im Studiengang für die Weiterqualifizierung der Leitungskräfte aus Kindertagesstätten soll Partizipation in Kindertagesstätten ein wichtiger thematischer Bereich sein. Für alle Erzieherinnen und Erzieher soll dabei neben dem Erlernen von Kompetenzen zur Ermöglichung von Partizipation auch das Wissen um die Wichtigkeit der Kontaktaufnahme zur örtlichen politischen Ebene stehen. Sie sollen ermutigt werden, auf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zuzugehen und im Interesse „ihrer“ Kinder um kommunale Einbeziehung und regelmäßige Kontakte zwischen Kindern und politischer Ebene zu bitten.

Partizipation muss als durchgängig erfahrbares Prinzip in der kindlichen Sozialisation vermittelt werden. Dieses muss durchgängig erkennbar bleiben. In der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen müssen die jeweiligen Bildungsprogramme deshalb gerade auch im Hinblick auf Mitbestimmung und ihre Rolle im Alltag von Schule und Kindertagesstätte abgestimmt werden.

#### 2. Lebenswelt Schule

Das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit dem Landtag alljährlich den „Tag des politischen Gesprächs“ anzuregen. Dabei sollen Schulen sicherstellen, dass an diesem Tag politisch aktive Menschen (dabei ist die politische Ebene, auf der die politisch Aktiven verortet sind, weniger entscheidend) für ein oder zwei Schulstunden zum Gespräch in der Schule bereitstehen. Die Schulen sollen sicherstellen, dass diejenigen Schülerinnen und Schüler, die an dem Gespräch teilnehmen, vorbereitet sind. Allen politischen Ebenen ist die Bedeutung dieser Kontakte klar zu machen. Bei der erstmaligen Durchführung des „Tag des politischen Gesprächs“ soll das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend die regionalen Medien informieren und diesen eine breite regionale Berichterstattung über den „Tag des politischen Gesprächs“ empfehlen.

Um den „Tag des politischen Gesprächs“ als Veranstaltung dauerhaft zu etablieren und zu bewerben, soll das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend darauf hinwirken, dass die erstmalige Veranstaltung dieses Tages an allen Schulen des Landes möglichst am gleichen Tag stattfinden kann.

Damit das Gespräch zwischen Schülerinnen und Schülern und politisch aktiven Menschen erfolgreich verlaufen kann, brauchen auch die Erwachsenen zusätzliche kommunikative Kompetenzen. Dort, wo Weiterbildungsangebote z. B. für Kommunalpolitikerinnen und -politiker angeboten werden (z. B. Kommunalakademie, Ministerium des Innern und für Sport, politische Bildungsangebote bei den Stiftungen der Parteien, im Multiplikatorenangebot der Landeszentrale für politische Bildung), sollen Angebote entwickelt werden, die Politiker und Politikerinnen im Umgang und der politischen Diskussion mit jungen Menschen schulen (Sprache, Körpersprache, junge Menschen mit ihren Meinungen ernst nehmen, nicht immer alles besser wissen, nicht immer schon alles einmal versucht haben, ...). Hier sollen die Politikerinnen und Politiker auch das Prinzip von „Come in Contract“ (d. h. das Treffen verbindlicher Vereinbarungen zwischen Politikerinnen und Politikern und jungen Menschen) kennen lernen.

### 3. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule

Besuche und gemeinsame Gespräche von Politikerinnen und Politikern mit Auszubildenden in örtlichen Betrieben und Berufsschulen sollen selbstverständlicher Bestandteil des Terminkalenders werden. Jede Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz soll einmal im Jahr einen festen Termin für diese Gespräche vorsehen.

Politikerinnen und Politiker sollen vermehrt den Kontakt mit Studierenden suchen. Über die Dekane der Fachbereiche können Termine, beispielsweise Besuche fachpolitischer Sprecherinnen und Sprecher im Rahmen eines Seminars, vereinbart werden. Dabei soll beachtet werden, dass Studierende aller Fachbereiche gleichermaßen besucht werden.

Auch die Studierenden haben als verantwortliche junge Erwachsene die Aufgabe, ihre Erfahrungen und Kontakte mit politischer Arbeit anderen zugänglich zu machen. Die Organe der studentischen Mitbestimmung sollten von Politikerinnen und Politikern dazu angeregt werden, Themen, die für Studierende von Belang sind, gemeinsam zu diskutieren und in regelmäßigen Abständen zum Dialog einzuladen.

Die Jugendverbände der Gewerkschaften, die Wirtschaftsjuvenen, die Arbeitgeberverbände und die Unternehmerverbände sollen über die zentralen Ergebnisse der Enquete-Kommission informiert werden. Allen wichtigen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden sollen Exemplare des Abschlussberichts der Enquete-Kommission mit einem entsprechenden Begleitschreiben des Landtagspräsidenten zugestellt werden.

### 4. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit

Die Idee des „Come in Contract“ soll verbreitet werden: Politikerinnen und Politiker treffen in Absprache mit Jugendlichen Vereinbarungen, die sowohl sie wie auch die Kinder und Jugendlichen einhalten sollen. Das Jugend-Online-Magazin (JOM) der Landesregierung soll auf seinen Internetseiten die Kinder und Jugendlichen darüber informieren.

Wie für die Lebenswelt Kindertagesstätte beschrieben, sollen auch im sonstigen Bereich (Schule, kommunale Jugendarbeit, Jugendarbeit organisiert oder unorganisiert) Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Partizipationsprojekten von kommunalen Akteuren ernst genommen werden. Alle diejenigen Kinder und Jugendlichen, die auf irgendeine Weise aktiv sind, sollen die „geborenen“ Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sein, wenn Entscheidungen gefällt werden sollen, die Kinder und Jugendliche einer Gebietskörperschaft betreffen. Politische Akteure sollen dann von sich aus auf die Jugendlichen zugehen. Das Wissen über die Wichtigkeit solcher Kontakte soll über die kommunalen Spitzenverbände in die Kommunen getragen werden.

Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher und Ortsbürgermeister und Ortsbürgermeisterinnen sollen auf die Möglichkeit von Kinder- und Jugendsprechstunden hingewiesen werden. Die Kindertagesstätten sollen gruppenweise zu Gesprächen mit den Kindern in die Rathäuser eingeladen werden (Information darüber wie oben beschrieben).

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Verbandsgemeinden in Verbindung mit den jeweiligen Orts- und Stadtbürgermeisterinnen und -bürgermeistern sollen angeregt werden, Kindertagesstätten und Grundschulen auf ihre wichtige Funktion im Bereich der Partizipation hinzuweisen, den regelmäßigen Dialog zu koordinieren und auch auf ihrer Ebene nach Möglichkeiten der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die kommunale Politik zu suchen. Die Einrichtung von Foren oder die Möglichkeit zur eigenen Gestaltung von Kinder- und Jugendseiten im Verbandsgemeindeblättchen sind hierzu beispielsweise gute Möglichkeiten.

### 5. Lebenswelt Medien

Es soll eine Schulungseinheit „Medienkompetenz“ zunächst als Material für alle weiterführenden Schulen entwickelt werden. Ziel soll sein, die Information und Befähigung der Lehrkräfte für das fächerübergreifende Arbeiten „Medienkompetenz und Medienerziehung“ zu verbessern. Dabei sollen die vorhandenen „Offenen Kanäle“ bzw. die Medienkompetenznetzwerke auch genutzt werden. Außerdem sind Anreize zu schaffen, dass Lehrerinnen und Lehrer Fortbildungsmaßnahmen zur Vermittlung von Medienkompetenz wahrnehmen. Für die Schülerinnen und Schüler sollen Unterrichtsmaterialien zum Thema „Medienkompetenz“ entwickelt werden. Über die Möglichkeiten der vorhandenen „Offenen Kanäle“ und Medienkompetenznetzwerke (MKN) soll die Schule informieren und diese selbst nutzen. Die Angebote sollen gebündelt werden (vor allem durch das PZ und IFB).

Die Schulen sollen bei der Etablierung von Schülerzeitungen ermutigt und unterstützt werden! Hierzu soll das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend anregen, – falls nicht schon vorhanden – pädagogisches Material zur Verfügung zu stellen, um einige Lehrkräfte je Schule zu befähigen, diese Pressearbeit von Schülerinnen und Schülern für Schülerinnen und Schüler zu begleiten.

Ein politisches Fernsehformat, welches direkt auf die Gruppe der Jugendlichen zugeschnitten ist, wird häufig gefordert. Auch die privaten Rundfunksender haben eine Verantwortung bei der Prägung des Informationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen. Hier soll an einer besseren Vermittlung von politischer Bildung/Kultur gearbeitet werden. Die Landesanstalt für Medien und Kommunikation soll zusammen mit der KJM (Kommission für Jugendmedienschutz) und den anderen Landesmedienanstalten in einen intensiven Diskussionsprozess mit den privaten Hörfunk- und Fernsehanbietern treten, um diese für Sprache, Sendeformate und Inhalte zu sensibilisieren und Kinder und Jugendliche bei der Produktion zu beteiligen sowie Partizipation zu ermöglichen.

In den Gesprächen wurde von Kindern und Jugendlichen die Forderung nach verschiedenen Medienangeboten von Kindern und Jugendlichen für Kinder und Jugendliche gestellt. Dafür soll in den Printmedien, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie auch bei den Privatsendern auf allen Ebenen geworben werden. Angesprochen werden sollen hierfür:

- verantwortliche Medienpolitiker und -politikerinnen (MP, Staatskanzlei, Gremienmitglieder, Ausschuss für Medien und Multimedia des Landtags),
- die Verantwortlichen in der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) und den regionalen und überregionalen Sendern.

Alle rheinland-pfälzischen Zeitungen sollen über die Ergebnisse der Enquete-Kommission, besonders über die Politikvermittlungsprobleme informiert werden. Das Konzept, Seiten für Kinder und Jugendliche von Kindern und Jugendlichen durch redaktionelle Unterstützung aufzulegen, soll weiterentwickelt und weiterempfohlen werden. Eine Konferenz für die (Print-)Medien-Verantwortlichen soll einmal im Jahr zu dieser Thematik stattfinden.

Die Art und Weise der Weitergabe von Information – so selbstverständlich sie auch ist – soll Gegenstand der Gespräche der Medienverantwortlichen mit Sender- und Printmedienverantwortlichen sein. Das heißt, dass die Berichterstattung vor der Herausforderung steht, politische Themen verständlich und ansprechend aufzubereiten, ohne dass die Ausgewogenheit und Vielschichtigkeit verloren geht. Auf welchem Weg auch immer: die Medien brauchen eine Diskussion über ihre Sprache bei politischer Berichterstattung. Vor diesem Hintergrund soll der Dialog mit Zeitungs- und Programmachern im Anschluss an die Enquete-Kommission über Einflüsse und Chancen der Medien zur Stärkung der Demokratie geführt werden.

Die Angebote für Kinder und Jugendliche in den öffentlich-rechtlichen werbefreien Programmen entsprechen dem umfassenden Grundversorgungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Sie sind unentbehrlich und sollen weiterentwickelt werden.

In der so genannten „Prime Time“ für Jugendliche konkurrieren informative Programmangebote mit quotenträchtigen anderen Programmen wie Seifenopern, Talkshows und Musiksendungen. Dieser Zielkonflikt soll aufgelöst werden. Insbesondere öffentlich-rechtliche Sender haben hier eine besondere Verantwortung wahrzunehmen. Deshalb soll das übereinstimmend artikuliert Ziel, informative Jugendsendungen anzubieten, Präferenz vor einer Quote haben.

Es soll bei allen sich bietenden Gelegenheiten über die Verantwortung der Programmacher, auch derjenigen aus den privaten Rundfunksendern, besonders der „weichen“ Programmangebote (sog. Soaps, Talkshows, Gerichtssendungen etc.), bei der Meinungsbildung von Kindern und Jugendlichen geredet werden.

Die Sender werden gebeten, interaktive Sendeformate nicht nur bei Quiz- oder Musiksendungen zu machen, sondern verstärkt (gesellschafts-)politische Themen in diese und andere Sendeformate mit einzubeziehen.

Der Vorschlag von Radio bigFM, in ihrem Sender einen Jugendprogrammbeirat zu installieren, ist sehr begrüßenswert und soll Vorbild für alle Sender sein, die auch Kinder und Jugendliche ansprechen.

## II. Maßnahmen zur Verbesserung von Partizipation durch Ressourcen und Unterstützung

Die Enquete-Kommission schlägt Maßnahmen vor, die geeignet sind

- Jugendlichen seitens der Politik Ressourcen und Unterstützung im Interesse von verbesserter Partizipation zur Verfügung zu stellen.

Erfolgreiche Partizipationsprojekte brauchen für ihre nachhaltige Weiterentwicklung und Durchführung Unterstützung. Räumliche, finanzielle und in der Regel auch personelle Ressourcen sind hier notwendig. Im Rahmen von Kürzungsdebatten besteht die Gefahr, dass die Höhe und Nachhaltigkeit der Unterstützung von kommunaler, verbandlicher und offener Jugendarbeit immer wieder zur Diskussion steht. Andere Investitionsfelder werden hier oft als wichtiger gewertet. Es soll das Ziel aller politischen und gesellschaftlichen Akteure sein, ein Verständnis zu schaffen, dass jeder Cent, der für den Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausgegeben wird, in hohem Maße die zukünftige demokratische und gesamtgesellschaftliche Entwicklung bestimmt. Kinder und Jugendliche, die heute lernen, wie man gemeinsam und verantwortungsvoll mit seinen Mitmenschen und der Umwelt umgeht, sind fit für Zukunft. Das ist dann eine wirkliche Zukunftsinvestition. Die zuständigen politisch Verantwortlichen auf kommunaler und Landesebene sowie die Behörden der kommunalen und der Landesebene werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Fachkräften der Erziehung und Bildung, der Jugendarbeit, Jugendpflege und Jugendhilfe sowie der politischen Jugendbildung vielfältige Orte der Begegnung und der Kommunikation zu entwickeln oder zu ermöglichen.

### 1. Lebenswelt Schule

Schule soll als Ort demokratischen Miteinanders erlebbar sein. Bewährte Teilnehmungsformen wie die Schülerinnen- und Schülervertretung oder Schülerzeitungen brauchen verlässliche materielle Rahmenbedingungen. Schülerinnen und Schüler, die sich so



engagieren, sollen sich darauf verlassen können, dass ihnen die Schule Tagungsmöglichkeiten und die notwendigen technischen Hilfsmittel (PC, Internetanschluss, Fotokopiergerät etc.) zur Verfügung stellt. Soweit erforderlich soll die Schule die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, im Rahmen des Schulrechtes Sponsorengelder zur Finanzierung ihrer Projekte einzuwerben.

Beteiligungsprojekte, die in der Schule oder unter Beteiligung der Schule stattfinden, sollen im Rahmen des Möglichen von der Schule finanziell, technisch und räumlich unterstützt werden.

Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler bei innerschulischen Beteiligungsprojekten unterstützen, sollen die breite Palette der Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der bestehenden Ressourcen deutlich machen und zu Engagement und Phantasie anregen.

## 2. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule

Beteiligungsprojekte, die innerhalb eines Betriebes stattfinden, sollen durch den Betrieb die notwendige räumliche, technische und wenn möglich finanzielle Unterstützung erhalten. Sollten die engagierten Jugendlichen versuchen, finanzielle Förderung über das Einwerben von Sponsorengeldern oder öffentliche Förderungen zu erhalten, sollen die Unternehmen die Jugendlichen nach Kräften dabei unterstützen.

Universitäre Beteiligungsprojekte sollen von den Hochschulen, den Fachbereichen oder den Instituten, evtl. auch den einzelnen Professorinnen und Professoren, die notwendige räumliche, technische und, soweit möglich, finanzielle Hilfe erhalten. Beim Einwerben von Sponsorengeldern sollen die Studierenden von Hochschullehrerinnen und -lehrern unterstützt werden.

## 3. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit

Die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Sicherstellung finanzieller, personeller und räumlicher Ressourcen sind zumeist auf kommunaler Ebene tätig. Die Enquete-Kommission kann hier nur in Form von Bitten versuchen, darauf hinzuwirken, dass den Jugendlichen Ressourcen zur verbesserten Partizipation zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist hierbei die Rolle der Kommunalaufsicht: Es darf nicht geschehen, dass in den kommunalen Haushalten diejenigen Haushaltstitel, die der Ermöglichung von Partizipation dienen, aufgrund von Haushaltsenge gestrichen werden. Die Kommunen sollen vielmehr ermutigt werden, für Zwecke der Partizipation und Aktivierung von Kindern und Jugendlichen Haushaltsmittel zu erhalten. Da die Jugendarbeit der Kirchen, ebenso wie die der anderen großen Verbände, in Rheinland-Pfalz durch Landesmittel unterstützt wird, ist in kommenden Gesprächen auf die verantwortlich für den Haushalt zeichnenden Personen hinzuwirken, dass in diesen Bereichen keine Mittel für Jugendbeteiligung gestrichen werden. Eine Absicherung der finanziellen Basis zur Unterstützung der vielfältigen und engagierten ehrenamtlichen Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz ist Voraussetzung für eine breite und niedrigschwellige Möglichkeit zur Teilhabe und demokratischer Sozialisation im außerschulischen Bereich.

Innerhalb von Vereinen, Verbänden, Kirchen, politischen Organisationen und sonstigen Initiativen soll das Bewusstsein gestärkt werden, dass Kindern und Jugendlichen eigene Beteiligungschancen innerhalb der Organisation eingeräumt werden sollen. Soweit notwendig sollen sie dafür von der eigenen Organisation mit erforderlichen Ressourcen unterstützt werden.

Alle Stellen, die für Jugendarbeit Verantwortung haben, sollen dafür Sorge tragen, dass auch erwachsene Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung stehen, die sich ernsthaft mit den Ideen, Vorschlägen, Bedürfnissen und Aktivitäten der Jugendlichen beschäftigen.

Es wird empfohlen, dass das Innenministerium und die kommunalen Spitzenverbände angeregt werden, in allen kommunalen Gebietskörperschaften eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für Belange von Kindern und Jugendlichen bekannt zu geben. Die- oder derjenige soll in den Kindertagesstätten und Schulen, Jugendclubs und -zentren, in den Jugendvertretungen der Betriebe, in den Kirchengemeinden, in den Vereinen etc. bekannt gemacht werden. Der- oder diejenige soll auch Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für Institutionen und Organisationen sein, die Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche anbieten.

Kinder und Jugendliche haben oft Probleme mit dem formalen Prozess der politischen Entscheidungsfindung – das gilt auch in den Beteiligungsprojekten. Hilfreich wäre es, zu Beginn dieser Projekte den beteiligten Kindern und Jugendlichen eine verständliche Einführung über den zeitlichen und inhaltlichen Ablauf von politischen Meinungs- und Mehrheitsfindungsprozessen zu geben. Hier sind Ortsbürgermeisterinnen und Ortsbürgermeister, Gemeinderatsmitglieder und evtl. auch die am Projekt beteiligten Erwachsenen gefordert.

Die Landesregierung soll modellhafte Projekte, die gelungene Partizipation zum Ziel haben, unterstützen, fördern und ggf. auszeichnen. Dies gilt in besonderer Weise auch für Projekte der Jugendarbeit und politischen Jugendbildung im ländlichen Raum.

## III. Maßnahmen zur Verbesserung aktiver Teilhabe durch Partizipationsmöglichkeiten in Politik, Parteien und Verwaltung

Die Enquete-Kommission schlägt Maßnahmen vor, die geeignet sind

- Partizipationsmöglichkeiten und Organisationsformen sowohl innerhalb der Parteien wie in anderen Bereichen von Politik und Verwaltung zu entwickeln, die das Interesse und die Bereitschaft Jugendlicher zu aktiver Teilhabe wecken können.

Entscheidend für ein erfolgreiches Engagement ist, dass junge Menschen die jeweiligen Projekte und angestrebten Ziele selbst bestimmen und gestalten können und sich ernst genommen fühlen. Kindertagesstätten und Schulen, vor allem aber Kommunen,

Kirchen, Vereine und Verbände, die Angebote in der Jugendarbeit machen, sollen sicherstellen, dass die Kinder und Jugendlichen eigenständig über Themen, Arbeitsformen, Ziel der Arbeit entscheiden können. Die Träger sollen nicht mehr als unterstützen und vermitteln. Dabei sollen alle Akteure zusammenarbeiten. Altgewohnte und womöglich verstaubte Denkweisen sollen überdacht und neue, auf gegenseitigem Vertrauen basierende Arbeitsweisen entwickelt werden. Hierzu zählt auch die Diskussion über die Chancen und Möglichkeiten, die sich durch die Schaffung gezielter Mentorenprojekte für Politikerinnen und Politiker und andere relevante Akteure ergeben, in denen man die Erwachsenen für die Denk- bzw. Lebensweise junger Menschen sensibilisieren kann. Ebenso können vermehrte Partnerschaften zwischen Kindertagesstätten, Schulen und Institutionen, Politik, Behörden und Verbänden vor Ort helfen, Partizipation umzusetzen. Information für Kinder und Jugendliche und die unterschiedlichen Träger ist dabei sehr wichtig. Jugendspezifische Informationsplattformen sollen weiter ausgebaut werden. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist in Rheinland-Pfalz schon weit fortgeschritten. Die Idee und die Ausformulierung der Bürgergesellschaft bleibt eine wichtige und entscheidende Zukunftsaufgabe der Politik. Speziell die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen soll im Rahmen dieser Agenda weiter diskutiert, erprobt und ausformuliert werden. Neue Formen und Ideen, etwa die Möglichkeit der Schaffung eines Freiwilligen Jahrs der Demokratie (analog zum bekannten Freiwilligen Sozialen Jahr), sollen ernsthaft diskutiert werden.

### 1. Lebenswelt Kindertagesstätte

Alle Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz sollen Informationsmaterial und Handreichungen über die vielfältigen Formen von Kinderbeteiligung in Kindertagesstätten (Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend) erhalten. Darin soll vor allem auf die Netzwerkseite im Internet als Ideenbörse hingewiesen werden. Es erscheint sinnvoll, für die nächsten Jahre regionale Arbeitskreise zum Ideenaustausch anzuregen.

Durch die Qualifizierung und Weiterqualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher, aber auch durch eine über die Kindertagesstätte hinausgehende Akzeptanz dieser Arbeit, sollen Beteiligungsformen in der Kindertagesstätte zum Regelangebot der Einrichtungen werden.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Bildungs- und Erziehungshilfeempfehlungen in den Kindertagesstätten soll Partizipation ein verbindliches Thema sein. Um sicherzustellen, dass auch beim Thema Partizipation ein fließender Übergang von der Kindertagesstätte zur Schule stattfindet (im Rahmen der Gesetzesnovelle zur frühen Förderung), soll in die Bildungspläne der Grundschulen ebenfalls das Ziel der Partizipation aufgenommen werden (Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend).

Einige Gemeinden und Institutionen, wie z. B. der Landeselternausschuss (LEA), halten Veröffentlichungen für alle Eltern (z. B. kommunale Elternbriefe etc.) bereit. Diese sollen verstärkt Artikel enthalten (eventuell Musterartikel über das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend), in denen über die positiven Ergebnisse von Beteiligungsprojekten in Kindertagesstätten berichtet und auf Bedeutung eines gleichartigen Handelns in den Elternhäusern hingewiesen wird.<sup>1)</sup>

Zwischen Kindertagesstätten, Elternhäusern und Grundschulen sollte ein enger Kontakt gehalten werden, damit auch hier Mitentscheidung der Kinder bei sie betreffenden Fragen selbstverständlich wird.

Positive Ansätze und Projekte zur besseren Integration und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollen ausgebaut werden. Hier stehen alle in der Verantwortung. Kindergärten (und Schulen) können einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie früh und aktiv die Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördern.

### 2. Lebenswelt Schule

Bereits in der Grundschule sollen Kinder sowohl über die aktive Beteiligung an Entscheidungen für das gemeinsame „Schulleben“ (vgl. die gute Beteiligung der Kleinsten am Kindertagesstättenleben!) wie über eine fächerübergreifende Vermittlung der Bedeutung von „Mitmachen“ in der Gesellschaft, in die Strukturen des gesellschaftlichen Miteinanders eingeführt werden.

In Schulen soll es selbstverständlich werden, dass die Kinder und Jugendlichen an den Entscheidungen über Regelwerke und Alltagsfragen beteiligt werden. Ihr Anteil an der Lebenswelt Schule soll den Kindern und Jugendlichen durch entsprechende inner-schulische Öffentlichkeitsarbeit (ausgehängte Protokolle mit Unterschrift der Schülerinnen und Schüler, Schulzeitungen mit Berichten über die entscheidenden „Konferenzen“ zusammen mit den Kindern und Jugendlichen etc.) immer wieder verdeutlicht werden. Dadurch wird die Akzeptanz der Beschlüsse durch alle Kinder und Jugendlichen gesteigert ebenso wie der Wunsch, auch einmal selbst zu den „Entscheiderinnen und Entscheidern“ zu gehören.

Schule als Institution soll für Schülerinnen und Schüler ein Lebensraum sein, den sie selbst durch demokratische Entscheidungsprozesse mitgestalten können. Dafür sollen Schulen offen werden für tatsächlich stattfindende Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern. Dass eine demokratische Beteiligung im Schulalltag ein wichtiger, das Schulleben beeinflussender Faktor ist, soll durch das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend beispielsweise im Rahmen von Schulleiterdienstbesprechungen transportiert werden.

1) Vgl. hierzu Abschnitt G „Abweichende Meinung der Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Elfriede Meurer, Dorothea Schäfer, Angela Schneider-Forst (CDU) sowie der Sachverständigen Dr. Werner Blumentahl, Lothar Harles und Siglinde Hornbach-Beckers“.

Mitwirkungsmöglichkeiten und Mitwirkungsrechte von Schülerinnen- und Schülervertretungen sollen im Rahmen einer Überprüfung des Schulgesetzes durch das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend diskutiert werden. Die Beteiligung an der Mitgestaltung der Lebenswelt Schule ist ein idealer Bereich, um Partizipationserfahrung zu sammeln und die Erfolge von Partizipation positiv zu erleben.

Durch Besuche, z. B. bei der Bürgermeisterin oder beim Bürgermeister, oder durch Besuche von Kommunalpolitikerinnen und -politikern in der Schule sollen die Grundschul Kinder erfahren, dass fast alles, was in ihrem Ort geschieht, von Erwachsenen entschieden worden ist. Sie sollen erfahren, dass es immer auch Gründe für eine bestimmte Entscheidung gab und man andere mögliche Entscheidungsalternativen akzeptieren muss. Dabei soll darauf geachtet werden, dass schon in diesem Alter ein Lebensweltbezug zum Alltag der Grundschul Kinder in ihrer Gemeinde hergestellt wird.

Wünschenswert ist der Versuch von Schulen, sich direkt in kommunale Projekte durch Handeln und Beteiligung von Schülerinnen und Schülern einzubringen.

Der in fast allen Gesprächen geäußerte Wunsch nach einer Reform und Verstärkung der politischen Bildung in der Schule soll im Mittelpunkt der Bemühungen von Schule stehen, Kinder und Jugendliche auf politische und gesellschaftliche Teilhabe vorzubereiten und zu qualifizieren. Dazu sollen sowohl die fachlichen Inhalte, die Vermittlungsformen und auch der Zeitpunkt der Vermittlung überprüft und wenn nötig auch verändert werden.

In der politischen Bildung hat es sich bewährt, die lebensweltlichen Fragen von Kindern und Jugendlichen sowie die direkten Kontakte der jungen Menschen zur „Alltagspolitik“ als Ausgangspunkt des Lernprozesses zu wählen und nicht Institutionenkunde in den Mittelpunkt der Bildungsarbeit zu stellen. Das gilt insbesondere für das Fach Sozialkunde.

Für den Unterricht in den weiterführenden Schulen soll ebenfalls gelten, dass ab dem 5. Schuljahr gesellschaftspolitische und politische Themen in Form von fächerübergreifendem, projektorientiertem Lernen stattfinden sollen. Dafür soll nicht die Stundentafel verändert werden. Vielmehr soll im Lehrerteam überlegt werden, welche Themen im Unterricht mit einem praxisorientierten Bezug versehen werden können und wie man den Schülerinnen und Schülern damit die politischen Entscheidungsebenen verdeutlichen kann. Darüber hinaus sollten die Chancen der Ganztagschule für zusätzliche pädagogische Angebote, besonders auch durch außerschulische Fachkräfte, im Bereich der politischen Bildung genutzt werden. Wichtig ist, dass die Schulen die Möglichkeit nutzen, politisch Aktive in die Schule zum Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern einzuladen. Damit wird Politik für die Schülerinnen und Schüler nachvollziehbar, authentisch, praktisch, glaubwürdig und verliert den Charakter des „Die da oben“. <sup>2)</sup>

Ein „Projekttag Politik“, eine „Projektwoche Politik“ oder der „Tag des politischen Gesprächs“, beispielsweise mit Abgeordneten, sind weitere Möglichkeiten.

Die in einigen Schulen parallel zu Wahlen durchgeführten Schülerwahlprojekte sollen auch in Zukunft stattfinden. Die Zahl teilnehmender Schulen soll möglichst erhöht werden. Um die Schülerinnen und Schüler oder die Schülervertretungen bei der Organisation dieser Wahlen zu unterstützen, soll ihnen durch das zuständige Ministerium das dafür notwendige Material gestellt werden. Das Ministerium soll den teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern auch weiterhin Unterrichtsvorschläge sowie ein Einführungsseminar zur Vorbereitung anbieten.

Ganz wichtig ist es, dass in der Schule wiederholt und jeweils altersgerecht über alle Beteiligungsformen informiert wird, die den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen: beginnend bei den innerschulischen Beteiligungsformen über kommunale Jugendparlamente, die Beteiligung bei Jugendhilfeausschüssen und vielem mehr.

Wichtig ist, dass die jungen Menschen erfahren, welche Beteiligungsrechte für sie in ihrem Berufsalltag und im kommunalen Umfeld vorhanden sind und dass sie befähigt werden, diese Rechte wahrzunehmen. Die Zusammenarbeit der Schulen mit regionalen Vereinen und regionalen Engagementprojekten soll verstärkt werden.

Wiederholte Informationen über den Zugang zu Parteien sollen unter anderem durch das Einladen der politischen Jugendorganisationen in die Schule (siehe das Schreiben der politischen Jugendorganisationen an die Schulen und das Begleitschreiben des Staatssekretärs im Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend <sup>3)</sup>) und authentische Berichte junger Menschen, die Erfahrungen in Parteien gesammelt haben, stattfinden. Solche Informationen können jahrgangs-, klassen- und fächerübergreifend angeboten werden.

Schulen sollen verstärkt auf die Möglichkeit der Wahrnehmung von Schülerpraktika in Politik und politischer Verwaltung hinweisen. Das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend soll darauf in künftigen Schulleiterdienstbesprechungen hinweisen.

---

2) Vgl. hierzu Abschnitt G „Abweichende Meinung der Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Elfriede Meurer, Dorothea Schäfer, Angela Schneider-Forst (CDU) sowie der Sachverständigen Dr. Werner Blumentahl, Lothar Harles und Siglinde Hornbach-Beckers“.

3) Vgl. Abschnitt K, Anlage 2.

Abgeordnete sollen in wesentlich größerem Umfang den Schulen Praktikumsplätze für Schülerinnen und Schüler anbieten. Durch die Teilnahme am politischen Alltag von Politikerinnen und Politikern können Schülerinnen und Schüler einen Einblick in die Wirklichkeit von Politik bekommen.

Schulen sollen außerschulischen Organisationen die Möglichkeit bieten, über Beteiligungsprojekte zu informieren (schwarzes Brett in der Schule, Handzettel etc.). Dabei sollen die Schulen den Schülerinnen und Schülern deutlich machen, dass sie ein Engagement außerhalb der Schule positiv bewerten und ihm einen hohen Stellenwert einräumen.

Schulen sollen offen sein für die Teilhabe an Partizipationsprojekten, die außerhalb der Schule entstehen. Sie sollen ihre Schülerinnen und Schüler zur Teilhabe anregen und eventuell auch durch Freistellung vom Unterricht oder andere Hilfestellungen die Beteiligung erst möglich machen.

Schulen sollen Schülerinnen und Schülern, die in gemeinnützigen, gesellschaftspolitischen oder politischen Projekten aktiv sind, Gelegenheit bieten, über ihre Erfahrungen in diesen Projekten zu berichten. Dabei soll seitens der Lehrkräfte immer wieder darauf hingewiesen werden, dass für ehrenamtliches Engagement Zeugniszusätze von der Schule vergeben werden können, die diese besondere Leistung gesondert honorieren. Dabei gilt der Grundsatz: Wer sich gesellschaftlich engagiert, dem dürfen keinesfalls Nachteile in der Schule, der Ausbildung und im Arbeitsleben entstehen.

Neben der bewährten Form eines Zeugniszusatzes für Schülerinnen und Schüler, sollen andere Formen der Dokumentation von bürgerschaftlichem Engagement von Kindern und Jugendlichen erarbeitet werden. Der in der Staatskanzlei zu konzipierende Landesnachweis zur Dokumentation der im Ehrenamt erworbenen Qualifikationen soll dabei natürlich die Lebenswelt Schule, aber auch alle anderen relevanten Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen abdecken.

Gelungene Partizipationsprojekte in und durch Schulen sollen im Bildungsserver eingestellt werden. Damit soll anderen Schulen ein gutes Vorbild geboten werden und womöglich die „Neuerfindung des Rades“ erspart bleiben. Beteiligungsprojekte nachzumachen ist nicht ehrenrührig, sondern positiv. Diese Botschaft soll die entsprechenden Berichte im Bildungsserver begleiten.

Die Bedeutung von Kinder- und Jugendpartizipation soll Gegenstand des Kerncurriculums im Fach Bildungswissenschaft an den Universitäten werden. Dabei soll neben der demokratietheoretischen Behandlung dieses Themas vor allem reflexiv die Rolle der Lehrerinnen und Lehrer betrachtet werden. Den künftigen Lehrerinnen und Lehrern soll deutlich gemacht werden, wie hoch der Einfluss ihrer Stellungnahmen zum Themenfeld Politik und gesellschaftliches Engagement, ihres Vorlebens von Engagement, ihrer Bereitschaft, innerhalb des Unterrichtes demokratische Mitwirkung zu tolerieren, ist.

Solche reflexiven Erkenntnisprozesse sollen auch in Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte angeregt werden.

Im Bereich der Weiterbildung für Lehrkräfte soll das Thema Partizipation als schulische Querschnittsaufgabe angeboten werden. Wünschenswert ist eine Lehrkraft für jede Schule, die sich auf Partizipationsfragen spezialisiert und eine kompetente Ansprechpartnerin oder ein kompetenter Ansprechpartner für Schülerinnen und Schüler ist.

### 3. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule

Der Beginn einer betrieblichen Ausbildung oder die Aufnahme eines Studiums stellen für jeden jungen Menschen den Beginn eines wichtigen neuen Lebensabschnitts dar. Das Klima in berufsbildenden Schulen, Betrieben und Hochschulen ist besonders wichtig, um gerade diese jungen Menschen zur Fortführung oder Aufnahme eines gesellschaftlichen Engagements in diesem wichtigen Lebensabschnitt zu ermutigen.

Alle verantwortlichen Institutionen und Organisationen (Landesregierung, Hochschulen, Kammern, Verbände etc.) sind aufgefordert, gemeinsam für die Unterstützung von gesellschaftlichem Engagement in Ausbildungsbetrieben, berufsbildenden Schulen und Hochschulen zu werben. Hierbei sollen vor allem auch vorhandene Ängste junger Menschen im neuen Lebensabschnitt aufgefangen werden.

Gemeinsam mit den zuständigen Kammern und dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau soll für eine neue Beteiligungskultur junger Auszubildender, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben geworben werden. Wichtige Bausteine einer solchen Kampagne können sein:

- Verantwortung für den Betrieb, sich selbst einbringen im Betrieb, Engagement fördern als Investition in Betrieb und Zukunft.
- Rolle des eigenen Betriebs in Gesellschaft und Politik.
- Transparenz und Teilhabe im Rahmen der eigenen Ausbildung (z. B. gemeinsame Festlegung von Ausbildungszielen).
- Qualifikation und Vorteile durch inner- und außerbetriebliches Engagement.
- Stärkung von Selbstverantwortung, Eigenständigkeit und Initiative von jungen Auszubildenden.
- Gemeinsame Projekte innerbetrieblicher Beteiligung von Unternehmensleitung, Personal-/Betriebsrat und Auszubildenden.

Die Möglichkeiten und die Vorteile der Nutzung von betrieblichen Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten sollen Auszubildenden stärker als bisher bekannt gemacht werden. Jugendliche sollen auf die Möglichkeiten betrieblicher Mitbestimmung hingewiesen werden (Anregung von Infoblättern, die junge Auszubildende/junge Arbeiterinnen und Arbeiter bei Aufnahme ihrer Tätigkeit ausgehändigt bekommen). Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der Gewerkschaftsjugend und der Betriebs-/Personalräte sind aufgefordert, über die konkreten Formen und Methoden in der Ansprache der jungen Leute nachzudenken. Neben den traditionellen Formen der Ansprache wie persönliche Gespräche und Flugblätter sollen die Möglichkeiten des Internets, wie beispielsweise ein vernetzter E-Mail-Newsletter und Homepages, weiter ausgebaut werden.

In den berufsbildenden Schulen sollen Projekte angeboten werden, bei denen den Schülerinnen und Schülern der praktische Zugang zu Politik geboten wird. Es sollen verstärkt Besuche und Gespräche mit und bei politischen Akteuren aller Bereiche im Rahmen des Schulalltags stattfinden.

Politikerinnen und Politiker sollen Auszubildenden und Studierenden die Möglichkeit bieten, durch Begleitung und Teilnahme am politischen Alltag die politische Wirklichkeit (bspw. von Abgeordneten) kennen zu lernen. Auch strukturierte Angebote in Kooperation von Betrieben und politischen Institutionen, wie z. B. das Landtagsseminar für Auszubildende, können dabei hilfreich sein.

Es soll an den Hochschulen erreicht werden, dass eine „beteiligungsfreundliche“ Atmosphäre entsteht: Die Hochschulleitungen sollen innerhalb der Hochschule die Überzeugung vermitteln, dass gesellschaftliches und politisches Engagement begrüßt wird und erwünscht ist: sowohl innerhalb der universitären Gremien wie außerhalb der Universität/Fachhochschule. Im Rahmen der Erstsemester-Orientierungstage sollen die Fachschaften die Erstsemester umfassend über die vielfältigen Möglichkeiten von Engagement im Lebensraum Hochschule und den persönlichen Nutzen für das Studium und die eigene Qualifikation informieren.

Die Vorteile studentischer Mitbestimmung sollen den Studierenden und den Dozentinnen und Dozenten viel deutlicher aufgezeigt werden. So können auch bestehende Vorurteile abgebaut und Engagementbereitschaft erzeugt werden. Gemeinsam konzipierte Informationskampagnen von Hochschulleitung und hochschulpolitisch engagierten Studierenden, etwa zu Beginn des Semesters im Rahmen der Erstsemester-Orientierungstage, könnten hier von Vorteil sein.

Engagierten Studierenden kommt die besondere Verantwortung zu, Nutzen und Attraktivität studentischen Engagements positiv deutlich zu machen. Sie sind dabei wichtige Vorbilder und Multiplikatoren. Eigene Arbeitsformen und deren Außenwirkung sollten gerade im Rahmen der Organe der verfassten Studierendenschaft immer wieder überprüft und diskutiert werden.

In den Teilnahmeprojekten soll besonderer Wert gelegt werden auf große Selbständigkeit und Verantwortung der engagierten Schülerinnen und Schüler/Auszubildenden/Studierenden.

#### **4. Lebensfeld Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit**

Kommunen, Kirchen, Vereine und Verbände, die Angebote in der Jugendarbeit machen, sollen dabei sicherstellen, dass die Jugendlichen eigenständig über Themen, Arbeitsformen, Ziele der Arbeit entscheiden können.

Erfolgreiche Teilnahmeprojekte sind verstärkt projektbezogen, auf einen bestimmten zeitlichen und inhaltlichen Rahmen festgelegt und „begreifbar“. Sie beziehen sich immer mehr auf die unmittelbare Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Aus diesem Grund sollen Organisationen und Institutionen, die Teilnahmung von jungen Menschen ermöglichen, verstärkt den Mut aufbringen, auch auf neue, zielorientierte und vielleicht unorthodoxe Teilnahmungsformen und Projekte zu setzen.

Gerade in offenen Teilnahmungsprojekten der Jugendarbeit und Jugendfreizeit können in einem integrativen Prozess jugendliche Migrantinnen und Migranten zusammen mit deutschen Jugendlichen gemeinschaftlich arbeiten. Dies führt in der Regel zu einer Verbesserung der Integration und fördert die deutsche Sprachkompetenz. Diese offenen Formen sollen erhalten und zielorientiert weiterentwickelt werden.

Das Zusammenwirken der anerkannten politischen Jugendverbände, besonders in gemeinsamen Auftritten in der Schule, soll ausdrücklich unterstützt werden. Jugendliche wollen Unterschiede erkennen und wissen, welche Partei für welche Inhalte steht. Sie wollen nicht Kampf, Konflikt und „Schlechtmacherei“. Über die Parteien (Anstoß über die Landtagsfraktionen) soll den Jugendverbänden klar gemacht werden, dass diese Kooperation gewünscht ist.

Schulen sollen über außerschulisches Engagement und Möglichkeiten der außerschulischen Teilnahmung in der Kommune mehr informieren und Schülerinnen und Schüler gezielt ansprechen (schwarzes Brett, Handzettel etc.). Dazu bedarf es intensiver Gespräche mit der Schulleitung und dem Schulträger, da politisches Handeln bei vielen mit parteipolitischem Handeln gleichgesetzt wird (Information über das Pädagogische Zentrum oder das Institut für schulische Fortbildung und Schulpsychologische Beratung des Landes Rheinland-Pfalz [IFB] oder das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend).

In Kommunen soll versucht werden, Entscheidungen, die die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen direkt betreffen, mit diesen vorher zu besprechen und die Kinder und Jugendlichen auch konkret an der Realisierung von Veränderungen teilhaben zu lassen (Mitarbeit erzeugt Verantwortung für das fertige Produkt, sichert auch andauernde Teilnahmung). Hierzu wären über die Handreichungen zur Spielplanplanung hinaus Handreichungen an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Ortsverwaltungen etc. hilfreich, die Tipps geben, wie man Kinder und Jugendliche einbeziehen kann in Entscheidung und Gestaltung (Innenministerium, kommunale Spitzenverbände). Jugendliche sollen an dem Prozess der Ausarbeitung politischer Maßnahmen beteiligt werden, der Umsetzung des § 16 c der Gemeindeordnung wird hiermit Nachdruck verliehen.

Der zuständige Jugendhilfeausschuss soll regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter des Jugendparlamentes in seine Sitzungen einladen. Fragen, die die Jugendlichen der Kommune direkt betreffen und im Jugendhilfeausschuss und/oder Rat behandelt werden, sollen im Jugendparlament beraten werden. Das Votum des Jugendparlamentes soll in die Gremienberatung der Kommune eingespeist werden. Das Jugendparlament soll über die kommunalen Entscheidungen mit Begründung informiert werden.

Es soll eine Broschüre für die Zielgruppe Kommunalparlamente, Dezernentinnen und Dezernenten, Beigeordnete, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte und Landrätinnen erstellt werden zum Thema: „Wo kommt eigentlich unser Nach-

wuchs her – zur Bedeutung von Jugendparlamenten“. In einer solchen Broschüre soll über „jugendparlamentarische“ Beteiligungsformen informiert werden und darüber, wie wichtig es ist, junge Menschen ernst zu nehmen, ihre Vorschläge im kommunalen Entscheidungsgremium zu beraten oder zum Gespräch zur Verfügung zu stehen. Ebenso sollten in diesem Rahmen andere erprobte Beteiligungsformen und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren hierfür erwähnt werden (z. B. Jugendclubs und in diesem Bereich erfahrene Bürgermeisterinnen und Bürgermeister). Eine solche Broschüre soll von der Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Landesregierung erarbeitet werden. So soll die Etablierung von neuen kommunalen Jugendparlamenten gefördert werden.<sup>4)</sup>

Genauso wichtig ist die einfache, klar verständliche Darstellung des Aufbaus, Arbeitsablaufs und der Möglichkeiten von Jugendparlamenten für Jugendliche selbst, damit auch deren Bereitschaft zum Mitwirken gefördert wird (Praxisordner des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend).

Engagement von Kindern und Jugendlichen soll von der Gesellschaft anerkannt werden. Häufig greifen etablierte Anerkennungsformen zu kurz und sind nicht Teil der Lebenswelt von jungen Leuten. Die Schaffung einer Anerkennungskultur, die Teil der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen ist, soll gefunden und erprobt werden. Die kommunal Verantwortlichen können, wie in vielen rheinland-pfälzischen Gemeinden schon geschehen, Ehrenamtspreise für Jugendliche vergeben. Neben einer solchen symbolischen Anerkennung durch die Gemeinde könnten auch kleine materielle Vergünstigungen wie die Jugendleiter-Card (JULEICA) gewährt werden.

## 5. Lebenswelt Medien

Im Rahmen der Initiative, Land mit kinder- und jugendgerechten Medien zu werden, soll durch die Landesregierung und den Landtag dafür geworben werden, dass alle Medien über Kinder- und Jugendprojekte angemessen berichten.

In den Schulen soll die Herausgabe einer von Schülerinnen und Schülern selbst gestalteten Schülerzeitung/Homepage unbedingt gefördert werden. Diese Arbeit soll von einer Lehrerin oder einem Lehrer unterstützt werden. Davon geht das Signal aus, dass Mitreden und kritischer Dialog in der Schule erwünscht sind.

Fragen der Medienkompetenz sollen immer wieder, möglichst ab der Kindertagesstättenzeit, in den unterschiedlichsten Fächern und besonders im projektorientierten Arbeiten vermittelt werden. Medienkompetenz soll bezogen auf alle Fächer in der Schule erworben werden. Dazu gehört insbesondere, dass Kinder und Jugendliche befähigt und ermutigt werden, die interaktiven Chancen der Medien (Leserbriefe, Anrufe, E-Mail, Chat etc.) zu nutzen.

Landesfilmdienst, Landesmedienzentrum, evangelische und katholische Bildungseinrichtungen, kommunale Medienzentren, offene Kanäle etc. sollen in Zusammenarbeit mit den Kreisen und Kommunen darauf hinarbeiten, dass Partizipationsprojekte im Medienbereich in Ballungszentren und im ländlichen Raum entstehen und gefördert werden. Bei den vielfältigen Veranstaltungen der Landesregierung zum Thema Medien und Multimedia soll auch auf diese Notwendigkeit hingewiesen werden. Der Ausbau von Medienkompetenznetzwerken soll, wie im Landesmediengesetz festgeschrieben, ausgebaut werden.

Journalistinnen und Journalisten sollen ihre Beiträge in den Medien so gestalten, dass Kinder und Jugendliche erfahren, was Demokratie heißt: Mitmachen und Mitreden. Leserbriefe bzw. Meinungsäußerungen von Kindern und Jugendlichen sollen wann irgend möglich Berücksichtigung finden (Medienkonferenz des Landes: „Rheinland-Pfalz – das Land mit kinder- und jugendgerechten Medien“).

## IV. Maßnahmen zur Sensibilisierung von Politik für die Interessen Jugendlicher

Die Enquete-Kommission schlägt Maßnahmen vor, die geeignet sind

- Politik für die Vertretung der Interessen Jugendlicher zu sensibilisieren.

Kinder und Jugendliche sind die Wählerinnen und Wähler von morgen. Aus diesem Grund ist es eigentlich recht unverständlich, dass es immer noch Meinungen in Politik und Gesellschaft gibt, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht als ernsthafte Themen betrachten. Schon unter diesem Gesichtspunkt soll sich die Aufmerksamkeit der Politik für die Interessen von Kindern und Jugendlichen erhöhen und gemeinsame Gespräche gesucht sowie ernsthafte Beteiligung praktiziert werden. Formen solcher Begegnungen zwischen Politikerinnen und Politikern und Kindern und Jugendlichen sollen erprobt und durchgeführt werden. Sie dienen dem Verständnis füreinander, der Kommunikation und der Vertrauensbildung. Das Aufeinandertreffen von jugendgemäßer Flexibilität und verwaltungstechnischer Realität ermöglicht das Kennenlernen der Bedürfnisse und Zwänge beider Seiten und die Notwendigkeit, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Nicht nur die Vertreterinnen und Vertreter der politischen Klasse stehen hier in der Verantwortung. In jeder Lebenswelt werden Kinder und Jugendliche mit den Interessen, Meinungen und Handlungsweisen von Erwachsenen konfrontiert und müssen sich mit diesen auseinandersetzen. Dabei ist es für die unmittelbare

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu Abschnitt G „Abweichende Meinung der Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Elfriede Meurer, Dorothea Schäfer, Angela Schneider-Forst (CDU) sowie der Sachverständigen Dr. Werner Blumentahl, Lothar Harles und Siglinde Hornbach-Beckers“.

Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen und die ihnen eigene Perspektive oft nur von zweitrangiger Bedeutung, ob der Erwachsene ein politisches Amt bekleidet. Deshalb richten sich die folgenden Empfehlungen auch an alle in verantwortungsvoller Position stehenden Erwachsenen.

### 1. Lebenswelt Kindertagesstätte

Eine Partizipation in Kindertagesstätten, die die Gestaltung des Regelwerkes in der Kindertagesstätte zum Ziel hat, soll ständig die Bedeutung der Eltern mit im Auge haben. Die Eltern sollen ebenfalls für die Beteiligung ihrer Kinder am Kindertagesstättenalltag sensibilisiert und gegebenenfalls angeleitet werden. Diese Anleitung kann auch zum Inhalt haben, ähnliche oder gleiche Beteiligungsprozesse in der Familie (Familienleben) stattfinden zu lassen (Gespräch mit dem Landeselternausschuss über mögliche Wege, diese Arbeit auch auf Elternebene verständlich zu transportieren, Elternbriefe des Landesjugendamts).

Die Mitwirkung der Eltern soll daher auch Gegenstand der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern werden (Aufnahme in das Ausbildungskonzept für Erzieherinnen und Erzieher, Studiengang für Kindertagesstättenleitungen, Weiterbildungsprogramme etc.), damit sie fähig sind, den Eltern überzeugend die Notwendigkeit von Partizipation zu erläutern (= Eltern für die Vertretung der Interessen ihrer Kinder zu sensibilisieren).

Partizipationsprozesse, die in Kindertagesstätten stattfinden, sollen von den kommunalpolitisch Verantwortlichen als wichtig wahrgenommen werden. Wenn Ergebnisse dieser Partizipationsprozesse umgesetzt werden (die Umgestaltung des Spielplatzes, Kindertagesstättenhofes etc.), dann sollen die Kinder die Erfahrung machen, dass man sie auch in der Umsetzungsphase weiter beteiligt, sie fragt, und ihre Meinungen und Wünsche ernst nimmt.

Erwachsene sollen deren Gestaltungsanteil erkennen und honorieren (Sensibilisierung über kommunale Spitzenverbände, Ministerium des Innern und für Sport, Kirchenleitungen, Kindertagesstattenträger etc.). Die politisch Aktiven (Bürgermeisterin und Bürgermeister, Gemeinderäte etc.) sollen immer offen und ehrlich auf die an einem Projekt beteiligten Kinder zugehen.

### 2. Lebenswelt Schule

Die Bedeutung von Partizipationsprozessen, die in Schulen stattfinden, soll den Schulen gegenüber betont werden (Schulleiterdienstbesprechungen, Rundschreiben des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend).

Die Schulen sollen ermutigt werden, von sich aus auf die Verantwortlichen in den Kommunen zuzugehen und über Ergebnisse, Wünsche und deutlich gewordene Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler zu informieren. Sie sollen zu einem Dialog zwischen kommunal Verantwortlichen und Schülerinnen und Schülern einladen. Auch die umgekehrte Initiative der kommunalpolitisch Verantwortlichen, Schulen, Schülerinnen und Schülern regelmäßig Angebote zum Dialog zu machen, soll die Regel werden.

Partizipationsprozesse, die in Schulen stattfinden und über den Schulalltag hinaus wirken, sollen von den politisch Verantwortlichen in der Kommune wahrgenommen, positiv aufgenommen, ernst genommen und in das politische Handeln mit einbezogen werden (Sensibilisierung über kommunale Spitzenverbände und das Ministerium des Innern und für Sport).

Schulen sollen ermutigt werden, die kommunal Verantwortlichen aufzufordern, bei ihren Entscheidungen eventuell auch Schülerinnen und Schüler einzubeziehen und als „Expertinnen und Experten“ anzuhören. Schulen sollen mit ihren Schülerinnen und Schülern einüben, von sich aus auf Politikerinnen und Politiker zuzugehen, um Sensibilität für die Interessen Jugendlicher zu entwickeln.

Dieser „Mut“ der Schulen soll immer wieder Gegenstand von Gesprächen mit den Schulen sein. Die Mitarbeiter der Schulaufsicht und der Qualitätsagentur werden aufgefordert, den Schulen diese Aufgabe zu vermitteln und anzuregen, solche Prozesse der Sensibilisierung von Politik durch die örtlichen Schulen in das Qualitätsprogramm der Schule, in die Arbeit mit dem Schulerternbeirat und in die Arbeit mit Kollegium und SV aufzunehmen.

Der persönliche Kontakt zu Politikerinnen und Politikern soll Politik „entmystifizieren“. Die Schulen sollen möglichst umfangreich über stattfindende Projekte informieren, damit (gute) Erfahrungen einzelner Schülerinnen und Schüler mit „der Politik“ weiterverbreitet werden.

### 3. Lebenswelt Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit

Alle Menschen die an verantwortlichen Stellen politische Entscheidungen treffen, sollen bedenken, dass ihre Entscheidungen immer auch Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen haben.

In Weiterbildungsangeboten (über Kommunalakademie, Landtag, politische Stiftungen, Landeszentrale für politische Bildung, etc.) für politisch Verantwortliche, bei denen „der Umgang“ mit Kindern und Jugendlichen eingeübt und verinnerlicht werden soll, sollen die politisch Verantwortlichen auch lernen, dass es wichtig ist, keine falschen Hoffnungen zu wecken und „der Mut zum ehrlichen Nein“ besser ankommt als das „nicht umgesetzte Ja“. Das „Nicht-ernst-Nehmen“ von Jugendlichen führt zur politischen Distanz. Jeder und jede politisch Aktive soll das Bewusstsein dafür entwickeln, dass durch sein und ihr Handeln eine gute oder schlechte Prägung bei Kindern und Jugendlichen geschaffen wird. Politisch aktiven Menschen muss gerade hier ihre individuelle Verantwortung bewusst gemacht werden.

Über den Kontakt zu allen kommunal Verantwortlichen (Ministerium des Innern und für Sport, kommunale Spitzenverbände, Parteien etc.) wird die Aufgabe zu lösen sein, allen politisch Handelnden klar zu machen, dass der Einsatz für die Interessen von

Kindern und Jugendlichen eine wichtige politische Aufgabe ist. Städte und Gemeinden sind der Ort, an dem Jugendliche erste politische Erfahrungen machen, hier erleben sie Politik und die Auswirkungen auf ihre Belange hautnah, hier kennen sie die politischen Akteure, hier wird ihr Bild von Politik und Politikerinnen und Politikern nachhaltig geprägt. Jugendliche brauchen ein Lernfeld für Demokratie und Gesellschaft – die Kommune kann dies bieten. Die praktische Umsetzung des § 16 c der Gemeindeordnung ist hier von zentraler Bedeutung.

Nur wenn Politik dies als zentrale Zukunftsaufgabe versteht und sich dafür einsetzt, dass in allen Aktionsformen Kinder und Jugendliche demokratische Kompetenzen erwerben können, wird auch der „demokratische Nachwuchs“ qualifiziert vorhanden sein. So können z. B. kommunale Vorhaben, die Kinder und Jugendliche betreffen, als kommunales Projekt gemeinsam mit den Jugendlichen/Kindern erarbeitet werden, ohne die Prozedur einer Ausschusssitzung (z. B. Spielleitplanung). Dazu müssen Politikerinnen und Politiker auf die Kinder und Jugendlichen zugehen und den direkten Gesprächskontakt pflegen.

Auch im kommunalen Umfeld werden Kinder und Jugendliche oft erst wahrgenommen, wenn sie zum Erstwähler werden. Die im kommunalen Umfeld politisch Tätigen sollen erkennen, dass Kinder und Jugendliche jedoch schon viel früher genau auf dieser Ebene ihre ersten politischen Erfahrungen machen, die ihr Bild von Politik und Politikerinnen und Politikern nachhaltig prägen.

Die kommunal Verantwortlichen sowie die für Kinder- und Jugendarbeit und Jugendfreizeit Verantwortlichen dürfen Kinder und Jugendliche, die sich in Projekten engagieren, nicht bevormunden und die Projekte nicht für eigene Interessen instrumentalisieren. Sie sollen Rücksicht nehmen auf deren eigene Arbeitsweisen und dabei unterstützend (Finanzen, Räume, professionelle Begleitung) wirken.

Dies soll durch eine sensibilisierende Handreichung für Politikerinnen und Politiker geschehen (erarbeitet durch das Ministerium des Innern und für Sport, das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend – insbesondere net-part.rlp.de –, die kommunalen Spitzenverbände sowie den Landesjugendring), in der wesentliche Leitsätze für eine erfolgreiche Partizipation von Kindern und Jugendlichen dargestellt werden. Folgende Gedanken sollen dabei Beachtung finden:

- Kinder und Jugendliche sollen ernst genommen werden.
- Kinder und Jugendliche sollen selbständig Inhalt, Rahmenbedingungen, Arbeitsweisen etc. entwickeln können.
- Kinder und Jugendliche sollen nicht ohne Ressourcen (Geld, Räume, Medien) gelassen werden.
- Kinder und Jugendliche sollen nicht ohne Begleitung und Unterstützung arbeiten müssen.
- Es soll für die notwendige Öffentlichkeit des Projektes gesorgt werden.
- Benachteiligte Kinder und Jugendliche sollen im Besonderen im Auge behalten werden.
- Den Kindern und Jugendlichen soll geholfen werden, Kontakte zu „Entscheidern“ zu bekommen.
- Ehrlichkeit ist unersetzbar; Nicht-Wissen ist keine Schande; inhaltsleere Reden werden sofort erkannt.
- Wünsche, Forderungen und Entscheidungen von Kindern und Jugendlichen sollen nicht unbearbeitet in die Schublade gelegt werden: Wenn eine Umsetzung nicht möglich ist, wird ein klares, schnelles Nein eher akzeptiert als eine Hinhaltenaktik.
- Wenn eine Umsetzung möglich ist, soll sich die Politik immer klar machen, dass Kinder und Jugendliche ungeduldig sind – weil sie wissen, dass sie bald keine Kinder und Jugendliche mehr sein und dann andere Interessen haben werden.
- Spaß muss sein bei der Beteiligung, sonst macht keiner mit!

Wichtig sind die Bereitschaft zum Dialog und der Versuch, innerhalb einer kurzen Zeitspanne darüber zu reden, ob Wünsche und Erwartungen von Kindern und Jugendlichen erfüllbar sind. Wenn dieses nicht der Fall ist, soll eine qualifizierte Begründung für eine Ablehnung geliefert werden. Die Ungeduld der jungen Menschen soll immer berücksichtigt werden.

Auch die Verantwortlichen in Vereinen, Verbänden, Kirchen, politischen Organisationen und sonstigen Initiativen sollen die Bedeutung von innerorganisatorischer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erkennen. Kinder und Jugendliche müssen überall dort, wo sie aktiv sind, erleben, dass auch innerhalb der eigenen Organisation ihre Meinung und ihr Engagement gefragt und geschätzt sind. Es soll geprüft werden, ob über die Ehrenamtsbörse von Staatskanzlei und Ministerium des Innern und für Sport ([www.wir-tun-was.de](http://www.wir-tun-was.de)) eine Rundmail an die dort vernetzten Vereine und Organisationen geschickt werden kann. Diese Nachricht soll über die zentralen Empfehlungen der Enquete-Kommission informieren und für eine Umsetzung in den Vereinen, Verbänden, Kirchen, politischen Organisationen und sonstigen Initiativen werben.

## V. Maßnahmen zur Verdeutlichung des Zusammenhangs von Politik und dem Leben Jugendlicher

Die Enquete-Kommission schlägt Maßnahmen vor, die geeignet sind

- Politik so zu gestalten, dass Jugendliche im Handeln der politischen Akteurinnen und Akteure einen engen Zusammenhang mit ihrem gegenwärtigen und zukünftigen Leben erkennen können.

Diejenigen Erwachsenen, die Partizipationsprojekte entwickeln, anbieten, begleiten, unterstützen etc., dürfen nie aus dem Auge verlieren, dass es für Kinder und Jugendliche ein großer Anreiz ist, Dinge zu tun, die Spaß machen. Spaß soll daher bei allen Partizipationsprojekten mit eingeplant sein. Darüber hinaus sollen Projekte so angelegt sein, dass Kinder und Jugendliche die Frage nach Sinn und Nutzen ihrer Teilnahme für sich selbst oder ihre Generation positiv beantworten können. Wichtig ist es vor allem, den thematischen Bezug der Arbeit politischer Ebenen zur eigenen Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen permanent herzustellen.



### 1. Lebenswelt Kindertagesstätte/Schule

Beteiligungsprojekte in Kindertagesstätte und Schule, besonders die Beteiligung an der Gestaltung des Alltags (Regeln, direkte Umgebung etc.) ist so wichtig, weil dabei jedes beteiligte Kind/jeder beteiligte Jugendliche sofort erkennen kann, dass er/sie Veränderungsprozesse mitgestalten kann. Daher soll diese Form der Beteiligung zur Regel in den Einrichtungen werden. Klare Formulierungen finden sich diesbezüglich in den Bildungs- und Erziehungshilfeempfehlungen des Landes.

### 2. Lebenswelt Betrieb, Ausbildung und Hochschule

Berufsbildende Schulen sollen den jungen Menschen den Nutzen von Beteiligung und den Sinn von Beteiligungsformen näher bringen. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Ausbildungsbetrieben ist notwendig. In der Berufsschule sollen Möglichkeiten politischen Engagements deutlich und erfahrbar gemacht werden, damit sie auch in allen späteren Lebenslagen in Betracht gezogen werden. Das erfolgreiche BLK-Modellprojekt „Demokratie lernen und leben“ soll auf Inhalt und Arbeitsweise aller rheinland-pfälzischen berufsbildenden Schulen übertragen werden (Informationen über das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend und das Pädagogische Zentrum).

In der Hochschule müssen neben den Möglichkeiten des Engagements in der verfassten Studierendenschaft auch alle anderen Möglichkeiten des Engagements offensiv von allen Beteiligten dargestellt werden. Studierenden muss hierbei die Palette hochschulpolitischen Engagements und der jeweilige Bezug, Nutzen und Handlungsrahmen deutlich werden.

### 3. Lebensfeld Kommunales Umfeld/Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit

Viele aktive junge Menschen wünschen sich eine Herabsetzung des Wahlalters (z. B. auf 16 Jahre). Die meisten anderen Jugendlichen aber beschreiben klare Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, bevor eine Herabsetzung des Wahlalters Sinn macht: In allen Lebensbereichen (besonders in der Schule) sollen die Informationen über Politikstrukturen, Parteien und ihre inhaltlichen Unterschiede, über politische Abläufe und die Gründe für einzelne politische Entscheidungen, über die Möglichkeiten des Einzelnen, Einfluss zu nehmen, viel besser sein als heute. Erst wenn es den Jugendlichen tatsächlich möglich ist, vor einer Wahlentscheidung informiert zu sein, erst dann sehen Jugendliche einen Sinn und Nutzen in der Herabsetzung des Wahlalters.

Um Schneeballeffekte wirken zu lassen, soll, wo irgend möglich, für Öffentlichkeit der Beteiligungsprojekte gesorgt werden. Dann kann übernommene Verantwortung und der gemeinsame Spaß im Projekt ansteckend wirken.

Politikerinnen und Politiker sollen Kindern und Jugendlichen durch ihr Verhalten und ihre Berichte klar machen, dass das Mitgestalten in der Gesellschaft eben gerade nicht langweilig ist, sondern sehr viel Spaß macht, eine persönliche Herausforderung ist und ganz oft große Befriedigung durch kleine oder große Erfolge bringt. Hier sind wiederum die Parteien (über die Landtagsfraktionen) in der Pflicht, ihre Mandatsträger auf allen Ebenen anzustoßen, dass deren Verhalten und deren Äußerungen entsprechende Botschaften vermitteln.

Im kommunalen, Verbands-, Vereins- sowie im kirchlichen Bereich sollen die verantwortlichen Erwachsenen sensibel erkennen, welche Fragen, Probleme, Handlungsfelder Kinder und Jugendliche betreffen und in überschaubarer Zeit bearbeitet oder gelöst werden können. Solche Fragen, Probleme und Handlungsfelder sollen dann unbedingt mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen diskutiert und deren Meinung mit einbezogen werden.

Bei einer schnellen Umsetzung erfahren die beteiligten Kinder und Jugendlichen schnelle „Erfolgslebnisse“ oder sie erleben wenigstens eine schnelle Umsetzung von Entscheidungen (auch wenn die Entscheidung vielleicht nicht den Wünschen der Kinder und Jugendlichen entsprach).

Kommunen, Vereine, Verbände, Kirchen und Bildungsträger sollen im Besonderen ein Auge darauf haben, dort Beteiligungsprojekte zu entwickeln, anzubieten und zu begleiten, wo Kinder und Jugendliche durch ihr soziales Umfeld in Vereinzelung, Entsolidarisierung, Diskriminierung und Perspektivlosigkeit gedrängt werden. Gemeinschaftserlebnisse in Beteiligungsprojekten, übernommene Verantwortung und Erfolgslebnisse können aufbauend wirken und der gesellschaftlichen Entwurzelung entgegenwirken.

### 4. Lebenswelt Medien

Die Verantwortlichen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern, bei privaten Rundfunksendern und bei den Printmedien sollen in Gesprächen mit den verantwortlichen Medienpolitikerinnen und -politikern (Ministerpräsident, Staatskanzlei, Gremienmitglieder, Mitglieder des Ausschusses für Medien und Multimedia, LMK etc.) dafür sensibilisiert werden, dass die permanente Darstellung einer (bösen, bedrohlichen) Politik, die nur aus Konflikten zu bestehen scheint, Kinder und Jugendliche zu der Überzeugung kommen lässt, dass dies tatsächlich auch so ist.

Die Medienverantwortlichen sollen vielmehr Journalistinnen und Journalisten dafür sensibilisieren, dass ihre Berichterstattung die unterschiedlichen Auffassungen der einzelnen politischen Parteien aufzeigen soll, dies aber keineswegs zu einer Sensationsberichterstattung ausarten darf.

Kindern und Jugendlichen soll auch in den Medien Lust auf Politik gemacht werden, in der es auch Konflikte gibt, die aber im Wesentlichen vom Miteinander unterschiedlicher Meinungen und deren Vielfalt lebt.

**VI. Maßnahmen zur besseren Aufklärung und Empfehlungen zur Bekämpfung extremistischen Gedankenguts bei Jugendlichen**

Die Enquete-Kommission schlägt Maßnahmen vor, die geeignet sind,

- Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)extremen und (rechter) Gewalt in Rheinland-Pfalz aufzunehmen und Maßnahmen sowie Möglichkeiten zur besseren Aufklärung und Empfehlungen zur Bekämpfung extremistischen Gedankenguts bei Jugendlichen aufzuzeigen.

In der Arbeit der Enquete-Kommission wurde deutlich, dass rechte, extremistische und fundamentalistische Ideologien und Gewalt für Kinder und Jugendliche in nahezu all ihren Lebenswelten eine versteckte oder offene Gefährdung darstellt. Aufklärung, Schutz und Bekämpfung sind wichtige Querschnittsaufgaben in allen Bereichen von politischer Jugendbildung und Jugendarbeit. Die folgenden Empfehlungen richten sich daher an alle Personen, die in irgendeiner Form mit Kindern und Jugendlichen arbeiten oder für ihre Interessen eintreten.

- Eine offensive, umfassende und nicht nachlassende Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über rechtsextreme Aktivitäten und Ideologien (in der Schule, durch die Polizei, durch den Verfassungsschutz, durch die Landeszentrale für politische Bildung und evtl. weitere Initiativen politischer Bildung) ist von eminenter Bedeutung.
- Eine falsch verstandene Toleranz oder gar Verleugnung rechtsextremer Aktivitäten ist zutiefst gefährlich. Solche Tendenzen und Meinungsäußerungen müssen offen gelegt werden. Gefährdete Jugendliche dürfen dabei nicht ausgegrenzt werden.
- Die Hochschulen und der Verfassungsschutz sollen ihre Erkenntnisse zu den Strukturen rechtsextremer Angebote weiter veröffentlichen. Schulen sollen verstärkt (z. B. im Rahmen des Projektes PRIT- Prävention im Team) die Möglichkeit wahrnehmen, Fachreferentinnen und Fachreferenten dieser Organisation in den Unterricht einzuladen.
- Orientierungssuchende Jugendliche dürfen nicht den rechten Verführungsversuchen ausgeliefert werden. Die haupt- und ehrenamtliche Jugendarbeit soll vor Ort durch spezifische Themensetzung und direkte Ansprache gefährdete Jugendliche erreichen. Diese Notwendigkeit soll im Rahmen der Jugendhilfeplanung thematisiert werden. Alle Kinder und Jugendlichen brauchen das Erleben von Gemeinschaft, Zugehörigkeit, Anerkennung und Einbeziehung.
- Extremistische Organisationen bieten (scheinbare) Hilfe bei konkreten Problemen im Alltag. Dem soll die ehren- und hauptamtliche Sozialarbeit mit konkreter Hilfe entgegengesetzt werden (bspw. bei Problemen in der Familie, in der Schule, Beziehungen als Außenseiter, Alkoholsucht oder bei Bewerbungen).
- Durch engagierte Jugendarbeit, interessante Projekte und Initiativen kann extremistischen Parteien und Organisationen der Nährboden entzogen werden. Dadurch können Kinder und Jugendliche vor dieser undemokratischen Form politischer Beteiligung geschützt werden. Die Ansprache von offener und verbandlicher Jugendarbeit soll direkt sein. Junge Menschen sollen in ihrer konkreten Lebenswelt abgeholt werden, z. B. in jenen Gemeinden, in denen sich Gruppen oder Kameradschaften gebildet haben, oder in den Fangruppen der Fußballclubs, wo gewaltbereites Potential offenbar wird.
- Probleme mit rechtsextremer Propaganda im Internet sollen vermehrt grenzüberschreitend gelöst werden (Zusammenarbeit des Ministeriums des Innern und für Sport und von jugendschutz.net mit anderen europäischen oder nationalen Behörden).
- Aussteigerprogramme wie „(R)auswege“ sollen langfristig angeboten werden. Fluktuation gerade jüngerer Menschen bei rechtsextremen Organisationen bieten hier Chancen, da eine Verfestigung erst bei über 21-Jährigen festzustellen ist.
- Konsequentes polizeiliches Verfolgen, z. B. bei Verteilung von CDs auf und an Schulhöfen oder der Veröffentlichung menschenfeindlicher Parolen und bei Alkoholmissbrauch, ist nach wie vor zentrales Element der Bekämpfung rechter Gewalt. Dazu zählt auch die Indizierung von Musik und Schriften sowie das Vorgehen gegen extremistische Internetseiten. Ein Ausbau und eine Sensibilisierung von kommunalen Präventionsräten ist ein richtiger Weg.
- Jugendliche sollen in ihrer Lebenswelt lernen und erfahren, selbstbewusst ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und umzusetzen, damit auch Zukunftsängsten begegnet wird. Die Jugendlichen stark machen heißt auch, Demokratie zu verteidigen und extremen Parolen entgegenzutreten.
- Ein Wert von Demokratie ist, dass man Konflikte gewaltfrei und zum Wohle aller beilegen kann. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Vermittlung von Politik durch die Massenmedien sind Politikerinnen und Politiker mit ihrem alltäglichen Handeln, der Art und Weise ihrer Sprache und in den Formen ihres politischen Stils Vorbilder für junge Menschen. Dieser Verantwortung müssen sich Politikerinnen und Politiker immer bewusst sein.
- In Rheinland-Pfalz gibt es eine Vielzahl erfolgreicher, innovativer Projekte und Netzwerke (wie Bündnisse für Toleranz, Demokratie und gegen [rechts-]extremistische Politik). Die Methoden gewaltfreier Konfliktlösung, Streitschlichtung und Krisenbewältigung im Gespräch sollen wie die Methoden des Deeskalationstrainings eingeübt und praktiziert werden.
- Vielfalt statt Einfalt: Toleranzförderliches Klima wie Kennenlernen von Menschen anderer Kulturen, Religionen, Hautfarben oder mit Behinderungen soll in allen Bereichen der Gesellschaft gestärkt werden. Besondere Chancen bieten sich durch Partnerschaften mit ausländischen Schulen, durch Schüleraustausche oder durch internationale Jugendbegegnungen.
- Gebote gegen Diskriminierung sollen in den Lebenswelten konkretisiert, beachtet und durchgesetzt werden.

- Jugendzentren sollen ein Raum für alle Jugendlichen sein. Gerade in solchen Orten der Begegnung sollen die unterstützenden oder betreuenden Erwachsenen Wert darauf legen, dass es keine Ausgrenzung geben darf.
- Das Erlernen eines kritischen Umgangs mit Medien (insbesondere Internet und Musik) und Stärkung der Medienkompetenz in der Schule oder in vergleichbaren Projekten hilft Kindern und Jugendlichen auch, die Strategien (extremistischer) ideologierter Propaganda aufzudecken.
- Gedenkorte gegen Gewalt und Krieg (wie die ehemaligen Konzentrationslager Osthofen und Hinzert sowie Zeugnisse jüdischer Kultur) sind als Lernorte für die friedliche Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft zu erkennen und zu nutzen. Solche Gedenkstätten sind Orte der Information, der Aufklärung und des gemeinsamen Gesprächs der Generationen.
- Neben einer umfassenden historisch-politischen Bildung junger Menschen (vor allem auch über die sozialpolitischen und machtpolitischen Hintergründe von totalitären Entwicklungen) soll zusätzlich eine bewusste, unverkrampfte Erinnerung an die geschichtlichen Ereignisse an jenen Stätten der Verbrechen von rechter, totalitärer und extremistischer Gewalt stattfinden.
- Erinnerung aus rationaler Verantwortung und ohne „feiertägliche, zur Schau gestellte Betroffenheit“ soll selbstverständlicher Teil der politischen Kultur, auch der Jugendkultur, in Rheinland-Pfalz sein.
- Aufklärung über Zusammenhänge schafft Sensibilisierung für heutiges Unrecht und hilft bei der erfolgreichen Suche nach Handlungs- und Lebensperspektiven für Gegenwart und Zukunft. Diese Tatsache soll alle Menschen leiten, die mit Kindern und Jugendlichen leben und lernen.
- Insgesamt sollen Strukturen für eine erfolgreiche Aufklärungsarbeit in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen (Familie, Schule, Betrieb, Gewerkschaften, Kirche u. a.) ressourcenmäßig gesichert werden.

## VII. Exkurs: Das Parlament als Ort politischer Bildung von Kindern und Jugendlichen

Das Jahr 2005 war das Europäische Jahr der Demokratieerziehung. Ziel dieses Jahres war es, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Teilnahme am demokratischen Leben zu ermutigen und sie dafür zu begeistern. Dem Stellenwert politischer Bildung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Deshalb soll auch der Landtag Rheinland-Pfalz seine Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung zukünftig verstärken. Unter Maßgabe der oben genannten Empfehlungen soll daher der Landtag als Ort der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen ausgebaut werden.

Der Landtag wird bereits heute von vielen jungen Menschen besucht. Die meisten nehmen dabei routinemäßig an Plenar- oder Ausschusssitzungen teil. Diejenigen jungen Besucherinnen und Besucher, die auf Einladung von Abgeordneten nach Mainz kommen, werden dementsprechend von ihren gastgebenden Abgeordneten oder von deren Wahlkreismitarbeiterinnen oder Wahlkreismitarbeitern betreut. Viele andere junge Besucherinnen und Besucher nehmen an den Jugendangeboten des Landtages teil und erhalten im Rahmen dieses Programms meist die Chance eines Gesprächs mit Abgeordneten mehrerer Fraktionen. Andere Jugendliche werden von ihren Lehrkräften als Besuchergruppe angemeldet und besuchen den Landtag ohne zusätzliche Betreuung durch pädagogisch geschultes Personal.

Es gibt ein sehr großes Potential von jungen Menschen, die jedes Jahr den Landtag besuchen. Diesen Jugendlichen könnten pädagogisch betreute Programme angeboten werden, die in weitaus höherem Maße dazu geeignet wären, bei ihnen Interesse für Politik zu wecken, als dies bisher der Fall ist.

Der Landtag von Rheinland-Pfalz soll sich daher der Aufgabe einer „Jugendoffensive für politische Bildung“ stellen.

### 1. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier als Akteure

Ein gelingender Dialog zwischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Kindern und Jugendlichen setzt gute Kenntnisse der Erwachsenen über die Kommunikationsgewohnheiten und -besonderheiten von Kindern und Jugendlichen voraus. Diese Kenntnisse, die bei Pädagoginnen und Pädagogen sowie politischen Bildnerinnen und Bildnern gesammelt werden – die besonders bei den die Besucherprogramme organisierenden Personen im Landtag vorhanden sind –, sollen in jeder Legislaturperiode neu den Abgeordneten und deren Wahlkreismitarbeiterinnen und -mitarbeitern vermittelt werden. Hierzu sollen Veranstaltungen angeboten werden, in denen das Wissen des Referats „Informationsangebote für Schüler und Jugendliche“ über Kinder- und Jugendkommunikation weitergegeben wird.

In Planspielen kann gelingende Kommunikation mit der Gruppe der Kinder und Jugendlichen eingeübt werden.

Abgeordnete sollen in ihren Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen zur Beteiligung an Politik und gesellschaftlichem Leben ermutigen. Dafür brauchen sie gute Kenntnisse über alle Beteiligungsrechte, die Kindern und Jugendlichen schon heute zur Verfügung stehen. Zu diesem Zweck soll den Abgeordneten eine Zusammenstellung aller Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden.

Parlamentarierinnen und Parlamentarier sollen die Angebote des Landtags im Bereich der politischen Jugendbildung als Teil der Öffentlichkeitsfunktion des Landtags und damit auch als einen wichtigen Bestandteil ihres Mandates verstehen. Daher sollen sie auch so weit wie möglich an der Entwicklung und Durchführung der Bildungs- und Besuchsprogramme im Landtag teilhaben. Um dies zu gewährleisten, soll nach dem Vorbild bereits bestehender Arbeitskreise eine Arbeitsgruppe aus Abgeordneten und den zuständigen Mitarbeitern der Landtagsverwaltung gebildet werden (pädagogischer Beirat). In dieser Arbeitsgruppe soll regelmäßig über die Bildungsangebote des Landtags und ihre Evaluation berichtet werden. Darüber hinaus soll sie den Auftrag

haben, diese Bildungsangebote weiterzuentwickeln. Am Ende einer Legislaturperiode soll dem Landtag ein Bericht über die durchgeführten Bildungsangebote für Schulklassen und Jugendliche vorgelegt werden.

## 2. Die Landtagsverwaltung als Akteur

Die Landtagsverwaltung soll die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Kooperationspartnern, wie z. B. der Landeszentrale für politische Bildung, intensivieren. Vor allem sollen die Schulen verstärkt über die Bildungs- und Besuchsangebote des Landtags informiert und auf die zur Verfügung stehenden Informations- und Unterrichtsmaterialien hingewiesen werden.

Um eine sinnvolle Vorbereitung von Kindern und Jugendlichen auf ihren Landtagsbesuch zu gewährleisten, ist sicherzustellen, dass die bereits vorhandenen pädagogischen Informationsmaterialien zur Arbeit des rheinland-pfälzischen Landtags den Besuchergruppen frühzeitig zur Verfügung gestellt werden (Zusendung von Materialien bzw. Hinweise auf Materialien, die kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden können). Die Landtagsverwaltung soll den betreuenden Lehrkräften die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung des Landtagsbesuchs deutlich machen und die Lehrkräfte bei der Vorbereitung des Besuchs gegebenenfalls unterstützen.

Die Landtagsverwaltung erarbeitet zu diesem Zweck gemeinsam mit dem Pädagogischen Zentrum (PZ) eine spezielle Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer, die die Vorbereitung eines Landtagsbesuchs von Schulklassen oder von einzelnen Jugendlichen zum Gegenstand hat. Hierbei sollen die positiven Erfahrungen aus den Seminar- und Besuchsprogrammen, die parallel zur Arbeit der Enquete-Kommission durchgeführt wurden, einfließen (z. B. Anregungen für Workshops, Rollenspiele, Moderationstechniken etc.).

Die Landtagsverwaltung soll außerdem eine Handreichung für Abgeordnete erarbeiten, die über alle zur Verfügung stehenden Informations- und Vorbereitungsmaterialien informiert und Anregungen für die Vorbereitung eines Landtagsbesuchs enthält. Damit können die Abgeordneten selbst dafür Sorge tragen, dass auch diejenigen Kinder und Jugendlichen, die als ihre persönlichen Besuchergruppen in den Landtag kommen, auf diesen Besuch vorbereitet sind.

Die Landtagsverwaltung soll Evaluationsverfahren für die Bildungsangebote des Landtags entwickeln, die sich an Schulklassen, Jugendliche und junge Erwachsene richten. Ziel dieser Evaluation soll es sein, diese Bildungsangebote regelmäßig darauf hin zu überprüfen, ob sie den Erwartungen gerecht werden. Diese Evaluation soll in geeigneter Weise dokumentiert werden.

Die Seminare und Besuchsprogramme der Landtagsverwaltung, die zur Unterstützung der Arbeit der Enquete-Kommission durchgeführt wurden, wurden von allen Beteiligten (Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, teilnehmenden Abgeordneten, Referat „Informationsangebote für Schülerinnen und Schüler und Jugendliche“) als sehr erfolgreich beurteilt. Die Evaluation dieser Veranstaltungen zeigte sehr hohe Zufriedenheit und deutlich gewecktes Interesse an Politik. Damit erreichten sie das gesetzte Ziel. Es ist also wünschenswert, die Seminarangebote des Landtags für mehr Besuchergruppen des Landtages anbieten zu können. Die Landtagsverwaltung soll darüber hinaus deutlich mehr pädagogisch betreute Programme – sowohl parallel zur Plenar- und Ausschussarbeit als auch unabhängig von Sitzungsterminen des Landtags – entwickeln und anbieten. Diese Angebote sollen nach Inhalt und zeitlichem Umfang (z. B. ein- oder mehrtägige Seminare) sowie nach Zielgruppen differenziert werden. Auch Kinder aus Kindertagesstätten und Grundschulen sowie Schülerinnen und Schüler der unteren Jahrgangsstufen (Klasse 5 bis 8) sollen zukünftig die Möglichkeit erhalten, an zielgruppenspezifischen Besuchsprogrammen des Landtags teilzunehmen.

Um ein solches Angebot entwickeln zu können, soll der für die Jugendangebote im Landtag zuständige Bereich personell verstärkt werden. Es soll – vergleichbar der Entwicklung des „Wissenschaftlichen Dienstes“ – ein „Pädagogischer Dienst“ entstehen. Neben einer Qualifizierung der in diesem Bereich schon engagierten teilzeitbeschäftigten Studierenden sollen, beginnend über das Prinzip abgeordneter Lehrkräfte, in den Haushalten der Landtagsverwaltung langfristig zusätzliche Planstellen sowie die entsprechenden Haushaltsmittel eingestellt werden.

## F. KRITIK UND AUSBLICK

Während der Diskussionen der Fraktionen zur Entwicklung des Einsetzungsbeschlusses bestand Einvernehmen darüber, dass die Fragestellung nach den Gründen für politisches Desinteresse und Distanz zur Politik sowie die Aufgabenstellung der Entwicklung von Gegenstrategien, die die Mitglieder der Enquete-Kommission beantworten und bearbeiten sollten, besonders auch für die Gruppen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, für Mädchen und junge Frauen und ebenso für „Null-Bock-Jugendliche“ und „Aussteigerinnen und Aussteiger“ gelten sollte.

Durch den Einsetzungsbeschluss war der Enquete-Kommission eine Vorgehensweise vorgegeben, bei der über das Kennenlernen von „Best Practice“-Beispielen, also durch Besuche bei Beteiligungsprojekten, die als besonders gelungen bekannt waren, Schlussfolgerungen gezogen werden sollten, durch welche Rahmenbedingungen und Arbeitsweisen eine erfolgreiche Partizipation von Kindern und Jugendlichen gelingen kann. Dazu schlugen die Enquete-Kommissionsmitglieder Projekte als Besuchsziele vor, die ihnen persönlich als erfolgreich bekannt waren.

Viele Best-Practice-Termine fanden wegen eines „Schneeballeffekts“ statt; hier konnte jemand ein Projekt, dort fragten Kinder und Jugendliche an, ob sie nicht einmal besucht werden könnten usw. Der Wille, so viele Kinder und Jugendliche und deren Projekte zu besuchen, war so ausgeprägt, dass später ein Schnitt gemacht werden musste, sollte doch jedes Mal eine gute Nachbereitung der Termine gewährleistet sein. Die Fülle des Materials, das die Enquete-Kommission zu bewältigen hatte, führte dazu, dass zwangsläufig manche Projekte und die damit verbundenen Kinder und Jugendlichen nicht berücksichtigt werden konnten.

### I. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

Obwohl schon während der Diskussionen, welche Projekte denn besucht werden sollten, häufiger von mehreren Kommissionsmitgliedern angemahnt wurde, man dürfe die Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht vergessen, wurden dennoch keine Beteiligungsbeispiele besucht, die im Besonderen gelingende Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeigten.

Selbst im Rahmen des Gesprächs mit den politischen Jugendbildnerinnen und -bildnern spielte diese Thematik, trotz der Anwesenheit eines Vertreters eines Mainzer Beteiligungsprojektes für Jugendliche mit Migrationshintergrund und von Vertretern eines Aussiedlerprojektes, keine zentrale Rolle.<sup>1)</sup> Bei dem Gespräch mit Kindern und Jugendlichen im KUZ war es ebenfalls nicht gelungen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Migrationshintergrund oder Aussiedlerkinder oder -jugendliche einzuladen.<sup>2)</sup>

So wurde innerhalb der Arbeit und der Diskussionen der Enquete-Kommission diese Thematik nur über das wissenschaftliche Gutachten von Prof. Schrappert vertiefter behandelt.<sup>3)</sup> Bei der Arbeit an der Formulierung der Empfehlungen wurde deutlich, dass es der Enquete-Kommission nicht möglich war, spezielle Empfehlungen für die unterschiedlichen Lebenswelten und die unterschiedlichen Maßnahmenfelder zu formulieren, die es besonders möglich machen sollten, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern.

So bleibt es die Aufgabe von Akteuren und Akteurinnen auf dem Feld der politischen Jugendbildung und der Kinder- und Jugendpartizipation, die Gruppe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und diejenigen, die als Aussiedlerinnen und Aussiedler nach Deutschland gekommen sind, besonders im Auge zu behalten und zu versuchen, Ansprache- und Beteiligungsformen zu entwickeln und bekannt zu machen, die geeignet sind, bei dieser Gruppe Distanz zu Politik und Gesellschaft abzubauen und Demokratiefähigkeit zu steigern.

### II. Mädchen

Auch die Gruppe der Mädchen war bei der Vordiskussion der Enquete-Kommission mehrfach als „besonders zu untersuchen“ benannt worden. So wurde beim Gespräch mit den politischen Jugendbildnerinnen und -bildnern eine Vertreterin eingeladen, die sich gezielt der Mädchenarbeit widmet. Sie bestätigte die These der Enquete-Kommission, dass der Anteil der Mädchen an aktiven Jugendlichen nicht dem tatsächlichen Anteil von Mädchen in der Bevölkerung entsprechen würde. Beim Gespräch mit den Kindern und Jugendlichen im KUZ waren allerdings zahlreiche Mädchen unterschiedlichen Alters anwesend, die von ihrem Engagement berichteten.

Bei der Auswahl von zu besuchenden Projekten im Rahmen der Best-Practice-Besuche wurden keine Projekte gezielt ausgesucht, weil sie besondere Beispiele für gelingende „Mädchen-Beteiligung“ waren. Es gab aber bei den Besprechungen der Besuche auch keine konkreten Hinweise der Enquete-Mitglieder, dass im Besonderen Mädchen sich weniger an Projekten beteiligten oder eine größere Distanz zu Politik und Gesellschaft zeigten als Jungen im gleichen Alter. Eher entstand der umgekehrte Eindruck: Bei vielen Projekten erschienen die beteiligten Mädchen als sehr aktiv und engagiert und bereit, für ein Projekt auch Verantwortung zu übernehmen.

---

1) Vgl. Abschnitt J. I.

2) Vgl. Abschnitt J. II.

3) Vgl. Abschnitt J. XIII.

Bei den Gesprächen mit Schulklassen bestätigte sich ebenfalls nicht der Eindruck, dass Mädchen weniger interessiert oder engagiert seien. Dennoch nahm die Enquete-Kommission die Ergebnisse des Gutachtens von Herrn Prof. Schrapper zur Kenntnis, in dem ebenfalls die Feststellung einer nicht anteilmäßigen Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen enthalten war.

Aufgrund der Auswahl der Best-Practice-Projekte und der sich daran anschließenden Diskussionen, bei denen die spezielle Frage von Mädchenbeteiligung eben keine besondere Rolle gespielt hatte, konnte die Enquete-Kommission bei der Entwicklung von Empfehlungen auch keinen besonderen Fokus auf zu verändernde Rahmenbedingungen für die Verringerung der Distanz zu Politik und der Steigerung der Demokratiefähigkeit bei Mädchen und jungen Frauen legen. Das besondere Ziel aber, Mädchen und junge Frauen ebenso aktiv in Gesellschaft und Politik zu erleben wie Jungen und junge Männer, wurde von der Enquete-Kommission ausdrücklich betont.

### III. „Null-Bock“-Jugendliche und Aussteigerinnen und Aussteiger

Im Rahmen der Vordiskussionen der Enquete-Kommission, bei den Gesprächen mit Jugendbildnerinnen und -bildnern, bei den Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen und auch im Gutachten von Prof. Schrapper wurden immer wieder Kinder und Jugendliche erwähnt, die sich ganz betont von gesellschaftlicher Beteiligung und demokratischer Mitwirkung abwenden.

Eine Beschäftigung mit dieser Gruppe von Kindern und Jugendlichen gelang der Kommission eben aufgrund des Ansatzes, eine gelungene Beteiligung zu beobachten, leider überhaupt nicht. Daher konnte die Kommission auch keine Antwort auf die Fragen geben, welche Rahmenbedingungen sich ändern müssten, welche Art von Angeboten gemacht werden müssten und welche Themen und Aktionsformen nötig wären, um solche Kinder und Jugendliche, die sich bisher nicht bereit erklärt hatten zu gesellschaftlicher Teilhabe, davon zu überzeugen, dass es Sinn und auch Spaß macht, sich einzumischen.

### IV. Weitere Zielgruppen und Fragestellungen

Die Fülle der zu bearbeitenden Fragestellungen hatte zur Folge, dass eine wichtige Frage aus dem Einsetzungsbeschluss aus dem Blick verloren ging: Gibt es Erkenntnisse über Partizipationsprozesse Jugendlicher in Einrichtungen wie Internat, Heim, Krankenhaus oder Jugendstrafanstalt?

Keines der vorgeschlagenen Best-Practice-Projekte war aus einem der genannten Lebensbereiche. Weder in dem Gespräch mit den Jugendbildnerinnen und -bildnern noch in den Gesprächen mit den Kindern und Jugendlichen spielten diese Bereiche eine Rolle. Und auch das Gutachten von Prof. Schrapper beschäftigte sich nicht mit Erkenntnissen über Partizipationsprozesse Jugendlicher in Einrichtungen wie Internat, Heim, Krankenhaus oder Jugendstrafanstalt.

Die Beschäftigung mit Beteiligungschancen und die Weckung von Beteiligungsinteresse bei solchen Kindern und Jugendlichen bleibt damit eine unerledigte Aufgabe.

### V. Weitere Potentiale

Wie bereits in der Einleitung dieses Abschlussberichtes erläutert <sup>4)</sup>, stellte die Auswahl der zu besuchenden Best-Practice-Beispiele eine jeweils subjektive und von vielfältigen Faktoren bestimmte Entscheidung dar. Viele Beteiligungsansätze, viele pädagogische und didaktische Vorgehensweisen konnten so nicht betrachtet, ausgewertet und als Grundlage für weitergehende Empfehlungen genutzt werden. Es ist daher ein ausgeprägtes Bedürfnis der Mitglieder der Enquete-Kommission festzuhalten, dass es neben den beschriebenen und verarbeiteten Ideen und Projekten noch vielerlei Ideen und Wege gibt, jungen Menschen gesellschaftliches und politisches Engagement nahe zu bringen. Diese vielen Potentiale, die in täglich stattfindender Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Lebenswelten enthalten sind, gilt es zu erkennen, zu unterstützen und zu fördern. Sie sind ebenso bedeutsam auf dem Weg zu einer engagierten, demokratiefähigen Jugend wie die Umsetzung möglichst vieler Empfehlungen, die im vorliegenden Abschlussbericht enthalten sind.

Ebenso war es der Enquete-Kommission aufgrund der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen, alle Initiativen politischer Jugendbildungsträger kennen zu lernen und auszuwerten. Die Enquete-Kommission ist sich aber im Klaren darüber, dass vor allem diese Träger mit weitreichenden Erfahrungen aus dem System politischer Bildung und Aktivierung von Jugendlichen nicht wegzudenken sind.

Eine besondere Rolle spielen hierbei ohne Frage die Bildungsstätten und die den Parteien nahe stehenden Stiftungen, die mit einem vielfältigen Angebot seit Jahren im Bereich der Jugendbeteiligung eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen ansprechen. Die Tatsache, dass diese Organisationen, freien Träger und staatlichen Einrichtungen wie z. B. die Landeszentrale für politische Bildung, der Landesfilmdienst, die Landeschülerinnen- und Schülervertretung und andere in den Empfehlungen keine so hervorgehobene Rolle spielen, bedeutet nicht, dass die Enquete-Kommission ihre Bedeutung damit gering schätzt. Vielmehr war ihre Rolle innerhalb der Organisation von Kinder- und Jugendpartizipation so selbstverständlich, dass sie nicht mehr mit zusätzlichen Empfehlungen

4) Vgl. Abschnitt A. VI.

bedacht wurden. Klar war der Enquete-Kommission aber auch, dass diese Träger von politischer Bildung Säulen eines auszubauenden Systems darstellen, dessen Potentiale noch weiterentwickelt werden können und die – z. B. durch das Nutzen von zu bildenden Netzwerken – bei der Aktivierung und Förderung der Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen eine noch wesentlich größere Bedeutung erlangen können und sollen.

Die Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ hat im Verlauf ihrer Arbeit vielfältige ermutigende Beispiele gesehen, unterschiedlichste hoffnungsvolle Gespräche geführt und die Erkenntnis gewonnen, dass bereits zurzeit in allen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen große Bemühungen unternommen werden, Beteiligung stattfinden zu lassen. Daraus hat die Enquete-Kommission den optimistischen Schluss gezogen, dass nach Umsetzung der unterschiedlichsten Empfehlungen der Kommission die Quantität und Qualität von Kinder- und Jugendpartizipation verbessert sein wird. Das Ziel, die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen zu stärken und zu fördern, ist erreichbar.

**G. ABWEICHENDE MEINUNG DER ABGEORDNETEN DR. THOMAS GEBHART, ELFRIEDE MEURER, DOROTHEA SCHÄFER, ANGELA SCHNEIDER-FORST (CDU) SOWIE DER SACHVERSTÄNDIGEN DR. WERNER BLUMENTHAL, LOTHAR HARLES UND SIGLINDE HORNBACH-BECKERS**

Die verschiedenen Anhörungen, Besuche vor Ort, die Expertisen sowie Gespräche der Mitglieder der Enquete-Kommission untereinander haben ergeben, dass es eine hohe Sensibilität zu der Thematik und ein großes Interesse an der Verbesserung des Verhältnisses von Jugend und Politik gibt. Zahlreiche gelungene Beispiele, vor allem für bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Welt, dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch viel zu tun ist.

Die Verbesserung des Verhältnisses von Politik und Jugend und die Überwindung der Distanz der Jugend zur Politik

- stellt eine fortwährende Herausforderung für alle staatlichen Ebenen und die Politik dar: Die Existenzgrundlagen der Demokratie, die auf Interesse, Beteiligung und Engagement aufbauen, sind gefährdet, wenn es nicht immer wieder gelingt, junge Menschen für das Gemeinwesen zu interessieren,
- ist auch eine Anfrage an junge Menschen: Sie müssen entscheiden, was ihnen wichtig ist und wie sie sich mit anderen verständigen wollen,
- ist Aufgabe für Verbände, Organisationen und Einrichtungen, Bildungsträger und Medien. Welchen Beitrag können und wollen sie leisten, um demokratisches Verhalten, um Demokratie zu fördern?

Viele Punkte, Forderungen und Empfehlungen sind von der Enquete-Kommission erarbeitet und im Bericht, speziell im Empfehlungsteil, formuliert worden. Zahlreiche Vorschläge und Ideen unserer Mitglieder sind im Bericht der Enquete-Kommission wiederzufinden, deshalb tragen und unterstützen wir ihn.

Bei zwei Punkten konnte jedoch kein Konsens erzielt werden:

Dem gemeinsamen Empfehlungsentwurf fügen wir folgende abweichende Meinung an:

Zu Abschnitt E III. Nr. 1 vierter Spiegelstrich und Nr. 4 achter Spiegelstrich:

Die Erstellung von „Musterartikeln“ und zusätzlichen Broschüren erübrigt sich. Die bisherigen Publikationen zu diesen Themen sind umfassend. Es muss nicht alles neu formuliert werden. Hilfreich wäre eine Zusammenstellung der vorhandenen Literatur. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass nicht alles vorgeschrieben und festgehalten werden muss. Es sollte noch genug Raum für eigene Ideen der Gestaltung gelassen werden. Wir haben Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein und die Kompetenz der jeweiligen handelnden Person.

Zu Abschnitt E III. Nr. 2 neunter Spiegelstrich:

In vielen Anhörungen und bei den Best-Practice-Besuchen zur „Lebenswelt Schule“ wurde sowohl von den Schülerinnen und Schülern als auch von den Lehrkräften die Forderung nach mehr (Wochenunterrichtsstunden) und einem früher beginnenden Sozialkundeunterricht erhoben. Diese Forderung wird von uns unterstützt.

Die Erwartungshaltungen an die Ergebnisse der Enquete-Kommission sind hoch sowohl seitens der Kinder und Jugendlichen als auch seitens der in der Jugendarbeit Tätigen. Deshalb ist es für uns ein wichtiges Anliegen, dass es nicht nur bei der Bereitschaft bleibt, die Empfehlungen umzusetzen.

Bei der Fülle der Vorschläge und Empfehlungen können wesentliche Punkte untergehen. Es ist uns wichtig, noch einmal klar herauszustellen, worauf es ankommt.

Unser Fazit:

1. Politikerinnen und Politiker sollten verstärkt Kontakt zu Kindern und Jugendlichen suchen, denn umgekehrt ist dies wesentlich schwieriger.
2. Konkrete Anfragen erfordern konkrete Antworten; Politikerinnen und Politiker sollten mit Kindern und Jugendlichen Klartext reden.
3. Politikerinnen und Politiker sollten nicht versuchen, die Sprache der Kinder und Jugendlichen zu imitieren.
4. Politikerinnen und Politiker sollten keine falschen Erwartungen wecken oder Versprechen abgeben, die sich nicht erfüllen lassen; dies führt zu Enttäuschungen und Frustration.
5. Politikerinnen und Politiker sollten den Erlebnischarakter und die Freude an der Politik stärker betonen.

Dr. Thomas Gebhart  
Elfriede Meurer  
Dorothea Schäfer  
Angela Schneider-Forst  
Sachverständiger Dr. Werner Blumenthal  
Sachverständiger Lothar Harles  
Sachverständige Siglinde Hornbach-Beckers



## H. ABWEICHENDE MEINUNG DES ABGEORDNETEN NILS WIECHMANN (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Distanz durch Vertrauen überwinden

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Einsetzung der Enquete-Kommission „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“ begrüßt und sich an der Enquete konstruktiv beteiligt. DIE GRÜNEN sehen auch in der innovativen Arbeitsweise der Enquete-Kommission einen Grund dafür, dass sich im Abschlussbericht viele richtige Forderungen und Empfehlungen wiederfinden.

Es ist unumgänglich, jungen Menschen Perspektiven zu eröffnen, die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv mitzugestalten. Beteiligung setzt voraus, dass man den zu Beteiligten vertraut und ihnen etwas zutraut. Es greift zu kurz, Kinder und Jugendliche, ihre Ideen, Bedürfnisse und Forderungen nur anzuhören. Man sollte so viel Vertrauen in sie, ihre Entscheidungen und ihre realistische Sichtweise haben, dass man ihnen in allen Bereichen ihres Lebens nicht nur Mitsprache, sondern echte Mitbestimmung ermöglicht. Dies ergibt sich notwendigerweise aus einem wirklichen „Ernstnehmen“ der jungen Generation.

Alle Fraktionen, Expertinnen und Experten haben sich an einem ernsthaften Dialog mit jungen Menschen beteiligt. Dieser Dialog hat zu Empfehlungen der Enquete-Kommission geführt, die notwendige Schritte auf dem Weg zur Überwindung der Distanz zwischen jungen Menschen und Politik bzw. Politikerinnen und Politikern sind. Diese Empfehlungen bedürfen an einigen Punkten der Ergänzung.

Wer schon in jungen Jahren die Möglichkeit geboten bekommt, sich für seine/ihre und allgemeine Interessen und Bedürfnisse einzusetzen, wer bereits als Kind ernst genommen und als „echter“ Gesprächspartner respektiert wird, nur der/die wird später mit hoher Wahrscheinlichkeit bereit sein, sich am gesellschaftlichen Leben aktiv zu beteiligen und Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.

Die Arbeit der Enquete-Kommission hat deutlich gemacht, dass Kinder und Jugendliche ernst genommen werden müssen, wenn sie sich beteiligen. Die mit ihnen erarbeiteten Wünsche, Forderungen und Entscheidungen müssen zeitnah bearbeitet werden.

Damit Partizipationsprojekte nicht ins Leere laufen, ist es unerlässlich, im Vorfeld zu klären, in welchem Rahmen und unter welchen Bedingungen die Wünsche und Anregungen der Beteiligten umgesetzt werden können. Jedes Partizipationsangebot, welches im Nachhinein die Veränderungsvorschläge ignoriert, wirkt kontraproduktiv. Zudem erwarten Kinder und Jugendliche zu Recht, dass sie mit ihren Bedürfnissen und Problemen ernst genommen, mit Respekt behandelt und keinesfalls von Politikerinnen und Politikern für eigene Zwecke missbraucht werden.

### Konkrete Schritte auf dem Weg zu wirklicher Mitbestimmung

#### Demokratie in der Schule lernen und leben

Viele angehörte Schülerinnen und Schüler kritisierten die bisherige Form des Sozialkundeunterrichts. Sowohl eine Reform der Inhalte, über die in der Schule informiert wird, als auch der Vermittlungsformen und nicht zuletzt des Zeitpunkts der Vermittlung ist dringend geboten. Politische Bildung in der Schule darf allerdings nicht auf den Sozialkundeunterricht beschränkt bleiben. Sie muss sich vielmehr in allen Schulfächern, in Projekttagen und -wochen und vor allem im Schulalltag widerspiegeln.

Ergänzend wird empfohlen:

- Bereits ab dem 1. Schuljahr sollen mindestens vierteljährlich Klassenversammlungen verpflichtend eingeführt werden. Diese Versammlungen werden von Schülerinnen und Schülern einberufen, selbst verwaltet und geleitet. Die Schülerinnen und Schüler entscheiden für jede Versammlung, ob sie die Anwesenheit der Klassenlehrerin/des Klassenlehrers oder des Vertrauenslehrers bzw. der Vertrauenslehrerin wünschen. In diesen Klassenversammlungen beraten die Schülerinnen und Schüler demokratisch über Fragen, die die Klassengemeinschaft und Gesellschaft betreffen. Hier wäre auch der richtige Rahmen, um über das gesellschaftliche und politische Engagement einzelner Schülerinnen und Schüler zu informieren und über aktuelle politische Themen zu diskutieren.
- An jeder rheinland-pfälzischen Schule wird die Schulkonferenz als oberstes beschlussfassendes Gremium eingeführt. Die Schulkonferenz setzt sich aus jeweils der gleichen Anzahl von Vertreterinnen und Vertretern der Lehrkräfte, der Eltern und der Schülerinnen und Schüler zusammen. Die Schulkonferenz entscheidet u. a. über:
  - die Grundsätze der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit an der Schule,
  - das Schulprogramm,
  - einheitliche Maßstäbe für die Leistungsbewertung und Versetzung innerhalb der Schule sowie der Zeugniserteilung,
  - die Schulordnung (einschließlich der Haus- und Pausenordnung) und
  - die Grundsätze der Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen im Rahmen von Projekten zur Öffnung der Schule.

Schülerinnen und Schüler, die in der Schülerinnen- und Schülervertretung (SV) engagiert sind, haben Spaß daran, ihre Schule mitzugestalten und sind oftmals hoch motiviert. Damit dies so bleibt, ist es wichtig, die SV bei allen bedeutsamen Entscheidungen nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden zu lassen.

- In der Schule ist echte Mitbestimmung statt Mitsprache für die SV in allen Bereichen des Schulalltags und eine Stärkung der Landesschülerinnen- und Landesschülervertretung (LSV) dringend notwendig.
- Die Bedeutung und mögliche Umsetzung von Schülerinnen- und Schülerpartizipation muss wesentlicher Gegenstand der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung (Bildungswissenschaften) werden. Hier soll vor allem deutlich werden, wie bedeutsam die Bereitschaft der einzelnen Lehrpersonen ist, innerhalb ihres Unterrichts demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten anzubieten.

Diese Forderungen tragen dem Umstand Rechnung, dass Kindheit und Jugend keine „politikfreien“ Räume und die Lebenswelten von jungen Menschen keineswegs unpolitisch sind. Immer und überall werden junge Menschen direkt oder indirekt mit Politik konfrontiert und sind von politischen Entscheidungen betroffen. Um überzeugte Demokratinnen und Demokraten werden zu können, müssen Schülerinnen und Schüler Demokratie in der Schule praktisch erfahren und erleben. Deshalb muss der Lebensraum Schule demokratisiert werden, so dass Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, demokratische Regeln von Anfang an in ihrem (Schul-)Alltag zu erleben und einzuüben. Die Beteiligung und Mitgestaltung des Lebensraums „Schule“ ist ideal, um positive Partizipationserfahrungen zu sammeln, die dann zu einem weiteren Engagement motivieren können. Leider führt die heutige Schulrealität noch häufig zu der Erfahrung, trotz intensiven Bemühens doch nichts ändern zu können, und damit zu Rückzug und Demotivation. Die von der Enquete-Kommission besuchten Best-Practice-Beispiele zeigen, dass schon junge Schülerinnen und Schüler keine unrealistischen Forderungen stellen, sondern sowohl die zur Verfügung stehenden finanziellen als auch die personellen Ressourcen in ihre Entscheidungen mit einbeziehen.

### **Partizipation an den Hochschulen**

Viele Studierende sind gesellschaftlich und politisch engagiert. Jedoch gestaltet sich politische Partizipation während des Studiums und in der Ausbildung schwierig, da sich junge Erwachsene primär um ihre berufliche Zukunft kümmern müssen und deshalb sogar manchmal gezwungen sind, ein zuvor vorhandenes gesellschaftliches und politisches Engagement einzustellen. Heute muss darüber hinaus ein Großteil der Studierenden ihre vorlesungsfreie Zeit darauf verwenden, Geld zu verdienen. Hieraus wird deutlich, dass es während dieser Lebensphase einer enormen Organisation bedarf, sich gesellschaftlich zu engagieren. Sowohl das rheinland-pfälzische Modell der Studienkonten als auch die Einführung von Studiengebühren erschweren ehrenamtliches Engagement zusätzlich. Eine weitere Ursache der geringen Partizipationsfreude liegt in der Beschränkung der Mitsprachemöglichkeiten der universitären Gremien auf hochschulpolitische Fragestellungen.

- Es wird eine Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der verfassten Studierendenschaft auf ein allgemeinpolitisches Mandat, um mehr junge Erwachsene für ein politisches und gesellschaftliches Engagement zu begeistern, empfohlen.

### **Senkung des Wahlalters**

Das Recht auf Beteiligung an politischen Entscheidungen steht allen Menschen gleichermaßen zu. In einer Demokratie sollte grundsätzlich gelten, dass alle Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, an deren Zustandekommen beteiligt werden. Dies geschieht auch darüber, dass sie die Entscheidungsträgerinnen und -träger in die Parlamente wählen.

Es wird empfohlen:

- Um die Einflussmöglichkeiten der unter 18-Jährigen zu stärken, ist die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen und eine dementsprechende Änderung des Kommunalwahlrechts ein erster Schritt. Es wäre ein wichtiges Signal für junge Frauen und Männer, das das Engagement der jungen Menschen auch für die Politik stärken kann. Gerade im kommunalen Bereich brauchen junge Menschen ein Mehr an Beteiligungsrechten, da kommunal getroffene Entscheidungen oft unmittelbar das tägliche Leben beeinflussen.

Es ist nicht ersichtlich, warum junge Menschen von Entscheidungen, die sie direkt betreffen, weiterhin ausgeschlossen bleiben sollen. Zumal Kinder und Jugendliche selbst die besten Anwälte für ihre Interessen sind. Deshalb müssen sie direkt und unmittelbar stärker an politischen Prozessen beteiligt werden.

Die Senkung des Wahlalters stellt kein Allheilmittel dar und löst nicht schlagartig alle Probleme von so genannter „Politikmüdigkeit“. Diese Forderung wird dadurch verstärkt, dass es gerade die engagierten jungen Menschen sind, die die Senkung des Wahlrechts für sich einfordern.

Kinder und Jugendliche erhalten nur dann wirklich Einfluss auf das politische Geschehen, wenn sie beteiligt werden und ihre Interessen und Bedürfnisse selbst vortragen können. Die junge Generation wird aufgrund des demografischen Wandels zahlenmäßig immer weiter in die Minderheit geraten. Auch deshalb ist es geboten, die Interessen der jüngeren Generation durch die Senkung des Wahlalters stärker als bisher zu berücksichtigen.

Ein weiteres wichtiges Argument für diesen Vorschlag liegt darin, dass allein schon durch die Tatsache, dass auch unter 18-Jährige als potentielle Wählerinnen und Wähler auftreten können, ihre Interessen und Bedürfnisse von Politikerinnen und Politikern deutlich ernster genommen werden müssen.

### **Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement**

Die Förderung von Kinder- und Jugendpartizipation und des Engagements von Jugendverbänden und -vereinen ist – auch in Zeiten enger öffentlicher Haushalte – wichtig und förderungswürdig.

Ergänzend wird empfohlen:

- Es bedarf für ehrenamtlich engagierte Kinder und Jugendliche besserer und kostenloser Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für ihr Ehrenamt und angemessener Aufwandsentschädigungen für überdurchschnittliches Engagement. Diese Aufwandsentschädigungen machen ehrenamtliches Engagement zu Ausbildungs- und Studienzeiten oftmals erst möglich (s. o.).
- Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen von ehrenamtlicher Tätigkeit, wie z. B. eine weitergehende Entbürokratisierung, ein Ausbau der finanziellen Unterstützung und eine einheitliche Klärung des Begriffes „politische Bildung“ sind schon lange über-

fällig und würden die ehrenamtliche Arbeit für alle Betroffenen erheblich erleichtern. Hierin liegt auch eine Chance, bisher Unentschlossene für gesellschaftliches und politisches Engagement begeistern zu können.

- Um in ihrer Arbeit erfolgreich zu sein und den Spaß am Ehrenamt aufgrund der notwendigen administrativen Aufgaben nicht zu verlieren, sollten aktive Kinder und Jugendliche durch hauptamtliche Fachkräfte unterstützt werden. Diese Unterstützung muss zudem langfristig abgesichert sein.

Damit die hohe Bedeutung von außerschulischer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen für unsere Demokratie keine politische Floskel bleibt, muss sie sich in ihrer finanziellen Ausstattung und in der langfristigen Absicherung erfolgreicher Partizipationsprojekte widerspiegeln. Gerade auch vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, heute zum Großteil mit einer Vielzahl von kommerziellen Angeboten konkurrieren zu müssen, müssen auch die nicht kommerziellen Angebote für Kinder und Jugendliche immer professioneller arbeiten. Dies gilt sowohl für Veranstaltungs- und Organisationswerbung als auch für die eingeladenen Referentinnen und Referenten und für angewandte Methoden. Diese Notwendigkeit bedeutet für die Organisationen und Institutionen – trotz des hohen Maßes an ehrenamtlich geleisteter Arbeit und Ideenreichtum – einen erheblichen finanziellen Mehraufwand, der sich in der Mittelvergabe widerspiegeln muss.

### **Raum für Beteiligung in den Kommunen erweitern**

Die Kommune bildet nach wie vor die politische Ebene, in der junge Menschen am ehesten mit Politik, Politikerinnen und Politikern in Kontakt kommen.

In Kinder- und Jugendparlamenten können die Beteiligten viele positive Erfahrungen sammeln, die für ein weiteres gesellschaftliches und politisches Engagement motivieren können. Hierfür ist es unerlässlich, dass die aktiven Politikerinnen und Politiker die jungen Aktiven ernst nehmen und ihre Vorschläge ernsthaft diskutieren.

- Darüber hinaus müssen Kinder- und Jugendparlamente in Zukunft über eigene finanzielle Mittel frei verfügen können und deren Beschlüsse nicht mehr auf die Tagesordnung der kommunalen Parlamente gesetzt werden können, sondern müssen.

Bereits heute besteht die Möglichkeit, dass Kommunen den Jugendvertreterinnen und -vertretern die Teilnahme an Rats- und Ausschusssitzungen anbieten.

- In der Experimentierklausel der Gemeindeordnung liegt die Chance, probeweise weitergehende Beteiligungsformen für Jugendliche anzubieten, z. B. die Einführung der beratenden Stimme für Kinder und Jugendliche in den Räten und Ausschüssen.

Kommunen, welche einen Bürgerhaushalt aufstellen, sollten Jugendforen einrichten, in denen über jugendrelevante Teile des Bürgerhaushaltes informiert wird und junge Menschen mitdiskutieren können.

Da in den Kommunen oft der erste Kontakt zu Politik stattfindet und sich junge Menschen auch am ehesten in ihrem direkten Umfeld engagieren, tragen die Kommunalpolitik, Kommunalpolitikerinnen und -politikern eine hohe Verantwortung für die Förderung der Partizipationsmöglichkeiten und -freude der kommenden Generation.

### **Entschlossen gegen Rechtsextremismus**

In Rheinland-Pfalz gibt es eine Gefahr von Rechts. Im Jahr 2004 leiteten die rheinland-pfälzischen Staatsanwaltschaften 814 Ermittlungsverfahren aufgrund rechtsextremistischer Straftaten ein. Diese Zahl hat sich seit 1996 mehr als verdoppelt. Dies ist nicht zu tolerieren, zumal ein Großteil der Ermittlungsverfahren Propagandadelikte des rechten Spektrums betreffen und dies die intensiven Bemühungen der rechten Szene um ein stetiges Wachstum verdeutlicht.

Wichtig ist darüber hinaus, dass rassistische und antisemitische Weltanschauungen und rechtes Gedankengut keineswegs „nur“ ein Randphänomen darstellen. Untersuchungen zeigen, dass in den letzten Jahren eine „Veralltäglichung“ der Vorurteile stattgefunden hat. Ausländerfeindliche Formulierungen bleiben heute nicht mehr nur am rechten Rand der Gesellschaft verortet. Sprüche wie „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ durchdringen mehr und mehr auch die Mitte unserer Gesellschaft.

Dies liegt unter anderem darin begründet, dass bis heute eine aktive und zeitgemäße Auseinandersetzung in der Schule mit dem Thema „Rechtsextremismus“ oftmals nicht gelingt. Hauptamtlich begleitete pädagogische Begegnungsräume in der Jugendfreizeit fehlen oder werden aufgrund leerer Haushaltskassen eingespart. Die durchgeführte Anhörung der Enquete-Kommission hat deutlich gemacht, dass die vorhandenen und entstehenden Lücken und Mängel in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit von rechten Gruppierungen genutzt werden, um junge Menschen in braune Kameradschaften einzubinden. Hierin zeigt sich, welche hohe Bedeutung das Aufgreifen der Bedürfnisse junger Menschen für die demokratische Zukunft unseres Landes hat.

Ergänzend wird empfohlen:

- Eine Ausweitung der inhaltlichen, personellen und räumlichen Angebote, in denen Jugendliche – jenseits einer rechtsextremistischen Propaganda – direkte persönliche Beziehungen aufbauen, ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln und erleben können. Wenn es gelingt, die Lücken, welche Rechtsextremisten als Rekrutierungsmöglichkeiten nutzen, gar nicht erst entstehen zu lassen, können „braune Rekrutierungserfolge“ vermindert und ihrer massiven Anwerbung junger Menschen Einhalt geboten werden.
- In Anlehnung an die Erkenntnis, dass Kinder und Jugendliche sich am ehesten für Themen in ihrem direkten sozialen Umfeld und in ihrer Kommune interessieren, wird die Bedeutung einer Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus, die die direkte Betroffenheit vor Ort und der eigenen Familie aufgreift, deutlich.

Die Forderung der Kommission, junge Menschen in ihren konkreten Lebenswelten abzuholen, wird unterstützt und gleichzeitig werden die hierfür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen betont.

#### Weitere wichtige Themen

Von der Enquete wurden für die Themengebiete „Partizipation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund“ und „geschlechtsspezifische Unterschiede in der Partizipation“ keine spezifischen Empfehlungen formuliert. Mädchen und junge Frauen sind an der Basis sehr aktiv und engagiert. Jedoch nimmt der Frauenanteil mit dem Maß des Entscheidungsumfangs auf den jeweiligen Hierarchieebenen ab. Hier bleibt zu klären, welche Veränderungen stattfinden müssen, damit dieser Zustand verändert werden kann.

#### Partizipation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund

Junge Menschen mit Migrationshintergrund partizipieren nur im geringen Maße am gesellschaftlichen und politischen Leben. Dies muss verändert werden, schon aus dem Grund, um eine gelingende Integration der hier lebenden Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besser zu ermöglichen.

Eine Ursache in der geringeren Partizipationsquote von jungen Menschen mit Migrationshintergrund sind die schlechten bzw. fehlenden Schulabschlüssen und die mangelnden Integrationschancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. So bleibt z. B. jede und jeder Dritte der in Deutschland lebenden jungen Menschen mit Migrationshintergrund ohne Ausbildungsplatz. Dies führt zu unterdurchschnittlichen Chancen auf dem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wirkt die Erfahrung, von der Gesellschaft „nicht gebraucht zu werden“ und sich zudem in einer prekären sozialen Lage zu befinden (Armut, Dauerarbeitslosigkeit, geringe soziale Aufstiegschancen), dem Wunsch, sich für die Gesellschaft, in der man lebt, einzusetzen, entgegen.

- Eine Grundvoraussetzung dafür, dass Partizipation stattfinden kann, ist die sichere Beherrschung der Umgangssprache. Deshalb ist eine Sprachförderung, die beide Sprachen fördert, notwendig, damit sowohl die notwendige Sprachsicherheit in der Erstsprache gewährleistet als auch die deutsche Sprache, welche für Partizipation notwendig ist, ausreichend berücksichtigt wird.
- Hinzu kommt die Notwendigkeit, das Gefühl des „Angenommen-“ und „Ernstgenommenseins“ zu ermöglichen.
- Es ist wichtig, in Schule, Jugendarbeit und in den Jugendverbänden Raum zu geben, um über ethische und religiöse Unterschiede und Gemeinsamkeiten in einer respektvollen Auseinandersetzung zu sprechen.
- Jugendverbände und -vereine sollten verstärkt darauf hinwirken, dass auch Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund bei ihnen zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet werden können. So können verstärkt auch junge Menschen mit Migrationshintergrund in ihren spezifischen Bedürfnissen angesprochen werden.
- Nachdem die Enquete-Kommission sich der Frage nach mehr Partizipationschancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund nicht gewidmet hat, ist es wichtig, dass die Landesregierung mit den Ausländerbeauftragten und Integrationsbehörden diese Frage aufgreift und konkrete Handlungsmöglichkeiten benennt.

Dies sind wichtige Maßnahmen, um Abgrenzungstendenzen und Selbstethnisierungsprozessen (Überhöhung und Rückbeziehung auf eigene kulturelle und religiöse Werte, Normen und Verhaltensmuster) präventiv entgegenzuwirken.

Nils Wiechmann

**J. BERATUNGEN UND ERGEBNISSE****I. Gespräch mit Experten aus der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildungsarbeit am 2. September 2004****Gliederung**

1. Vorbereitung des Gesprächs
2. Das Gespräch mit den Experten aus dem Bereich der politischen Jugendbildung
3. Darstellung der wichtigsten Aussagen des Gesprächs und der schriftlichen Stellungnahmen der Experten aus der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung

Vormittag:

Treffen die im Einsetzungsbeschluss thematisierten Probleme auf die konkreten Erfahrungen ihrer Jugendarbeit zu?

Das Gespräch soll Aufschluss geben über:

- die Zusammensetzung der Zielgruppen politischer Jugendbildungsarbeit (Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Jugendliche mit Migrationshintergrund und soziale Zugehörigkeit);
- den Wandel von Inhalten und Themen des politischen Interesses von Jugendlichen;
- Veränderungen der von Jugendlichen präferierten Formen der Bearbeitung und Präsentation politischer Themen, besonders auch im Hinblick auf die mediale Vermittlung von Themen;
- Veränderungen der Beteiligungsformen in der politischen Jugendarbeit (von institutionalisierten, an parlamentarischen Verfahren orientierten Formen zu offeneren, projektorientierten Beteiligungsformen?);
- Unterschiede bei der Jugendarbeit in Städten und ländlichen Gebieten;
- die Selbstwahrnehmung Jugendlicher als gesellschaftlich engagierte Akteurinnen und Akteure;
- die Bedeutung sich wandelnder jugendkultureller Kontexte und medial geprägter Wahrnehmungsweisen für die Arbeit mit Jugendlichen;
- die Bedeutung medial geprägter Wahrnehmungsweisen Jugendlicher von Politik sowie Politikerinnen und Politikern für das Interesse an politischen Prozessen;
- kritische Anmerkungen der Experten an die Politikerinnen und Politiker.

Nachmittag:

Praktische Erfahrungen aus der Jugendarbeit und Ansätze für eine gelungene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Politikbegriff und Politikverständnis von Kindern und Jugendlichen in der praktischen Arbeit

Nachhaltiges Engagement von Kindern und Jugendlichen in der praktischen Arbeit

Engagement von jungen Frauen und Mädchen in der praktischen Arbeit

Engagementbereitschaft und die Bedeutung des Wahlalters in der praktischen Arbeit

Ansprüche der Experten und Stellungnahmen der Mitglieder der Enquete-Kommission

**4. Ergebnisse/wichtigste Punkte des Gesprächs mit Experten aus der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung**

Allgemeine Bemerkungen

Das Verhältnis von Politik und Politikern zu der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen

Finanzielle Absicherung von Jugendarbeit

Das Schaffen von mehr Beteiligung der Kinder und Jugendlichen

Gesellschaftliche Partizipation und Schule

Die Bedeutung der Medien

**5. Bewertung des Gesprächs mit den Experten aus der politischen Jugendbildung, angelehnt an den Untersuchungsauftrag der Kommission im Einsetzungsbeschluss**

Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen zur Partizipation in Jugendverbänden und der politischen Jugendbildung

Jugendliche mit Migrationshintergrund

Schulunterricht und Politikinteresse

Medien

Jugendverbände und politische Jugendbildungsarbeit

**6. Empfehlungen und Schlussfolgerungen**

## 1. Vorbereitung des Gesprächs

Das Gespräch der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ mit den Experten aus der Jugendverbänden und der politischen Jugendarbeit wurde in zwei thematische Schwerpunkte unterteilt. Im ersten Teil des Gesprächs wurde die Frage erörtert, ob die im Einsetzungsbeschluss thematisierten Probleme auf die konkreten Erfahrungen der Jugendarbeit zutreffen. Im zweiten Teil des Gesprächs wurden praktische Erfahrungen aus der Jugendarbeit und Ansätze für eine gelungene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen behandelt.<sup>1)</sup>

Das Gespräch mit den Experten wurde von einer Moderatorin geleitet. Die Moderatorin, Frau Verena Egbringhoff, wurde von den Mitgliedern der Enquete-Kommission einstimmig als Gesprächsleiterin bestätigt.<sup>2)</sup> Frau Verena Egbringhoff ist verantwortliche Redakteurin der Kindernachrichten „Logo!“ im Kinderkanal und hat diese früher im ZDF auch moderiert. Nach Angaben von Frau Egbringhoff bemüht sich die Sendung „Logo!“ seit vielen Jahren, schon genau das zu schaffen, worum sich die Enquete-Kommission aktuell bemühe, nämlich Kinder für Politik zu interessieren und Politik verständlich zu machen.<sup>3)</sup>

In der Begrüßung der Experten durch die Vorsitzende der Enquete-Kommission wurde vorab auf den Sinn und Zweck dieses Gesprächs hingewiesen und auf die diesbezüglichen Fragestellungen im Einsetzungsbeschluss verwiesen. Der Einsetzungsbeschluss wurde den Experten zur Vorbereitung des Gesprächs zugeschickt.<sup>4)</sup>

Vor dem unmittelbaren Eintritt in das Gespräch wurde kurz die geplante Gesprächsstruktur erläutert. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich die Enquete-Kommission für die Art und Weise der Durchführung des Gesprächs ein bestimmtes und für Anhörungen ungewöhnliches Verfahren gegeben hat.<sup>5)</sup> Es wurde vereinbart, dass grundsätzlich die Experten das Wort haben. Frau Egbringhoff soll den Experten jeweils das Wort erteilen und somit die Diskussion leiten.

Die Mitglieder der Enquete-Kommission sollen während des Gesprächs Zuhörer sein. Eventuelle Rückfragen und Verständnisfragen sollen zunächst auf ein Papier geschrieben und an die Moderatorin weitergeleitet werden. Sie soll dann versuchen, daraus Bündelungen herzustellen und den eingeladenen Experten diese Nachfragen zu stellen.<sup>6)</sup>

Den eingeladenen Experten wurde seitens der Enquete-Kommission die Möglichkeit geboten, sich vorab oder nach dem Gespräch in einer schriftlichen Stellungnahme zu den Fragen des Einsetzungsbeschlusses zu äußern. Ein großer Teil der Experten hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Hinsichtlich der Beantwortung des Fragenkatalogs für dieses Gespräch sind die schriftlichen Stellungnahmen der Experten von großer Hilfe. Aus diesem Grund werden in der Zusammenfassung des Gesprächs die schriftlichen Stellungnahmen und die relevanten Stellungnahmen im Gespräch geschlossen gewürdigt.

Durch das gewählte Verfahren einer offenen Diskussion wurden, zusätzlich zu den konkreten Fragen des Einsetzungsbeschlusses, weitere Inhalte und Punkte besprochen, die für die Empfehlungen und Beschlüsse der Enquete-Kommission von Bedeutung sind. Damit auch diese Inhalte in den Abschlussbericht der Enquete-Kommission aufgenommen werden können, haben sich die Mitglieder der Kommission in ihrer Sitzung vom 16. September 2004 dahingehend verständigt, dass die wichtigsten Punkte des Gesprächs durch die Fraktionen der SPD und FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend zusammengefasst werden.<sup>7)</sup> Eine weitere Nachbereitung des Gesprächs mit den Experten aus dem Bereich der politischen Jugendbildung fand am 15. Oktober 2004 statt.<sup>8)</sup>

## 2. Das Gespräch mit den Experten aus dem Bereich der politischen Jugendbildung

Das Gespräch mit den Experten aus dem Bereich der politischen Jugendbildung fand am 2. September 2004 von 9.05 Uhr bis 16.33 Uhr im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz in Mainz statt.

## 3. Darstellung der wichtigsten Aussagen des Gesprächs und der schriftlichen Stellungnahmen der Experten aus der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung

**Vormittag: Treffen die im Einsetzungsbeschluss thematisierten Probleme auf die konkreten Erfahrungen Ihrer Jugendarbeit zu?**

**– Zusammensetzung der Zielgruppen politischer Jugendbildungsarbeit nach den Kategorien Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Jugendliche mit Migrationshintergrund und soziale Zugehörigkeit –**

Der Experte Jens Voll (Bund Deutscher PfadfinderInnen, BdP) äußert sich hinsichtlich der Zusammensetzung der Zielgruppen nach dem Alter der Kinder und Jugendlichen in seiner schriftlichen Stellungnahme. Dort gibt Voll an, dass sich die Beteiligungsformen nach verschiedenen Zugangsvoraussetzungen ausrichten und damit differenziert für den Bereich der Kinder und der Jugendlichen

1) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004.

2) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 3.

3) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 10.

4) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 9.

5) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 9.

6) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 9.

7) Vgl. Protokoll zur 4. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 16. September 2004.

8) Vgl. Protokoll zur 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004.

ausgerichtet sind. Innerhalb der verschiedenen Verfahren wird dann zusätzlich noch mit alters- und geschlechtsdifferenzierenden Methoden gearbeitet. Voll führt weiter aus, dass diese Methoden der Strukturierung der Zusammensetzung der einzelnen Gruppen jedoch nicht als festes Auswahl- oder Einordnungsraster gesehen werden dürfen. Vielmehr sind diese Methoden das Resultat eines dynamischen Entwicklungsprozesses und stellen ein Modulsystem dar, das flexibel an die jeweiligen örtlichen Voraussetzungen angepasst werden kann. Bezüglich der Zusammensetzung der Gruppen sind beim BdP, so Voll, im Kindesalter grundsätzlich alle oben genannten Kriterien/Kategorien vertreten. Erst im Jugendalter wird die Zusammensetzung der Zielgruppen differenzierter. Voll führt dies unter anderem auch auf die prägende Kraft örtlicher Cliquenstrukturen zurück. Diese Gewichtung in der Zusammensetzung der Zielgruppen ist von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich. Die Kategorie des „Alters“ steht somit nicht als alleiniges Zusammensetzungsmerkmal der Zielgruppen für politische Jugendarbeit. Das Alter der Kinder und Jugendlichen muss immer in Verbindung mit weiteren Merkmalen oder Kategorien einer möglichen Zielgruppe gesehen werden.<sup>9)</sup>

Die Differenziertheit in der Zusammensetzung der Zielgruppen und die daraus resultierenden Folgen für politische Bildungsarbeit bestätigt der Experte Andreas Lukas (Landesjugendsprecher, NABU Rheinland-Pfalz). Lukas geht grundsätzlich davon aus, dass die Einstellungen der Kinder und Jugendlichen zur Politik verschiedenartig sind. Dies hat, so Lukas, dann durchaus mit dem Alter der Zielgruppe zu tun, aber zu diesen verschiedenen Einstellungen sind auch die Bildungsunterschiede, soziale Ungleichheiten und individuelle Reifedifferenzen zu berücksichtigen.<sup>10)</sup>

Nach den Ergebnissen des 11. Kinder- und Jugendberichts äußern sich junge Frauen in deutlich geringerem Maße interessiert an Politik.<sup>11)</sup> Zu diesem Merkmal einer Zielgruppe äußert sich der Experte Lothar Zischke (Referent Jugendpflege, Kinder- und Jugendschutz Kreisverwaltung Bad Kreuznach) in seiner schriftlichen Stellungnahme. Zischke führt aus, dass in der Zusammensetzung der Zielgruppe für politische Jugendbildungsarbeit Mädchen und Jungen ausgewogen eingebunden sind. Allerdings sind die Jungen innerhalb dieser Gruppe auffälliger und ihnen wird dadurch mehr Aufmerksamkeit gewidmet.<sup>12)</sup>

Im Gespräch wird dieser Zusammenhang vom Experten Voll bestätigt und weiter ausgeführt. Voll zeigt auf, dass Jungen im öffentlichen Raum viel auffälliger sind, dass sie manchmal mehr Krach oder irgendetwas kaputtmachen. Dieser Zusammenhang fällt auf und die Jungen rücken so eher in die Zielgruppenperspektive für politische Bildungsarbeit.<sup>13)</sup>

Für den Bereich des Politikunterrichts in den Schulen äußert sich der Experte Gunther Rohe (Sozialkundelehrer, Kooperative Gesamtschule Bad Bergzabern – Gymnasium) in seiner schriftlichen Stellungnahme. Rohe weist auch hier auf eine quantitative Dominanz der Jungen hin. Die Relation von Jungen und Mädchen in einer Schulklasse würde im Durchschnitt bei 75 zu 25 Prozent liegen.<sup>14)</sup>

Die Experten unterscheiden in der Zusammensetzung einer Zielgruppe nach der Kategorie des Geschlechts deutlich nach quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten. Während auf der einen Seite von einer lautstarken und zahlenmäßigen Dominanz der Jungen ausgegangen wird, so wird andererseits der qualitative Unterschied in der Art und Weise der Beteiligung bei den Mädchen und jungen Frauen betont. Dies wird in den Antworten der Experten auf die Frage der Moderatorin Egbrinshoff deutlich, ob denn Politik vielleicht eher was für Jungen als für Mädchen sei?<sup>15)</sup>

Der Experte Ingo Petzold (Netzwerk für Demokratie und Courage [NDC] e. V.) geht davon aus, dass Frauen eine hierarchiefreiere Kommunikation als die Mehrzahl der Männer pflegen.<sup>16)</sup>

Der Experte Voll bestätigt diese Sichtweise und führt weiter aus, dass bei Betrachtung des parlamentarischen Geschehens oft ein bestimmter Stil gepflegt wird, bei dem es viel um Macht, Lautstärke und Vielreden geht. Dieser Kommunikationsstil liegt vielen Frauen und jungen Mädchen nicht, so Voll. Ein weiterer Faktor dieser quantitativen Dominanz der Jungen liegt auch darin, dass viele leitende Funktionen in der Politik, gerade im ländlichen Raum, meist von Männern ausgeübt werden. Voll geht im Umkehrschluss davon aus, dass dort, wo Frauen leitende Funktionen in der Politik ausüben, sie jungen Frauen und Mädchen Räume eröffnen können und ihnen den Erfolg von politischer Beteiligung vorleben können. Dort, wo es solche Konstellationen gibt, gibt es auch für Mädchen Angebote oder gute Ansätze einer Beteiligung in der politischen Jugendbildungsarbeit.<sup>17)</sup>

Der positive Einfluss dieses Gender-Gedankens auf die Zusammensetzung der Zielgruppen nach geschlechtsspezifischen Merkmalen wird vom Experten Petzold bestätigt. In den Jugendbildungsprojekten seiner Organisation wird großen Wert auf eine gleichberechtigte Beteiligung von Mädchen und Frauen gelegt. Für Petzold liegt in diesem Umstand der Grund, dass in der Zusammensetzung der Projekte seiner Organisation aktuell mehr Frauen als Männer engagiert und in Verantwortung sind.<sup>18)</sup>

---

9) Schriftliche Stellungnahme von Jens Voll, Vorlage EK 14/3-7.

10) Schriftliche Stellungnahme von Andreas Lukas, Vorlage EK 14/3-10.

11) Vgl. 11. Kinder- und Jugendbericht, Vorlage EK 14/3-6, Textstelle B.VII. 1.3. bis 1.6.

12) Schriftliche Stellungnahme von Lothar Zischke, Vorlage EK 14/3-16.

13) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 54.

14) Schriftliche Stellungnahme von Gunther Rohe, Vorlage EK 14/3-8.

15) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 54.

16) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 54.

17) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 54.

18) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 53.

Nach den Ergebnissen des 11. Kinder- und Jugendberichts verringern die Faktoren Arbeitslosigkeit und Armut die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist meist ein enger Bezug zur sprachlichen und kulturellen Herkunft der Familie und eine Einbindung in eigenethnische Netzwerke wahrscheinlich – mit Konsequenzen für die Teilhabe und Beteiligung der Jugendlichen am gesamtgesellschaftlichen Geschehen.

Weiter stellt der 11. Kinder- und Jugendbericht fest, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund meist eine größere Zurückhaltung in Bezug auf politisches Handeln aufzeigen, was zu einem großen Teil auch auf ihre Bildungsvoraussetzungen zurückzuführen ist. Dieser Zusammenhang zwischen sozialer Zugehörigkeit, Bildungsvoraussetzungen und Intensität von politischem Engagement gilt dabei für die gesamte Gesellschaft: Insgesamt sind Personen mit besseren bildungsmäßigen, beruflichen und finanziellen Voraussetzungen und Personen, die sozial stärker integriert sind, eher als andere bereit, sich zu engagieren.<sup>19)</sup>

Zugespitzter äußert sich in seiner schriftlichen Stellungnahme der Experte Rohe. Jugendliche, die Sozialkunde als Leistungsfach wählen, haben oft Akademiker-Eltern.<sup>20)</sup>

Die Bedeutung des Bildungsabschlusses in Verbindung mit der sozialen Zugehörigkeit der Kinder und Jugendlichen veranschaulicht der Experte Dr. Björn Kraus (Stadtverwaltung Kaiserslautern, Kinder- und Jugendbüro) während des Gesprächs. In sozialen Brennpunkten, so Dr. Kraus, verfügt die Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen nicht über die nötigen kommunikativen Kompetenzen, die überhaupt ein sinnvolles Engagement ermöglichen. In Ermangelung von kommunikativen Kompetenzen und im Fehlen von positiven Vergleichsmöglichkeiten eines erfolgreichen Engagements können sich diese Kinder und Jugendlichen „überhaupt nichts“ vorstellen.<sup>21)</sup>

Der Experte Zischke geht in seiner schriftlichen Stellungnahme auf den Einfluss unterschiedlicher örtlicher Gegebenheiten ein. Unter Würdigung des Einflusses der Kategorie eines möglichen Migrationshintergrunds der Jugendlichen auf die Zusammensetzung der Zielgruppe führt Zischke aus, dass sich gerade in kleinen Gemeinden die Frage nach der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund weniger stellt. Die Integration in die Gemeinschaft und damit in die Zielgruppe für Jugendarbeit erfolgt, so Zischke, unabhängig von einer sozialen Zugehörigkeit.<sup>22)</sup>

Trotz dieser Aussage wird von der großen Mehrzahl der Experten die Bedeutung der Kategorie „soziales Umfeld“ und deren Einfluss auf die Kategorie „Bildungsabschluss“ deutlich unterstrichen. Beide Kategorien haben einen großen Einfluss auf die Zusammensetzung der Zielgruppen für Jugendbildungsarbeit. In seiner schriftlichen Stellungnahme äußert sich der Experte Sven Lang (Jugendpfleger der Gemeinde Hagenbach) hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen der sozialen Zugehörigkeit der Kinder und Jugendlichen und deren Einfluss auf das Potential eines möglichen gesellschaftlichen Engagements. Lang führt aus, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund ihr politisches Engagement oft nach ihrem kulturellen Hintergrund ausrichten und deshalb in Organisationen mit eingegrenzter Zielgruppe tätig sind.<sup>23)</sup>

Im Gespräch vertieft Lang diesen Ansatz und erklärt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund sehr auf ihre eigene kulturelle Zielgruppe fixiert sind. Ihr Engagement sei nicht gesamtgesellschaftlich, sondern gezielt für die Interessen ihrer kulturellen und sozialen Zugehörigkeit. Für Lang zeigt sich hier jedoch ein praktischer Ansatz für die politische Jugendbildungsarbeit. Nur durch das Überwinden von kulturellen Grenzen kann man diese Jugendlichen abholen. Für Lang sind diese kulturellen Unterschiede vorhanden und dürfen nicht außer Acht gelassen werden.<sup>24)</sup>

In Betrachtung dieser Kategorien der Zielgruppenidentifikation weist der Experte Ali Özgenlik (JuKuBi Mainz e. V.) im Gespräch mit der Enquete-Kommission auf eine ganz pragmatische Herangehensweise hin. Er glaubt nicht, dass es Unterschiede im Verhalten zwischen deutschen Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gibt. Für Özgenlik liegt das wesentliche Problem des geringen gesamtgesellschaftlichen Engagements von Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht in soziologisch-kulturell begründeten Strukturen, sondern in ganz praktischen Schlussfolgerungen der gesellschaftlichen Realität. Das Problem für Migranten liegt darin, dass viele dieser Kinder und Jugendliche einfach nicht daran glauben, dass sie aktiv und gestalterisch an der deutschen Politik teilnehmen dürfen. Özgenlik fordert von der Politik mehr Vertrauen in diese Kinder und Jugendlichen. Auch in dieser speziellen Zielgruppe gibt es bereits heute einige politisch und gesellschaftlich sehr aktive Kinder und Jugendliche. Diese wollen sich engagieren und stellen sogar Forderungen, so Özgenlik. Für Özgenlik liegt das Heft des Handelns bei den Politikerinnen und Politikern: Dieses Fordern der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird seitens der Politik bisher größtenteils überhört.<sup>25)</sup>

19) Vgl. 11. Kinder- und Jugendbericht, Vorlage EK 14/3-6, Textstelle B.VII. 1.3. bis 1.6.

20) Schriftliche Stellungnahme von Gunther Rohe, Vorlage EK 14/3-8.

21) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 15.

22) Schriftliche Stellungnahme von Lothar Zischke, Vorlage EK 14/3-16.

23) Schriftliche Stellungnahme von Sven Lang, Vorlage EK 14/3-4.

24) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 28.

25) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 29.



**– Wandel von Inhalten und Themen des politischen Interesses von Jugendlichen –**

Nach den Ergebnissen des 11. Kinder- und Jugendberichts ist die Bereitschaft der Jugendlichen, sich aktiv an Politik und Gesellschaft zu beteiligen, bestimmt durch den Wunsch nach Geselligkeit, Spaß, Selbstbestimmung und Anerkennung. Weitere Motive sind die persönlichkeitsbildende Selbsterfahrung, selbstbestimmte Hilfeleistung sowie die Suche nach neuen Formen des sozialen Umgangs und gesellschaftlicher Teilhabe. Kulturell tradierte Motivationsstrukturen wie Mitmenschlichkeit, Solidarität, Gemein-sinn und Hilfsbereitschaft finden sich genauso wie Wünsche nach mehr Authentizität und schließlich der bewusste politische Gestaltungswille.<sup>26)</sup>

In seiner schriftlichen Stellungnahme führt der Experte Lang aus, dass in der Praxis ein politisches Engagement in seiner Intensität und Zielrichtung von der sozialen und kulturellen Herkunft der Jugendlichen abhängt. Jugendliche, welche als sozial benachteiligt bezeichnet werden können, richten ihr Verhalten meist nach einer direkten Kosten-Nutzen-Rechnung aus, so Lang. Engagement muss mit unmittelbarem Nutzen verbunden sein. Es engagieren sich eher Jugendliche in der Politik, die ihr Handeln längerfristig einschätzen und planen können.<sup>27)</sup>

Für den Bereich der Parteipolitik als Inhalt und Thema des politischen Interesses von Jugendlichen kommt Lukas in seiner schriftlichen Stellungnahme zum Ergebnis, dass nur ein sporadisches Interesse, keine Faszination von der großen Politik ausgeht und dass gerade bei den jungen Mitgliedern seiner Organisation Parteiverdrossenheit vorliegt.

Lukas stellt bei den Jugendlichen einen Mangel an Vertrauen gegenüber Politik, Politikern und Parteien fest. Für die Jugendlichen erscheint Politik zu wenig glaubwürdig und verständlich, so Lukas. Dies bedeutet für Lukas jedoch nicht, dass für die Jugendlichen keine Themen und Inhalte mehr von politischem Interesse sind. Jugendliche engagieren sich nun vermehrt in für sie vertrauenswürdigen Organisationen. Lukas nennt hier als Beispiel die Menschenrechts- oder Umweltorganisationen.<sup>28)</sup>

Der 11. Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass eine große Zahl der jungen Erwachsenen und Jugendlichen einen Nutzen der Fähigkeiten, Kompetenzen und Erfahrungen, die sie durch ehrenamtliches Engagement erworben haben, für ihr späteres Berufsleben erwarten.<sup>29)</sup>

Der Experte David Waldecker (Landeschülerinnen- und -Schülervertretung Rheinland-Pfalz) spricht hier von einer zunehmenden Ökonomisierung des gesamten Lebens von jungen Menschen. Für Waldecker fängt dieses Dilemma schon in der Schule an. Den Schülerinnen und Schülern wird erzählt, dass es wichtig ist, sich auf den Job vorzubereiten. Den Leuten wird aber nicht erzählt, dass es auch wichtig ist, sich zu engagieren, so Waldecker.<sup>30)</sup>

Der Experte Kraus vertieft diesen Punkt im Gespräch mit der Enquete-Kommission. Für Dr. Kraus ist ein gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozess notwendig. Auch in der Erwachsenengeneration denkt man maximal egozentriert und maximal kurzfristig. Im Hinblick auf den Wandel von Inhalten und Themen des politischen Interesses von Jugendlichen sieht Dr. Kraus ein großes Problem. Wenn es die Politik grundsätzlich nicht schafft, andere Ideen und Ideale gesamtgesellschaftlich zu verkaufen, dann wird diese Problematik zusehends schlimmer, so Dr. Kraus.<sup>31)</sup>

In seiner schriftlichen Stellungnahme äußert sich der Experte Voll ausführlich zu diesem Punkt. Bei Kindern bezieht sich das Interesse im Kern auf ihre Spielräume, verstanden als private und öffentliche Plätze und Flächen, auf denen ihre Handlungen stattfinden. Bei Jugendlichen differenziert sich das Interesse aufgrund persönlicher und der Peer-Group-Entwicklung und findet Ausdruck in ihren verschiedenen Treffpunkten und Freizeitbeschäftigungen, so Voll. Schul- bzw. Ausbildungszugehörigkeit und Geschlecht sind wirksame Unterscheidungsmöglichkeiten. Voll führt aus, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen dabei eben solchen Moden und Trends unterliegen wie die Gesamtgesellschaft auch. In Gemeinden des ländlichen Raumes sind die Themen Mobilität, örtliche Treffpunkte und Schul- bzw. Arbeitsverhältnisse ein immer auftretendes Thema, so Voll abschließend.<sup>32)</sup>

**– Veränderungen der von Jugendlichen präferierten Form der Bearbeitung und Präsentation politischer Themen, besonders auch im Hinblick auf die mediale Vermittlung von Themen –**

Nach den Ergebnissen des 11. Kinder- und Jugendberichts gehört zu den wesentlichen Grundprinzipien in der Beteiligung in Jugendverbänden die Ehrenamtlichkeit. Formen, Methoden und Inhalte der Arbeit entstehen im Aushandeln zwischen den Interessen von Jugendlichen. Der 11. Kinder- und Jugendbericht stellt fest, dass insgesamt der Spaß- und Erlebnischarakter einer Beteiligung an Bedeutung gewinnt.<sup>33)</sup>

26) Vgl. 11. Kinder- und Jugendbericht, Vorlage EK 14/3-6, Textstelle B.VII. 1.3.

27) Schriftliche Stellungnahme von Sven Lang, Vorlage EK 14/3-4.

28) Schriftliche Stellungnahme von Andreas Lukas, Vorlage EK 14/3-10.

29) Vgl. 11. Kinder- und Jugendbericht, Vorlage EK 14/3-6, Textstelle B.VII. 1.3.

30) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 13.

31) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 14.

32) Schriftliche Stellungnahme von Jens Voll, Vorlage EK 14/3-7.

33) Vgl. 11. Kinder- und Jugendbericht, Vorlage EK 14/3-6, Textstelle B.VII. 1.3.

In seiner schriftlichen Stellungnahme äußert sich der Experte Zischke. Zischke führt aus, dass ein naher Zeitbezug der Projekte wichtig ist. Für die Vermittlung von Themen sind die begleitenden Personen, deren Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit gegenüber den Beteiligten und ihren Themen ebenfalls wichtig. Zischke stellt weiter fest, dass Jugendliche technische Hilfsmittel präferieren aber technische oder fachliche Begeleitung benötigen.<sup>34)</sup>

Der Experte Lukas geht auch auf den Zeitaspekt ein. Zeitlich begrenzte Projekte, so Lukas, ermöglichen Kindern und Jugendlichen ein konkretes Ziel vor ihren Augen. In einer flexiblen und gemeinsamen Vorgehensweise sollen Kindern und Jugendliche Erfahrungs- und Erlebnisräume eröffnet werden und mit ihnen besprochen werden. Dazu sollte man sich aller bekannten Methodenrepertoires wie beispielsweise Gruppenarbeit, Bildungsarbeit, projektorientiertes Arbeiten, Theater- und Kulturarbeit, Freizeiten, Ferienspiele, Wochenendveranstaltungen, Exkursionen usw., bedienen.<sup>35)</sup>

Der Experte Michael Graf (Landesjugendring Rheinland-Pfalz) weist im Gespräch mit der Enquete-Kommission darauf hin, dass man es zulassen muss, dass Jugendliche Regeln verändern und vielleicht auch erst auf Umwegen zu dem kommen, was man mit den unterschiedlichsten Beteiligungsformen versuchen würde.<sup>36)</sup>

Der Experte Özgenlik weist auf oftmals veraltete Kommunikations-, Informations- und Organisationsformen hin. Özgenlik fordert jugendgerechte und unkonventionelle Beteiligungsformen. Die Bearbeitung komplexer Themen soll spannend, sinnlich, Spaßig, lustvoll und auch mal spontan organisiert werden, so Özgenlik.<sup>37)</sup>

Der Experte Rohe prägt den Grundsatz, dass unmittelbare Erfahrung Priorität vor Sekundärrezeption genießt.<sup>38)</sup>

Im Gespräch mit der Enquete-Kommission erklärt der Experte Petzold, dass man in Form von Rollenspielen großes Interesse für Politik wecken und positive Erfahrungen machen kann. Petzold plädiert für eine projektbezogene und beteiligungsorientierte politische Bildungsarbeit.<sup>39)</sup>

Der Experte Voll weist darauf hin, dass Kinder kleinräumige und überschaubare Ansätze der Beteiligung benötigen. Spielpädagogische Formen in offenen Projekten erreichen oftmals nahezu alle Kinder der Gemeinden, so Voll. Jugendliche präferieren Formen mit technischen Hilfsmitteln oder gleichberechtigte Gespräche in Peer Groups beziehungsweise mit spannenden Gesprächspartnern. Voll führt weiter aus, dass das Fernsehen und Fanzines nach wie vor wichtige mediale Vermittler für junge Menschen sind. In örtlichen Projekten entwerfen Kinder und Jugendliche ihre eigenen Zeitungen, Plakate, Postkarten, Filme und präsentieren beziehungsweise verteilen diese, so Voll.<sup>40)</sup>

**– Veränderungen der Beteiligungsformen in der politischen Jugendarbeit (von institutionalisierten, an parlamentarischen Verfahren orientierten Formen zu offeneren, projektorientierten Beteiligungsformen?) –**

Der 11. Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass einige Bundesländer ihre Gemeindeordnungen um Regelungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erweitert haben. Es haben sich so, neben den klassischen Formen der Mitwirkung in einer repräsentativen Demokratie und des Engagements in Vereinsstrukturen, sehr unterschiedliche Formen der Beteiligung von jungen Menschen herausgebildet.

Auf kommunaler Ebene wird häufig mit Beteiligungsformen experimentiert, die von der Schaffung „repräsentativer Formen“ über „offene Formen“ bis zu „projektorientierten Formen“ reichen. „Offene Formen“ sind z. B.: Jugendforen, Jugendkonferenzen, Jugendhearings. „Projektorientierte Formen“ sind z. B.: Aktion, Sozialraumgestaltung, Jugendhilfeplanung.<sup>41)</sup>

Der Experte Lang weist darauf hin, dass es keine pauschale Form der Partizipation von Kindern und Jugendlichen gibt. Erfolgreiche Methoden sind zu sehr kontextabhängig, so Lang. Deswegen sollten die Formen in der Umsetzung jeweils angepasst werden. Gerade in der offenen Form zeigen sich hier Schwierigkeiten, da irgendwann der Prozess auf eine politische oder verwaltungstechnische Ebene gebracht werden muss. Für Lang ist dies dann der Zeitpunkt, an dem sich der Entscheidungsprozess von den Kindern und Jugendlichen entfernt. Verwaltungsstrukturen präsentieren sich als sehr komplex und undurchsichtig, so Lang.<sup>42)</sup>

Der Experte Özgenlik führt aus, dass die Binnenorganisation der Parteien verstaubt, langweilig und unverständlich ist. Überalterte Mitgliedschaften sind zudem die Regel. Özgenlik fordert eine Stärkung der parteiinternen Partizipationsstrukturen, die Schaffung alternativer Beteiligungsmöglichkeiten als ein Parteieintritt sowie regelmäßige Kontakte und Informationsangebote für Jugendliche.<sup>43)</sup>

34) Schriftliche Stellungnahme von Lothar Zischke, Vorlage EK 14/3-16.

35) Schriftliche Stellungnahme von Andreas Lukas, Vorlage EK 14/3-10.

36) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 22.

37) Schriftliche Stellungnahme von Ali Özgenlik, Vorlage EK 14/3-15.

38) Schriftliche Stellungnahme von Gunther Rohe, Vorlage EK 14/3-8.

39) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 20.

40) Schriftliche Stellungnahme von Jens Voll, Vorlage EK 14/3-7.

41) Vgl. 11. Kinder- und Jugendbericht, Vorlage EK 14/3-6, Textstelle B.VII. 1.2.

42) Schriftliche Stellungnahme von Sven Lang, Vorlage EK 14/3-4.

43) Schriftliche Stellungnahme von Ali Özgenlik, Vorlage EK 14/3-15.

Der Experte Rohe kommt in seiner schriftlichen Stellungnahme zum Erkenntnis, dass politische Wettbewerbe und Projekte erwünscht sind. Allein symbolische Aktionen erscheinen auf Dauer demotivierend für Kinder und Jugendliche, so Rohe. <sup>44)</sup>

Der Experte Zischke fordert offene und projektorientierte Beteiligungsformen. Aktive und kreative Mitgestaltung, das Erproben eigener Fähigkeiten und Fertigkeiten stellt Zischke einer Zeit- und Nutzen-Kalkulation der Kinder und Jugendlichen gegenüber. Die Vermittlung von Inhalten und Ergebnissen einer parlamentarischen Beteiligungsform ist eher schwierig, so Zischke. <sup>45)</sup>

Ausführlich äußert sich der Experte Voll in seiner schriftlichen Stellungnahme. Die Beteiligungsverfahren im Rahmen der Mobilien Arbeit finden fast ausschließlich als projektorientierte Formen statt, so Voll. Die zeitlich befristeten Verfahren eröffnen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein Engagement absehbaren Umfangs und ermöglichen, ausgehend von umfassenden Bestandsaufnahmen, die Auswahl und Bearbeitung von Einzelvorhaben und zielgenauen Tätigkeiten. Voll führt weiter aus, dass die Qualifizierung der Teilnehmer durch deren Teilnahme selbst erfolgt. Dies ermöglicht eine Neuausrichtung der Beteiligungsformen und -methoden auf andere Vorhaben in neuen Projekten. Voll zeigt weiter auf, dass bei Projekten zur Unterstützung und Qualifizierung von institutionellen Formen, wie z. B. Jugendforen, Jugendparlamenten und Jugendräumen, die Erfahrung gemacht wurde, dass auch die kontinuierliche Arbeit eines Gremiums ohne die projektorientierte Bearbeitung von Sachfragen nicht auskommt. Übernommene Erwachsenenformen werden überwiegend als langwierig, ziel- bzw. inhaltslos und wenig spannend empfunden. Sie verlangen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein hohes Maß an kommunikativer und kognitiver Präsenz, so Voll abschließend. <sup>46)</sup>

#### – Unterschiede bei der Jugendarbeit in Städten und ländlichen Gebieten –

In seiner schriftlichen Stellungnahme erläutert der Experte Voll Unterschiede bei der Jugendarbeit in Städten und ländlichen Gebieten.

Unterschiede in Beteiligungsprojekten stellen insbesondere die geringe bzw. fehlende Ausstattung an pädagogischen Ressourcen in Gemeinden des ländlichen Raumes und die notwendige Berücksichtigung der Siedlungsstruktur dar. Voll führt weiter aus, dass in Gemeinden bis ca. 2 000 bis 2 500 Einwohnern von einer geschlossenen Struktur für die Kinder und Jugendlichen ausgegangen werden kann. Darüber muss die Quartiersstruktur bzw. Stadtteilebene beachtet werden. Vorhandene pädagogische Einrichtungen und ihr Fachpersonal der offenen bzw. verbandlichen Jugendarbeit ermöglichen grundsätzlich Kooperationen zur Sicherung von Verfahren, so Voll. In den überwiegenden Gemeinden des ländlichen Raumes ist dies nicht möglich, stellt Voll fest. <sup>47)</sup>

Der Experte Zischke gibt an, dass im ländlichen Raum ein stärkerer Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen herrscht. Die Wahrnehmung und Umsetzung von Beteiligungsverfahren hängt auf dem Land oft von einzelnen Personen und ihrer Überzeugungskraft gegenüber politischen Gremien ab, so Zischke. Im städtischen Raum gibt es eine stärkere „Kommstruktur“ und bessere Kommunikation zwischen Institutionen und Strukturen (Jugendbüros oder Kinder- und Jugendbeauftragte). Zudem haben solche Strukturen und Institutionen im städtischen Raum einen höheren Bekanntheitsgrad und bessere und kürzere Anfahrtswege. Auf dem Land kann das eine hohe Hürde für Kinder und Jugendliche sein, so Zischke abschließend. <sup>48)</sup>

In seiner schriftlichen Stellungnahme zeigt der Experte Rohe auf, dass er an seinem Gymnasium keine Stadt-Land-Disparität hinsichtlich des Politikinteresses erkennt. Im Allgemeinen liegen die Vorteile der Stadt wegen der Infrastruktur, z. B. bei der Initiierung eines Jugendparlaments, jedoch deutlich auf der Hand, so Rohe. <sup>49)</sup>

#### – die Selbstwahrnehmung Jugendlicher als gesellschaftlich engagierte Akteurinnen und Akteure –

Der 11. Kinder- und Jugendbericht kommt zum Ergebnis, dass die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement in direktem Verhältnis zur subjektiven Bewertung steht. Die Frage nach persönlicher Bedeutung und Authentizität ist ein zentraler Maßstab für Kinder und Jugendliche. Dieser gewinnt in dem Maße an Wichtigkeit, in dem sich junge Menschen durch unterschiedliche Institutionen verplant und festgelegt sehen. <sup>50)</sup>

Der Experte Özgenlik stellt fest, dass Jugendliche denken, dass sie im Prozess des repräsentativen Systems der BRD vernachlässigt werden, nicht ausreichend vertreten sind, mit ihren Interessen und Bedürfnissen ausgeschlossen werden und keine Berücksichtigung finden. Özgenlik führt aus, dass Kinder und Jugendliche an der Lösungskompetenz der Politiker zweifeln und kein Vertrauen in das politische Handeln haben. Eine Identifikation mit dem politischen System kann nicht aufgebaut werden. Die Folge sei die Entfremdung, so Özgenlik. Jugendliche sind enttäuscht, bewerten ihre Zukunft pessimistisch und distanzieren sich von der Politik. <sup>51)</sup>

---

44) Schriftliche Stellungnahme von Gunther Rohe, Vorlage EK 14/3-8.

45) Schriftliche Stellungnahme von Lothar Zischke, Vorlage EK 14/3-16.

46) Schriftliche Stellungnahme von Jens Voll, Vorlage EK 14/3-7.

47) Schriftliche Stellungnahme von Jens Voll, Vorlage EK 14/3-7.

48) Schriftliche Stellungnahme von Lothar Zischke, Vorlage EK 14/3-16.

49) Schriftliche Stellungnahme von Gunther Rohe, Vorlage EK 14/3-8.

50) Vgl. 11. Kinder- und Jugendbericht, Vorlage EK 14/3-6, Textstelle B.VII. 1.3.

51) Schriftliche Stellungnahme von Ali Özgenlik, Vorlage EK 14/3-15.

In seiner schriftlichen Stellungnahme stellt der Experte Voll klar, dass Kinder diese Form der Selbstwahrnehmung nicht kennen. Sie erlernen sie auf spielerische Weise in den Projekten. Bei Jugendlichen differenziert sich diese Sichtweise stark aus, so Voll.

Einerseits erkennen sie sich in den Rollen störender Unruhestifter und sind passiv, andererseits fordern sie gehört und respektiert zu werden. Die Selbstwahrnehmung korreliert oft mit den Kompetenzen und Gruppenzugehörigkeiten der Mädchen und Jungen, so Voll abschließend.<sup>52)</sup>

Der Experte Rohe erkennt eine Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem und politischem Engagement bei Jugendlichen. Dies resultiert, so Rohe, auch aus dem Gefühl einer politischen Ohnmacht, weil man z. B. mit 16 nicht das aktive Kommunalwahlrecht besitzt.<sup>53)</sup>

– **Bedeutung sich wandelnder jugendkultureller Kontexte und medial geprägter Wahrnehmungsweisen für die Arbeit mit Jugendlichen** –

Der 11. Kinder- und Jugendbericht zeigt, dass ein gern gepflegtes Bild der Medien bei der Beschreibung von Jugendlichen eine dominierende Konsum- und Lustorientierung ist. Angeführt werden die Spaß- und Musikkulturszenen und der Tick zur Markenware, für die Jugendliche erhebliche Finanzmittel einsetzen. Gleichzeitig wird fehlendes soziales und gesellschaftliches Engagement attestiert. Empirische Befunde über die Praxis juvenilen Engagements bestätigen dies nicht. Jugendliche gehen mit der Pluralität unserer Gesellschaft konstruktiv um. Die Anpassung an verschiedene Lebenswelten stellt für sie kein Problem dar. Bei der Arbeit mit Jugendlichen sind die generationsspezifischen und subkulturellen Formen von Teilhabe und Beteiligung zu beachten. Um die Lebenswirklichkeiten junger Menschen wahrzunehmen, müssen deren eigene Ausdrucksformen stärker als bisher Berücksichtigung finden.<sup>54)</sup>

In seiner schriftlichen Stellungnahme stellt der Experte Özgenlik fest, dass eine Kommerzialisierung und Mediatisierung der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen stattfindet. Zudem weist Özgenlik auf die zunehmende Konkurrenz auf dem Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, der Selbstbehauptung in der Gesellschaft und einem Einzelkämpferdasein vieler Jugendlicher hin. Dies fördert Ohnmachtserfahrungen, Isolation, Sinnsuche, Identitätssuche und bedingt auch Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit. Özgenlik kommt abschließend zu der Prognose, dass ausgehend von diesen psychischen Belastungen, eine politische Beteiligung von Jugendlichen durch die Beschäftigung mit deren eigenen existentiellen Problemen sehr schwierig ist.<sup>55)</sup>

Der Experte Rohe kritisiert eine negativistische Berichterstattung in den Medien. Dies stellt für ihn eine Ursache für Politikverdrossenheit dar. Aus seiner Erfahrung achten Schülerinnen und Schüler auf Glaubwürdigkeit, Vorbildlichkeit und Sachlichkeit der Politiker.<sup>56)</sup>

Der mediale Einfluss hat für die Ausrichtung und die Ausdifferenzierung der Kinder- und Jugendarbeit sowie den sich daraus ergebenden Haltungen eine große Bedeutung, so der Experte Zischke. Kinder und Jugendliche erfahren durch die Wahrnehmung von Angeboten oftmals einen Abgleich zwischen medial gesehenen Wunschvorstellungen und realen Gegebenheiten. Zischke führt weiter aus, dass es durch eigenes Handeln zu Lernerfahrung aus „erster Hand“ kommt und nicht zu Erfahrungen aus der „Konserve“. Kinder und Jugendliche lernen hierdurch eigene Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entdecken und zu entwickeln, Grenzen zu überschreiten und auch zu akzeptieren, so Zischke.<sup>57)</sup>

Kinder übernehmen häufiger Figuren und Masken bekannter Fernseh- und Kinorollen, die sie in den spielerischen Kontext der Projekte einbauen, so der Experte Voll. Nach kurzer Dauer werden diese Mechanismen zugunsten projektimplizierter Rollen abgelegt. Die Ausdifferenzierung jugendlicher Lebenswelten wird durch die mediale Wahrnehmung geprägt, so Voll. In Beteiligungsprojekten verlangt jede Gruppe/Clique einen ihr angepassten Zugang und Umgang. Voll führt aus, dass die Ausschließlichkeit mancher Stile daher auch zur Abgrenzung verschiedener Gruppen von Kindern und Jugendlichen führt.<sup>58)</sup>

– **Bedeutung medial geprägter Wahrnehmungsweisen Jugendlicher von Politik sowie Politikerinnen und Politikern für das Interesse an politischen Prozessen** –

Der 11. Kinder- und Jugendbericht hebt im Allgemeinen hervor, dass Jugendliche erwarten, dass ihre Interessen nicht nur in Verbindung mit der Abwehr von Legitimationskrisen des politischen Systems wahrgenommen werden. Jugendliche reagieren mit Frustration und Rückzug, wenn sie durch Erwachsene instrumentalisiert werden oder ihre Mitwirkung folgenlos bleibt. Des Weiteren haben sie Anspruch darauf, dass ihre Formen gesellschaftlichen Engagements nicht lediglich aus einer Defizitperspektive betrachtet werden, sondern als spezifischer Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft.<sup>59)</sup>

52) Schriftliche Stellungnahme von Jens Voll, Vorlage EK 14/3-7.

53) Schriftliche Stellungnahme von Gunther Rohe, Vorlage EK 14/3-8.

54) Vgl. 11. Kinder- und Jugendbericht, Vorlage EK 14/3-6, Textstelle B.VII. 1.3.

55) Schriftliche Stellungnahme von Ali Özgenlik, Vorlage EK 14/3-15.

56) Schriftliche Stellungnahme von Gunther Rohe, Vorlage EK 14/3-8.

57) Schriftliche Stellungnahme von Lothar Zischke, Vorlage EK 14/3-16.

58) Schriftliche Stellungnahme von Jens Voll, Vorlage EK 14/3-7.

59) Vgl. 11. Kinder- und Jugendbericht, Vorlage EK 14/3-6, Textstelle B.VII. 1.7.

Der Experte Lukas stellt fest, dass immer mehr politische Institutionen, von den Stadtverwaltungen bis zu den Ministerien in Bund und Land, mit Online-Angeboten vertreten sind. Aber längst nicht alle jungen Menschen haben in gleichem Umfang Zugang zu den Online-Diensten. Die Kosten der Hardware und die Zugangskosten zu den Datennetzen stellen für viele ein unüberwindbares Hindernis dar. Lukas führt aus, dass auch an die Qualifikation der Nutzer von Online-Diensten eine hohe Anforderung gestellt wird. Lukas fordert eine verstärkte Förderung von Medien und deren Beschaffung durch das Land. Politische Bildung muss mit-helfen, problemorientiertes und vernetztes Denken, die Bereitschaft und Fähigkeit zur Mitgestaltung der Entwicklung hin zu einer Informationsgesellschaft zu vermitteln, so Lukas. Das Internet kann es der politischen Bildung ermöglichen, neue Adressaten und Nutzergruppen zu erreichen. Hier fordert Lukas keine ausschließlich rezeptive Auseinandersetzung mit den neuen Medien, sondern eine aktive, beispielsweise durch die Initiierung von Online-Projekten oder dem Aufbau eines interaktiven Kompetenzzentrums für Jugendliche. Alle Träger von politischer Bildung haben die Möglichkeiten des Internets zu nutzen. Lukas weist auf die enorme Bedeutung des Internets in der Bereitstellung von Texten und Publikationen hin. Politisches Grundlagenwissen wird so vermittelt. Abschließend fordert Lukas alle auf, mitzuhelfen, dass junge Menschen die nötigen Medienkompetenzen entwickeln. <sup>60)</sup>

Der Experte Lang stellt in seiner schriftlichen Stellungnahme klar, dass sich Politik in den Medien für Jugendliche als sehr komplex und weit entfernt von ihrer eigenen Lebenswelt darstellt. Ausgiebig aufbereitete Themen sind für Jugendliche in ihren Auswirkungen nicht absehbar, repräsentieren aber zu einem großen Teil das, was unter Politik verstanden wird, so Lang. Weitaus verständlicher werden in den Medien dagegen politische Skandale vermittelt, wodurch diese stärker aufgenommen werden als Sach-themen. <sup>61)</sup>

Politik, verstanden als Parteipolitik in Parlamenten, wird von Jugendlichen überwiegend als fremde Welt betrachtet, so der Experte Voll in seiner schriftlichen Stellungnahme. Die Stile, Ausdrucks- und Handlungsweisen der Politikerinnen und Politiker sind den Jugendlichen fremd. Politikerinnen und Politiker, die einen gleichberechtigten Zugang zu Jugendlichen finden, werden sehr wohl anerkannt, so Voll. Auf kommunaler Ebene sind häufig nur solche Ratsmitglieder bekannt, die sich mit Jugendlichen um Kom-munikation bemühen. Zentrale Person ist der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, so Voll abschließend. <sup>62)</sup>

Kinder und Jugendliche wünschen sich den Kontakt zu Politikerinnen und Politikern in einem direkten Kontext, in Bezügen zu ihrem Lebensalltag, also in der Schule, an Ausbildungsplätzen, im öffentlichen Bereich, eben dort, wo ihr Alltag stattfindet, stellt der Experte Zischke fest. Er führt aus, dass sich die medial präsentierende Politik den Jugendlichen vielfach zu abstrakt, zu er-wachsenenorientiert zeigt. Für Zischke berücksichtigt sie vielfach vorrangig Erwachseneninteressen und Perspektiven. Jugendliche laufen mit ihren Anliegen Gefahr, zu politischen Bittstellern oder zu Statisten von medienwirksam organisierten Auftritten von Politikerinnen und Politikern zu verkommen. Kinder und Jugendliche wünschen sich vorrangig einen ernsthaften und ehrlichen Dialog mit dem Bezug zu ihrem Lebensalltag, so Zischke. Sie besitzen hierbei ein hohes Maß an Realitätssinn sowie ein hohes Maß an gegenseitiger Akzeptanz, Toleranz und Gerechtigkeitssinn, stellt Zischke abschließend fest. <sup>63)</sup>

### **Kritische Anmerkungen der Experten an die Politikerinnen und Politiker**

Am Ende des ersten Teils des Gesprächs am Vormittag forderte die Moderatorin die Experten zu einer Satzergänzung auf. Bezug nehmend auf die Frage „Wie kann man Distanz zwischen Jugend und Politik überwinden?“, sollte ein Teilsatz ergänzt werden: <sup>64)</sup>

Für den Experten Hans Berkessel (IGS Ingelheim, Pädagogisches Zentrum Bad Kreuznach) machen es die Politiker und Politike-rinnen falsch, weil es ihnen nicht immer gelingt, Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit im Umgang mit Jugendlichen zu ver-mitteln. <sup>65)</sup>

Für den Experten Karl-Josef Felgenheier (Regionalstelle für kirchliche Jugendarbeit, Andernach) machen es die Politiker und Poli-tikerinnen falsch, weil sie zu wenig darauf achten, was schon da ist, und zu viel nach Dingen suchen, die vielleicht die Medien von ihnen verlangen.

Für den Experten Dr. Kraus machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil die Zwänge von mächtigen Lobbys nun ein-mal Zwänge von mächtigen Lobbys sind.

Für den Experten Graf machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil sie mehr an ihrer eigenen Legendenbildung interes-siert sind als an der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen.

---

60) Schriftliche Stellungnahme von Andreas Lukas, Vorlage EK 14/3-10.

61) Schriftliche Stellungnahme von Sven Lang, Vorlage EK 14/3-4.

62) Schriftliche Stellungnahme von Jens Voll, Vorlage EK 14/3-7.

63) Schriftliche Stellungnahme von Lothar Zischke, Vorlage EK 14/3-16.

64) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 24.

65) Alle folgenden Zitate der Experten: Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 24 f.

Für den Experten Lang machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil sie sehr oft in ihrer eigenen Wahrnehmung sind und deswegen nicht die Wahrnehmung der Jugendlichen berücksichtigen, was für diese gelungene Partizipation ist.

Für den Experten Lukas machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil sie zu wenig innovative Ideen und Projekte von Jugendlichen für Jugendliche kennen.

Für den Experten Petzold machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil sie sich zu wenig als Dienstleister der gesamten Bürgerschaft sehen, besonders der Benachteiligten.

Für den Experten Özgenlik machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil Jugendliche nicht glauben, dass Politiker Probleme lösen können und Jugendliche denken, dass Politiker auch kein Vertrauen schaffen können.

Für den Experten Rohe machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil sie immer noch ein elitäres Selbstverständnis haben und den Jugendlichen zu wenig zutrauen.

Für den Experten Sebastian Theis (Sportjugend Rheinland-Pfalz) machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil den Jugendlichen vielleicht nicht klar gemacht wird, dass Politik mehr ist als Landtag oder Bundestag, dass Demokratie schon früher anfängt, zum Beispiel in einem Sportverein oder bei Wahlen des Schüler- oder Klassensprechers.

Für den Experten Voll machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil sie vergessen, dass zum Erlernen von Demokratie außer Strukturen und Inhalten auch tragfähige persönliche Beziehungen gehören.

Für den Experten Zischke machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil sie in der Regel aus der Perspektive der Erwachsenen Entscheidungen über Kinder und Jugendliche treffen, anstatt Entscheidungen mit Kindern und Jugendlichen zu fällen.

Für die Expertin Chris Ludwig (baff e. V. – Bildung, Ausbildung, Förderung, Frauenprojekte) machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil sie sich zu wenig Zeit nehmen, um sich wirklich auf Kinder und Jugendliche einzulassen.

Für die Expertin Papendick machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil Jugendliche erst einmal Freiheiten und Möglichkeiten brauchen, um sie dann nutzen zu können.

Für den Experten Lukas machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil sie Jugendlichen nicht erlauben, über sich selbst zu entscheiden.

Für den Experten Dr. Heinz-Jürgen Fischbach (Deutsch-Russischer Freundeskreis, Bad Ems) machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil zu viele auf Lobbys Rücksicht nehmen.

Für den Experten Böhler (Deutsch-russischer Freundeskreis, Bad-Ems) machen es die Politiker und Politikerinnen falsch, weil der Blickwinkel der Politiker einerseits auf die Lobbys achtet und andererseits von der eigenen Seite her nicht auf die Basis achtet.

### **Nachmittag: Praktische Erfahrungen aus der Jugendarbeit und Ansätze für eine gelungene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

#### **– Politikbegriff und Politikverständnis von Kindern und Jugendlichen in der praktischen Arbeit –**

Nahezu alle Experten gehen von einem weiten Politikbegriff aus. Sie verstehen Politik als Entscheidungsfindung über bestimmte Sachverhalte. Der Experte Voll führt aus, dass es letztendlich immer darum gehen wird, sowohl Strukturen, Inhalte als auch die Prozesse und die damit verbundenen Personen in die Beteiligungsverfahren mit hineinzunehmen.<sup>66)</sup>

Dem stimmt der Experte Berkessel zu. Er führt aus, dass Politik relativ weit gefasst werden muss, damit Jugendliche in die Lage versetzt werden, Politik und Demokratie zu verstehen, damit sie Nachrichten nachvollziehen können. Dies kann man nur dadurch fördern, dass man neben Leistungsnachweisen auch soziale Qualitäten und Kompetenzen öffentlich belohnt, so dass es zum Mitmachen und Nacheifern herausfordert, so Berkessel.<sup>67)</sup>

Nahezu alle Experten betonen die enorme Bedeutung der Medien und deren Einfluss auf das Demokratie- und Politikverständnis von Kindern und Jugendlichen. In seiner schriftlichen Stellungnahme fasst der Experte Bernhard Nacke (Leiter des Katholischen Büros Mainz) diese Zusammenhänge bündig zusammen. Nacke zeigt auf, dass Abläufe in der Politik und deren Ergebnisse medial kommuniziert werden. Damit spielen die Darstellungsweisen der Medien in Stil und Umfang eine wesentliche Rolle für das Verhältnis junger Menschen zur Politik und ihren Akteuren. Nacke führt weiter aus, dass die Informationsverarbeitung und -präsentation, gerade der privaten Medien, komplexe Geschehen zwangsläufig verkürzt. Aus diesem Grund muss die Medienkompetenz junger Menschen gefördert werden. Mit den offenen Kanälen und den Medienkompetenz-Netzwerken befindet sich Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg, so Nacke.<sup>68)</sup>

66) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 33.

67) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 35.

68) Schriftliche Stellungnahme des Experten Bernhard Nacke; Vorlage EK 14/3-18.

Für die Vermittlung des Politikbegriffs im Schulunterricht macht der Experte Rohe deutlich, dass der Politikbegriff Theorie und die Praxis, theoretisches Orientierungswissen und die Partizipationsmöglichkeiten vor Ort einschließen muss. <sup>69)</sup>

Der Experte Lukas weist in diesem Zusammenhang auf inhaltliche Notwendigkeiten hin. Die jungen Verbandsmitglieder müssen merken, dass sie eine gewaltfreie Methodik zur Konfliktlösung lernen und dass sie demokratische Entscheidungsprozesse in einer pluralen Gesellschaft erfassen. Es geht um die Ermöglichung und die Moderation eines Dialogs zwischen Jugendlichen und Politikern, um die Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit und die Ermutigung zur Einübung von Einmischungsstrategien und Zivilcourage, so der Experte Lukas. <sup>70)</sup>

Für den Bereich der offenen Jugendarbeit äußert sich der Experte Lang. Lang geht davon aus, dass man in der offenen Jugendarbeit eine Art Riesenspielwiese hat, um demokratische Strukturen in irgendeiner Form einzuüben. Lang verweist auf solche Begriffe wie Erfahrungsräume und Übungsräume. Beispiele dafür sind immer wieder ehrenamtlich geführte Jugendtreffs, so der Experte Lang. <sup>71)</sup>

Der Experte Dr. Kraus stellt dar, welches Politikverständnis er sowohl im Bereich der Kinder- als auch im Bereich der Jugendpartizipation zu vermitteln versucht. Kraus geht dabei von einem sehr basalen Verständnis von Politik aus. Dieses ist losgelöst von den politischen Institutionen und verstärkt den Blick darauf, dass jeder, bei aller wertzuschätzenden Individualität, unabdingbar und unüberwindbar in ein Gemeinwesen eingebunden ist. Hier werden Ansprüche gestellt, aber gleichzeitig wird auch Verantwortung für dieses Gemeinwesen getragen, so Dr. Kraus. <sup>72)</sup>

Der Experte Theis zeigt auf, dass gerade in der Sportjugend bzw. in den Sportvereinen ganz gezielt versucht wird, ein Politik- und Demokratieverständnis zu entwickeln. Durch ein Engagement im Jugendverband werden Kinder und Jugendliche in ihrem Verein merken, dass sie die Möglichkeit haben, auf demokratische Art und Weise etwas zu bewegen. Je früher das anfängt, desto normaler ist es für diejenigen, die sich engagieren. <sup>73)</sup> Dabei gilt für Theis jedoch auch, dass den Erwachsenenvorständen eines Vereins klar gemacht werden muss, was es bedeutet, dass die Nachkömmlinge diese Möglichkeit von Mitspracherecht haben. <sup>74)</sup>

Der Experte Özgenlik stimmt dem zu und führt weiter aus, dass man Demokratie vorleben muss. Man muss Jugendlichen klar machen, wenn ihr euch einbringt, euch engagiert, dann lohnt sich das. Wenn Jugendliche sehen, dass ein Engagement Erfolg bringt und sie etwas davon haben, dann können sie sich eher Gedanken machen, dass es Vorteile bringt, sich eventuell in der Kommune, in Verbänden und Vereinen für ihre Interessen einzusetzen. <sup>75)</sup>

Auch der Experte Petzold zeigt auf, dass in seinen Engagementprojekten mit einem sehr umfassenden Demokratiebegriff gearbeitet wird. Ein Demokratiebegriff, der sich nicht nur auf die funktionale Demokratie beschränkt, sondern auch aufzeigt, was Politik im Alltag heißt. Daraus würden dann oftmals Aha-Effekte bei den Jugendlichen entstehen. <sup>76)</sup>

In seiner schriftlichen Stellungnahme beschreibt der Experte Nacke das Demokratieverständnis für die Jugendarbeit in einem kirchlichen Jugendverband. Nacke stellt klar, dass hier bereits im Nahbereich Felder demokratischen Lernens und politischen Handelns eröffnet werden. Die Organisation und die Struktur der Verbände stellen ein Modell der Interessenvertretung und der gesellschaftlichen Mitwirkung zur Verfügung, welches Einfluss auf die politischen Rahmenbedingungen nehmen und sich in Meinungs- und Willensbildungsprozesse der parlamentarischen Demokratie und anderer gesellschaftlicher Gruppen einmischen kann. <sup>77)</sup>

#### – Nachhaltiges Engagement von Kindern und Jugendlichen in der praktischen Arbeit –

Der Experte Voll weist auf die enorme Bedeutung des Faktors Erfolg hin. Sobald Erfolg spürbar wird und sich verstetigt, kommt man letztendlich zu einem längerfristigen Engagement. Dabei steht für Voll die demokratische Persönlichkeit im Blickpunkt: das Kind und der Jugendliche auf ihrem Entwicklungsweg hin zu einer politischen Sozialisation. Dieser demokratischen Persönlichkeit muss man Momente, Verfahren und Erlebnisse geben, die sie positiv darin bestärken, dass Politik nichts Abschreckendes ist. Kinder und Jugendliche müssen verstehen, dass Politik etwas ist, das alle im täglichen öffentlichen Umgang tangieren und allen innewohnen würde. Die Parteipolitik steht für Voll hier jedoch nicht an erster Stelle. Am Anfang von dieser Entwicklung muss immer das Kleineräumige und Überschaubare stehen, welches von Moment zu Moment, von Schritt zu Schritt größer und umfassender wird. Kinder und Jugendliche müssen in diesem Prozess, der nach Volls Erfahrungen mehrere Monate dauern kann, lernen, auch in der Kommunikation mit Erwachsenen, dass man auf Kompromisse eingehen und Verantwortung für das übernehmen muss, was man am Anfang des Projektes wollte. <sup>78)</sup>

69) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 36.

70) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 38.

71) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 38.

72) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 39.

73) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 40.

74) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 41.

75) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 41.

76) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 41.

77) Schriftliche Stellungnahme des Experten Bernhard Nacke; Vorlage EK 14/3-18.

78) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 45.

Der Experte Lang führt weiter aus, dass nach seiner Meinung eine Implizierung von Wenn-dann-Bezügen auch gewisse Gefahren in sich birgt. Gerade in der offenen Jugendarbeit würde man immer wieder feststellen, dass Jugendliche dann etwas machen, wenn sie einen direkten Nutzen erfahren. Das führt für Lang natürlich zu der Frage: „Wenn ich mich langfristig engagieren soll, was bekomme ich dafür?“

In seiner Tätigkeit in der offenen Jugendpflege bekommen die Jugendlichen von ihm oft die Antwort: „Überlegt, was ihr nicht habt, wenn ihr es nicht macht“. <sup>79)</sup>

Die Expertin Ludwig weist darauf hin, dass Kinder und Jugendliche auf jeden Fall Erwachsene (und zwar wohlwollende Erwachsene) als Begleiter brauchen. Zudem brauchen sie Räume, in denen sie miteinander üben können. Dies betrifft alle Sozialräume, die Kinder anbelangen. Da sei es durchaus möglich, Kinder und Jugendliche mit einzubeziehen und entscheiden zu lassen. In solchen, auch zeitlichen Räumen wird man dann schon merken, ob ein begnadeter Selbstdarsteller wirklich die Gruppe gut vertritt oder ob er sich immer nur selbst vertritt. In dieser Situation muss man als erwachsener Begleiter auch in der Lage sein, Frust aufzufangen und Kindern und Jugendlichen klar zu machen, dass Politik natürlich ein mühsames Geschäft ist. <sup>80)</sup>

Der Experte Voll weist darauf hin, dass er einen gewissen Kulturpessimismus an dieser Stelle leid ist. Grundlegend ist für Voll die Erkenntnis, dass nach seiner Ansicht die Jugendlichen nicht unbedingt unpolitisch sind, sondern dass sie eben anders politisch sind, als man sie damals gesehen hätte. Deshalb ist vielmehr die Frage interessant, wie man an das andere Politikverständnis von heute herankommt. Immer wieder so zu tun, als will man das, was gestern war, morgen wieder haben, sei nicht zielführend, so Voll. <sup>81)</sup>

#### – Engagement von jungen Frauen und Mädchen in der praktischen Arbeit –

Die Expertin Ludwig weist darauf hin, dass im Kreis der Experten heute keine einzige junge Frau sitzt. Ludwig geht davon aus, dass es nach ihrer Meinung ein gesellschaftliches Potenzial gibt, wenn man junge Frauen an Politik heranführt. Junge Frauen und Mädchen sind sehr wohl politisch, aber auch oft anders politisch; man muss sehen, wo man sie abholt. An den Spitzen von Jugendverbänden findet man ganz wenige Mädchen, so Ludwig. Irgendetwas passiert zwischen dem Alter von zehn und 20. Deshalb muss man da auch einmal genauer hinsehen. <sup>82)</sup>

Der Experte Petzold geht auf diesen Punkt ein und erklärt, dass Frauen sehr stark die Perspektive von Frauen einbringen, welche Männern oft nicht so bewusst ist. Es findet mehr Sensibilisierung statt, die sehr befruchtend und sehr gut in der innerverbandlichen Diskussion ist. Petzold geht davon aus, dass bei Frauen oft eine hierarchiefreiere Form der Kommunikation als bei Männern vorhanden ist. Die Kommunikation ist hierarchiefreier und hat aufgeschlossene Männer sensibilisiert. <sup>83)</sup>

Der Experte Voll führt aus, dass diese einseitige Wahrnehmung von Jungen auch etwas mit einer Entwicklung zu tun hat, dass Jungs einfach viel stärker von der Kommunalpolitik wahrgenommen werden. Jungen sind auffälliger im öffentlichen Raum bzw. vielleicht auch dadurch, dass sie manchmal mehr Krach machen oder auch mal etwas kaputtmachen. Das lässt sie mehr in die Perspektive rücken. Voll geht davon aus, dass Mädchen oft auch einen anderen Kommunikationsstil pflegen als Jungen. Für Voll hat das parlamentarische Geschehen in den Gemeinderäten oft einen Stil, bei dem es viel um Macht, auch um Lautstärke und um Vielreden geht. Dies liegt vielen Mädchen und jungen Frauen nicht. Des Weiteren werden leitende Funktionen in der Politik, gerade im ländlichen Raum, oft von älteren Männern ausgeübt. Auch da gibt es selten protegierende Frauen, die Mädchen irgendwie Räume eröffnen oder ihnen etwas vorleben könnten. Da, wo es solche Vorbilder gibt, nimmt Voll auch verstärkt positive Engagementansätze für Mädchen wahr. <sup>84)</sup>

In diesem Zusammenhang weist der Experte Nacke in seiner schriftlichen Stellungnahme auf die im katholischen Schulwesen erhaltene Form der Mädchenschule hin. Nacke führt aus, dass Mädchenschulen unverändert einen emanzipatorischen Ansatz im Hinblick auf die gesellschaftliche wie politische Wirklichkeit haben. Wenn gesamtgesellschaftlich in der Erziehung im öffentlichen Raum auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, „Kinder stark“ zu machen, so kann mit den Mädchenschulen von einem Programm ausgegangen werden, Mädchen zu stärken in ihrer Fähigkeit in – zum Teil noch männerdominierten – Zusammenhängen zu bestehen und zugleich Verantwortung zu übernehmen, so Nacke. <sup>85)</sup>

#### – Engagementbereitschaft und die Bedeutung des Wahlalters in der praktischen Arbeit –

Der Experte Lang stellt fest, dass man zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Problem hat, dass die, die wählen dürfen, nicht wählen gehen. Bevor man demnach über die Herabsetzung des Wahlalters konkret nachdenkt, sollte man zunächst einmal schauen, wie man die Politik so transparent machen kann, dass sich die Zielgruppe dafür interessiert, wählen zu gehen. Die Möglichkeit, zur Wahl zu

79) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 45.

80) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 47.

81) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 52.

82) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 52.

83) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 54.

84) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 54.

85) Schriftliche Stellungnahme des Experten Bernhard Nacke; Vorlage EK 14/3-18.



gehen, hat nicht unbedingt als Effekt ein größeres politisches Interesse, so Lang. Von der politischen Seite muss man sich bei solchen Diskussionen immer zunächst einmal die Frage stellen, wie die Politik den jungen Menschen nahe gebracht werden kann. Erst danach kann man darüber nachdenken, ob man Jüngeren das Recht zum Wählen geben könnte.<sup>86)</sup>

Der Experte Lukas stellt klar, dass er die Herabsetzung des Wahlalters für Jugendliche auf 16 ganz stark befürwortet. Als plastisches Beispiel verweist er auf den Schulunterricht. Wenn Jugendliche mit 16 wählen dürften und wenn man im Sozialkundeunterricht der 10. Klasse gleichzeitig das Projekt Lokalpolitik hat und mit Lokalpolitikern spricht, hat dieses Projekt ein konkretes Ziel, so Lukas. Ziel sei eben am Ende das Wählengehen. Dann hätten die Jugendlichen einen Weg zur Demokratie. Es würde den Jugendlichen gesagt, ihr lernt das jetzt kennen, weil ihr euch daran beteiligen dürft.<sup>87)</sup>

Der Experte Voll führt aus, dass die Absenkung des Wahlalters natürlich ein Signal wäre und dazu dienen kann, einer von vielen Ansätzen von mehr Partizipation zu sein. Das Herabsetzen des Wahlalters darf jedoch nicht der ausschließliche Ansatz sein, sondern nur einer unter vielen. Dabei muss man sich auch bewusst sein, dass dessen Reichweite nicht unendlich ist. Voll hat ganz persönlich die Erfahrung gemacht, dass in der Diskussion – egal ob mit Jugendlichen oder Politikern – es meist um die Frage geht, ob zuerst das Huhn oder das Ei war. Braucht man also zuerst Jugendliche, die politisch gebildet sind und die wählen dürfen, oder schafft man dadurch, dass man das Wahlrecht gewährleistet, auch das Interesse, sich politisch zu bilden? Die Antwort auf diese Frage ist schwer zu finden, so Voll.<sup>88)</sup>

Der Experte Böhler schließt sich den Ausführungen von Voll an und führt aus, dass das Alter der Wählerinnen und Wähler nur eine kleine Rolle spielt. Böhler weist auf die geringer werdende Wahlbeteiligung hin, in der sich auch Erwachsene wieder finden. Für Böhler ist es wichtig, dass der Mensch reif genug ist, und diese Reife ist bei jedem unterschiedlich. Außerdem ist es wichtig, dass man versteht, was man wählt und wen man wählt. Hier sind die Politikerinnen und Politiker gefragt, so Böhler.<sup>89)</sup>

Für den Experten Karl-Josef Felgenheier (Regionalstelle für kirchliche Jugendarbeit, Andernach) ist das Thema, ob Jugendliche mit 16 wählen gehen dürfen, nicht primär interessant. Felgenheier weist auf die Möglichkeit eines „Familienwahlrechts“ hin. Wichtig ist für Felgenheier die Klarstellung, dass das Thema „Wahlalter 16“ die Gefahr von Populismus in sich trägt. Felgenheier möchte nicht, dass dieses Thema als etwas ganz Wesentliches hängen bleibt. Gleichwohl fordert Felgenheier eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Thema „Wahlalter 16“.<sup>90)</sup>

#### – Ansprüche der Experten und Stellungnahmen der Mitglieder der Enquete-Kommission –

In einer abschließenden Runde äußern alle anwesenden Experten ihre Hoffnungen und Erwartungen an die zukünftige Arbeit der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“.<sup>91)</sup>

Der Experte Felgenheier geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sie nicht zu einfachen Lösungen greifen wird.

Der Experte Kraus geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sie nicht die durch die Rahmenbedingungen Benachteiligten vergisst. Damit meint Kraus besonders all diejenigen, die in sozial schwierigen und schwachen Umfeldern groß werden.

Der Experte Graf geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sie diese Räumlichkeiten verlassen und in kleinen Gruppen oder Teams Orte aufsuchen wird, an denen Jugendliche sind.

Der Experte Lang geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sie versucht, die Wahrnehmung der Jugendlichen zu übernehmen, indem sie bewusst aus der Brille der Jugendlichen blicken wird.

Der Experte Lukas geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sie konkret ist.

Der Experte Petzold geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sie zu konkreten Ergebnissen kommt und wenn alle, die in der Runde sitzen, weiter den Finger auf die Wunde legen werden.

Der Experte Özgenlik geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sich die Distanz zwischen Politik und Jugendlichen verkürzen oder ganz aufheben wird.

Der Experte Theis geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sie sich mehr mit den Jugendlichen direkt beschäftigt wird und wenn sie die Denkweise der Jugendlichen verstehen wird.

86) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 54.

87) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 55.

88) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 56.

89) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 56.

90) Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 56.

91) Alle folgenden Zitate der Experten: Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 56 f.

Der Experte Voll geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sie gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen vielfältige Formen suchen wird und wenn sie vor allen Dingen in Gesprächssituationen und nicht in eine Anhörungssituation gehen wird.

Die Expertin Ludwig geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn es ihr gelingen wird, das Thema ganz breit im Land zu etablieren – in der Regierung, in sämtlichen Ministerien bis herunter in den Kommunen.

Der Experte Böhler geht davon aus, dass die Arbeit der Kommission erfolgreich sein wird, wenn sie ihren Ruf durch Achtung und Interesse an den Jugendlichen verbessern wird.

Moderatorin Egbringhoff dankt der Runde und fordert diesmal die Mitglieder der Enquete-Kommission zu einer abschließenden Satzergänzung auf.<sup>92)</sup>

Folgende Aussagen wurden von den Mitgliedern der Enquete-Kommission in der unmittelbaren Bewertung des gerade abgeschlossenen Gesprächs gemacht.

Für die Sachverständige Frau Portz-Schmitt war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass sie sich sehr darum bemühen wird, wie Jugendliche ihr Leben sehen und wie Jugendliche ihr Verhältnis zur Politik sehen. Zweitens wird sich die Sachverständige Portz-Schmitt im Rahmen der Enquete-Kommission darum bemühen, Hürden, die engagementbereite Jugendliche vorfinden, abzubauen.

Für die Landtagsabgeordnete Frau Mangold-Wegner war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass man praxisorientiert und transparent arbeiten muss und dass man versuchen muss, eine breite Öffentlichkeit herzustellen.

Für die Landtagsabgeordnete Frau Raab war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass die eigene Betroffenheit dazu führt, dass auch die anwesenden Vertreter sehr genaue und fundierte Kenntnisse in einigen Bereichen haben und sich auch politisch engagieren. Abgeordnete Raab ist der Meinung, dass man diese Betroffenheit in vielen Fällen auslösen müsse. Außerdem sei auch noch wichtig, dass man sehr stark an Mädchen und junge Frauen herantreten müsse.

Für die Landtagsabgeordnete Frau Hannelore Klamm war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass man als Politiker nicht mehr so sehr dazu neigen solle, über die Politikverdrossenheit der Jugendlichen zu jammern – das hätte man bisher manchmal getan –, sondern dass man in der Enquete-Kommission offensiv das Problem angehen müsse. Dies aber auch vor Ort; denn die meisten Landtagsabgeordneten seien auch Kommunalpolitiker. Daher könne man auch vieles auf kommunaler Ebene angehen. Das müsse man mit Fingerspitzengefühl tun.

Für den Landtagsabgeordneten Herrn Nils Wiechmann war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass man nicht über, sondern mit Jugendlichen viel mehr reden müsse und dass man sich auch insbesondere um die Belange derjenigen kümmern müsse, die keine Lobby haben.

Für die Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“, Frau Ulla Brede-Hoffmann, war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass man mit der Enquete-Kommission die Chance bekommen müsse, das Thema, das offensichtlich allen auf den Nägeln brennt, ganz breit zu diskutieren. Dieses Thema müsse auch in anderen Teilen von gestaltender Politik als wesentliches Problem, das aber zu bewältigen sei, dargestellt werden.

Für die Sachverständige Frau Hornbach-Beckers war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass es nicht nur eine Distanz, sondern sehr wohl auch eine Nähe zur Politik junger Menschen gäbe, die es wahrzunehmen gelten würde. Hier stünde man selbst am Anfang eines schwierigen Auftrags als Enquete-Kommission.

Für die Landtagsabgeordnete Frau Schneider-Forst war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass man gute und bewährte Wege weitergehen müsse, aber auch neuen Dingen gegenüber aufgeschlossen sein muss. Sie sei nicht so eitel zu sagen, die jungen Menschen müssen uns selbst in der Politik alle lieben. Als Erstes sollte man sagen, junge Menschen sollen eine gute Chance haben, in öffentliche Verantwortung hineinzuwachsen. Wenn sie das tun, erbege sich dabei die Verbindung mit der Politik. So würden sich die Dinge ihrer Meinung nach am Ende wieder zusammenfügen.

Für die Landtagsabgeordnete Frau Schäfer war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass man die Rückkopplung mit den Experten während der Arbeit der Enquete-Kommission halten werden würde; denn man stehe erst am Anfang der Arbeit.

Für den Sachverständigen Dr. Blumenthal war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass heute der Claim, das Spielfeld, abgesteckt worden sei, auf dem man sich bewegen würde. Sicher sei auch, dass man eine ganze Menge sehr viel mehr detaillierter Informationen bräuhete.

Für den Sachverständigen Harles war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass man nicht klagen solle, sondern reagieren müsse, und Demokratie würde nicht geschenkt.

---

92) Alle folgenden Zitate der Experten: Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 60 f.

Für die Landtagsabgeordnete Frau Morsblech war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass man heute ein sehr großes Spektrum an Meinungen zum Thema gehört und erlebt habe. Da könne man sich eine Liste mit Sachen, die einem wichtig seien, mitnehmen. Wichtig sei für sie auch, dass sich im Verlauf der Arbeit der Enquete-Kommission Jugendliche und Politiker so gut wie möglich kennen lernen müssten, um sich in die Lebensverhältnisse des jeweils anderen hineinversetzen zu können.

Für den Sachverständigen Steinberg war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass es eine Verständigung über die Definition von „Politik“ oder „politisch sein“ bräuchte – und das auch mit Jugendlichen.

Für den Sachverständigen Prof. Dr. Schrapper war nach diesem gemeinsamen Gespräch die Aussage wichtig, dass politisches Engagement Jugendlicher nicht zu einem pädagogischen Projekt – weder in der Schule noch in den Jugendverbänden – verkommen dürfe, sondern seinen Sitz im wirklichen Leben bräuchte.

#### **4. Ergebnisse/wichtigste Punkte des Gesprächs mit Experten aus der Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung**

Die wichtigsten Punkte des Gesprächs mit den Experten aus der politischen Jugendbildung wurden durch die Fraktionen der SPD und FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend zusammengefasst und während der Sitzung vom 16. September 2004 erörtert. Eine weitere Nachbereitung des Gesprächs mit den Kindern und Jugendlichen fand am 15. Oktober 2004 statt.<sup>93)</sup>

##### **Allgemeine Bemerkungen**

Stellvertretend für alle Fraktionen hob die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die sehr gute Moderation des Gesprächs hervor.<sup>94)</sup>

Für die Fraktionen der SPD und FDP war ein deutlicher Widerspruch zwischen dem Geschlecht der eingeladenen organisierten Vertreter von Jugendarbeit (männlich) und dem Geschlecht der wirklich aktiven Kinder und Jugendlichen vor Ort (meist weiblich) auffällig.<sup>95)</sup> Dennoch stellen die Fraktionen der SPD und FDP fest, dass im Gespräch sehr differenzierte Jugendbilder durch die eingeladenen Experten artikuliert wurden. Allerdings, so die Fraktionen der SPD und FDP, wurde in der Sitzung gänzlich versäumt, über die so genannten „Verweigerer“ oder generell „inaktiven Jugendlichen“ zu sprechen.<sup>96)</sup>

Die Fraktion der CDU stellte fest, dass Begriffe und Konzepte verwendet wurden, ohne dass immer klar war, was jeweils damit gemeint war. Für die weitere Arbeit der Enquete-Kommission sollten klare Definitionen gefunden werden. Dies betreffe insbesondere die Begriffe Demokratie, Politik, Partizipation, Selbstbestimmung, Mitsprache, gesellschaftliches bzw. bürgerschaftliches/zivilgesellschaftliches Engagement. Diese Begriffe seien auf die jeweilige Gruppe von Menschen auszdifferenzieren.<sup>97)</sup>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte fest, dass die eingeladenen weiblichen Fachleute eher etwas zu Mädchen und jungen Frauen hätten sagen können.<sup>98)</sup> In diesem Zusammenhang sei zudem die Thematik Mädchen bzw. junge Frauen und die Bedeutung eines Migrationshintergrunds vernachlässigt worden, so die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.<sup>99)</sup> Außerdem wies die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf hin, dass die Vertreter des Deutsch-Russischen Freundeskreises erst vertröstet und dann vergessen wurden.<sup>100)</sup>

##### **Das Verhältnis von Politik und Politikern zu der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen**

In diesem Zusammenhang stellten die Fraktionen der SPD und FDP fest, dass bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern kein homogenes Bild von „den Politikern“ existierte. Die Sichtweisen reichten von einem sehr praxisnahen Verständnis, bis hin zu pauschalen oder klischeehaften Interpretationen („der Politiker als Mensch“).<sup>101)</sup> Die Fraktionen der SPD und FDP betonten, dass sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs einig waren, dass sich Kinder und Jugendliche dann wichtig fühlen, wenn sie ernst genommen werden.<sup>102)</sup>

Für die Fraktion der CDU sollen sich Politiker gegenüber Jugendlichen so geben, wie sie sind, und den Dialog so führen, dass Jugendliche als Gesprächspartner ernst genommen werden.<sup>103)</sup>

An die Mitglieder der Enquete-Kommission ergehe deshalb der Auftrag, Jugendliche in ihren Lebenswelten wahrzunehmen. Kenntnisse über Lebenswelten verschaffen den Zugang zum jeweiligen Politikverständnis, so die Fraktion der CDU.<sup>104)</sup>

---

93) Vgl. Protokolle der 4. und 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ vom 16. September 2004 und 15. Oktober 2004.

94) Vorlage EK 14/3-19.

95) Vorlage EK 14/3-19.

96) Vorlage EK 14/3-19.

97) Vorlage EK 14/3-19.

98) Vorlage EK 14/3-19.

99) Vorlage EK 14/3-19.

100) Vorlage EK 14/3-19.

101) Vorlage EK 14/3-19.

102) Vorlage EK 14/3-19.

103) Vorlage EK 14/3-19.

104) Vorlage EK 14/3-19.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte die Feststellung der Experten, die den Politikern einen direkteren Kontakt zu jungen Menschen nahe legen. Allerdings müssten einige Politiker, so die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dazu erst befähigt werden.<sup>105)</sup> Die Politiker sollen für diejenigen ein Sprachrohr sein, die bisher noch keine starke Lobby bilden, denn Kinder und Jugendliche seien sich oft nicht bewusst, dass sie bereits „Politik“ machen.<sup>106)</sup> Insgesamt hebt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bedeutung einer wohlwollenden (hauptamtlichen) Begleitung durch Erwachsene hervor.<sup>107)</sup>

### Finanzielle Absicherung von Jugendarbeit

Die Fraktionen der SPD und FDP stellten fest, dass im Gespräch allseits die Bedeutung von gesicherten finanziellen Ressourcen betont wurde.<sup>108)</sup>

Die Fraktion der CDU weist in diesem Zusammenhang ebenfalls darauf hin, dass die Kontinuität der Finanzausstattung, beispielsweise für Jugendarbeit, zur Gestaltung der Rahmenbedingungen empfehlenswert sei.<sup>109)</sup>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hebt in ihren wichtigen Erkenntnissen aus dem Gespräch hervor, dass durchgängig alle Experten eine Verbesserung der Rahmenbedingungen (weniger Anträge, Vorlage der Auslagen, bessere finanzielle Unterstützung, Begriffsdefinition von politischer Bildung) von ehrenamtlicher Tätigkeit forderten.<sup>110)</sup>

### Das Schaffen von mehr Beteiligung der Kinder und Jugendlichen

Die Fraktionen der SPD und FDP stellten fest, dass bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern kein homogenes Bild von „den Politikern“ existierte. Die Sichtweisen reichten für SPD und FDP von einem sehr praxisnahen Verständnis bis hin zu pauschalen oder klischeehaften Interpretationen („der Politiker als Mensch“).<sup>111)</sup> Auffallend waren für die Fraktionen der SPD und FDP die häufigen Verweise auf die Notwendigkeit einer eigenen „Angebotserstellung“ durch die Politiker: Die Politiker sollen durch „eigene Vorschläge“ die Kinder und Jugendlichen für Politik und Beteiligung motivieren. Die Fraktionen der SPD und FDP stellten allerdings auch fest, dass nicht formuliert wurde, wie ein solches Angebot aussehen soll, ohne der etablierten Jugend- und Verbandsarbeit Konkurrenz zu machen.<sup>112)</sup> Eine Verstärkung von generationenübergreifenden Projekten könnte gerade bei den Kindern deutlich mehr Interesse für politische Bildung wecken, so die Fraktionen der SPD und FDP.<sup>113)</sup>

Die Fraktion der CDU stellte fest, dass einige Experten darauf verwiesen, dass es bereits sinnvolle Ansätze und Projekte zur „Distanzverringering“ gäbe, die aus unterschiedlichen Gründen bisher nicht realisiert wurden. Die Fraktion der CDU regt an, die Kommission sollte noch einmal nachhaken, um welche Projekte es sich dabei konkret handelt.<sup>114)</sup> Soziale Nachteile von Jugendlichen sind ein Hindernis von Partizipation, so die Fraktion der CDU, grundsätzlich sollte nicht über Politikverdrossenheit geklagt, sondern reagiert werden (Demokratie wird nicht geschenkt).<sup>115)</sup> Des Weiteren kristallisierte sich für die Fraktion der CDU zur Gestaltung der Rahmenbedingungen heraus, dass Orte/Gelegenheiten für gemeinwohlbezogenes Engagement (wo kann der Dialog stattfinden?) empfehlenswert wären.<sup>116)</sup> Themenspezifische Betroffenheit im direkten Lebensumfeld verschafft Kindern/Jugendlichen Zugänge zu demokratischen Entscheidungsprozessen und Beteiligungsvorhaben in Kooperation mit Partnern (z. B. aus Politik oder Verband), erhöhen Chancen zur Engagementbereitschaft sowie hinsichtlich der Nachhaltigkeit von Partizipation, so die Fraktion der CDU.<sup>117)</sup>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte einleitend fest, dass die Bedeutung des Wahlalters für das Engagement von Jugendlichen nicht das Thema Nr. 1 zu sein scheint.<sup>118)</sup> Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweist auf die Aussage des Experten Daniel Waldecker und führt aus, dass junge Menschen, die etwas gestalten wollen, auch die Möglichkeit dazu erhalten müssen.<sup>119)</sup>

### Gesellschaftliche Partizipation und Schule

Auffällig war für die Fraktionen der SPD und FDP die deutliche Betonung der Bildungsbedeutung in der Vermittlung von „Basisinformationen“ durch die Schule. Die Potentiale der schulischen Bildungsarbeit werden dabei noch nicht voll ausgeschöpft, so die

---

105) Vorlage EK 14/3-19.

106) Vorlage EK 14/3-19.

107) Vorlage EK 14/3-19.

108) Vorlage EK 14/3-19.

109) Vorlage EK 14/3-19.

110) Vorlage EK 14/3-19.

111) Vorlage EK 14/3-19.

112) Vorlage EK 14/3-19.

113) Vorlage EK 14/3-19.

114) Vorlage EK 14/3-19.

115) Vorlage EK 14/3-19.

116) Vorlage EK 14/3-19.

117) Vorlage EK 14/3-19.

118) Vorlage EK 14/3-19.

119) Vorlage EK 14/3-19.

Fraktionen der SPD und FDP. Hier könnten, nach Ansicht der beiden Fraktionen, Partnerschaften zwischen Schulen und Institutionen, Politik, aber auch Räten, Behörden und Verbänden vor Ort helfen um Partizipation greifbarer zu machen. <sup>120)</sup>

Für die Fraktion der CDU kristallisierte sich im Gespräch heraus, dass mehr Sozialkundeunterricht in den Schulen und mehr Verständnis für „politische“ Fragen im Unterricht/Schulleben (Schule als Lebensraum) empfehlenswert zur Gestaltung der Rahmenbedingungen wären. <sup>121)</sup>

Nicht nur Experten, auch die Jugendlichen selbst fordern einen Ausbau der Sozialkundestunden und einen früheren Einstieg in das Fach (damit Planspiele etc. möglich werden), so die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. <sup>122)</sup> Das Beispiel einer Klassenstunde könnte dabei helfen, wenn Kinder und Jugendliche oft nicht ausreichend über ihre Rechte und Gestaltungsmöglichkeiten informiert sind, so die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. <sup>123)</sup> Des Weiteren stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fest, dass der Sozialkundeunterricht (Zeit, Inhalt etc.) auch zum Thema der Kommission werden sollte. <sup>124)</sup>

### Die Bedeutung der Medien

Die Fraktion der CDU sieht durch das Gespräch die zentrale Rolle der Medien in der Vermittlung von Politik bestätigt und regt an, dass dies in der weiteren Arbeit der Enquete-Kommission berücksichtigt werden sollte. <sup>125)</sup>

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest, dass in dem Gespräch deutlich wurde, dass sich Politik jugendgerecht ausdrücken muss. Als einen Vorschlag nennt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Möglichkeit von Jugendnachrichten von Jugendlichen. <sup>126)</sup>

## 5. Bewertung des Gesprächs mit den Experten aus der politischen Jugendbildung, angelehnt an den Untersuchungsauftrag der Kommission im Einsetzungsbeschluss

### Allgemeine Bewertung

1. Die Enquete-Kommission stellt fest, dass im Gespräch fast gar nicht über Jugendliche gesprochen wurde, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen einer Beteiligung in einem Verein oder Verband entziehen. Diese „Totalverweigerer“ für ein gesellschaftliches Engagement zu begeistern oder anzusprechen wird von den eingeladenen Experten als äußerst schwierig gehalten. Gleichwohl wirken diese Jugendlichen nach dem Gespräch ein wenig wie endgültig für politische Bildung und Jugendarbeit „verloren“ oder „aufgegeben“. Hier sollten gemeinsam wirksame Instrumente erarbeitet und niedrigschwellige Angebote erprobt werden.
2. Die Enquete-Kommission bedauert, dass (obwohl ausdrücklich auch Verbandsvertreterinnen eingeladen worden sind) der überwiegende Teil der anwesenden Experten männlich waren. Dieses Bedauern wurde auch durch die anwesenden Experten geteilt. Gleichwohl konnte hier keine befriedigende Erklärung gefunden werden.
3. Die Entscheidung, das Gespräch zu moderieren und dadurch inhaltlich flexibel zu sein, hat sich auf die Offenheit und Ungezwungenheit der Gesprächsatmosphäre positiv ausgewirkt.
4. Die Experten haben von den anwesenden Mitgliedern der Enquete-Kommission richtigerweise verlangt, dass sie sich mit den Kindern und Jugendlichen direkt auseinandersetzen und nicht nur über sie reden. Der Politiker soll „als Mensch rüberkommen“. Politikerinnen und Politiker sollen in Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen nicht in politischen Rollen- und Verhaltensmustern verharren, sondern bewusst aus diesen ausbrechen. Dass die Ein- und Ausübung von Rollenerwartungen und Verhaltensmustern kein ausschließliches Phänomen der politischen Klasse ist, sondern die gesamte Bandbreite der Kommunikation unter den Generationen ausmacht, hat das Verhalten der anwesenden Experten selbst gezeigt. Auch die Experten sind während des Gesprächs sehr schnell in die Rolle der Menschen verfallen, die erst einmal über sich selbst und ihre Probleme bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen geredet haben.

Die Forderung, „durch die Brille der Jugendlichen zu schauen“, trifft demnach nicht nur die politische Klasse.

5. Die eingeladenen Vertreterinnen und Vertreter repräsentieren Organisationen beispielsweise aus dem Sport, dem Umweltschutz, der Schülerinnen- und Schülervertretung, der Kirche oder den Gewerkschaften. Die Enquete-Kommission unterstreicht die gemeinsame Überzeugung, dass es in Rheinland-Pfalz ein vielfältiges und interessantes Angebot an politischer Jugendarbeit und Beteiligungsangeboten in Jugendverbänden gibt. Eine zielorientierte Weiterentwicklung der Angebote liegt im eigenen Interesse der Verbände und wird bereits heute als ständiger Reflexionsprozess praktiziert.

120) Vorlage EK 14/3-19.

121) Vorlage EK 14/3-19.

122) Vorlage EK 14/3-19.

123) Vorlage EK 14/3-19.

124) Vorlage EK 14/3-19.

125) Vorlage EK 14/3-19.

126) Vorlage EK 14/3-19.

6. Die Arbeit und das Wirken dieser Verbände und Organisationen leisten einen wichtigen Beitrag in der Vermittlung jener sozialen Kompetenzen, die die Enquete-Kommission mit ihrem Untersuchungsauftrag deutlicher untersuchen und durch den Besuch von „Best Practices“ praktisch erfahren will.
7. Es wurde deutlich, dass das Engagement in den unterschiedlichsten Jugendverbänden, Bildungseinrichtungen und Organisationen Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zur Erfahrung und zum Erlernen von sozialen Kompetenzen bietet. Kinder und Jugendliche lernen den gleichgestellten Umgang mit Gleichaltrigen und den Interessenausgleich mit den Erwachsenen.
8. Im Gespräch wurde die wichtige Funktion der offenen Jugendarbeit für die Gewinnung von Partizipationsbereitschaft bei Jugendlichen deutlich. Dies gilt in einem besonderen Maße für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Offene Jugendarbeit orientiert sich an den örtlichen Gegebenheiten, an den lokalen Interessen und Problemen der jungen Menschen. Mit speziellen und individuellen Projekten unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der offenen Jugendarbeit viele Jugendliche, sich in einer immer komplizierter werdenden Gesellschaft zurechtzufinden und schwierige Lebensabschnitte zu meistern. Das Gespräch mit den Experten hat die Enquete-Kommission in ihrer Ansicht bestärkt, dass die offene Jugendarbeit einen nicht unwesentlichen Teil zur besseren gesamtgesellschaftlichen Integration dieser jungen Menschen beiträgt. Denn oft mangelt es den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft an der nötigen Unterstützung und dem Interesse für die Wünsche und Probleme von Kindern und Jugendlichen, besonders für jene mit Migrationshintergrund.
9. Das Bild, das vor allem Jugendliche von der Politik und den Politikerinnen und Politikern haben, wird sehr stark durch die Erwachsenen in den Jugendbildungseinrichtungen, Verbänden, Vereinen etc. geprägt. Die Enquete-Kommission stellt fest, dass auch viele Erwachsene Vorurteile gegenüber Politikerinnen und Politikern haben. In ihrer Arbeit haben erwachsene Betreuerinnen und Betreuer oft sehr viel mit Politikerinnen und Politikern aller Ebenen zu tun. Gerade an dieser Schnittstelle dürfen sich gegenseitige Vorurteile nicht verfestigen. Das transportierte Bild von „der Politik“ und den dort tätigen Menschen kommt bei den Kindern und Jugendlichen meist als „Vorurteil“ an und verfestigt sich in ihren Köpfen. Solche Vorurteile dürfen auf keiner Seite gepflegt werden. Vorurteile sollten schon früh durch persönliches Erleben von politischen Prozessen und dem Gespräch mit Politikerinnen und Politikern abgebaut werden. In diesem Vermittlungsprozess haben die erwachsenen Betreuerinnen und Betreuer eine außerordentliche Verantwortung. Gemeinsam mit Politikerinnen und Politikern sollte auf allen Ebenen ein gemeinsamer Vermittlungsprozess etabliert werden. Der gegenseitige Wille zum Abbau von Vorurteilen und eine positive Grundhaltung sollte dabei die Grundlage für die gemeinsame Arbeit und für das Verhältnis zwischen den Mitarbeitern der Jugendarbeit und den Politikern sein.

#### **Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen zur Partizipation in Jugendverbänden und der politischen Jugendbildung**

10. Die Experten aus der Jugendarbeit unterstützen einen Ausgangspunkt der Enquete-Kommission, dass das Interesse von Jugendlichen an der institutionalisierten Politik in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist. Jugendliche äußern nur ein geringes Vertrauen in die Arbeit und das Wirken von politischen Parteien und anderen politischen Institutionen. Das gilt auch für die dort tätigen Politikerinnen und Politiker.
11. Die anwesenden Experten machten im Gespräch deutlich, dass viele Kinder und Jugendliche bereit sind, sich politisch zu engagieren, aber ihr Engagement eben nicht als „politisch“ bewerten.
12. Es wurde klar, dass dieser Umstand viel mit den als allzu förmlich und steif charakterisierten Beteiligungsformen der etablierten Politik zu tun hat. Für viele Jugendliche stellen etablierte Beteiligungsmöglichkeiten von Parteien und anderen politischen Organisationen eben nicht mehr ihre Lebenswirklichkeit dar. Sie fühlen sich in eine für sie ungewohnte und ungeliebte politische Kultur ihrer Eltern und Großeltern hineingepresst.
13. Dazu kommt die Überzeugung vieler Kinder und Jugendlicher, dass die Erwachsenen kein wirkliches Interesse an ihren Sorgen und Problemen haben. Ebenso sei der Wille, sie zu beteiligen, mehr Schein als Sein.
14. Eine zentrale Frage für die zukünftige Arbeit der Kommission wird sein, wie es zu dem Vertrauensverlust vor allem der Jugendlichen in die Fähigkeit des Staates kommt, Probleme zu lösen. Dieser Vertrauensverlust in die etablierte Politik wird umso größer, wenn es um die konkreten Probleme, Sorgen und Ängste von Kindern und Jugendlichen geht.
15. Viele Kinder und Jugendliche erleben „die Politik“ weit weg von ihren ganz individuellen und generationenübergreifenden Sorgen und Problemen. Diese Distanz setzt sich in Bezug auf die als „politisch“ wahrgenommenen Organisationen und Institutionen der etablierten Politik fort.
16. Das Interesse an einer Partizipation ist bei Kindern und Jugendlichen durchaus vorhanden. Dies wurde im Gespräch hervorgehoben. Im Partizipationsbereich außerhalb der etablierten und institutionalisierten Politik, zum Beispiel in Vereinen, Feuerwehren oder Jugendgruppen, sind Jugendliche gleichwohl sehr aktiv und eher bereit, sich für gemeinschaftliche Interessen zu engagieren.
17. Dessen ungeachtet stellten die Experten fest, dass diese Art und Weise von Partizipation von den Jugendlichen nicht als klassisch „politisch“ bewertet wird.
18. Engagementbereite Jugendliche partizipieren in vielerlei unterschiedlichen Formen. Ausgehend von dem geringen Vertrauen der Jugendlichen in die Beteiligungsformen etablierter politischer Organisationen, sind für sie eben nun jene Institutionen

und Gruppen ansprechend, die eben nicht aus einem „politischen“ Umfeld kommen. Dies sind im zunehmenden Maße Organisationen, die ein (lokal oder zeitlich begrenztes) problem- und lösungsorientiertes Verhalten vorweisen und damit den unmittelbaren Bezug für die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen greifbar machen können. Projektbezogene Beteiligungsformen, Menschenrechtsgruppen, Umwelt- und Tierschutzverbände stehen hier ganz vorne im gesellschaftlichen Engagement von Jugendlichen.

19. Jugendliche engagieren sich gerne und intensiv dort, wo es ihnen Spaß macht. Jugendliche wollen ihr Engagement, ihre Interessen und ihre Zeit dort einbringen, wo ihnen ihr Engagement offensichtlich „etwas bringt“ und sie vor Ort den Zusammenhang zwischen ihrem Engagement und konkreten Veränderungen erkennen.
20. Kinder und Jugendliche wollen das unmittelbare Ergebnis ihrer Beteiligung in absehbaren Zeiträumen erkennen. Überhaupt kein Feedback auf ein Beteiligungsprojekt von Kindern und Jugendlichen hat einen noch demotivierenden Charakter und wirkt sich verheerend auf die Meinungsbildung von der Zweckmäßigkeit eines zukünftigen Engagements aus.
21. Wenn es nun die lokal und zeitlich begrenzten Kontexte und Engagementfelder sind, so bestätigt das Gespräch ebenfalls die Beobachtung, dass Jugendliche vor allem dann Partizipationsangebote annehmen, wenn diese verstärkt nach zielgruppenspezifischen Gesichtspunkten (Alter, Interessen usw.) ausdifferenziert sind.
22. Erfolgreiche Beteiligungsprojekte sind somit verstärkt projektbezogen, auf einen bestimmten zeitlichen und inhaltlichen Rahmen festgelegt und „begreifbar“. Sie beziehen sich immer mehr auf die unmittelbare Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Aus diesem Grund müssen Organisationen und Institutionen, welche auf die Beteiligung von jungen Menschen angewiesen sind, verstärkt den Mut aufbringen, auch auf neue, zielorientierte und vielleicht unorthodoxe Beteiligungsformen und Projekte zu setzen.
23. Die große Mehrzahl der anwesenden Experten hat darauf hingewiesen, dass es einen nicht unerheblichen Zusammenhang zwischen den Anforderungen eines globalisierten Arbeitsmarktes und einem nachhaltigen Engagement gerade in traditionellen Verbänden und Organisationen gibt. Durch die Medien, durch Politik und Schule, scheinbar der ganzen Gesellschaft, wird den jungen Menschen allseits die Notwendigkeit von Mobilität und Flexibilität als Voraussetzung für einen gesicherten Arbeitsplatz aufgezeigt. Dieses von manchen Arbeitsmarktforschern als „Job-Nomadentum“ charakterisierte Bild der Arbeitswelt steht offensichtlich im krassen Gegensatz zu einem langfristigen, nachhaltigen oder sogar lebenslangen Engagement. Notwendigerweise haben Jugendverbände hier die negativen Auswirkungen solcher prognostizierten Erwerbsbiographien und Lebenseinstellungen zu tragen. Das gewisse Maß an Kontinuität in den Lebensentwürfen vieler junger Menschen ist scheinbar einfach nicht mehr wie früher gegeben.
24. Für viele Jugendliche geht mit der Entscheidung für die Aufnahme eines gesellschaftlichen Engagements oft die Frage einher, welchen persönlichen Nutzen genau dieses Engagement für einen selbst bringt. Für viele Jugendliche muss sich gesellschaftliches Engagement eben lohnen. Die Experten haben betont, dass gerade aus diesen Erwägungen bei vielen Jugendlichen in der Schule oder in der Ausbildung eine Grundskepsis bezüglich eines politischen oder gesellschaftlichen Engagements festzustellen ist.
25. Bei der Frage der Jugendlichen, ob und in welcher Art und Weise sich eine Beteiligung in der politischen Jugendbildung oder im Jugendverband „lohnt“, hat jedoch äußerst selten einen rein materiellen Charakter. Dies unterscheidet die Erwartungen der Jugendlichen noch von den vorgelebten verstärkt materiellen Interessen vieler Erwachsener.
26. Die eingeladenen Experten haben diesbezüglich betont, dass bei den Jugendlichen vielmehr die Frage interessant ist, was ein Engagement ihnen „ganz persönlich“ bringt. Diese Werteinschätzung des Engagements richtet sich dann meist nach solchen Faktoren wie nach der Kurzweiligkeit und dem Spaßfaktor eines Engagementprojekts. Gibt es in einem Projekt die Möglichkeit, Freunde und Bekannte zu treffen, seinen Alltag kreativ und schöpferisch zu gestalten? Demnach erfolgt durchaus eine Kalkulation von „Geben und Nehmen“, auch wenn das „Nehmen“ von den jungen Menschen nicht materiell aufgefasst wird.
27. Diesem Verständnis von Engagement und Eigennutz stellt die politische Jugendbildung und Jugendarbeit somit solidarische und gemeinschaftliche Wertehorizonte gegenüber. Das Gespräch hat deutlich gemacht, dass durch ein erfolgreiches Engagement von Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichsten Projekten einseitige und nachteilige gesellschaftliche Entwicklungen partiell abgefedert werden können.
28. Engagementprojekte mit eigenverantwortlichem Wirken junger Menschen für ein spezifisches Ziel schaffen eine Identifikation mit gesamtgesellschaftlichen Themen.
29. Das gilt im Kleinen wie im Großen. Man „kümmert sich um etwas“, etwas „liegt einem am Herzen“. Aus diesem Grund wird durch die Arbeit der Jugendverbände und der politischen Jugendbildung ein zentraler Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Wertedefinition geleistet.

### **Jugendliche mit Migrationshintergrund**

30. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund stehen aufgrund der verschiedensten Anforderungen und Belastungen, welche im ganz hohen Maße unmittelbare Folgen der Migration sind, unter einer besonderen Betroffenheit. Diese Belastungen und Anforderungen finden sich in nahezu allen Bereichen des Lebensalltags, in der Schule, im Beruf, in der Familie und natürlich auch in ihrem Freizeitverhalten. In all diesen Bereichen werden diese jungen Menschen mit kulturellen Brüchen

konfrontiert und in deren Bewältigung von Staat und Gesellschaft oft allein gelassen. Eine bessere Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist nötig.

31. Das Gespräch mit den Experten hat hier interessante Verbesserungsvorschläge vorgebracht. Positive Ansätze und Projekte zur besseren Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund müssen ausgebaut werden. Hier stehen alle in der Verantwortung. Kindergärten und Schulen können beispielsweise einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie früh und aktiv die Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördern. Auch der enorme Einfluss der Medien ist zu betonen.
32. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist ein wichtiger Faktor für ein Engagement jugendlicher Migrantinnen und Migranten in Beteiligungsprojekten. Häufig sind es sprachliche und kulturelle Barrieren, die diese Kinder und Jugendliche immer häufiger im sozialen Umfeld ihrer ethnischen Herkunft verweilen lassen. Eigene Cliques mit eigenen und speziellen Verhaltenskodexen und kulturellen Normen sind häufig die Folge.
33. Die eingeladenen Experten aus der offenen Jugendarbeit tragen hier eine besondere Verantwortung. Gerade in offenen Beteiligungsprojekten können in einem integrativen Prozess jugendliche Migranten zusammen mit deutschen Jugendlichen gemeinschaftlich arbeiten. Dies führt in der Regel zu einer Verbesserung der Integration.

#### **Schulunterricht und Politikinteresse**

34. Im Verständnis vieler Jugendlicher und ihrer Familien ist die Schule der zentrale Ort, wo über die gesellschaftliche Zukunft von jungen Menschen bestimmt wird. Gute Noten, eine gute berufliche Eignung, Bewertungsskalen und abstrakte Leistungsmessungen stellen für viele jene Maßstäbe dar, an denen sich ökonomischer und gesellschaftlicher Status ausrichtet. Bedrohungsszenarien wie Arbeitslosigkeit in der Familie, im Freundeskreis oder ganz persönlich stellen die jungen Menschen unter einem enormen Druck.
35. Der Sozialkundeunterricht in den Schulen hat für Jugendliche einen entscheidenden Einfluss auf das Bild von Politik und Politikern. Neben dem Erlernen der Institutionen und der demokratischen Wege politischer Gesetzgebungsverfahren muss der Sozialkundeunterricht verstärkt auch Methoden und Inhalte zur aktiven politischen Partizipation vermitteln.
36. Die Schulen befinden sich aktuell in einer schwierigen gesellschaftlichen Lage. Häufig wird einseitig nur auf die Schulen gezeigt, wenn sich eine oftmals zu oberflächliche Öffentlichkeit über einen scheinbaren Werteverlust bei Kindern und Jugendlichen beklagt.
37. Diese Entwicklung macht die Arbeit der politischen Jugendbildung und der Jugendverbände nicht einfacher. Vereine und Jugendverbände sind verstärkt gefordert, neben Familie und Schule zur Vermittlung demokratischer Wertvorstellungen beizutragen. In dieser gemeinsamen Anstrengung in der Vermittlung von gesellschaftlichen Wertvorstellungen sollten Familien, Schulen, Jugendverbände und die politische Jugendarbeit verstärkt zusammenarbeiten. Die verstärkten Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der Ganztagschule in Rheinland-Pfalz können hier sicherlich helfen und haben schon viel zu einer Verbesserung beigetragen.

#### **Medien**

38. Die eingeladenen Experten haben immer wieder auf eine Bringschuld der Medien hingewiesen. Diese dürften in ihren jungen Zuschauern nicht nur junge Konsumenten sehen. Neben den öffentlich-rechtlichen Medien müssen sich ebenfalls die privaten Sender, hier auch die Musikkanäle, mehr auf die Jugendlichen einstellen.
39. Sendeformate, die den Jugendlichen Politik und politische Prozesse erklären und darstellen, müssen endlich viel nachhaltiger erprobt und langfristig etabliert werden. Einzelne „Alibisendungen“ bringen dabei nicht viel.
40. Langfristig geplante Formate könnten bei vielen Jugendlichen die Erkenntnis erleichtern, dass ihr potentielles politisches oder soziales Engagement anerkannt und beachtet wird. Der Einfluss auf die Motivationsbereitschaft bei jungen Zuschauern wäre nicht zu übersehen.

#### **Jugendverbände und politische Jugendbildungsarbeit**

41. Auch die Jugendverbände und die politische Jugendbildungsarbeit spüren Veränderungen im Engagement von Kindern und Jugendlichen. Genau wie politische Parteien und andere Organisationen sind sie auf die Engagementbereitschaft und das Interesse von Jugendlichen angewiesen. Ohne jugendliche Teamerinnen und Teamer ist keine sinnvolle Arbeit beispielsweise im Sportverein, in der Kirche oder etwa bei den Pfadfinderinnen und Pfadfindern möglich.
42. Es ist sehr erfreulich, dass die vielen unterschiedlichen Projekte und Initiativen rheinland-pfälzischer Vereine und Organisationen immer noch eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen begeistern. Gerade durch ein Engagement im Verein können Kinder und Jugendliche sich selbst ausprobieren und lernen viele besonders auch soziale Kompetenzen für ihr späteres Leben. Eine interessante Jugendverbandsarbeit und Jugendbildungsarbeit leistet einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag in der ganzheitlichen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.
43. Viel mehr als etablierte politische Organisationen müssen Jugendverbände und die politische Jugendbildungsarbeit auf aktuelle Veränderungen in den Interessenmotiven, der Aufnahmebereitschaft und den Hemmschwellen der Jugendlichen vor einem Engagement eingehen.



44. In den Empfehlungen der Enquete-Kommission sollte auf die positiven Erfahrungen der Jugendverbände und der politischen Jugendbildungsarbeit deutlich hingewiesen werden.
45. An erster Stelle stehen hier sicherlich Notwendigkeiten und Maßnahmen, wie beispielsweise eine breitere inhaltliche und methodische Ausgestaltung von Partizipationsangeboten, eine bessere Vermittlung von Engagementfeldern und Engagementthemen mit klaren Zeit- und Arbeitsstrukturen sowie eine passendere Vermittlung des unmittelbaren persönlichen Nutzens, der sich mit der Aufnahme eines ehrenamtlichen Engagements notwendigerweise ergibt.
46. In diesem Zusammenhang spielt die finanzielle Absicherung von Jugendarbeit eine wichtige Rolle. Der bestehende finanzielle Rahmen sollte abgesichert und zielorientiert verbessert werden.
47. In der Jugendverbandsarbeit, in der politischen Jugendbildungsarbeit und besonders auch in der offenen Jugendarbeit, sind es oft die Jungen und die jungen Männer, welche Partizipationsideen und deren praktische Ausgestaltung bestimmen.
48. Diese Dominanz männlicher Interessenlagen und Cliquenstrukturen wird von den Jugendverbänden und der politischen Jugendbildungsarbeit erkannt. Es muss das gemeinsame Ziel von allen Beteiligten sein, hier eine deutliche Steigerung des Mädchen- und Frauenanteils zu erreichen.
49. Die verbandliche Jugendarbeit versucht, hier durch eine verstärkte Einführung von Mädchenspezifischen Partizipationsangeboten und Engagementprojekten gegenzusteuern. Die Enquete-Kommission stellt in diesem Zusammenhang fest, dass unter den eingeladenen Expertinnen und Experten der Anteil an Expertinnen verschwindend gering war. Gerade weibliche Teamerinnen, Projektleiterinnen oder sonst Verantwortliche sind Vorbilder für junge Frauen und Mädchen. Auf die Erhöhung der Zahl von qualifizierten weiblichen Fachkräften in den Projekten vor Ort, aber auch auf der Leitungsebene von Jugendverbänden sollte verstärkt hingearbeitet werden. Dass dies natürlich in gleichem Maße für die gesamte Gesellschaft und besonders für die Politik gilt, ist unbestritten.
50. Die Arbeit und die Partizipationsprojekte der Jugendverbände und der politischen Jugendbildung richten sich auch an sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche. Hier ist ganz besonders auf die vielfältigen Projekte der offenen Jugendarbeit hinzuweisen. Die Enquete-Kommission zeigt ihre Achtung gegenüber der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der offenen Jugendarbeit und in den Jugendverbänden, die mit viel Engagement und Überzeugung sich dieser Jugendlichen annehmen, ihre Probleme ernst nehmen und zusammen an individuellen Lösungswegen arbeiten.
51. Viele arbeitslose Jugendliche nehmen die Angebote und Hilfe der offenen Jugendarbeit wahr. Die ganz individuellen Problemlagen und Situation der Jugendlichen bedürfen ebenso spezieller Partizipations- und Hilfeangebote der Jugendarbeit. Gerade hier darf das Wort „Perspektive“ nicht zur leeren Worthülse verkommen.

## 6. Empfehlungen und Schlussfolgerungen

52. Die Politik sollte ihr Handeln, ihre Präsentationsformate und ihre Gewohnheiten in einem ständigen Prozess mit der Lebenswirklichkeit und dem Verständnis von Kindern und Jugendlichen abgleichen.
53. Die Formen, die Inhalte und die Methoden von politischer Bildung in der Schule, in den Jugendverbänden und in der Jugendbildung muss intensiver kommuniziert und bearbeitet werden. Eine gemeinsame Plattform mit regelmäßigen Treffen von Verantwortlichen wäre hier sicher hilfreich.
54. Die ehrenamtliche Arbeit von Jugendlichen in Verbänden muss dort, wo Jugendliche Verantwortung über Menschen oder Dinge übernehmen, übersichtlicher gestaltet werden. Bürokratische Hürden müssen aus dem Weg geräumt oder vereinfacht werden.
55. Jugendliche sehen sich häufig komplizierten gesellschaftlichen Zusammenhängen, Anforderungen und Erwartungen gegenüber. Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendverbänden und der politischen Jugendbildung sind sich ihrer Rollen als Orientierungsinstanzen und Vorbilder für Kinder und Jugendliche bewusst. Fortbildungsmaßnahmen in diesem Bereich wären gleichwohl empfehlenswert.
56. Freiwilliges Engagement in Projekten dient Jugendlichen als Ort zum Erlernen von Kompetenzen und zur Qualifikation. Dies hat große Bedeutung für ein späteres berufliches Leben. Ehrenamtliches Engagement, beispielsweise in der Jugendfeuerwehr, im Sportverein oder bei den Pfadfinderinnen und Pfadfindern, qualifiziert Kinder und Jugendliche. Deshalb darf eine Teilnahmemöglichkeit an bestimmten Projekten nicht exklusiv von der Zahlung vorheriger Teilnahmegebühren durch Kinder- und Jugendliche oder deren Familie abhängig sein.
57. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist in Rheinland-Pfalz schon weit fortgeschritten. Die Idee und die Ausformulierung der Bürgergesellschaft bleibt eine wichtige und entscheidende Zukunftsaufgabe der Politik. Speziell die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen muss im Rahmen dieser Agenda weiter diskutiert, erprobt und ausformuliert werden.

**Zur Förderung von mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Jugendverbandsarbeit und der politischen Jugendbildung empfiehlt die Enquete-Kommission „Jugend und Politik“:**

58. Weitere Gewährleistung beziehungsweise zielorientierter Ausbau von kostenlosen oder zumindest kostengünstigen themenspezifischen Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter.
59. Die Freistellungsregelungen für ehrenamtlich engagierte junge Menschen in Rheinland-Pfalz sollten breiter in der Öffentlichkeit, vor allem in den Jugendverbänden und Schulen, kommuniziert und beworben werden.
60. Jugendliche, die in einem Jugendverband oder sonst eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben, klagen oft über bürokratische Hürden und Hilflosigkeit gegenüber der oft hohen Verantwortung. Die Einführung von Weiterbildungsseminaren und die Vereinfachung oder der Abbau von allzu bürokratischen Vorschriften in der öffentlichen und verbandsinternen Verwaltung müssen diskutiert werden.
61. Engagement von Kindern und Jugendlichen muss von der Gesellschaft anerkannt werden. Häufig greifen etablierte Anerkennungsformen zu kurz und sind nicht Teil der Lebenswelt von jungen Leuten. Die Schaffung einer Anerkennungskultur, die Teil der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen ist, in der Schule, in der Jugendarbeit und der Jugendbildung, muss gefunden und erprobt werden.
62. Im Rahmen von Kürzungsdebatten besteht die Gefahr, dass angesichts leerer finanzieller Kassen die Höhe der Unterstützung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit immer wieder zur Diskussion steht. Andere Investitionsfelder werden oft als drängender gewertet. Es sollte das Ziel aller politischen und gesellschaftlichen Akteure sein, ein Verständnis zu schaffen, dass jeder Cent, der für den Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausgegeben wird, im hohen Maße die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung bestimmt. Kinder und Jugendliche, die heute lernen, wie man gemeinsam und verantwortungsvoll mit seinen Mitmenschen und der Umwelt umgeht, sind fit für Zukunft. Das ist dann wirklich eine Zukunftsinvestition.

## II. Gespräch mit Kindern und Jugendlichen am 15. Oktober 2004

### 1. Vorbereitung des Gesprächs

Der Vorgabe des Einsetzungsbeschlusses<sup>127)</sup> in Ziffer II.1. Abs. 2 S. 1 folgend, wonach die Anhörung kind- und jugendgerecht gestaltet werden soll, entschieden die Mitglieder der Enquete-Kommission, die Anhörung in Form eines Gesprächs unter der Leitung externer Moderatorinnen durchzuführen.<sup>128)</sup> Als Gesprächsort wurde das Kulturzentrum Mainz (KUZ) gewählt.<sup>129)</sup>

Die Anhörung – so der Einsetzungsbeschluss in Ziffer II. 1. Abs. 2 S. 2 f. – soll Aufschlüsse über die Art des Engagements Jugendlicher, ihre Motivation und den Stellenwert, den es in ihrem Leben hat, geben und soll weiterhin aufzeigen, was junge Menschen unter erfolgreicher Partizipation verstehen und welche Anforderungen sie an Politik und an die in der Politik handelnden Personen haben. An dieser Zielsetzung richteten die Moderatorinnen den Verlauf ihres Gesprächs aus.

### 2. Das Gespräch mit den Kindern

Das Gespräch mit den zehn- bis 14-jährigen Kindern fand am 15. Oktober 2004 im Kulturzentrum Mainz (KUZ) unter der Leitung von Frau Grieshuber statt.

Die Ergebnisse des Gesprächs mit den Kindern und Jugendlichen wurden teilweise visualisiert und durch die Landtagsverwaltung auf einer CD-ROM zusammen mit weiteren Photos den Beteiligten zur Verfügung gestellt.

#### a) Wesentlicher Verlauf des Gesprächs mit Kindern

In einer ersten Runde stellten die Kinder sich und das Projekt bzw. den Verein, an dem sie beteiligt sind oder waren, vor. Hier wurde deutlich, warum sich Kinder für bestimmte Projekte engagieren, und woher die Initiative für dieses Engagement stammt.

Im zweiten Teil sollten sich die Kinder in Kleingruppen zu folgenden Themen Gedanken machen:

- Was heißt für euch Politik; was ist für euch dieser Begriff?
- Was findet ihr gut an Politik oder Politikerinnen und Politikern?
- Was nervt euch an Politik, oder was findet ihr daran nicht so gut?<sup>130)</sup>

In einem abschließenden Teil bat die Moderatorin die Kinder, ihre Wünsche zu formulieren, das heißt, sie fragte danach, was Kinder bestimmen würden, wenn sie die Regeln festlegen dürften.

127) Drucksache 14/3254.

128) Beschlussprotokoll der 2. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 30. Juni 2004, S. 1 f.

129) Vgl. zu den Planungen das Protokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 3 bis 7; Beschlussprotokoll der 3. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 2. September 2004, S. 1 f.; Protokoll der 4. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 16. September 2004, S. 5 ff. und Beschlussprotokoll gleichen Datums, S. 2.; eine Übersicht über die einzuladenden Kinder und Jugendlichen für das Gespräch am 15. Oktober 2004 findet sich in der Vorlage EK 14/3-12.

130) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 11.

**b) Teil 1 des Gesprächs**

Gleich zu Beginn, als die Kinder sich und ihre Beteiligungsprojekte wie etwa solche im Rahmen der Spielleitplanung (Wasserspielplatz<sup>131)</sup>, Baumhaus<sup>132)</sup> vorstellten, wurde deutlich, dass sie sich alle mit Freude engagieren. Sie benötigen allerdings eine Anleitung oder einen Anstoß von Erwachsenen<sup>133)</sup>, und etwa dann, wenn es sich um ein konkretes Projekt handelte, eine kontinuierliche Begleitung durch die Erwachsenen; oft war auch eine finanzielle Unterstützung erforderlich.<sup>134)</sup>

Es fiel auf, dass sich die Mehrzahl der Kinder zwar gerne an einem Projekt beteiligt hat, dass dieses aber auch schnell wieder in Vergessenheit geriet, wenn es nur eine einmalige Aktion war.

Ausgehend von dem Projekt einer Kinderzeitung<sup>135)</sup> wurde erkennbar, dass sich die Kinder fast alle für das, was in ihrem Wohnort passiert, interessieren und oftmals auch die Tageszeitung (ganz oder teilweise) – zumindest während der Ferien – lesen.<sup>136)</sup> Oftmals würden sie aber nicht verstehen, über was berichtet wird; dies sei bei der Rhein-Zeitung und der Kinderseite anders; diese Seite sei so einfach geschrieben, dass Kinder sie verstehen könnten.<sup>137)</sup>

Teilweise würden auch Nachrichten angesehen.<sup>138)</sup> Die Kinder wiesen hier darauf hin, dass sie die „normalen“ Nachrichten nicht verstehen und Probleme hätten, Politiker – rein sprachlich – zu verstehen.<sup>139)</sup> Kindern war daher die Nachrichtensendung „Logo!“ ein Begriff, die deshalb gerne gesehen wird, weil hier schwierige Fremdwörter erklärt werden.

**c) Teil 2 des Gesprächs**

Im zweiten Teil des Vormittags wurden Arbeitsgruppen zu folgenden Themen gebildet:

- Was heißt für euch Politik; was ist für euch dieser Begriff?
- Was findet ihr gut an Politik oder Politikerinnen und Politikern?
- Was nervt euch an Politik oder was findet ihr daran nicht so gut?<sup>140)</sup>

Neben vielen positiven Antworten, z. B., dass Politik versuche, Probleme zu lösen oder die Welt zu verbessern, wurde auch bemerkt, Politik sei nur etwas für Erwachsene, da man erst ab einem bestimmten Alter wählen dürfe.<sup>141)</sup> Als nervend wurde empfunden, dass Politiker sich immer stritten und der Eindruck herrscht, dass sich einige Politiker nicht um die Menschen kümmern, sondern nur um ihre eigene Macht.

In einem abschließenden Teil bat die Moderatorin die Kinder, ihre Wünsche dahingehend zu äußern, welche Regeln sie aufstellen wollten, wenn sie Entscheidungsmacht hätten. Neben vielen Antworten wie „mehr Schwimmbäder und Spielplätze bauen“<sup>142)</sup> wurde u. a. auch gesagt:

- Selbst wählen gehen.
- Für den Umweltschutz einsetzen.
- Die Steuern besser verteilen.
- Vereine finanziell unterstützen.
- Mehr Geld für Schulen und Bildung investieren.
- Den Leuten eine Chance geben, in der Politik mitzureden.
- Billigere Fahrkarten für Kinder.
- Härtere Strafen für Leute, die Kinder misshandeln.
- Markenklamotten verbieten.<sup>143)</sup>

131) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 1 f.

132) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 2.

133) Vgl. hierzu etwa das Projekt der Kinderzeitung und die Anfrage durch die Erwachsenen, Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 5 f.

134) Finanzierung des Wasserspielplatzes durch den Bürgermeister, Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 2; Bau des Baumhauses durch Gemeindearbeiter, Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 3; zur möglichen Unterstützung des Angelvereins beim Ausbau der Ufer durch den Bürgermeister Protokoll a. a. O., S. 7; zur Finanzierung eines Abenteuerspielplatzes durch den Verkauf von Kinderkalendern Protokoll a. a. O. S. 3.

135) Vgl. zu einer Kinderzeitung Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 3 und 5 f.

136) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 3.

137) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 4.

138) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 5.

139) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 4 („Hartz IV“) und S. 12.

140) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 12.

141) ebd.

142) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 13.

143) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 12 bis 15.

### 3. Das Gespräch mit den Jugendlichen

Das Gespräch mit den 14- bis 20-jährigen Jugendlichen fand am 15. Oktober 2004 im Kulturzentrum Mainz (KUZ) unter der Leitung von Ramona Rasic statt.

#### a) Wesentlicher Verlauf des Gesprächs mit den Jugendlichen

Zu Beginn durften die Jugendlichen sich auf einer Tafel zur Feststellung äußern „Für mich ist Politik wie . . . “. Die Jugendlichen ergänzten dies durch Feststellungen wie „Theater“, „ein schöner Versuch“, „ein Buch mit sieben Siegeln“, „grundlegend und weltverändernd“, „Medizin. Es schmeckt scheußlich, ist aber notwendig.“<sup>144)</sup>

Im Laufe des ersten Teils der Diskussion im Plenum um Jugend und Politik bzw. Partizipation wurde zunächst über den Lebensraum Schule – insbesondere den Sozialkundeunterricht – gesprochen. Es folgte eine Diskussion über Beteiligungsmöglichkeiten und Möglichkeiten der Mitbestimmung von Jugendlichen. Es wurde über Politikerinnen und Politiker, deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, aber auch über die persönlichen Eindrücke der Jugendlichen diskutiert, und es wurde auf die Rolle der Medien und die jugendgerechte Vermittlung von Politik eingegangen.

Im zweiten Teil des Nachmittags wurden Kleingruppen zu den folgenden Themen gebildet:<sup>145)</sup>

- Politik an Schulen
- Was ist Politik für mich?
- Wunschpolitiker
- Wie kann ich mich als Jugendlicher in unserer Gesellschaft politisch informieren?
- Jugendgerecht (mangels Beteiligung entfallen).

#### b) Teil 1 des Gesprächs:

##### aa) Schule/Sozialkundeunterricht

Die anwesenden Jugendlichen waren sich durchaus bewusst, dass sie – auch aufgrund ihrer Anwesenheit – zu denjenigen gehören, die bereits Eigeninitiative ergriffen haben, und Politik als interessant einschätzen. Zu klären war, warum dies nicht für alle Jugendlichen gilt, und wie diese an Politik herangeführt werden können.<sup>146)</sup>

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Schule der zentrale Ort ist, um Jugendliche zu erreichen.<sup>147)</sup> Dem schulischen Bereich komme insbesondere deswegen eine besondere Bedeutung zu, weil hier das Interesse eher gegeben sei, als wenn Jugendliche sich politische Kenntnisse in ihrer Freizeit aneignen müssten. Besonders wichtig sei der Sozialkundeunterricht.<sup>148)</sup> Über diesen könnten sich die Jugendlichen in das Thema einfinden und sich dann – in ihrer Freizeit – mehr für das, was sie etwa im Radio und in den Nachrichten hören, interessieren.<sup>149)</sup>

Es wurde darauf verwiesen, dass Sozialkundeunterricht mit ein bis zwei Wochenstunden als zuletzt dazukommendes Fach erst ab Klasse 9 unterrichtet werde, und daher vorgeschlagen, Sozialkunde früher und mit einer höheren Stundenzahl anzubieten, auch um dem Eindruck entgegenzutreten, als zuletzt dazugekommenes Fach sei Sozialkundeunterricht nicht mehr so wichtig.<sup>150)</sup> Ergänzend wurde angeregt, einen Projekttag an den Schulen anzubieten, um die Schülerinnen und Schüler über Politik zu informieren und ihnen die Gelegenheit zu geben, Fragen an Politiker zu richten.<sup>151)</sup> Es wurde ferner vorgeschlagen, den Landtag zu besuchen, um sich vor Ort darüber zu informieren, wie und in welchen Bereichen Politik tätig ist.<sup>152)</sup> Auch wurde angeregt, die Jugendlichen eigene Ideen und Vorschläge erarbeiten zu lassen, um diese anschließend offiziell dem Landtag zu überreichen.<sup>153)</sup>

144) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil II, S. 6.

145) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 20 ff.

146) So etwa Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 11.

147) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 2 und 3.

148) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 3.

149) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 3; in diese Richtung auch die Äußerung auf S. 5.

150) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 2; Vorlage EK 14/3-21, S. 2 f.; Vorlage EK 14/3-29, S. 1; vgl. demgegenüber aber die Äußerung auf S. 5 des Protokolls, wonach an einer Schule Sozialkundeunterricht bereits ab der 7. Klasse mit zwei Wochenstunden erteilt worden sei.

151) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 2.

152) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 5.

153) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 10 f.; vgl. zur Einbeziehung von Jugendlichen in einem Ort mit 5 000 Einwohnern Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, S. 11.

Ein Teilnehmer machte deutlich, dass nicht allein der zeitliche Umfang des Sozialkundeunterrichts ausschlaggebend sei, sondern dass es auch auf den Inhalt ankomme, man müsse vermitteln, dass Demokratie etwas Besonderes und nicht selbstverständlich sei; es sei wichtig, selbst etwas zu tun und Verantwortung zu übernehmen.<sup>154</sup> Der Sozialkundeunterricht dürfe daher nicht darauf angelegt sein, Wissen in die Schülerinnen und Schüler „hineinzustopfen“, sondern es müsse ein politisches Bewusstsein vermittelt werden, man müsse den Jugendlichen einen Anreiz geben, etwas zu tun.<sup>155</sup>

In diesem Zusammenhang wurde gefordert, bereits in der 9. Klasse im Rahmen des Sozialkundeunterrichts über Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche wie etwa den Stadtschülerrat, den Jugendrat oder den regionalen Arbeitskreis zu informieren.<sup>156</sup>

#### bb) Beteiligung und Politik

Bei der Frage, warum die Beteiligung und das Interesse an Politik bei Jugendlichen oftmals so gering sei, wurde – neben dem Umstand, dass Politik und Engagement zusätzliche Arbeit und Einsatz erforderten<sup>157</sup> – zum einen darauf verwiesen, dass Politik oftmals sehr förmlich und trocken sei, dass Fachbegriffe wie etwa „Fraktion“ existierten, mit denen Jugendliche oftmals nichts verbinden würden;<sup>158</sup> viele der Themen würden Jugendliche auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betreffen.<sup>159</sup> Neben fehlendem Wissen und angesichts des langwierigen Prozesses, sich in Politik hineinzufinden,<sup>160</sup> seien Jugendliche aber auch oftmals der Auffassung, dass sie nichts verändern könnten – insbesondere weil sie noch nicht wählen könnten<sup>161</sup> – warum also sollten sie sich informieren.<sup>162</sup>

Ein Anreiz, um Jugendliche zu einem politischen Engagement oder einem Interesse für Politik zu bewegen, könnte daher darin bestehen, ihnen zu zeigen, dass Politik Spaß macht und dass sie etwas bewegen können.<sup>163</sup> Bei mehr Information und dann, wenn man mitentscheiden könnte, wäre es „sicher eine klasse Sache“.<sup>164</sup>

Als ein Beispiel für eine Beteiligung Jugendlicher wurde der Jugendrat genannt,<sup>165</sup> zugleich aber auch darauf verwiesen, dass bei Jugendlichen vor allem auch der zeitliche Rahmen berücksichtigt werden müsse; Ergebnisse sollten noch während ihrer Jugend – und nicht erst Jahre später – erarbeitet bzw. umgesetzt werden.<sup>166</sup>

#### cc) Politikerinnen und Politiker

Vor dem Hintergrund des Wunsches von Jugendlichen, zusammen mit den Erwachsenen in den Parlamenten zu sitzen und sich so direkt einbringen zu können,<sup>167</sup> wurde diskutiert, in welchem Umfang Jugendlichen selbst Entscheidungskompetenzen zugesprochen werden sollten, und ob die Letztentscheidung nicht doch in den Händen der erfahreneren Politikerinnen und Politiker verbleiben soll.<sup>168</sup> In diesem Zusammenhang wurde das Alter von Politikerinnen und Politikern auch unter dem Blickwinkel, inwieweit junge Menschen besser Politik für Jüngere machen können, kontrovers diskutiert.<sup>169</sup> An dieser Stelle der Diskussion wurde allerdings auch deutlich, dass es nicht so sehr um die eigentliche Entscheidung, sondern vielmehr um die Zusammenarbeit zwischen den Generationen<sup>170</sup> und darum ging, dass die Jugendlichen ernst genommen werden möchten, dass Politiker ihnen zuhören sollen und dass gute Vorschläge der Jugendlichen seitens der Politik übernommen werden sollten.<sup>171</sup>

154) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 4; vgl. zu einer möglichen inhaltlichen Ausgestaltung sowie Politik als Hauptfach Vorlage EK 14/3-29.

155) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 4.

156) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 6; vgl. demgegenüber aber die Äußerung auf S. 6 des Protokolls, wonach an einer Schule zumeist in der 9. oder 10. Klasse Jugendratsmitglieder von den Lehrern angesprochen und gebeten würden, über den Jugendrat im Sozialkundeunterricht zu informieren.

157) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 6.

158) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 5.

159) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 7.

160) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 7; zur Schwierigkeit, Politik – insbesondere in den Nachrichten – zu verstehen, auch Protokoll, S. 9.

161) Vgl. zur Ablehnung der Teilnahme einer Jugendlichen an einer Bürgerinitiative wegen Unterschreitung des Wahlalters Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 12; zur Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters bzw. des Einsatzes anderer Instrumentarien zur Beteiligung von Jugendlichen Vorlage EK 14/3-29, S. 2; Protokoll der 6. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 5. November 2004, S. 15 und 19 f.

162) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 3 und 5.

163) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 5 und 7.

164) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 7.

165) Vgl. zu einer kritischen Äußerung hinsichtlich der Diskussionen im Jugendrat und der Schwierigkeit, bei zahlreichen Einzelmeinungen das eigene Ziel zu erreichen, Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 7.

166) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 6.

167) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 1.

168) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 9 f.

169) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 9 f. und S. 15 ff.

170) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 17.

171) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 10.

Es wurde honoriert, dass Politikerinnen und Politiker Schulen besuchen und dort an Veranstaltungen teilnehmen oder Schirmherrschaften übernehmen und dass die Möglichkeit besteht, bei Studienfahrten Abgeordnete zu besuchen. Doch wurde dies gerade in Wahlkampfzeiten auch durchaus kritisch beurteilt, wenn etwa nur der Wahlkampf „durchgezogen“ wurde, keine Zeit für Fragen oder Diskussionen blieb,<sup>172)</sup> oder wenn bei offiziellen Anlässen mit den Jugendlichen kein Wort gewechselt worden sei, und vielmehr der Auftritt für die Presse im Vordergrund gestanden habe. Politiker wurden oft als zu „unauthentisch“ erfahren.<sup>173)</sup> Gewünscht wurde, dass Politiker morgen noch hinter den Versprechungen von heute stünden.<sup>174)</sup>

Persönliche Gespräche hingegen bewirkten oft ein ganz anderes Bild,<sup>175)</sup> und die Jugendlichen waren sich durchaus bewusst, dass die Terminkalender von Abgeordneten „randvoll“ sind<sup>176)</sup>. Sie differenzierten auch zwischen der Bundes-, Landes- und Kommunalebene. So wurde etwa von einer positiven Erfahrung im Rahmen des zweiten Koblenzer Jugendforums, an dem relativ viele Kommunalpolitiker teilgenommen hätten,<sup>177)</sup> ebenso berichtet wie über die Menschlichkeit eines Bürgermeisters, der mit 86 % der Stimmen wiedergewählt worden sei;<sup>178)</sup> in kleinen Dörfern sei nicht die Partei entscheidend, sondern die Person.<sup>179)</sup> Lokal und regional liege eine größere Nähe von Bürgern zu den Politikern vor, als das bei Bundespolitikern der Fall sei.

#### dd) Medien

Es wurde im Laufe des Gesprächs deutlich, dass die Jugendlichen im Moment Informationen über das politische Geschehen aufgrund des anspruchsvollen und komplexen Stoffes nur schwer über die Medien beziehen können; Sender, die Nachrichten und Informationen über Politik vermitteln – wie etwa ARD, ZDF, DeutschlandRadio – werden nicht von den Jugendlichen gesehen oder gehört.<sup>180)</sup> Eine Entsprechung zur Kindersendung „Logo!“ für Jugendliche bei den durch Jugendliche frequentierten Sendern wie RTL, MTV oder VIVA fehle.<sup>181)</sup> Ein Teilnehmer verwies darauf, dass er, obwohl politikinteressiert, aufgrund ihrer Kompliziertheit niemals die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kaufen und lesen würde.<sup>182)</sup> Es wurden daher neue Formate und Plattformen gefordert, die Vertrauen schaffen.<sup>183)</sup>

Einigkeit bestand dahingehend, dass Jugendliche eher erreicht werden können, wenn Nachrichten moderner, jugendlicher und jugendgerechter gestaltet würden.<sup>184)</sup> Vorgeschlagen wurde in diesem Zusammenhang eine Kooperation mit den Sendern<sup>185)</sup>, Schulen und der Politik<sup>186)</sup> – etwa dadurch, dass man Jugendliche zu Talkshows einlädt<sup>187)</sup> – und die Vermittlung von Politik an Jugendliche durch Jugendliche, indem etwa eine Nachrichtensendung von Jugendlichen ausgearbeitet und moderiert wird.<sup>188)</sup> Vorgeschlagen wurde ferner eine „Kombination“ aus einer erhöhten Zahl von Sozialkundestunden und

172) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 10.

173) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 12, vgl. insbesondere die Äußerung „Politiker machen superschlecht Werbung für sich bei den Jugendlichen.“

174) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 15; vgl. etwa auch S. 16: „Mein Wunschpolitiker opfert sich für das Allgemeinwohl und nicht das Allgemeinwohl für seine Macht.“; S. 17: „Visionen; dass die Politik zukunftsorientierter sein muss.“; S. 17/18: „Lösen von der Parteischiene“; S. 18: Gewissensunterworfenheit der Abgeordneten.

175) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 13 (Teilnahme an einem Landtagsseminar in Mainz, Übergabe von Gesetzesvorschlägen an Abgeordnete des Bundestages); vgl. zur Vermittlung eines schlechten Bildes von Politikern durch die Medien, Protokoll der 6. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 5. November 2004, S. 16 und 17.

176) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 13.

177) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 14.

178) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 18.

179) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 19.

180) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 2; vgl. demgegenüber allerdings Protokoll, S. 3, wo darauf verwiesen wird, dass in der Umgebung eines Gesprächsteilnehmers durchaus seitens der Jugendlichen ARD und ZDF gesehen werde und dass die Jugendlichen überraschend gut informiert seien. Zur Diskussion über eine „Holschuld“ der Jugendlichen Protokoll der 6. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 5. November 2004, S. 16, 20 und 21.

181) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 8.

182) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 8.

183) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 8.

184) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 2 und S. 9; zu Politiksendungen für Jugendliche auch Vorlage EK 14/3-29, S. 1; zur Frage, was jugendgerecht sei, Protokoll der 6. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 5. November 2004, S. 16 und 20.

185) Speziell zu einer möglichen Kooperation mit den Verantwortlichen von MTV und VIVA auf freiwilliger Basis Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 8; kritisch Protokoll der 6. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 5. November 2004, S. 15.

186) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 2.

187) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 8.

188) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 7.

jugendgerechten Sendungen dahingehend, dass im Politikunterricht ein aktuelles Thema behandelt werden soll, dieses durch die Fernsehanstalten begleitet wird, und diese später darüber die Öffentlichkeit informieren, damit die Ideen der Jugendlichen Eingang in die öffentlichen Diskussionen finden können. <sup>189)</sup> Ein Jugendlicher berichtete über ein Projekt an seiner Schule; dort sei man mit der „Frankfurter Rundschau“ sehr intensiv in Gesprächen, um z. B. eine Zeitung für Jugendliche zu erstellen. <sup>190)</sup>

### c) Teil 2 des Gesprächs

Im zweiten Teil des Nachmittags wurden Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen gebildet: <sup>191)</sup>

- Politik an Schulen
- Was ist Politik für mich?
- Wunschpolitiker
- Wie kann ich mich als Jugendlicher in unserer Gesellschaft politisch informieren?
- Jugendgerecht.

Mangels Beteiligung entfiel die Gruppe zum Thema „jugendgerecht“. In den übrigen Gruppen wurden die folgenden Ergebnisse erarbeitet:

#### 1. Politik an Schulen:

Es sollte an jeder Schule eine Schülervertretung (SV) geben. Die SV sollte bei Entscheidungen an den Schulen auch wirklich berücksichtigt werden; Schülerinnen und Schüler sollten so direkt Einfluss nehmen können. Damit entstünde eine Art Basisdemokratie, bei der die Schülerinnen und Schüler über wichtige Sachen in der Schule mitbestimmen könnten. Schülerinnen und Schüler sollten darüber hinaus über weitere Beteiligungsmöglichkeiten wie etwa die Landesschülervertretung oder den Stadtschülerrat informiert werden. Ferner sollten Schülerinnen und Schüler, die spezielle Fragestellungen vertiefen möchten, auf die Möglichkeiten und Angebote der Landeszentrale für politische Bildung hingewiesen werden. Vor einem Besuch von Politikern an Schulen sollten die Schülerinnen und Schüler das Gespräch inhaltlich vorbereiten, und es sollte die Möglichkeit bestehen, konkrete Themen weiterzuverfolgen und sich kontinuierlich zu informieren. Gefordert wird ferner, dem Sozialkundeunterricht mehr Zeit einzuräumen, seine Wichtigkeit zu betonen und Politik bereits ab der siebten Klasse zu unterrichten. Innerhalb des Unterrichts sollten sich die Schülerinnen und Schüler mit aktuellen politischen Fragen auseinander setzen und Vorschläge erarbeiten. <sup>192)</sup> Es wurde ferner vorgeschlagen, in vielen Schulen in Rheinland-Pfalz oder auch in anderen Bundesländern ein aktuelles politisches Thema zur Diskussion zu stellen, zu dem Schülerinnen und Schüler Vorschläge ausarbeiten und Forderungen an die Politik stellen sollten. Die Medien – speziell solche, die die Jugendlichen erreichen, wie MTV, VIVA und RTL – sollten über diese Forderungen informieren und eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit ermöglichen. Vorschläge der Jugendlichen könnten so in die öffentliche Diskussion einfließen. <sup>193)</sup>

#### 2. Was ist Politik für mich?

Politik sollte fair sein, Politik fängt in der Familie an, Diskutieren als Überbegriff, Entscheidungen treffen, Prioritäten setzen, (faire) Kompromisse finden. Öffentliches Handeln, zielorientiert, Gesellschaftsentwurf, Regeln für das Zusammenleben, mitgestalten, Gesetze, Entscheidungen treffen, etwas verändern, Ergebnisse erzielen, Politik als Prozess, ein friedliches Leben miteinander ermöglichen, eigene und Gruppeninteressen vertreten. <sup>194)</sup>

#### 3. Wunschpolitiker

Er sollte realitätsnah sein, seine Ideen gut vermitteln können, frei von Parteizwängen sein; der Gesichtspunkt des Prioritätensetzens wurde seitens der Gruppe nicht aufgenommen, da herausgearbeitet worden ist, dass dies (realistisch) gar nicht möglich sei. Sobald der Politiker sich einer Gruppe widme, vernachlässige er eine andere; eine Auffassung, die im Plenum nicht unwidersprochen blieb. <sup>195)</sup> Gerade seitens der Politik wurde die Notwendigkeit von Spezialisierungen auch bei Politikern entgegengehalten, die Zuordnung zu bestimmten Ausschüssen als Gegenargument genannt. Ergänzend wurde noch genannt, es sei wünschenswert, dass die Politiker dann, wenn es um Jugendthemen ginge, oder wenn sie am Jugendrat teilnehmen würden, auch zuhörten, statt Akten zu bearbeiten. <sup>196)</sup>

189) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 9.

190) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 5; zu einer viel zu umfangreichen Jugendzeitung über Politik Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, S. 10.

191) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 20 ff.

192) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 22 f. Vgl. zu einigen der hier genannten Punkte bereits Teil I des Gesprächs, Ziff. a. und den Nachweis in Fn. 12.

193) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 23.

194) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 21.

195) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 22.

196) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 25.

#### 4. Wie kann ich mich als Jugendlicher in unserer Gesellschaft politisch informieren?<sup>197)</sup>

Als Informationsmöglichkeiten wurden seitens dieser Gruppe genannt: das Internet, die Zeitung, der Fernseher, das Radio. Ferner wurde vorgeschlagen, eine „Logo!“-Sendung für Jugendliche anzubieten. Im Bereich der Printmedien biete die „Rheinpfalz“ die „xxpress“-Seite oder „X-Mac“ an, doch seien diese sehr dürrtig; optimal wäre eine Zeitung im „Jugendstil“. Wünschenswert wäre auch eine einfachere Wortwahl und kurze Sätze. Streitig diskutiert wurde die Frage, ob es Jugendliche sein müssen, die die Politik vermitteln bzw. an entsprechenden Sendungen mitwirken, bzw. inwieweit dies auch durch Erwachsene übernommen werden könne.<sup>198)</sup>

Bei der abschließenden Frage, welche Jugendlichen ihr Engagement als politisch ansehen und welche nicht, wurde wieder deutlich, dass nicht jede Form von Beteiligung, Partizipation oder sozialem Engagement der Definition von „Politik“ zugeordnet wird. So sahen sich die für das Rote Kreuz anwesenden Jugendlichen ausdrücklich als „unparteiisch und unabhängig“, ihr Engagement mithin grundsätzlich nicht als politisch an.<sup>199)</sup>

#### 4. Ergebnisse/wichtigste Punkte des Gesprächs mit den Kindern und Jugendlichen

Die Anhörung der Kinder und Jugendlichen, die Aufschlüsse über die Art des Engagements Jugendlicher, ihre Motivation und den Stellenwert, den es in ihrem Leben hat, geben und weiterhin aufzeigen sollte, was junge Menschen unter erfolgreicher Partizipation verstehen und welche Anforderungen sie an Politik und an die in der Politik handelnden Personen haben, wurde in Form der wichtigsten Punkte seitens der Fraktionen der SPD und FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend zusammengefasst<sup>200)</sup> und während der Sitzung vom 5. November 2004 erörtert.<sup>201)</sup> Eine weitere Nachbereitung des Gesprächs mit den Kindern und Jugendlichen fand am 21. Januar 2005 statt.

##### a) Allgemeine Bemerkungen

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass sich die Kinder und Jugendlichen, die am Gespräch teilgenommen haben, durch ein überdurchschnittliches Engagement und Interesse an Politik auszeichneten, was eine generelle Übertragung auf „die Jugendlichen“ erschwere. Die CDU-Fraktion stellt ferner fest, dass die Rolle des Elternhauses – weil auch nicht nachgefragt – unberücksichtigt bei der Bildung von politischen Einstellungen und Meinungen geblieben sei.

##### b) Art des Engagements, Motivation und Stellenwert im Leben der Kinder und Jugendlichen

Bei den Kindern standen häufig Beteiligungsprojekte vor Ort im Vordergrund wie etwa der Bau eines Baumhauses, eines Wasserspielplatzes oder eines Abenteuerspielplatzes. Das Engagement machte den Kindern große Freude, allerdings waren Anstoß und Anleitung der Erwachsenen für die Partizipation erforderlich.

Auch für die Jugendlichen gilt, so die Fraktionen der SPD und FDP und die Auffassung des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend, dass „wohlmeinende Erwachsene“ den Beteiligungsprozess dauerhaft und ernsthaft begleiten müssen. Das MBFJ weist ausdrücklich darauf hin, dass es offene und engagierte Erwachsene brauche, die den Beteiligungsprozess begleiteten und die kein taktisches, sondern ein „moralisches“ Verhältnis von Politik vermitteln. Für das MBFJ ergibt sich als Fazit, dass Kinder und Jugendliche einerseits Verständnis und Begleitung (Faktor Zeit!), andererseits in konkreten Projekten finanzielle und fachliche Unterstützung (Faktor Geld!) brauchten.

##### c) Verständnis erfolgreicher Partizipation

Sowohl die Kinder als auch die Jugendlichen differenzierten oftmals zwischen Partizipation (Projekt, Verein) und politischem Engagement. Politik wurde z. T. seitens der Kinder und Jugendlichen als etwas angesehen, das nur für Erwachsene da sei; man dürfe auch erst ab einem bestimmten Alter wählen. Die CDU-Fraktion wies in ihren Schlussfolgerungen darauf hin, dass Jugendliche zwischen zehn und 14 Jahren zwar zum bürgerschaftlichen Engagement bereit seien, ihr Handeln jedoch oft nicht als politisch einschätzten.

Nach Auffassung der Fraktionen der SPD und FDP sollen institutionalisierte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche besser und breiter vorgestellt werden. Beteiligungsprojekte müssten den Kindern und Jugendlichen erkennbar gemacht werden.

197) Vgl. zu dieser Frage (Information als Wert an sich? Wozu?) auch Protokoll der 6. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 5. November 2004, S. 17.

198) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 23 f.

199) Protokoll der 5. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 15. Oktober 2004, Teil III, S. 25 f.; vgl. zu dieser Frage auch Vorlage EK 14/3-29, S. 2 f.

200) Vorlage EK 14/3-25; vgl. hierzu ergänzend Vorlage EK 14/3-21 sowie Vorlage EK 14/3-29.

201) Vgl. Protokoll der 6. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 5. November 2004, S. 15 bis 23; Beschlussprotokoll der 6. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 5. November 2004, S. 4 f.



Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche sollten nach Auffassung der Fraktionen der SPD und FDP mit einem sichtbaren Erfolg, zumindest mit einem Feedback verknüpft sein. Eine Beteiligung ohne Erfolg oder Antwort sei kontraproduktiv. Auch dürften beteiligungswillige Kinder und Jugendliche nicht durch verkrustete Strukturen abgeschreckt, gelangweilt oder verschlüsselt werden. Es gelte: kein Formalisierungswahn, sondern vielmehr das Bemühen um eine handlungsorientierte Beteiligung. Zu diesem Schluss kommt auch die CDU-Fraktion, wenn ausgeführt wird, dass die Bereitschaft, sich in Zukunft für etwas zu engagieren, steige, wenn Beteiligungsprojekte als positiv empfunden würden. Altersgemäße Formen der Mitsprache, der Mitwirkung und der Mitbestimmung seien motivationsfördernd, sich gesellschaftlich wie auch politisch zu engagieren – „je jünger, desto unbewusster“.

#### d) Rolle des Sozialkundeunterrichts

Der Sozialkundeunterricht nimmt nach Auffassung aller eine Schlüsselfunktion ein. Er sollte mit mehr Unterrichtswochenstunden abgehalten werden und früher als bislang beginnen. Nach Auffassung der Fraktionen der SPD und FDP würde sich eine möglichst praxisnahe Heranführung an den Politikbegriff etwa durch Einladungen an Politikerinnen und Politiker, Vor-Ort-Besuche u. a. positiver auf die Jugendlichen auswirken als eine reine Institutionenkunde allein, eine Auffassung, die die anderen Fraktionen teilen, wenn etwa die CDU-Fraktion sich für mehr Raum für politische Lernprozesse und mehr Praxisbezug ausspricht und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Behandlung aktueller Themen im Sozialkundeunterricht fordert. Die Fraktionen der SPD und FDP verweisen ferner darauf, dass dem Sozialkundeunterricht eine zentrale Rolle zukommt, wenn es darum geht, besser und breiter etablierte institutionalisierte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche wie etwa Stadtschülerrat, Jugendparlamente, Jugendarbeit vorzustellen.

#### e) Anforderungen an die Politik und an die in der Politik handelnden Personen

Bei den Kindern standen eher konkrete Forderungen an die Politikerinnen und Politiker im Vordergrund. Das Spektrum reichte von dem Wunsch nach mehr Schwimmbädern, billigeren Fahrkarten für Kinder, dem Verbot von Markenklamotten, einer besseren Unterstützung der Vereine bis hin zu mehr Umweltschutz, einer besseren Verteilung der Steuer, mehr Geld in Schulen und Bildung.

Die Kinder legten – neben vielen positiven Antworten wie etwa der, Politik versuche, Probleme zu lösen oder die Welt zu verbessern – auch dar, dass sich Politiker oft streiten und nicht um die Menschen, sondern vielmehr um ihre eigene Macht kümmerten.

Alle Fraktionen sind sich daher einig, dass Politikerinnen und Politiker greifbar und authentisch sein müssen, um für Kinder und Jugendliche glaubwürdig zu wirken. Die Fraktionen der SPD und FDP führten aus, Politiker sollten den Kindern und Jugendlichen zuhören und zu ihren Worten stehen; die CDU-Fraktion wie auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt fest, dass Jugendliche erwarten, mit ihren Problemen ernst genommen zu werden. Jugendliche erwarten, so die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass ihre Anregungen ernst genommen werden und dass Politikerinnen und Politiker authentisch sind.

Nach den Fraktionen der SPD und FDP sollten Politikerinnen und Politiker sich auf allen Ebenen ihrer besonderen Verantwortung bewusst werden, wenn sie mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten. Positives und negatives Verhalten falle augenblicklich auf und bleibe im Gedächtnis der Kinder und Jugendlichen haften. Diese Erfahrungen prägten den Begriff und die Bewertung von institutionalisierter Politik. Die CDU-Fraktion stützt dies, wenn sie darauf hinweist, dass Politiker nicht grundsätzlich als negativ gesehen werden, sondern dass vielmehr das konkrete Verhalten ausschlaggebend ist. Politik müsse sich auf die Lebenswelten der Kinder einlassen. Politikerinnen und Politiker übernähmen hier eine Schlüsselfunktion; erste Einschätzungen würden insgesamt auf den Bereich der Politik übertragen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweist darauf, dass viele politisch Aktive (nicht nur Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker) nicht richtig mit Kindern umgehen können und dass sich Jugendliche von Politikern oft nicht nur nicht ernst genommen, sondern auch für deren Zwecke „benutzt“ fühlen (für pressewirksame Fotos, ein Schirmherr, der nicht aktiv wird, usw.). Für das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend ist es erstaunlich, wie kritisch Jugendliche die „Inszenierung von Politik“ erkannt und benannt haben. Sie nähmen deutlich wahr, dass Politikerinnen und Politiker sich oft mehr für den Presseauftritt als für das eigentliche Gespräch interessierten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Auffassung, dass es schwierig ist, für etwas Interesse zu entwickeln, wenn man davon ausgeht, dass man vor der Volljährigkeit sowieso nichts verändern kann. Die Jugendlichen hätten die Empfindung, dass sie erst mit Wahlrecht von Politikerinnen und Politikern als interessante und wichtige Menschen mit eigenen Interessen und Bedürfnissen wahrgenommen werden würden.

Politik sei für einige Jugendliche wie Medizin („Es schmeckt scheußlich, ist aber notwendig.“). Jugendliche müssten in ihrer Wahrnehmung und Einschätzung wertgeschätzt und akzeptiert werden; es gehe nicht darum, sie zu belehren. Damit Politik den jungen Menschen Spaß mache, sei es wichtig, dass sie merkten, dass sie etwas (auch kurzfristig) verändern könnten.

#### f) Medien

Innerhalb der Gruppe der Kinder interessierten sich fast alle für das, was am Wohnort passiert. Sie lesen oftmals ganz oder teilweise die Zeitung, schauen Nachrichten, verstehen aber oft nicht, über was eigentlich berichtet wird. Nachrichten sind sprachlich oftmals nicht verständlich; eine Ausnahme ist die Sendung „Logo!“.

Die Fraktionen der SPD und FDP und CDU gelangen daher zu dem Ergebnis, dass die Medien Politik nur wenig jugendgerecht vermitteln. Jugendliche hätten aber großes Interesse an jugendspezifischen Politiksendungen, die bislang bei Fernsehsendern mit jugendlicher Zielgruppe – mit Ausnahme eines ersten Projektes bei VIVA – noch nicht angeboten würden, so das Ministerium

für Bildung, Frauen und Jugend. Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Auffassung, dass Jugendliche nach jugendgerechten Informationen über Politik (Jugendnachrichten auf VIVA oder RTL und/oder eine gute politische Jugendzeitschrift) suchen. Die CDU-Fraktion weist ergänzend darauf hin, dass es bei dem Begriff „jugendgerecht“ Klärungsbedarf gebe, da deutlich wurde, dass bei den Jugendlichen selbst Unklarheit darüber herrsche, wie dieser Begriff gefüllt werden solle und was sich dahinter verberge. Die Fraktionen der SPD und FDP und CDU sind der Auffassung, die Vermittlung von Politik solle von Kindern und Jugendlichen für Kinder und Jugendliche gemacht werden. Dies gelte für alle Ebenen (Schule, Lokal-/Zeitung, Rundfunk, Fernsehen, usw.). Die CDU-Fraktion weist darüber hinaus auf die Wichtigkeit des Multiplikatoren- und Solidaritätseffekts hin, wenn die Vermittlung von Politik durch Jugendliche für Jugendliche erfolge. Die Möglichkeit der Nutzung der Offenen Kanäle durch Kinder und Jugendliche – so die Fraktionen der SPD und FDP – müsse besser kommuniziert werden. Häufig werde ein politisches Fernsehformat gefordert, das direkt auf die Gruppe der Jugendlichen zugeschnitten sei. Gerade die privaten Rundfunkanstalten müssten sich ihrer besonderen Verantwortung bei der Prägung des Informationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen bewusster werden. Hier sollte gemeinsam an einer besseren Vermittlung von politischer Bildung/Kultur gearbeitet werden.

Ferner sollte in der Vermittlung von politischer Bildung/Kultur an Kinder und Jugendliche auf allen Ebenen über neue pädagogische Konzepte nachgedacht werden. Vorgeschlagen wird z. B. der Einsatz von Filmen wie „Bowling for Columbine“ mit anschließender Diskussion und die Einführung einer „Projektwoche Politik“ zeitgleich an allen Schulen mit einem zentralen Thema. Darüber sollte im Anschluss eine breite Information in den Medien erfolgen, die Vorschläge und Forderungen von Kindern zu dem zentral gestellten Thema ernsthaft darstellen und diskutieren. Anschließend könnte eine gemeinsame Diskussion darüber an vielen Orten mit den politischen Institutionen stattfinden. So würden Kinder und Jugendliche erfahren, dass ihre Diskussionsbeiträge/Lösungsvorschläge/Forderungen auch ernst genommen werden.

Die CDU-Fraktion wies darauf hin, dass es gelte, die Kinder- und Jugendarbeit deutlicher zu verstärken mit dem Ziel, Kindern und Jugendlichen mittels unterschiedlicher (altersgemäßer) Methoden Zugänge zur Politik zu ermöglichen. Die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen müsse an deren Bedürfnissen ansetzen, und die Bereitschaft zu Mitbestimmung und Teilhabe solle erreicht werden.

### III. Gespräch mit den Vertretern der politischen Jugendorganisationen am 3. Dezember 2004

#### 1. Vorbereitung des Gesprächs mit den Vertretern der politischen Jugendorganisationen

Die Kommission hatte die politischen Jugendorganisationen zunächst darum gebeten, für die Expertenanhörung einen Vertreter bzw. eine Vertreterin zu benennen und diese zur Expertenanhörung am 2. September 2004 zu entsenden. Dieser Bitte konnten sich die politischen Jugendorganisationen nicht anschließen. Aufgrund der unterschiedlichen Mitgliederstärke, Organisationsstrukturen und den daraus resultierenden unterschiedlichen Ausgangsbedingungen und Arbeitsweisen bestanden sie darauf, ihre jeweiligen Belange in einem gemeinsamen Gespräch einbringen zu können.<sup>202)</sup> Die Enquete-Kommission griff diesen Vorschlag auf und führte mit den politischen Jugendorganisationen am 3. Dezember 2004 ein separates Gespräch. Die Moderation übernahm die Enquete-Vorsitzende Frau Abg. Ursula Brede-Hoffmann.

#### 2. Teilnehmer des Gesprächs mit den politischen Jugendorganisationen

Angehört wurden:

- Jungsozialisten (Jusos), vertreten durch Christian Schmitz
- Junge Union (JU), vertreten durch Martin Binder
- Junge Liberale (Julis), vertreten durch David Dietz
- Grüne Jugend (GJ), vertreten durch Daniel Köbler
- Jungdemokratinnen/Jungdemokraten, Junge Linke (JL), vertreten durch Dominik Rheinheimer

#### 3. Themen des Gesprächs mit den Jugendlichen

##### 3.1 Aktuelle Rahmenbedingungen

Christian Schmitz betonte, die Aufgaben der politischen Jugendorganisationen würden didaktisch und methodisch immer anspruchsvoller werden. Es bestehe die Notwendigkeit, die eigene Arbeit immer weiter zu professionalisieren. Die Möglichkeiten, diesem Professionalisierungsanspruch gerecht zu werden, würden jedoch nicht adäquat ausgebaut.<sup>203)</sup>

---

202) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 5 und 11 und schriftliche Stellungnahme der Jungen Union, Vorlage EK 14/3-9, S. 1.

203) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 4.

Dominik Rheinheimer beklagte, dass die unzureichende finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit seine Organisation (JL) in besonderem Maße träfe, da sie momentan gegenüber den Jugendverbänden mit Mutterpartei im Landtag deutlich schlechter gestellt sei. <sup>204)</sup>

Die politischen Jugendverbände litten unter der späten Anmeldepraxis ihrer Zielgruppe. Dies führe dazu, dass es für Veranstaltungen oftmals keinerlei Planungssicherheit gäbe. Viele junge Menschen würden sich nur zwei Tage vor der Durchführung anmelden oder erschienen gänzlich unerwartet zu einer Veranstaltung. <sup>205)</sup>

Christian Schmitz vertrat die Meinung, dass alle politischen Jugendverbände unter einer erhöhten Karriereorientierung litten. Die Menschen fragten vor ihrem Eintritt in die Jugendorganisation oder Partei immer stärker danach, was ihr Engagement für sie persönlich einbringen werde.

Wenn den Jugendlichen gesagt wird, dass alles alternativlos sei und in der Politik nichts mehr gestaltet werden könne, dann werden sich nicht nur junge Menschen fragen, warum sie sich in der Politik überhaupt engagieren sollten. Hinzu komme, dass heute bei vielen Jugendlichen kein solidarisches Grundverständnis von Zukunftsgestaltung mehr zu finden sei. Weder im Sinne von christlicher Solidarität, noch im Sinne von staatlich organisierter Solidarität. <sup>206)</sup>

David Dietz machte darauf aufmerksam, dass sich speziell Wahlkampfzeiten dazu eignen, für das Thema der Politik zu sensibilisieren. Viele aus seinem Bekanntenkreis, die sich ansonsten politisch desinteressiert zeigten, würden sich plötzlich für politische Themen zu interessieren beginnen. <sup>207)</sup>

### 3.1.1 Zugang zur Schule

Die Vertreter der politischen Jugendorganisationen waren sich darin einig, dass ihre Arbeit erheblich dadurch erschwert werde, dass ihnen der Zugang zu Schulen verweigert werde.

Als Konsequenz aus dieser Kritik formulierte der Ring Politischer Jugend Rheinland-Pfalz einen Brief an Schulleiterinnen und Schulleiter der rheinland-pfälzischen Schulen, in dem sie politische Bildungsveranstaltungen für Schulen anbieten. Staatssekretär Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig unterstützte diesen Brief durch ein Schreiben.

Darüber hinaus problematisierte Martin Binder, dass Schulen Politik heute häufig zu abgehoben vermitteln würden. „Alle Schüler wissen bestimmt irgendwann einmal, was ein Bundestag und was ein Bundesrat ist und wie ein parlamentarisches System aussieht. Das Problem ist aber, sie wissen nicht, dass der Fahrradweg vor ihrer Tür von ihrem Gemeinderat bestimmt worden ist.“ <sup>208)</sup> Für Herrn Binder stelle es daher eine Notwendigkeit dar, in die Schulen hineinzugehen und dort die jungen Menschen dafür zu sensibilisieren, dass Politik auch etwas ganz Konkretes und Greifbares sein kann: Politik ist der Fahrradweg vor der Tür, die Skateranlage, die der Gemeinderat baut oder nicht baut. Immer dann, wenn es gelänge, den jungen Leuten klar zu machen, dass Politik sie direkt betreffe, zeige sich, dass sie nicht apolitisch seien, sondern durchaus bereit, sich zu beteiligen. Diese Einschätzung ergänzte David Dietz noch, indem er anführte, dass die heute selten vorkommende dauerhafte Parteibindung der jungen Menschen nicht mit einer allgemeinen unpolitischen Haltung gleichgesetzt werden dürfe. <sup>209)</sup>

### 3.1.2 Umgang mit „Politikverdrossenheit“

Daniel Köbler und Martin Binder betonten, dass eine niedrige Wahlbeteiligung oder auch eine Distanz zur Politik nicht ausschließlich bei jungen Leuten zu finden sei. Deshalb greife es zu kurz, lediglich Jugendliche und junge Erwachsene als politikverdrossen zu beschreiben. <sup>210)</sup>

Daniel Köbler erlebt junge Leute nicht als unpolitisch. Das Problem liege seiner Meinung nach eher in der Tatsache, dass die Menschen vieles nicht mit Politik in Verbindung brächten. Wenn sie von Politik reden oder an Politik denken würden, sei damit immer Parteienpolitik gemeint. Wenn man in der Kneipe mit jungen Menschen darüber diskutiere, dass eine Schachtel Zigaretten wieder um 30 Cent teurer werde, dann sei dies auch eine politische Diskussion. Daniel Köbler stellte fest, dass dies die jungen Leute schon interessiere. Man müsse ihnen nur klarmachen, dass Politik nicht irgend etwas Abstraktes sei, an dem man nichts ändern könne. <sup>211)</sup>

Für Dominik Rheinheimer ist das konkrete Problem die starke Organisationsungebundenheit junger Menschen. Damit müssten sich heute alle Organisationen auseinander setzen. Die JL in Rheinland-Pfalz versuche, diesem Phänomen dadurch entgegenzuwirken, dass sie Politik als die Sache aller darstelle. Letztes Jahr habe sie im Rahmen einer Organisationskampagne darauf auf-

204) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 14.

205) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 16.

206) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 31 f.

207) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 25.

208) Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 27.

209) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 27 f.

210) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 26 und 28.

211) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 26.

merksam gemacht, dass es nicht ausreichte, das Richtige zu denken, zu meinen oder zu wissen, sondern dass man sich organisieren müsse, um die Interessen durchzusetzen. <sup>212)</sup>

Alle politischen Jugendvertreter sehen in der direkten Ansprache einen guten Weg, der „Politikverdrossenheit“ entgegenzuwirken. Man müsse sich Zeit nehmen, mit den Leuten zu sprechen, auf sie einzugehen und ihre Argumente dann auch ernst nehmen. Wichtig sei hierbei, Politik verständlich und in einer angemessenen Sprache darzustellen. Man solle das Ganze in eine möglichst einfache Form bringen. Daniel Köbler betonte in diesem Zusammenhang, dass junge Menschen sich nicht von halbstündigen Reden und Gegenreden angezogen fühlten. Gleichzeitig bedauerte er, dass auch die politischen Jugendvertreter sich immer mehr dieser abgehobenen Sprache anpassen. <sup>213)</sup>

Martin Binder betonte, dass es für politische Jugendorganisationen ganz wichtig sei, sich ein eigenes Profil zu bewahren. Oft sei es unabdingbar, andere Meinungen als die Mutterpartei zu vertreten, damit man wirklich die Interessen der Jugendlichen vertrete. <sup>214)</sup>

Darüber hinaus betonte Daniel Köbler die Notwendigkeit, jungen Leuten zu zeigen, dass sie mitmachen sollen und dadurch etwas erreichen können. Auch wenn dies seiner Meinung nach zunächst einmal nur einen symbolischen Wert besitze, weil junge Leute sich von Menschen ihres Alters häufig besser angesprochen und vertreten fühlten. <sup>215)</sup> Darüber hinaus müsse man Möglichkeiten schaffen, direkt vor Ort mit zu entscheiden.

Die Menschen müssten ausreichend informiert werden, so dass sie wissen, worum es gehe und partizipieren könnten. Bei einer Beteiligung müsse es Erfolgserlebnisse geben. Es nütze nichts, wenn junge Leute vorsprechen, ihre Interessen vortragen und die Politik vor Ort lächelt und sagt, das sei aber schön, das unterstützen wir und dann geschähe nichts. Das frustriere. <sup>216)</sup>

Dominik Rheinheimer forderte mehr Mitbestimmung statt bloßer Mitwirkung. Es gäbe sehr viele Kampagnen in der Bundesrepublik, die Partizipation dadurch stärken wollten, dass Leute zum Mitmachen animiert würden. Dies gelte insbesondere für den Sport. Für Herrn Rheinheimer darf Mitmachen aber nicht das Ende der Beteiligungsmöglichkeiten sein. Beteiligung müsse weiter gehen, so dass tatsächlich Mitbestimmung stattfinden könne. <sup>217)</sup>

Der Vertreter der Julis kritisierte die Tendenz mancher Politiker, Diskotheken oder Rockkonzerte aufzusuchen und dort den Berufsjugendlichen „zu mimen“. Seiner Meinung nach komme dies bei jungen Menschen nicht gut an. <sup>218)</sup>

Martin Binder forderte von sich und seinen Kolleginnen und Kollegen mehr Ehrlichkeit. Es müsse vieles deutlicher zum Ausdruck gebracht werden. Es sei wichtig, ehrlich zu sagen, unter welchen Bedingungen man sich in einer Partei oder politischen Jugendorganisation engagieren könne. Was das konkrete Angebot sei.

„Man muss konkrete Vorschläge machen und nicht nur hohle Phrasen, so nach dem Motto: Mehr Bildung ist gut für alle. Man muss schon auch sagen, wir wollen in der Bildung ein bestimmtes System, und wir wollen für die Bildung mehr Geld, oder wir wollen weniger Geld.“ <sup>219)</sup> Herr Binder ist sich darüber bewusst, dass es schwierig sei, so deutliche Aussagen zu machen. Wenn Politikerinnen und Politiker jenseits des Tisches wider besseres Wissen solche Aussagen machten, müssten sie sich daran halten. Wenn nicht, käme ein deutlicher Rückschlag. Er betonte, dass die Jugendlichen durchaus verstanden, wenn man ihnen sagt: „Es ist kein Geld da.“

Aber wenn man ihnen verspricht, etwas zu tun und dies dann nicht umsetzt, dann reagierten sie mit Unverständnis und Enttäuschung und fühlten sich nicht mehr ernst genommen. <sup>220)</sup>

Christian Schmitz betonte, dass es manchmal durchaus ausreiche, positive Assoziationen zu wecken. Das heißt, die Jusos organisieren eine Disko, hängen Plakate auf und verteilen Aufkleber. Dies führe dazu, dass das eigene Logo bekannter und mit etwas Positivem in Verbindung gebracht werde. Dies sei seiner Meinung nach für eine erste Ansprache oft schon ausreichend. <sup>221)</sup>

---

212) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 30.

213) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 25 f.

214) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 17.

215) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 26.

216) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 26.

217) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 29.

218) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 25.

219) Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 28.

220) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 28 f.

221) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 31.

### 3.2 Aufgabe der politischen Jugendorganisationen

Bezüglich ihrer Aufgabenstellung befinden sich politische Jugendorganisationen in einem Spannungsfeld. Sie sollen einerseits Jugendliche für Politik interessieren und diese politisch bilden. Andererseits definiert sich ihre Aufgabe aber auch darin, Mitglieder für sich und die Mutterpartei zu gewinnen. Christian Schmitz (Jusos) betonte, dass sie, wenn ihnen dies nicht gelingen sollte, kein erfolgreicher Jugendverband wären. Darüber hinaus erwarte die Mutterpartei, dass sich der „Nachwuchs“ in der Jugendorganisation „gewisse Spielregeln“ aneigne. Zudem hänge auch der Einfluss, den die Jugendorganisation innerhalb ihrer Mutterpartei ausüben könne, zu einem nicht unerheblichen Teil davon ab, inwieweit sie sich „den traditionellen Riten, den Formen und dem Habitus der Partei“<sup>222)</sup> anpasse. Diese Notwendigkeit führe dazu, dass die Distanzüberbrückung, die bei der Ansprache von Jugendlichen durch die politischen Jugendorganisationen geleistet werden müsse, immer schwieriger und anspruchsvoller wird.

Martin Binder (JU) betonte in diesem Zusammenhang, dass die politischen Jugendorganisationen die Aufgabe hätten, zwischen Politik und Jugendlichen zu vermitteln. Ihm ginge es darum, der Politik einerseits die Sorgen und Ängste der Jugendlichen mitzuteilen, und andererseits, den Jugendlichen die Arbeit der Politiker näher zu bringen.<sup>223)</sup>

Auch Daniel Köbler (GJ) betonte diesen Spagat zwischen dem Hineinwirken in die Partei, damit auch dort jugendliche Interessen vertreten würden, und dem Hineinwirken in die Gesellschaft, indem junge Menschen dazu motiviert würden, bei Politik mitzumachen.<sup>224)</sup>

Dass es auch den politischen Jugendorganisationen nicht immer gelänge, die politischen Themen jugendgerecht aufzuarbeiten, zeige sich darin, dass auch ihnen oft vorgeworfen würde, dass das, was sie machten, zu komplex und schwierig sei. Wenn es gelänge, diese Meinung zu revidieren, wäre dies für David Dietz (Julis) eine große Chance, die Blockade bei jungen Menschen zu überwinden. Allerdings räumte er gleichzeitig ein, dass sich diese Bemühung je nach politischem Themenfeld unterschiedlich schwierig gestalte.<sup>225)</sup>

Gerade das Hineinwirken in die Partei stelle für die Julis einen Schwerpunkt ihrer Arbeit dar. Sie definieren sich u. a. als „Seismographen“, die Stimmungen in der Gesellschaft aufnehmen und diese ansprechen.<sup>226)</sup>

### 3.3 Veranstaltungswerbung

Alle Vertreter der politischen Jugendorganisationen waren sich einig, dass ihre Arbeit immer professioneller werden müsse. Schwarzweiß gedruckte Flyer beispielsweise würden nicht mehr ausreichen, um Aufmerksamkeit zu erregen.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass dies einen erheblichen finanziellen Mehraufwand für die Jugendorganisationen bedeute, der die kleineren besonders treffe. Die Jusos lagern die Gestaltung von Flyern und anderen Drucksachen (Plakate) heute aus.<sup>227)</sup>

Daniel Köbler wies darauf hin, dass die GJ viel Werbung und Versand über das Internet verteile. Den Jugendverbänden gelänge es auf kommunaler/städtischer Ebene leichter, Artikel in die Presse einzustellen als auf lokaler Ebene. Dies läge an der mangelnden Struktur.

Der Vertreter der Julis wies darüber hinaus auf die Bedeutung einer funktionierenden Mund-zu-Mund-Propaganda hin. Der Vertreter der Jusos betonte, dass es einen Unterschied gäbe, ob die Veranstaltung in einer Universitätsstadt oder auf dem flachen Land stattfände. Dann überlege man, welche Zielgruppe angesprochen werden soll und welche Veranstaltungsform genutzt wird. Das beeinflusse die Wahl der Werbemittel, sei es in elektronischer Form, in Form von E-Mails, Drucksachen oder Plakaten oder in der Zusammenarbeit mit der Presse.<sup>228)</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass viele unterschiedliche Arten und Wege der Werbung genutzt werden:

- Flyer
- Plakate
- Presse
- Anzeigen in Zeitungen
- Briefeinladungen
- Internet
- E-Mails
- Mund-zu-Mund-Propaganda.

222) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 4.

223) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 8.

224) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 11 und schriftliche Stellungnahme der Grünen Jugend, Vorlage EK 14/3-27, S. 1.

225) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 10.

226) Schriftliche Stellungnahme der Jungen Liberalen, Vorlage EK 14/3-14, S. 1.

227) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 3.

228) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 2.

### 3.4 Veranstaltungen

#### 3.4.1 Jugendgemäße Veranstaltungsformen und -arten

Die Veranstaltungen der politischen Jugendorganisationen deckten ein breites Spektrum zum Thema „politische Bildungsarbeit“ ab. Die Jusos engagieren sich für die politische administrative Vertretung der Jugendlichen, sei es in der Politik oder in der allgemeinen Öffentlichkeit. Die Veranstaltungen dazu fänden in Gremien statt.<sup>229)</sup> Zudem wies Christian Schmitz darauf hin, dass Wahlkämpfe für die „Mutterpartei“ eine gute Zeit seien, um bei Jugendlichen politisches Interesse zu wecken.

Der Vertreter der JU berichtete, dass man bei Veranstaltungsthemen nicht nach Ebenen, d. h. Landesverband, Kreisverband, Ortsverband trennen dürfe. Ungefähr zwei Drittel der Veranstaltungen fänden auf unteren Ebenen statt, da man dort am Besten wüsste, was die Jugendlichen vor Ort interessierte.

Allgemein ist die JU darum bemüht, interessante, attraktive Referenten einzuladen, die die Jugendlichen ansprechen.<sup>230)</sup>

Der Vertreter der Julis führte Landeskongresse und politisch-programmatische Wochenenden als erfolgreiche Veranstaltungsarten an. Auch politische Bildungsfahrten ins Ausland, vor allem in Mitgliedstaaten der Europäischen Union, seien sehr beliebt. Zudem sei man bemüht, „Politprominenz“ zu Veranstaltungen einzuladen, um zu zeigen, dass sich Engagement in den Jugendverbänden bezahlt mache.<sup>231)</sup>

Der Vertreter der Grünen Jugend wies darauf hin, dass es auf den Zweck der Veranstaltung ankäme. Neben den klassischen Seminaren fänden Veranstaltungen statt, die den Zweck hätten, in die Partei, in politische Prozesse hineinzuwirken; diese seien eher für Aktive gedacht. Veranstaltungen, die nach außen wirken sollen, werden anders konzipiert (Diskussionsveranstaltungen, Sommercamp).

#### 3.4.2 Feedback und Evaluation der eigenen Veranstaltungen

Die Jusos evaluieren ihre Veranstaltungen i. d. R. über Bewertungsbögen. Christian Schmitz (Jusos) und Martin Binder (JU) betonten gleichzeitig, dass der Eintritt von Teilnehmern oder Teilnehmerinnen nach einer Veranstaltung auch ein wichtiges Erfolgskriterium darstelle, weil dies ebenfalls ein Ziel ihrer Veranstaltung sei.<sup>232)</sup>

In der JU geschehe die Auswertung kleinerer Veranstaltungen i. d. R. über direkte persönliche Rückmeldungen.<sup>233)</sup>

David Dietz (Julis) räumte ein, dass es sich oft als schwierig erweise, die wirklichen Gründe für eine fehlgeschlagene Veranstaltung herauszufiltern. Ein großes Problem sei u. a. die schlechte Erreichbarkeit der Veranstaltungsorte, wenn diese in ländlichen Regionen lägen. Dies schlägt sich vor allem in der Arbeit mit jungen Menschen nieder, da diese oft noch nicht über eine eigene Transportmöglichkeit verfügen.<sup>234)</sup>

Daniel Köbler (GJ) und Dominik Rheinheimer (JL) bedauerten, dass ihren Organisationen die zeitlichen und fachlichen Ressourcen einer ausführlichen Evaluation nicht zur Verfügung ständen. Deshalb beschränkten sie sich häufig auf Feedbackrunden und auf die Auswertung der eigenen Eindrücke. Allerdings sei die Professionalität dieser Auswertung bisher weder durch eine fachliche noch durch eine methodische Begleitung abgesichert. Hierfür wäre eine hauptamtliche Unterstützung erforderlich.<sup>235)</sup>

Darüber hinaus wirbt Herr Köbler (GJ) dafür, den Erfolg einer Veranstaltung nicht an Teilnehmerzahlen festzumachen. Je nach Zielsetzung kann auch eine Veranstaltung mit wenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfolgreich sein. Im Unterschied hierzu vertrat Herr Rheinheimer (JL) die Meinung, dass eine Veranstaltung mit z. B. nur acht Teilnehmern sowohl für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer als auch für die Veranstalterinnen und Veranstalter frustrierend sei.<sup>236)</sup>

### 3.5 Geschlechterdifferenzen, soziale und regionale Unterschiede

#### 3.5.1 Soziale Unterschiede

Die meisten politischen Jugendorganisationen räumten ein, dass es ihnen nicht gelänge, Haupt- und Realschülerinnen und -schüler in gleichem Maße anzusprechen wie Gymnasiastinnen, Gymnasiasten, Studentinnen und Studenten. Christian Schmitz betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Erleichterung des Schulzugangs. Bei den Jusos seien Gastarbeiter der zweiten oder dritten Generation keine Ausnahmerecheinung. Trotz Veröffentlichungen in anderen Sprachen gelänge es bis heute allerdings noch nicht, Aussiedler in ausreichendem Maße anzusprechen.<sup>237)</sup>

229) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 3.

230) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 6.

231) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 9.

232) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 3 und 7.

233) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 6.

234) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 9.

235) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 12 und 15.

236) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 16.

237) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 31.

In „tieferen Ebenen“ sieht Martin Binder keine Probleme, junge Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss miteinzubinden. Er sagte, dass man mit ihnen nicht abgehoben über irgendwelche theoretischen Sachen diskutieren könne, aber dass sie auch über Politik diskutieren wollen, weil sie sich von Politik direkt betroffen fühlten. Als Beispiel führte Martin Binder den Kreisvorstand in Bad Dürkheim an der Weinstraße an. Dieser Vorstand bestehe zur Hälfte aus Haupt- oder Realschulabsolventinnen und -absolventen. Auf überregionalen Ebenen fänden sich allerdings auch in der JU überwiegend Abiturientinnen, Abiturienten, Studentinnen und Studenten.<sup>238)</sup>

In Bezug auf soziale Unterschiede betonte Dominik Rheinheimer wieder die Bedeutung der Sprache und räumte ein, dass es auch der JL nicht gelänge, jenseits der Gymnasien und der Gesamtschulen das gesamte Schulspektrum über ihre Tätigkeit zu informieren. Veröffentlichungen in Zeitungen oder in Flugblättern würden von Schülerinnen und Schülern immer gegengelesen, bevor sie in Druck gingen. Darüber hinaus versuchten die JL, Flugblätter verstärkt mehrsprachig herauszubringen.

Für Herrn Rheinheimer wäre es natürlich einfacher, wenn man die Gesamtschule als Regelschule anschreiben könne und damit alle Bildungsschichten erreichen würde.

Er räumte ein, dass es ihnen nur selten gelänge, Hauptschülerinnen, -schüler und Auszubildende zu erreichen. Es sei notwendig, dorthin zu gehen, wo man die betreffende Zielgruppe treffen könne, beispielsweise in Jugendzentren. Dort führe die JL z. B. eine Veranstaltung zum Thema Migration und Asyl durch. Teilweise gelänge es so, auch andere Personenkreise anzusprechen.<sup>239)</sup>

Daniel Köbler betonte, dass es ihm mit seiner Arbeit oft nur gelänge, Leute anzusprechen, die ohnehin politisch interessiert sind. Bei Menschen, die sich nicht für Politik interessieren, gestalte sich die Ansprache um vieles schwieriger und gelänge häufig ausschließlich über zeitintensive Einzelgespräche. Indem man seine Position darstelle und darüber hinaus zu verstehen versuche, was die Leute an Politik stört. Manchmal gelänge es, so zu erklären, dass man Politik nicht passiv ausgeliefert sei, sondern etwas bewirken und verändern könne.<sup>240)</sup>

### 3.5.2 Regionale Unterschiede

Im ländlichen Raum gestalte sich die Arbeit für politische Jugendorganisationen deutlich schwieriger als in der Stadt. Dies liege zum einen an den langen Verkehrswegen und zum anderen daran, dass die jungen Menschen nach ihrem Schulabschluss i. d. R. ihre Heimatgemeinde verlassen, um zu studieren oder zu arbeiten. Dies führe dazu, dass die Altersstruktur der Aktiven auf dem Land deutlich niedriger sei als in der Stadt, wo sich häufig Studentinnen und Studenten engagieren.<sup>241)</sup>

### 3.5.3 Geschlechtsspezifische Unterschiede

Die politischen Jugendvertreter stellten übereinstimmend fest, dass mit dem jeweiligen Steigen auf eine höhere Hierarchieebene Frauen für bestimmte Positionen weniger kandidieren.

Die JL versuchten dieser Tendenz durch die Einführung einer Statistik und der ständigen Diskussion über bestimmte Quotierungsverfahren entgegenzuwirken. Diese Bemühungen befänden sich allerdings noch im Anfangsstadium.<sup>242)</sup>

Daniel Köbler sah die Ansprache und Förderung von Frauen als eine der wichtigsten Aufgaben der GJ an. Deshalb hat seine Organisation eine strikte Quote, d. h. mindestens 50 % aller Ämter müssten von Frauen besetzt werden. Aber auch die GJ mache die Erfahrung, dass es einfacher sei, männliche Bewerber zu finden. Er forderte deshalb Mentoring-Programme oder Ähnliches, im Rahmen derer politisch erfahrene und aktive Frauen neue weibliche Mitglieder „an die Hand nähmen“ und sie ein bisschen einweisen würden.

Einen Grund sah Herr Köbler in der sehr männlichen Form von politischen Prozessen. Wenn man nach vorne gehen und an einem Pult seine Rede halten oder seine Frage stellen solle, sei das seiner Meinung nach eine Form der Beteiligung, die sehr auf den Mann zugeschnitten sei. Er unterstützte seine These mit dem Hinweis, die GJ besäße zwei Redeboxen – eine männliche und eine weibliche. „Eine ist immer voll. Das ist die mit dem Pfeil nach oben.“<sup>243)</sup>

Bei Beteiligungsformen in kleineren Runden nimmt Daniel Köbler keine geschlechtsspezifischen Beteiligungsunterschiede wahr.

Die JU erstelle jährlich einen Frauenbericht. Dieser liste auf, wie viel Prozent der weiblichen Mitglieder ein Wahlamt innehätten. Jedoch räumte Martin Binder ein, dass diese Erhebung nichts an den schlechten Zahlen ändere.

---

238) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 28.

239) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 29 f.

240) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 13.

241) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 11.

242) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 19.

243) Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 20.

Darüber hinaus führte er an, dass die aktiven Frauen in der JU mehrheitlich nichts von der Frauenquote hielten, weil die Frauen, wenn sie gut seien – das seien so ziemlich alle –, durchaus Probleme mit dem Gefühl hätten, evtl. ausschließlich aufgrund der Quote ihr Amt erhalten zu haben. <sup>244)</sup>

Die Jusos besitzen ebenfalls eine Frauenquote. Die Partei erlaube in einem Modellversuch zum zweiten Mal für acht Jahre, dass sich die Jusos nicht geschlechtergerecht (mindestens 40 % jedes Geschlechts) repräsentieren müssten, sondern mindestens 40 % weiblich sind. Das hieße, es könnten im Vorstand auch 100 % Frauen sein. Aber das bewertete Christian Schmitz als unrealistisch. Christian Schmitz betonte, dass sich Frauen auch in der Diskussion von Gleichheit und Differenz sehr an vorhandene Strukturen anpassen müssten, um Erfolg zu haben. Er plädierte im Gegensatz zu Martin Binder sehr stark für eine Frauenquote. „Man kann noch so viel darum herumreden, man kann die Quote noch so diskutieren, es ist de facto so, dass wir in der Politik männliche Strukturen haben und Frauen oft nur durch die Quote bei uns Erfolg haben.“ <sup>245)</sup>

Auch David Dietz räumte ein, dass es bei den Julis geschlechtsspezifische Unterschiede gäbe. Zwar sei es ihnen über vermehrte Versuche gelungen, mehr junge Frauen in Wahlämter einzugliedern. Manchmal scheiterten die Bemühungen aber im Nachhinein an privaten oder biologischen Gründen. <sup>246)</sup>

#### 4. Appelle und Empfehlungen an die Kommission

Die Vertreter der politischen Jugendorganisationen nutzten die Gelegenheit, um an die anwesenden Politikerinnen und Politiker konkrete Appelle zu richten.

Martin Binder (JU) betonte, es sei „gut, wenn man sich das (Interesse für junge Menschen) auf die Fahnen schreibt, aber es ist katastrophal, wenn man sich das auf die Fahnen schreibt, die Jugendlichen ihre Interessen einbringen und dann nichts passiert. Das ist wesentlich schlimmer, als wenn einfach gar nichts passiert, wenn die Leute nur sagen, sie machen nichts.“ <sup>247)</sup>

Das Gespräch endete mit einer Satzergänzung: Die Enquete soll . . .

Christian Schmitz (Jusos): . . . Erstens, die RPJ-Richtlinien der Realität anpassen. Die Jugendverbände sind bei den Abrechnungsmodi in einer Grauzone. Zweitens das Politische zum Primat erheben.

Martin Binder (JU): . . . Die Jugend-Enquete-Kommission soll auf die Jugendlichen zugehen und ihnen zuhören, ihre Sorgen ernst nehmen und das Ganze dann im Landtag in allen Bereichen umsetzen.

David Dietz (Julis): . . . Die Enquete-Kommission soll, wie mein Vorredner schon gesagt hat, die Form der Ansprache an Jugendliche überdenken und dementsprechend auch verändern.

Daniel Köbler (GJ): . . . Die Jugend-Enquete-Kommission soll Formen finden, wie man junge Menschen wieder attraktiv anspricht und soll darauf hinwirken, dass möglichst alle Lebensbereiche demokratisiert werden und dass die Partizipationsmöglichkeiten erhöht werden. Das gilt insbesondere für die Schulen und für das Wahlrecht. Sie soll auch diejenigen, die die Politik zu den jungen Leuten tragen, mit den nötigen Ressourcen ausstatten.

Dominik Rheinheimer (JL): . . . Die Jugend-Enquete-Kommission soll den Glauben der Jugendlichen an die Gestaltungsfähigkeit der Politik mit den bestmöglichen Rahmenbedingungen versehen. <sup>248)</sup>

---

244) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 22.

245) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 23.

246) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 21.

247) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 5.

248) Vgl. Protokoll der 8. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 3. Dezember 2004, Teil II, S. 32.



**IV. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche der Kindertagesstätten am 26. November 2004** <sup>249)</sup>**I. Allgemeiner Teil**

Bei den Besuchen der Kindertagesstätten sollte versucht werden, die unterschiedlichen Partnerinnen und Partner, die in einer Kindertagesstätte zusammenarbeiten und wirken, anzuhören und ein Gespräch mit den Kindern zu führen, bei dem lediglich die Erzieherinnen anwesend sind. <sup>250)</sup>

**1. Projektbeschreibung****a) Kindertagesstätte „Arche Noah“ in Uнденheim**

Die Kindertagesstätte führt eine Kinderkonferenz durch. Hintergrund der Einführung dieser Kinderkonferenz war, dass die Erzieherinnen das Interesse der Kinder an der Mitbestimmung festgestellt und dieses anschließend umgesetzt haben. Die Kinderkonferenz richtet sich an alle Kinder der Kindertagesstätte. Sie ist eine dauerhafte Einrichtung, die einmal wöchentlich stattfindet und ca. 30 bis 45 Minuten dauert. Dokumentiert wird die Kinderkonferenz, indem die Erzieherinnen Protokolle erstellen und die Kindervertreter ein „Protokoll“ für ihren Gruppenbericht malen.

**b) Protestantische Kindertagesstätte Großniedesheim in Großniedesheim**

Im Mittelpunkt der Kindertagesstätte steht „Das Kind als Mitgestalter“. Erwachsene und Kinder setzen Impulse, sprechen, planen und machen sich gemeinsam auf den Weg, um Antworten und Lösungen zu finden. Die Beschlüsse des Kinderparlaments wirken sich konkret auf den Alltag aus. Das Kinderparlament ermöglicht den Kindern konkrete Erfahrungsmöglichkeiten. Eingebettet in das respektvolle Miteinander können sie sich in Freiheit ausprobieren, entdecken und lernen. Klare Strukturen und gemeinsam erarbeitete Regeln bilden dabei den schützenden Raum für vielfältige Erlebnisse. Der Einstieg in das Kinderparlament ergab sich, nachdem die Vorschülerinnen und Vorschüler im Rahmen des Projekts „Wir erkunden unser Dorf“ den Ortsbürgermeister in seinem Amtszimmer besucht hatten.

Das Kinderparlament richtet sich hauptsächlich an Vorschülerinnen und Vorschüler, Jungen und Mädchen, zum Teil auch wieder gewählte „Parlamentarier“, die den neuen „Abgeordneten“ die Regeln erklären können.

Das Projekt existiert seit 2001. Das Kinderparlament trifft sich regelmäßig einmal pro Woche. Dokumentiert wird das Projekt durch ein Faltblatt der Kindertagesstätte und Sitzungsprotokolle des Kinderparlaments.

**c) Kindergarten „Wühlmäuse“ in Bodenheim**

Der Kindergarten ist gekennzeichnet durch die offene Arbeit und die Projektarbeit, z. B. die Gestaltung des Außengeländes, das Kürbisfest, das Anlegen des Gartens und die Kinderrezezeit. Initiiert wurden die Projekte durch die Leiterin des Kindergartens, woraus sich dann ein Prozess im Team entwickelte. Zielgruppe sind die Kindergarten- und Hortkinder. Das Projekt existiert seit sechs Jahren. Es erfolgt eine regelmäßige Dokumentation für Kinder und Eltern und für die pädagogische Arbeit des Kindergartenteams. Es werden Bilderwände mit Fotos und Text erstellt, außerdem werden Beobachtungsbögen über Aktivitäten der Kinder geführt.

**d) Kindertagesstätte Wittlich-Neuerburg in Wittlich**

Das Projekt trägt den Namen „Informieren – beteiligen – mitgestalten – beobachten – dokumentieren“. Ziel der offenen Pädagogik in der Kindertagesstätte ist es, den Kindern beste Bedingungen für ihre Persönlichkeitsentwicklung zu geben. Die Kinder, Eltern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in der Kindertagesstätte, die ohne feste Gruppen arbeitet, verschiedene Informationspunkte (Infozentralen). Regeln, die mit den Kindern erarbeitet wurden, werden anhand von Darstellungen/Kinderzeichnungen überall an entsprechenden Stellen ausgehängt. Die Kinder bestimmen ihren Tagesablauf weitestgehend selbständig, werden aber von den Erzieherinnen begleitet. Der Tagesablauf, Angebote, Wünsche und Besonderheiten werden besprochen. Für Kinder, die bald eingeschult werden, gibt es spezielle Angebote. Kinder übernehmen Ämter, z. B. das akustische Anzeigen von Aktionen oder Tagesprogramm Punkten durch Betätigen einer Hupe, eines Gongs oder mit Hilfe von Handpuppen, Marionetten oder Symbolen.

Die Beteiligung der Kinder erfolgt durch Nachfragen und Gespräche. Eine Mitgestaltung ist sehr konkret möglich, z. B. beim Speiseplan, bei der Frage, was im Garten angebaut wird, oder bei der Anschaffung von Spielmaterialien. Die Eltern werden z. B. in Form von Elternumfragen umfangreich beteiligt.

Die Kindertagesstätte nimmt am Projekt des deutschen Jugendinstituts „Bildungs- und Lerngeschichten“ teil. Es erfolgt eine zweijährige wissenschaftliche Begleitung und eine Fortbildung. Zielgruppe sind alle Kinder im Alter von zweidreiviertel bis sechs Jahren. Das Projekt ist eine permanente Einrichtung und wird durch die Erzieherinnen dokumentiert. Außerdem existiert eine sehr gute Homepage.

---

249) Grundlage ist die Zusammenfassung der Berichtsbogen über die Vor-Ort-Besuche der Kindertagesstätten am 26. November 2004, Vorlage EK 14/3-38.

250) Vgl. Protokoll der 4. Sitzung der EK 14/3 „Jugend und Politik“ am 16. September 2004, S. 11.

**e) Kommunalen Kindergarten Naseweis in Schweppenhausen**

Im Kindergarten hängen im Flur zwei Briefkästen, einer mit einem lachenden, einer mit einem traurigen/schmollenden Gesicht, in die die Kinder im Laufe der Woche ihre Wünsche, Anregungen, Sorgen, Lob und Kritik in Form von selbst gemalten Bildern und Briefen einwerfen können. Die Kinderzeichnungen werden durch schriftliche Erläuterungen, die das Kind der Erzieherin diktiert, ergänzt. Jeweils montags werden die Briefe in einer gemeinsamen Runde mit allen Erzieherinnen und Kindern geöffnet. Die angesprochenen Themen werden in der Gruppe diskutiert, gemeinsam wird nach Lösungen gesucht. Je nach Komplexität des Problems wird dieses direkt in der Gruppe gelöst, oder es werden Arbeitskreise gebildet, die unter Beteiligung der Kinder Lösungen erarbeiten und umsetzen.

Die Einrichtung hatte früher ein Kinderparlament. Im Kinderparlament waren alle zukünftigen Schulkinder. Es bestand aber der Wunsch des Teams, alle Altersgruppen zu beteiligen. Dies wäre aber nur im Delegationsprinzip möglich gewesen. Aus Erfahrung wusste man, dass kleinere Kinder noch nicht mit dem Abstraktionsgrad einer gewählten Vertretung zurechtkommen. Man suchte deshalb nach einer Form, die die Beteiligung aller Altersklassen in dem Kindergarten ermöglichen konnte. Zielgruppe sind somit alle Kinder der Einrichtung. Das Projekt findet seit 2000 regelmäßig jede Woche statt und wird von den Erzieherinnen dokumentiert.

**f) Katholischer Kindergarten in Langenlonsheim**

In dem Kindergarten findet freitags um 11.30 Uhr im Sportraum eine Vollversammlung statt, im Rahmen derer aktuelle Fragen diskutiert und Lösungen eigenständig durch die Kinder erarbeitet werden. Den Erzieherinnen kommt hierbei vor allem eine moderierende Rolle zu. Die Kinder wissen aber, dass dann, wenn keine Lösung gefunden wird, die Entscheidungen durch die Erzieherinnen getroffen werden, diese ihnen aber helfen. In der Mitte des Kreises liegt der so genannte Redestein. Will ein Kind das Wort ergreifen, hat es sich zu melden, es kann sich dann den Redestein nehmen und gibt ihn anschließend weiter bzw. legt ihn zurück. Die Einführung des Kinderparlaments wurde während der Vollversammlung diskutiert und durch Abstimmung beschlossen. Die Vollversammlung ergänzt Morgen- und Abschlusskreis.

Zielgruppe sind alle Kinder der Einrichtung, am Kinderparlament sind vor allem die älteren Kinder beteiligt. Die Vollversammlung findet wöchentlich statt, der Morgen- und Abschlusskreis täglich. Die Dokumentation ist abhängig von den Projekten. Es werden unter anderem Bilder gemalt oder bereits vorhandene Bilder als Erinnerung im Flur aufgehängt.

**2. Gespräch mit den Kindern**

Ein gesondertes Gespräch mit den Kindern kam in allen Kindertagesstätten zustande mit Ausnahme der Kindertagesstätte in Großniedesheim. Dort hatte sich ein solches Gespräch mit den Kindern im Verlauf des Besuchs als wenig sinnvoll erwiesen. Es war viel erkenntnisreicher, die Kinder möglichst frei und „so wie sonst auch“ agieren zu lassen. Schon aus der Position der „stillen Beobachter“ wurde deutlich, dass einige Kinder sehr nervös waren. Eine „Face-to-face“-Befragung hätte diesen Effekt nur verstärkt und die Offenheit der Kinder in ihrem Kinderparlament beschnitten.

Aus den Gesprächen mit den Kindern in den anderen Kindertagesstätten wurde deutlich, dass die Kinder mitmachen, weil es ihnen Spaß macht, weil sie die Idee für ein Projekt gut finden oder weil sie etwas stört. Die Kinder können dann die „Bestimmer“ sein, sie bestimmen, was in den Gruppen in den Kindertagesstätten gemacht werden darf und was nicht.

Die Kinder zeigten bei einem Rundgang durch die Kindertagesstätte, was sie alles gemacht haben und welches ihr aktuelles Projekt ist. Allerdings brauchten sie immer wieder konkrete Erinnerungshilfen.

Teilweise waren die Beschreibungen der Kinder allerdings auch sehr konkret: So beschrieben z. B. die Kinder im Kindergarten Naseweis in Schweppenhausen ihr Projekt folgendermaßen: „Das sind zwei Briefkästen. In den mit dem traurigen Gesicht werfen wir Briefe und Bilder, wenn wir traurig sind oder uns etwas stört. In den mit dem lachenden Gesicht werfen wir Briefe und Bilder, wenn wir uns freuen oder einen Wunsch haben. Die Briefe und Bilder besprechen wir montags in der Runde. Wir haben letzts mehr Fahrräder gebraucht und haben dann mit Mamis und Papis viele repariert. Das haben wir in einer kleinen Gruppe geplant.“

Die Kinder im Kindergarten in Langenlonsheim beantworteten die Frage „Was macht ihr?“ folgendermaßen: „Wählen: Wir haben Becher mit den Bildern von Kindern drauf, da werfen wir Steine rein. Abstimmen: Wir legen Steine auf die Tücher, grünes Tuch heißt ja, rotes Tuch heißt nein.“

Einig sind die Kinder sich, wenn es um die Frage geht, ob das Projekt Spaß macht bzw. Spaß gemacht hat. Diese Frage wurde durchgängig bejaht, die Kinder sind sehr stolz auf das, was sie geschaffen haben.

Die Ideen für die Projekte kamen mehrheitlich von den Erzieherinnen, die die Kinder bei den Projekten auch unterstützen.

Fragt man die Kinder „Was klappt gut?“ antworten sie: das Reden, das Abstimmen und das Berichten. Sie können sich auch sehr gut auf eine Idee einigen. Wenn das Projekt dann umgesetzt ist, sind die Kinder stolz darauf. Die anderen Kinder, die nicht mitgemacht haben, akzeptieren, dass das Projekt den anderen wichtig ist und zerstören es nicht.

Die Frage „Was ist schwierig?“ wurde nur von einer Kindertagesstätte dahingehend beantwortet, dass es den Kindern schwer fällt, lange Zeit an einem Projekt zu arbeiten.

Die Kinder erzählten, dass sie ihren Eltern von den Projekten berichten. Sie schilderten auch, dass es die Eltern manchmal nerve, wenn sie zu Hause auch über alles mitreden wollten oder vorschlagen würden, Dinge abends im Rahmen einer Familienkonferenz zu besprechen.

Die Antworten auf die Frage „Was habt ihr bis jetzt erreicht?“ waren vielfältig. Den Kindern ist wichtig, dass die Regeln in der Kindertagesstätte jetzt von ihnen beschlossen worden sind und dass die Erzieherinnen auch ihre Meinung hören wollen. Die Kinder zeigten auch stolz ihre zu Ende gebrachten Projekte, z. B. eine Waschmaschine für die Puppenecke oder reparierte Fahrräder. Außerdem wurden ein Fußball und eine Eieruhr gekauft, ein Fitnessstudio und eine Näherin besucht und ein Brief an Pelikan geschrieben mit der Bitte um Antwort, woher die Wasserfarben kommen.

### 3. Gespräch mit den Erwachsenen/Erzieherinnen und den Kindern

#### a) Geschichte des Projektes/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation?

In der Regel kam die Initiative zur Partizipation von Seiten der Erzieherinnen. In der Kindertagesstätte in Uнденheim merkten die Erzieherinnen, dass bei den Kindern ein Wille zur Mitgestaltung vorhanden war. Kenntnis über die Kinderkonferenzen an anderen Stellen führten zur Weiterbildung bei einigen Erzieherinnen. Diese führten das Modell dann in der Kindertagesstätte ein.

In der Kindertagesstätte in Großniedesheim kam die Initiative zur Partizipation der Kinder durch den Umbau der Kindertagesstätte nach dem Konzept der „Offnen Arbeit“, durch die Fortbildungen der Erzieherinnen und durch die Bildungs- und Erziehungsempfehlungen des Landes.

#### b) Zieldiskussion

Ziel der Projekte ist es, dass sich die Kinder mit den Regeln und Entscheidungen der Kindertagesstätte identifizieren. Daher sollen sie an der Entscheidung und der Ausgestaltung beteiligt werden. Dadurch gibt es weniger Probleme, die „Spielregeln“ einzuhalten und die Zufriedenheit der Kinder ist viel höher.

Die Kinder sind die Akteure. Sie sollen für die Lebensbewältigung stark gemacht werden. Sie sollen lernen, Eigeninitiative zu ergreifen und merken, dass sich mitmachen lohnt. Durch die am Kind orientierte pädagogische Arbeit sollen die Kinder mitreden können und früh die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Problemlösekompetenz erfahren. Die Kinder sollen in einem großen Kreis reden und zuhören und Entscheidungen eigenständig durch Diskussion vorbereiten und entwickeln.

Ihre Einstellung zur Kindertagesstätte sollte lauten: „Ein Haus, in dem ich etwas zu sagen habe, jemand meine Meinung hören will und ich auch etwas entscheiden und bewegen kann, ist auch mein Haus.“

Wichtig für die Kinder in diesem Zusammenhang ist, dass sie etwas mit Freunden gestalten können, ihre Sorge und Freude mitteilen und Probleme lösen können.

Bei der Realisierung der Projekte soll die Fähigkeit der Kinder gefördert werden, Wünsche, Bedürfnisse und Regeln zu formulieren, Kompromisse zu finden, „Niederlagen“ auszuhalten und Verantwortungsgefühl zu entwickeln. Sie sollen kreativ sein, Ausdauer entwickeln, die Projekte anderer Kinder wertschätzen, andere Interessen erkennen, Probleme artikulieren und miteinander nach Lösungen suchen.

Hinter den Projekten steht das pädagogische Konzept der „Offnen Arbeit“. Zudem orientiert sich die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen an den Bildungsempfehlungen des Landes. Gefördert wird das Lernen vor Ort, nicht das abstrakte Lernen.

Partizipation bedeutet für die Erzieherinnen, dass die Kinder in allen Bereichen durch Information, Transparenz, Mitentscheidung, Mitwirkung und Dokumentation entsprechend ihrem Entwicklungsstand beteiligt und ernst genommen werden. Partizipation heißt nicht nur fordern, sondern etwas tun, damit sich die eigenen Wünsche auch erfüllen können.

Von allen Kindertagesstätten wird die Erreichung der Projektziele bejaht.

Auf die Frage, inwieweit die Kinder an der Ziel- bzw. Themensetzung und Umsetzung der Projekte beteiligt sind, berichten die Erzieherinnen, dass die Kinder daran fast allein und eigenständig mitwirken. Die Erzieherinnen lassen den Kindern viel Raum bei der Entscheidungsfindung. Die Kinder initiieren immer wieder neue kleine Projekte.

#### c) Methodische Umsetzung der Projektziele

Die Frage, ob bei der Beteiligung der Kinder auf deren Rollenerwartungen, deren Kommunikationsbedürfnisse und -defizite eingegangen wurde, wurde von den Erzieherinnen aller Kindertagesstätten bejaht. Sowohl die Diskussionsform als auch vor allem die Dokumentationsformen sind altersgerecht. Die Erzieherinnen gehen ernsthaft auf jedes Kind und dessen spezifische Verhaltensweisen und Erwartungen ein. Die Erzieherinnen differenzieren zwischen den Altersgruppen. Sie gehen auch speziell auf neue Kinder oder Kinder aus Migrationsfamilien ein.

Auf die Frage, wie das Projekt das Kommunikationsvermögen und die Urteilsfähigkeit der Kinder fördert, antworteten die Erzieherinnen, dass die Kinder das eigenständige Lösen von Problemen im Diskurs lernen. Sie können Alternativvorschläge beurteilen, lernen sich vor einer Gruppe zu artikulieren, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren und ggf. auch Kompromissvorschläge zu unterbreiten.

Sie lernen auch abzuschätzen, ob ihr Projekt schnell oder langsam umgesetzt wird und dass sie nicht auf sich allein gestellt sind. Sie kommunizieren mit ihrer Außenwelt, z. B. dem Träger, wenn sie besondere Wünsche haben.

Hinsichtlich der Frage, wie das Projekt die Kreativität und die Freude an der „eigenen Gestaltung“ fördert, berichteten die Erzieherinnen, dass die Kinder es toll finden, dass sie durch ihr Handeln ihren Alltag beeinflussen können und ihre Umwelt

nach ihren Wünschen gemeinsam gestalten können. Wichtige innere Fragen der Kindertagesstätte werden nur von den Kindern entschieden. Somit entsteht ein hoher Identifikationsgrad mit dem „KiTa-Leben“. Die Kinder sind frei, ihre Ideen umzusetzen. Sie können ihr direktes Umfeld mitgestalten und sind begeistert, wenn sie sehen, dass ihre Anregungen aufgegriffen und umgesetzt werden.

In jeder Kindertagesstätte gibt es bestimmte Verfahrensregeln zur Regelung der Beteiligung der Kinder. Diese Beteiligungsregeln sind klar und eindeutig. Sie geben den Kindern Sicherheit und klare Strukturen vor und fördern gleichsam den Spaß an der Partizipation. Beispielhaft sollen nachfolgend die Regeln zur Wahl und Organisation des Kinderparlaments in der Kindertagesstätte Großniedesheim vorgestellt werden:

Wer für das Parlament kandidieren will, meldet sich. Der Reihe nach erzählen die Wahlkämpfer, warum sie im Kinderparlament mitmachen wollen. Auch durch Hilfestellung der Erzieherinnen findet jedes Kind ein paar Worte, um für sich zu werben. Nach der Eigenwerbung stellt der Kandidat oder die Kandidatin sein Foto auf eine Wahlurne in der Mitte des so genannten „Morgenkreises“. Nun erhält jedes Kind zwei „Muggelsteine“. Die Erzieherin erklärt, dass man zwei Muggelsteine an zwei verschiedene Kinder verteilen darf. Man darf auch sich selbst wählen, jedoch nur mit einem Stein. Alle Kinder gehen danach leise vor die Tür, während die Wahlurnen von den Erzieherinnen gut übersichtlich auf eine Turnbank gestellt werden. Eine Erzieherin ist an der Tür und bittet die Kinder einzeln in den Raum. Eine weitere Erzieherin ist im Raum und erklärt jedem Kind, wenn nötig noch mal die Vorgehensweise. Die Kinder haben aber die Regeln meist schnell verstanden und wissen meist auch genau, wen sie wählen wollen. Die Wahl findet dabei ernsthaft und geheim statt. Nach der Wahl werden im Morgenkreis die Stimmen ausgezählt.

Alle Erzieherinnen bestätigen, dass sich die Projekte inhaltlich und methodisch an dem Alter und der Lebenswirklichkeit (u. a. Migration) der Kinder orientieren. Dies ergibt sich aus dem pädagogischen Gesamtkonzept und dadurch, dass die Kinder ihr Projekt selbst bestimmen. Sprachförderung ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Kindertagesstätten, allerdings gibt es auch Schwierigkeiten, wenn z. B. – wie in der Kindertagesstätte in Langenlonsheim – zwei Kinder mit Migrationshintergrund (Geschwister) ohne Deutschkenntnisse hinzukommen. Eine spezielle Förderung im Rahmen der Partizipationsprojekte ist nicht möglich. Allerdings erwerben die Kinder in der Regel bis zur Einschulung ausreichende Deutschkenntnisse in der Kindertagesstätte.

Unterschiedlich fällt die Antwort auf die Frage aus, ob geschlechtsspezifische und soziale Rollenvorstellungen im Projekt thematisiert wurden.

Die Ursache dafür, dass dies bisher in einer Kindertagesstätte nicht thematisiert wurde, ist unter anderem, dass die Kinder bisher noch kein Thema mit geschlechtsspezifischem Hintergrund aufgegriffen oder besprochen haben. Außerdem berichteten die Erzieherinnen, dass die Jungen und Mädchen oft zusammenarbeiten und sich diese Zusammenarbeit manchmal von ganz allein trennt, wenn z. B. getanzt wird oder Hütten gebaut werden.

Die Kindertagesstätte in Langenlonsheim bejahte die Thematisierung der geschlechtsspezifischen und der sozialen Rollenvorstellungen im Projekt und konkretisierte diese Aussage dahingehend, dass im Laufe der Diskussion über das Aufräumen des Turnraums die Mädchen den Wunsch geäußert hätten, den Turnraum gleichermaßen nutzen zu dürfen. Es wurde darüber diskutiert, wer schneller ist, ob man während des Tages stundenweise wechseln soll, inwieweit der Raum teilbar ist und ob ein Mädchentag eingeführt werden soll.

Die Medien werden für die Projekte in der Regel nicht genutzt. Eine Kindertagesstätte berichtete von einer Kindergartenzeitung. Hier gibt es eine Redaktionsgruppe aus Kindern der Kindertagesstätte, die das Interesse an Menschen und Vorgängen durch Bilder und einfache Texte wach halten soll. Ansonsten erfolgen die Dokumentationen in den Kindertagesstätten durch einfache Textprotokolle der Erzieherinnen oder durch gemalte Protokolle der Kinder.

#### **d) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten**

Auf die Frage, ob festgelegt wird, wer mitmachen darf oder kann, antworteten vier Kindertagesstätten, dass alle Kinder mitmachen könnten. In der Kindertagesstätte Udenheim, die eine Kinderkonferenz durchführt, veranstalten die Gruppen eine geheime Wahl. Damit legen die Kinder fest, wer mitmachen darf. Gleiches gilt für das Kinderparlament in Großniedesheim. Da jedoch niemand zweimal nacheinander gewählt werden darf und im Krankheitsfall auch Ersatzmitglieder teilnehmen, ist jede oder jeder auch mal dran. Durch die pädagogische Begleitung wird niemand ausgeschlossen.

Die Kinder beteiligen sich altersabhängig unterschiedlich an den Projekten. Eine Ungleichheit hinsichtlich der Partizipation ergibt sich auch aus den unterschiedlichen Charakteren der Kinder und aus den Zusammenhängen, die sich aus dem Elternhaus ergeben. Auch ist die Partizipation abhängig vom bereits vorhanden Grad des Selbstbewusstseins, allerdings ist ein positiver Effekt bei allen Kindern zu erkennen.

Die Aufgaben, die unter den Kindern verteilt werden, richten sich nach den im Einzelnen in den Kindertagesstätten durchgeführten Projekten.

#### **e) Wirkung des Projekts**

Hinsichtlich der Frage, ob das Projekt den Kindern Gestaltungserfahrung außerhalb des Projektes eröffnet hat, berichteten die Erzieherinnen, dass nach Aussage einer Elternvertreterin teilweise in den Familien von den Kindern die Forderung erhoben wird, auch bei häuslichen Entscheidungen mitbeteiligt zu werden. Die Rückmeldungen der Eltern zeigen, dass die

Kinder für die Grundschule gut gerüstet sind. Die Eltern sind stolz auf die Kindertagesstätte. Andere Eltern von anderen Kindertagesstätten fordern diese Qualität in anderen Kindertagesstätten ein. Bei den Kindern ist allerdings kein Bewusstsein über das Besondere der Einrichtung vorhanden. Für sie gilt das Besondere als normal.

Die Nachfrage, ob diese Gestaltungserfahrung mit gesellschaftlichen und politischen Erkenntnissen verbunden werden konnte, wurde von vielen Kindertagesstätten mit Ja beantwortet. Die Erkenntnis ist, dass man nur gemeinsam etwas erreichen kann und niemand allein seinen Willen gegen die anderen durchsetzen kann.

Den Erzieherinnen war auch wichtig, die gute und unbürokratische Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätte, Träger und Kommune zu betonen.

Sowohl die Erzieherinnen als auch die Kinder erklärten, dass die Erwartungen an das Projekt mit dem Erreichten übereinstimmen. Einzige Einschränkung ist die manchmal lange Umsetzung der Projekte.

Die Projekte sind alle auf Dauer angelegt. Die Frage, ob das Projekt Vorbildcharakter gehabt hat, wird unterschiedlich beantwortet. Teilweise hatten die Kindertagesstätten schon öfter Besuch von Gremien oder tauschten sich mit Kindertagesstätten mit vergleichbaren pädagogischen Konzepten aus. Bei den Erzieherinnen existiert der Wunsch, dass die Projekte Vorbildcharakter für die Grundschulen haben.

Den Kindern ist in der Regel nicht bewusst, dass ihr Handeln Bedeutung für Politik hat. Für die Kinder ist Politik eher ein abstrakter Begriff. Sie kennen Politiker als Redner aus dem Fernsehen (wörtliche Definition: „Politiker halten Reden und trinken dabei Wasser“). Wenn man unter dem Begriff Politik allerdings auch die lokale Gesellschaft des Miteinanders in der Kindertagesstätte und der Familie und das Aushandeln von gemeinsamen Regeln und Lösungen versteht, dann besteht auch eine Bedeutung für die Politik.

#### f) Grenzen des Projekts

Auf die Frage, wie viel Partizipation möglich ist und wer die letztendliche Entscheidungsbefugnis hat, führten die Erzieherinnen aus, dass sich Partizipation an den Möglichkeiten der Kinder orientieren muss. Die Kinder haben durch die Wahl der Themen und der beschlossenen Ergebnisse Befugnisgrenzen erreicht bzw. kennen gelernt. Die Kinder waren sich bisher ihrer Möglichkeit und Kompetenzen immer bewusst. In manchen Fällen wird ein Kompromiss zwischen Kinderentscheidung und Erzieherinnenentscheidung gesucht. Die Erzieherinnen versuchen aber, so weit wie möglich auf die Wünsche der Kinder einzugehen. Die letzte Entscheidungsbefugnis bleibt bei den Erzieherinnen, die aber die Entscheidungen mittragen, auch wenn sich für sie daraus mehr Arbeit ergibt.

Schwierigkeiten bei den Projekten gab es am Anfang teilweise im Team der Erzieherinnen bezüglich der angemessenen Ansprache und Motivation der Kinder. In der Anlaufphase befürchteten die Eltern Probleme bei der Umstellung des pädagogischen Konzepts auf die Offene Arbeit. Sie hatten Angst davor, dass ihr Kind keinen festen Bezug findet. Probleme entstanden ebenfalls, wenn Projekte zu lange dauerten. Problematisch ist auch die ausreichende Zeit für Planung, Fortbildung, Vor- und Nachbereitung.

#### g) Rolle der Erwachsenen

Die Kinder wurden hauptsächlich durch Erzieherinnen, Eltern, Kommunalpolitiker und Kirche unterstützt.

Die Rolle, die die Erwachsenen übernommen haben, wurde von den Erzieherinnen dahingehend beschrieben, dass sie den Diskussionsprozess der Kinder sowie die Berichtsphase in den Gruppen der Kindertagesstätten moderieren und die Umsetzung der Kinderentscheidungen sichern. Sie sind Impulsgeber, motivieren, beobachten und leiten an.

Die Erzieherinnen leisten auch Hilfe bei Behördengängen oder Gesprächen. In einer Kindertagesstätte gab es z. B. eine gemeinsame Gemeinderatssitzung und ein Gespräch mit dem Bürgermeister über die konkrete Umsetzung eines Beschlusses.

#### h) Stadt/Land

Die Frage, ob sich bei dem Projekt spezifische Voraussetzungen oder Besonderheiten ergeben, welche aus einem ländlichen oder städtischen Umfeld resultieren, bejahte nur eine Kindertagesstätte. Die Erzieherinnen sprachen die gute Netzwerk-Orientierung bei den Verantwortlichen im Dorf an. Kindertagesstätte, Kommune und Träger arbeiten unbürokratisch Hand in Hand.

### 4. Wichtigste Eindrücke aus den einzelnen Kindertagesstätten <sup>251)</sup>

#### a) Kindertagesstätte „Arche Noah“ in Uнденheim

1. Kindergartenkinder sind bei sinnvoller Anleitung bereits in der Lage, die Regeln für ihr soziales Miteinander zu formulieren und auf dem Kompromissweg zu vereinbaren. Sie beherrschen schnell die notwendigen Grundfertigkeiten wie Sitzungsdisziplin, das Einhalten einer Geschäfts- und Tagungsordnung, das Selbstvertrauen beim freien Sprechen u. a.

---

251) Vgl. Vorlage EK 14/3-31.

2. Kindergartenkinder erkennen die Chance der Mitbestimmung als reizvoll und bemühen sich darum, am Prozess der Entscheidungsfindung verantwortlich mitwirken zu können (Kandidatur, Wahlkampf).
3. Kindergartenkinder können getroffene Entscheidungen auf ihre Art protokollieren und erinnernd darstellen. Sie können die Aufgabe wahrnehmen, über getroffene Kompromisse ihre jeweilige Gruppe adäquat zu informieren.
4. Kindergartenkinder haben Spaß am Mitentscheiden.
5. Kindergartenkinder wünschen sich, auch außerhalb des Kindergartens so ernst genommen zu werden und bei wichtigen Entscheidungen, die auch sie betreffen, beteiligt zu werden (Familie).

**b) Protestantische Kindertagesstätte Großniedesheim in Großniedesheim**

1. Das Projekt „Kinderparlament“ des protestantischen Kindergartens Großniedesheim kann in seinen theoretisch-pädagogischen Grundlagen und in der praktischen Durchführung als nachahmenswertes Vorbild für andere KiTas dienen.
2. Die Besuche des Kinderparlaments beim „richtigen“ Gemeinderat haben sich bei den Kindern nachhaltig auf deren Engagement ausgewirkt.
3. Es wurde festgestellt, dass die Kinder auch gegenüber ihren Eltern und anderen Erwachsenen ihre Belange selbstbewusster vertreten.
4. In der Zeit nach dem Kindergarten erfolgte allerdings ein Bruch in der Einübung und Praktizierung von Partizipation und Mitsprache. Partizipationsprojekte aus dem Kindergarten wurden in der Grundschule nicht zielorientiert weitergeführt.
5. Für einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch der Beteiligten wurde eine Internetplattform als äußerst sinnvoll bewertet.

**c) Kindergarten „Wühlmäuse“ in Bodenheim**

1. Positiv an diesem Partizipationsprojekt ist, dass die Kinder die Akteure sind. Die Erzieherinnen leiten an, motivieren und sehen ihre eigene Aufgabe darin, dazu beizutragen, dass die Kinder Ideen entwickeln und die Planung und Umsetzung der Projekte durchführen.

Dadurch sollen die Kinder lernen, selbständig zu werden und Kreativität zu entwickeln.

Sie sollen lernen, dass manche Projekte etwas länger dauern und dass man die Arbeit vorantreiben muss, wenn man einen schnelleren Erfolg haben möchte.

Sie lernen eine Wertschätzung für das Erreichte. Sie lernen, dass sich Mitmachen lohnt.

Sie lernen auch, mit Frust umzugehen, und damit, dass ihre Idee vielleicht nicht bei den anderen ankommt oder nicht umsetzbar ist.

2. Aufgrund ihres Alters können die Kinder die Tragweite ihrer Partizipation noch nicht erkennen. Aber sie erkennen, dass ihr Projekt bei anderen gut ankommt.

Die Kinder selbst haben betont, dass ihre Freunde ihr Projekt anerkennen, selbst wenn sie nicht mitgemacht haben. Und sie sind stolz auf alles, was sie selbst geschaffen haben. Das wurde vor allem beim Rundgang durch den Kindergarten deutlich, bei dem die Kinder bereitwillig alles zeigten und erklärten.

3. Bemerkenswert ist auch, dass die Kinder ihre Beteiligung als etwas „Normales“ ansahen, das ihnen Spaß macht.
4. Deutlich wurde auch, dass die Kinder sich daran gewöhnen, dass sie selbst dazu beitragen können, damit ihre Ziele umgesetzt werden, und dass sie lernen, welche Schritte sie dazu unternehmen müssen. Das zeigt das Beispiel des „Kickers“, den einige Kinder wollten. Dabei haben sie mit der Beigeordneten der Ortsgemeinde gesprochen, um finanzielle Mittel zu erhalten, und dann den Rest des erforderlichen Betrages über Kuchenverkauf selbst aufgebracht.

**d) Kindertagesstätte Wittlich-Neuerburg in Wittlich**

1. Weitgehende Transparenz, so durch vielfältige, visuelle Informationen und akustische Signale (Kinder bedienen Gong, Hupe zur Bekanntmachung von Infos), schafft die Grundlage, das Interesse und die nachhaltige Motivation bei Kindern, Eltern und Mitarbeitern.
2. Übernahme von Verantwortung, Entscheidung und Beteiligung ist schon im Kindertagesstättenalter in allen Bereichen (z. B. Auswahl für Anbau von Gemüse im Garten; Gestaltung des Speiseplanes; Raumgestaltung) möglich.
3. Demokratisches Verhalten soll nicht aufgesetzt werden, sondern als selbstverständlich im Alltag einfließen, so durch das Vorbild der Erwachsenen (Mitarbeiterteam), die sich bewusst damit ständig auseinander setzen und sich kontinuierlich fortbilden.
4. Kinder müssen als Persönlichkeiten ernst genommen werden, so beim gemeinsamen Aufstellen von Regeln, deren Beachtung und in Frage stellen.
5. Ein unbefangener, angstfreier Umgang mit Politikern entsteht, wenn diese regelmäßig in die KiTa kommen, z. B. Ortsvorsteher, Bürgermeister, Ortsbeirat, oder sie die Kinder ins Rathaus einladen.

**e) Kommunaler Kindergarten Naseweis in Schweppenhausen**

1. Einbindung aller Kinder der Einrichtung.

2. Erarbeitung von Lösungen/Lösungswegen eigenständig durch die Kinder.
3. Treffen eigener Entscheidungen und Fähigkeit, eine Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren und zu befolgen.
4. Beteiligung nicht als Sonderveranstaltung, sondern Einbindung in den KiTa-Alltag für alle Kinder.

**f) Katholischer Kindergarten Langenlonsheim**

1. Einbindung aller durch Abschlusskreis, Morgenkreis, jetzt auf Wunsch der Kinder Kinderparlament für die älteren Kinder.
2. Diskutieren eines Problems, Erarbeitung von eigenen Lösungsvorschlägen und gegebenenfalls Abstimmung über diese.
3. Entscheidungen werden durch die Kinder getroffen, die Erzieherinnen leisten auf Wunsch Unterstützung.
4. Hineintragen der Erlebnisse aus der Kindertagesstätte in den familiären Alltag (Vorschlag Familienkonferenz).

**II. Schlussfolgerungen** <sup>252)</sup>

1. Kinderparlamente in Kindertagesstätten bieten den Kindern die Erfahrung, wie man mit eingeübten Verfahrensweisen neue Regeln für die Gemeinschaft entwickelt.
2. Kinderkonferenz/-redezeit ist nicht schon Demokratie, stellt aber eine gute Vorbereitung dar: Die Kinder lernen, Ideen zu entwickeln und sich für etwas einzusetzen sowie Verantwortung für die eigenen Entscheidungen zu übernehmen. Eine Folge dessen ist eine Steigerung des Selbstbewusstseins.
3. Schon im Kindergartenalter können Kinder vieles selbst entscheiden. Alle Einrichtungen berichten, dass die Ideen der Kinder sehr gut sind und viel zur Weiterentwicklung der Einrichtung beitragen.
4. Kinder sind in der Lage, ihre Entscheidungen zu protokollieren (Bilder, mit Hilfe der Erzieherinnen auch schriftlich) und diese an die anderen Kinder weiterzugeben und zu vermitteln.
5. Kinder bemühen sich (einmal auf die Idee gebracht) um Mitbestimmung, das heißt, sie wollen in das Kinderparlament/die Kinderkonferenz gewählt werden und „kandidieren“ dafür. Das bedeutet, dass die Kinder in der Lage sind „Wahlkampf“ zu führen und die anderen wiederum „wählen“ können (z. B. mit Bausteinen).
6. Für diese Prozesse benötigen Kinder jedoch die Initiative und Unterstützung der Erzieher/-innen. Diese müssen entsprechend aus- bzw. weitergebildet werden.
7. Viele Beteiligungsformen können in diesem jungen Alter nur gelingen, wenn sich die Erzieherinnen überdurchschnittlich engagieren.
8. Wenn Kinder in ihrer Tagesstätte beteiligt werden, dann weckt dies bei ihnen das Bedürfnis, auch in anderen Lebensbereichen beteiligt zu werden.
9. Sehr erfolgreich laufen diese Modelle, wenn die Gemeinde in die Partizipationsformen in Kindergärten einbezogen wird, das heißt, Kindern wird beispielsweise die Möglichkeit gegeben, Entscheidungsprozesse (speziell die für sie interessanten wie Spielplätze) in der Gemeinde kennen zu lernen.
10. Kinder, die schon früh Erfolg mit eingeübten Verfahrensweisen haben, können gemeinsam neue Regeln für ihr Umfeld entwickeln. Besuche in Gemeinderäten schaffen außerdem einen unmittelbaren Bezug ihres Kinderparlaments zum kommunalen Umfeld.
11. Leider gelingt es heute i. d. R. nicht, die guten Partizipationsansätze im Kindergarten in der Grundschule weiterzuführen.
12. Die Fortführung von Partizipation in der aufnehmenden Grundschule gilt es besonders zu beachten. Partizipationsprojekte aus der Kindertagesstätte sollten in der Grundschule zielorientiert weitergeführt werden.
13. Zwischen Erzieherinnen und Erziehern im Kindergarten und den Lehrkräften in den Grundschulen sollten sich deshalb Netzwerke bilden. Die Kommunen könnten hier eine beratende oder moderierende Funktion einnehmen.
14. Es müsste eine Plattform geschaffen werden, die die Möglichkeit bietet, sich gegenseitig über die Erfahrungen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen auszutauschen.
15. Für einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch der Beteiligten wäre eine Internetplattform äußerst sinnvoll. Das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend könnte über die Internetseiten „[www.net-part.rlp.de](http://www.net-part.rlp.de)“ eine koordinierende Rolle übernehmen.

Staatssekretär Prof. Dr. Hofmann-Göttig sagt hinsichtlich der Empfehlung zu Nummer 15 zu, Projekte aus dem Elementarbereich im Rahmen des Netzwerkes Partizipation Rheinland-Pfalz ins Internet einzustellen. <sup>253)</sup>

In einem Brief an die Kinder, das Team der Kindertagesstätte sowie die Eltern hat sich die Enquete-Kommission für die Möglichkeit bedankt, sich über die Beteiligungsmöglichkeiten informieren zu können, und den Kindertagesstätten das Protokoll, eine Auflistung der wichtigsten Punkte sowie die ersten Schlussfolgerungen übersandt.

<sup>252)</sup> Vgl. Vorlage EK 14/3-30.

<sup>253)</sup> Vgl. Staatssekretär Prof. Dr. Hofmann-Göttig, Protokoll der 10. Sitzung der EK 14/3 „Jugend und Politik“ am 21. Januar 2005, S. 5.

**V. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche der Schulen am 13. Januar 2005** <sup>254)</sup>**I. Allgemeiner Teil****1. Projektbeschreibung****a) Grundschule Trier-Biewer**

Die Grundschule versteht sich als Ort demokratischer Erziehung. Die Schule nimmt am Schulentwicklungsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) „Demokratie lernen & leben“ teil. Zielgruppe sind alle Schülerinnen und Schüler der Grundschule.

**b) Regionale Schule Rülzheim**

In der Regionalen Schule Rülzheim sollen Schülerinnen und Schüler durch verschiedene Projekte zur Übernahme von Verantwortung gebracht sowie die Gemeinsinnorientierung gefördert werden. Hintergrund ist die Durchführung eines Schul- und Qualitätsprogramms. Zielgruppe sind die Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10. Die Projekte dauern jeweils ein Jahr, können dann aber bei Interesse weiter fortgesetzt werden.

**c) Grundschule Süd Landau**

Die Schule nimmt am Schulentwicklungsprogramm der BLK „Demokratie lernen & leben“ teil. Das Projekt „Demokratie im Schulalltag“ beinhaltet den Klassenrat und die Schulversammlung. Im Rahmen des Projekts „Schule in der Demokratie“ wurde die Demokratie-AG gegründet. Die Projekte sind auf Dauer angelegt.

**d) Duale Oberschule Nastätten**

Im Mittelpunkt der Dualen Oberschule Nastätten steht Schülerpartizipation und Werteorientierung. Es wird eine gelebte Schulgemeinde angestrebt, in der jeder seinen Platz hat und mitgestaltet. Zielgruppe sind die Schülerinnen und Schüler aller Klassen sowie die Elternschaft und das Lehrerkollegium. Die Projekte sind auf Dauer angelegt.

**e) Erich-Kästner-Schule, Regionale Schule Ransbach-Baumbach**

Die Schule nimmt am Schulentwicklungsprogramm der BLK „Demokratie lernen & leben“ teil. Pädagogisches Motto der Schule ist „Wege entstehen beim Gehen“. Entsprechend gibt es ein Pädagogisches Konzept, ein Qualitätsprogramm, ein systematisches Lernkompetenztraining, ein Konzept zur Personalentwicklung und Weiterqualifizierung sowie eine „Fit for Job“-Konzeption. Die Schule hat einen Klassenrat und ein Stufenparlament. Die Partizipation ist projektbezogen. Zielgruppe sind alle Schülerinnen und Schüler.

**f) Integrierte Gesamtschule (IGS) Mutterstadt**

Die IGS Mutterstadt hat folgende Partizipationsprojekte:

**Klassenrat:**

Der Klassenrat dauert eine Schulstunde. Während dieser Stunde ist Zeit und Gelegenheit, alle wichtigen Dinge, wie Streitereien, Regeln oder Wünsche zu beraten. Dazu werden abwechselnd Schülerinnen und Schüler ausgewählt, welche als Sitzungsleiter die Stunde leiten.

**PROPP-Stunden:**

Unter diesem Titel verbirgt sich eine neue Art des Wochenbeginns in der Schule. In der ersten Schulstunde am Montag kann sich gegenseitig erzählt werden, was am Wochenende passiert ist, es werden Entspannungs- und Konzentrationsübungen gemacht und das gemeinsame Kennenlernen gefördert. Da all diese Maßnahmen in einem Programm zusammengefasst sind, nennt die Schule sie PROPP-Stunden.

**Tutoren:**

Es gibt keine herkömmlichen Klassenlehrerinnen oder Klassenlehrer. Jede Klasse wird von zwei Tutorinnen oder Tutoren, wenn möglich von einer Tutorin und einem Tutor betreut. Diese Tutoren begleiten die einzelnen Klassen bis zum 10. Schuljahr. Sie erkennen über einen langen Zeitraum die Stärken und Talente der Schülerinnen und Schüler und können diese gezielt fördern. Es gilt der Satz: Du bist dann gut, wenn du leistest, was du leisten kannst.

**Projektunterricht:**

Zwei Stunden pro Woche sind einem bestimmten Projekt vorbehalten. Die konkrete Projektarbeit erfolgt in der Gruppe. Dort wird geplant und gearbeitet. Am Ende des Projekts wird das Ergebnis vorgestellt. Die Projekte haben ganz unterschiedliche Themen und können sich auch an den Fachunterricht anlehnen.

**Wochenplan:**

In der IGS Mutterstadt sollen alle Schülerinnen und Schüler lernen, selbständig nach ihren Begabungen zu arbeiten. Aus diesem Grund bekommen die Schülerinnen und Schüler in verschiedenen Fächern Arbeitspläne, die innerhalb einer Woche zu erledigen sind. Wie und wann die Schülerinnen und Schüler diese Arbeit planen, liegt in ihrem Ermessen.

254) Grundlage ist die Zusammenfassung der Berichtsbogen über die Vor-Ort-Besuche der Schulen am 13. Januar 2005, Vorlage EK 14/3-73 .



Europaseminar:

In dem Projekt „Europaseminar“ haben Schülerinnen und Schüler der IGS Mutterstadt an einem Schüleraustausch mit der polnischen Partnerregion „Oppeln“ teilgenommen. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen sollten auch Vorurteile abgebaut und konkret besprochen werden.

**g) Berufsbildende Schule Bingen**

Die Schule nimmt am Schulentwicklungsprogramm der BLK „Demokratie lernen & leben“ teil. Das Projekt „Politik vor Ort“ beinhaltet Informationen, Gespräche und Rollenspiele rund um die Kommunalpolitik. Die Schülerinnen und Schüler besuchen nach intensiver Vorbereitung in der Schule eine kommunalpolitische Sitzung, sprechen mit den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und bereiten die Sitzung im Gespräch nach. Anschließend werden die gewonnenen Erfahrungen in einem Rollenspiel umgesetzt. Das gesamte Projekt erfolgt in Lernortkooperation mit den beteiligten Ausbildungsbetrieben. Zielgruppe sind alle Schülerinnen und Schüler. Das Projekt findet mehrmals an mehreren Tagen statt und wird durch einen Flyer und eine CD-ROM der Schule dokumentiert.

**h) Hildegardisschule Bingen**

In der Hildegardisschule Bingen werden sehr viele verschiedene, vor allem auf soziales Engagement ausgelegte, Projekte angeboten, unter anderem Sozialpraktikum, Streitschlichterprogramm oder Eine-Welt-Kreis. Die Schule hat sich außerdem an der 72-Stunden-Aktion des SWR beteiligt. Sie fördert eine sehr aktive Schülerinnenvertretung und die Beteiligung der Schülerinnenvertretung bei allen wichtigen Schulfragen wird selbstverständlich praktiziert. Die Schule ist davon überzeugt, dass auch soziales Lernen und soziale Erfahrung die Entwicklung der Schülerinnen voranbringt. Daher werden Projekte außerhalb des Unterrichts angeboten, die Engagement fordern und fördern. Zielgruppe sind alle Schülerinnen der Schule. Diese Projekte dauern – abhängig vom Projekt – wenige Tage oder auch bis zu einem Schuljahr oder länger. Dokumentiert werden die Projekte unter anderen in Niederschriften und Fotos.

**i) Sebastian-Münster-Gymnasium Ingelheim**

Das Sebastian-Münster-Gymnasium ist davon überzeugt, dass Kinder und Jugendliche nur dann gut lernen können, wenn sie seelisch gesund sind. Seit Jahren ist das Gymnasium daher sehr bemüht, durch vielfältige Maßnahmen dazu beizutragen, dass sich die Schülerinnen und Schüler zu selbstbewussten jungen Menschen entwickeln, die sich ihrer Einzigartigkeit bewusst sind und dabei auch ihrer Verantwortung für sich und andere.

Besonders erfolgreich setzt die Schule seit mehreren Jahren das Programm „Lions Quest“ in den Klassenstufen 5 und 6 und zum Teil auch in der Klassenstufe 7 ein. Dieses Programm, in das auch die Eltern eingebunden sind, unterstützt Kinder und Jugendliche beim Erwachsenwerden. Dank der Finanzierung durch den Lions-Club Ingelheim konnten die Lehrerinnen und Lehrer an den entsprechenden Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen.

Arbeit der Schülervetretung (SV)

Die SV setzt sich für die Interessen und Belange der 1 100 Schülerinnen und Schüler am Sebastian-Münster-Gymnasium ein. Zu den zahlreichen Aktivitäten der SV zählen die traditionsreichen Schulfußballturniere, an denen regelmäßig bis zu 300 Schülerinnen und Schüler teilnehmen, die Organisation von Feiern (Fastnacht) und die Durchführung von aktuellen Projekten zur Verbesserung des Schullebens (z. B. Aufstellung einer Tischtennisplatte). Bei der Realisierung der Projekte arbeitet das SV-Team eng mit dem Schulförderverein, einzelnen Lehrern und dem Hausmeister der Schule zusammen.

Auf regelmäßig stattfindenden Versammlungen der Klassen- und Kurssprecher (KSVs) informieren der SV-Vorstand, die einzelnen Referate (Feste, Sport, Presse etc.) und die Stufensprecher über ihre Arbeit.

Seit dem Schuljahr 2002/2003 werden in so genannten Unterstufen-KSVs die besonderen Belange der jüngeren Schülerinnen und Schüler vorgebracht und diskutiert.

Feste Bestandteile der SV-Arbeit sind das jährlich stattfindende, mehrtägige SV-Seminar in Speyer und der SV-Raum. Die gewählten Mitglieder des SV-Vorstandes vertreten die Schülerschaft in der Gesamtkonferenz der Schule (Lehrerkonferenz) und in den Sitzungen des Schulausschusses (Schüler-Eltern-Lehrer-Gremium). Jeden Monat findet ein Treffen von SV-Vorstand, Schulleiter und Verbindungslehrer im SV-Raum statt, bei dem aktuelle Probleme und Projekte besprochen werden.

Außerdem gibt es die Projekte „Gespräch mit Zeitzeugen“, Streitschlichtung und Brasilienverein sowie Arbeitsgemeinschaften.

**j) Stefan-George-Gymnasium Bingen**

Das Stefan-George-Gymnasium Bingen hat sich ein Leitbild gegeben, worin folgende Werte, Ziele und Erwartungen formuliert wurden:

- Schulisches Leben setzt Respekt, Toleranz, Kollegialität und Solidarität voraus.
- Wir wünschen an unserer Schule ein Klima des angstfreien, offenen und würdevollen Umgangs aller am Schulleben Beteiligten.
- Wir wollen, dass an unserer Schule jeder die Bereitschaft hat, für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen.
- Wir wollen eine aktive Zusammenarbeit mit den Eltern.
- Wir bieten jungen Menschen ein vielfältiges und differenziertes Bildungsangebot auf qualitativ hohem Niveau.

- Die Schulgemeinschaft des Stefan-George-Gymnasiums ist offen für Entwicklungen und Veränderungen.
- Wer in das Gymnasium eintritt, schließt gleichsam mit der Schule einen Vertrag über seine Rechte und Pflichten ab.

Folgende Projekte wurden durchgeführt:

„Alt werden – Alt sein“, Schülerwettbewerbe, Schulpartnerschaften, Schulaustausch, SV-Arbeit, Schulleiternbeirat, Schulzeitung sowie ein Forum mit Veranstaltungen zu aktuellen Themen. Außerdem wurden Gespräche mit Politikerinnen und Politikern in der Schule und im Landtag geführt.

## 2. Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern

Da teilweise die Gespräche mit den Schülerinnen und Schülern nicht nach den im Berichtsbogen aufgeführten Fragen aufgeschlüsselt werden konnten, werden diese Gespräche nachfolgend jeweils zusammenfassend dargestellt.

Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern der Integrierten Gesamtschule Mutterstadt:

Gespräch mit einer 10. Klasse/Sozialkunde:

Die Schülerinnen und Schüler hatten sich auf eine Fragestunde mit den Mitgliedern der Kommission vorbereitet. Sie wollten Fragen über aktuelle politische Themen stellen. Doch bevor es zu dieser eher einseitigen Kommunikation kommen sollte, entwickelte sich ein gemeinsames Gespräch zwischen der Kommission und den Jugendlichen. Thema war der Erfolg der rechten Parteien bei den letzten Landtagswahlen in den neuen Bundesländern. Es wurde diskutiert, wie es dazu kommen konnte und was man ganz persönlich gegen rechtes Gedankengut bei jungen Leuten machen kann.

Auffallend war, dass sich viel mehr Schülerinnen als Schüler an der Diskussion beteiligten. Erst nach einiger Zeit äußerten sich vermehrt auch die Jungen. Dennoch wurde die gesamte Diskussion fast hauptsächlich von Schülerinnen getragen. In dem Gespräch wurde deutlich, wie schwierig eine eindeutige Definition von „Politik“ und „politischem Handeln“ ist. Ist es schon politisch, wenn man innerhalb des Freundeskreises gegen rechte Gesinnungen angeht? Wann fängt man als Jugendlicher an, „politisch zu handeln“? Ist jede Meinungsäußerung schon „politisch“?

In der Diskussion haben die Kommissionsmitglieder mehrmals die Frage an die Schülerinnen und Schüler gestellt, „Was könnt ihr ganz persönlich gegen rechtes Gedankengut und rechte Gewalt tun?“ Es wurde deutlich, dass sich die Jugendlichen mit dieser Fragestellung durchaus politisch auseinandersetzen und ganz klare (politische) Meinungen vertreten.

Innerhalb dieser Diskussionsrunde und in der zur Verfügung stehenden Zeit konnte keine befriedigende Antwort auf diese schwierige Frage gefunden werden. Nach der Schulstunde wurde den Schülerinnen und Schülern ein erneuter Besuch durch eine Abgeordnete angeboten. Dieses Thema sollte gerade mit jungen Menschen ausführlicher diskutiert werden. Dieses Angebot wurde von den Schülerinnen und Schülern mit Freude angenommen.

Gespräch mit einer 12. Klasse/Leistungskurs Sozialkunde:

Das zweite Gespräch entwickelte sich nach dem Besuch einer Sozialkundestunde des Leistungskurses einer 12. Klasse. Thema dieser Sozialkundestunde war die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler an einem „Europaseminar“, einem Schulaustausch mit polnischen Schülerinnen und Schülern. Die Problematik gegenseitiger Vorurteile und deren Abbau wurde intensiv erörtert und in Kurzreferaten vorgestellt.

In dem anschließenden Gespräch wurde deutlich, dass die Schülerinnen und Schüler ein ganz differenziertes Verständnis für gesellschaftliche Probleme entwickelt hatten. Die gesammelten Erfahrungen hatten enormen Einfluss auf ihre individuelle politische Bewertung gesellschaftlicher Probleme. So wurde z. B. für den Bereich der Vorurteile und deren Einfluss auf die europäische Integration die enorme Bedeutung der Medien benannt.

Obwohl von vielen Schülerinnen und Schülern das Fach Sozialkunde nur als notwendiges Übel zum Leistungsfach Mathe gewählt werden musste, hat es sich für einige zum Lieblingsfach entwickelt. Dies liegt sicherlich auch an der Seminarleitung des Lehrers, welcher durch die interessante Vermittlung von Hintergrundinformationen die Jugendlichen zusätzlich motivierte.

Gespräch mit der Schülerinnen-/Schülervvertretung, Konzeptgruppe:

Das dritte Gespräch an diesem Tag wurde zusammen mit der Schülerinnen- und Schülervvertretung durchgeführt. In dem Gespräch wurde erneut deutlich, dass an der IGS Mutterstadt die Schülerinnen und Schüler zusammen mit den Lehrkräften an dem Konzept der Schule stetig weiterarbeiten.

Für die engagierten Schülerinnen und Schüler ist der Lebensraum Schule kein politikfreier Raum. Im Gegenteil: Die Schule war für diese Schülerinnen und Schüler das wesentliche Forum zur Herausbildung politischer Meinungen und gesellschaftlichem Engagement.

Des Weiteren wurde ein verstärktes Fördern eines ganzheitlichen Politikunterrichts gefordert. Politikunterricht soll nicht nur Systematik sein, sondern sich auch verstärkt der Einübung und Praktizierung von politischen Gestaltungsmöglichkeiten widmen: Weniger Theorie und mehr Praxis.

Gespräch mit der Schulleitung:

Abschließend wurde noch ein Gespräch mit der Rektorin und einigen Lehrerinnen und Lehrern geführt. Hier wurde im Wesentlichen das besondere pädagogische Konzept der IGS Mutterstadt besprochen. Dieses ist nicht statisch, sondern wird immer wieder

in einer sog. Konzeptgruppe bewertet und angepasst. Die Schule legt Wert auf engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Nur engagierte Lehrkräfte können das Konzept und den Erfolg der IGS Mutterstadt tragen und ausbauen. Neben den Schülerinnen und Schülern tragen hier auch die Eltern eine Verantwortung. Eltern werden für die Schule begeistert und mit einbezogen.

Aus diesen Gesprächen kann man als Fazit dem Motto der Schule zustimmen:

„In der Schule wird man mich erkennen und schätzen als jemanden, der einmalig ist auf dieser Welt, unverwechselbar. Ich werde den anderen etwas sein, was es ohne mich gar nicht gäbe.“ (Andresen, Ute: „Von der Würde der Kinder in der Schule“, Beltz-Verlag, Weinheim, 1985, S. 54)

Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern des Sebastian-Münster-Gymnasiums Ingelheim:

Unterrichtsinhalte verschiedener Fächer im Arbeitsfeld Sozialkunde/Erdkunde/Geschichte:

Beklagt wird die Stofffülle, die eine vertiefte Beschäftigung mit einzelnen Themengebieten erschwert. Überall wo Praxisbezug und unmittelbare Erfahrungsfelder im Unterricht organisierbar sind, steigt die Wirkung. Besondere Ergebnisse in dieser Hinsicht werden deshalb im Zusammenhang mit einem Betriebspraktikum in der 10. Klasse, bei regelmäßigen Gesprächen mit Zeitzeugen (ehemalige KZ-Häftlinge) und Bundestagsabgeordneten erwartet. Auch die Kooperation mit überörtlichen Bildungsträgern (WBZ Ingelheim, Deutsch-Atlantische Gesellschaft), Berlin-Fahrten auf Einladung von Bundestagsabgeordneten, Besuche im Landtag sowie die Beteiligung an Wettbewerben der Landeszentrale für politische Bildung sind dafür hilfreich. Besonders hervorgehoben wurden die Erfahrungen in den Gesprächen mit Politikern, da der persönliche Kontakt mehr Verständnis für die persönliche Situation bewirkte und Hintergründe für das politische Handeln erläutert wurden.

Eine besondere Stellung nimmt das Weiterbildungszentrum in Ingelheim ein, weil es leicht erreichbar ist und – in Absprache mit der Schule – Veranstaltungen organisiert, die diese mit den (dort angebotenen) Referenten und Referentinnen nicht durchführen könnte. Kooperiert wird zur Unterstützung der SV-Arbeit auch mit der Bildungsstätte Heinrich-Pesch-Haus, Ludwigshafen.

Die Aktivitäten an der Schule im Bereich Schulaustausch und Schulpartnerschaft spielen für die angefragten Aspekte von Beteiligung und Engagement in Bezug auf Demokratie keine besonders große Rolle.

SV-Arbeit spielt eine wichtige Rolle und wird altersspezifisch gestaltet. Als wichtig für den Erfolg dieses Lernfeldes für Engagement, Partizipation und Demokratie wird die kontinuierliche Begleitung durch die Schule angesehen. Die formalen Rechte werden als wichtig eingeschätzt, es wird gewünscht, dass darüber noch mehr informiert wird. Gewünscht wurde weiterhin, dass es bei einigen Gremien nicht dabei bleibt, dass Schülerinnen und Schüler nur beratend mitwirken dürfen. Problematisch wird empfunden, dass viel Zeit mit der Diskussion über Verfahrensfragen vergeudet wird.

Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern des Stefan-George-Gymnasiums Bingen:

SV-Arbeit wird von allen Beteiligten als wichtig eingeschätzt und spielt in der Schule eine wichtige Rolle. Die SV verfügt über einen eigenen Raum und ist auf der Website der Schule mit eigenen Beiträgen präsent. Die SV war erfolgreich mit einem Antrag in der Gesamtkonferenz, eine Schüler/Lehrer-AG zum Thema „Demokratisierung“ einzurichten. Die Vorschläge der SV werden in der Regel von den Schulgremien positiv aufgenommen (z. B. Einrichtung Basketballkorb und Spielmöglichkeiten). Problematisiert wird, dass sich zu wenige Schülerinnen und Schüler in ihr engagieren (keine echte Wahl) und die Wirkungsmöglichkeiten je nach Alter der Schülerinnen und Schüler sehr unterschiedlich ausfallen und aussehen müssen. Das wird (vielleicht) zu wenig berücksichtigt. Als äußerst unbefriedigend wird es angesehen, dass die SV-Vertreter im Schulausschuss und einigen anderen Gremien nur beratend teilnehmen. Diese Regelung wird als überholt angesehen und nimmt die Schülerinnen und Schüler nicht ernst. Weiterhin wird es für wichtig angesehen, schon früh mit der Motivation für das SV-Engagement zu beginnen, da es einige Zeit braucht, bis Schülerinnen und Schüler in der Schule auch bekannt sind und von anderen angesprochen werden.

Von Seiten der Schule wird außerhalb des Unterrichts das sog. SGG-Forum angeboten, das von der Schulleitung als zentrales Instrument des Schullebens fächerübergreifend und aktuell den Schülerinnen und Schülern Zeitfragen näher bringt. Von einigen Schülerinnen und Schülern wird bedauert, dass nicht alle Lehrerinnen und Lehrer die Bedeutung dieses Angebots sehen und nicht ausreichend auf diese interessanten Veranstaltungen hingewiesen wird. Die Schülerinnen und Schüler zeigen sich auch sonst unzufrieden mit den zugänglichen Informationen zu Politik, Parlament und politischen Zeitfragen und wünschen sich von der Landeszentrale für politische Bildung Informationen zu verschiedenen aktuellen Themen sowie eine leichter zugängliche Information über die (Internet-)Präsenz der Jugendorganisationen der Parteien in Rheinland-Pfalz.

Strittig ist aus Sicht der Vertreterinnen und Vertreter der Enquete, ob die Forderung der Schülerinnen und Schüler nach „objektiven“ Informationen erfüllt werden könnte, weil es doch um Meinungsvielfalt und letztlich auch um Pluralität in der Gesellschaft geht. Die Aufgabe der Schule bestünde dann gerade darin, die Fähigkeit zu entwickeln, Informationsangebote in ihrer Bedeutung einzuschätzen und gewichten zu lernen. Zur Kenntnis genommen werden musste aber, dass Parteienstreit und öffentlicher Schlagabtausch der Politikerinnen und Politiker, wie er über die Medien vermittelt wird, absolut abschreckend wirkt und dazu führt, die Distanz zum politischen Engagement zu vergrößern. Auch wenn zwei Schüler der Gesprächsgruppe in der JU und bei den Jungen Liberalen engagiert sind und positive Berichte über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten abgaben sowie positive Gespräche mit Politikern in der Schule stattfanden, besteht insgesamt große Skepsis und geradezu Aversion gegenüber der Politik im Allgemeinen und eine Scheu, sich „festzulegen“.

Völlig unbefriedigend wurde die Situation in den Kernfächern für Partizipation und Demokratie eingeschätzt, da die Stundenpläne keinerlei Spielraum geben, die geforderten Inhalte zu vermitteln, eine Erhöhung des Stundenumfanges wird für dringend erforderlich gehalten.

Auf die Nachfrage, was sie selbst zum Engagement angestoßen habe, sehen die anwesenden Schülerinnen und Schüler als Begründung das Gefühl, dass sich Engagement lohne, sei es in persönlicher oder beruflicher Hinsicht und dieses Engagement auch im persönlichen Umfeld (Sportverein, Jugendgruppe) gepflegt werden könne. Außerdem mache das Engagement auch Spaß. Anstoß habe irgendein Vorfall, ein Missstand oder fehlende Informationen gegeben, die dann Aktivitäten nach sich gezogen hätten.

Vorgeschlagen wird neben den Zeugnissen für die Schülerinnen und Schüler auch eine Art Beurteilungsverfahren der Lehrerinnen und Lehrer durch die Schülerinnen und Schüler (auf fairer Basis) einzuführen. Dadurch werden wertvolle Rückmeldungen auf die Zusammenarbeit in der Schule gegeben.

Die Lehrerinnen und Lehrer sehen sich selbst innerhalb des Schulsystems äußerst wenig beteiligt. Es fehlt an tatsächlichen Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Weiterentwicklung der Grundlagen und Rahmenbedingungen ihrer Arbeit innerhalb der Schulverwaltung.

Auswertung des Gesprächs mit den Schülerinnen und Schülern im Übrigen:

Die Schülerinnen und Schüler machen bei den Projekten mit, weil es ihnen Spaß macht, mit anderen Schülerinnen und Schülern zusammenzuarbeiten, eigenverantwortliches Arbeiten möglich ist und sie mitbestimmen wollen. Sie sehen in den Projekten eine Chance, ihre Schule zu gestalten und finden soziales Engagement wichtig. Sie wollen einen stärkeren Praxisbezug, das bedeutet, mehr Praxis im Betrieb und in der Politik erfahren. Helfen und Verantwortung zu tragen ist für sie ein schönes Gefühl.

Den Schülerinnen und Schülern hat die Beteiligung an den Projekten Spaß gemacht, auch wenn sie am Anfang etwas skeptisch waren und manche Erfahrungen, z. B. im Sozialpraktikum nachdenklich machten. Viele Projekte wurden durch die Schülerinnen und Schülern angeregt, oft erfolgte die Impulsgebung durch die Lehrer.

Die überwiegende Antwort der Schülerinnen und Schüler auf die Frage „Was klappt gut?“ war „Alles klappt gut“. Die Organisation und das eigenverantwortliche Handeln funktioniert; die Schülerinnen und Schüler halten sich an die Entscheidungen, die sie gemeinsam erarbeitet haben.

Die Frage „Was ist schwierig?“ wurde nur von wenigen Schülerinnen und Schülern beantwortet. Hier wurde unter anderem aufgeführt, dass es schwierig sei, die Gesprächsregeln einzuhalten. Die Schülerinnen und Schüler der Grundschule in Landau waren in einer Realschule und haben dort nach Demokratie gefragt. Die Antwort des Lehrers: „Das ist bei uns nicht notwendig.“

Die Liste derer, die den Schülerinnen und Schülern helfen, ist lang, sie reicht von den Lehrern/Ausbildern über die Eltern, die heimische Wirtschaft, die Verbandsgemeinde und Landkreise bis hin zur Schulleitung.

Die Schülerinnen und Schüler erzählen ihren Eltern von dem Projekt und diese reagieren positiv darauf.

Durch ihre Projekte haben die Schülerinnen und Schüler sehr viel erreicht. Beispielsweise wurde ein Bauwagen nach ihren Wünschen gestrichen, verschiedene Streitigkeiten geschlichtet, Vorlesepausen bei Regenwetter, Sprachkurse für ausländische Kinder sowie Pfand für Trinkbeutel eingeführt oder eine Halle für den Sportunterricht und die Schülerversammlung gefunden. Die Projekte haben bewirkt, dass sehr viele Schülerinnen und Schüler aktive Rollen eingenommen haben und nun von „ihrer“ Schule reden.

Einige Schülerinnen und Schüler engagieren sich abseits der Schule in Vereinen und Jugendgruppen. Die Frage, was sie gerne anders machen würden oder haben wollen, beantworteten z. B. die Schülerinnen und Schüler der Grundschule in Trier-Biewer dahingehend, dass eine große Wiese im Ort Spielplatz werden soll und dass das Busgeld wegfallen soll. Der größte Wunsch der Dualen Oberschule in Nastätten ist ein eigener Schulbauernhof. Die Schülerinnen und Schüler der Hildegardisschule in Bingen wünschen sich, dass ein zusätzliches betriebliches Praktikum angeboten wird.

### 3. Gespräch mit den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern

#### a) Geschichte des Projekts/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation?

Die Initiative zur Partizipation ging teilweise von den Schülerinnen und Schülern aus, teilweise regten die Lehrerinnen und Lehrer bzw. die Schulleitung die Projekte an. Einige Schulen nehmen am Schulentwicklungsprogramm der BLK „Demokratie lernen & leben“ teil.

#### b) Zieldiskussion

Ziel der Projekte ist es, das gesellschaftliche Engagement der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Sie sollen Verantwortung übernehmen und sich am Schulleben beteiligen. Die Bereitschaft, sich für die Gesellschaft zu engagieren, muss in der Schule geweckt werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen für politische Entscheidungsprozesse sensibilisiert werden. Das Motto der Integrierten Gesamtschule Mutterstadt steht hier stellvertretend für alle Schulen. Es lautet: „Wenn man allein träumt, ist es nur ein Traum; wenn man gemeinsam träumt, ist es der Anfang der Wirklichkeit.“

Mit der Realisierung der Projekte soll die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler gefördert werden, Verantwortung für das eigene Lernen und für die Schulgemeinschaft zu übernehmen. Die Schülerinnen und Schüler sollen soziale Fähigkeiten wie

Teamfähigkeit, Persönlichkeitsentwicklung, Stärkung der eigenen Urteilsfähigkeit, Konfliktlösungskompetenzen sowie demokratisches Denken, Hilfsbereitschaft und soziales Engagement erlernen.

Hinter den Projekten steht unter anderem das pädagogische Konzept von Peter Petersen „Peer-Group-Teaching“, das eigene Qualitätsprogramm der Schule oder kooperative Lernformen. Die Berufsbildende Schule in Bingen möchte den Sozialkundeunterricht praxisnäher gestalten; Ziel der IGS Mutterstadt ist es, gemeinsames Lernen und individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verwirklichen.

Partizipation bedeutet für die Lehrerinnen und Lehrer, das Engagement der Jugendlichen zu wecken, Selbständigkeit zu fördern und sich für die Interessen der Schülerinnen und Schüler einzusetzen. Die Schule soll die Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitwirkung an der Zivilgesellschaft fördern.

Die Projektziele werden in der Regel erreicht. Auf die Frage, inwieweit die Kinder in der Ziel- bzw. Themensetzung und Umsetzung der Projekte beteiligt sind, berichten z. B. die Lehrerinnen und Lehrer der Integrierten Gesamtschule Mutterstadt, dass die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler ein fester Bestandteil im pädagogischen Konzept ist. Ansonsten sind die Schülerinnen und Schüler hauptsächlich als Teilnehmer an der Umsetzung der Projekte beteiligt, sie bestimmen z. B. im Klassenrat, der Abgeordnetenversammlung oder der Demokratie-AG ihre Themen selbst.

### c) Methodische Umsetzung der Projektziele

Bei der Beteiligung der Schülerinnen und Schüler wird auf deren Rollenerwartung, deren Kommunikationsbedürfnisse und -defizite eingegangen. Die Schülerinnen und Schüler erlernen Streitformen und trainieren sie. Sie lernen Selbst- und Fremdwahrnehmungen, Empathie, Kommunikation, Interaktion und Kooperation. Die Schülerinnen und Schüler werden in Rede, Moderation und Präsentation geschult.

Die Projekte fördern das Kommunikationsvermögen und die Urteilsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Durch die gewonnenen Erfahrungen werden sie aufmerksamer für gesellschaftliche Diskussionen und Probleme. Durch das Interesse für Politik und die damit verbundene verstärkte Zeitungslektüre erkennen die Schülerinnen und Schüler, dass Politik sie selbst betrifft.

Die Projekte fördern die Kreativität und Freude an der „eigenen Gestaltung“. Die Schülerinnen und Schüler bekommen viel Freiraum, ihre Vorschläge werden ernst genommen. Sie können selbständig arbeiten und eigene Ideen verwirklichen. Dadurch, dass die Schülerinnen und Schüler viel mitbestimmen und organisieren können, haben sie auch die Motivation, etwas zu entwickeln oder an einem Projekt teilzunehmen.

Die Projekte orientieren sich inhaltlich und methodisch an dem Alter und der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler. Unterschiedlich fällt die Antwort auf die Frage aus, ob geschlechtsspezifische und soziale Rollenvorstellungen im Projekt thematisiert werden.

Teilweise werden an den Schulen Medien wie Plakate, Pinnwände, PC, Laptop, Beamer, Overhead, die örtliche Presse sowie der Elternbrief genutzt. Dadurch wird die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler gefördert, der Umgang mit den Medien wird für sie selbstverständlicher. Der Einfluss der Medien ist den Schülerinnen und Schülern bewusst.

### d) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten

In der Regel können alle Schülerinnen und Schüler bei den Projekten mitmachen. Die Partizipationsintensität richtet sich nach den unterschiedlichen individuellen Interessen.

Die Aufgaben innerhalb der Projekte werden unter den Schülerinnen und Schülern in der Regel selbst verteilt; einige sind auch an mehreren Projekten beteiligt.

### e) Wirkung des Projekts

Teilweise haben die Projekte dazu beigetragen, dass einige Schülerinnen und Schüler sich auch an anderen außerschulischen Projekten beteiligen. Auf die Frage, ob diese Gestaltungserfahrung mit gesellschaftlichen und politischen Erkenntnissen verbunden werden konnte, antworteten sie, dass sie erkannt haben, dass die Übernahme von Verantwortung in einer Gemeinschaft wichtig ist und dass sich ihre Meinung zu Politik positiv geändert hat, auch wenn kritische Töne bleiben. Die Lehrerinnen und Lehrer berichteten, dass die Schülerinnen und Schüler ihr Engagement nicht als politisch ansehen, da bei den meisten ein sehr eng definierter Politikbegriff vorliegt, der das soziale Engagement nicht mit einschließt.

Sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrerinnen und Lehrer sind mit der Verwirklichung der Projekte zufrieden. Die Erwartungen stimmten in der Regel mit dem Erreichten überein.

Die Projekte sind auf Dauer angelegt und haben teilweise Vorbildcharakter gehabt. Nur wenigen Schülerinnen und Schülern ist bewusst, dass ihr Handeln Bedeutung für die Politik hat.

### f) Grenzen des Projekts

Die Frage, wie viel Partizipation möglich ist, beantworteten die Schülerinnen und Schüler der Dualen Oberschule in Nastätten dahingehend, dass Partizipation endlos offen sei, unter dem Dach von Schulordnung, Hausordnung und Schulgesetzen. Die Schülerinnen und Schüler sind an der Konzepterstellung beteiligt. Die letzte Entscheidungsbefugnis liegt häufig bei den Lehrerinnen und Lehrern.

Schwierigkeiten bei der Realisierung der Projekte wurden nur wenige benannt. In der Grundschule Trier-Biewer erforderte z. B. die Kinderkonferenz mit ca. 80 Schülerinnen und Schülern ein großes Maß an Disziplin und Konzentration für die Erstklässer. Daher wurde die Weiterarbeit mit einer Abordnung der einzelnen Klassen beschlossen.

**g) Rolle der Erwachsenen**

Die Schülerinnen und Schüler wurden von den Lehrerinnen und Lehrern, den Ausbildern, der Schulleitung, den Eltern und Politikerinnen und Politikern unterstützt, die teilweise die Projekte angeschoben und begleitet haben. Die Erwachsenen boten Hilfe an, wenn sie nötig war.

**h) Stadt/Land**

Die Frage, ob sich bei dem Projekt spezifische Voraussetzungen oder Besonderheiten ergeben, welche aus einem ländlichen oder städtischen Umfeld resultierten, beantworteten zwei Schulen mit „Nein“. Die Schülerinnen und Schüler der Dualen Oberschule in Nastätten berichteten, dass der Schülertransport bei Nachmittagsveranstaltungen schwierig ist und sie oft auf die Eltern angewiesen sind.

**4. Persönliche Einschätzungen/Besonderheiten**

**a) Grundschule Trier-Biewer**

1. In demokratischen Foren erhalten die Schülerinnen und Schüler regelmäßig die Gelegenheit, über Fragen und Probleme, die alle betreffen, nachzudenken, Regeln zu finden und demokratische Entscheidungen zu treffen.
2. Die Schülerinnen und Schüler halten den Klassenrat weitgehend selbständig und kommen durch eigene Lösungsvorschläge zu einem für alle akzeptierten Ergebnis.
3. Durch intensives Training sollen die Kinder befähigt werden, in die Vermittlerrolle eines Mediators zu schlüpfen und Konfliktgespräche zu leiten.
4. Die Kinder lernen debattieren und diskutieren, begründete Argumente unter erarbeiteten Gesprächsregeln kontrovers vorzutragen und kritisch zu betrachten.
5. Die Kinder übernehmen Verantwortung für sich und die Klassengemeinschaft oder Schule, später nach Möglichkeit auch in der Ortsgemeinde (z. B. Bachpatenschaft).

**b) Regionale Schule Rülzheim**

1. Vorbildliches Projekt mit hoher Beteiligung.
2. Schülerinnen und Schüler arbeiten selbständig und eigenverantwortlich und haben ein hohes Verantwortungsbewusstsein entwickelt; die Gemeinsinnorientierung für die Schulgemeinschaft ist stark ausgeprägt.
3. Außergewöhnlicher hoher und ehrenamtlicher Einsatz der Schülerinnen und Schüler mit viel Zeitaufwand.

**c) Grundschule Süd Landau**

1. Die Regeln werden von allen Jungen und Mädchen gestaltet und akzeptiert.
2. Es gibt sowohl das Delegations- als auch das Vollversammlungsprinzip.
3. Täglich offener Unterricht: alters- und raumübergreifend.
4. Die Überschaubarkeit der Schule fördert die Umsetzung der Partizipationsformen.
5. Der Beteiligungsansatz bezieht sich auf den Unterricht und das Gemeinwesen.

**d) Duale Oberschule Nastätten**

Für die Schulleitung ein sehr positives Projekt, weil es den Schülerinnen und Schülern das Gefühl vermittelt, dass sie verantwortlicher Bestandteil der Schule sind.

**e) Erich-Kästner-Schule, Regionale Schule Ransbach-Baumbach**

Keine weiteren Angaben.

**f) Integrierte Gesamtschule (IGS) Mutterstadt**

1. An der IGS Mutterstadt wollen die Lehrkräfte mit den Schülerinnen und Schülern eine Gemeinschaft herstellen. Man will mit- und voneinander im Team lernen.
2. Jede Schülerin und jeder Schüler soll in seinen ganz individuellen Fähigkeiten gefördert werden. Die Entwicklung einer eigenständigen und verantwortungsvollen Persönlichkeit ist ein wesentliches Bildungsziel. Dabei werden die Schülerinnen und Schüler in ihrer gesamten Entwicklung, über die Jahrgangsstufen hinaus, in den Blick genommen.
3. Unorthodoxe Lehrmethoden (Projekte, Klassenrat) fördern die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Unterschiede sollen nicht trennen, sondern die gegenseitige Hilfestellung begründen.
4. Das Einüben von demokratischen Spielregeln in verschiedenen Situationen ist im Stundenplan verankert und fester Bestandteil des Verständnisses des „Bildungsauftrages“ der Schule.

5. Von engagierten Schülerinnen und Schülern wurde mehrheitlich auf einen Ausbau des Angebots und des Inhaltes des Politikunterrichts hingewiesen.
6. Für engagierte und „zu engagierende“ Schülerinnen und Schüler ist die IGS Mutterstadt und damit der Lebensraum Schule ein wichtiges Forum zur Einübung und Praktizierung von gesellschaftlichem Engagement.
7. Die IGS Mutterstadt ist abhängig von engagementbereiten Lehrerinnen und Lehrern. Vor allem die jungen Lehrkräfte bringen frischen Wind und neue Ideen. Im Rahmen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sollte auf die zentrale Bedeutung dieser Engagementbereitschaft verstärkt hingewiesen werden.

**g) Berufsbildende Schule Bingen**

Es entstand der Eindruck, dass die Schülerinnen und Schüler tatsächlich viel Spaß und Freude hatten, dass Wissen und Erkenntnisse gesteigert werden konnten; aber trotz der Begeisterung bleibt festzuhalten, dass keiner von ihnen bereit war, sich darüber hinaus zu engagieren. Gegenüber der Politik bleibt das Gefühl der Hilflosigkeit: „Ich habe das Gefühl, nichts zu erreichen“ war eine Aussage, die von vielen bestätigt wurde.

**h) Hildegardisschule Bingen**

Die Schülerinnen der Hildegardisschule sind in einem sehr hohen Maß sozial engagiert, dieses Engagement ist von der Schule gewollt und wird gefördert. Es fiel auf, dass auch die Lehrerinnen und Lehrer viel ihrer „Freizeit opfern“ und für die Schülerinnen wichtige Ansprechpartner sind. Die Eltern sind ebenfalls stark in den Schulalltag eingebunden. Die Schülerinnen haben sehr viel Mitspracherecht und werden ernst genommen.

Im Verlauf des Gesprächs wurde deutlich, dass die Schülerinnen ihr Engagement selbst nicht als politisch empfinden, da viele von ihnen einen sehr eng definierten Politikbegriff haben, der soziales Engagement nicht mit einschließt.

Nur die Vertreterinnen der SV sahen ihr Handeln als politisch an und waren teilweise auch außerhalb der Schule gesellschaftspolitisch engagiert.

**i) Sebastian-Münster-Gymnasium Ingelheim**

1. Erhöhung des Stundenumfangs für Fächer wie Gemeinschaftskunde.
2. Erhalt und Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten mit außerschulischen Trägern, weil die Schule nicht alles in der gewünschten Praxisnähe vermitteln kann und dort öffentliche oder freie Träger viel mehr Erfahrungen im Konzipieren und Organisieren von solchen Veranstaltungen haben und ihre spezialisierten Kompetenzen besser zum Zug kommen.
3. Informationsbroschüre für die SV-Arbeit (evtl. durch die Landeszentrale) und mehr Mitwirkungsrechte.
4. Kontinuierliches, persönliches Gespräch mit Politikern als Grundangebot der Schule.

**j) Stefan-George-Gymnasium Bingen**

1. Mehr Stimmrecht für SV in schulischen Konferenzen.
2. Mehr Stunden für Sozialkunde.
3. Informationen zu aktuellen Themen von der Landeszentrale für politische Bildung zu aktuellen Themen (am besten über Internet).
4. Regelmäßige Gespräche mit Politikern ermöglichen (es müssen nicht mehrere kommen, aber verschiedene regelmäßig).
5. Mehr Partizipation für Lehrerinnen und Lehrer in der Schulverwaltung.

**II. Schlussfolgerungen** <sup>255)</sup>

1. Damit Schülerinnen und Schüler Demokratie erleben und erlernen können, ist es notwendig, ihr Lebensumfeld „Schule“ mehr und mehr zu einem demokratischen „Lebensraum“ werden zu lassen.
2. Schon junge Schülerinnen und Schüler haben eine gute Einschätzung darüber, welche Forderungen realistisch sind. Sie formulieren in der Regel keine unrealisierbaren Forderungen, sondern beziehen sowohl die finanziellen als auch die personellen Ressourcen in ihre Entscheidungsfindung mit ein.
3. Wenn eine breite Partizipationspalette angeboten wird, engagieren sich auch viele Schülerinnen und Schüler. Dies zeigt, dass junge Menschen gewillt sind, sich zu engagieren, wenn sie Engagementmöglichkeiten geboten bekommen, die ihren Neigungen und Interessen entsprechen.
4. Beteiligung muss Freude machen. Schülerinnen und Schüler beteiligen sich sehr motiviert an der Gestaltung ihrer Schule und ihres Umfelds. Damit dies so bleibt, ist es notwendig, dass die jungen Menschen den Erfolg ihrer Bemühungen möglichst zeitnah erleben können.

<sup>255)</sup> Vgl. Vorlagen EK 14/3-39, 40, 44.

5. Generell sollten Kinder und Jugendliche schon früh die Möglichkeit bekommen, sich zu engagieren (im Kindergarten, in der Schule). So können sie sich Erfahrungen aneignen und haben ausreichend Zeit, für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler bekannt zu werden und sich wirkungsvoll für diese einzusetzen.
6. Beteiligungskultur (projektübergreifend/fächerübergreifend/außerunterrichtlich) muss in allen Bereichen prägend für das Alltagsleben in der Schule sein.
7. Gelungene und eindrucksvolle Projekte zeigen, dass eine Förderung von demokratischer Beteiligung bei Schülerinnen und Schülern unter den aktuellen Rahmenbedingungen möglich ist.
8. Beteiligungskultur und -formen (projektübergreifend/fächerübergreifend/außerunterrichtlich), die bereits in der Kindertagesstätte kennen gelernt worden sind, sollen in der Schule weiterentwickelt und fortgeführt werden.
9. Partizipation und die dafür notwendigen Kompetenzen müssen erlernt und trainiert werden. Deshalb ist es zum einen notwendig, dass ein entsprechendes „Kompetenztraining“ Einzug in den Stundenplan erhält. Zum anderen sollten die Partizipationsmöglichkeiten dem Alter angepasst werden und aufeinander aufbauen.
10. Engagementförderung an den Schulen entsteht vor allem durch engagementbereite Lehrerinnen und Lehrer. Sie können Schülerinnen und Schüler für Engagement begeistern. Dabei lernen sie den Nutzen und die persönliche Freude durch ein gesellschaftliches Engagement kennen.
11. Ein vorhandenes Engagement bei den Lehrerinnen und Lehrern ist meistens notwendig, um die Schülerinnen und Schülern für Beteiligungsprojekte zu gewinnen und zu begeistern, das Verhalten der Lehrerinnen und Lehrer hat Vorbildfunktion.
12. Damit Lehrerinnen und Lehrer den Anforderungen, die eine bessere Partizipation von Schülerinnen und Schülern erfordern, gewachsen sind, ist es notwendig, ihnen regelmäßige Fort- und Weiterbildungen anzubieten und zu ermöglichen. Partizipation von Schülerinnen und Schülern erfordert von den Lehrerinnen und Lehrern häufig ein überdurchschnittliches Engagement und neue Kompetenzen.
13. Im Rahmen der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sollte auf die zentrale Bedeutung des „Vorlebens von Engagement“ hingewiesen werden (Methoden und Möglichkeiten/Best Practices).
14. Schülerinnen und Schüler haben ein negatives Bild von (Partei-)Politik. Der persönliche Kontakt mit politisch aktiven Menschen verändert diesen Eindruck. Aktive Einbeziehung in politische Prozesse (z. B. Teilnahme an Sitzungen) zeigt den Jugendlichen den Reiz an einer solidarischen Mitgestaltung des Zusammenlebens.
15. Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer nehmen es positiv auf, wenn Politiker (Abgeordnete Kommune/Land/Bund) in die Schulen kommen. Das Politikerbild, das ansonsten abstrakt/negativ ist, verbessert sich durch den persönlichen Kontakt.
16. Eine wichtige Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler für Politik zu sensibilisieren, liegt darin, sie Politik hautnah erleben zu lassen. Hierfür bildet zum einen der jährliche Schülerlandtag eine gute Gelegenheit. Zum anderen ist es notwendig, dass Politikerinnen und Politiker in Schulen gehen und sich dort mit den Schülerinnen und Schülern austauschen, so dass es möglich wird, Politikerinnen und Politiker „hautnah“ zu erleben.
17. Schülerinnen und Schüler fühlen sich oft vom Sozialkundeunterricht schlecht informiert. Sie wollen praxisnahe Erfahrungen machen und kein trockenes „Institutionen-Lernen“.
18. Das praktische Einüben von demokratischen Spielregeln in verschiedenen Situationen sollte im Alltag der Schule verankert werden (Demokratie lernen = Demokratie leben). Eine stärkere Öffnung des Lebensraums Schule für „die Politik“ (Besuche, Einladungen, Kooperationspartner etc.) wäre sinnvoll.
19. Öffentliche und außerschulische Kooperationspartner sind vorteilhaft für die Umsetzung von Beteiligungsprojekten. Sie sollen deshalb verstärkt mit einbezogen werden.
20. Die SV ist ein Beispiel für die Organisation von Entscheidungsprozessen und der Versuch, die gesamte Schülerschaft zu motivieren. Die SV sollte, wo das noch nicht der Fall ist, besser in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden und die dafür erforderlichen Mittel (Zeit, Raum etc.) zur Verfügung gestellt bekommen.
21. Schülerinnen und Schüler, die in der SV engagiert sind, haben Spaß daran, ihr Lebensumfeld „Schule“ in dieser Form mitgestalten zu können. Sie sind hoch motiviert, auch neue Aufgaben zu übernehmen, wenn dies zur Umsetzung ihrer Ideen notwendig ist. Wichtig ist hier, dass es gelingt, die SV mehr und mehr in die Entscheidungsprozesse der Schule mit einzubinden.
22. Auffallend ist, dass eine Vielzahl der besuchten/befragten Schülerinnen und Schüler einen großen Teil ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler als passiv und uninteressiert wahrnehmen.
23. Es wurde eine „Informationsflut“ zu Beteiligungsprojekten und gesellschaftspolitischen Themen festgestellt, die Kinder und Jugendliche oft „erschlägt“; besser wäre es aufzuzeigen, wie sie sich gezielt informieren können.



**VI. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche Betrieb/Ausbildung/Hochschule am 18. Februar 2005** <sup>256)</sup>**I. Allgemeiner Teil****1. Projektbeschreibung****a) Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA), Johannes Gutenberg-Universität Mainz**

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) ist die Interessenvertretung aller Studentinnen und Studenten der Universität Mainz gegenüber Universität und Gesellschaft. Der AStA gliedert sich in thematisch ausgerichtete Referate. Zielgruppe sind alle Studierenden.

**b) Fachschaft Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Studierenden-Parlament (StuPa) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz**

Die Fachschaft Wirtschaftswissenschaften macht es sich zur Aufgabe, die Studierenden bei ihrem Studium zu unterstützen, aktiv das universitäre Leben mitzugestalten und somit die Studienbedingungen zu verbessern. Engagierte Studierende erhalten in der Fachschaft die Möglichkeit, jenseits der Vorlesungen und Tutorien Einblicke in vielseitige Bereiche zu bekommen und viele sinnvolle Erfahrungen zu sammeln. Studierende können bei der Neubesetzung eines Lehrstuhls, Neuerungen der Prüfungsordnung, allgemeiner Hochschulpolitik, Erstellung von Unterlagen oder der Gestaltung von Partys mitwirken. Die Fachschaft ist keine parteipolitische Organisation.

Der Fachschaftsrat Jura ist ein Teil der Verfassten Studierendenschaft. Das heißt, die Studierenden wählen sich aus ihren Reihen eine Vertretung.

Das StuPa ist der „Bundestag“ der Mainzer Studierenden. Jeweils im Sommersemester werden in sieben Wahlkreisen insgesamt 35 Abgeordnete gewählt; dabei entfallen auf jeden Wahlkreis zwei Direktmandate, die restlichen 21 Abgeordneten werden über Zentrallisten gewählt. Das StuPa wählt und kontrolliert den AStA, befasst sich mit dem Haushalt der Verfassten Studierendenschaft, kann durchaus aber auch inhaltliche Entscheidungen treffen. Die StuPa-Sitzungen sind öffentlich. Zielgruppe sind alle Studierenden der jeweiligen Fachrichtungen bzw. alle Studierenden der Universität.

**c) Communicate! e. V. und Eudaimonia e. V. der Johannes Gutenberg-Universität Mainz**

Communicate! e. V.:

Es handelt sich hier um eine vor 15 Jahren am Institut für Publizistik gegründete, zwischenzeitlich mangels Engagement brachliegende Studenteninitiative, die vor drei Jahren von einem neuen Team wieder belebt wurde. Communicate! e. V. richtet sich an Studierende, die sich für die Berufsfelder Werbung und Public Relations interessieren, in erster Linie also an Studierende der Publizistik und der Betriebswirtschaftslehre. Es besteht aber keine Beschränkung. Als außerordentliche Mitglieder sind auch Firmen, die Communicate! e. V. unterstützen wollen, willkommen.

Mit diesem Projekt soll die Public Relations- und Werbepaxis in den Studienalltag einfließen. Studierende, die sich für diese Bereiche interessieren, sollen erfahren, welche Arbeitsmöglichkeiten es dort gibt und wie man Kontakte knüpfen kann.

Eudaimonia e. V.:

Der Verein versteht sich als aktiver Beitrag zur Förderung der praxisnahen Ausbildung von Studierenden über ihre Studieninhalte hinaus. Eudaimonia definiert sich in der Präambel seiner Satzung als Verein, der Studierenden die Berufsfelder der Politikberatung, insbesondere der Kampagnenberatung, Public Affairs und der Politikfeldberatung näher bringen möchte. Instrumente der Politikberatung sind Imagemanagement, Issuemanagement, Politikmonitoring, Networking, Strategieberatung und Demoskopie. Die Mitglieder setzen sich durch Seminare und Workshops, aber auch durch die Vermittlung konkreter Projekte dafür ein, Studierenden die Praxis der Politikberatung näher zu bringen. Die Gründungsmitglieder haben erkannt, dass dieser Berufszweig immer stärker ausgebaut wird und sich für entsprechend qualifizierte Absolventen eine sehr gute Berufchance ergibt. Durch die Arbeit des Vereins soll diese Chance nutzbar gemacht werden. Zielgruppe von Eudaimonia e. V. sind alle interessierten Studierenden.

**d) „Mehrwert“, „Special Olympics“ und „NexIT“ der BASF AG Ludwigshafen**

Die Aktion „Mehrwert“ ist ein soziales Projekt und wurde zum dritten Mal von der BASF durchgeführt. Die teilnehmenden Jugendlichen arbeiteten eine Woche in einer Lernbehindertenschule, einem Obdachlosenheim, bei der Bahnhofsmision, einem Wohnprojekt oder einer Behindertenwerkstatt.

Die Aktion „Special Olympics“ ist eintägig und ist eine Olympiade für geistig Behinderte.

---

<sup>256)</sup> Grundlage ist die Zusammenfassung der Berichtsbogen über die Vor-Ort-Besuche Betrieb/Ausbildung/Hochschule am 18. Februar 2005, Vorlage EK 14/3-78 sowie das Protokoll der 11. Sitzung am 18. Februar 2005, Teile VI und VII.

Das Projekt „NexIT“ (Next Generation Information Technology) ist die IT-Juniorfirma der BASF. Mitarbeiter sind jeweils vier bis acht Auszubildende bzw. BA-Studenten. Sie arbeiten nach dem MASO-Prinzip:

- M Macht abgeben
- A Auswahlfreiheit
- S Selbstverantwortung
- O Offenheit

Zielgruppe aller Projekte sind alle Auszubildenden.

**e) Weinbauschule und Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Oppenheim**

Die Weinbauschule und das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Oppenheim (DLR) haben ca. 300 Schülerinnen und Schüler. 250 Berufsschülerinnen und -schüler im dualen System der Berufsausbildung (100 Winzer und 150 Gärtner) sowie 50 Fachschülerinnen und Fachschüler (Weinbau/Oenologie).

Überbetriebliche Ausbildung der Gärtner auf Kreta

Auch im Jahr 2004 reisten wieder 14 Schüler des DLR von der Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau mit ihren Lehrern auf die Mittelmeerinsel Kreta. Zielort war wieder das Euromediterrane Jugendzentrum der Orthodoxen Akademie Kretas. Die Anlegung eines Steinparks sollte als Projektaufgabe mit Hilfe von Natursteinen strukturiert und gestaltet werden. Am Ende des zweiwöchigen Aufenthaltes war der ganze Platz von ca. 30 m neu erbauten Natursteinmauern in Trockenbauweise umgeben.

Weinmarketing: Schülerinnen und Schüler präsentierten eine Weinprobe

Durch die betriebliche Ausbildung der Schülerinnen und Schüler wurde den jungen Leuten immer deutlicher, dass neben der Herstellung eines guten Produktes dessen Präsentation für den Verbraucher immer wichtiger wird. So äußerten Schülerinnen und Schüler der Weinbauschule gegenüber ihren Lehrkräften den Wunsch, im Rahmen des Wahlpflichtfachs selbständig und eigenverantwortlich eine Weinprobe planen und durchzuführen zu können. Die Schülerinnen und Schüler arbeiteten dabei im Team selbständig und eigenverantwortlich. Von der Auswahl der Weine, dem Schreiben und Entwerfen der Einladungen, der Durchführung der Weinprobe bis hin zu den ganz profanen Organisationsnotwendigkeiten konnten die jungen Leute ihre eigenen Ideen verwirklichen.

Anlage eines Grillplatzes auf dem Schulgelände/Schüler gestalten ihre Berufsschule

In den ersten Jahren nach Eröffnung der neuen Schule in Oppenheim stellte sich heraus, dass es den Außenanlagen an etwas ganz Wesentlichem mangelt: einem Platz, an dem der Schul- und Berufsabschluss gebührend gefeiert werden kann. Deshalb entstand die Idee, einen Grillplatz auf einer bis dato ungenutzten Rasenfläche anzulegen. Nachdem die Planung des Grillplatzes unter Betreuung einer Fachlehrerin und Landschaftsarchitektin erstellt war, haben 2001 Berufsschüler des Gartenbaus den zentralen Grillofen aufgemauert sowie den angrenzenden Zaun mit einem Kletterpflanzensortiment begrünt. Ebenfalls fertig gestellt ist eine Bruchstein-Trockenmauer, die die Gesamtanlage räumlich einfasst. Es geht hier weniger um eine schnellstmögliche und perfekte Bauausführung, sondern um das selbstgesteuerte und eigenverantwortliche Arbeiten der Schülerinnen und Schüler ohne den wirtschaftlichen Druck, dem ihre Betriebe zwangsläufig ausgesetzt sind. An dem Projekt arbeiten Schülerinnen und Schüler aus allen Grund- und Fachstufen und Fachrichtungen.

Gestaltung des Oppenheimer Kreisels auf der B9

Die Arbeitsgemeinschaft „Freunde Oppenheims“ wandte sich an das DLR mit der Bitte um Hilfe bei der Gestaltung des Oppenheimer Kreisels. Die Schüler der FS II Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau wurden in das Projekt eingebunden. Sie sollten die Planung von Erdarbeiten und Pflanzung übernehmen. Nachdem man sich in der Klasse auf drei Alternativpläne geeinigt hatte, erfolgte in Gruppenarbeit die detaillierte Ausarbeitung, in der Material, Erdbewegungen, geeignete Pflanzenarten und Kosten ermittelt wurden. Der Arbeitskreis „Freunde Oppenheims“ bekam die endgültigen Pläne zur Einsicht, aus welchen dann in der Praxis einige Vorschläge umgesetzt wurden.

**f) Ausbildungswerkstatt des Jagdbomberschwaders 33 in Büchel**

Die Ausbildungswerkstatt der Luftwaffe ist eine zivile Einrichtung der Bundeswehr und stellt jedes Jahr zum 1. September 21 Auszubildende zum Fluggerätemechaniker und zwölf Auszubildende zum Elektroniker ein. Beide Ausbildungsgänge zeichnen sich durch eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis aus. In kleinen Gruppen wird Teamgeist und selbstbestimmtes Lernen geschult. Der Schlüssel Auszubildender/Ausbilder (136/16) ist mit 8,5 äußerst gut.

Neben der regulären Ausbildung wurde außerdem von den Auszubildenden ein eigenfinanzierter und selbst organisierter Englischkurs außerhalb des Berufsschulunterrichtes eingerichtet. Sie suchten und fanden einen ehemaligen amerikanischen Soldaten, der ihnen nun fachspezifischen Englischunterricht erteilt gegen ein Entgelt, das durch gewerkschaftliche Zuschüsse mit finanziert wird. In Büchel wird seit dem Jahr 1962 ausgebildet. Von bisher 1 031 bestandenen Prüflingen sind 505 Auszubildende als Soldat oder ziviler Angestellter bei der Bundeswehr verblieben.

**g) Lerninsel und Juniorfirma bei der SCHOTT AG Mainz**

Lerninsel bedeutet, dass die Auszubildenden dreimal während der Ausbildung an realen Kundenaufträgen aus der Firma lernen.

Bei der Juniorfirma arbeiten Azubis mit einem Budget von 5 000 Euro aus dem 1. und 2. Lehrjahr ein Jahr selbständig an eigenen Ideen, angefangen von der Ideefindung über die Prototypherstellung bis zum verkaufsfertigen Produkt. Die Ausbilder coachen die Azubis während dieses Projektes. Zielgruppe sind alle Auszubildenden.

#### **h) Ausbildung bei Globus Logistik & Service GmbH**

Die Auszubildenden der Firma Globus beteiligen sich regelmäßig an der Ausbildungsmesse „Maus“ und erstellen eigenständig Informationsbroschüren. Wichtig ist das Motto: „Jeder ist verantwortlich für das, was geschieht, an seinem Platz, für das Ganze“. Der Dialog der Auszubildenden mit dem Betrieb soll gefördert werden. Zielgruppe sind alle Auszubildenden der Firma Globus.

#### **i) Ausbildung bei Rasselstein GmbH**

Bei der Firma Rasselstein gibt es kein spezielles Projekt. Bei dem Besuch wurde nach Möglichkeiten der Partizipation innerhalb der Ausbildung gefragt.

## **2. Gespräch mit den Auszubildenden und den Berufsschülerinnen und -schülern**

Das Gespräch mit den Studierenden der Johannes Gutenberg-Universität wurde nicht unter der oben genannten Überschrift, sondern unter dem noch auszuführenden Punkt 3 „Gespräch mit den Erwachsenen und den Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern und Studierenden“ dokumentiert. Gleiches gilt für das Gespräch mit den Auszubildenden der Firma SCHOTT AG, so dass in die nachfolgende Auswertung nur die Gespräche mit den Auszubildenden der Firmen BASF, Globus und Rasselstein sowie mit den Schülerinnen und Schüler des DLR und mit den Auszubildenden des Jagdbombergeschwaders in Büchel (Jabo-Geschwader) einbezogen sind.

Die Auszubildenden der BASF AG machen bei den Projekten mit, um neue Lebensräume kennen zu lernen, neue Erfahrungen zu sammeln, den Umgang mit ganz „anderen“ Menschen zu lernen und um Verantwortung zu übernehmen.

Die Schülerinnen und Schüler des DLR geben als wesentliche Motive für die Teilnahme an den Projekten folgende Gründe an:

- Spaß an der Gestaltung des Miteinanders über den Unterricht hinaus.
- Erwerb praktischer Kenntnisse.
- Eigenständiges und selbstverantwortliches Arbeiten.
- Möglichkeit, sich selbst auszuprobieren und an Grenzen zu stoßen.
- Teamarbeit erfahren und praktizieren.
- Eigene Kenntnisse erweitern und von anderen lernen.

Es handelt sich somit eher um Motivbündel, welche sich auch immer aus einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Ausbildung und der Übertragung der Theorie in die Praxis ergeben. Die Projekte sind somit kein „Bonus“ oder „Extra“ neben dem Schulalltag, sondern wichtige Ergänzung und Bestandteil des Stundenplans.

Die Ausbildungsgänge des Jabo Geschwaders besitzen einen hohen Attraktivitätsgrad wegen der anschließenden relativ guten Beschäftigungsperspektiven und der spannenden und qualitativ hochwertigen Ausbildungen. Am Auswahlverfahren beteiligen sich Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet. Es herrscht ein guter Teamgeist.

Die Teilnehmenden haben Spaß an den Projekten. Die Auszubildenden der Firma Rasselstein gaben an, mit dem Betriebsklima und ihrer Förderung zufrieden zu sein. Bei der BASF AG wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von den Ausbildern angesprochen. Beim DLR kam die Initiative von den Schülerinnen und Schülern und wurde in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften weiter entwickelt und verstetigt. Die Idee des Englischkurses wurde von der Jugendauszubildendenvertretung des Jabo-Geschwaders entwickelt. Als schwierig wurden von den Auszubildenden des Jabo-Geschwaders allerdings die Gespräche mit der berufsbildenden Schule dargestellt. Jedoch stellte sich heraus, dass die Jugendlichen weder dem Kommandeure des Geschwaders noch dem Leiter der berufsbildenden Schule die Situation hinsichtlich des Englischunterrichtes und eines weiteren Punktes „JAR 66“ (eine Zertifizierung im Luftfahrtbereich) gänzlich dargestellt haben. Stattdessen entwickelten sie die Idee des selbst organisierten Unterrichtes und führten sie aus. Bei der Firma Globus kam die Idee, an der Messe teilzunehmen und Informationsbroschüren zu erstellen, von den Ausbildern.

Auf die Frage „Was habt ihr bisher erreicht?“ antworteten die Auszubildenden des Jabo-Geschwaders, dass bisher ein fachspezifischer, auf die Luftfahrt ausgerichteter Englischkurs organisiert wurde. Hinsichtlich des JAR 66 übten die Azubis so viel Überzeugungskraft aus, dass nun zwei Lehrer die entsprechende Lizenz bei der Lufthansa erwerben.

Die Frage „Macht ihr woanders mit?“ beantwortete das DLR dahingehend, dass viele der angehenden Winzerinnen und Winzer des DLR in lokalen Vereinen und Gruppen tätig sind. Die Feuerwehr steht hier an erster Stelle. Dieses bürgerschaftliche Engagement hat ganz wesentlich mit der traditionellen tiefen Verwurzelung der Winzer in den dörflichen Gemeinden zu tun. Viele Winzer stellen traditionell das Personal für Bürgermeisterstellen in der lokalen Politik und wirken aktiv am Gemeinwesen mit. Die Auszubildenden des Jabo-Geschwaders beteiligen sich am Dorfleben, insbesondere an sportlichen Veranstaltungen. Ein Auszubildender der Firma Globus hat Erfahrungen im Jugendparlament der Stadt Ingelheim gesammelt.

Die Auszubildenden des Jabo-Geschwaders wünschen sich eine bessere Verzahnung des Berufsschulunterrichtes mit den Ausbildungsphasen. Das Thema wurde allerdings noch nicht in deutlicher Form gegenüber dem Kommandeure vorgebracht.

### 3. Gespräch mit den Erwachsenen und den Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern und Studierenden

#### a) Geschichte des Projekts/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation?

Die Initiative zur Partizipation ging bei den Projekten der Johannes Gutenberg-Universität von den Studierenden aus. Einerseits sind die Studierenden zwar der Meinung, die Arbeit z. B. der Fachschaften betreffe sie nicht. Andererseits erlangen die Fachschaften vor allem dann Bedeutung, wenn Fachbereiche zusammengelegt werden und Beteiligungsmöglichkeiten schwinden. Dann ist bei den Studierenden ein Problembewusstsein vorhanden. Beim DLR kam die Initiative von Schülerinnen und Schülern. Die Partizipation bei den Firmen Globus und Rasselstein ist gewollt und wird seitens der Ausbilder gefordert und gefördert.

#### b) Zieldiskussion

Ziel des AStA ist das Engagement und die Partizipation der Studierenden. Zu Beginn des Studiums sind elementare Dinge oft wichtiger als hochschulpolitische Fragen, so dass der Nutzen des Engagements bzw. der Wahl dargelegt werden muss. Das Heranführen an Public Relations- und Werbepraxis sowie die das Herstellen von Kontakten ist Ziel des Communicate! e. V. Ziel von Eudaimonia e. V. ist die Politikberatung als Berufsfeld sowie der Kontakt zu Politikerinnen und Politikern.

Die Auszubildenden der BASF AG lernen den Umgang mit anderen (behinderten) Menschen. Bei ihnen sollen die Fähigkeiten zur Hilfsbereitschaft und zum sozialen Engagement für Mitmenschen und damit für die Gesellschaft gefördert werden.

Das Motto des DLR ist „Wertschöpfung durch Wertschätzung“. Die Schülerinnen und Schüler sollen praktische Erkenntnisse erwerben, eigenständiges und selbstverantwortliches Arbeiten erlernen, sich selbst ausprobieren und an Grenzen stoßen können. Außerdem sollen sie Teamarbeit erfahren und praktizieren, eigene Erkenntnisse erweitern und von anderen lernen.

Ziel des Jabo-Geschwaders ist es, eine qualifizierte und verantwortungsbewusste Ausbildung durchzuführen und Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen. Im Jabo-Geschwader soll Verantwortungsbewusstsein, Teamgeist, selbständiges Lernen sowie Problemlösungskompetenz gefördert werden. Die Auszubildenden sollen Hand in Hand arbeiten, sich auf andere verlassen können und Disziplin und Sicherheitsdenken lernen.

Bei der Firma SCHOTT AG sollen Vorurteile und Schwellenängste im Umgang miteinander abgebaut werden. Die Auszubildenden sollen Schlüsselkompetenzen erwerben und auf die Praxis sowie auf die Zeit nach dem Ausbildungsabschluss vorbereitet werden. Zum Leitbild der Firma gehört Selbständigkeit, Prozessdenken und Prozessverständnis.

Die Auszubildenden der Firmen Globus und Rasselstein sollen sich in den Betrieb einbringen. Ihre Anliegen und Wünsche werden ernst genommen. Ziel ist eine hohe Identifikation der Jugendlichen mit dem Betrieb. Die Auszubildenden sollen die Fähigkeit erlernen, den Dialog mit dem Betrieb zu führen sowie eigene Wünsche und Vorstellungen zu artikulieren und dem Betrieb gegenüber vorzutragen. Sie sollen erfahren, dass sie sich einbringen müssen, wenn sie etwas erreichen oder ändern wollen.

Die Projektziele werden in der Regel erreicht. Die Studierenden im AStA werden zu Engagement ermuntert und erkennen, dass sich dieses Engagement mit ihrer Arbeit und dem Studium gut vereinbaren lässt, da der Zeitaufwand überschaubar ist. Beim StuPa und den Fachschaften werden die Studierenden vor allem durch bestimmte Themen angesprochen. Hier ist die Qualität der Information sehr wichtig.

Die Schülerinnen und Schüler des DLR wirken fast allein und eigenständig an der Ziel-, Themen- und Umsetzung der Projekte mit. Die Auszubildenden des Jabo-Geschwaders müssen gemeinsam eine Lösung für ein ihnen gestelltes Problem erarbeiten.

#### c) Methodische Umsetzung der Projektziele

Bei der Beteiligung der Studierenden wird auf deren Rollenerwartungen und Kommunikationsbedürfnisse eingegangen. Beim AStA werden Arbeitsgemeinschaften angeboten. Zu Semesterbeginn stellt sich der AStA in Vorlesungen vor. Motiviert sind die Studierenden oftmals auch einfach durch den Wunsch, Leute kennen zu lernen. Der Nutzen des Engagements muss verkauft werden.

Bei Communicate! e. V. können die Studierenden durch Vorträge von Werbefachleuten, Weiterbildungsmöglichkeiten, Praktikumsbörsen, Workshops und Veranstaltungen, die ihnen persönlich „etwas bringen“, angesprochen werden. Es gibt keine Hierarchien, jeder kennt seine Ziele und es gibt die Motivation, selbst etwas entscheiden zu können. Daher werden die Veranstalter gefragt und müssen nicht fordern. Außerdem handelt es sich um ein übersichtliches System; große Systeme schrecken die Studierenden oft ab.

Bei Eudaimonia e. V. können die Studierenden Kontakte zu Politikern knüpfen. Dies ist das wichtigste Ziel. Der Einstieg in die politische Arbeit führt dann auch an die Politik heran.

Auch beim DLR sowie beim Jabo-Geschwader wird auf die Rollenerwartungen und die Kommunikationsbedürfnisse und -defizite der Schülerinnen und Schüler bzw. der Auszubildenden eingegangen. Dies ergibt sich notwendigerweise aus den Grundsätzen der berufsschulischen Ausbildung. Bei den Auszubildenden der Firma Globus wird das Kommunikationsbedürfnis durch private Treffen nach der Arbeit gefördert, bei der Firma Rasselstein durch gemeinsame Sportveranstaltungen.

Die Projekte fördern das Kommunikationsvermögen und die Urteilsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Fachschaften bieten oft große Veranstaltungen mit dem Präsidenten der Universität an, die zur Meinungsbildung der Studierenden beitragen. Die Schülerinnen und Schüler des DLR üben sich in Kommunikation. Sie besprechen gemeinsam die

von ihnen betreuten Projekte und lernen ihre eigene Meinung zu vertreten. Sie erleben aber auch, dass andere diese nicht unbedingt teilen müssen. Beim Jabo-Geschwader sind auch Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Ausbildungsgruppe gut integriert. Bei der Firma SCHOTT AG besuchen alle Auszubildenden im ersten Lehrjahr ein Methodenseminar. In allen Phasen der Lerninsel und der Juniorfirma wird vor internen und externen Kunden präsentiert.

Beim DLR fördert das Projekt die Kreativität und die Freude an der „eigenen Gestaltung“. Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass sie durch ihr Handeln ihren Alltag beeinflussen können und ihre Umwelt nach ihren Wünschen gemeinsam gestalten können.

Bei der Firma SCHOTT AG ist der Entscheidungsrahmen weit gesteckt und fordert die eigene Gestaltung der Auszubildenden. Die Jugendlichen der Firma Rasselstein haben den Eindruck, dass durch ihr Engagement im Betrieb Veränderungen verwirklicht werden.

Eine festgelegte Satzung oder bestimmte Verfahrensregelung zur Regelung der Beteiligung der Schülerinnen und Schüler gibt es beim DLR nicht. Die Regeln ergeben sich aus den Notwendigkeiten einer guten Ausbildung für den Arbeitsmarkt oder werden zwischen den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften ausgehandelt. Die Arbeitsweise der Lerninsel und der Juniorfirma der Firma SCHOTT AG sind für die Auszubildenden und die Ausbilder transparent. Auch bei der Firma Globus gibt es keine bestimmten Verfahrensregeln zur Regelung der Beteiligung der Auszubildenden. Es gibt eine Jugendvertretung, die die Ideen der Auszubildenden vorträgt. Die Auszubildenden kommen im Bedarfsfall auf die Jugendvertretung zu. Bei der Firma Rasselstein gibt es die Verpflichtung, Veränderungsvorschläge einzureichen.

Die Projekte orientieren sich in der Regel inhaltlich und methodisch an dem Alter und der Lebenswirklichkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Beim AStA ist vor allem die Einbindung der Erstsemester wichtig. Später wird es schwer, die Studierenden zu motivieren. Dies gilt für das Engagement ebenso wie für die Teilnahme an Wahlen.

Unterschiedlich fällt die Antwort auf die Frage, ob die Medien genutzt werden, aus. Beim AStA sollen die Medien mehr genutzt werden. Grundsätzlich fehlen Medien, weil diese in Eigeninitiative hergestellt werden müssen. Die Auszubildenden der BASF beantworten die Frage mit Nein. Beim DLR gibt es Veröffentlichungen auf der Homepage und in regionalen Zeitungen durch die Schülerinnen und Schüler. Bei der Firma SCHOTT werden die Medien firmenintern genutzt. Es gibt eine Betriebszeitung und Intranet.

Die Medien werden zu Öffentlichkeitsarbeit und zur Vermittlung von Lerninhalten sowie zur Information eingesetzt. Dadurch wird die Medienkompetenz gefördert. Die Auszubildenden im Jabo-Geschwader verfügen über ein hohes Maß an technischem Verständnis und über ein hohes durchschnittliches Bildungsniveau. Daher wird Medienkompetenz insbesondere im Multimediabereich quasi nebenbei geschult.

#### d) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten

Beim AStA wird nicht festgelegt, wer mitmachen darf oder kann, da grundsätzlich alle Studierenden angesprochen werden sollen. Beim StuPa und den Fachschaften wird durch Wahl festgelegt, wer mitmachen darf oder kann. Bei den Studierenden gibt es gegenüber dem StuPa und den Fachschaften grundsätzlich die „Egal“-Mentalität. Sobald schnelle Ergebnisse erzielt werden können, machen die Studierenden auch mit. „Dicke Bretter“ will niemand bohren. Die Studierenden sehen die Universität als Dienstleister für ihre Abschlüsse.

Bei der BASF AG erfolgt die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Berücksichtigung der Schulzeiten. Beim Jabo-Geschwader wurden für den Englischunterricht alle gefragt. In der normalen Teamarbeit findet eine Einteilung durch die Ausbilder statt. Bei der Firma SCHOTT AG nehmen an der Lerninsel alle Auszubildenden der gewerblichen Ausbildungsgänge teil. Die Teilnahme an der Juniorfirma ist freiwillig. Bei den Firmen Globus und Rasselstein dürfen bzw. sollen alle mitmachen.

Auf die Frage, ob die Teilnehmenden gleichermaßen partizipieren, antwortete der AStA, dass sich der Zeitfaktor problematisch darstellt. Es wird dargelegt, dass derjenige, der sich engagieren möchte, auch die Zeit dazu findet. Das Studium bietet einen breiten Bildungsansatz und diese Möglichkeiten sollten deutlich gemacht werden. Es fehlen oft Informationen über die Angebote. Bei der Firma BASF sowie beim Jabo-Geschwader partizipieren alle Teilnehmenden gleichmäßig. Im DLR ist ein positiver Effekt bei allen teilnehmenden Schülerinnen und Schülern zu erkennen. Bei der Firma SCHOTT wird die Lerninsel von den Auszubildenden geleitet; Konflikte werden im Team gelöst. Bei der Juniorfirma werden die Jugendlichen gemeinsam mit den Ausbildern zur Übernahme von Rollen und Funktionen motiviert. Bei den Firmen Globus und Rasselstein partizipieren die Auszubildenden unterschiedlich. Dies hängt manchmal vom „Jahrgang“ der Auszubildenden ab. Es gibt Jahrgänge, die sehr aktiv sind und dann wieder andere, die eher passiv sind.

Teilweise engagieren sich die Auszubildenden, Schülerinnen und Schüler und Studierenden auch in anderen Projekten.

#### e) Wirkung des Projekts

Beim DLR ist es Ziel des Projekts, den Teilnehmenden Gestaltungserfahrungen auch außerhalb des Projekts zu eröffnen. Die Ausbildung im Jabo-Geschwader eröffnet den Auszubildenden aufgrund ihrer hohen Qualität Zukunftsperspektiven. Bei der Lerninsel der Firma SCHOTT AG haben die Auszubildenden Teamarbeit gelernt. Bei der Juniorfirma wirken sich die Erfahrungen der Auszubildenden stark auf die Wünsche für die Berufslaufbahn aus. Für Engagement außerhalb von Ausbildung und Juniorfirma bleibt für die Funktionsträger der Juniorfirma wenig Zeit. Bei der Firma Globus engagieren sich auch Auszubildende außerhalb des Betriebs.

Die Gestaltungserfahrungen bei den Projekten konnten mit gesellschaftlichen und politischen Erkenntnissen verbunden werden. Die Schülerinnen und Schüler des DLR erlebten, dass man nur gemeinsam etwas erreichen kann und niemand seinen Willen allein gegen anderen durchsetzen kann. Bei der Lerninsel der Firma SCHOTT wurde ein Auszubildender zur Übernahme von Verantwortung in einer Jugendorganisation aktiviert.

Auf die Frage, ob die Partizipation gelungen sei, antwortete der AStA, dass die Außendarstellung, insbesondere auch das eigene Verhalten in den Gremien, verbessert werden muss.

Bei der Firma BASF wird es eine Fortsetzung der Projekte geben. Auch beim DLR handelt es sich um laufende Konzepte, die auf Dauer angelegt sind. Beim Jabo-Geschwader besteht die Hoffnung, dass sich durch die Initiative Englischunterricht und JAR 66 grundsätzlich etwas verändert. Lerninsel und Juniorfirma bei der Firma SCHOTT AG sind Bestandteil der Ausbildung. Die Projekte der Firmen Globus und Rasselstein sind auf Dauer angelegt.

Die Schülerinnen und Schüler des DLR sind sich bewusst, dass ihr Handeln Bedeutung für die Politik hat. Die Arbeit in den Fachschaften bzw. das Engagement an der Universität wird nicht zwangsläufig mit Landespolitik verknüpft. Die Auszubildenden der BASF sowie des Jabo-Geschwaders sind sich nicht bewusst, dass ihr Handeln Bedeutung für die Politik hat.

#### f) Grenzen des Projekts

Auf die Frage, wie viel Partizipation möglich ist, antworteten die Studierenden des StuPa und der Fachschaften, dass Engagement in anderen Bereichen oft auch ein Hemmnis für zusätzliches Engagement an der Hochschule ist.

„Wer hat die letzte Entscheidungsbefugnis?“ Beim DLR liegt die letzte Entscheidungsbefugnis bei den Lehrerinnen und Lehrern. Ein Verbot musste bisher aber noch nicht ausgesprochen werden. Beim Jabo-Geschwader ist sehr viel Partizipation möglich, wenn die Jugendlichen mitarbeiten. Bei der Lerninsel der Firma SCHOTT AG funktioniert die Selbststeuerung gut, die letzte Entscheidung hat der Ausbilder. Die Juniorfirma ist auf Selbststeuerung angelegt.

Die Frage, wo es Schwierigkeiten gab, beantworteten die Auszubildenden des Jabo-Geschwaders dahingehend, dass ihnen die üblichen Mitstimmungsverfahren außerhalb der Ausbildungswerkstatt nicht sofort geläufig waren.

Die Studierenden gaben an, dass die Fachschaften zu Dienstleistern werden, die Studierenden immer egoistischer werden und das Gemeinschaftsgefühl schwindet. Außerdem fehlt ein fächerübergreifender Dialog.

#### g) Rolle der Erwachsenen

Auf die Frage, wer die Studierenden unterstützt hat, antworteten diese, dass es seitens des Senats, der Leitung der Universität und der Politik zu wenig Unterstützung und Aufmerksamkeit gibt. Oftmals wird Gremienarbeit abqualifiziert und dies kommt bei den Studierenden nicht besonders gut an. Hier wäre es wünschenswert, ernst genommen zu werden. Dies würde helfen, Studierende für die Ziele zu gewinnen. Der Kontakt von Abgeordneten zur AStA usw. sollte aufrechterhalten werden. Die Studierenden bei Communicate e. V. und Eudaimonia e. V. haben Unterstützung durch Politiker und Unternehmen, insbesondere bei Vorträgen und Praktika. Die Auszubildenden der Firmen BASF, Globus und Rasselstein und beim Jabo-Geschwader werden durch die Ausbilder unterstützt, die Schülerinnen und Schüler des DLR durch die Lehrerinnen und Lehrer. Sie sind Impulsgeber und begleiteten mit pädagogischen Ratschlägen und Hinweisen. Bei der Firma SCHOTT AG erhalten die Auszubildenden bei Bedarf Unterstützung bei den Projekten. Die Verantwortung liegt bei den Ausbildern.

#### h) Stadt/Land

Die Frage, ob es bei den Projekten spezifische Voraussetzungen oder Besonderheiten gibt, welche sich aus einem ländlichen oder städtischen Umfeld ergeben, beantwortete die Firma BASF AG mit Nein. Das DLR bejahte die Frage, der Weinbau findet meistens auf dem Land statt.

### 4. Persönliche Einschätzungen/Besonderheiten

#### a) Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA), Johannes Gutenberg-Universität Mainz

#### b) Fachschaft Rechts- und Wirtschaftswissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Studierenden-Parlament (StuPa) der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

#### c) Communicate! e. V. und Eudaimonia e. V. der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

zu a) bis c) :

Schlussfolgerungen aller Teilnehmer bzw. Wünsche an die Politik:

- Politik und politische Arbeit an der Universität vorstellen.
- Sachverhalte einfach erklären.
- Politik in Zusammenhang mit der Betroffenheit der Menschen bringen.
- Vereinfachung der Strukturen.
- Frühes Vermitteln von Kompromissbereitschaft, frühes Lernen von Demokratie.
- Klare Entscheidungen.
- Politische Jugendorganisationen müssen Potential von rechts verhindern (NPD).

- Problemlösungen statt Ideologien und Streit.
- Pragmatismus, Wege anbieten.
- „Anstrengung“. Demokratie muss Sinn machen; klare Ziele vorgeben.
- Bauch statt Kopf, erst einfachere Ansprache, dann Komplexität.
- Schnittstellen schaffen, Interaktionsmöglichkeiten.
- Persönliche Informationen, Kontakt halten.
- Gemeinsame Strategien entwickeln.
- Sozialkundeunterricht in der Schule früher anbieten.
- Transparenz.
- Ministerium sollte auch öffentlich werden, klares Bekenntnis zur Verfassten Studierendenschaft.
- Lehrende sollten Mitwirkungsmöglichkeiten propagieren.
- Interessante Angebote machen.

**d) „Mehrwert“, „Special Olympics“ und „NexIT“ der BASF AG Ludwigshafen**

Die Jugendlichen waren nicht ausreichend über die Hintergründe des Besuchs der Enquete-Kommission informiert. Ihren Äußerungen war zu entnehmen, dass sie der Meinung waren, es ginge um ihr Engagement in den sozialen Projekten. Die anschließende Diskussion konnte am Nachmittag auf das Thema „Jugend und Politik“ gelenkt werden, was mit dem „Best-Practice“-Besuch nur noch wenig zu tun hatte. Dafür konnte über die mehr oder weniger repräsentativen Positionen der Jugendlichen zur Politik diskutiert werden.

Einige Positionen der Auszubildenden:

- Das Verhältnis von Jugend und Politik ist gestört.
- Politik ist hochgestochen.
- Das interessiert mich nicht.
- Die machen doch, was sie wollen.
- Klagen im kommunalpolitischen Bereich wie z. B. Schulausstattung, Straßenverkehr.
- Ich kenne mich nicht aus.
- Das bringt mir nichts.
- Die Parteien sind austauschbar.
- Die Parteien streiten sich nur und beschimpfen sich.
- Politik = Abgeordnete.
- Das schlechte Bild der Politiker kommt aus den Medien.

Aus der Diskussion klang immer wieder der Frust über Politik heraus. Etwa ein Drittel bis ein Viertel der anwesenden Auszubildenden würden nicht zur Wahl gehen und wenn, dann würde man eine kleine Partei wählen – welche wurde nicht gesagt. Es wurde deutlich, dass die Jugendlichen mehr politische Aufklärung brauchen und auch wollen. Sie wollen Informationen, die verständlich sind. Es fehlt eine jugendgerechte Aufbereitung.

Die Auszubildenden waren laut Ausbilder interessierter als der Durchschnitt. Allerdings war das politische Grundinteresse sehr unterschiedlich. Es herrschte die Meinung vor, dass Politik nichts tut, was mit dem eigenen Leben der Auszubildenden zu tun hat. Die Bewertung von Politik hat als Grundlage entweder ganz unmittelbare Ursachen (z. B. in der Kommune) oder die Berichterstattung in den Medien. Es wurde aber auch deutlich, dass das direkte Gespräch zwischen Jugendlichen und Politikerinnen und Politikern das meiste Vertrauen schafft.

Eine bemerkenswerte Idee war: Einführung eines MdL/MdB-Tages für die Schulen. Die Jugendlichen kritisierten den Sozialkundeunterricht in der Schule und forderten mehr Informationen im Unterricht.

Es war ein sehr offenes Gespräch, das die Meinung vieler junger Menschen widerspiegelte.

**e) Weinbauschule und Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Oppenheim**

Keine weiteren Angaben.

**f) Ausbildungswerkstatt des Jagdbombergeschwaders 33 in Büchel**

Keine weiteren Angaben.

**g) Lerninsel und Juniorfirma bei der SCHOTT AG Mainz**

Keine weiteren Angaben.

**h) Ausbildung bei Globus Logistik & Service GmbH**

Das Motto der Firma Globus lautet: „Jeder ist verantwortlich für das, was geschieht, an seinem Platz, für das Ganze.“ Die Jugendlichen finden diesen Satz richtig und engagieren sich für „ihren“ Betrieb.

Im Gespräch wurde wieder deutlich, dass die Schule eine extrem wichtige Rolle spielt – auch bei der Vorbereitung auf das Berufsleben. Hier gab es von den Jugendlichen viel Kritik: Sie wünschen sich mehr Praktika und eine engere Kooperation von Schule und Betrieb. Da die Berufsbilder oft nicht gut genug vorgestellt würden, ergriffen gerade Hauptschüler oft „einfach so irgendeinen Beruf“, in dem sie sich dann nicht wohl fühlten.

Die Jugendlichen wünschen sich grundsätzlich mehr Dialog mit Politikerinnen und Politikern und äußerten den Wunsch, zum Ende der Enquete- Kommission eingeladen zu werden, um über die Ergebnisse informiert zu werden.

#### i) Ausbildung bei Rasselstein GmbH

Rasselstein startet keine Projekte an sich, aber die Firma investiert viel Zeit und Engagement in ihre Auszubildenden. Dies wurde auch in den Gesprächen mit den Auszubildenden deutlich, die nicht den Eindruck machten, als seien sie gestellt oder vorher ausgesucht worden.

Bei dem Gespräch mit den Jugendlichen standen primär die Fragen nach ihrer Ausbildung im Vordergrund. Der Grund könnte darin liegen, dass es für die Jugendlichen vorrangiger und wichtiger ist, sich um ihre Ausbildung und damit um ihre berufliche Zukunft zu sorgen.

Partizipation findet im Rahmen der Ausbildung statt und wird von den Jugendlichen eher indirekt wahrgenommen.

## II. Schlussfolgerungen <sup>257)</sup>

### a) Betrieb/Ausbildung

1. Jugendliche/Auszubildende sind bei ihrem politischen Engagement eher zögerlich, da sie sich primär um ihre berufliche Zukunft sorgen.
2. Demokratische Partizipation von Auszubildenden in außerbetrieblichen Projekten sind die Ausnahme und werden selten von den Betrieben angestoßen. Die Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung müssen viel stärker genutzt werden.
3. Vor allem im Rahmen der Ausbildung wird eine mögliche Beteiligung in gesellschaftlichen Projekten verstärkt unter „Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten“ gesehen. Dies gilt sowohl für die Arbeitgeber wie auch für die jugendlichen Arbeitnehmer.
4. Junge Menschen, die sich außerhalb ihres Ausbildungsbetriebes engagieren, werden zwar freigestellt, was jedoch nicht ausreichend von den Betrieben unterstützt wird.
5. Partizipation in den Betrieben wird teilweise von der Angst der Auszubildenden um ihren Job behindert.
6. Ein Grund für die zurückhaltende Beteiligung ist, dass Engagement von Seiten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber als „überflüssiger“ Kostenfaktor angesehen wird.
7. Zusammenarbeit von Betrieben mit Vereinen, gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen in partizipativen Projekten sind äußerst selten.
8. Ein Einblick in mögliche Beteiligungsformen gerade in kleinen Betrieben war aufgrund kaum bekannter Beispiele nicht möglich. Es ist zu vermuten, dass partizipative Projekte in kleinen Betrieben noch weniger stattfinden.
9. Dort, wo Beteiligungsprojekte erfolgreich in den Berufsalltag integriert werden, wird der Nutzen für den Betrieb erkannt. Wirtschaftliche Bedenken können so oft zerstreut werden.
10. Partizipation von Jugendlichen/Auszubildenden in den besuchten Betrieben ist eher ziel- und ergebnisorientiert und hat keine politische Dimension im Sinne von unseren „Best-Practice-Vorstellungen“.

### b) Berufsbildende Schule

1. In der berufsbildenden Schule hat sich gezeigt, dass angebotene Beteiligungsprojekte gut angenommen werden und erfolgreich verlaufen. Den Jugendlichen/Auszubildenden wird somit Selbständigkeit und Verantwortungsgefühl vermittelt.
2. Berufsbildende Schulen müssen den jungen Menschen den Nutzen von Beteiligung und den Sinn von Beteiligungsformen näher bringen. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Lehrbetrieben ist notwendig. In der Berufsschule müssen Möglichkeiten von politischem Engagement deutlich und erfahrbar gemacht werden, damit sie auch in allen späteren Lebenslagen in Betracht gezogen werden.
3. Die berufsbildenden Schulen müssen verstärkt die Themen Beteiligung, Mitbestimmung und Demokratie in den Unterricht aufnehmen. Auch muss die Bildung und Arbeit von Schülerinnen- und Schülervertretungen an den berufsbildenden Schulen gefördert werden.

<sup>257)</sup> Vgl. Vorlage EK 14/3-59.



**c) Universität**

1. Etablierte Beteiligungsformen in den Hochschulen sind oft einseitig und wirken auf Außenstehende wenig produktiv. Dies wirkt auf viele Studierende wenig motivierend.
2. Hier stellt sich die Frage, ob die an der Universität angebotenen traditionellen Beteiligungsformen noch zeitgemäß sind: Trotz des großen Engagements einzelner Studierender bleibt die allgemeine Beteiligung der Studierenden – beispielsweise bei Wahlen – gering. Vielen erscheint die Arbeit des AStA oder StuPA sogar unattraktiv, zu wenig zielorientiert und teilweise kontraproduktiv.
3. Viele Studierende engagieren sich in der Organisation von gemeinsamen Freizeitaktivitäten und Projekten mit starkem Erlebnischarakter. Der Spaß und die Möglichkeit, mit Freunden seine Zeit zu verbringen, stehen hier im Vordergrund.
4. Demgegenüber steht eine erhöhte Zahl von Partizipationsprojekten, die fast immer in einem direkten Zusammenhang mit der fachlichen Qualifikation der Studierenden stehen. Die Beteiligung in solchen Projekten erfolgt meist aus pragmatischen Beweggründen. Gesellschaftlicher Nutzen wird hier zielorientiert mit einem Zuwachs an berufsvorbereitender und fachspezifischer Qualifikation verbunden.
5. Je konkreter Studierende von Aktionen oder Entscheidungen betroffen sind und/oder je praxisorientierter diese sind, desto mehr wird ein Engagement und Interesse erkennbar, Beispiel: „Communicate !“, „Eudaimonia“ oder die Arbeit der Fachschaften.
6. Das Zeitbudget für Engagement wird durch den Zwang zum Nebenverdienst, an den Hochschulen auch durch „verschulte“ Bachelor-Master-Studiengänge und Studiengebühren bzw. -konten immer geringer.
7. Das Studienangebot an den Hochschulen muss derart ausgestaltet sein, dass es einen freien Zeitkorridor gibt, in dem keine Pflichtveranstaltungen stattfinden („studentische Stunde“). Auch Dozentinnen und Dozenten müssen verstärkt dazu angehalten werden, das Engagement von Studierenden zu fördern.
8. Wichtig ist, dass die Dozentinnen und Dozenten/Professorinnen und Professoren das Engagement von Studierenden dadurch fördern, dass sie Partizipation in ihren Veranstaltungen ermöglichen und andere Beteiligungsprojekte positiv herausstellen.

**d) Allgemein**

1. Der Übergang von der Schule zu Ausbildung und Studium bedeutet oftmals einen Bruch im Engagement. Junge Menschen müssen sich in dieser Phase neu orientieren. Erfolg und Druck im Rahmen der Ausbildung und des Studiums, oftmals auch durch einen Nebenjob, verhindern, dass zusätzlich noch ein politisches Engagement aufgenommen wird.
2. Politikerinnen und Politiker sollten dem geäußerten Wunsch von Auszubildenden und Studierenden nachkommen, indem sie zu allen Beteiligten den direkten Kontakt aufnehmen und pflegen sowie gemeinsam nach Strategien für mehr Partizipation suchen.
3. Politik und politische Arbeit muss vermehrt an den Hochschulen und Betrieben vorgestellt werden. Sachverhalte müssen dabei verständlich erklärt und in den Zusammenhang mit der Betroffenheit der jungen Menschen gebracht werden.
4. Entscheidungsfindungsprozesse müssen einfacher und transparenter, Entscheidungen klarer und die Entscheidungsvermittlung ehrlicher werden.
5. Problemlösungen müssen im Fokus, Ideologien und parteipolitisch motivierter Streit im Hintergrund stehen.
6. Etablierte Politik muss für junge Engagierte Schnittstellen und Interaktionsmöglichkeiten schaffen. Es müssen gemeinsame Strategien entwickelt werden.
7. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung in Betrieben und Hochschulen müssen stärker wahrgenommen und gefördert werden.

## VII. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche zu den Themenschwerpunkten „Demokratische Mitbestimmung/Gremienarbeit“, „Jugendbildung/Aktivierung zur Eigeninitiative“ und „Jugendtreffs/Freizeitarbeit“ am 10. März 2005 und 14. April 2005 <sup>258)</sup>

### I. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Demokratische Mitbestimmungen/Gremienarbeit“

#### 1. Allgemeiner Teil

##### a) Projektbeschreibung

###### aa) Jugendparlament Kaiserslautern

Seit März 1997 gibt es in Kaiserslautern ein Jugendparlament. Das Gremium ist eine unabhängige und überparteiliche kommunale Jugendvertretung. Die Stadt hat ihren jungen Einwohnern im Alter zwischen 13 und 17 Jahren ein Forum geschaffen, über das sie lokalpolitische Themen aufgreifen und beeinflussen können. Wahlberechtigt sind alle Jugendlichen, die in der Stadt Kaiserslautern wohnen, mindestens die siebte Klasse besuchen und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Maximal 38 stimmberechtigte Mitglieder umfasst das Parlament. Diese sind für zwei Jahre gewählt und haben das Recht, Anfragen und Anträge an den Stadtrat bzw. seine Ausschüsse zu richten. Umgekehrt ist das Jugendparlament aufgerufen, zu Fragen, die ihm Vertreter des Stadtrates antragen, Stellung zu nehmen. Das Jugendparlament Kaiserslautern besteht aus 21 Mitgliedern.

###### bb) Jugendbeirat der Stadt Neuwied

Der Jugendbeirat der Stadt Neuwied ist eine Jugendvertretung gemäß § 56 b der Gemeindeordnung. Er hat ein Antragsrecht an den Stadtrat, Rederecht im Rat und in den Ausschüssen und eine eigene Satzung. Initiiert wurde er durch einen Antrag auf Einrichtung einer Jugendvertretung im Stadtrat. Nach einer Befragung der Kinder und Jugendlichen in Neuwied bildete sich eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Jugendbeirates und zur Formulierung einer Satzung. Diese Satzung wurde im Stadtrat beschlossen. Wahlen zum Jugendbeirat fanden in den Jahren 2000, 2002 und 2004 statt. Zielgruppe sind Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren. Der Jugendbeirat der Stadt Neuwied besteht aus 23 Mitgliedern.

##### b) Gespräch mit den Jugendlichen

Die Jugendlichen machen bei dem Jugendparlament bzw. Jugendbeirat mit, weil sie die Interessen der Jugendlichen vertreten wollen und aktiv die Zukunft gestalten wollen, indem sie nicht nur meckern, sondern auch handeln. Sie wollen politische Erfahrungen sammeln, Einblicke in politische Abläufe bekommen und politische Macht sinnvoll für Jugendliche nutzen. Nette Leute zu treffen, die Erweiterung des eigenen Horizonts und Spaß zusammen mit Freunden zu erleben sind weitere Gründe, warum die Jugendlichen bei der Jugendvertretung und dem Jugendbeirat mitmachen.

Den Jugendlichen macht die Beteiligung an der Jugendvertretung bzw. an dem Jugendbeirat Spaß. Die Idee kam von den Jugendlichen und von den Erwachsenen aus der lokalen Politik.

Das Jugendparlament Kaiserslautern versteht sich als Interessenvertretung der Jugendlichen in Kaiserslautern. Es fördert die Interessen der Jugendlichen auf politischer Ebene, führt verschiedene Initiativen und Veranstaltungen durch und soll eine Möglichkeit für die Jugend der Stadt Kaiserslautern sein, sich mit ihrer Stadt zu identifizieren. Das Jugendparlament soll die Möglichkeit bieten, demokratische Beteiligung zu erlernen. Mit der Einrichtung des Jugendparlamentes reagierte die Stadt auf den Wunsch ihrer jungen Bürger. Eine Befragung ergab, dass sich 85 Prozent der jungen Menschen ein solches Forum wünschten. Mit dem Jugendparlament verfolgt die Stadt das Ziel, die politische Willensbildung ihrer jungen Bürger zu stärken und sie für eine aktive gesellschaftliche Mitverantwortung zu gewinnen. Die Jugendlichen haben über das Parlament die Möglichkeit, ihre Interessen gegenüber der Stadt zu artikulieren und durchzusetzen.

Der Jugendbeirat der Stadt Neuwied setzt sich für die Interessen der Jugendlichen ein. Es finden Sitzungen, Arbeitsgruppen und Beratungen mit den Fraktionen statt. Die Mitglieder des Jugendbeirats nehmen an jugendrelevanten Ausschusssitzungen teil, stellen Anträge an den Stadtrat, tauschen sich mit anderen Jugendvertretungen aus und betreiben eine intensive Öffentlichkeitsarbeit.

Auf die Frage „Was klappt gut?“ antworteten die Mitglieder des Jugendparlamentes in Kaiserslautern, dass sie sich aktiv und gestalterisch in der Stadt betätigen können. Sie erhalten Unterstützung von der Stadtverwaltung und anderen beratenden Mitgliedern. Das Jugendparlament als Institution wurde nicht nur erhalten, sondern sogar etwas ausgebaut. Der Bekanntheitsgrad konnte gesteigert werden. Die Mitglieder des Jugendbeirats der Stadt Neuwied führen bei der Beantwortung der Frage an, dass die Beratung in den Sitzungen und der Kontakt mit den erwachsenen Politikern gut funktioniert. Erfolge sind bei einigen An-

---

258) Grundlage ist die Zusammenfassung der Berichtsbogen über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Demokratische Mitbestimmung/Gremienarbeit“ – Vorlage EK 14/3-89, die Zusammenfassung der Berichtsbogen über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Jugendbildung/Aktivierung zur Eigeninitiative“ – Vorlage EK 14/3-93 und die Zusammenfassung der Berichtsbogen über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Jugendtreffs/Freizeitarbeit“ – Vorlage EK 14/3-98.

trägen und Anregungen in Richtung Stadtverwaltung und Stadtrat zu verzeichnen. Außerdem konnten sie positive Erfahrungen bei der Durchführung von eigenen Projekten sammeln.

Als schwierig bezeichneten die Jugendlichen unzuverlässige und unmotivierte Mitglieder, den Rückgang der Beteiligung an den Projekten und die mangelnde Flexibilität einiger Erwachsener. Die Umsetzung der anspruchsvollen Projekte ist manchmal schwierig und stößt auf Widerstände. Schwierigkeiten bereitet auch die Organisation der Arbeitsgruppen und das zu enge Haften an Reglements oder Budgets. Viele Bürgerinnen und Bürger kennen das Jugendparlament bzw. den Jugendbeirat nicht. Beklagt wird auch, dass noch keine Nachhaltigkeit in der Gemeindepolitik erreicht wurde.

Die Jugendlichen erzählen im Freundeskreis und in der Schule anderen Jugendlichen von ihrem Projekt. Die Reaktionen sind interessiert bis ablehnend. Viele Jugendlichen im gleichen Alter sind erstaunt ob des Engagements und fragen nach dem Nutzen. Sie zweifeln oft an, dass die Mitglieder des Jugendbeirats bzw. -parlaments richtig ernst genommen werden.

Auf die Frage, was sie bisher erreicht haben, antworteten die Jugendlichen, dass ein Jugendtreff renoviert und eingerichtet wurde, ein Skaterpark gebaut wurde, diverse Feste und Projekte durchgeführt wurden und die Öffentlichkeit über die Interessen der Jugendlichen informiert wurde. Die Jugendlichen werden von der etablierten Politik wahrgenommen.

Die Jugendlichen sind außerdem noch in der Schule und in diversen Vereinen engagiert. Sie tauschen sich mit anderen Jugendvertretungen im Land aus und sind mit ihnen vernetzt.

„Stimmrecht im Stadtrat – nicht nur Rederecht“ ist die Antwort der Jugendlichen des Jugendparlaments Kaiserslautern auf die Frage, was sie gerne anders haben wollen. Außerdem wünschen sie sich einen größeren Etat und mehr Geld für das Jugendparlament, die Einrichtung eines Briefkastens für Jugendliche an einer zentralen Stelle in der Stadt, wo Jugendliche die Möglichkeit haben, sich mit Anliegen direkt an das Jugendparlament zu wenden, sowie Aktionen zur Steigerung der Bekanntheit des Jugendparlaments. Die Jugendlichen des Jugendbeirats der Stadt Neuwied wünschen sich mehr Zeit, um ihre Projekte intensiver bearbeiten zu können. Außerdem würden sie es begrüßen, wenn sie die Schulen mehr in ihre Arbeit einbinden könnten.

## 2. Gespräch mit den Erwachsenen und den Jugendlichen

### a) Geschichte des Projekts/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation?

In Neuwied ergab eine Umfrage an den Schulen den Wunsch nach einer Jugendvertretung. In Kaiserslautern war der Ursprung des Jugendparlaments durchaus kinder- und jugendgewollt. In der politischen Durchsetzung war jedoch manchmal die Lobbyarbeit engagierter Erwachsener nötig.

### b) Zieldiskussion

Die Jugendlichen verfolgen mit dem Jugendparlament bzw. dem Jugendbeirat das Ziel, die Zukunft aktiv zu gestalten. Sie wollen ihre eigenen Interessen vertreten, um ihre Stadt jugendfreundlicher zu machen. Die Stadt Kaiserslautern verfolgt mit dem Jugendparlament das Ziel, die politische Willensbildung ihrer jungen Bürger zu stärken und sie für eine aktive gesellschaftliche Mitverantwortung zu gewinnen. Die Jugendlichen haben über das Parlament die Möglichkeit, ihre Interessen gegenüber der Stadt zu artikulieren und durchzusetzen. Die Stadt Neuwied bietet den Jugendlichen mit dem Jugendbeirat eine legitimierte Beteiligungsform, deren Ergebnisse sich auf die Planung und Gestaltung der Stadt entsprechend auswirken.

Bei der Realisierung dieser Partizipationsformen sollen die Jugendlichen Handlungskompetenzen wie z. B. Projektorganisation, Präsentation und Öffentlichkeitsarbeit lernen. Sie sollen als Experten in eigener Sache demokratische Verhaltensweisen einüben.

Die Projektziele werden erreicht. Die Jugendlichen bestimmen die Ziel-, Themensetzung und Umsetzung ihrer Projekte.

### c) Methodische Umsetzung der Projektziele

Bei der Beteiligung der Jugendlichen wird auf deren Rollenerwartungen, deren Kommunikationsbedürfnisse und -defizite eingegangen. Durch das Jugendparlament bzw. den Jugendbeirat wird das Kommunikationsvermögen, die Urteilsfähigkeit sowie die Teamfähigkeit der Jugendlichen gefördert. Ebenso fördert diese Beteiligungsform die Kreativität und Freude an der „eigenen Gestaltung“.

Sowohl für das Jugendparlament als auch für den Jugendbeirat gibt es eine festgelegte Satzung. Beide Beteiligungsformen orientieren sich inhaltlich und methodisch an dem Alter und der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen. Geschlechtsspezifische und soziale Rollenvorstellungen werden thematisiert. Durch die gemeinsame Arbeit werden Vorurteile abgebaut und gegenseitiges Verständnis gefördert.

Medien wie Beamer, Overhead, Internet, Musik und Video werden aktiv in der Arbeit eingesetzt und dienen passiv zur Information. Dadurch wird die Medienkompetenz der Jugendlichen besonders gefördert. Ihnen ist bewusst, dass die Medien das Projekt, sie selbst und andere beeinflussen.

### d) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten

Prinzipiell partizipieren alle Jugendlichen gleichermaßen. Tatsächlich ist die Partizipation aber abhängig von der Intensität, mit der sich jeder einzelne in der Gruppe einbringt. Die erwachsenen Begleiter sorgen allerdings methodisch dafür, dass alle Mitglieder zu Wort kommen.

Die Aufgaben werden unter den Jugendlichen nach Interesse und Fähigkeiten verteilt. Die Jugendlichen arbeiten außerdem auch in Vereinen oder bei Schulprojekten mit.

#### e) Wirkung des Projekts

Die Gestaltungserfahrungen beim Jugendparlament bzw. Jugendbeirat konnten mit gesellschaftlichen und politischen Erkenntnissen verbunden werden. Die Jugendlichen erfassen Politik als greifbare und erfahrungswerte Sache. Die Jugendlichen des Jugendbeirats in Neuwied sind der Meinung, dass Partizipation nur gelingt, wenn sie von den Erwachsenen ernst genommen werden und wenn sie feste Rechte und Möglichkeiten haben, da es sich ansonsten nur um eine Alibibeteiligung handelt.

Die Erwartungen der Jugendlichen stimmten weitgehend mit dem Erreichten überein. Es gab allerdings auch Enttäuschungen, wenn Ideen an finanziellen Hürden oder bürokratischen Realitäten scheiterten.

Der Jugendbeirat der Stadt Neuwied ist als legitimierter und dauerhafter Ausschuss der Gemeinde angelegt. Das Jugendparlament der Stadt Kaiserslautern ist ebenfalls auf Dauer angelegt, sofern immer genügend engagierte Jugendliche vorhanden sind und die Stadt an der Idee des Jugendparlaments festhält.

Den Jugendlichen ist bewusst, dass ihr Handeln Bedeutung für die Politik hat. Die Jugendlichen des Jugendbeirats Neuwied sind der Meinung, dass sie zeigen, dass Politik Spaß machen kann und dass sie der Politikverdrossenheit entgegenwirken.

#### f) Grenzen des Projekts

Auf die Frage „Wer hat die letzte Entscheidungsbefugnis?“ antworteten die Jugendlichen, dass letztendlich der Stadtrat oder die Verwaltung entscheiden. Sie können aber durch konkrete Anregungen und Anträge diese Entscheidung beeinflussen, wobei es schwierig wird, wenn es um Geld und Ressourcen geht.

Als schwierig schätzen die Jugendlichen die lang andauernden Entscheidungsprozesse in der Erwachsenenpolitik ein. Die Umsetzung anspruchsvoller Projekte ist schwierig und stößt manchmal auf Widerstände.

#### g) Rolle der Erwachsenen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der lokalen Verwaltung und Politik wie z. B. der Jugenddezernent oder die Mitarbeiter des Kinder- und Jugendbüros unterstützen die Jugendlichen. Sie erklären die rechtlichen und politischen Zusammenhänge, sind Bindeglied zur Verwaltung und zur Politik und leisten Lobbyarbeit. Die Jugendlichen werden zu Fraktionssitzungen und informellen Gesprächen eingeladen.

#### h) Stadt/Land

Die Frage, ob es bei dem Projekt spezifische Voraussetzungen oder Besonderheiten gibt, welche aus einem ländlichen oder städtischen Umfeld resultieren, beantworteten die Jugendlichen des Jugendparlaments Kaiserslautern dahingehend, dass Kaiserslautern eine Stadt ist, in der auch viele Jugendliche aus dem Umland zur Schule gehen. Die Jugendlichen des Jugendbeirats in Neuwied berichteten, dass sie die Interessen von Jugendlichen aus insgesamt 15 Stadtteilen vertreten. Die Partizipation von Jugendlichen in einer größeren Stadt ist nur durch die Bereitstellung geeigneter Strukturen zu gewährleisten. Im ländlichen Umfeld können Interessen bereits durch informelle Kontakte aufgenommen werden. Dies ist im städtischen Raum nicht angezeigt.

### 3. Persönliche Einschätzungen/Besonderheiten

#### a) Jugendparlament Kaiserslautern

1. Jugendliche arbeiten selbständig. Allerdings muss ihnen bei Bedarf die notwendige Unterstützung und Hilfe kommunaler Verwaltungen und Politikerinnen und Politiker gegeben werden.
2. Eine unbürokratische Zusammenarbeit kommunaler Akteure (Schulen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Verwaltung etc.) ist die Voraussetzung, um zu positiven Projekten zu führen und bei den Jugendlichen nachhaltig das Bild von Politik und Politikern positiv zu prägen.
3. Kinder- und Jugendparlamente sind eine wichtige Beteiligungsform und können dort, wo sie nachhaltig unterstützt werden, bei Beteiligten und Außenstehenden einen nachhaltigen Eindruck entfalten und positive Erfahrungen vermitteln.
4. Die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleitung spielen in der Kommune als Ansprechpartnerinnen und -partner für die Bekanntmachung und Werbung für außerschulische Beteiligungsprojekte eine entscheidende Rolle. Eine höhere Bereitschaft, im Schulalltag auf solche Beteiligungsmöglichkeiten hinzuweisen, wäre wünschenswert.
5. In kommunalen Beteiligungsprojekten arbeiten Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten mit und ohne Migrationshintergrund und aus allen Schularten zusammen. Dies gilt es zu fördern.

#### b) Jugendbeirat der Stadt Neuwied

Die Mitglieder des Jugendbeirates Neuwied, die Fachkräfte der Verwaltung und die Verantwortlichen der Kommunalpolitik betonen ausdrücklich folgende Erfolgsgrundlagen für eine gelungene Beteiligung in Form des beschriebenen institutionellen Projektes:

1. Einrichtung geeigneter Strukturen für den Jugendbeirat (Satzung, Geschäftsordnung).

2. Bereitstellung von Ressourcen (Räume, Mittel für die Organisation der eigenen Arbeit).
3. Gewährleistung einer fachlichen Begleitung der Jugendvertretung, fungierend als Geschäftsstelle, pädagogische Beratung und Bindeglied zur Stadtverwaltung (personelle Ressource).
4. Den Jugendlichen einen Gestaltungsspielraum im Rahmen ihrer eigenen Arbeit belassen, jugendgerechte Flexibilität trotz verwaltungstechnischer Verfahren und Vorgaben ermöglichen.
5. Förderung der Kommunikation der Jugendvertreter mit der Verwaltung und der Politik.

## II. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Jugendbildung/Aktivierung zur Eigeninitiative“

### 1. Allgemeiner Teil

#### a) Projektbeschreibung

##### aa) Sprecherinnen- und Sprechkreis der Evangelischen Jugend Kaiserslautern (SK)

Der SK ist der ehrenamtliche Leitungskreis der Evangelischen Jugend in Kaiserslautern. Die 15 mitarbeitenden Jugendlichen sind in der Vollversammlung gewählt und zwischen 16 und 25 Jahren alt. Der SK übernimmt Leitungsfunktionen der Evangelischen Jugend in Kaiserslautern und führt selbst Projekte durch. Zwei der Mitarbeitenden sind weiterhin in die Leitungsgremien der Erwachsenenkirche auf Bezirks- und auf Landesebene gewählt. Weitere vier vertreten den SK Kaiserslautern in dem ehrenamtlichen Leitungsgremium des Jugendverbandes in der Landeskirche. Unter anderem werden folgende Projekte durchgeführt:

Jugendtelefon und Jumail Kaiserslautern:

Bereitstellung eines jugendgerechten Beratungsangebots von Jugendlichen für Jugendliche in Kaiserslautern. Jugendliche erhalten am Telefon Unterstützung für ihre Probleme. Das Projekt läuft seit zwei Jahren. In der einjährigen Ausbildungsphase werden die Jugendlichen angeleitet, die ihnen gestellten Aufgaben zu bewältigen. Die Mitarbeit erfordert eine hohe Verbindlichkeit, da sie zu den veröffentlichten Telefonzeiten ansprechbar sein müssen. Mit dem Jumailprojekt haben Studierende die Möglichkeit, über E-Mail-Kontakt das Beratungsangebot zu erhalten.

Mitarbeitendenausbildung mit Zertifikat:

Jugendliche werden ausgebildet zur Arbeit mit Jugendlichen im Jugendverband.

Auf die Plätze, fertig, los: Wer sich bewegt, bewegt was!:

Beteiligung am entwicklungspolitischen Projekt der Evangelischen Jugend in der Pfalz.

Die Evangelische Jugend der Pfalz hat sich im Jahr 2004 eine neue Ordnung gegeben. Die „alten“ Vertretungsstrukturen werden reformiert. Durch die neue Ordnung entstanden in den Kirchenbezirken Sprecherinnen- und Sprecherkreise als neues Vertretungsorgan der Jugendverbandsarbeit. Der vorgestellte Kreis ist seit ca. vier Monaten neu gewählt und besteht aus 15 Delegierten. Zielgruppe sind evangelische Jugendliche und weitere Interessierte. Über die offenen Angebote werden die Jugendlichen weiter zur Mitarbeit motiviert. Die Mitarbeit im SK ist nicht an die Konfession gebunden. Laut Satzung werden 15 Delegierte gewählt, bei den Projekten können auch weitere Jugendliche mitmachen. Die Legislaturperiode des SKs beträgt zwei Jahre, die Mitarbeit in den Projekten ist zeitlich nicht befristet.

##### bb) Netzwerk für Demokratie und Courage – Landesnetzstelle Rheinland-Pfalz

Das Netzwerk bildet in zweiwöchigem Training junge Erwachsene als so genannte Teamerinnen und Teamer aus, die dann zu zweit in Schulen gehen und mit Jugendlichen die Themen „Rassismus“ bzw. „Toleranz“ in interaktiver Form bearbeiten.

Das Projekt ist aus dem so genannten „Semperkreis“ entstanden, ein lockerer Zusammenschluss mehrerer Jugendorganisationen (DGB-Jugend, Naturfreundejugend, Jusos, Grünes Jugendbündnis, SJD – Die Falken). 1999 wurde das Konzept entwickelt und im selben Jahr an mehreren Schulen in Sachsen getestet.

Die Teamerinnen und Teamer sind junge Erwachsene ab 18 Jahren. Sie leiten die Projekttagge, gehen an Schulen oder in Betriebe und arbeiten dort mit den Schülerinnen und Schülern oder den Auszubildenden. Es gibt sechs verschiedene Projekttagge mit unterschiedlichem Schwerpunkt, die den Schulen zur Auswahl angeboten werden („Schublade offen – am Anfang war das Vorurteil“, „I have a dream . . . , Utopien brauchen Mut“, „We Are Different“, „Europa der Zukunft“, „Demokratie und Mitbestimmung“, „Der Information auf der Spur“). Neue, unkonventionelle Methoden (Einsatz von Medien, Rollenspielen etc.) sollen den Schülerinnen und Schülern eine willkommene Abwechslung zum üblichen Unterricht bieten; dadurch können die inhaltlichen Aspekte besser vermittelt werden. Wichtig ist die Nachhaltigkeit: Die Lehrerinnen und Lehrer sind an diesem Tag nicht dabei, werden aber nach dem Projekttag über die besprochenen Inhalte informiert, so dass sie später im Unterricht dieses Thema weiter behandeln können.

##### cc) Internationale Wanderausstellung: Anne Frank – Eine Geschichte für heute, Bad Kreuznach

Anisha Kranz und Sascha Schmidt organisierten und leiteten ehrenamtlich und aus eigener Initiative heraus in Bad Kreuznach die internationale Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ vom 6. November bis 5. Dezember 2004. Das besondere an dem Projekt ist das pädagogische Konzept, das darauf aufbaut, dass Jugendliche sich ehrenamtlich als Ausstellungsbegleiterinnen und Ausstellungsbegleiter ausbilden lassen und dann die Besucherinnen und Besucher (vor allem Schulklassen und andere Jugendgruppen) durch die Ausstellung begleiten.

Anisha Kranz hatte mit 15 Jahren bereits Ende 2002 einen Bericht über die Anne-Frank-Wanderausstellung und das dazugehörige Konzept der Ausstellungsbegleitung gelesen. Die Stadt Bad Kreuznach unterstützte die Initiative, indem sie die Stadtbibliothek für den Ausstellungszeitraum kostenlos zur Verfügung stellte. Da die Ausstellung ein Projekt ist, das von der Beteiligung möglichst vieler Personen lebt, wurden in Kooperation mit der Bürgermeisterin der Stadt und den hauptamtlichen Mitarbeitern des evangelischen Kirchenkreises die Schulen und alle Jugendverbände aus der Stadt und dem Kreis Bad Kreuznach zu einem ersten Koordinierungstreffen eingeladen. Dieses Treffen sollte allen die Möglichkeit geben, nähere Informationen über das Projekt zu erhalten, um danach über die eigene Partizipation nachzudenken.

Die interessierten Lehrerinnen und Lehrer sollten nach dieser Information an ihren Schulen als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dienen und Schülerinnen und Schüler von der Idee begeistern, sich als Ausstellungsbegleiterin und Ausstellungsbegleiter ausbilden zu lassen. Bei diesem ersten Gespräch war die Koordinatorin der Ausstellung des Anne-Frank-Zentrums Berlin anwesend, die zur Beantwortung aller Fragen zur Verfügung stand.

Sascha Schmidt, Ehrenamtlicher der Evangelischen Jugend und Mitarbeiter des örtlichen Kinos, bot an, im Rahmen des Begleitprogramms der Ausstellung einen thematisch passenden Kinofilm zu zeigen. Seit diesem Zeitpunkt wirkte er zusammen mit Anisha Kranz an der Realisierung der Ausstellung mit und unterstützte sie bei den anstehenden Aufgaben.

Als Ausstellungsbegleiterinnen und Ausstellungsbegleiter wurden Schülerinnen und Schüler angeworben. Am Ende meldeten sich 24 Schülerinnen und sechs Schüler aus Bad Kreuznacher Schulen und Schulen aus der Umgebung, um sich zu Ausstellungsbegleiterinnen und Ausstellungsbegleitern ausbilden zu lassen. Sie waren zwischen 14 und 18 Jahren alt. Es wurden Schülerinnen und Schüler von der Regionalschule, der Realschule und dem Gymnasium ausgebildet. Von den Hauptschulen gab es leider keine Anmeldung. Die Jugendlichen wurden von (sehr jungen) Ausbildern des Berliner Anne-Frank-Zentrums in einem zweitägigen Seminar unmittelbar vor Eröffnung der Ausstellung ausgebildet.

Anisha Kranz und Sascha Schmidt planten, organisierten und leiteten die gesamte Ausstellung und alle Rahmenveranstaltungen (Filme, Video-Vorführungen, Lesungen, Bericht einer Zeitzeugin) ohne vorherige Ausbildung.

#### b) Gespräch mit den Jugendlichen

Die Jugendlichen des SK engagieren sich, weil ihnen christliche Werte wichtig sind. Sie wollen sich einsetzen für soziale Projekte, Gleichgesinnte treffen und Spaß haben. Es existiert ein breites Angebot von Bildung über Sport, Spaß und Musik. Den Jugendlichen des Netzwerks für Demokratie und Courage ist es wichtig, sich gegen Extremismus zu engagieren und Kindern aufzuzeigen, wie Vorurteile beispielsweise gegen Ausländer entstehen und wie man diese Vorurteile widerlegen kann. Die Jugendlichen der Anne-Frank-Ausstellung finden das Thema interessant, weil sie bereits in der Schule zu dem Thema Anne Frank gearbeitet haben. Sie wollen sich in Rhetorik und Präsentationstechnik verbessern.

Den Jugendlichen hat die Beteiligung an den Projekten Spaß gemacht. Die Jugendlichen des Netzwerks für Demokratie und Courage berichten, dass sie von dem Projekt profitieren, da die Zusammenarbeit mit den Kindern wichtige Erkenntnisse bringt, die dann ins Studium einfließen. Die Jugendlichen der Anne-Frank-Ausstellung berichten, dass es eine gute Erfahrung war, das Interesse von anfangs evtl. desinteressierten Schülerinnen und Schülern geweckt zu haben.

Auf die Frage „Was klappt gut?“ antworteten die Jugendlichen des Netzwerks für Demokratie und Courage, dass fast alles gut funktioniert und dass das Feedback meistens positiv sei. Generell sind die Jugendlichen in der Klasse gegenüber den vorher unbekanntem Teamerinnen und Teamern aufgeschlossener als erwartet. Die Beteiligung und das Engagement sind erfreulich hoch. Die Jugendlichen der Anne-Frank-Ausstellung berichten, dass bei den meisten Gruppen Interesse und Dialogbereitschaft vorhanden sind oder während der Besichtigung der Ausstellung entstehen.

Als schwierig empfinden die Jugendlichen des SK, sich in die Situation der anderen Jugendlichen hineinzusetzen. Die Jugendlichen des Netzwerks für Demokratie und Courage erklärten, dass es manchmal auch „schwierige“ Klassen gibt, z. B. wenn in einer Klasse Schülerinnen oder Schüler mit rechtsextremen Ansichten sind. Für die Jugendlichen der Anne-Frank-Ausstellung sind unruhige und desinteressierte Gruppen, bei denen die Lehrerin oder der Lehrer nicht eingreift und für Ruhe sorgt, schwierig sowie mangelnde historische Kenntnisse bei jüngeren Klassen.

Die Reaktionen anderer auf die Projekte sind positiv. Auf die Frage „Was habt ihr bisher erreicht?“ berichten die Jugendlichen des SK, dass sie Jugendliche am Telefon beraten haben und Jugendliche in Kaiserslautern mit ihrem Angebot erreichen. Die Jugendlichen des Netzwerks Demokratie und Courage berichten von einer großen Nachfrage nach den verschiedenen Projekttagen.

Manche Jugendliche des Netzwerks Demokratie und Courage engagieren sich auch noch parteipolitisch. Die Mehrzahl ist jedoch der Ansicht, mit dem Netzwerk mehr im politischen Bereich zu erreichen als durch die Mitarbeit in einer Partei. Jene, die in einer Partei engagiert sind, bestätigen, dass die – nach außen gerichtete – Tätigkeit beim Netzwerk mehr Befriedigung schafft als die Mitarbeit in einer Partei. Die Jugendlichen der Anne-Frank-Ausstellung leiten außerdem noch Kindergottesdienste und betreuen Freizeiten bzw. bereiten diese vor.

#### c) Gespräch mit den Erwachsenen und den Jugendlichen

Beim Besuch des Netzwerks für Demokratie und Courage wurde ein Gespräch mit den Erwachsenen und den Jugendlichen nicht dokumentiert, da Erwachsene in das Projekt nicht eingebunden sind.

##### aa) Geschichte des Projekts/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation?

Beim SK wurde die Idee des Projekts von den hauptamtlichen Mitarbeitern eingebracht. Die Beteiligung der Jugendlichen als Ausstellungsbegleiterin und Ausstellungsbegleiter bei der Anne-Frank-Ausstellung ist Teil des Ausstellungskonzeptes. Sie

ist von den Ausstellungsmachern als jugendgerechte Beteiligungsform, die politisch sensibilisieren und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte anregen soll, vorgesehen.

#### **bb) Zieldiskussion**

Die Jugendlichen des SK wollen ihren Gleichaltrigen ein Hilfsangebot machen. Bei der Anne-Frank-Ausstellung sollen Schulklassen und Jugendgruppen (Hauptzielgruppen der Ausstellung) von ehrenamtlichen Jugendlichen, die zu Ausbildungsbegleiterinnen und Ausbildungsbegleitern ausgebildet wurden, durch die Ausstellung begleitet werden. Die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung sollen zu erhöhter Aufmerksamkeit gebracht werden, indem sie von einer Gleichaltrigen oder einem Gleichaltrigen durch die Ausstellung geführt werden. Es soll historisches und politisches Wissen vermittelt werden. Dies geschieht anhand der Person Anne Frank. Die Ausstellung soll für Themen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Intoleranz, Rechtsextremismus und Nationalsozialismus sensibilisieren.

Die Jugendlichen des SK sollen den Umgang mit anderen Menschen und deren Problem lernen. Bei den Jugendlichen der Anne-Frank-Ausstellung wird die Kommunikationsfähigkeit, die Methodenkompetenz, die Technik des freien Sprechens, das zielgruppengerechte Eingehen auf Gäste, Geduld, Toleranz, aber auch das Ertragen von deutlich werdendem Desinteresse trainiert.

Hinter den Projekten des SK steht das Leitbild der Evangelischen Jugend in der Pfalz. Bei der Anne-Frank-Ausstellung sollen Jugendliche anderen Jugendlichen die Augen öffnen und durch ihre Kenntnisse und Empathie für das Thema bei den Besucherinnen und Besuchern Interesse wecken und die Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit fördern.

Dem SK als Gremium liegt eine demokratische Partizipationsvorstellung zugrunde. Der SK entscheidet über Inhalte und die Finanzen in dem abgesteckten Rahmen. Der Anne-Frank-Ausstellung liegt die Idee des „Peer-Counselling“ zugrunde.

Die Projektziele wurden erreicht. Bei dem Projekt Jugendtelefon des SK existiert eine klare Zielvorgabe. Bei den sonstigen Aktionen sind Ehrenamtliche an der Ziel-, der Themensetzung und der Umsetzung der Projekte beteiligt. Auch bei der Anne-Frank-Ausstellung war das Konzept bereits vorgegeben. Bei der Schulung konnten jedoch individuelle Wünsche berücksichtigt werden. Anisha Kranz und Sascha Schmidt selbst waren wesentlich an der Gesamtkonzeption rund um die Ausstellung beteiligt und realisierten die Gesamtumsetzung. Auch Teile des Begleitprogramms wurden von Jugendverbänden gestaltet.

#### **cc) Methodische Umsetzung der Projektziele**

Bei der Beteiligung der Jugendlichen wird auf deren Rollenerwartungen, deren Kommunikationsbedürfnisse und -defizite eingegangen. Durch ganzheitliche Bildungsarbeit fördert der SK das Kommunikationsvermögen und die Urteilsfähigkeit der Jugendlichen. Bei der Anne-Frank-Ausstellung förderten zunächst die Ausbilderinnen und Ausbilder des Anne-Frank-Zentrums in Berlin die Ausbildung der Jugendlichen. Danach wurde das Erlernte in den Ausstellungsbegleitungen selbständig von den Jugendlichen angewandt. Dabei konnten sie selbst inhaltliche Schwerpunkte setzen und gaben somit jeder Ausstellungsbegleitung eine eigene individuelle Note.

Durch Mitmachen und Mitentscheiden fördern die Projekte die Kreativität und die Freude an der „eigenen Gestaltung“.

Beim SK gibt es bestimmte Verfahrensregeln zur Regelung der Beteiligung der Jugendlichen. Bei der Anne-Frank-Ausstellung haben die Jugendlichen zwar durch die Ausstellung einen gewissen Rahmen vorgegeben, können bzw. müssen aber sogar aus Zeitgründen inhaltliche Schwerpunkte setzen.

Die Projekte orientieren sich inhaltlich und methodisch an dem Alter und der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen. Beim SK werden geschlechtsspezifische und soziale Rollenvorstellungen im Projekt thematisiert. Dieser Ansatz ist im Leitbild der Evangelischen Jugend verankert und hat eine lange Tradition in der evangelischen Jugendarbeit. Bei der Anne-Frank-Ausstellung werden geschlechtsspezifische und soziale Rollenvorstellungen nicht thematisiert.

Bei den Projekten werden Medien wie Beamer, Laptop, Videos und Filme genutzt; beim SK im Beratungsangebot und bei der Anne-Frank-Ausstellung als Mittel in der Ausstellung und als Begleitmedien zur Ausstellung. Dadurch wird die Medienkompetenz der Jugendlichen besonders gefördert.

Den Ausstellungsbegleiterinnen und -begleitern der Anne-Frank-Ausstellung wurden z. B. im Besonderen die manipulative Kraft von Bildern und Filmen und das Prinzip der Manipulation durch Informationsselektion bewusst gemacht. Ihnen ist dadurch auch bewusst, dass die Medien das Projekt, sie selbst und andere beeinflussen.

#### **dd) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten**

Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Anne-Frank-Ausstellung erfolgte durch einfache Anmeldung, nachdem in den Schulen in und um Bad Kreuznach von Lehrkräften für das Projekt geworben wurde (insbesondere Geschichts-, Religions- und Deutschlehrer). Die Empfehlung, Jugendliche ab 16 Jahren zu schulen, wurde unterschritten und auch Jugendliche ab 14 Jahren konnten ausgebildet werden, da bei ihnen ein besonders großes inhaltliches Interesse vorhanden war und sie auch schon über ein relativ umfangreiches Vorwissen verfügten.

Die Teilnehmenden partizipieren alle gleichermaßen. Die Aufgaben wurden unter den Teilnehmenden nach Kompetenzen und Zeitmöglichkeiten verteilt.

**ee) Wirkung des Projekts**

Die Projekte haben den Teilnehmenden Gestaltungserfahrungen außerhalb des Projekts eröffnet. Sie erwerben Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen für andere Lebensbereiche. Die Gestaltungserfahrungen konnten mit gesellschaftlichen und politischen Erkenntnissen verbunden werden. Beim SK ist davon auszugehen, dass die erfahrenen Werte in der weiteren Entwicklung der Jugendlichen eine große Rolle spielen. Die Thematik der Anne-Frank-Ausstellung sensibilisiert für Themen wie Rechtsextremismus und Fremdenhass.

Die Teilnehmenden wurden durch begleitende Feedbackprozesse nach ihrer eigenen Einschätzung bezüglich gelingender Partizipation befragt. Bei der Anne-Frank-Ausstellung gab es zwei intensive Evaluationen zur Arbeit und Methodik des Begleitens und zur eigenen Beurteilung des Gesamtprojekts mit Blick auf die Begleitperson selbst. Die Ergebnisse sind hierbei überwiegend sehr positiv ausgefallen. Es herrscht eine hohe Zufriedenheit bei den Jugendlichen und eine hohe Motivation, sich weiterhin ehrenamtlich zu engagieren.

Das Projekt des SK ist auf Dauer angelegt, während die Anne-Frank-Ausstellung noch in anderen Städten gezeigt wird, jedoch keine Wiederholung in Bad Kreuznach stattfindet. Den Jugendlichen ist bewusst, dass ihr Handeln Bedeutung für die Politik hat.

**ff) Grenzen des Projekts**

Beim SK haben die Jugendlichen die letzte Entscheidungsbefugnis; lediglich der Finanzrahmen ist vorgegeben. Im Rahmen der festgelegten Funktion der Ausstellungsbegleitung sind die Begleiterinnen und Begleiter der Anne-Frank-Ausstellung frei in ihrer Arbeit. Die Initiierung der Ausstellung, die Finanzierung, das Finden von Ausstellungsräumen war zunächst sehr schwierig. Während der Ausstellungsbegleitung gab es immer mal wieder Gruppen, die desinteressiert, unvorbereitet und undiszipliniert waren und die von den Begleiterinnen und Begleitern dann dennoch durch die Ausstellung geführt werden sollten. Bei den Projekten des SK gab es keine Schwierigkeiten.

**gg) Rolle der Erwachsenen**

Die Jugendlichen des SK werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtjugendpfarramts unterstützt. Die Jugendlichen der Anne-Frank-Ausstellung erhalten vor allem durch die Hauptamtlichen der Evangelischen Kirche (Jugend) in Bad Kreuznach und der Stadtjugendpflegerin Unterstützung. Daneben erhalten die Jugendlichen Unterstützung durch das Kulturamt der Stadt Bad Kreuznach und die beteiligten Schulen. Die Begleiterinnen und Begleiter wurden vor allem von ihren jeweiligen Schulen unterstützt. Sie bekamen schulfrei für die Ausbildung und auch jeweils für die Termine, zu denen sie Schulklassen oder Jugendgruppen führen mussten. Die Erwachsenen waren lediglich im Hintergrund als Unterstützer tätig.

Beim SK leiten die Erwachsenen die Jugendlichen an bzw. bilden sie aus. Beim SK gibt es eine dauerhafte Betreuung durch die Erwachsenen.

**hh) Stadt/Land**

Die Frage, ob sich bei dem Projekt spezifische Voraussetzungen oder Besonderheiten ergeben, welche aus einem ländlichen oder städtischen Umfeld resultierten, beantworteten die Jugendlichen der Anne-Frank-Ausstellung mit Nein. Beim SK unterstützt das städtische Umfeld das Projekt.

**d) Persönliche Einschätzungen/Besonderheiten****aa) Sprecherinnen- und Sprecherkreis der Evangelischen Jugend Kaiserslautern**

1. Die Jugendlichen des SKs sind sehr engagiert und in vielen Bereichen aktiv. Sie haben sich bewusst für eine Mitarbeit in der Evangelischen Jugend entschieden, weil sie dort ihre Werte wieder finden und Gleichgesinnte treffen. Sie schätzen vor allem, dass sie in der evangelischen Jugendarbeit eine breite Angebotspalette für ihr Engagement antreffen. Das Besondere an der Arbeit der Evangelischen Jugend ist für sie, dass sie als Mensch im Mittelpunkt stehen und nicht z. B. als Sportler, Musiker etc. mit einer zentralen Eigenschaft. Sie sind der Meinung, dass sie innerhalb des Systems Kirche schneller und leichter etwas bewegen können.
2. Die Jugendlichen bezeichnen ihr Engagement im Jugendverband als politisch.
3. Parteipolitisch beklagen sie, dass für sie die Programme der Parteien nicht zu unterscheiden sind. Die Leitbilder der Parteien werden ihnen nicht vermittelt. Auch sie fordern eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts und Projekte für Jugendliche, die über Parteien informieren – ein Zugehen auf Jugendliche als potentielle Wählerinnen und Wähler ist für sie erforderlich.
4. Sie erleben Begegnungen zwischen Politik und Jugend als vertrauensschaffend, zum Beispiel diesen „Enquetebesuch“. Sie freuen sich schon auf die nächste Begegnung auf dem Symposium der Evangelischen Jugend.
5. Sie fordern eine Nachrichtensendung, auf Jugendliche zugeschnitten (ähnlich wie „Logo!“ für Kinder).
6. Den Ehrenamtlichen ist nicht klar, wie sie auf Parteien zugehen können, um sich zu informieren. Sie kennen die Wege nicht.
7. Die Rentenproblematik ist als aktuelle politische Frage bei ihnen angekommen.



8. Sie verstehen sich als politisch Handelnde in den Strukturen des Jugendverbandes. Sie fühlen sich innerhalb der kirchlichen Strukturen gut aufgehoben, zeigten aber Interesse an den Zugängen zu politischen Parteien.

**bb) Netzwerk für Demokratie und Courage – Landesnetzstelle Rheinland-Pfalz**

Keine weiteren Angaben.

**cc) Internationale Wanderausstellung: Anne Frank – Eine Geschichte für heute, Bad Kreuznach**

1. Das Projekt hat 30 Jugendliche über ein hochaktuelles und politisches Thema und die von ihnen geforderte jugendgerechte Vermittlung dieses Themas ganz stark aktiviert.
2. Nur ein einziger Jugendlicher äußerte die Meinung, er würde an einem solchen Projekt nicht noch einmal teilnehmen. Ebenso sind bis auf einen alle bereit, sich auch weiterhin ehrenamtlich zu engagieren. Und das, obwohl vorher nur ein Teil „ehrenamtlich vorbelastet“ war.
3. Übereinstimmend aber meinten die Jugendlichen,
  - dass sie bereit seien, Verantwortung zu übernehmen,
  - dass sie aber ein Netz von erwachsenen, hauptamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern brauchten, um auftretende Probleme schnell zu lösen,
  - dass sie Rat und Hilfe sichergestellt haben wollten und
  - dass es gut war zu erfahren, dass die Schule das Engagement schätzt und unterstützt (Freigabe von Unterricht, Zertifizierung im Zeugnis).
4. Eindrucksvoll war zu erfahren, in welchem Maß die Ausstellungsbegleiterinnen und Ausstellungsbegleiter ein kritisches Auge und Verständnis für Missverhältnisse zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern in den von ihnen geführten Klassen entwickelten. Harte Kritik an Lehrkräften, die ihre Klassen „nicht im Griff“ hatten und harte Kritik an Jugendlichen, die „ihren Lehrkräften auf der Nase herumtanzten“. Das Erleben von Schulsituationen aus der Perspektive der Vermittelnden (= Lehrenden) sensibilisierte diese Jugendlichen für Fehlverhalten in Lerngruppen.
5. Die Motivation zur Teilnahme war bei einem Teil der Jugendlichen das Thema, bei einem anderen Teil die Erwartung, die eigenen Fähigkeiten erweitern zu können und neue Kompetenzen, die auch in der Schule/Leben nützlich sind, zu erwerben. Beide Erwartungen wurden in diesem Projekt positiv erfüllt.
6. Ohne eine sichergestellte Finanzierung über diverse Sponsoren wäre das Projekt nicht realisierbar gewesen. Hier war besonders die Unterstützung Erwachsener für die zu diesem Zeitpunkt noch nicht volljährige Organisatorin wichtig. Hervorzuheben ist das Netzwerk, das sich die ehrenamtliche und hauptamtliche Jugendarbeit in Bad Kreuznach aufgebaut hat, worauf die Organisatoren zurückgreifen konnten und welches eine große Erleichterung darstellt.

**III. Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Jugendtreffs/Freizeitarbeit“**

**1. Allgemeiner Teil**

**a) Projektbeschreibung**

**aa) Mainzer Kinderstadtplan**

Bei dem Projekt wirken Kinder an der Erstellung eines Kinderstadtplans, der den Bedürfnissen von Kindern gerecht wird, mit. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts besuchen zu diesem Zweck jeweils eine Schulklasse (3. Klassen) in jedem der 15 Stadtteile. Die Kinder nennen alle ihnen bekannten Freizeitmöglichkeiten (Spielplätze, JuZ) in ihrem Stadtteil. Von einigen der Orte können sich die Kinder anschließend einen genaueren Eindruck verschaffen, indem sie bewusst die dort vorhandenen Angebote testen und ihr Urteil über die Einrichtung abgeben. Mittels Symbolen werden die diversen Angebote und die Beurteilung später im Plan festgehalten.

Die Kinder beschreiben das Projekt folgendermaßen:

„Wir machen einen Stadtplan für Kinder, damit die, die neu nach Bretzenheim kommen, wissen, wo es gut ist. Da weiß man, wo ein Fußballplatz ist und kann da neue Freunde kennen lernen.“

**bb) Jugendliche der Ortsgemeinde Hönningen**

Videoprojekt im Rahmen der Dorferneuerung

Die Idee, eine Videodokumentation zu erstellen, ergab sich im Rahmen der Dorfmoderation. Mit der Moderatorin, dem hauptamtlichen Jugendpfleger wie auch dem Ortsbürgermeister wurden unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten diskutiert. Mit Blick auf die Ortsumgebung und die damit einhergehenden Veränderungen für die Anwohnerinnen und Anwohner der Hauptstraße suchte die Jugendgruppe Hönningen nach Möglichkeiten, diese Veränderungen zu dokumentieren. Als geeignet erschien die Erstellung eines Videos. Unterstützung fanden die Jugendlichen beim Landesfilmdienst Mainz. Zielgruppe sind Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 16 Jahren.

**cc) Gemeindeentwicklung Waldlaubersheim**

Come in Contract – „Zukunft – nur mit uns!“

Das Beteiligungsprojekt „Zukunft – nur mit uns!“ ist Teil der bundesweiten Kampagne „Come in Contract“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Deutschen Bundesjugendrings und der Bundeszentrale für politische Bildung. In vier Ortsgemeinden der Kreise Bad Kreuznach und Mainz-Bingen initiiert der Bund Deutscher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (BDP) ein Verfahren zur Beteiligung von Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Aktivitäts- und Aufenthaltsräume. In einem dreistufigen Prozess, beginnend mit einer Bestandsaufnahme der Gemeinde aus Jugendperspektive, werden Bedürfnisse und Veränderungswünsche von Jugendlichen das Politikfeld der Gemeinde betreffend erhoben, bewertet und in greifbare Planungs- und Umsetzungsschritte transformiert. Die Einbindung der Öffentlichkeit und der Kommunalpolitik ist in allen Verfahrensschritten durch Präsentationen und Konsultationen des Gemeinderates gewährleistet. Zentrales Element des Verfahrens ist der Abschluss eines Vertrages zwischen Gemeinde und Jugendlichen in einem Jugendforum zur Festlegung konkreter Umsetzungen von Vorhaben und Veränderungen in der Gemeinde. Im Vertrag identifizierte Vorhaben und Maßnahmen werden anschließend in Planungswerkstätten von Jugendlichen und Umsetzungs- bzw. Baumaßnahmen gemeinsam mit der Gemeinde realisiert. Zielgruppe sind alle zwölf- bis 19-jährigen Mädchen und Jungen der teilnehmenden Ortsgemeinde.

Die Jugendlichen beschreiben das Projekt folgendermaßen:

„Wir haben erst einmal den Ort mit Fotostreifzügen untersucht, alle unsere wichtigen Themen gesammelt und an einem Rollenspiel als Gemeinderat teilgenommen. Die Ergebnisse haben wir in einem weiteren Treffen besprochen und Argumente für unsere Ideen gesammelt und diskutiert. Im Jugendforum konnten wir mit der Gemeinde und Mitgliedern des Gemeinderates einen Vertrag über vier Projekte abschließen. Die Bücherei soll wieder mit einem Café eröffnen, wir möchten eine bessere Busverbindung nach Bad Kreuznach mit der Omnibusverkehr Rhein-Nahe GmbH diskutieren und wollen mit dem Sportverein über die Einrichtung eines Basketballplatzes sprechen. Vielleicht bekommen wir auf der Kerb auch noch mal ein Fahrgerät für Jugendliche.“

#### dd) Jugendclub Feilbingert

1999 organisierte sich eine Gruppe Jugendlicher, die Räumlichkeiten im Bürgerhaus nutzen wollten. Der Bürgermeister stellte der „Clique“ einen Raum (im Bürgerhaus) im Rohbau zur Verfügung. Die Gruppe renovierte den Raum eigenständig. Im August 2000 wurde der Verein (nicht eingetragen) Jugendclub Feilbingert gegründet. Dieser Verein hat einen Nutzungsvertrag mit der Gemeinde geschlossen. Im Oktober 2001 erfolgte die Eröffnung des Jugendraums. Seit dieser Zeit werden Thekendienst, Putzdienst, Getränkeankauf etc. selbst organisiert. In der Zwischenzeit ist ein Grillplatz vor dem Haus dazugekommen. Der Verein hatte ca. 30 Gründungsmitglieder. Der Vorstand besteht momentan hauptsächlich aus jungen Volljährigen (18/19 Jahren). Der Jugendclub kämpft etwas mit der Nachfolgegeneration. Die jüngeren Jugendlichen nehmen das Angebot wahr, ohne jedoch das Engagement für das Projekt zu zeigen, das sich der Vorstand wünscht. Zielgruppe sind alle Jugendlichen im Ort und in der Umgebung im Alter von 14 bis 25 Jahren.

#### ee) JuZ in Selbstverwaltung Bingen und Open-Air-Kooperative Bingen

##### JuZ in Selbstverwaltung

Das JuZ ist das einzige selbst verwaltete Jugendzentrum in Rheinland-Pfalz, ist als eingetragener Verein organisiert und hat den Status der Gemeinnützigkeit. JuZ in Selbstverwaltung, das bedeutet formal und in Unterscheidung zu anderen Einrichtungen in erster Linie das Fehlen eines (von der Stadt angestellten) hauptamtlichen Pädagogen. Doch die Selbstverwaltung lässt sich nicht darauf reduzieren, sie zeichnet sich vor allem durch totale Autonomie in Konzeption, Organisation und Eigendefinition aus. Die adäquateste Organisationsform für ein Zentrum mit solchen hohen Partizipationsrechten ist die basisdemokratische Selbstverwaltung, in der jeder – Mitarbeiter wie Besucher – das gleiche Mitsprache- und Bestimmungsrecht hat. Dies wird im JuZ mit Hilfe der wöchentlich stattfindenden Mitarbeiterbesprechungen (MB) zu realisieren versucht. Auf der MB werden die anfallenden Probleme gemeinsam besprochen und wenn möglich durch Konsensentscheidungen gelöst. Geplante Veranstaltungen, eigene Ideen, räumliche Veränderungen, Zuständigkeiten und auch persönliche Anliegen werden hier in der Gruppe bearbeitet. Die wichtigsten organisatorischen Aufgaben wie die Verwaltung der Finanzen und die Kontoführung, die Getränkeorganisation und die Zuständigkeit für die Post verteilen sich auf verschiedene Personen, die Verantwortung und Entscheidungsgewalt bleibt jedoch bei der MB. Immer wieder kristallisieren sich einzelne Personen heraus, denen z. B. das Organisieren von Konzerten, der Siebdruck o. a. am meisten liegt und die so zu Ansprechpartnern für den jeweiligen Bereich werden. Grundsätzlich ist jedoch jeder Bereich für jeden offen zugänglich und auch bezüglich der Informationen ist man um Transparenz innerhalb des JuZ bemüht. Die Mitarbeit verläuft auf ehrenamtlicher Basis, die Anzahl der gerade „aktiven“ Mitarbeiter variiert beständig. Grundsätzlich ist auf der MB jeder willkommen, der die Grundgedanken der Einrichtung akzeptiert und mit trägt: kein Faschismus, kein Sexismus und keine kommerziellen Ziele im JuZ. Zur Zielgruppe zählt jeder und jede, der/die engagiert mitmachen will; hauptsächlich natürlich Jugendliche.

##### Open-Air-Kooperative Bingen

Die Open-Air-Kooperative ist ein Verein, der sich um die Planung und Durchführung eines jährlichen Open-Air-Festivals auf dem Binger Rochusberg bemüht. In dem Verein arbeiten Jugendliche mit vielen Jugendverbänden und Partnern zusammen. In der Kooperative arbeiten insgesamt zwischen 80 und 100 Helferinnen und Helfer engagiert mit. Das Team der Organisatoren setzt sich aus etwa 25 Leuten zusammen. Neben dem Open Air im Sommer wird zudem ein Zelt auf dem Binger Winzerfest betrieben. Der Verein arbeitet ohne kommerziellen Anspruch. Der Verein hat keine Nachwuchsprobleme und erfreut sich regen Zuspruchs an ehrenamtlichen Helfern.

**ff) Aktive Jugend Waldalgesheim**

2001 wurde die „Aktive Jugend Waldalgesheim“ als eine Interessenvertretung gegründet. Die Jugendlichen schlossen sich ohne eine feste Struktur (Verein/Vorstand u. a.) zusammen, um herauszufinden, was die Jugendlichen sich am meisten wünschen. Im Rahmen dieser Jugendgespräche kristallisierten sich die Einrichtung eines Jugendraums und einer Skateranlage sowie die Durchführung von Sportturnieren als wesentlichste Anliegen heraus. Der Gemeinderat hat die Jugendlichen bei der Umsetzung unterstützt und sie in alle Planungsschritte (Ort für Jugendraum usw.) von Beginn an einbezogen.

Probeweise wurde der Jugendtreff in zwei Wohncontainern eingeführt. Aufgrund des großen Erfolges wurden zwei weitere Container angeschafft. Diese Container wurden durch die Jugendlichen eigenverantwortlich gesucht und durch die Gemeinde später gekauft.

Es gibt immer einen Erwachsenen der „Aktiven Jugend“, der während der Öffnung des Jugendtreffs anwesend ist, um insbesondere auf die Einhaltung der Hausordnung zu achten. Einen Vorstand oder ein formales Leitungsgremium gibt es nicht, man kann allerdings Verantwortliche benennen. Zielgruppe sind Jugendliche aus Waldalgesheim und Umgebung im Alter von 14 bis 20 Jahren; es gibt keine Höchstaltersgrenze.

**gg) Entwicklung von Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche in der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler**

Derzeit wird in der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler eine Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen durchgeführt, deren Ergebnisse im städtischen Jugendausschuss diskutiert werden. Angeregt wurde die Entwicklung von Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche durch eine Diskussion im Stadtrat im Jahr 2003. Im Frühjahr 2004 wurden Kinder und Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 18 Jahren befragt sowie ein Jugendhearing für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren durchgeführt. Die Zukunftswerkstatt fand im April 2005 statt, eine erste Diskussion der Ergebnisse mit dem Bürgermeister und Vertreterinnen und Vertretern der Stadtratsfraktionen im Mai 2005. Im Juni 2005 wurde die Thematik mit den beteiligten Jugendlichen im städtischen Jugendausschuss erörtert. Die Power-Point-Präsentation über den Projektverlauf wurde von den Jugendlichen erarbeitet.

**b) Gespräch mit den Kindern und Jugendlichen**

Die Kinder und Jugendlichen machen bei den Projekten mit, weil es ihnen Spaß macht. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim und Feilbingert wollen für sich und die anderen Jugendlichen im Ort einen Treffpunkt. Für die Jugendlichen ist die eigene Gestaltung und eigene Verantwortung für den Jugendtreff wichtig. Die Jugendlichen des JuZ haben Spaß am gesellschaftlichen Engagement und den Willen zur kreativen und kritischen Gestaltung des Zusammenlebens. Sie wollen einen Gegenentwurf zur Kommerzgesellschaft praxisnah gestalten und sind auf der Suche nach Orientierung ohne Führung. Bei der aktiven Jugend Waldalgesheim gibt es kein „Wir und ihr“-Gefühl, sondern es arbeiten alle gemeinsam am Jugendtreff mit. Deswegen ist auch jeder, der mitmacht, ein Teil der „Aktiven Jugend“. Im Rahmen des Vorhabens Ortsumgebung wurden die Jugendlichen in Hönningen durch den Ortsbürgermeister und den Jugendpfleger motiviert, sich auf ihre Art mit dem Bau der Umgehungsstraße auseinander zu setzen. Die Jugendgruppe wurde mit ihrem Video Preisträger im Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft – kinder- und jugendfreundliche Dorferneuerung“. Die Betroffenheit über die Schließung des Schwimmbads in Ahrweiler und die Errichtung eines gebührenpflichtigen Parkplatzes in unmittelbarer Nähe zu einer Schule waren ursächlich für die Motivation für die Jugendlichen in Bad Neuenahr-Ahrweiler, an der Zukunftswerkstatt teilzunehmen.

Auf die Frage „Was klappt gut?“ antworteten die Jugendlichen der Ortsgemeinde Hönningen, dass die Kommunikation mit dem Bürgermeister gut funktioniert. Er unterstützt die Jugendlichen in ihrem Anliegen. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim gaben an, dass die Diskussion mit dem Gemeinderat im Jugendforum sehr gut gewesen ist. Der Vertrag hat gute Ergebnisse gebracht. Auch die Arbeit an ihren Themen und Ideen hat ihnen Spaß gemacht. Bei den Jugendlichen des Jugendclubs Feilbingert herrscht eine hohe Verbindlichkeit und ein großes Engagement vor. Bisher konnte immer der elfköpfige Vorstand gewählt werden. Bei der Aktiven Jugend in Waldalgesheim hat das Projekt eine Eigendynamik entwickelt. Es gibt keine Quertreiber. Die Bürger und der Gemeinderat ziehen bei dem Projekt mit. Die Kommunikation mit dem Bürgermeister, der Stadtverwaltung und den Fraktionen klappt bei den Jugendlichen aus Bad Neuenahr-Ahrweiler gut. Die Jugendlichen erhalten Unterstützung in allen Projektphasen.

Die Kinder des Projekts Mainzer Kinderstadtplan antworteten auf die Frage „Was ist schwierig?“, dass sie nicht alle tollen Plätze angeschaut haben, weil der Weg zu weit war. Bei den Jugendlichen der Ortsgemeinde Hönningen führt die Mehrfachnutzung der Räumlichkeiten durch unterschiedliche Cliques manchmal zu Konflikten. Mit der Umgestaltung der Jugendräume verspricht man sich einen Neuanfang und damit auch klare Vorgaben in der Nutzung. Die unterschiedlichen Nutzerinnen und Nutzer sollen hier eingebunden werden. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim wissen manchmal nicht, wer genau für sie zuständig ist. Manches dauert auch ziemlich lange. Für die Jugendlichen des Jugendclubs Feilbingert ist die Akzeptanz im Ort schwierig. Viele ältere Erwachsene haben Vorurteile, ohne sich jedoch zu informieren. Die Jugendlichen der Aktiven Jugend Waldalgesheim gaben an, dass man dicke Bretter bohren muss, wenn man etwas erreichen möchte. Manchmal muss man dem anderen sagen „du machst das...“. Bei den Jugendlichen in Bad Neuenahr-Ahrweiler erschien die kontinuierliche personelle Begleitung und Unterstützung der Projektgruppe am Anfang problematisch. Nach der Sitzung des Jugendausschusses scheint dies sichergestellt zu sein.

Die Lehrer und die Mitarbeiter der Stadt unterstützten die Kinder des Projekts Mainzer Kinderstadtplan. Bürgermeister und Jugendpfleger unterstützen die Jugendlichen der Ortsgemeinde Hönningen. Bei den Jugendlichen in Waldlaubersheim sind Mitarbeiter des BDP bei allen Treffen dabei und diskutieren die Projekte mit ihnen. Die Jugendlichen des Jugendclubs Feilbingert werden vom Ortsbürgermeister und ihren Eltern unterstützt. Die Gemeinde, der Bürgermeister, Eltern und Presse unterstützen

die Aktive Jugend in Waldalgesheim. Die Jugendlichen in Bad-Neuenahr-Ahrweiler werden durch die Stadt und die Kreisverwaltung unterstützt.

Die Kinder, die den Mainzer Kinderstadtplan entwickelt haben, haben Freunden und Nachbarn davon erzählt. Die anderen Kinder waren dann ein bisschen neidisch und hätten auch gerne mitgemacht. Nachdem die Jugendgruppe in Hönningen Preisträger im Landeswettbewerb wurde, erfolgte im Sozialkundeunterricht die Vorstellung des Projekts und eine Diskussion. Mitschüler und Freunde der Jugendlichen in Waldlaubersheim sind ziemlich verblüfft, dass es ein solches Projekt in Waldlaubersheim gibt. Sie hätten selbst in ihren Orten auch einige Themen zu besprechen. Zur Aktiven Jugend in Waldalgesheim kommen Jugendliche auch von außerhalb in den Jugendtreff, da es in den Nachbargemeinden oft keine vergleichbaren Einrichtungen gibt. Die Presse berichtet positiv über die Aktive Jugend. Die Jugendlichen in Bad Neuenahr-Ahrweiler versuchen mittels einer Umfrage, weitere Jugendliche einzubinden. Die Vorstellung der Ergebnisse der Zukunftswerkstatt erfolgt auch an Schulen.

Auf die Frage „Was habt ihr bisher erreicht?“ antworteten die Jugendlichen der Ortsgemeinde Hönningen, dass durch die Beteiligung und Einbindung der Kinder und Jugendlichen in den Prozess der Dorferneuerung die Notwendigkeit einer aktiven Kinder- und Jugendbeteiligung immer wieder bekräftigt wurde. Die Gemeinde hat diesbezüglich den Um- bzw. Ausbau der Jugendräumlichkeiten beschlossen, die sich im Dachgeschoss des Gemeindehauses befinden. Auch hier wurden/werden seitens der Gemeinde die Kinder und Jugendlichen wie auch deren Eltern in die Planung mit eingebunden. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim haben einen Vertrag mit der Gemeinde geschlossen und beginnen gerade mit den einzelnen Projekten. Für den Jugendclub Feilbingert finden sich immer wieder engagierte Leute, die das Projekt weiterführen. Die Aktive Jugend Waldalgesheim berichtet, dass durch den engen und direkten Kontakt zu Bürgermeister, Gemeinde- und Jugendrat und durch die Unterstützung durch Dritte, die Einrichtung eines Jugendtreffs, die Planung eines Bolzplatzes, die Pflasterung des Weges, die Reinigung und der Innenanstrich der Wohncontainer und die Ausstattung mit Fernsehen, Bar und Billardtisch erreicht werden konnte. Außerdem wurden Sportturniere durchgeführt. Die Jugendlichen in Bad Neuenahr-Ahrweiler haben die Möglichkeit, Wünsche und Vorstellungen hinsichtlich einer Beteiligung von jungen Menschen in der Kreisstadt in die politische Diskussion mit einbringen zu können.

Die Jugendlichen der Ortsgemeinde Hönningen sind über ihr Engagement in der Jugendgruppe hinaus noch in weiteren dörflichen Vereinen Mitglied. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim machen außerdem noch bei Freizeitaktionen des BDP mit, gehen tanzen oder treiben Sport. Bei der Aktiven Jugend in Waldalgesheim sind einige der Jugendlichen auch politisch aktiv oder machen bei den Pfadfindern oder beim Karneval mit. Die Jugendlichen in Bad Neuenahr-Ahrweiler engagieren sich in der Schülermitverantwortung und sind Mitglieder in örtlichen Vereinen.

Die Frage „Was würdet ihr gerne anders machen wollen/haben?“ beantworteten die Kinder des Mainzer Kinderstadtplans dahingehend, dass manche traurig sind, dass sie nicht mitmachen konnten. Deshalb sollen alle mitmachen können. Die Begehung der Plätze sollte eher im Sommer stattfinden, damit es mehr Spaß macht und man die Plätze besser einschätzen kann. Da Wunschorte sich in diesem Alter schnell verändern, wäre es vielleicht besser, den Kinderstadtplan mit Kindern unterschiedlichen Alters zu entwerfen und sich nicht nur auf Drittklässler zu beschränken. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim wünschen sich, dass es immer so sein könnte, dass sie mehr von den Dingen in Waldlaubersheim mitbekommen. Ein besseres Ansehen des Projekts im Ort und eine noch weitergehende Verteilung vom „Sich-verantwortlich-Fühlen“ der Besucherinnen und Besucher des Treffs wünschen sich die Jugendlichen des Jugendclubs Feilbingert. Außerdem würde der Vorstand gerne vom Gemeinderat, die Belange der Jugendlichen betreffend, gehört werden.

### c) Gespräch mit den Erwachsenen und den Kindern und Jugendlichen

#### aa) Geschichte des Projekts/aus welcher Richtung kam die Initiative zur Partizipation?

Die Initiative für den Mainzer Kinderstadtplan kam von der Stadtverwaltung nach dem Vorbild ähnlicher Projekte in anderen Kommunen. In Hönningen wurde das Projekt durch die kommunale Jugendpflege angestoßen, in Waldlaubersheim hat der BDP sich über den Kreis an alle Ortsgemeinden gewandt. Die Initiative der Befragung in Waldalgesheim ging vom Gemeinderat aus; er wollte auf die Jugendlichen zugehen. Die Gespräche, die dazu dienen herauszufinden, was für Jugendliche wichtig ist, wurden durch Jugendliche durchgeführt und so kam es zur Gründung der Aktiven Jugend Waldalgesheim.

#### bb) Zieldiskussion

Ziel des Projekts Mainzer Kinderstadtplan ist die Mitwirkung von Kindern an der Erstellung des Kinderstadtplanes, damit er den Bedürfnissen von Kindern gerecht wird. In Hönningen sollen Kinder und Jugendliche Verantwortung übernehmen. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim wollen einen Treffpunkt und mehr Freizeitmöglichkeiten. Sie werden an der Entscheidungsfindung in der Gemeinde beteiligt, sollen eigene Aspekte einbringen und Verantwortung übernehmen. Ziel des Jugendclubs Feilbingert ist es, einen Treffpunkt für Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Im JuZ agieren die Jugendlichen nach dem Motto: „Das JuZ ist das, was WIR daraus machen.“ Die Gründer bzw. Mitarbeiter des JuZ haben es sich zum Ziel gesetzt, einen Raum zu schaffen und zu erhalten, in dem jeder Einzelne sich ohne Bevormundung und übermäßige Reglementierung von außen, jedoch unter Berücksichtigung der Interessen und der Person seiner Mitmenschen einbringen bzw. selbst verwirklichen kann. Grundvoraussetzung hierfür ist die Bereitschaft zur Kooperation und zur Diskussion, ebenso wie das Vorhandensein von Kritikfähigkeit, Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein bzw. der Bereitschaft, diese Eigenschaften zu erlernen. Ziel der Aktiven Jugend Waldalgesheim ist der eigenverantwortliche Aufbau, die Gestaltung und Führung des Jugendtreffs und der damit verbundenen Aktivitäten. In Bad Neuenahr-Ahrweiler sollen die Kinder und Jugendlichen politisch am gesellschaftlichen Leben der Stadt beteiligt werden.

Die Kinder, die beim Mainzer Kinderstadtplan mitwirken, sollen Teamarbeit, geographische Kenntnisse und Orientierungssinn erlernen. Es soll ein Bewusstsein geschaffen werden für Mitbestimmung und demokratisch zustande kommende Entscheidungen. Die Kinder sollen ihre praktische Erfahrung in mündlicher und schriftlicher Form artikulieren. Die Jugendlichen in Hönningen sollen Verantwortungsbewusstsein und sozialpolitisches Engagement lernen. Das Erlernen kommunikativer Fähigkeiten sowie die Stärkung der eigenen Persönlichkeit und Demokratiefähigkeit stehen im Mittelpunkt des Projekts in Waldlaubersheim. Ziel der Arbeit im JuZ soll neben dem Spaß die Förderung von selbständigem Handeln, eigenständigen Entscheidungen und Übernahme von Verantwortung sein und nicht die Beschäftigung von willenslosen Konsumenten. Es geht vor allem auch um die Entwicklung von Kreativität, kritischem Denken und eigenen politischen Positionen. Die Jugendlichen des JuZ sollen lernen, Konflikte gewaltfrei beizulegen und politische Überzeugung mit anderen zu diskutieren. Das Ziel soll mit anderen Worten die gelebte Demokratie sein. In Bad Neuenahr-Ahrweiler sollen die Jugendlichen an politische Entscheidungsprozesse herangeführt werden und Interesse an der Mitgestaltung sowie altersgemäßes Verantwortungsbewusstsein geweckt werden.

Auf die Frage, ob ein pädagogisches Konzept hinter dem Projekt steht, antworteten die Betreuer des Mainzer Kinderstadtplans, dass das „Expertenwissen“ der Kinder nutzbar gemacht werden soll. Bedürfnisorientiertes Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen und die Entwicklung altersgemäßer Beteiligungsformen stehen im Mittelpunkt der Arbeit der Ortsgemeinde Hönningen. Im JuZ geschieht alles nach dem Prinzip der Freiwilligkeit, jeder übernimmt so viel Verantwortung und Arbeit, wie er gerade möchte. In Waldlaubersheim sollen die Jugendlichen zu demokratischen Persönlichkeiten durch Entwicklung von Eigeninitiative in pädagogisch initiierten Freiräumen herangebildet werden. Bedürfnisorientiertes und altersentsprechendes Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen steht als pädagogisches Konzept hinter dem Projekt in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Dem Projekt Mainzer Kinderstadtplan liegt die Partizipationsvorstellung zugrunde, dass Kinder innerhalb einer für sie gedachten „öffentlichen Dienstleistung“ selbst bestimmen und ernst genommen werden. In Hönningen sollen Kinder und Jugendliche altersentsprechend in das dörfliche Leben mit eingebunden werden. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim sind partizipationsfähig; die Methoden und Formen bestimmen den Gehalt ihrer Teilhabe. Im Jugendclub Feilbingert liegt das Prinzip der Selbstverwaltung zugrunde, im JuZ gibt es keinen Zwang zur Beteiligung. Jeder beteiligt sich so viel und wann er will. Die Jugendlichen in Waldalgesheim werden ernst genommen und sind daher von Beginn an in die Planung des Jugendtreffs aktiv einbezogen worden. In Bad Neuenahr-Ahrweiler sind die Kinder und Jugendlichen Experten in eigener Sache.

In der Regel werden die Projektziele erreicht. Beim Mainzer Kinderstadtplan erfährt das Jugendamt bislang unbekannte Informationen und Details, die den Stadtplan noch kindgerechter machen. Die Kinder wiederum bekommen ein Feedback und halten am Ende „ihren“ Stadtplan in den Händen. Das Ziel und das Thema waren somit durch die Erwachsenen vorgegeben. Die Kinder sind aber an der Umsetzung des Projekts beteiligt. Sie bestimmen, welche Spielplätze und Einrichtungen aufgenommen werden. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim konnten von Anfang an alle ihre Themen einbringen. Im Jugendclub Feilbingert und im JuZ findet die Beteiligung durch die Selbstverwaltung statt. Der Aufbau eines Jugendtreffs in Waldalgesheim war der Wunsch der Jugendlichen, daher wurden sie von Beginn an eingebunden.

### cc) Methodische Umsetzung der Projektziele

Bei der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in den Projekten wird auf deren Rollenerwartungen, deren Kommunikationsbedürfnisse und -defizite eingegangen. Beim Mainzer Kinderstadtplan sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes pädagogische Fachkräfte. Sachverhalte erklären sie kindgerecht. Sie finden schnell den Zugang zu den Kindern und können für eine geordnete und gerechte Diskussion sorgen. In Waldlaubersheim eröffnen die Methoden den Mädchen und Jungen Freiräume für eine alters- und geschlechtsgerechte Kommunikation, moderiert durch die Betreuerinnen und Betreuer.

Die Projekte fördern das Kommunikationsvermögen und die Urteilsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Beim Projekt Mainzer Kinderstadtplan erfahren die Kinder durch das Einfließen ihrer Beiträge in ein konkretes Ergebnis (Stadtplan) Effekte ihrer Kommunikation, die positiver, anschaulicher und lebensnäher sind als ein Feedback durch Zensuren. Gleiches gilt für das Urteilsvermögen. Den Kindern wird klar, dass ihre Meinung und ihr Urteil Bedeutung haben, indem dieses Urteil von ihrer Stadtverwaltung übernommen und publiziert wird. Die Themen und Ziele der Jugendlichen in Waldlaubersheim werden in moderierten und systemischen Gesprächen, teils in Kleingruppen, besprochen, abgestimmt und ausgewertet. Im Jugendclub Feilbingert wird durch die Eigenverantwortlichkeit die Kommunikationsfähigkeit und Urteilsfähigkeit erprobt und gefördert. In Bad Neuenahr-Ahrweiler geschieht dies, indem die Jugendlichen Einblicke in städtische Planungs- und Entscheidungsprozesse erhalten und Aushandlungsprozesse mit politischen Gremien führen.

Die Projekte fördern auch die Kreativität und die Freude an der eigenen Gestaltung. Da die Kinder des Projekts Mainzer Kinderstadtplan aus ihren alltäglichen Freizeiterfahrungen berichten dürfen, ist die Identifikation mit dem Thema hoch, was Freude und Kreativität selbstverständlich werden lässt. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim haben in jeder Projektphase erneut die Möglichkeit, ihre Sichtweise und Kreativität einzubringen und mit den Rahmenbedingungen und Erwartungen der Erwachsenen abzugleichen und zu diskutieren. Indem die Jugendlichen in Waldalgesheim selbst über die Gestaltung entscheiden dürfen, identifizieren sie sich mit dem Jugendtreff. In Bad-Neuenahr-Ahrweiler werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Einsatz der aktivierenden Beteiligungsmethode „Zukunftswerkstatt“ zu Akteuren im weiteren Verlauf.

Auf die Frage, ob es in den Projekten eine festgelegte Satzung oder bestimmte Verfahrensregeln zur Regelung der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen gibt, erklärten die Betreuer des Mainzer Kinderstadtplans, dass das Jugendamt nach einem sich

selbst gegebenen Verfahrensmodus vorgeht (Kennenlernen, „Erwachsenen“-Stadtplan erklären, Meinungen erfragen). In Hönningen und Bad Neuenahr-Ahrweiler gibt es keine bestimmten Verfahrensregeln. Hier bestimmen die Jugendlichen selbst den Projektverlauf. In Waldlaubersheim ergeben sich die Regeln des Verfahrens aus dem Projektdesign und dem Ablauf des Beteiligungsverfahrens. Die Gemeinde hat zudem eine Selbstverpflichtung per Ratsbeschluss getroffen. Der Jugendclub Feilbingert hat sich eine eigene Satzung gegeben. Der Jugendtreff in Waldalgesheim hat eine Hausordnung, die zusammen mit den Jugendlichen erarbeitet wurde und ausgehängt ist. Diese enthält unter anderem ein Rauchverbot. Bei Verstößen gegen die Hausordnung kann der anwesende Erwachsene unter Umständen ein Hausverbot aussprechen.

Die Projekte orientieren sich inhaltlich und methodisch an dem Alter und der Lebenswirklichkeit der Teilnehmenden. Unterschiedlich fällt die Antwort auf die Frage aus, ob geschlechtsspezifische und soziale Rollenvorstellung im Projekt thematisiert werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes bemühen sich bei dem Projekt Mainzer Kinderstadtplan erfolgreich um eine gleichberechtigte Einbindung aller, indem stillere Kinder gefragt werden und lauterer Kindern kein Vorzug gewährt wird. In Waldlaubersheim werden die Anforderungen des Gender Mainstreaming in allen Prozessphasen berücksichtigt. Alle Ergebnisse werden geschlechtsspezifisch erhoben und ausgewertet.

Als Medien werden in den Projekten Fotografie, Video, Computer, Internet, Flyer und Printmedien zur Information und Kommunikation untereinander und übereinander, zur Erstellung von Diskussionsvorlagen und Formularen und zur Werbung genutzt. Dadurch wird die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen gefördert. Ihnen ist bewusst, dass die Medien das Projekt, sie selbst und andere beeinflussen. Den Kindern des Projekts Mainzer Kinderstadtplan wird verdeutlicht, dass ihre Arbeit an einem Stadtplan anderen, neu hinzugezogenen Kindern nützt. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim wählen ihre Bilder und Perspektiven für ihre Ideen selbst aus und sprechen über deren Wirkung.

#### dd) Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihr Partizipationsverhalten

Im JuZ und bei der Aktiven Jugend Waldalgesheim wird nicht festgelegt, wer mitmachen darf oder kann. Beim Mainzer Kinderstadtplan fragt das Jugendamt an Schulen nach, die Initiative geht von Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern der dritten Klasse aus. Im Rahmen des Videoprojekts der Ortsgemeinde Hönningen waren die Jugendlichen der Gemeinde aufgefordert, sich zu beteiligen. In Waldlaubersheim und Bad Neuenahr-Ahrweiler gibt es eine Begrenzung der Teilnahme durch die Vorgabe des Alters.

Die Kinder im Projekt Mainzer Kinderstadtplan partizipieren soweit möglich gleichermaßen. Das Gleiche gilt für die Jugendlichen in den anderen Projekten. Der Umfang der Partizipation hängt allerdings auch vom Engagement, den Vorlieben und Interessen des Einzelnen ab.

#### ee) Wirkung des Projekts

Die Jugendlichen haben durch die Projekte u. a. den Umgang mit den Medien gelernt. Die erlernten Kompetenzen können auch in der Schule oder der Familie eingebracht werden. Diese Gestaltungserfahrungen konnten teilweise mit gesellschaftlichen und politischen Erkenntnissen verbunden werden. Die Jugendlichen erkennen im örtlichen Kontext den Zusammenhang zwischen Individuum und Gemeinschaft und erhalten Einblicke in politische Entscheidungsprozesse.

Aus Sicht der Jugendlichen der Ortsgemeinde Hönningen ist das Projekt insofern gelungen, als damit der Ausbau der Jugendräume verbunden ist. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim haben aufgrund mangelnder Partizipationserfahrungen kaum Vergleichsmöglichkeiten und empfinden daher viele Arten von Teilhabe als Gewinn. Die Jugendlichen in Waldalgesheim schätzen die Partizipationsmöglichkeiten durchweg positiv ein. Sie stehen begeistert und mit viel Engagement hinter dem Projekt.

Mit Ausnahme des Projekts des Mainzer Kinderstadtplans sind die Projekte auf Dauer angelegt. Den Kindern ist nicht bewusst, dass ihr Handeln Bedeutung für die Politik hat. Anders ist es bei den Jugendlichen. Die Jugendlichen in Waldlaubersheim erfahren die Bedeutung für die Politik durch den direkten Kontakt mit den Politikerinnen und Politikern und die Bestätigung ihrer Themen und Ziele in den Umsetzungen. Das JuZ will im Ergebnis einen praktizierten Gegenentwurf zur Kommerzgesellschaft erarbeiten. Die Jugendlichen im Vorstand des Jugendclubs Feilbingert haben ein Bewusstsein dafür, dass sie in ihrem Projekt beispielhaft Mitbestimmung, Demokratie und Diskussion einüben.

#### ff) Grenzen des Projekts

Die Fragen „Wie viel Partizipation ist möglich?“ und „Wer hat die letzte Entscheidungsbefugnis?“ beantworteten die Mitarbeiter des Jugendamts dahingehend, dass sie bei den Nennungen der Kinder für den Stadtplan lediglich die Aussagen über öffentliche Plätze/Einrichtungen herausgefiltert und Aussagen zu privaten Einrichtungen nicht aufgenommen haben. In Hönningen und Waldlaubersheim haben die politischen Gremien die letzte Entscheidungsbefugnis. Die Jugendlichen in Feilbingert wissen, dass es keine größeren Schwierigkeiten geben darf. Letztendlich kann die Gemeinde den Jugendclub schließen. In Waldalgesheim liegt die Entscheidung bei den Jugendlichen, allerdings gibt es finanzielle Grenzen. Über öffentliche Mittel entscheidet der Gemeinderat.

Schwierigkeiten gab es bei der Finanzierung des Projekts Mainzer Kinderstadtplan. Da keine städtischen Haushaltsmittel zur Verfügung standen, mussten Sponsorengelder gefunden werden, damit eine kostenlose Abgabe des Kinderstadtplans ermöglicht wird. Die Jugendlichen in Hönningen waren enttäuscht über die mangelnde Rückmeldung bei der Beteiligung von Kindern. In Waldlaubersheim sind Schwierigkeiten bisher nicht aufgetreten. Die Anzahl der beteiligten Mädchen und Jungen schwankt von Phase zu Phase, allerdings nicht bedeutend. Das JuZ wird von jungen Leuten seit über 30 Jahren mit den üblichen Höhen und Tiefen am Laufen gehalten. In Waldalgesheim konnten manche Fragen erst spät geklärt werden.

**gg) Rolle der Erwachsenen**

Die Unterstützung der Kinder erfolgte in Hönningen, Waldalgesheim und Bad Neuenahr-Ahrweiler hauptsächlich durch die Gemeinde bzw. die Stadt. Das Projekt des Mainzer Kinderstadtplans wurde durch Klassenlehrer, Eltern und Mitarbeiter des Jugendamts unterstützt. Das Projekt in Waldlaubersheim erfährt in erster Linie Unterstützung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BDP. Der Bürgermeister, Eltern und Parteien unterstützen den Jugendclub in Feilbingert. Alle Erwachsenen haben sich motivierend, aktivierend, begleitend, beratend und ggf. finanziell eingebracht.

**hh) Stadt/Land**

In der Regel gab es bei den Projekten keine spezifischen Voraussetzungen oder Besonderheiten, welche sich aus einem ländlichen oder städtischen Umfeld ergaben. Die Verantwortlichen in Waldlaubersheim gaben an, dass es in Gemeinden des ländlichen Raums keine professionellen Kapazitäten für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gibt.

**d) Persönliche Einschätzung/Besonderheiten****aa) Mainzer Kinderstadtplan**

Der Prozess der Beteiligung der Kinder basierte auf guten Ortskenntnissen. Eine positive Identifizierung mit dem Ortsteil wurde genutzt und gefördert. Die Kinder sahen einen hohen Reiz darin, für andere Kinder ihre Kenntnisse nutzbringend einzusetzen. Allerdings setzte die Begrenzung, nur Aussagen zu öffentlichen Flächen/Einrichtungen zu machen, dem Mitteilungsbedürfnis der Kinder enge Grenzen. Ebenso war die Tatsache, dass nur positive Einschätzungen aufgenommen wurden und nicht auch Aussagen zu Dingen, die die Kinder verändert/verbessert/entfernt etc. haben wollten, eine gewisse Eingrenzung der Beteiligung.

Der Kinderstadtplan erfasst nur eine Situationsbeschreibung durch die Kinder. Es wäre wünschenswert, wenn in einem weiteren Schritt nun eine wirkliche Beteiligung der Kinder an der Gestaltung der Spielmöglichkeiten ihres Stadtteiles – etwa durch Vorschlags- oder Veränderungslisten – stattfinden würde und die Kinder ihre Sicht der Dinge z. B. dem Ortsvorsteher oder dem Ortsbeirat vortragen könnten.

Die Rolle der Schule als Ort dieser Beteiligung am kommunalen Geschehen ist sehr positiv. Die Vorbereitung der Beteiligung durch entsprechende Aktivitäten im Unterricht zeigte Erfolg. Alle Kinder waren bereit, sich mit dem Beteiligungsangebot auseinander zu setzen und an den Diskussionen und Bewertungsrunden mit großem Spaß teilzunehmen. Die notwendigen Kompetenzen waren im Unterricht vorher vermittelt worden (Lesen eines Stadtplanes, Verstehen von Symbolen und Piktogrammen). Auf der Basis dieser Vorbereitung wurden die Kinder in keiner Weise im Laufe des Beteiligungsprozesses überfordert.

**bb) Jugendliche der Ortsgemeinde Hönningen**

1. Aktivierende Formen der Begleitung durch Erwachsene, entsprechende Sachmittel wie auch Räumlichkeiten sind wesentliche Parameter für das Gelingen von Beteiligungsprojekten.
2. Junge Menschen sind auf verlässliche Partnerinnen und Partner in der Politik angewiesen.
3. Verbindliche, klare Strukturen stellen eine wesentliche Voraussetzung dar, unabhängig von dem guten Willen einiger Schlüsselpersonen, die Qualität von Beteiligungsangeboten zu erhöhen/steigern.

**cc) Gemeindeentwicklung Waldlaubersheim**

Keine weiteren Angaben.

**dd) Jugendclub Feilbingert**

Die Jugendlichen des Projektes haben Erstaunliches geleistet. Zwar gab es von den beiden Bürgermeistern immer Unterstützung. Trotzdem mussten sich die Jugendlichen gegen eine uralte Jugendraumgeschichte (es gab früher einen Jugendraum, der wegen totaler Verschmutzung geschlossen werden musste) wehren und beweisen, dass es auch anders geht.

Diese Jugendlichen haben ihr Projekt verwirklicht und somit auch eine ganz hohe Identifikation damit. Sie wissen darum, wie schwer es ist, bei der nachfolgenden Generation ein ähnliches Bewusstsein zu erreichen.

Sie haben ein Bedürfnis, dass ihr Projekt von der älteren Generation geschätzt wird. Sie haben mit den Vorurteilen dieser Gruppe zu kämpfen und sind noch nicht bereit, mit diesen Menschen in Kontakt zu treten. Dabei nehmen die Jugendlichen nicht wahr, dass sie selbst Vorurteile haben.

Zwei der Vorstandsmitglieder waren bei der Anhörung der Jugendlichen in Mainz dabei. Beide machten deutlich, wie wichtig für Sie der zweite Besuch in ihrem Projekt ist. Sie fühlen sich von Politik ernst genommen.

Zusammenfassung:

- In Feilbingert wurde Jugendlichen Gestaltungsspielraum gegeben, sie haben ihn genutzt.
- Die schützende Hand des Bürgermeisters ist notwendig. Der Bürgermeister nimmt die Jugendlichen ernst.
- Die Jugendlichen haben ein Bewusstsein dafür, dass sie für andere etwas tun.
- Die Jugendlichen lernen in ihrem Projekt demokratische Formen, auch ohne Anleitung.

- Eine stärkere Einbindung in das „Gemeindeleben“ wird gewünscht. Hier wäre eine Lösung in Form von Begleitung zu überlegen, die frei ist von Eigeninteressen.

Die Jugendlichen haben ein erstes Interesse an der politischen Arbeit im Ort, es fehlt noch an Ideen zur Umsetzung.

#### ee) JuZ in Selbstverwaltung Bingen und Open-Air-Kooperative Bingen

Das JuZ stellt in seinem Charakter sowie in den Charakteren der das Konzept tragenden Jugendlichen eine Besonderheit dar. Deswegen kann man das „Projekt“ JuZ nur schwer mit anderen Best-Practice-Projekten vergleichen.

Beeindruckend war das politische Selbstverständnis der Jugendlichen. Einem verstärkt wahrgenommenen gesellschaftlichen Individualismus und Profitstreben wollen die Jugendlichen im JuZ durch eine basisdemokratische Mobilisierung aktiver junger Menschen begegnen. Das JuZ bietet denjenigen eine Plattform, deren Unbehagen an der gegenwärtigen Realität sie danach drängt, im Sinne einer Veränderung tätig zu werden. Hier bekommt der Slogan „Think local, act global!“ einen Inhalt. Im JuZ wird ein Raum geschaffen, in dem an einem anderen Konzept einer solidarischen Gesellschaft gearbeitet werden kann. Sofern hier eine Zieldefinition möglich ist, geht es den Jugendlichen um Lösungsansätze, um die gegenwärtige Gesellschaft zu analysieren und in einem kritischen Veränderungsprozess solidarisch und gewaltfrei zu verändern.

#### ff) Aktive Jugend Waldalgesheim

Es fiel auf, dass viele der Jugendlichen auch politisch sehr engagiert sind.

Jugendliche wollen, dass sich etwas „bewegt“, wenn dies der Fall ist, kommt es zu einem Zulauf von Jugendlichen, und die Bereitschaft zum Engagement ist da.

Positiv bewertet wurde die harmonische und sachliche Kommunalpolitik.

Ein aktives Vereinsleben – auch der Eltern – kann Engagement der Jugendlichen positiv beeinflussen/hineinwachsen in die Ehrenamtlichkeit.

Die Dynamik hängt wohl auch mit der Entwicklung von Waldalgesheim zusammen, neue Wohngebiete werden ausgewiesen, Dorf ist gemischt, gute Infrastruktur, keine sozialen Brennpunkte.

Hinsichtlich der Aktiven Jugend fällt ein hohes Maß an Verantwortungsbereitschaft junger Erwachsener für Kinder und Jugendliche ihrer Gemeinde auf. Dies wiederum motiviert die Jugendlichen mitzumachen.

Gemeinderat und Ortsbürgermeister stehen positiv und unterstützend zu diesem Projekt. Dies trägt dazu bei, dass der Dialog zwischen Jugendlichen und Kommunalpolitik gelingt.

#### gg) Entwicklung von Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche in der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler

1. Aktivierende Formen der Begleitung durch Erwachsene, entsprechende Sachmittel wie auch Räumlichkeiten sind wesentliche Parameter für das Gelingen von Beteiligungsprojekten.
2. Junge Menschen sind auf verlässliche Partnerinnen und Partner in der Politik angewiesen.
3. „Eine Beteiligungskultur für junge Menschen fällt nicht vom Himmel.“
4. Unterschiedliche Erwartungen wie auch ein unterschiedliches Verständnis an/von Beteiligung hinsichtlich geeigneter Formen führen oftmals zu zeitraubenden Diskussionen. Beteiligung muss gelebt werden.
5. Beteiligungskultur muss altersentsprechende Alltagskultur werden = Zugänge über Kinder- und Jugendarbeit.

### IV. Schlussfolgerungen <sup>259)</sup>

1. Kinder- und Jugendparlamente sind eine wichtige Beteiligungsform und können dort, wo sie nachhaltig unterstützt werden, bei Beteiligten und Außenstehenden einen nachhaltigen Eindruck entfalten und positive Erfahrungen vermitteln.
2. Kinder- und Jugendparlamente sowie offene Foren sind dann wichtige und erfolgreiche Partizipationsformen, wenn sie ernst genommen werden und einen wirklichen Entscheidungsspielraum (Kompetenzen) besitzen.
3. Im kommunalen Umfeld finden die meisten Beteiligungsprojekte statt. Dabei arbeiten Jugendliche selbständig. Allerdings muss ihnen bei Bedarf die notwendige Unterstützung und Hilfe kommunaler Verwaltungen und Politikerinnen und Politiker gegeben werden. In jeder Kommune/Verwaltung sollten kompetente Ansprechpartnerinnen und -partner für Kinder, Jugendliche und die Jugendarbeit zu finden sein.
4. Kommunale Beteiligungsprojekte junger Menschen brauchen die Unterstützung seitens der kommunalen Verwaltung und der Lokalpolitik.
5. Junge Menschen sind auf verlässliche Partnerinnen und Partner in der Politik angewiesen.

<sup>259)</sup> Vgl. Vorlagen EK 14/3-60/74.



6. Partizipationsprojekte müssen über ihren gesamten Zeitraum und nicht nur zu Beginn durch die (politisch) Verantwortlichen gepflegt und begleitet werden. Diese sollten dabei auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen achten, den Kontakt halten und sie gegebenenfalls unterstützen.
7. Eine gelungene Partizipation muss nicht von außen organisiert sein und bedarf nicht zwingend der Moderation eines erwachsenen Dritten. Die besuchten Beispiele haben jedoch auch gezeigt, dass eine unbürokratische Zusammenarbeit kommunaler Akteure (Schulen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Verwaltung etc.) die Voraussetzung ist, um zu positiven Projekten zu führen und bei den Jugendlichen nachhaltig das Bild von Politik und Politikern positiv prägen.
8. Wesentlich ist, dass Möglichkeiten geschaffen werden, um die Jugendlichen zusammenzubringen, um ihre Interessen bündeln zu können und um Instrumente zur Umsetzung ihrer Ideen und Wünsche zu schaffen. Das setzt voraus, dass die selbstbestimmten Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen respektiert werden.
9. Organisierte Projekte wie das in Waldlaubersheim zeigen, wie man in einem vorgegebenen Rahmen den Kontakt zwischen Jugendlichen und Erwachsenen herstellt, den Prozess durch einen Dritten professionell moderiert, dabei die Jugendlichen jedoch nicht in ihrer selbstbestimmten Steuerung ihrer Interessen und Ideen einschränkt.
10. Entscheidend für Engagement ist, dass junge Menschen die jeweiligen Projekte und angestrebten Ziele selbst bestimmen und sie nicht „von außen“ vorgegeben bekommen.
11. Freiräume sind für Jugendliche sehr wichtig.
12. Partizipation und Engagement müssen in erlebbare und zeitnahe „Erfolgerlebnisse“ münden. Die kommunalen Akteure müssen dabei Instrumentarien zur Projektgestaltung und Umsetzung der Ziele an die Hand geben.
13. Viele Partizipationsprojekte sind „einmalige Aktionen“. Wenn sie auch zeitlich jeweils begrenzt sind/waren, so gilt es, die Idee, die dahinter steckt/steckte, zu bewahren und evtl. zu einem späteren Zeitpunkt mit einem neuen Teilnehmerkreis wieder zu aktivieren.
14. Erfolgreiche Partizipationsprojekte sind meist zielorientiert und zeitlich begrenzt. Die Konzepte von erfolgreichen Projekten gilt es jedoch auf Dauer zu sichern, damit eine nachhaltige Entwicklung der Beteiligungskultur bei Kindern und Jugendlichen gewährleistet ist. Aus zeitlich begrenzten und zielorientierten Projekten können in einem begleitenden Prozess allgemeine Schlüsse und Notwendigkeiten erarbeitet und bestimmt werden. Dies kann eine erfolgreiche Wiederholung des Projekts auf Dauer gewährleisten.
15. Aktivierende Formen der Beteiligung durch Erwachsene, entsprechende Sachmittel wie auch Räumlichkeiten sind wesentliche Parameter für das Gelingen von Beteiligungsprojekten.
16. Ein Faktor für die Nachhaltigkeit sind die Ressourcen (personell und finanziell).
17. Verbindliche, klare Strukturen stellen eine wesentliche Voraussetzung dar, unabhängig von dem guten Willen einiger Schlüsselpersonen die Qualität von Beteiligungsangeboten zu erhöhen/steigern.
18. Die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleitung spielen in der Kommune als Ansprechpartnerinnen und -partner für die Bekanntmachung und Werbung für außerschulische Beteiligungsprojekte eine entscheidende Rolle. Eine höhere Bereitschaft, im Schulalltag auf solche Beteiligungsmöglichkeiten hinzuweisen, wäre wünschenswert.
19. Die Schulen spielen bei der Generierung, Bekanntmachung und Begleitung von Beteiligungsprojekten eine zentrale Rolle. Die Schulen müssen sich aktiver als bisher an solchen Prozessen beteiligen. Die Installation und Arbeit von Schülerinnen- und Schülervertretungen muss stärker gefördert werden.
20. Angebote und Einrichtungen der Jugendhilfe erreichen junge Menschen unterschiedlichster Herkunft. Hier müssen verstärkt Partizipationsprojekte angesiedelt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule muss intensiviert werden.
21. In kommunalen Beteiligungsprojekten arbeiten Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten mit und ohne Migrationshintergrund und aus allen Schularten zusammen. Dies gilt es zu fördern.
22. Ehrenamtliches, jugendliches Engagement muss gestärkt werden. Gerade junge, engagierte Menschen erreichen andere junge Menschen besser.
23. Bestehende Beteiligungsprojekte müssen viel stärker beworben und gefördert werden.
24. Organisierte und nicht organisierte Formen der Jugendarbeit, egal ob professionell oder ehrenamtlich, sind zentrale Pfeiler einer aktiven Bürgergesellschaft. Für die Vitalität der demokratischen Kultur sind diese Lernorte für Beteiligung und Zusammenarbeit lebenswichtig.
25. Jugendarbeit und Jugendfreizeit, egal ob organisiert oder nicht organisiert, vermitteln engagierten Kindern und Jugendlichen ein Gemeinschaftsgefühl und wirken damit, ob bewusst oder unbewusst, gegen die zunehmende Vereinzelung der Gesellschaft. Die sozialen Kompetenzen der Jugendlichen werden dort gefördert, wo gemeinsam für den Erfolg eines Projekts gearbeitet wird und alle ihr jeweils Bestes dazu beitragen.

26. Jugendarbeit, organisiert oder nicht organisiert, umfasst eine große Bandbreite an Angeboten für Kinder und Jugendliche. Diese Angebote anzunehmen heißt für die jungen Menschen, sich einbringen zu können und Fähigkeiten und Persönlichkeit weiter zu entwickeln. Schlüsselkompetenzen für demokratisches und soziales Miteinander werden gestärkt, Partizipation kann gelebt werden und jungen Menschen wird ehrenamtliches Engagement näher gebracht. Jugendarbeit ist somit für das zukünftige gesellschaftliche Zusammenleben von großer Bedeutung.
27. Die konkreten Formen, Möglichkeiten und Inhalte der Beteiligung in einem Projekt werden unter den Kindern und Jugendlichen, den hauptamtlichen Fachkräften und anderen Beteiligten in einem ständigen Prozess ausgehandelt. Schon bevor ein Projekt nach außen kommuniziert wird, bedingt diese interne Selbstorganisation eine erfahrbare demokratische Beteiligung und einen politischen Bildungsprozess. Kinder und Jugendliche übernehmen dann freiwillig Verantwortung, wenn das gemeinsame Wirken für ein Projekt Spaß macht und wenn das Eigeninteresse erfolgreich mit dem Gemeinsinn kombiniert wird.
28. Organisierte und nicht organisierte Jugendarbeit hat die Chance, durch gemeinschaftlich durchgeführte, erfolgreiche Projekte Spaß und Freude zu vermitteln und so gelingende Beteiligung für Jugendliche erlebbar werden zu lassen.
29. Es ist förderlich und trägt zur Identifikation der Jugendlichen mit dem Projekt bei, wenn sie beispielsweise zur Ausgestaltung von Räumen etc. selber beitragen.
30. Um in der praktischen Projektarbeit erfolgreich zu sein und sich im administrativen Bereich orientieren zu können, brauchen Jugendliche die Unterstützung und das nötige Fachwissen von hauptamtlichen Fachkräften. Dies gilt für die Jugendverbände wie auch für die Möglichkeit der Unterstützung durch hauptamtliche Jugendpflegerinnen oder Jugendpfleger in einer Kommune. Von Jugendlichen selbstverwaltete Projekte benötigen qualifizierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Denn ohne das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen in der Jugendarbeit und in der nicht organisierten Freizeit wären die meisten Projekte nicht zu realisieren.
31. Für eine erfolgreiche Arbeit brauchen die organisierten Jugendverbände und die Projekte nicht organisierter Jugendlicher eine fachliche Unterstützung. Entscheidend für ein erfolgreiches Engagement ist dabei, dass junge Menschen die jeweiligen Projekte und angestrebten Ziele selbst bestimmen und gestalten können und sich ernst genommen fühlen.
32. Gerade in kleinen Ortschaften und im ländlichen Raum, wo Jugendliche ihr Projekt oft selbst verwalten und ihre Aktivitäten auch selbst planen, ist es wichtig, dass ein Ansprechpartner existiert und dass die Jugendlichen Unterstützung durch ältere Jugendliche, durch den Gemeinderat und Bürgermeister erfahren. Angesichts der hohen Personenabhängigkeit sollte bei einem Personenwechsel etwa im Bürgermeisteramt oder Gemeinderat die Möglichkeit genutzt werden, durch eine professionellere Moderation die Jugendlichen weiter zu begleiten und die Verantwortlichen für die Jugendlichen zu sensibilisieren.
33. Für die Projekte und die jeweils engagierten Jugendlichen ist der Kontakt bzw. Transfer zur Politik und zu politischen Entscheidungsträgern sehr wichtig. Die Unterstützung durch die Politik (beispielsweise Gemeinderat) wirkt motivationsfördernd.
34. Viele unterschiedliche Jugendverbände und die vielfältigsten Projekte von nicht organisierten Jugendlichen bieten eine große Bandbreite an inhaltlichen und praktischen Identifikations- und Beteiligungsmöglichkeiten. Die Bandbreite reicht dabei von der Beteiligung in kirchlichen Projekten über die Mitwirkung beim Umweltschutz und sozialen Projekten bis zu eher „ausgefallenen“ Projekten der unterschiedlichsten Art und Weise. Diese Pluralität in Inhalt und Form ist von ganz zentraler Bedeutung und muss weiter gefördert werden.
35. Die Formen und Methoden der organisierten und der nicht organisierten Freizeit müssen sich ständig an wandelnde Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen anpassen. Wenn man nach neuen Beteiligungsformen des ehrenamtlichen Engagements sucht, sollte man gerade die Formen der selbstorganisierten Freizeit beachten.
36. Für die nachhaltige Förderung und Sicherung der unterschiedlichsten Formen selbstorganisierter Projekte sollte Klarheit über die Frage nach den Ressourcen, der Finanzierung und des Personals bestehen.
37. Eine finanzielle und ideelle Unterstützung von Seiten der Politik und Verwaltung motiviert und hilft bei der Umsetzung von Beteiligungsprojekten vor Ort.
38. Die Gemeinde muss Gelder für die Ausstattung und laufende Begleitung von Projekten zur Verfügung stellen.
39. Dort, wo es bereits die Bereitschaft von engagierten und interessierten Jugendlichen gibt, Verantwortung für andere Jugendliche zu übernehmen, fördert dies auch das Engagement anderer (jüngerer) Altersgruppen.
40. Bei Projekten wie „Netzwerk für Demokratie und Courage“ wird die Arbeit für ehrenamtliche Mitarbeiter erleichtert, wenn die Möglichkeit besteht, eine Aufwandsentschädigung zu erwerben. Hier muss differenziert werden hinsichtlich der Art und Höhe der finanziellen Unterstützung.
41. Eine Zusammenarbeit der (politischen) Jugendorganisationen mit dem Ziel der Sensibilisierung für Demokratie und politische Themen kann funktionieren. Wenn durch eine solche Zusammenarbeit die Präsentation des breiten politischen Spektrums sichergestellt ist, sind Schulen häufiger bereit, Vertreterinnen und Vertretern von politischen Jugendorganisationen ihre Pforten zu öffnen.
42. Im „Bündnis für Demokratie“ ist es sowohl den Engagierten als auch den Schulen wichtig, ihr Engagement nicht für wahl-taktische Zwecke zu nutzen. Deshalb erfolgen Schulbesuche nicht zeitnah an Wahlen. Dies wird von den Schulen und von den Schülerinnen und Schülern durchgängig positiv bewertet.

43. Eine Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Jugendorganisationen wird nicht durchgängig von allen Mitgliedern befürwortet und hängt oft an Einzelpersonen, die – auch über „Parteigrenzen“ hinweg – gut miteinander arbeiten können und wollen.
44. Es stellt sich die Frage, wie aus guten Einzelaktionen ein durchgängiges und langfristiges Engagement erwachsen kann.

## VIII. Zusammenfassung der vorgestellten „Best-Practice-Projekte“ aus dem Bereich „Medien“ am 20. Mai 2005 <sup>260)</sup>

### I. Allgemeiner Teil

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens der Enquete-Kommission zum Best-Practice-Bereich „Medien“ wurden Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Projekte nach Mainz eingeladen. Die Projekte wurden am Vormittag den Mitgliedern der Enquete-Kommission in einem jeweils ca. 30-minütigen Statement vorgestellt. Nach dem jeweiligen Statement hatten die Mitglieder der Enquete-Kommission die Möglichkeit für Rückfragen. Bei den eingeladenen Projekten sollte versucht werden, ein möglichst breites inhaltliches Spektrum abzudecken. So wurden Projekte aus dem Printbereich, dem Fernsehen, dem Hörfunk und aus dem Internetbereich eingeladen.

#### 1. Projektbeschreibung

##### a) Schülerzeitung der Hasepieler, Hauptschule im Georg-Friedrich-Kolb Schulzentrum, Speyer

Die Schülerzeitung „Der Hasepieler“ hat den bundesweiten Schülerzeitungswettbewerb in der Kategorie Hauptschule im Jahr 2004 gewonnen. Die Jury war sich einig, dass im „Hasepieler“ schulische und außerschulische Inhalte perfekt ergänzt werden. Im Hasepieler findet man eine Fülle an redaktionellen Beiträgen und eine bemerkenswerte journalistische Umsetzung, so die Jury. Für die jungen Leserinnen und Leser ist die Zeitung klar strukturiert und bietet abwechslungsreiche Darstellungsformen. Viele Interviews und Reportagen runden einen thematischen Schwerpunkt ab. Dabei wird nicht nur über die Schule berichtet, sondern es zählt auch der „Blick über den eigenen Tellerrand“. Im Hasepieler gibt es viele Umfragen, Statements einzelner Schülerinnen und Schüler und Berichte ausländischer Mitschülerinnen und Mitschüler. Die jungen Redakteurinnen und Redakteure legen großen Wert darauf, dass ihre Zeitung eine Interessenvertretung aller Schülerinnen und Schüler ist. Die Texte und Themen sind von Jugendlichen recherchiert und geschrieben. Damit soll die Schülerzeitung „Der Hasepieler“ zu einem wesentlichen Bestandteil einer demokratischen Schulkultur im Georg-Friedrich-Kolb Schulzentrum werden. Mit einem Online-Angebot hat die Redaktion das Angebot des Hasepielers tagesaktuell ausgebaut.

##### b) Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz, Jugendredaktion „Guggemodo-TV“ im OK Landau

„Guggemodo-TV“ (= Guck einmal da!) setzt sich aus einer Gruppe von Jugendlichen zusammen, die sich regelmäßig treffen, um wichtige lokale Themen anzusprechen und Reportagen zu den jeweiligen Themen zu drehen. In einer Sendung im Offenen Kanal werden diese Themen dann für die Öffentlichkeit ausgestrahlt. Betreut wird die Jugendredaktion von einer Medienpädagogin. Ziel dieses Projektes ist es, Schülerinnen und Schüler am Medium Fernsehen selbst teilhaben zu lassen. Die Jugendredaktion „Guggemodo-TV“ ist ein niedrigschwelliges Angebot für alle jungen Menschen, die sich aktiv der Faszination Video und Fernsehen stellen wollen. Nach dem Prinzip der Offenen Kanäle geschieht dies ohne Zugangsvoraussetzungen. Die Themen werden in der Jugendredaktion gleichberechtigt und demokratisch ausgehandelt. Die jungen Leute lernen dabei Verbindlichkeiten einzuhalten und üben sich in der Einhaltung von qualitativen Standards journalistischer Arbeit. Die Jugendredaktion berichtet auch über wichtige politische Themen für Kinder und Jugendliche. So gab es beispielsweise Projekte zu Kommunalwahlen oder Sendungen zur Berufsorientierung.

##### c) Kindernetz SWR

Das Kindernetz des SWR zählt zu den besten und medienpädagogisch wertvollsten Online-Angeboten für Kinder und hat seit 1997 viele Preise erhalten. Im Kindernetz wird Kindern und Jugendlichen eine Plattform geboten, die es ihnen ermöglicht, in ihrem Rahmen Medienkompetenz zu entwickeln. Ziel ist eine kritische Betrachtung der Medien und eine Unterstützung, um sich aktiv an der Gestaltung der Medien zu beteiligen. Im Kindernetz können sich Kinder über Medien und andere Themen austauschen. Sie können experimentieren, lesen, schreiben, spielen, ihr Wissen testen und dabei Spaß haben. Kinder können ihren eigenen Webauftritt veröffentlichen. Viele Kinder nutzten ihre Homepage nicht nur für Infos über sich selbst, sondern gründen Clubs und Foren. Mit dem virtuellen Ratgeber „TIX“ haben die Kinder einen Helfer an ihrer Seite, der sie durch das Online-Angebot lotst und mit Rat zur Seite steht. Im Kindernetz des SWR sollen Kinder nicht passiv konsumieren, sondern Themen aktiv hinterfragen und selbst produzieren. Das Kindernetz bindet dabei die Eltern mit ein: Zur Anmeldung im Kindernetz wird die Unterschrift der Eltern benötigt und es gibt zusätzlich einen monatlichen Newsletter.

---

260) Grundlage ist das Protokoll der 17. Sitzung der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ am 20. Mai 2005, Teile I und II.

**d) Wahl-O-Mat, Bundeszentrale für politische Bildung**

Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung wird von Jugendlichen stark genutzt. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landeszentralen bietet die Bundeszentrale dieses Feature schon seit einigen Jahren an. Die Grundidee stammt aus den Niederlanden. In Deutschland arbeiten Jugendliche an der inhaltlichen Konzeption des Wahl-O-Mats mit. Dies geschieht in einer Arbeitsgruppe, in der die Wahlprogramme der Parteien zu den so genannten Thesen verdichtet werden. Diese Thesen begründen später die jeweilige Parteipräferenz. In der Arbeitsgruppe arbeiten Jugendliche mit Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern zusammen. Die von ihnen gemeinsam erarbeiteten Thesen werden vor der Veröffentlichung von den jeweiligen Parteien autorisiert. Nachdem man auf der Homepage von Wahl-O-Mat zu allen Thesen Stellung genommen hat, erscheint die einem am nächsten stehende Partei als Präferenz auf dem Computerbildschirm. Angezeigt wird auch, in welchem Grad die Antworten mit den Profilen der einzelnen Parteien übereinstimmen und wie nahe man den anderen Parteien steht. Darüber hinaus kann man jede einzelne Antwort mit der Position jeder Partei direkt vergleichen.

**e) CampusTV, Universität Mainz**

Seit April 1999 sendet CampusTV regelmäßig während der Vorlesungszeit ein 30-minütiges Magazin mit aktuellen Beiträgen aus Lehre und Forschung, Studium und Leben auf dem Campus der Universität Mainz. Daneben werden Kurzfilme aus der Filmwissenschaft, der Filmklasse oder Beiträge aus dem Journalistischen Seminar der Universität Mainz gesendet. Alle zwei Wochen wird ein neues Magazin oder ein spezieller Beitrag, oft auch zu politischen Themen, gesendet. Dazu kommen Sondersendungen zu aktuellen Ereignissen, wie etwa der Besuch von George W. Bush in Mainz. In der Redaktion und Produktion arbeiten hauptsächlich Studierende der Medienfächer. Eine journalistische Betreuung erfolgt durch Lehrbeauftragte aus der Praxis. Campus TV lädt Studierende aller Fachrichtungen ein, an der für alle offenen Redaktionssitzung teilzunehmen. Grundsätzlich haben alle Studierenden die Möglichkeit, als freie Autorinnen und Autoren oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei CampusTV mitzumachen.

**f) ZDF – Logo!**

Logo! ist eine Nachrichtensendung für Kinder, die seit 1988 ausgestrahlt wird. Logo! sendet samstags um 8.50 Uhr im ZDF, montags bis freitags um 16.50 Uhr im Kinderkanal (KI.KA) und montags bis donnerstags um 19.50 Uhr im KI.KA. Da Kinder auch früh morgens, bevor sie in die Schule gehen, Fernsehen schauen, gibt es das Angebot, dienstags bis freitags Logo! als Wiederholung am darauf folgenden Morgen um 6.05 Uhr zu sehen. Logo! bietet eine kindgerechte Aufbereitung von Nachrichten. Diese Nachrichten sind verständlich und interessant und werden aktuell präsentiert. Interessant heißt, dass auch Nachrichten gesendet werden, die in den Nachrichten der Erwachsenen nicht vorkommen. Aktuell präsentiert bedeutet, dass die Kinder ernst genommen werden und dass Logo! sich bemüht, die Nachrichten tagesaktuell zu senden.

Logo!-Online hat ein eigenständiges Nachrichtenangebot. Logo!-Online ist die Möglichkeit, am Puls der Kinder zu sein und mitzubekommen, was diese interessiert. Die Kinder werden aufgefordert mitzumachen, ihre Meinung darzustellen und zu diskutieren. Außerdem gibt es viele Mitmachaktionen, das Logo!-Lexikon A bis Zebra und Gewinnspiele. Im Lexikon findet man Begriffe, die in den Nachrichten längerfristig auftauchen. Zu wichtigen Bereichen sind ganze Kapitel aufgeführt, z. B. Politik in Deutschland. Es gibt auch eigenständige Kapitel zu Europa oder zu den politischen Organisationen der Welt. Dieses Lexikon wird auch von älteren Schülerinnen und Schülern für Referate in der Schule genutzt.

Die verantwortliche Redakteurin sowie eine Sekretärin sind bei Logo! fest angestellt. Ansonsten arbeitet Logo! mit freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das junge Team besteht aus etwa 40 Leuten, die aber nicht alle gleichzeitig arbeiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind teilweise noch an der Uni oder arbeiten nebenbei schon in Teilzeit bei Logo!

**g) Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.**

Der Landesfilmdienst ist ein freier Träger der Jugend- und Bildungsarbeit. Er ist gemeinnützig und wird in seiner Arbeit vom Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend gefördert. Aufgabe des Landesfilmdiensts ist es, die Jugendarbeit im ganzen Land bei der Medienarbeit zu unterstützen. Dies geschieht z. B. durch

- Lokal Global – das Online-Projekt,
- DiG.iT – digitale Medienproduktion und
- Jugend.rlp.de – die Informationsplattform für die Jugendarbeit.

**– Lokal Global – das Online-Projekt**

Lokal Global ist ein medienpädagogisches Projekt beim Landesfilmdienst, das sich mit den Bereichen Neue Medien, Internet, Computer und deren Einsatz für die rheinland-pfälzische Jugendarbeit im Bereich der Medienpädagogik beschäftigt. Dabei werden fünf mobile Computernetzwerke in ganz Rheinland-Pfalz in Jugendeinrichtungen aufgebaut. Diese fünf Computer bilden ein Netzwerk und stehen in einer Einrichtung ca. ein bis vier Wochen zur Verfügung. Das Projekt existiert seit 1997. Lokal Global ist jährlich im Schnitt an 65 unterschiedlichen Standorten in Rheinland-Pfalz präsent.

**– DiG.iT – digitale Medienproduktion**

Bei dem Projekt DiG.iT sind die Kompetenzen und Aktivitäten im audiovisuellen Medienbereich gebündelt. Die Jugendlichen drehen selbst Videos und machen Hörspiele.

**h) DAsDING/SWR**

DAsDING ist 1997 als multimediales Projekt im SWR entstanden, weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch im Hörfunkbereich immer mehr junge Leute verloren hat. SWR3 hat ein Durchschnittsalter von 40 Jahren. DAsDING hat ein Durch-

schnittsalter von 23,9 Jahren und ist damit das jüngste Hörfunkprogramm in Deutschland. DAsDING ist als multimediales Projekt im digitalen Rundfunk gestartet. Die Konzeption sah aber von Anfang an vor, dass DAsDING im Internet und im Südwestfernsehen entsprechend dem Mediennutzungsverhalten von jungen Menschen sehr umfangreich präsent ist. DAsDING ist seit 2004 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Kabel, in Mainz seit Februar 2005. Trotz allem ist die UKW-Verbreitung noch gering. In Rheinland-Pfalz ist DAsDING z. B. in Mainz, Koblenz, Trier und Ludwigshafen zu hören.

#### i) Rheinpfalz

– xpress – Jugendseite

Die Seite xpress ist die Jugendseite der Rheinpfalz und erscheint wöchentlich mittwochs.

– Kinderseite

Die Kinderseite mit dem Biber ist eine Zeitungsseite, die die Kinder in ihren Anliegen ernst nimmt. Die Kinder sollen beim Lesen das finden, was die Erwachsenen letztlich auch in der Zeitung suchen, nämlich Nachrichten, Hintergründe, Unterhaltung und mehr Informationen zu Wissensgebieten.

#### j) Produktionsteam „Wahlzeit“

„Wahlzeit“ ist der Titel einer Sendereihe, die zu jeder politischen Wahl im Sendegebiet des Offenen Kanals Trier von einem ehrenamtlich arbeitenden Team produziert und im Kabelnetz Trier ausgestrahlt wird. Es wurden neun Sendungen produziert. Mit allen neuen Sendungen wurde ein Themenabend Kommunalwahl gestaltet.

#### k) Radijojo

Radijojo ist ein Radiosender, der sich an Kinder im Alter von drei bis 13 Jahren sowie an Eltern richtet. Er ist gemeinnützig und werbefrei. Der Hauptsitz befindet sich in Berlin, es gibt aber auch kleine Dependancen in Leipzig, Stuttgart und Erfurt. In Deutschland ist Radijojo in drei Regionen über das Digitalradio zu empfangen und gerade dabei, das Netzwerk auszubauen, um deutschlandweit in verschiedenen Freien Radios, Offenen Kanälen etc. senden zu können. Darüber hinaus ist der Radiosender auch 24 Stunden über das Webradio zu empfangen.

## 2. Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Best-Practice-Projekte

### a) Warum diese Zielgruppe, diese Themen, dieses Format?

Hasepieler

Die Zielgruppe der Schülerzeitung sind Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, ehemalige Schülerinnen und Schüler und eine Interessengruppe im außerschulischen Bereich, die sich im Laufe der Jahre gebildet hat. Dies sind Freunde, Bekannte und Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Das Format der Schülerzeitung ist klar umrissen: Sie ist Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Schule und dient zudem auch ihrer Imagepflege. Nach Aussage der betreuenden Lehrkräfte soll der Hasepieler, über den Erinnerungswert hinaus, den Forderungen des Qualitätsmanagements und der Bildungsstandards entsprechen. So soll etwa die Lesefähigkeit gefördert werden. Zudem haben die Schülerinnen und Schüler selbst an der Bearbeitung der Texte mitgewirkt. Viele Schülerinnen und Schüler kommen selbst in den Texten und Bildern vor. Der Hasepieler präsentiert auf vielen Seiten unterschiedliche Themen, die sich dabei auf mehrere Bereiche aufteilen. So gibt es beispielsweise ein jeweiliges Sonderthema, das Gegenstand jeder Schülerzeitung ist. Es wird über Themen aus Projekten berichtet, die in der Schule oder auch außerhalb der Schule stattfinden. Sei einiger Zeit gibt es den Hasepieler auch online. Mit dem Medium Internet hat die Schülerzeitung nunmehr eine innovative Alternative, wenn es um zeitnahe Kommunikation und aktuelle Information geht. Das Internet wird von vielen Schülerinnen und Schülern oftmals nur rezeptiv genutzt. Der Hasepieler versucht jedoch, Schülerinnen und Schüler zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen. Durch diese Form der Arbeit kann auch die Medienkompetenz erhöht werden.

Guggemodo-TV

Die Offenen Kanäle, wo die Jugendredaktion Guggemodo-TV verortet ist, sind grundsätzlich offen für alle, die am Medium Fernsehen teilhaben und dort Beiträge selbst gestalten und senden möchten. Mit Guggemodo-TV wird als Zielgruppe die nachwachsende Generation angesprochen. Eine interessierte Jugend, die Fernsehen im Lokalfernsehen macht. Die meisten Jugendlichen kommen schon mehr aus den Gymnasien (8), zwei aus der Hauptschule, zwei aus der Berufsschule und drei von der Realschule. Gesendet werden solche Themen, die Jugendliche interessieren. Was die Jugendlichen von Guggemodo-TV ganz stark interessiert, ist das Vorstellen von Berufsbildern. Die Formate der jeweiligen Sendungen und Beiträge werden von den beteiligten Jugendlichen selbständig erarbeitet und entsprechen qualitativen Standards.

Kindernetz

Mit dem Medienprojekt „Kindernetz“ will man über die Präsentation einer Fernsehsendung hinaus eine virtuelle Plattform für Kinder schaffen. Ein Format, wo Kinder lernen, wie sie mit den neuen Medien umgehen können. Ein Format, wo ihnen ein Platz für ihre Altersgruppe geboten wird. Das Projekt „Kindernetz“ vermittelt den Kindern Wissen über die Medien, wie Medien entstehen und wie Fernsehen gemacht wird. Die Autoren von Kindernetz versuchen, alle Themen, die im Kindernetz dargestellt werden sollen, an Geschichten festzumachen. Das liegt den Kindern näher. Über das Vermitteln einer Geschichte kann auch an ein eher kompliziertes gesellschaftliches Thema herangeführt werden. Darüber hinaus zeigt Kindernetz, wie Kinder und jugendliche Medien gestalten können. Kinder können im Kindernetz selbst partizipieren, publizieren und natürlich auch ihre Kritik an den Medien äußern, sei es an den Fernsehsendungen oder am Kindernetz selbst. Die Zielgruppe von Kindernetz liegt zwischen

acht und 14 Jahren. Hier sei jedoch festzustellen, dass die Kinder immer länger dabei sind. Wenn sie im Alter von elf Jahren bis zwölf Jahren in das Kindernetz einsteigen, haben sie mit 14 noch keine Lust, wieder herauszugehen. Dieser Umstand ist für die Verantwortlichen von Kindernetz oft ein Problem, weil 15- und 16-Jährige andere Themen haben als Achtjährige. Das ist manchmal ein ziemlicher Spagat.

#### Wahl-O-Mat

Der Wahl-O-Mat richtet sich hauptsächlich an die Zielgruppe der jugendlichen Erstwählerinnen und Erstwähler, steht aber grundsätzlich jedem politisch interessierten Internetnutzer offen. Die Aussage vieler Jugendlicher, man gehe nicht zur Wahl, weil die Parteien sowieso alle gleich sind und man gar nicht wisse, wo die Unterschiede sind, waren wichtige Gründe für die Veröffentlichung des Wahl-O-Mats. Vor allem die niedrige Wahlbeteiligung von Jugendlichen hat dazu bewogen, ein spezifisches Format zu entwickeln, das spielerisch zu einer Auseinandersetzung mit politischen Themen führt. Denn viele Jugendliche gehen auch aus dem Grund nicht zur Wahl, weil sie nicht wissen, was Landespolitik ist und wie landesspezifische Themen gewichtet sind. Nach Aussage der betreuenden Fachkraft soll der Wahl-O-Mat eine Diskussion über das jeweilige Ergebnis bei den Jugendlichen bewirken. So sollen sie über ihre Ergebnisse im Freundes- und Bekanntenkreis reden und den Wahl-O-Mat weiterempfehlen. Viele Jugendliche erklären, dass sie der Wahl-O-Mat zur Suche nach weiteren politischen Informationen motiviert hat. Zwischen 8 % und 10 % von befragten Jugendlichen haben angegeben, dass der Wahl-O-Mat sie motiviert hat, zur Wahl zu gehen, obwohl sie es vorher nicht vorhatten. Die jungen Menschen, die sich mit dem Wahl-O-Mat beschäftigen, sind tendenziell politisch interessiert und oft mit höheren Bildungsabschlüssen. Die Verantwortlichen vom Wahl-O-Mat gehen davon aus, dass 60 % einen höheren Bildungsabschluss haben.

#### CampusTV

Das Medien-Projekt „Campus TV“ benennt als Zielgruppe grundsätzlich alle Studierenden der Universität Mainz. In der Regel sind es dann doch Studierende der Medienfächer, die sich aus Ausbildungsgründen in der Redaktion, oft auch als freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, engagieren. Themen ergeben sich hauptsächlich aus dem universitären Leben und werden in professionellen Sendeformaten, die grundsätzlich von Studierenden für Studierende konzipiert werden, veröffentlicht.

#### ZDF – Logo!

Samstags um 8.50 Uhr im ZDF gelingt Logo! eine ausgeglichene Zielgruppenansprache bei Kindern in allen Altersgruppen sowie bei Jungen und Mädchen. Es werden Marktanteile um 10 % erzielt. Um 16.50 Uhr und um 19.50 Uhr im KI.KA erreicht Logo! die Zehn- bis 13-Jährigen nur sehr unterdurchschnittlich. Die Drei- bis Neunjährigen werden aber mit einem Marktanteil von 13 % erreicht. Dies liegt daran, dass der KI.KA ein Problem hat, die etwas älteren Kinder der Zielgruppe zu erreichen. Kinder sehen sich ab zehn Jahren nicht mehr als solche. Sie sind schon groß und orientieren sich nach oben.

#### Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.

##### – Lokal Global – das Online-Projekt

Zielgruppe sind Jugendliche, Multiplikatoren und Eltern.

##### – DiG.iT – digitale Medienproduktion

DiG.iT erreicht eine Vielzahl von Gruppen und Institutionen in Rheinland-Pfalz. In 2005 wurden über 60 Projekte durchgeführt oder sind in Planung.

#### DASDING/SWR

Zielgruppe von DASDING sind Jugendliche im Alter von 14 bis 24 Jahren, weil man den Fokus in der Programmausrichtung auf einen bestimmten Fokus von jungen Menschen konzentrieren muss. Die Zuhörerschaft setzt sich überdurchschnittlich aus Gymnasiasten und Studenten und weniger aus Haupt- und Realschülern zusammen. Um die Hauptschüler zu erreichen, müsste das Programm stärker entwertet werden, da die Hauptschüler stärker an Musik interessiert sind. Dies ist aber nicht das Ziel von DASDING.

#### Rheinpfalz

##### – xxpress – Jugendseite

Zielgruppe der Jugendseite sind Zwölf- bis 20-Jährige, wobei die Seite auch sehr stark von Älteren und von Eltern gelesen wird, die sich darüber informieren, was bei Kindern und Jugendlichen gerade Thema ist. Problematisch ist die Zielgruppe der Haupt- und Realschüler. Erfahrungsgemäß stammen die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Gymnasium.

##### – Kinderseite

Die Kinderseite richtet sich an Kinder im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren.

##### Produktionsteam „Wahlzeit“

Mit der Sendung „Wahlzeit“ wurden 40 000 Haushalte im Kabelnetz Trier erreicht; das sind 153 000 Personen, die im Sendebereich leben. Die „Wahlzeit“ wurde entwickelt, weil Kommunalpolitik in Hörfunk und Fernsehen nur selten stattfindet und Offene Kanäle Möglichkeiten für lokale Kommunikation bieten.

#### Radijojo

Radijojo richtet sich an Kinder im Alter von drei bis sechs und von sieben bis 13 Jahren. Die Spanne von drei bis 13 Jahren muss aufgrund der starken Entwicklung bei den Kindern aufgeteilt werden.

Der Anlass Radijojo zu gründen war, dass es ungefähr 300 Radiosender in Deutschland gibt, aber noch keinen kompletten Radiosender für Kinder.

**b) Wie sieht das redaktionelle Konzept aus, was soll erreicht werden?**

**Hasepieler**

Die Redaktion besteht aus einem festen Mitarbeiterstamm. Dieser trifft sich regelmäßig und mindestens einmal in der Woche. Die Redaktion ist eine Arbeitsgemeinschaft für zwei Schulstunden, aber meistens dauert es etwas länger, weil außerschulisch für die Schülerinnen und Schüler und auch für die Lehrkräfte einiges zu tun ist. Es gibt eine Reihe von freien Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die aus den Klassen kommen und je nach Thema Artikel und Fotos bei der Redaktion abliefern. Diese Texte und Fotos werden dann durch die Redakteurinnen und Redakteure bearbeitet. Viele Schülerinnen und Schüler sind interessiert, an der AG „Der Hasepieler“ mitzuarbeiten. Der Hasepieler hat Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Klassen. Das Redaktionsteam hat eine Chefredakteurin, die für den Inhalt verantwortlich ist, und einen technischen Direktor, der die Onlineseite betreibt. Es finden regelmäßig Redaktionskonferenzen statt, in denen Themen diskutiert und Arbeitsaufträge vergeben werden. Die Schülerinnen und Schüler vom Hasepieler haben gemeinsame und klare Ziele. Der Hasepieler soll eine Plattform zur Steigerung der Ausdrucksfähigkeit sein. Die Schülerzeitung soll Schreibanlässe schaffen und die Lesefähigkeit fördern. Die Redaktion achtet immer darauf, dass sinnvolle Beiträge erscheinen und dadurch das Leseinteresse geweckt und die Lesefähigkeit gesteigert wird.

**Guggemodo-TV**

Was in den Redaktionssitzungen von Guggemodo-TV besprochen wird, ist das, was letztendlich gesendet wird. Nach den inhaltlichen Punkten wird geplant und besprochen, wann, wie und mit welcher Technik wer einen Beitrag macht. Ziel ist die Fertigstellung einer neuen und interessanten Sendung, die von Jugendlichen für Jugendliche eigenständig produziert wird. Die jungen Leute sollen dabei lernen, Verbindlichkeiten einzuhalten und sich in der Einhaltung von qualitativen Standards journalistischer Arbeit üben.

**Kindernetz**

Die Redaktion und Leitung von Kindernetz liegt bei hauptamtlichen Mitarbeiterinnen des SWR. Es ist das Ziel der Redaktion, durch die Beteiligung im Kindernetz bei den jungen Menschen den Blick für die kritische Betrachtung der Medien zu schärfen. Die Redaktion will die Kinder und Jugendlichen dabei unterstützen, sich aktiv an der Gestaltung der Medien zu beteiligen und ihre eigene Urteilskraft zu schärfen.

**Wahl-O-Mat**

Im Rahmen der Ausarbeitung der Wahl/Partei-Thesen setzt sich die Redaktion aus einer Gruppe von Jugendlichen und hauptamtlichen Betreuerinnen und Betreuern zusammen. In der inhaltlichen Arbeit werden die Jugendlichen durch das Fachwissen von Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern unterstützt. Die Ergebnisse der Jugendlichen müssen dieser fachlichen Überprüfung standhalten. Änderungsnotwendigkeiten werden gemeinschaftlich erarbeitet. Nach Aussage der Verantwortlichen hat der Wahl-O-Mat unter anderem auch zum Ziel, durch seinen spielerischen Ablauf eine höhere Motivation für dessen Nutzung zu bewirken. Dadurch soll Interesse für eine weitere vertiefende Beschäftigung mit den jeweiligen Wahlprogrammen erzeugt werden.

**CampusTV**

Die Redaktion von CampusTV besteht aus zehn hauptamtlich agierenden Studierenden. Diese haben Hilfskraftverträge bekommen. Sie werden für ihre Arbeit bezahlt, weil sie Energie von anderen Aktivitäten im Studium abziehen müssen und dadurch nebenbei nicht arbeiten gehen können. Grundsätzlich kann jede und jeder Studierende im Rahmen einer freien Mitarbeit bei CampusTV mitmachen, um das Ziel eines Fernsehmagazins von Studierenden für alle Studierenden zu erreichen.

**ZDF – Logo!**

Das Redaktionsteam von Logo! stellt sich bei der Themenauswahl zunächst einmal die Frage „Was ist heute in den Nachrichten?“ Logo! erstellt einen Nachrichtenüberblick aus den Agenturen. Der Hintergrund ist, dass Kinder „Erwachsenennachrichten“ mitbekommen, weil sie diese zu Hause sehen. Die Redaktion überlegt dann, wie sie ergänzend tätig werden kann. Die Themenauswahl richtet sich außerdem nach den folgenden Fragen:

- Welches Thema interessiert Kinder?
- Was muss erklärt werden?
- Worüber reden Kinder heute?
- Was wird kontrovers diskutiert?

Aus diesen insgesamt fünf Kriterien setzt sich die Sendung am Ende zusammen. Als regelmäßiges Sendungselement gibt es unter anderem das „Erklärstück“. Logo! versucht, nicht nur aktuelle Nachrichten des Tages darzustellen, sondern auch mit Grafiken und Comics den Kindern Hintergründe und Zusammenhänge näher zu bringen. Das heißt, Logo! berichtet nicht nur über einen Anschlag im Irak oder die Gewaltspirale in Israel, sondern fängt immer vorne an zu erklären, wie es zu dem Konflikt kam.

Themen, über die Kinder sprechen, sind Logo! auch immer eine Nachricht wert, wie z. B. Schulschließungen oder Schuluniform. Auch die leichten Nachrichten aus der Welt der Popstars, aus Sport und Umwelt sind Themen für Logo! Außerdem gibt es Aktionen von und mit Kindern. Da Kindern das Wetter wichtig ist, berichtet Logo! auch kurz und knapp und möglichst in einer lustigen Form darüber.

Die Kinder melden der Redaktion zurück, dass ihnen die Mischung aus harten und leichten Themen wichtig ist und dass sie nur ernste Themen bei Logo! nicht schätzen würden.

Die Redezeit ist ein Forum für Kinderbeschwerden. Es ist ein Sprachrohr für Kinder, wenn ihre Interessen übergangen werden oder Kinder mit Entscheidungen Erwachsener nicht einverstanden sind. Voraussetzung, um sich bei der Redezeit darstellen zu können, ist, dass sich die Kinder auch schon eigenständig engagiert haben und selbst aktiv geworden sind.

Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.

– Lokal Global – das Online-Projekt

Das Konzept und das Ziel von Lokal Global ist es, die Technik immer in der Jugendeinrichtung selbst aufzubauen. Es sollen vorhandene Strukturen in der Jugendarbeit genutzt werden, um nicht nur jugendliche Individuen einzuführen, sondern auch den Medienpädagogen und den Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern die Möglichkeit zu bieten, die Medienpädagogik in ihrem eigenen Umfeld durchzuführen und anzubieten.

Mit den Geräten kann entweder online oder aber auch offline gearbeitet werden. Lokal Global versucht, ein ziemlich breites Spektrum anzubieten, was die neuen Medien betrifft. Zum einen die gängigen Officeanwendungen wie z. B. Schulungen in Word, Excel oder Access, aber auch hineinwirkend in den kreativen Bereich mit Bildbearbeitung und Website-Gestaltung. Neu hinzugekommen ist der Bereich der Computerspiele.

Lokal Global verleiht Technik mit dem notwendigen Know-how, aber ein großer Teilbereich ist auch die Weiter-, Fort- und Ausbildung der Multiplikatoren, der Eltern und der Jugendlichen selbst. Lokal Global führt an den Standorten in ganz Rheinland-Pfalz eintägige Schulungen oder drei bis vierstündige Seminare, aber auch mehrtägige Veranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen zu den Themen Medien, Arbeit mit Medien und sinnvoller Umgang mit Medien durch. Beispiele dafür sind z. B. die Medienwoche in Trier, die „virtuelle Reise ins Mittelalter“, LAN-Partys und Foto-Storys.

– DiG.iT – digitale Medienproduktion

DiG.iT unterstützt Jugendgruppen und Jugendzentren, die auf DiG.iT zukommen und ein Projekt durchführen wollen, mit der notwendigen Technik. DiG.iT bietet aber auch umfangreiche Fortbildungen im Bereich digitaler Bildbearbeitung oder digitalem Videoschnitt an. Gleichzeitig ist DiG.iT mit den Fachkräften auch bei Projekten vor Ort präsent und unterstützt sie mit konkretem Know-how.

DASDING/SWR

DASDING ist multimedial (Radio, Fernsehen und Internet) und versucht, eine Verbindung zwischen Information und Unterhaltung herzustellen. DASDING hat ein werbefreies und sponsoringfreies Programm mit einem Wortanteil von durchschnittlich 17 % in der Stunde.

Die trimediale Themenaufbereitung ist für DASDING wichtig. Jeden Samstagvormittag beim Südwestfernsehen gibt es um 10.15 Uhr eine 45-minütige Fernsehsendung, die dann Samstagabend wiederholt wird. Es gibt ein 24-stündiges Radioprogramm und die Internetaufbereitung. Die Inhalte werden innerhalb der Redaktion besprochen und dann entsprechend den jeweiligen Medien aufbereitet. Für die Aufbereitung im Internet hat DASDING 2002 den Grammy-Online-Award erhalten, weil die Hintergrundinformationen zu den Themen verständlich und umfangreich dargestellt werden.

Seit dem Jahr 2000 ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit von DASDING auch, zu Hörern, Zuschauern und Usern zu fahren. Zu dem medienpädagogischen Konzept gehören Workshops, die ca. zweimal pro Monat veranstaltet werden.

Ein weiterer Aspekt der medienpädagogischen Arbeit ist der KlasseDING-Award. Das ist der Schülermedienpreis, der einmal im Jahr vergeben wird. Hier wird ein Thema vorgegeben, das Schüler dann medial in Form von Radio-, Fernseh- oder Internetaufbereitungen umsetzen.

DASDING bietet sehr viele Spezialprogramme im Hörfunkprogramm an. Das reicht von Spartenmusiksendungen bis zum Hörspiel.

Jede Woche gibt es ein Schwerpunktthema, „Das Ding der Woche“, das auch für das Fernsehen umgesetzt wird. Die Palette der Themen ist sehr vielfältig und reicht von Kommunalwahlen, „Das neue Europa“, „Endlich 18“, „Verhütung“ bis zu „Eltern“ und „Hip-Hop“.

DASDING produziert außerdem so genannte Beitragsserien, z. B. Ausbildungsportraits oder Beitragsserien zu Hobbys.

Ein weiterer Bestandteil im Programm ist die so genannte Bildungslücke. Bei der Bildungslücke geht es darum, über Zusammenhänge, die vielleicht für eine Nachrichtensendung zu komplex sind, um sie innerhalb dieser Sendung zu erklären, einen besonderen Beitrag zu machen, z. B. „Was ist die OECD?“ oder „Was ist ein Bachelor-Abschluss?“

Rheinpfalz

– xxpress – Jugendseite

Ein zentrales Thema, zumeist ein Trendthema oder ein aktuelles Thema, wird einmal pro Woche aufbereitet und zumeist von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der entsprechenden Zielgruppe geschrieben. Die restlichen Inhalte der Seite werden dann von den einzelnen Redaktionen vor Ort mit sehr unterschiedlichen Themen gefüllt. xxpress möchte, dass die Beiträge in einer Sprache verfasst werden, die die jugendlichen Leserinnen und Leser anspricht. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird daher zunächst einmal beigebracht, so zu schreiben, wie sie sprechen. Um interessante Themen für Jugendliche zu finden, werden die folgenden Fragen gestellt: „Was beschäftigt euch gerade in der Schule?“ „Was sind eure Themen auf dem Pausenhof?“ „Was besprecht ihr mit euren besten Freunden?“

Der Themenmix ist sehr unterschiedlich und variiert sehr stark nach Regionen und nach dem Stammkern der Redaktion. Um das gesamte Themenangebot möglichst umfangreich zur Verfügung zu stellen, existiert seit zwei Jahren ein so genannter Themen-



pool. Die einzelnen Redaktionen haben die Möglichkeit, Beiträge, die sie erstellen, auch den anderen Redaktionen zur Verfügung zu stellen.

Das Besondere an der xpress-Seite ist auch das Layout, das sich sehr stark vom Layout der restlichen Rheinpfalz unterscheidet.

– Kinderseite

Kinder bekommen durch die „richtigen“ Nachrichten mit, was gerade aktuell ist, verstehen sie aber nicht richtig, weil sie die Sprache der Erwachsenen nicht verstehen. Die Nachrichten sind für Kinder und manchmal für Erwachsene sehr kompliziert. Genau deswegen ist ein Schwerpunkt auf der Kinderseite das „Nager aktuell“, das die aktuellen Geschehnisse für Kinder aufbereitet. Das heißt, es wird leicht und kurz verständlich ein aktuelles Ereignis dargestellt, wie z. B. die Tsunami-Katastrophe.

Des Weiteren gibt es auch auf der Kinderseite Kurznachrichten. Teilweise wird das Geschehen auch im Nager-Editorial durch Nils Nager kommentiert. Das heißt, die Kinder lernen verschiedene Stilformen wie z. B. Reportage, reine Nachricht und Kommentar kennen und lernen so spielerisch, nebenbei die Zeitung zu lesen und sie auch zu werten.

Außerdem finden sich auf der Kinderseite Erklärstücke, meist in Serien, wie z. B. „Nils und die Maler“, in der kunsthistorische Geschichten aufgegriffen werden.

Die Kinderseite wird häufig auch von Schulen aufgegriffen, was bedeutet, dass die Zeitung auch in der Grundschule bekannter wird. Dies wird auch durch das Projekt „Zeitung in der Grundschule“ unterstützt. In vielen Grundschulen in der Pfalz gibt es regelmäßig Schulunterricht zum Zeitungslesen. Die Zeitung wird in die Schule geliefert und medienpädagogisch zusammen mit dem Lehrer oder dem Redakteur, der die Zeitung erklärt, vor Ort durchgearbeitet.

Schließlich gibt es noch Rätsel und Comics auf der Kinderseite.

Produktionsteam „Wahlzeit“

Die Sendung „Wahlzeit“ soll die Bürger im Vorfeld der Wahlen über diese informieren. Dazu soll über die Kandidaten, Parteien, Themen und Ziele informiert werden. Im Studio sind deshalb Vertreter von allen Parteien bzw. Wählergruppen zu Gast. Als Sendeformat wurde die Diskussion mit Einspielfilmen und Zuschauerfragen gewählt, so dass eine kontroverse Diskussion stattfindet. Die Beteiligung der Bürger erfolgt per Zuschauertelefon, außerdem nehmen Teams auch Umfragen per Video auf, die dann den Politikern zwecks Stellungnahme vorgespielt werden. Das Produktionsteam bietet konkrete Aufgaben zur Qualifizierung junger Menschen wie z. B. Redaktion, Organisation, Technik und Moderation.

„Die junge Wahlzeit“ war Bestandteil der Sendereihe „Wahlzeit“. Die Studiogäste waren Kandidaten der Jugendorganisationen der Parteien zur Stadtratswahl in Trier. Redaktionelle Schwerpunkte waren kommunalpolitische Themen für junge Menschen in der Stadt Trier. Durch die Sendung war die gezielte Ansprache von Jungwählern mit jungen Kandidaten und deren Themen möglich. „Die junge Wahlzeit“ erhielt eine Auszeichnung im Rahmen des Förderpreises für besonders auszeichnungswürdige Beiträge in Offenen Kanälen durch die Landeszentrale für Medien und Kommunikation.

Radijojo

Radijojo ist unabhängig, unparteiisch und religiös nicht gebunden. Radijojo ist es sehr wichtig, Kinder von Werbung fern zu halten. Radijojo will nicht kommerziellen Radios die Möglichkeit geben, die Beiträge von Radijojo zu senden, damit diese ihre Kinderredaktion aus- oder aufbauen können.

Radijojo ist dabei, einen Elternbereich aufzubauen, um eine Schnittstelle zwischen den Kinderthemen und den Elternthemen zu schaffen. Das heißt, die Themen, die behandelt werden, sollen einerseits aus der Elternperspektive beleuchtet werden, andererseits sollen die Kindersendungen die Kinder ansprechen.

Eine weitere Funktion von Radijojo ist, dass der Radiosender sich zukünftig als Plattform für pädagogische und sozial engagierte Institutionen sieht. Radijojo arbeitet mit jungen Arbeitslosen zusammen, die durch die Arbeit wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden sollen.

Radijojo ist eine Plattform für Schülerinitiativen und geht auch mit sehr vielen Produktionen in die Schulen. Beispielhaft wurde im Rahmen des Themas „Kinder in Ost und West“ das Ost- und das Westsandmännchen zur Diskussion gestellt und die Schüler haben Geschichten und Musik dazu geschrieben.

Da Jugendliche sich ihr Weltbild bereits gebildet haben, setzt Radijojo früher an. Mit Hilfe des Radios ermutigen sie Kinder, sich mit Themen auseinander zu setzen, Fragen zu stellen, sich Meinungen zu bilden, kritikfähig zu werden, eigene Stellung zu beziehen und zu verteidigen und insgesamt ein Selbstbewusstsein aufzubauen und Sensibilität für gesellschaftlich relevante Themen zu entwickeln. Das Ganze geschieht in Form von verschiedenen Themen, wie z. B. Kinderrechte, Kultur, Naturwissenschaften, Bildung, Medienkompetenz und politische Bildung.

### c) Versteht sich die Redaktion als „politisch bildend“?

Hasepieler

Die Betreuerinnen und Betreuer vom Hasepieler betrachten die Schülerzeitung als politisch fließend. Alle im Redaktionsteam sind bemüht, aus den verschiedensten Bereichen der politischen Bildung Themen aufzugreifen. Seien es Themen aus der Entwicklungspolitik, aus der Verteidigungspolitik oder auch aus der Bildungspolitik. So finden sich beispielsweise sozialpolitische Themen, die sich durch die Zusammenarbeit des Hasepielers mit dem Seniorenbüro Speyer ergeben. Hier erzählen Seniorinnen und Senioren beispielsweise aus der Vergangenheit des Landes. Die Politik „in Person“ war Herr Dr. Vogel, den die Schülerinnen und Schüler zum Thema „Heimat“ interviewt haben. Der Hasepieler versucht, aktuelle politische Themen in die Zeitung einzubinden, was in einer der letzten Ausgaben am Beispiel des Themas der Europäischen Union geschehen ist. Hierzu haben

die Schülerinnen und Schüler zu Stichworten, die man in der Öffentlichkeit immer wieder hört, versucht, Erklärungen oder nähere Definitionen zu finden.

#### Guggemodo-TV

Politische Bildung entsteht im Arbeitsprozess. Das Wichtigste für die Jugendredaktion von Guggemodo-TV ist die gesellschaftspolitische Partizipation und Relevanz der Jugendlichen. Dadurch, dass Jugendliche aktiv an der Sendung und im Offenen Kanal teilhaben, ihre Beiträge selbst gestalten und aktiv über kulturelle Ereignisse berichten, sind sie mit dabei. Sie nehmen am öffentlichen Leben ihrer Stadt und der Umgebung teil. Dadurch, dass die Jugendlichen durch Besuche der Redaktion bei verschiedenen Sendern auch hinter deren Kulissen schauen können, lernen sie, ihr Leitmedium kritisch zu reflektieren. Dadurch, dass in einem Offenen Kanal viele Generationen zusammenarbeiten, ergeben sich Verbindungen und Verständnis zwischen den Generationen. Die Älteren bekommen Impulse von den Jüngeren. Sehr wichtig ist bei Guggemodo-TV auch der soziale Aspekt. Gemeinschaftlich eine Sendung gestalten bedeutet Teamarbeit. Wenn sich die Jugendlichen nicht miteinander abstimmen, dann wird ihr Beitrag, ihre Sendung eben ins Wasser fallen. Man muss sich absprechen und das klappt nur, wenn alle an einem Ziel arbeiten. Die Jugendlichen lernen die Bedeutung von Partizipation kennen. Durch ihre Sendung und durch die Beteiligung im Sender leisten die jungen Menschen einen großen Beitrag, damit der Offene Kanal gut läuft. Das ist für die Jugendlichen und für die Zukunft des gesamten Offenen Kanals sehr wichtig. Darüber hinaus bietet die Jugendredaktion von Guggemodo-TV den Jugendlichen Arbeitsübungsperspektiven. Sie lernen Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit, sich zu präsentieren, zu reflektieren und Verantwortung zu übernehmen.

#### Kindernetz

Unter der Überschrift „Infonetz“, werden im Kindernetz Informationen aus den Sendungen im Fernsehen noch einmal gebündelt dargestellt. Beispielsweise in der Rubrik „Gewusst“. Dort wird versucht, auf einer Seite kurz und knapp Themen darzustellen, von denen die Verantwortlichen denken, dass es wichtig ist, dass die Kinder wissen, was das genau bedeutet. Dies sind dann auch immer wieder Themen einer politischen Bildung, wie etwa der Begriff der „5 %-Hürde“, „Watergate“ oder andere Inhalte. Im vergangenen Jahr ist in einigen Sendungen im Tigerentenclub das Thema EU-Erweiterung gelaufen. Unterstützend und vertiefend hat das Kindernetz dieses Thema zu einem Schwerpunkt gemacht. Alle Länder der EU wurden den Kindern im Netz vorgestellt. Gerade diese Seiten wurden von den Kindern ganz intensiv genutzt.

#### Wahl-O-Mat

Die Art und Weise und die Nachhaltigkeit einer politischen Bildung bei den jugendlichen Internetbesucherinnen und -besuchern wird bei den Verantwortlichen vom Wahl-O-Mat differenziert betrachtet. Mit der Tiefe und Reichweite der vermittelten politischen Inhalte sieht sich Wahl-O-Mat im gesellschaftlichen Mittelfeld. Den Verantwortlichen geht es jedoch nicht primär um die Vermittlung von politischen Inhalten. Vielmehr geht es darum, dass bei Jugendlichen der erste Schritt hin zur Politik gewagt wird. Im Rahmen der Ausarbeitung der Thesen arbeitet eine kleine Gruppe von Jugendlichen aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammen. So treffen beispielsweise viele Studentinnen und Studenten mit Berufsanfängerinnen und -anfängern zusammen. Gerade Letztere gehen in die Workshops und sagen: „Ich bin total unpolitisch. Das hat mich noch nie interessiert.“ Dann ist es für die Verantwortlichen schon sehr spannend, was dann in diesen Workshops passiert, wenn diese beiden Gruppen aufeinander treffen.

#### CampusTV

Bei Campus TV werden Inhalte kritisch reflektiert und umgesetzt. Die Verantwortlichen sehen in ihrem Medien-Projekt eine künstlerische und auch politische Chance. Bezüglich einer politischen Bildung liegt bei Campus TV der Fokus weniger auf einer politischen Bildung der Zuschauerinnen und Zuschauer. Vielmehr liegt ein Fokus darauf, dass eine politische Bildung innerhalb der Redaktion betrieben wird. Jeder muss selbst seine Meinung zu einem Thema entwickeln. Man muss sich auch mit sehr widersprüchlichen Positionen auseinandersetzen, dabei sehr differenziert abwägen und einem bestimmten Thema am Schluss seine Stimme geben. Das ist ein Lernprozess, den alle Beteiligten bei Campus TV durchleben. Es handelt sich dabei um etwas Kritisches und zugleich Kreatives.

#### ZDF – Logo!

Logo! beschäftigt sich mit politischen Themen. Logo! bringt allerdings nicht nur Nachrichten, sondern erklärt Hintergründe, Zusammenhänge und Auswirkungen. Logo! stellt Kinderfragen und gibt die Antworten.

#### Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.

Der Landesfilmdienst sieht seine Aufgabe dann als erfüllt an, wenn Kinder und Jugendliche anfangen, sich im Prozess des Erstellens eines Mediums mit dem Thema selbst intensiv zu beschäftigen.

#### DASDING/SWR

DASDING versucht immer, den so genannten DINGdreh, das heißt für ein vielleicht auf den ersten Blick unattraktives Thema wie die Kommunalwahlen, einen Dreh zu finden, um es attraktiv zu präsentieren. Bei der Kommunalwahl wurde z. B. die Frage gestellt „Was hat der Skaterpark in meiner Stadt mit der Kommunalwahl zu tun?“, um die Aufmerksamkeit der Jugendlichen zu bekommen. Bei dem Thema EU-Erweiterung wurden Beiträge gemacht, um den Alltag von Jugendlichen in anderen Ländern vorzustellen und die jungen Menschen dafür zu sensibilisieren. Die Medienforschung hat herausgefunden, dass die Jugendlichen von Hörfunk und Fernsehen nicht erwarten, dass sehr viel über Politik berichtet wird. Die Jugendlichen wollen in erster Linie unterhalten werden.

Rheinpfalz

– xpress – Jugendseite

Es ist schwierig, Jugendliche für politische Themen zu interessieren und zu begeistern. Das Konzept der xpress-Seite ist, dass Themen an die Redaktion herangetragen werden und diese sie entsprechend aufbereitet. Die Jugendlichen merken oft gar nicht, dass das, mit dem sie sich gerade beschäftigen, eigentlich politisch ist. Wenn Jugendliche ein Problem haben, handelt es sich zu meist um etwas Konkretes wie z. B.: „Warum ist unsere Halfpipe so kaputt?“ Oder es muss etwas Aktuelles wie z. B. die Papstwahl sein. Dann interessieren sie sich dafür und wollen auch näher darüber Bescheid wissen.

Die xpress-Jugendseite ist der erste Zugang zur Zeitung.

– Kinderseite

Die Redaktion versteht sich als politisch bildend, da sie immer politische Themen aufgreift. Sie hat z. B. zu der EU-Erweiterung eine komplette Themenseite erstellt oder zu den Wahlen einen „Nager aktuell“ gemacht. Politische Themen werden also aufgegriffen und erklärt. Somit können Kinder mitreden und werden angeregt zu diskutieren und sich mit Sachverhalten auseinander zu setzen.

#### d) Gibt es begleitende Medienforschung/Evaluation?

ZDF – Logo!

Logo! wertet jede Woche Fragebögen aus, in denen nachgefragt wird, was den Kindern an Logo! gefallen hat und was nicht.

Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.

Aufgrund der Tatsache, dass der Landesfilmdienst aus dem vom Bundesministerium für Jugend initiierten Projekt „entimon – Jugend gegen Gewalt für Demokratie“ Fördermittel erhält, ist er zur Evaluation verpflichtet.

DASDING/SWR

DASDING erfährt durch die Medienforschung, wie das Programm bei den Jugendlichen ankommt. DASDING hat 170 000 Hörer am Tag. Für den Bereich Fernsehen sind es ca. 30 000 bis 40 000 Zuschauer pro Sendung und im Internet verzeichnet DASDING pro Monat über eine Million Page-Impressions.

Radijojo

Radijojo hat die Möglichkeit, über das Webradio einzusehen, wie viele Nutzer sie haben.

#### e) Wird versucht, ein direktes Feedback zu erhalten?

Hasepieler

Ein direktes Feedback erfolgt durch die Kommunikation über die Themen des Hasepielers zwischen den Schülerinnen und Schülern und den Redakteurinnen und Redakteuren (beispielsweise während der Pausen etc.). Feedback ist auch über die Internetseite des Hasepielers und in den Redaktionssitzungen möglich.

Guggemodo-TV

Direktes Feedback ist über die Internetseite von Guggemodo-TV möglich und erwünscht.

Kindernetz

Direktes Feedback ist beispielsweise über die Internetseite vom Kindernetz möglich und erwünscht.

Wahl-O-Mat

Direktes Feedback ist beispielsweise über die Internetseite von Wahl-O-Mat möglich und erwünscht.

CampusTV

Auf der Webseite von CampusTV kann man ein Feedback auf die Sendungen erhalten. Man sieht, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer untereinander kommunizieren und Themen besprochen werden. Das geht von menschlichen bis hin zu inhaltlichen Bereichen. Diese Offenheit soll die Diskussionsfreudigkeit der Studierenden anregen und der Redaktion bei ihrer Auseinandersetzung mit der Sendung und bei Vorbereitung von Themen helfen. Diese Art der Rückmeldung ist den Verantwortlichen von CampusTV sehr wichtig.

ZDF – Logo!

Der Draht zu den Zuschauern ist Logo! wichtig. Jede Woche fragt Logo! mit Fragebögen bei den Kindern nach, was ihnen an Logo! gefallen hat und was nicht. Daran beteiligen sich Schulklassen, aber auch einzelne Kinder. Die Logo!-Redakteure gehen auch regelmäßig in Schulen, führen Sendungen vor und lassen die Reaktionen der Kinder auf sich wirken. Auch durch die Logo!-Hotline, das Telefon und E-Mails erhält die Logo!-Redaktion ein Feedback.

Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.

Ein Feedback erhält der Landesfilmdienst über intensiven Kontakt mit den Gruppen vor Ort, aber auch mit Fragebogen, die die Erfahrungen mit dem Projekt und dessen Weiterentwicklung abfragen.

**DASDING/SWR**

DASDING hat mehrere Möglichkeiten für die Jugendlichen, ein Feedback zu geben und sich in das Programm einzumischen. Im Bereich des Hörfunks und auch des Fernsehens können sich die Jugendlichen über das Telefon in die Sendung einschalten. Auch per E-Mail ist ein Feedback direkt ins Studio oder in die Internetredaktion möglich. Es existiert ein Chat, der zu Sendungen rege besucht wird. Gelegentlich gibt es auch Themenchats, außerdem umfangreiche Foren zu Themen wie z. B. Studiengebühren, Verhütung oder ähnliches.

**Rheinpfalz**

Auf der Kinderseite hat Nils Nager eine eigene E-Mail-Adresse und eine eigene Postanschrift.

**Radijojo**

Radijojo erhält ein Feedback bei Kinderfesten, bei denen sie Zettel verteilen. Außerdem arbeitet Radijojo mit Kindern in den Schulen und bei Veranstaltungen zusammen und bekommt dadurch ein direktes Feedback. Im Rahmen der Sendereihe „Kinder in Ost und West“ ist Radijojo in die Schulen gegangen und hat sich ein Feedback eingeholt, das auf der Website veröffentlicht ist.

**f) Wird versucht, die Kinder/Jugendlichen am Produktionsprozess zu beteiligen?****Hasepieler**

Beim Hasepieler ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, den Schülerinnen und Schülern sehr wichtig. Für die Beteiligung im Rahmen des Redaktionsteams gilt, dass in den Redaktionskonferenzen besprochen wird, welche Themen zur Bearbeitung anstehen, wer sich um die einzelnen Themen kümmert, welche Illustration man braucht, wer diese anfertigt und wer die Fotos und die Entwicklung macht. Hier wird die Beteiligung organisiert. Wenn die Themen für die Schülerzeitung stehen, dann wird gemeinsam überlegt, wie die Artikel angeordnet werden, wo noch etwas ergänzt werden muss, wie die Schülerzeitung gebunden wird und wie das Titelbild aussehen soll. Die Schülerinnen und Schüler der gesamten Schule sollten aktiv eingebunden werden. Dafür stellt ihnen die Redaktion vom Hasepieler einen umfangreichen und interaktiven Aktionsspielraum zur Verfügung. So können zum Beispiel selbst gestaltete E-Cards ausgetauscht werden.

**Guggemodo-TV**

Die Beteiligung der Jugendlichen erfolgt in der ganzen Bandbreite des Projekts. Diese Redaktionssitzungen von Guggemodo-TV laufen sehr demokratisch ab. Die betreuende Pädagogin sieht sich nur als Moderatorin. Sie bringt Vorschläge ein, gibt vielleicht Impulse oder Themenvorschläge. Aber die Entscheidung, was genau gemacht wird, welche Themen gewählt werden, was interessant ist für Guggemodo-TV, wird demokratisch mit Mehrheitsbeschluss durch Abstimmung beschlossen.

**Kindernetz**

Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen im Kindernetz erfolgt größtenteils unter der Rubrik „Netztreff“. Dort haben die Kinder viele Möglichkeiten, sich zu beteiligen und sich selbst darzustellen. Es gibt zahlreiche Foren, die ständig vorhanden sind, wie etwa ein Mädchen- oder ein Jungenforum oder das Quasselforum, das für allgemeine Themen bereitsteht. Ansonsten gibt es Themenforen, die immer wieder wechseln. Aus den redaktionellen Beiträgen im Kindernetz wird von den Verantwortlichen jede Woche ein Beitrag der Kinder ausgewählt, den man besonders herausstellt, um eine Diskussion zu diesem Thema zu unterstützen und anzuregen. Gestaltet wird das Ganze über ein Webmenu. Programmierkenntnisse sind dafür nicht erforderlich. Die Verantwortlichen von Kindernetz sehen darin eine Erklärung, warum bei diesem Angebot der Mädchenanteil bei 70 % liegt.

**Wahl-O-Mat**

Bei Wahl-O-Mat beteiligen sich zehn bis 15, manchmal auch 20 Jugendliche, Erst- und Zweitwähler. Der Wahl-O-Mat wird meistens in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung des jeweiligen Landes und dem Landesjugendring erarbeitet. Die beteiligten Jugendlichen werden dann über den Landesjugendring aufgerufen mitzumachen. Sie sollen Erst- oder Zweitwähler sein, sollen aus allen Schulformen kommen (Ausbildung, Studium, Fachhochschule) und Mädchen und Jungen sollen gleichgewichtet partizipieren. Die inhaltliche Arbeit am Wahl-O-Mat wird von einem Team von Politologen, Pädagogen, Statistikern und den Organisationen der Partner begleitet. In diesem Thesenfindungsprozess haben die Organisatoren ein Mitspracherecht. Im Nachgang werden die beteiligten Jugendlichen über einen Mailverteiler immer wieder über den Wahl-O-Mat informiert. Abschließend werden sie, wenn der Wahl-O-Mat programmiert ist, zur Pressekonferenz eingeladen.

**CampusTV**

Bei CampusTV findet im strengen Sinne keine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen statt. Die Studierenden organisieren ihr Projekt selbst und ohne Moderation eines „Erwachsenen“. Dennoch sind auch die Studierenden in einen begleitenden pädagogischen Prozess eingebunden, indem sie durch Praktikerinnen und Praktiker und Vertreterinnen und Vertreter aus der Wissenschaft unterstützt werden.

**ZDF – Logo!**

Ein regelmäßiges Sendungselement bei Logo! sind die Logo!-Kinderreporter. Die Kinder werden aktiv in die Fernsehsendung einbezogen. Logo! – mein Zeitungsfoto ist eine Mitmachaktion, die einmal im Monat stattfindet. Die Redaktion fordert die Kinder stetig auf, Zeitung- oder Zeitschriftenfotos einzusenden und zu kommentieren, warum ihnen diese Fotos besonders gefallen oder was sie daran betroffen gemacht hat. Auch über diese Aktion bekommt Logo! genau mit, was Kinder am politischen und gesellschaftlichen Leben interessiert und was sie denken. Außerdem startet Logo! viele Umfragen, um die Meinung der Kinder zu aktuellen Themen in der Sendung zu bringen.

Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.

– DiG.iT – digitale Medienproduktion

Wenn bei DiG.iT vor Ort ein Film entsteht oder ein Hörspiel gemacht wird, werden dabei auch Themen behandelt, die von den Jugendlichen selbst ausgewählt werden. Für DiG.iT bedeutet die medienpädagogische Arbeit kein Selbstzweck, sondern für DiG.iT dienen die Medien als Medium, um sich mit einem Thema inhaltlich auseinander zu setzen. Dies sind sehr oft auch politische Themen, wie Demokratie, Toleranz, Rassismus, Gewalt oder auch die Auseinandersetzung mit Drogen.

DASDING/SWR

Von Anfang an wurde darauf geachtet, dass DASDING von jungen Leuten gemacht wird. Aufgrund der pädagogischen Verantwortung für die jungen Leute gibt es die Regel, dass die Jugendlichen höchstens zwei Jahre bei DASDING arbeiten dürfen.

Rheinpfalz

Die xxpress-Jugendseite wird von Kindern und Jugendlichen für Kinder und Jugendliche gemacht.

Produktionsteam „Wahlzeit“

„Die junge Wahlzeit“ ist eine Sendung für junge Leute, die auch von Jugendlichen gemacht wird.

Radijojo

Der Pear-to-Pear-Ansatz, Kinder machen Radio für Kinder, ist für Radijojo wichtig. Ältere Kinder bieten ein Vorbild für jüngere Kinder und die Kinder werden dazu animiert, selbst mitzumachen.

**g) Ist es vorstellbar, dass Kinder/Jugendliche „echte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ der Redaktion sein können?**

Hasepieler

Die Schülerinnen und Schüler sehen die betreuenden Lehrerinnen und Lehrer als Kollegen. Die Kinder und Jugendlichen sind nicht immer, aber manchmal schon, auf die Hilfe von Lehrerinnen und Lehrern angewiesen. Die Lehrerinnen und Lehrer sind dann vor allen Dingen dafür zuständig, Rechtschreibfehler zu korrigieren. Alles andere wird im Prinzip zusammen mit den anderen Kolleginnen und Kollegen in Konferenzen oder in Teams besprochen. Die Schülerinnen und Schüler vom Redaktionsteam des Hasepielers sind davon überzeugt, dass sie alle echte Mitarbeiter sind. Denn alle können immer ihre eigenen Ideen einbringen. Sie sehen sich von den Erwachsenen ernst genommen und fühlen sich an allen Aktionen beteiligt.

Guggemodo-TV

Bei Guggemodo-TV haben die Jugendlichen eine große Verantwortung. Nur wenn sie sich selbst als echte Mitarbeiter sehen, kann eine Sendung erfolgreich sein. Bei Drehterminen müssen die Jugendlichen die Technik organisieren und planen, wie viele Kameras man braucht, wie viele Bänder benötigt werden und wer den Ton macht. Das wird ganz demokratisch in den Teams aufgeteilt.

Kindernetz

Im strengen Sinne ist dies beim Kindernetz nicht der Fall. Jedoch dort, wo Kinder selbst die virtuelle Kommunikation steuern, bestimmen hauptsächlich sie die Themen und Inhalte. Das sind dann meist Themen über Musikbands und Stars, alles, was in der Popmusik gerade angesagt ist. Als die Sendung „DSDS – Deutschland sucht den Superstar“ lief, wurde darüber viel und ausgiebig diskutiert. In der Erhaltung der Lebendigkeit des Kindernetzes ist die Mitarbeit der Kinder und Jugendlichen demnach sehr wichtig.

Wahl-O-Mat

Letzten Endes hat das Team der Politologen, Pädagogen und Statistiker die Redaktionsvollmacht.

CampusTV

Alle studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrachten sich als „echte Mitarbeiter“.

DASDING/SWR

Das Motto von DASDING ist „Junge Menschen für junge Menschen“. Das Ding wird gemacht von Schülern und Studenten zwischen Schule und Beruf. Das Durchschnittsalter der Redaktion beträgt 21 Jahre.

Die jungen Mitarbeiter lernen bei DASDING durch die Anwesenheit in der Redaktion. Es gibt jeden Tag zwei Redaktionskonferenzen. Jeder soll Themen mitbringen, die ihn beschäftigen, Themen über die er am Abend zuvor in der Kneipe geredet hat oder die er in der Zeitung gelesen hat. Dann wird darüber diskutiert, welche Umsetzung zu diesem Thema sinnvoll ist. Dabei wird die Frage gestellt „Was würdest du mit deiner besten Freundin am Telefon besprechen?“ Die Jugendlichen sollen keine Sprecherziehung machen, sondern reden wie sie wollen. DASDING will nicht den erfahrenen Berufs Jugendlichen als Radiomoderator, sondern die Jugendlichen, die vielleicht häufiger Fehler machen, aber näher an der Zielgruppe dran sind. Wichtig ist die Augenhöhe in der Ansprache und auch in der Erklärhaltung. Es soll locker über Themen gesprochen werden, genauso wie dies auch in der Kneipe oder im Freundeskreis geschieht.

Rheinpfalz

– xxpress – Jugendseite

Die xxpress-Jugendseite wird von Kindern und Jugendlichen für Kinder und Jugendliche gemacht. Dazu sind in den verschiedenen Lokalredaktionen einzelne xxpress-Redaktionen angesiedelt. In diesen Redaktionen arbeiten freie Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter aus Schulen, aber auch schon Studentinnen und Studenten an den redaktionellen Inhalten. Sie werden entweder von einem Redakteur der Rheinpfalz oder von freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betreut, die die Leitung dieser Seite vor Ort übernehmen. Die Jugendlichen vor Ort wollen sich weniger mit Themen beschäftigen, die z. B. ihre Schule betreffen, sondern vielmehr mit bundesweiten Themen und mit Themen wie Konzerte, aktuelle Musikgruppen oder Fernsehserien.

– Kinderseite

Die Redaktion hält es nicht für sinnvoll, dass Kinder eine Kinderseite machen, weil der Erfahrungshorizont zu gering ist.

Radijojo

Der partizipatorische Ansatz ist Radijojo sehr wichtig. Die Kinder interviewen Politiker und durch dieses Learning by Doing können sie sich selbst stärker einbringen. Das hat für die Hörer den Vorteil, dass die Beiträge eher wahrgenommen und angenommen werden. Dadurch, dass Kinder für Kinder Beiträge erstellen, ist es glaubwürdiger. Wichtig ist, dass dabei auch Spaß und Spannung involviert sind.

## IX. Zusammenfassung der Anhörung zum Thema „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005

### I. Forschungsergebnisse zu dem Thema „Jugend und Medien“

Im Rahmen ihrer Anhörung zum Thema „Jugend und Medien“ informierte sich die Enquete-Kommission zunächst über die zu diesem Bereich vorliegenden Forschungsergebnisse. Dazu hat sie Frau Dr. Helga Theunert, Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, gebeten, die nachfolgenden Fragen zu beantworten.

1. Was sind die wesentlichen Ergebnisse der Rezipientenforschung, speziell auf Kinder und Jugendliche bezogen?
2. Gibt es valide Forschungsergebnisse, die den Zusammenhang von Medienkonsum und politischem Verhalten (Wahl, politisches Engagement, Parteizugehörigkeit) erläutern?
3. Gibt es Forschungsergebnisse, die die Verantwortung der Medien im Bereich der „politischen Bildung“ belegen?
4. Gibt es Forschungsergebnisse, die Aussagen zur Akzeptanz verschiedener medialer Formate (im Bereich politischer Information/ nicht politischer Information/Unterhaltung) bei Kindern und Jugendlichen geben?
5. Gibt es wissenschaftliche Aussagen über Informationsverluste durch „falsche, unverständliche Mediensprache“?
6. Gibt es wissenschaftliche Ergebnisse über geschlechtsspezifische und sozial relevante Zusammenhänge (insbesondere Migration) zwischen Medienkonsum und Engagement?

Frau Dr. Theunert beantwortete die oben genannten Fragen zusammenfassend wie folgt <sup>261)</sup>:

Die Medien sind die wichtigste Informationsquelle für Jugendliche (zwölf bis 17 Jahre). Für ein Drittel der Jugendlichen sind Medien sogar wichtiger als Personen (z. B. Eltern) und Institutionen ihres sozialen Umfelds (z. B. Schule). Mit dem Alter nimmt diese Wichtigkeit der Informationsquelle Medien kontinuierlich zu.

Das Fernsehen ist das wichtigste Informationsmedium von Jugendlichen. Drei Viertel der Jugendlichen nutzen das Fernsehen täglich, um sich zu informieren. Im Vergleich dazu ist die Tageszeitung nur für ein Drittel als kontinuierliches tägliches Informationsmedium relevant. Hier haben eindeutig die bildungsbevorzugten Jugendlichen die Dominanz.

Zentrale Faktoren beeinflussen, wie Medien wahrgenommen werden, was aus den Angeboten selektiert wird, wie die Nutzungsstruktur aussieht, wo die Vorlieben liegen und vor allen Dingen wie Medieninhalte in Bezug auf den eigenen Alltag interpretiert und verarbeitet werden. Sie beeinflussen auch, mit welchen Erwartungen und Interessen Kinder und Jugendliche an die Medien herangehen und welche Fähigkeiten und Chancen sie haben, um mit Medienwelten kompetent umzugehen.

Das Alter spielt eine wichtige Rolle, das Geschlecht ist sekundär und führt nur in einzelnen Aspekten zu Unterschieden. Zum Beispiel ist es so, dass sich die Jungen häufiger Nachrichten aus dem Internet herunterziehen als die Mädchen. Wenn es um Informationen geht, dann ist eigentlich der Bildungshintergrund der entscheidende Faktor und der ist in Deutschland mit der sozialen und kulturellen Herkunft verzahnt. Der Bildungshintergrund ist das, was am deutlichsten diskriminiert.

Heranwachsende aus bildungsbenachteiligten Milieus haben weniger Chancen, einen kompetenten Zugang – das heißt einen kritisch-reflexiven Umgang – zu medialen Informationswelten zu entwickeln. Textbasierte Informationsmedien wie zum Beispiel Print oder auch das Internet sind ihnen weniger zugänglich und wichtig. Sie favorisieren das, was man als Boulevardinformation bezeichnet, und zwar in allen Medien. Sie erachten Talkshows als Information oder auch „Real-Live-TV“, also Formate, wie zum Beispiel „Notruf“.

261) Vgl. Protokoll der 17. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 20. Mai 2005, Teil III, S. 12 bis 20 und Vorlage EK 14/3-70.

Die Jugendlichen nutzen das Internet, das ein wichtiges Informationsmedium ist und immer wichtiger wird, unterschiedlich. Gymnasiasten zum Beispiel haben zu 34 % einen eigenen Zugang, Hauptschüler haben dies nur zu 23 %. Gymnasiasten nutzen das Internet regelmäßig zu 67 %, Hauptschüler tun dies nur zu 46 %. Die Ausschöpfung des Informationswerts setzt voraus, dass man ein Selegierungswissen, ein Strukturwissen hat und man zwischen Informationen, die einen seriösen Boden haben, und solchen, die das nicht haben, differenzieren kann.

Diese Fähigkeiten können bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche weniger entwickeln als bildungsbevorzugte. Daran ändert die Schule erst einmal nichts. Auch die erhöhte Ausstattung, die in den Haushalten mittlerweile vorhanden ist, ändert nichts, denn das ist keine Frage der technischen Ausstattung sondern der Reflexion.

Wenn man Jugendliche fragt, was für sie Information ist, dann ist man ganz schnell etwas irritiert; denn da taucht die „Tagesschau“ genauso auf wie „Explosiv“, nachmittägliche Talkshows und die gesamte Palette der Gerichtsschows. All das ist für Jugendliche Information im Fernsehen, und zwar relevante Information, die sie für ihr Leben als wichtig erachten.

35 % der Zwölf- bis 17-Jährigen nutzen Nachrichten regelmäßig, um sich über Weltgeschehen und nationale Politik – das sind die beiden Hauptnennungen – zu informieren. Die Nachrichtenrezeption steigt eindeutig mit dem Alter. Die 16- und 17-Jährigen zum Beispiel nutzen Nachrichten doppelt so häufig wie die Elf- und 13-Jährigen. Das hat seinen Grund darin, dass sich in der Altersspanne auch das Interesse an Politik entwickelt.

Jugendliche mit höherem Bildungsstand nutzen die Nachrichten ebenfalls eindeutig häufiger, und zwar ist hier das Verhältnis 44 % mit höherem Bildungsstand zu 31 % mit niedrigerem Bildungsstand. Der Bildungsstand in diesem Fall bezieht sich nicht auf den eigenen Schulbesuch, sondern auf den Bildungsstand, der in der Familie vorhanden ist, das heißt, ob die Eltern eine höhere Schulausbildung haben oder nicht.

Etwas anders sieht es in den Augen der Jugendlichen bei dem zweiten Informationsgenre aus, nämlich bei den Boulevardmagazinen, die von 32 % der Jugendlichen täglich zur Information genutzt werden. Hier ist es eindeutig so, dass die bildungsbenachteiligten Jugendlichen in der Überzahl sind. Mit 39 % stellen sie den mehr als doppelt so hohen Anteil als bildungsbevorzugte Gruppen. Bildungsbevorzugte Jugendliche bemessen den Informationswert von Fernsehangeboten immer nach dem Kriterium der Relevanz für die Allgemeinheit. Sie nutzen unter dieser Perspektive vorwiegend Nachrichten. Mit dem Infotainment machen sie sich einen Spaß, aber sie nehmen es nicht ernst. Bildungsbenachteiligte Jugendliche bemessen das, was das Fernsehen ihnen bietet, nach der Maßgabe der subjektiven Nützlichkeit für den eigenen Alltag. Sie greifen unter dieser Perspektive auf das Infotainment zu, auf die ganze Palette, die sie als Lebenshilfe betrachten. Gesellschaftlich relevante Informationen wie die Nachrichten erreichen diese Jugendlichen eher zufällig, vor allen Dingen dann, wenn sie auf der Suche nach Unterhaltung oder Anregung ihre bevorzugten Privatsender durchforsten. Dann nehmen sie auch einmal die Nachrichten mit. Aber das ist nicht systematisch.

Es finden sich zwei Weltbilder bei Jugendlichen. Die eine Hälfte der Jugendlichen begreift sich als einen Teil der Welt. Man findet in dieser Gruppe fast nur bildungsbevorzugte Jugendliche, die eine humanistische Grundhaltung zeigen, das heißt, Werte wie Toleranz, soziale Gerechtigkeit spielen bei diesen Jugendlichen eine ganz große Rolle. Sie haben einen sehr weiten Horizont. Sie betrachten nicht nur den eigenen Lebensraum, sondern auch nationale und internationale Welten und haben ein offenes Ohr für globale Fragen. Sie sind auch bereit, sich zumindest verbal in Nahräumen wie auch in Fernräumen zu engagieren. Diese Jugendlichen haben eine ganz dezidierte und ganz klare Kritik an der Politik. Ihr Gegenmodell gipfelt sozusagen in der Forderung nach Mitbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft, also nach Sich-einmischen-Können. Aus der seriösen Fernsehinformation, die diese Gruppe ansteuert, zieht sie Nutzen, erweitert ihr Wissen, holt sich Argumentationen und differenziert ihre humanistische Grundhaltung aus. Die Fernsehinformation öffnet ihnen sozusagen die Möglichkeit, an der Welt teilzunehmen, also Gewinn daraus zu ziehen.

Die andere Hälfte der Jugendlichen begreift das Ich sozusagen als die eigentliche Welt. Diese Jugendlichen sind primär bildungsbenachteiligt, sie sind auf sich konzentriert bzw. auf die Belange ihres unmittelbaren sozialen Umfelds. Wenn sie sich für politische Fragen interessieren, dann muss ihr Umfeld davon direkt tangiert sein, sonst finden sie es nicht bedeutsam für sich. Der Horizont dieser Jugendlichen endet an der eigenen Erfahrungswelt, spätestens an der nationalen Grenze. Was jenseits dieser beiden Grenzen liegt, trifft diese Jugendlichen nur in Ausschnitten und meistens nur in Ausschnitten, die sie als Bedrohung wahrnehmen, als Bedrohung für das eigene Wohlergehen, für die eigene Sicherheit und für die eigene Zukunft. Politik ist für diese Jugendlichen eine anonyme, eine unbeeinflussbare Macht. Die einzige politische Aktivität, die sie in Erwägung ziehen, ist Wählen gehen. Mehr mitmischen können sie sich gar nicht vorstellen. Diese Jugendlichen werden von der seriösen Fernsehinformation so gut wie nicht erreicht. Sie schauen auf das Infotainment und sie bestätigen sich über dieses Infotainment, das sehr stark auf Einzelschicksale, auf spektakuläre katastrophale Geschehnisse abhebt. Darüber bestätigen sie sich eigentlich fortwährend ein Weltbild, das auf Schicksalhaftigkeit und Bedrohung verengt wird. An dieser gefährlichen Welt wollen sie überhaupt nicht partizipieren.

Der Weg aus diesem Kreislauf führt eigentlich nur über die Bildungsvoraussetzungen. Wenn Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Herkunftsmilieus überhaupt andere Orientierungen zeigen, dann deswegen, weil sie selbst einen höheren Bildungsstand über den Schulbesuch erreicht hatten. Das wirkt sich nachhaltig aus.

In der Verantwortung der Medien liegt es, verständlich und klar über Politik zu informieren und nicht nur Köpfe- und Parteienpolitik in den Vordergrund zu stellen, sondern Themen und deren Relevanz klar zu machen. Diese Verantwortung gilt besonders für das private Fernsehen, weil die Jugendlichen primär dieses konsumieren. Die „Tagesschau“ ist zwar auch bei Jugendlichen der „Renner“, aber nur, wenn sie aus Elternhäusern kommen, die die „Tagesschau“ geschaut haben. Diese Elternhäuser werden immer älter. Deswegen müssten im Prinzip die privaten Sender Nachrichten anbieten, die Jugendliche ansprechen und die diese Klarheit haben. Es wäre sicherlich sehr positiv, Magazine anzubieten, die sich mit politischen Sachverhalten befassen.

Es sind keine aktuellen Untersuchungen bekannt zu der Frage, ob es echte Verständnisunterschiede gibt bzgl. des Sprachgebrauchs im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und im Bereich Infotainment. Infotainment kommt leichter daher. Es kommt so daher, als könnte man es leichter verstehen, leichter mit sich in Verbindung bringen, leichter in seinen Alltag übertragen und es ist nicht so schwer wie die „Tagesschau“. Politik ist so, wie sie in den Nachrichten präsentiert wird, eine sehr ferne und sehr komplizierte Angelegenheit. Es werden viele Begriffe gebraucht, die im Alltag nicht geläufig sind und die man verstehen muss. Man muss ein Hintergrundwissen haben, um Nachrichten wirklich zu verstehen.

## II. Diskussion mit Vertretern des öffentlich-rechtlichen und des privaten Fernsehens sowie eines privaten Radiosenders über die Verantwortung der Medien im Bereich der politischen Bildung

Die Enquete-Kommission hat die Anzuhörenden gebeten, zu den nachfolgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Nehmen Sie Stellung zu den Vorwürfen/Forderungen, die die Enquete-Kommission immer wieder von Jugendlichen vorgetragen bekommen hat:
  - a) Man kann sich in den Medien ja gar nicht ordentlich über Politik informieren: Man versteht die Sprache nicht, es sind uninteressante Themen, die Interessen der Jugendlichen werden dort überhaupt nicht behandelt, Politik wird nur ätzend dargestellt: Streit, Skandale, Politiker, die sich selbst bereichern, Politiker, die sich gegenseitig schlecht machen.
  - b) Die Formate sind nicht jugendgerecht.
  - c) Es sollte Sendungen/Beiträge/Artikel von Jugendlichen für Jugendliche geben.
  - d) Es sollte viel mehr über Politik für Jugendliche berichtet werden.
  - e) Aktivitäten von Kindern/Jugendlichen haben scheinbar keinen Stellenwert. Es wird fast nie darüber berichtet.
2. Sehen Sie „(politische) Bildung für Kinder und Jugendliche“ (evtl. „spezielle Informationen für Kinder und Jugendliche“) als eine wesentliche Aufgabe Ihres Senders?
3. Wie sehen Sie die Verantwortung Ihres Senders im Bereich der politischen Bildung?
4. Gibt es in Ihrem Haus eigene Untersuchungen über die Akzeptanz Ihres Senders bei Kindern und Jugendlichen?
5. Fließen in Ihre redaktionelle Konzeption Ergebnisse der Medienforschung ein?
6. Sehen Sie die Jugendforderung nach einer „Sprachreform in den Medien“ als gerechtfertigt an?

Da nicht alle Anzuhörenden ihre Ausführungen an dem Fragekatalog ausrichteten, sind die jeweiligen Ausführungen der Anzuhörenden nachfolgend zusammenfassend dargestellt:

### 1. ZDF, Frau Susanne Müller, Leiterin der Hauptredaktion Neue Medien <sup>262)</sup>

Das Interesse an Politik bei Jugendlichen ist sehr stark rückläufig. 1991 haben sich noch 55 % der Jugendlichen für Politik interessiert, 2003 waren es nur noch 30 %. Offensichtlich findet zurzeit eine Konzentration auf andere Interessen statt. Die Suche nach Orientierung ist weniger politisch, sondern sehr viel mehr pragmatisch-individualistisch geprägt. Übergreifende gesellschaftliche Themen wie z. B. Ökologie stehen weniger im Mittelpunkt. Vielmehr sind die Jugendlichen an konkreten und praktischen Problemen orientiert, die für sie mit persönlichen Chancen und Perspektiven zu tun haben.

Im Prozess der Orientierungssuche kommt den Medien eine große Rolle zu. Die Jugendlichen verfügen über ein breites mediales Angebot, das vom Handy über den Fernseher bis zum Computer reicht. Das Fernsehen ist nach wie vor das meist genutzte Medium. Das ZDF hatte im Jahr 2004 bei den 14- bis 19-Jährigen einen Marktanteil von 4,5 %. Die beliebtesten Sender dieser Altersgruppe sind RTL und Pro 7. RTL hat bei den 14- bis 19-Jährigen einen Marktanteil von 16,6 % und Pro 7 von 18,8 %. RTL II hat einen Marktanteil von 10 %. Die Zahlen ergeben sich aufgrund der besonderen Interessen und Neigungen der Jugendlichen. Jugendliche sind an Informationsprogrammen weniger interessiert. Ihre wesentlichen Präferenzen liegen in unterhaltenden und fiktionalen Programmen. Dies sind Soaps, Comedyprogramme und Spielfilme.

Das ZDF hat bei Jugendlichen das Image besonders langweilig, schwerfällig, wenig mutig und wenig modern zu sein. Es wird als zu informationslastig und traditionell charakterisiert. Das ZDF hat in seinem Programm 51 % Information, aber das ist offensichtlich nicht die Information, die Jugendliche suchen. Insofern besteht keine Bindung an den Sender.

Obwohl die Jugendlichen der ARD-Tagesschau, die bei den Jugendlichen beliebter ist als die ZDF-„heute“-Sendung, große Seriosität beimessen, sehen sie mehr Nachrichten in RTL und Pro 7. Die Tatsache, dass Nachrichten bei den Privaten von Jugendlichen positiver angesehen werden als die Nachrichtensendungen bei den Öffentlich-Rechtlichen hat etwas mit der Themenauswahl zu tun. Wenn man die Nachrichten nebeneinander legt, wird es so sein, dass die Topthemen übereinstimmend sind. Aber das, was danach kommt, der große Mittelteil, der in einer Tagesschau oder „heute“-Sendung immer mühsam ist, ist bei den Privaten vielmehr von Mord, Totschlag, Boulevard und Ähnlichem geprägt.

262) Protokoll der 17. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 20. Mai 2005, Teil III, S. 8 bis 11.



Nachrichten, die ein großes und breites Publikum ansprechen, sollten einfacher gemacht werden. Die Gefahr, dass bei der Vereinfachung von Problemen komplizierte Sachverhalte nicht mehr so differenziert dargestellt werden können, besteht. Aber das ist Journalismus, das ist der Unterschied zwischen gut und schlecht. Man kann gleichzeitig reduzieren und richtig bleiben.

Für Jugendliche ist auch ein Boulevard-Magazin oder eine Talkshow eine Informationssendung, weil man dort Informationen erhält, wonach man sich richten soll. Am glaubwürdigsten ist für Jugendliche allerdings die Zeitung.

Die Zielgruppe der Jugendlichen ist sehr klein und wendet am allerwenigsten Zeit für die Fernsichtnutzung auf. Diejenigen, die beim ZDF fernsehen, sind diejenigen, die in der Regel jenseits der 50 sind. Das ist eine sehr große gesellschaftliche Gruppe, die man nicht vergessen darf, da sie sehr viel fernsehen.

Es ist aber nicht so, dass das ZDF keine Jugendsendung gemacht hätte. Es besteht aber das Problem, dass die Jugendsendungen von den Jugendlichen nicht genutzt wurden. Die letzte Sendung „Doppelpunkt“ wurde von Menschen im Alter von über 50 Jahren gesehen, die sich dafür interessierten, was die Jugendlichen diskutieren, hat aber nicht unbedingt die Jugendlichen selbst angesprochen. Die Jugendlichen schauen diese Sender offensichtlich nicht und wollen schon gar keine Sendung für sich, sondern wollen sich offensichtlich im Ensemble aller Sendungen bedienen, ohne Vorschriften gemacht zu bekommen.

Es wäre richtig, über einen Spartenkanal für Jugendliche nachzudenken. Bei solch einem Spartenkanal ist eine Kooperation mit den Privaten möglich, man muss aber sehr genau prüfen, wie. Man muss sich über die Inhalte einig sein und sich auch sehr genau Gedanken darüber machen, wie die Finanzierung und die Werbung aussehen sollen und welche Dinge nicht stattfinden sollen. Es ist möglich, dass sich Jugendliche in den Medien nicht ausreichend wieder finden. Um die Altersgruppe der Kinder kümmert sich das ZDF intensiv, z. B. mit der Nachrichtensendung „Logo!“ Mit dem Internetangebot erreicht das ZDF Jugendliche und arbeitet mit jungen Menschen zusammen, um nahe am Publikum zu sein. Im April 2005 waren 27 % der Nutzer des Online-Angebots unter 30 Jahre. Um herauszufinden, was kinder- und jugendgerecht ist, führt das ZDF sehr viele Untersuchungen unmittelbar mit Kindern und Jugendlichen durch. Wenn neue Formate entwickelt werden, werden sie getestet. Aber das heißt noch nicht, dass es letztendlich funktioniert, wenn man die Dinge umsetzt, die die Kinder und Jugendlichen gesagt haben. Deswegen gibt es eine Jugendredaktion. Das ist eine Jugendgruppe, die regelmäßig das Programm besichtigt, bewertet und kritisiert. Auf diese Weise werden immer wieder neue Informationen eingespeist, also nicht nur zu einzelnen Formaten, sondern regelmäßig.

Es besteht die Situation, dass eine gute Nachricht keine Nachricht, sondern nur eine schlechte Nachricht, also ein Skandal, eine gute Nachricht ist.

Es gibt jugendgerechte Formate in der Fernsehlandschaft. Es gibt z. B. Wissenssendungen, die von Jugendlichen gesehen werden.

Möglicherweise gibt es bei der Berichterstattung über Politik für Jugendliche ein Defizit. Dies kann damit zusammenhängen, dass das ZDF Zielgruppen bedienen muss und dass der Anteil der Kinder und Jugendlichen in den vergangenen 20 Jahren viel weniger geworden ist.

Das ZDF sieht seine Verantwortung für die politische Bildung für Kinder und Jugendliche. Im Kinderprogramm wird versucht, diese Verantwortung wahrzunehmen. Es gibt zahlreiche Untersuchungen über die Akzeptanz des ZDF bei Kindern und Jugendlichen. Die Ergebnisse fließen in die redaktionellen Konzepte ein.

Eine Sprachreform in den Medien ist schwierig. Jugendliche wollen nicht, dass man sich ihnen anbiedert. Sie möchten nicht, dass man versucht, irgendeine Art von Jugendsprache zu sprechen, sondern sie möchten nur, dass man so spricht, dass sie es verstehen können. Dies wird beim ZDF schon berücksichtigt. Mit den jüngeren Moderatoren in Nachrichtensendungen ist eine andere Art der Sprache aufgekommen, die vielleicht Jugendliche mehr anspricht.

## 2. Südwestrundfunk, Herr Fritz Frey, Chefredakteur Fernsehen <sup>263)</sup>

Dem Fernsehen kommt bei den Zwölf- bis 19-Jährigen nach wie vor die Rolle des Leitmediums zu. Mit durchschnittlich 188 Minuten Nutzungszeit pro Tag aber liegen die Jugendlichen unter dem Schnitt der Gesamtbevölkerung, der bei 203 Minuten Fernsichtnutzung pro Tag zu verzeichnen ist. Bevorzugt werden von den Jugendlichen Sendungen aus dem Bereich Unterhaltung und Fiktionales. Geht es um das Lieblingsgenre, werden von den Jugendlichen vor allem Comedy und Daily Soaps genannt. Folgerichtig gedeihen mittlerweile in der ARD die Überlegungen Richtung Daily Soap. Eine jugendinformationsorientierte Sendung wird aber, obwohl immerhin 22 % der Jugendlichen Informationssendungen bzw. Nachrichten als Lieblingssendungen bezeichnen, nicht ernsthaft in Erwägung gezogen.

Neben dem Leitmedium Fernsehen sind Computer, Internet und Mobiltelefone die großen Gewinner bei jungen Menschen. Vor allem das Handy ist aus dem Alltag Jugendlicher nicht mehr wegzudenken. Neun von zehn Jugendlichen haben ein eigenes Mobiltelefon. Kein anderes Medium kann auf eine solch weite Verbreitung in solch kurzer Zeit zurückblicken. Dabei ist das Telefonieren nicht das Allerwichtigste. Das Verschicken von SMS ist für Jugendliche die wichtigste Funktion. Im Schnitt erhält jeder Jugendliche ca. fünf Kurznachrichten pro Tag auf seinem Handy. Schon heute empfangen 7 % der Jugendlichen regelmäßig Newsletter, meist zu den Themen wie Sport, Veranstaltungen oder allgemeine Nachrichten. In diesem Bereich öffnet sich ein Zugang zu Jugendlichen, der in seiner Bedeutung noch nicht hinreichend erkannt ist.

263) Protokoll der 17. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 20. Mai 2005, Teil III, S. 21 bis 28.

Die Boomzeit des Internets mit enormen Zuwachsraten scheint zu Ende zu sein. Das Internet hat den Reiz des Neuen verloren. Es ist nicht mehr cool, sondern weitgehend normal. In der Hauptsache wird es zur Kommunikation, zum Versand von E-Mails, aber eben auch zur Information genutzt. Dabei gilt, dass bei den Jüngeren die Kommunikationsmöglichkeiten im Vordergrund stehen, während die Älteren das Internet deutlich stärker auch als Recherche- und Informationsmedium nutzen. Das gleiche Phänomen zeigt sich auch hinsichtlich der formalen Bildung. Gymnasiasten bewegen sich mit einer ausgeprägteren Bandbreite durchs Netz als Hauptschüler und nutzen es nicht nur als Kommunikations-, sondern auch als Informationsmedium.

Jugendliche sind in ihrer Mediennutzung besonders aufgeschlossen gegenüber neuen Medien. Sie sind kreativ in der Handhabung von Medien, wie das Beispiel Handynutzung zeigt, weil sie ein Gerät zum Telefonieren kurzerhand in eines zum Versenden von Textnachrichten umfunktionieren können. Sie überführen mediale Nutzung ganz pragmatisch in den Alltagsgebrauch. Sie sind rigoros in der Reduktion der Medien auf die Funktion des Entspannungs- und Unterhaltungsmittels. Darunter leidet vor allen Dingen das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das im Großen und Ganzen ein Angebot an alle gesellschaftlichen Altersgruppen machen muss. Ganz oben rangieren bei den Jugendlichen die Themen Freundschaft, Musik, Liebe/Partnerschaft, Ausbildung, Beruf, Sport und Mode/Kleidung. Das geringste Interesse bringen die Jugendlichen den Themen Wirtschaft und Politik entgegen.

Ginge es darum, sich eine neue Medienwelt herbeizuwünschen, gäbe es ein flammendes Plädoyer für ein Zielgruppenprogramm, für ein Fernsehen, das die Jugendlichen in ihrer Sprache anspricht, das sie bei ihren Interessen nach kurzweiliger Unterhaltung abholt und behutsam hinführt zu einer jugendorientierten Informationsvermittlung. Der Kinderkanal des öffentlich-rechtlichen Fernsehens hat vorgemacht, wie man verantwortlich und auch unterhaltsam als Spartenprogramm sein Publikum finden kann. Was im öffentlich-rechtlichen Radio in seiner Wellendifferenzierung Alltag geworden ist, kann auch auf das Fernsehen übertragen werden.

Von den Medienforschern weiß man, dass sich zwischen 18 und 21 Uhr um die 40 % der Jugendlichen vor dem Fernseher versammeln. Spezielle Angebote für ein jüngeres Publikum wären also am besten in dieser Zeitspanne zu platzieren. Dieses Zeitfenster aber bildet größtenteils genau die Programmstrecke, in der der Südwestrundfunk mit dem Südwestfernsehen regionale Informationen aufbereitet, auseinander geschaltet in die drei Bundesländer. Dies ist ein schwer aufzulösender Zielkonflikt.

In ihrer Mediennutzung sind Jugendliche, wie dargelegt, rigoros bezogen auf ihre Themen und Interessen. Dies ist aber nicht mit Egoismus und fehlender Bereitschaft zum politischen Engagement gleichzusetzen. Jugendliche engagieren sich durchaus, tun dies aber eher auf eine kurzfristige Art und Weise. Sie scheuen sich, längerfristige Bindungen an Organisationen einzugehen. Sie bevorzugen problem- und projektbezogene Formen. Das heißt, dass die Politik aufgefordert ist, solche Formen anzubieten. Diese jugendorientierten Formen würden zwangsläufig die Integration neuer Medien nach sich ziehen. Das traditionelle Flugblatt hat ausgedient, ersetzt beispielsweise durch ein Handynewsletter.

Versuche, durch gezielt eingestreute Programmangebote, sei es bei ARD oder ZDF, zumindest Punkte bei Jugendlichen zu gewinnen, sind mit wenigen Ausnahmen allzu oft gescheitert. Die Gefahr, die Jugendlichen nicht zu erreichen, sich aber gleichzeitig die Stammzuschauer zu verprellen, hemmt die Bereitschaft, programmlich vor allem mit Informationsangeboten auf Jugendliche zuzugehen. Die Einbindung von Themen aus der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen, beispielsweise ein Bericht über die so genannten LAN-Partys, haben regelmäßig dazu geführt, dass das ältere Publikum verloren ging, aber jüngere nicht hinzugewonnen wurden. Dies ist eine Interessenkollision.

Als Programmanbieter, dessen Stammklientel – unabhängig ob Südwestfernsehen oder das Erste – die 60 hinter sich gelassen hat, muss man zunächst daran arbeiten, behutsam auch die unter 60-Jährigen, die Familien stärker ins Programm zu locken, aber dies ohne die Älteren zu verprellen. Eine abrupte Hinwendung hin zu jugendlichem Publikum würde den Südwestrundfunk zerreißen.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen hat einen etwas anders gelagerten Auftrag als die kommerziellen Anbieter. Man muss sich über die Zielvorgabe klar sein und sich die Frage stellen, wen man mit bestimmten Themen und mit bestimmten Sendungen erreichen will. Wenn diese Ziele nicht erreicht werden, muss man konsequent sein und sich entsprechend von dem Programm verabschieden. DASSING ist z. B. unter Quotengesichtspunkten im Fernsehen aus vielerlei Gründen ein Desaster. Allerdings sollte das öffentlich-rechtliche Fernsehen im Hinblick auf seinen Auftrag auf jeden Fall einen Bezug zu diesem Feld erhalten. Mit dem Kinderkanal wird ein gesellschaftlich verantwortliches Programm angeboten, das jederzeit mit dem öffentlich-rechtlichen Auftrag in Einklang zu bringen ist.

### 3. RTL-Television, Herr Wolfram Kons, Kommunikationsdirektor, Chefredaktion Aktuelles <sup>264)</sup>

RTL hat eine Sprachreform vor 25 Jahren mit seinen ersten Nachrichten eingeleitet und für das Fernsehen etwas völlig neues entdeckt, nämlich den Zuschauer. In den Nachrichten wird weitgehend auf Fremdwörter verzichtet. Die wichtigsten Nachrichten des Tages werden vorangestellt, anschließend folgen softere Themen. Das ist das Erfolgsrezept der Nachrichten von RTL. Der Sender will die Zuschauer an die Hand nehmen. Bei einem Thema wie z. B. Hartz IV macht es wenig Sinn, die Gesetzesvorlagen zu rezitieren, sondern RTL stellt sich die Frage, was steht einem Familienvater mit einer Frau und zwei Kindern zu. Diese Frage wird konkret beantwortet und RTL ist bemüht, dies ausgewogen zu tun.

264) Protokoll der 17. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 20. Mai 2005, Teil III, S. 29 bis 38.

Wir leben in einer so genannten „Häppchenwelt“. Deswegen ist es die Aufgabe von RTL, die „Häppchen“ so zu gestalten, dass sie appetitlich sind und überhaupt noch angenommen werden. Bekannt ist der Satz, der für das Radio genauso wie für das Fernsehen gilt: „Und bist du noch so fleißig, wir kürzen’s auf eins dreißig.“ Wenn diese eins dreißig überhaupt noch wahrgenommen werden, ist es viel. Während die Verweildauer eines deutschen Politikers mit seinem Statement vor 20 Jahren noch etwa 50 bis 55 Sekunden betrug, liegt sie heute um die zehn Sekunden.

Die Hitliste der News-Formate wird seit 2003 bei den Jugendlichen von „RTL aktuell“ angeführt. Das heißt, wenn Jugendliche sich überhaupt noch über Inhalte politischer oder gesellschaftspolitischer Natur informieren, dann tun sie dies zunehmend bei RTL. Damit hat RTL einen respektablen Anteil an der politischen Meinungsbildung.

Für RTL ist es ganz wichtig, dass die jungen Zuschauer nicht nur in der Sprache, sondern auch in der Bildsprache bewusst angesprochen werden. Von der Themenmischung und den Infoformaten fühlen sich die Jugendlichen bei RTL am meisten angesprochen. Politik, Wirtschaft und aktuelles Weltgeschehen wird mit bunten Themen aus dem Bereich Wissenschaft, moderne Medien und Technik, Gesundheit oder auch mit kuriosen Geschichten kombiniert.

RTL hat eine Reihe von Sendungen, die speziell für Jugendliche gemacht sind, z. B. Unterhaltungsformate oder Musiksendungen. RTL hat keine spezielle jugendliche Politsendung. Das gehört nicht zum Auftrag des Senders, sondern ist vor allen Dingen Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. RTL ist ein Mainstream-Sender, der die Angebote für die ganze Familie hat. Nichtsdestotrotz gibt es eine ganze Reihe von Programminhalten, die RTL, ohne dass der Sender dazu verpflichtet wäre, den Jugendlichen näher bringt. Es werden Beiträge z. B. über Jugendparlamente, „Clement auf Ausbildungstour“, Alcopops, Kinderarbeit, Streetworker und anderes gemacht.

Klassische politische Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche anzubieten gehört nicht zum Aufgabenspektrum eines privaten TV-Senders. Nichtsdestotrotz leistet RTL mit großem Aufwand und auf freiwilliger Basis Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche. Es werden Medienpakete und Publikationen zusammengestellt, die den Unterricht in Schulen unterstützen können und sollen.

Politische Bildung für Kinder und Jugendliche ist RTL aber wichtig, weil der Sender weiß, dass er mit großem Abstand Marktführer ist und er somit eine gesellschaftliche Verantwortung hat, der er gerecht werden will. Dieser Verantwortung wird RTL dadurch gerecht, indem er das, was die Menschen wissen müssen, mit dem mischt, was sie wissen wollen und den Zuschauer neutral und möglichst auf den Punkt informiert.

Bei RTL gibt es Untersuchungen über die Akzeptanz des Senders bei Kindern und Jugendlichen. Es gibt u. a. ein spezielles System, das Key Vision heißt. Das ist ein System, bei dem man zeitgleich alle laufenden Programme verfolgen kann. In der Hauptsache werden RTL, PRO 7, SAT.1, ARD, ZDF und VOX verglichen. Parallel zu den laufenden Bildern erkennt man für alle Programme gleichzeitig die Quote. Außerdem gibt es immer wieder RTL-News-Studien. Ziel der Untersuchungen ist die Ermittlung der Nutzung und Bewertung einzelner Fernsehnachrichtensendungen, der Zuschauerinteressen sowie der Detailbeurteilung von „RTL aktuell“ als Hauptnachrichtensendung von RTL.

#### 4. „mitmischen.TV“, Herr Erwin Ludwig, Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit <sup>265)</sup>

„mitmischen.TV“ ist ursprünglich Bestandteil einer Medienkampagne zu „mitmischen.de“, dem Jugendforum des Deutschen Bundestages im Internet. Am 10. November 2004 startete der Deutsche Bundestag gemeinsam mit dem Musiksender VIVA die junge Polit-Talkrunde „mitmischen.TV“. Bei „mitmischen.TV“ diskutieren Schüler, Studenten und politisch engagierte Jugendliche mit Vertretern der Bundestagsfraktionen.

Wichtig ist es, Themen aufzugreifen und zu versuchen, sie für Jugendliche zu übersetzen. Insbesondere sollte herausgearbeitet werden, welche Relevanz diese Themen für Jugendliche und ihr Leben aktuell und auch für die Zukunft haben werden. Der direkte Bezug zu politischen Entscheidungen für die Jugendlichen muss transparenter gemacht werden.

Kinder und Jugendliche können sich sehr gut über Politik informieren. Es gibt Medien für alle Altersgruppen, um sich zu informieren. Die Sprache ist, was die großen Tageszeitungen und die Fernsehsender in den Hauptnachrichten betrifft, oftmals für Jugendliche schwer verständlich. Dies hat damit zu tun, dass die Politik insgesamt immer komplexer geworden ist und dass sich politische Auseinandersetzungen nur um Details ranken.

Es gibt viele Jugendformate, sei es von der Bundesregierung, sei es von der Bundeszentrale für politische Bildung. Auch gibt es bereits Sendungen und Beiträge für Jugendliche, auch viele Internetseiten werden von Jugendlichen gemacht.

Der Bundestag sieht politische Bildung von Kindern und Jugendlichen als wesentliche Aufgabe an. Er wird neben „mitmischen.de“ in Zukunft noch ein Kinderportal eröffnen.

Es gibt keine direkten Untersuchungen über die Akzeptanz von „mitmischen.TV“ bei den Jugendlichen. In die redaktionelle Konzeption fließen Ergebnisse der Medienforschung ein. Die Mitarbeiter selbst nehmen z. B. an Medienseminaren teil.

Die Forderung der Jugend nach einer Sprachreform in den Medien ist nicht gerechtfertigt. Man sollte darauf achten, dass die Artikel verständlich sind.

---

265) Protokoll der 17. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 20. Mai 2005, Teil III, S. 4 bis 6.

### 5. Radio bigFM, Herr Kristian Kropp <sup>266</sup>, Geschäftsführer

Radio bigFM ist ein Privatsender und erreicht 1,6 Millionen junge Menschen jeden Tag.

Die Medien arbeiten massiv gegen das Selbstbild der Politiker, das sie eigentlich gern hätten. Es ist nicht so, dass ein politischer Fernsehjournalist oder ein Radiojournalist ein Interesse daran hat, dass Politik objektiv dargestellt wird. Der Journalist lebt heute vom Kontrast. Wenn er den Kontrast nicht herstellt, hat er keine Aufmerksamkeit. Wenn er keine Aufmerksamkeit hat, hat er keinen Erfolg. Von daher wird er in der Regel immer das Problem suchen.

Medien sind letztendlich mehr den je Wirtschaftsunternehmen, die objektiv nach Angebot und Nachfrage operieren. Sie haben keinen wirksamen Codex. Es gibt kein übergeordnetes Interesse, junge Menschen zu motivieren, an dem Thema „Politik“ teilzunehmen, weil es auch keine Strategie gibt, das letztendlich national zu ermöglichen.

Man braucht aber ein nationales Commitment für die Jugend in Deutschland. Begrüßenswert wäre ein gemeinsamer Spartenkanal von kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Anstalten, denn es ist ein Medium notwendig, das zum einen massenattraktiv entwickelt ist, gleichzeitig aber nicht unter dem wirtschaftlichen Druck steht, täglich auf die Quote schielen zu müssen. Bei einem solchen nationalen Spartenkanal wäre die Interaktion der beste Weg, um junge Menschen mit dem Thema Politik in Verbindung zu bringen.

### III. Schlussfolgerungen

1. In der rheinland-pfälzischen Medienlandschaft gibt es bereits vielfältige Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Die meisten Angebote für Kinder und Jugendliche finden sich in den Städten. Aber auch für den ländlichen Raum gibt es erfolgreiche Beteiligungsformen, wie es beispielsweise das „Best-Practice-Projekt Guggemodo-TV“ gezeigt hat.
2. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Medien-Projekten ist dann nachhaltig und erfolgreich, wenn junge Menschen eigenständig ihre eigenen Perspektiven und Themen einbringen, verarbeiten und präsentieren können, nach dem Prinzip „Medien von Kindern für Kinder“.
3. Formate (TV, Radio, Zeitung, Internet), die von Jugendlichen für Jugendliche gestaltet werden, können erfolgreich sein, weil ihnen eine Informationsvermittlung auf „Augenhöhe“ oft am besten gelingt.
4. Erfolgreiche Partizipation in Medien-Projekten und die Auseinandersetzung mit den Mitteln und Regeln einer professionellen Medienproduktion fördern die Medienkompetenz und die Kritikfähigkeit.
5. Durch das Suchen und die Verarbeitung eigener Themen, der Gestaltung eines eigenen Beitrags von der Recherche bis hin zur Präsentation, wird politisches Handeln bei Kindern und Jugendlichen gefördert.
6. Ein erfolgreiches und nachhaltig durchgeführtes Medien-Projekt ist für junge Menschen eine Möglichkeit, das Beschreiben und Vermitteln der Realität mit ihren eigenen Stil- und Kommunikationsmitteln zu lernen. Kinder und Jugendliche können lernen, wie man sich wahrnehmbar an der öffentlichen Diskussion von politischen Themen beteiligt oder eigene Themen anstoßen kann.
7. Schülerzeitungen sind ein wichtiger Faktor für eine demokratische Schulkultur. Es erscheint empfehlenswert, an jeder Schule (in allen Schularten und für jede Schulstufe) eine Schülerzeitung entstehen zu lassen.
8. Journalistinnen und Journalisten, die mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam an Themen und Sendeformaten arbeiten, können viel von den jungen Menschen über deren Perspektiven, Sprache und Themenprioritäten erfahren.
9. Aus dieser Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen können Sendeformate und neue Themen entstehen, die auch bei den eher passiven und konsumierenden jungen Menschen Interesse für politische Themen wecken können. Deshalb müsste es ein grundlegendes Bedürfnis für die Redaktionen aller Medien sein, Kinder und Jugendliche mehr an der Programmgestaltung zu beteiligen.
10. Leider findet nicht genügend Beteiligung von Kindern und Jugendlichen statt. Aus gemeinsamen Projekten könnten deshalb Vorschläge und Hinweise erarbeitet werden, die anderen Medienschaffenden, die nicht mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten, die Perspektive von jungen Menschen aufzeigen. Dies wäre ein Hinweis, um sie künftig in die eigene alltägliche Arbeit mit einzubeziehen.
11. Das Internet bietet für die Beteiligung junger Menschen eine Vielzahl von Möglichkeiten und ein enormes Potential: Kinder und Jugendliche können politische Themen im Internet lesen, diese aber gleichzeitig auch bearbeiten, neue Schwerpunkte setzen oder gänzlich neue, eigene Kommentare „online“ stellen. Das Internet bietet auch die Möglichkeit, sich über Beteiligungsprojekte zu informieren (bspw. [www.net-part.rlp.de](http://www.net-part.rlp.de)).
12. Diesen Chancen stehen aber auch Gefahren gegenüber. Deswegen ist eine Einrichtung wie [www.jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net) unverzichtbar. Das Best-Practice-Projekt „Kindernetz“ des SWR zeigt, wie gerade Kinder verantwortungsvoll in die virtuelle Welt des Internets durch Erwachsene begleitet werden können.

<sup>266</sup>) Protokoll der 17. Sitzung der Enquete-Kommission EK 14/3 „Jugend und Politik“ am 20. Mai 2005, Teil III, S. 39 bis 45.

13. Beteiligungsprojekte, in denen Kinder und Jugendliche (mit fachlicher Unterstützung) selbständig ein Medien-Angebot für Kinder und Jugendliche schaffen, sollten weitergeführt und ausgebaut werden. Wie bei fast allen Beteiligungsprojekten sind auch im Medienbereich Personal und Finanzen entscheidende Faktoren für Effektivität und Kontinuität.
14. Kinder und Jugendliche stehen insgesamt den Medien sehr aufgeschlossen gegenüber. Das zeigt sich daran, dass zum einen Kinder und Jugendliche ein hohes Vertrauen in die Berichterstattung von Medien und zum anderen Beteiligungsprojekte von/mit Medien einen hohen Zulauf haben.
15. Daraus resultiert, dass bei der Vermittlung politischer Inhalte für Jugendliche den Medien eine besondere Rolle zukommt. Medien sind damit in der Lage, die Akzeptanz von Politik bei Jugendlichen zu fördern bzw. zu beeinflussen und Distanz zu verringern oder aufzubauen.
16. Vor diesem Hintergrund sollte der Dialog mit Medienanstalten im Anschluss an die Enquete-Kommission über Einflüsse und Chancen der Medien zur Stärkung der Demokratie geführt werden.
17. Konkrete Medienprojekte sind geeignet, Politik und Demokratie für Kinder und Jugendliche erlebbar zu machen und das Interesse daran zu wecken. Sie fördern die Medienkompetenz und bieten zugleich die Möglichkeit, einen Einblick in die (vielleicht angestrebte) Berufswelt zu geben und sich hier zu bewähren. Dabei hat dies den positiven Nebeneffekt, dass sich die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Politik auseinandersetzen.
18. Es gibt in Rheinland-Pfalz gute Medienangebote, die jungen Menschen politische Informationen bieten. Jugendliche stehen gerade auch den neuen Medien sehr aufgeschlossen gegenüber.
19. Fernsehen stellt auch heute noch das wichtigste Informationsmedium für junge Menschen dar. Deshalb prägt die fernsehjournalistische Berichterstattung das Bild, welches sich junge Menschen von Politik und Politikerinnen und Politikern machen, nachhaltig.
20. Die meisten Kinder und Jugendlichen nutzen Medienangebote hauptsächlich zur Unterhaltung und nur selten werden Rundfunk oder Zeitung gezielt zur Information über politische Themen genutzt.
21. Erfolgreich sind vor allem Nachrichtenformate, die „ernste“ und „leichte“ Themen miteinander kombinieren. Wichtig ist, dass Informationen für junge Menschen keine Belehrung „von oben herab“ darstellen, sondern dass man sie als gleichwertige und selbst denkende Gesprächspartner und Mediennutzer ernst nimmt.
22. Nachrichten oder politische Themen werden eher unbewusst oder „nebenbei“ wahrgenommen, vor allem wenn sie nicht als trockene Nachrichten daherkommen, sondern mit Entertainment verbunden sind (Infotainment).
23. Die Art und Weise, wie politische Themen in den Medien vermittelt werden, ist für Kinder und Jugendliche oft zu abstrakt, zu verklausuliert oder häufig einfach nur unverständlich. Dies gilt in hohem Maße für die Sprache der politischen Berichterstattung. Die Politik wirkt damit von der Lebenswirklichkeit junger Menschen distanziert.
24. Die spezifischen Themen, die Interessen und die Sprache von Kindern und Jugendlichen müssen mehr berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang ist noch bei vielen Medienverantwortlichen ein Umdenkprozess nötig.
25. Kinder und Jugendliche sollen Themen selbst suchen und in ihrer eigenen Sprache sprechen.
26. Kinder und Jugendliche müssen einen kritischeren Umgang mit den „Medien“ lernen. Eine begleitende pädagogische Heranführung an die Massenmedien und die Vermittlung von Medienkompetenz, sowohl in der Familie, in der Schule und in der außerschulischen Jugendarbeit, ist wichtig.
27. Deshalb ist die Medienpädagogik heute ein zentrales Instrument, um Kinder und Jugendliche für politische Themen zu sensibilisieren. Medienpädagogische Angebote in Kindertagesstätten und Schulen müssen verstärkt werden.
28. Die Vermittlung von Medienkompetenz sollte auch in der Schule verstärkt gefördert werden.
29. Projekte/Medien, welche die Information von Kindern und Jugendlichen über politische Inhalte und Prozesse zum Ziel haben, stehen in besonderer Weise vor der Herausforderung einer jugendgerechten Darstellung: differenzierte Inhalte verständlich und ansprechend wiederzugeben, ohne dass Sinn und Intention entstellt werden und ohne dass zu sehr vereinfacht wird.
30. Bei Sendungen für Kinder und Jugendliche muss es das Ziel der Programmverantwortlichen sein, die Dinge zwar einfach, aber vollständig zu erklären (dies gilt in gleicher Weise für die Sendungen für Erwachsene).
31. Damit – nicht nur junge Menschen – verstehen, um was es bei den einzelnen politischen Themen geht, ist es wichtig, politische und gesellschaftliche Sachverhalte grundlegend und einfach darzustellen.
32. Informationsquellen, welche junge Menschen als Zielgruppe haben, müssen sich in ihrer politischen Berichterstattung besonders um eine jugendgerechte Darstellung bemühen. Das heißt, sie stehen vor der Herausforderung, politische Themen verständlich und ansprechend aufzubereiten, ohne dass die Ausgewogenheit und Vielschichtigkeit der Inhalte verloren geht.
33. Es wurde festgestellt, dass die Informationsflut in den Medien geradezu kontraproduktiv sein und dazu führen kann, dass Jugendliche, wie auch Erwachsene, sich bei der Auswahl gezielter Informationen schwer tun. Hierzu bedarf es Hilfestellung seitens der Medien.

34. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass gemeinsam (Politik und Medien) nach Lösungen gesucht werden muss, um die schon an anderer Stelle vielfach dargestellten Informationsdefizite bei vielen Jugendlichen über Politik zu beseitigen. Mehrfach angesprochen wurde dabei die Schaffung eines gemeinsamen Jugendmedienkanals mit höherem Informationsanteil (Finanzierung durch Effizienzreserven). Denkbar wäre auch die Kooperation eines Jugendmedienkanals mit Schule (Förderung der Medienkompetenz), Landesmedienzentrum und öffentlich-rechtlichen Anstalten.
35. Ein Zielkonflikt von Medienanstalten besteht darin, dass die ideale Zeit für informative Jugendsendungen häufig mit anderen Sendungen konkurriert. Dazu trägt bei, dass solche informative Sendungen für Jugendliche voraussichtlich nicht den gleichen Zulauf haben werden wie etwa eine Musiksending und damit den Erfordernissen der Quote entgegenstehen. Hier sollte das übereinstimmend artikuliert Ziel, informative Jugendsendungen anzubieten, Präferenz vor einer Quote haben.
36. Wettbewerbe von/über Medien/neue Medien sollten auf eine aktive(re) Begleitung durch junge Menschen ausgerichtet sein. Dafür sollten die Gruppen (Teilnehmer) fachübergreifend (verschiedene Disziplinen/Berufe) und altersgemischt besetzt werden.
37. Politik wird in den Medien sehr häufig skandalisiert. Gerade Kinder und Jugendliche können so den Eindruck gewinnen, dass Politik etwas Bedrohliches und Unberechenbares ist. Medienverantwortliche müssen die sich daraus ergebende Gefährdung der Demokratie erkennen und die Darstellung von Politik in den Medien verändern.
38. Die angesprochene These, dass „Journalisten vom Kontrast leben“, kann im Zusammenhang damit gesehen werden, dass in der Öffentlichkeit das Bild einer konfliktreichen Politik besteht. Genau dies aber stößt viele Jugendliche ab und führt zu einer Distanz.
39. Auch vor diesem Hintergrund sollte häufiger der Dialog von Medien und Politik geführt werden, um gegenseitige Vorurteile abzubauen.
40. Auch Medien tun sich schwer, Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen zu erreichen. Es gelingt oft nicht, diesen Teil der Bevölkerung politisch zu sensibilisieren. Hier müssen neue Konzepte entwickelt und erprobt werden.
41. Oft nutzen gerade benachteiligte Jugendliche vor allem Talkshows und Boulevardmagazine, um sich über Politik und Gesellschaft zu informieren.
42. Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrags und dessen positiven Einfluss auf die Sendeformate für Kinder und Jugendliche ist offensichtlich. Dieses Programmsegment muss geschützt werden.
43. Der private Rundfunk weiß um seine größere Beliebtheit bei der Zielgruppe der Jugendlichen. Die Vertreterinnen und Vertreter des privaten Rundfunks leiten aus dieser Tatsache kein besonderes Mandat für einen politischen Bildungsauftrag ab. Für die Art und Weise der Programmgestaltung und der Sendeformate wird vorwiegend auf die Bedeutung der Quote hingewiesen.
44. Es wäre wünschenswert, in einem Dialog mit dem privaten Rundfunk die hohe Einschaltquote bei den Jugendlichen für mehr qualifizierte politische Information und politische Motivation/Partizipation zu nutzen.

## **X. Zusammenfassung der Anhörung „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)Extremen und (rechter) Gewalt“ am 22. Juni 2005**

### **I. Allgemein**

Die Enquete-Kommission hat zur Anhörung „Erfahrung von Jugendarbeit mit (Rechts-)extremen und (rechter) Gewalt die folgenden Anzuhörenden eingeladen:

- Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport
- Kriminaldirektor Herbert Klein, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, Abteilung 6 „Politisch motivierte Kriminalität/Terrorismus“
- Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe
- Thomas Beckmann, Fanprojekt Mainz e. V.
- Stefan Glaser, jugendschutz.net

Den Anzuhörenden wurde zur Vorbereitung der Anhörung ein Fragenkatalog übersandt. Die Antworten zu den Fragen sind unter Abschnitt II. aufgeführt. Einige allgemeine Ausführungen der Anzuhörenden sind nachfolgend dargestellt.

Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport <sup>267)</sup>

Der Verfassungsschutz ist aufgrund seiner gesetzlichen Aufgabenstellung nicht befugt und auch nicht in der Lage, Fragen rechts-extremistischer Einstellungen unter Jugendlichen nachzugehen. Sein Auftrag umfasst vielmehr die Beobachtung und möglichst

267) Vgl. Protokoll der 18. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 22. Juni 2005, Teil II, S. 2 bis 5 und Vorlage EK 14/3-87.

exakte Zustandsbeschreibung der Handlungsebene des Rechtsextremismus. Er betreibt demnach auch keine wissenschaftliche Analyse bzw. keine Erforschung von Ursachen und soziologischen Hintergründen des Rechtsextremismus. Des Weiteren ist es speziell im Hinblick auf den Phänomenbereich extremistisch motivierter Gewalt nicht Aufgabe des Verfassungsschutzes, Fall- und Querschnittsanalysen auf der Grundlage der polizeilichen Kriminalstatistik zu erstellen. Die vom Verfassungsschutz gewonnenen Beobachtungsergebnisse können daher stets nur ein Ausschnitt des komplexen gesellschaftlichen Problemfeldes Jugendliche und Rechtsextremismus bzw. rechtsextremistische Gewalt sein.

Thomas Beckmann, Fanprojekt Mainz e. V. <sup>268)</sup>

Die Arbeit des Fanprojektes findet auf der Basis des nationalen Konzepts Sport und Sicherheit statt. Kernpunkt des Auftrages für die Fanprojekte ist das Eindämmen von Gewalt aufgrund eines handlungsorientierten Arbeitsansatzes. Das Konzept sieht vor, dass die Fanprojektmitarbeiter an der Lebenswelt der Fußballfans teilnehmen und durch ihre professionelle distanzierte Position sowie ihre soziale und pädagogische Kompetenz Verhaltensalternativen anbieten sollen. Die Fanprojektarbeit soll zur Minderung von Gewalt in jeglicher Form und zum Abbau extremistischer Orientierung beitragen. Sie soll auf die Integration jugendlicher Mainz 05-Anhänger in die Fanszene hinwirken und die Ausgrenzung jugendlicher Fußballfans vermeiden helfen.

Das Ziel ist die Gewaltprävention, das Hinführen zu gewaltfreien Konfliktlösungen mit der Perspektive, längerfristig Selbstregulierungsmechanismen zu etablieren, welche auf Toleranz und Akzeptanz des anderen aufbauen. Die Mitarbeiter des Fanprojekts fungieren als das oft fehlende Bindeglied zwischen Fans einerseits und den jeweils relevanten gesellschaftlichen Institutionen und deren Vertretern andererseits. Sie vermitteln die Position der Fans, indem sie sich für sie einsetzen und versuchen mehr Verständnis und Engagement für diese Art der Jugendkultur zu wecken. Gleichzeitig erarbeiten sie, nicht zuletzt durch ihre kontinuierliche Präsenz, das Vertrauen, das sie benötigen, um deviantes Verhalten im inneren Kreise der Fanszene wirksam thematisieren zu können. Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche im Alter von 14 bis 27 Jahren.

Grundsätzlich gilt im Zusammenhang von präventiver Arbeit mit Fußballfans, dass nur langfristig angelegte Projekte Erfolgchancen beinhalten. Eine sich demokratisch verstehende Jugendarbeit hat ihre Aktionen dabei an den Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu orientieren. Auch wenn die Verhinderung bzw. Reduzierung von Gewalttätigkeiten und rassistischer, nationalistischer und rechtsextremistischer Orientierungen eine wichtige Zielsetzung des Fanprojekts ist, orientiert sich die praktische Arbeit an dem „Fanalltag“ der Zielgruppe Fußballfans. Durch fußballzentrierte Angebote, vor allem auch für jüngere Fans, sollen positive Aspekte des „Fan-Seins“ in den Mittelpunkt gerückt werden. Fußball gemeinsam mit den Gästefans erleben und feiern kann gerade bei jüngeren Fans einen Teil dazu beitragen, dass gewaltbereite Hooligangruppierungen ihren Idolcharakter verlieren. Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich des Fanprojekts ist die Durchführung sportpädagogischer Maßnahmen sowie das Zurverfügungstellen eines eigenen Clubraumes für Fußballfans. Durch die Bereitstellung von sozialen Räumen, durch die Unterstützung in Alltagsnöten und bedrückenden Lebenssituationen sollen die entwickelten Aktivitäten quasi als „Nebenprodukt“ auch dazu führen, dass weniger sich selbst und andere gefährdende Gewaltakte vorkommen.

Stefan Glaser, jugendschutz.net <sup>269)</sup>

jugendschutz.net ist 1997 von den Jugendministern der Bundesländer gegründet worden und ist sofern eine gemeinsame Stelle aller Bundesländer. Sie hat den Auftrag, sich um den Jugendschutz im Internet zu kümmern, die Wahrung des Jugendschutzes dort voranzutreiben, in diesem Medium mehr Kontrolle auszuüben, gleichzeitig aber auch Möglichkeiten zu suchen, Jugendschutzbestimmungen umzusetzen. Hauptbereich der Arbeit ist der Pornografiebereich, weil er das größte Problem im Internet darstellt. Dazu kommt der Bereich der Gewaltdarstellung und der Bereich Rechtsextremismus im Internet.

Das Rechtsextremismusprojekt bei jugendschutz.net erprobte in den vergangenen Jahren verschiedenste Möglichkeiten, dem Rechtsextremismus im Internet wirksam entgegenzutreten. Seit Juni 2001 erreichten die Mitarbeiter die Entfernung von mehr als 500 unzulässigen Web-Angeboten.

Zusätzlich führten sie über 100 medienpädagogische Workshops durch, erstellten Handreichungen für Pädagogen und leisteten so einen Beitrag zur Förderung einer kompetenten Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Web. Diese Doppelstrategie von gezielten Gegenmaßnahmen und der Förderung von Medienkompetenz wurde auch im Jahr 2004 fortgesetzt.

Die kontinuierliche Beobachtung der für Jugendliche relevanten rechtsextremen Web-Szene ist Grundlage der Projektarbeit. Sie gewährleistet, dass gegen neue Angebote schnell vorgegangen und auf Änderungen angemessen reagiert werden kann. Im vergangenen Jahr ist es gelungen, das Monitoring weiter zu systematisieren und vertiefte Erkenntnisse über die Struktur des rechtsextremen Angebotsspektrums zu gewinnen.

jugendschutz.net verstärkte 2004 seine internationalen Aktivitäten gegen Rassismus im Netz und forcierte die Zusammenarbeit mit ausländischen Meldestellen und transnationalen Organisationen. Das Problem rechtsextremer Propaganda im Internet kann nur grenzüberschreitend gelöst werden. Auf Grundlage von EU-Beschlüssen gegen Rassismus im Internet unternimmt jugendschutz.net dauerhafte Anstrengungen, diese auch praktisch durchzusetzen. Im Jahr 2002 gründete jugendschutz.net das International Network Against Cyber Hate (INACH) als Zusammenschluss aktiver Initiativen gegen Rechtsextremismus im Netz.

268) Vgl. Protokoll der 18. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 22. Juni 2005, Teil II, S. 13 bis 16 und Vorlage EK 14/3-81.

269) Vgl. Protokoll der 18. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 22. Juni 2005, Teil II, S. 17 bis 20 und Vorlage EK 14/3-88.

## II. Fragen an die Anzuhörenden

### 1. a) Wie schätzen Sie die aktuelle Lage der politisch extremen, insbesondere der rechtsextremen, Jugendszene ein und wie veränderte sich die extreme politische Szene seit 1990 in Rheinland-Pfalz?

Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland haben rechtsextremistische Gruppierungen es zwar mit unterschiedlicher Intensität, aber dennoch stetig versucht, Einfluss auf die Zielgruppe Jugend zu nehmen, so um neue Anhänger bzw. Mitstreiter unter jungen Menschen zu gewinnen. Über lange Perioden waren sie relativ erfolglos. Weder gelang beispielsweise den rechtsextremistischen Parteien in größerem Umfang eine Integration von Jugendlichen noch konnte über lange Zeit von der Existenz einer spezifischen Jugendszene innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums gesprochen werden. Schon frühzeitig konnten allerdings in bestimmten rechtsextremistischen Gruppierungen vergleichsweise verstärkt Jugendliche beobachtet werden, so insbesondere in der sich seit den 70er-Jahren entwickelnden Neonaziszene. Charakteristisch für diese Gruppierungen war bereits damals eine stärkere Betonung des Aktionismus im Verhältnis zum theoretisch-ideologischen Diskurs.

Eine Zäsur trat mit Beginn der 90er-Jahre ein. In der rechtsextremistischen Szene hat es nach den Beobachtungen des Verfassungsschutzes seitdem, gemessen an der vorausgegangenen Entwicklung, ausgeprägtere altersspezifische Verschiebungen gegeben. Nach wie vor wird sie zwar insgesamt von Personen dominiert, die das Jugendalter bereits hinter sich gelassen haben. Teile des rechtsextremistischen Spektrums verzeichnen allerdings seit Anfang der vorausgegangenen Dekade einen verstärkten Zulauf junger Menschen. Weniger spiegelt sich dies im Bereich etablierter Organisationsformen wider. Rechtsextremistische Parteien wie die DVU oder REP scheinen nach wie vor kaum reizvoll für junge Menschen zu sein. Anders sieht es bei der NPD aus. Sie hat es zumindest in den östlichen Bundesländern in den letzten Jahren geschafft, mehr jüngeren Nachwuchs zu rekrutieren. Ein Grund hierfür dürfte der junge Menschen ansprechende vielfältige, öffentlichkeitswirksame Aktionismus sein, den die Partei entfaltet und weniger deren politisch-inhaltliche Arbeit.

Im Gegensatz zu den rechtsextremistischen Parteien gibt es seit einigen Jahren insbesondere in der (rechtsextremistischen) Skinheadszenen einen verstärkten Zulauf junger Menschen. Den Schwerpunkt innerhalb der rechtsextremistischen Skinheadszenen stellt heute bundesweit die Altersgruppe der 15- bis 20-Jährigen. Dabei handelt es sich weit überwiegend um Männer. Das Einstiegsalter liegt in einzelnen Fällen unter 15 Jahren.

Das Selbstverständnis und Auftreten dieser Bewegung ist vorrangig von Szene-typischem Aktionismus geprägt, während die Ideologie oft nur in vagen Ansätzen oder in Form von provokativen Phrasen zu Tage tritt. Dies mag auch ein Grund sein, warum sich Skinheads in aller Regel nicht in die aus ihrer Sicht überkommenen, einschränkenden Strukturen einer rechtsextremistischen Partei integrieren lassen. Insofern hat sich mit der rechtsextremistischen Skinheadszenen in den letzten Jahren eine spezifische, jugendgerechte Form des Rechtsextremismus etabliert. Man kann auch von einer subkulturell geprägten Strömung innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums sprechen.

Die bundesweite rechtsextremistische Skinheadszenen ist weitgehend unstrukturiert. In Rheinland-Pfalz sind Teile der rechtsextremistischen Skinheadszenen in „Kameradschaften“ organisiert.

Rechtsextremistische Skinheads repräsentieren heute den weit überwiegenden Teil des rechtsextremistischen Gewaltpotentials. Dieses Potential umfasst nicht ausschließlich Gewalttäter, sondern auch Rechtsextremisten, bei denen Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

In Zahlen ausgedrückt spiegelt sich Folgendes wider: Das rechtsextremistische Gewaltpotential umfasst im Jahre 1991 bundesweit noch etwa 4 200 Personen; im Jahre 2002 wurde mit ca. 10 700 Personen der vorläufige Höchststand erreicht. Die Steigerung betrug zwischen 1991 und 2002 demnach ca. 155 %. Der geographische Schwerpunkt des rechtsextremistischen Gewaltpotentials liegt in Ostdeutschland. Während dort nur etwa 20 % der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland lebt, hält sich in ostdeutschen Bundesländern ca. 45 % der rechtsextremistischen Gewaltszenen auf.

In Rheinland-Pfalz weicht die Landesentwicklung von der bundesweiten in zwei Punkten ab. Zum einen ist das rechtsextremistische Gewaltpotential seit Anfang der 90er-Jahre hier relativ konstant geblieben; es umfasst ca. 100 Personen. Zudem setzt es sich im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet hier hälftig – also zu jeweils 50 Personen – aus rechtsextremistischen Skinheads sowie aus Neonazis zusammen und nicht überwiegend aus Skinheads, wie auf das gesamte Bundesgebiet bezogen. Die etwa 50 rechtsextremistischen, militanten Skinheads, die wir aktuell in Rheinland-Pfalz zählen, sind neonazistisch ausgerichtet und Teil einer etwa 400 Personen umfassenden Szene, der auch unpolitische Skinheads angehören, sowie solche, bei denen (noch) nicht von rechtsextremistischen Ansätzen oder kohärenten rechtsextremistischen Weltbildern gesprochen werden kann. Dieses diffuse Umfeld ist in den vergangenen Jahren allerdings angewachsen. Im Jahre 1993 waren es noch etwa 250 Personen landesweit. Dieses Spektrum ist bemerkenswert, weil Teile davon eine latente Neigung zu Gewalt erkennen lassen und zudem die permanente Gefahr des Ableitens Einzelner in den Rechtsextremismus besteht.

Die rechtsextremistischen Skinheads treten in Rheinland-Pfalz wie in den Vorjahren vor allem in der Vorderpfalz sowie in den Großräumen Koblenz/Westerwald und Zweibrücken/Westpfalz auf. Ein Teil von ihnen ist in so genannten Kameradschaften organisiert.

Es kann nicht übersehen werden, dass rechtsextremistische bzw. entsprechend motivierte Gewalt überwiegend von jungen Menschen ausgeht, wie durch ein vergleichsweise höheres Maß an latenter Gewaltbereitschaft (unter jugendlichen Rechts-



extremisten) oder durch entsprechende Taten dokumentiert wird. Einer Statistik des Bundesamtes für Verfassungsschutz (veröffentlicht 1998) kann entnommen werden, dass der Anteil rechtsextremistischer Gewalttäter im Alter von 16 bis 20 Jahren bezogen auf den Zeitraum von 1993 bis 1996 bei durchschnittlich 61 % lag.

In einer Statistik des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen wurden bezogen auf den Zeitraum 1. Januar 1998 bis 31. Dezember 2000 insgesamt 250 rechtsextremistische Straftäter dargestellt, die der Skinheadszene zuzuordnen sind. Unter den 250 Skinheads war die Altersgruppe 14 bis 20 Jahre mit fast 63 % vertreten. Der Anteil von Frauen unter den Tatverdächtigen belief sich auf weniger als 4 %.

Kriminaldirektor Herbert Klein, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, Abteilung „Politisch motivierte Kriminalität/Terrorismus“<sup>270)</sup>

Das Landeskriminalamt (LKA) beschäftigt sich mit dem Thema unter dem Aspekt Strafverfolgung. In Rheinland-Pfalz gab es im Jahr 2000 610 Straftaten. In dem schwer aufklärbaren Bereich wurde eine Aufklärungsquote von deutlich über 40 % erreicht. Der Anteil der Gewaltdelikte liegt bei rund 5 %. Dies sind zumeist Körperverletzungsdelikte. Der Anteil der männlichen Tatverdächtigen liegt in der rechten Szene bei 90 %, in der linken Szene bei 70 %; dort ist der weibliche Anteil signifikant höher. 60 % aller Tatverdächtigen im Altersspektrum von 14 bis 21 Jahren bewegen sich im rechten Bereich. Zu den Tatumsständen gehören zumeist Alkohol, gruppenspezifische Prozesse und Musik.

Bei der rechten Klientel nimmt das LKA in der Altersstufe von 14 bis 21 ein eher episodenhaftes Verhalten wahr, das heißt, die Fluktuation der Tatverdächtigen ist dort sehr hoch. Die rechte Szene nutzt neue Organisationsformen. Dort ist man z. B. sehr flexibel in der Organisation von so genannten Kameradschaften.

In der linken Szene verzeichnet das LKA seit mehreren Jahren rückläufige Fallzahlen. In Rheinland-Pfalz gab es zuletzt 40 Straftaten. Der Schwerpunkt liegt bei Sachbeschädigungen. Der Anteil der jugendlichen Straftäter ist deutlich geringer; hier gibt es weniger ein episodenhaftes Verhalten als eher eine verfestigte Meinung.

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe<sup>271)</sup>

Anders als es die (Medien)Konjunkturen des Themas „Rechtsextremismus“ der Öffentlichkeit suggerieren, hat sich die Szene seit 1990 durchaus kontinuierlich und stetig entwickelt, also nicht im auf und ab. Ihre Basis hat sich verbreitert und ihre landesweite Vernetzung ist mittlerweile abgeschlossen. Weiße Flecken existieren in der „braunen“ Geographie nicht mehr. Im Jahr 2005 findet jeder verführbare Jugendliche, anders als noch 1990, problemlos einschlägig aktive Gruppierungen und rührige Ansprechpartner vor Ort. Zudem haben sich die Organisations-, Produktions- und Vertriebsstrukturen immer weiter professionalisiert.

Was der Szene hierzulande – anders als in unseren europäischen Nachbarländern – noch fehlt, das ist eine hinreichend medien-taugliche Galionsfigur.

Analysiert man die Erfolge der NPD bei Heranwachsenden, so reüssiert die Partei nicht zuletzt damit, dass sie seit etwa Mitte der 90er-Jahre konsequent und vor allem alltagstauglich konkret auf Jugendarbeit setzt und dabei jedes Defizit staatlicher oder kirchlicher Jugendpflege oder -infrastruktur sofort versucht, mit eigenen Angeboten zu füllen. Die Situation in den neuen Bundesländern stellt ein für die Rechten erobertes Feld dar.

Nicht ungefährlicher als die Präsenz vor allem der NPD auf parteipolitischer Ebene und deren Schulterschluss mit den so genannten Freien Kameradschaften als informelles Sammelbecken für Jugendliche mit einer Parteien-Allergie erscheint jedoch eine andere Entwicklung der letzten Jahre zu sein, die sich weitestgehend im Windschatten der Medien und damit auch der öffentlichen Wahrnehmung vollzogen hat und mit zunehmender Virulenz vollzieht. Es hat eine Differenzierung in sehr unterschiedlichen Szenen mit sehr unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung, sehr unterschiedlicher Ästhetik, sehr unterschiedlichem Habitus und, daraus folgend, jeweils sehr unterschiedlicher Klientel stattgefunden.

Vor allem ist es gelungen, in bereits etablierten per se unpolitischen Subkulturen wie Neofolk, Darkwave, Gothic, Industrial, Neue Deutsche Härte, Blackmetal und anderen Fuß zu fassen. Damit ist eine wesentliche Ausweitung sowohl des soziokulturellen Vorfeldes als auch eine Vervielfältigung der Zugangswege einhergegangen.

Während also der Blick der Medien und auch der Politik noch immer fast ausschließlich auf das skandal- und schlagzeilen-trächtige „Bestiarium“ der militanten Neonazi-Szene oder auf (noch) sporadische Wahlerfolge von NPD oder DVU fokussiert ist, haben sich jenseits davon Vertreter einer „Neuen Rechten“ aufgemacht, gewissermaßen atmosphärisch wirkend, antidemokratische Konzepte völlig neu und als selbsternannte Avantgarde zeitgemäßer zu verpacken. Den historischen Nationalsozialismus, den hält man in jenen Kreisen für einen vor allem an seinen zu ungebildeten Protagonisten und deren primitiver Umsetzung des Ideals gescheiterten ersten Versuch, eine faschistische Gesellschaftsordnung als Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie auf deutschem Boden zu verwirklichen.

270) Protokoll der 18. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 22. Juni 2005, Teil II, S. 6 bis 8.

271) Protokoll der 18. Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ am 22. Juni 2005, Teil II, S. 9 bis 12 und Vorlage EK 14/3-86.

Zur Vorbereitung einer solchen Renaissance setzt man nun zunächst einmal vor allem auf ästhetische Reize zwischen Leni Riefenstahl, Richard Wagner und Ernst Jünger und bedient sich dabei ganz bewusst solch schillernder und über einen undifferenzierten Nazi-Vorwurf erhabener Vorbilder. Die anvisierten Zielgruppen wähnt und findet man dabei im Grunde im akademischen Milieu.

Stefan Glaser, jugendschutz.net

Rechtsextreme gestalten ihre Websites zunehmend professioneller. Viele strukturieren inzwischen ihre Angebote übersichtlicher, halten Inhalte auf aktuellem Stand, pflichten Nachrichten zeitnah ein und integrieren multimediale Elemente. Websites aus dem Umfeld des nationalen Widerstands, vor allem regionaler Aktionsbüros, spielen dabei eine Vorreiterrolle.

Immer mehr Rechtsextreme machen ihr Angebot über mehrere Web-Adressen verfügbar und nutzen zusätzlich so genannte Weiterleitungsdienste. Sie versuchen damit, ihre Propaganda im Netz vor Strafverfolgung zu sichern und die Erreichbarkeit ihrer Websites zu erhöhen. Angebote aus dem Umfeld des organisierten Rechtsextremismus (Parteien, Versandhändler, Publikationen), des so genannten Nationalen Widerstands (Kameradschaften, Aktionsbüros) und von Bands waren 2004 am beständigsten erreichbar. Viele Websites von Rechtsextremen ohne erkennbare Integration in die Szene (private Websites) waren dagegen häufig nur kurze Zeit online.

Rechtsextreme versuchen massiv, sozialpolitische Diskussionen als Aufhänger für ihre Propaganda zu nutzen. Auf Websites brandmarkten sie die Sozialreformen der Bundesregierung als „undeutsch“ und „asozial“ und schürten Ängste vor sozialem Abstieg. „Nationale Sozialisten“ riefen auf ihren Websites zum Widerstand gegen Hartz IV und Agenda 2010 auf und mobilisierten zu Protestmärschen.

### 1. b) Wie vernetzen sich die unterschiedlichen Gruppen?

Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport

Die bundesweite rechtsextremistische Skinheadszene ist im überregionalen Kontext kaum durch Gruppenstrukturen, sondern vornehmlich aufgrund persönlicher Kontakte und Ereignisse vernetzt. Letzteres dokumentieren vor allem die einschlägigen Konzertveranstaltungen.

Stefan Glaser, jugendschutz.net

Web-Foren haben eine zentrale Bedeutung für Kommunikation, Vernetzung und Mobilisierung innerhalb der rechtsextremen Szene. Dort werden interne Strategiefragen diskutiert und aktuelle politische Themen aufgegriffen. In einigen Foren waren zeitweise mehrere tausend Nutzer angemeldet und mehrere zehntausend rechtsextreme Beiträge abrufbar.

### 2. a) Was macht diese Szene für junge Menschen interessant (Inhalte z. B. Ausländerfeindlichkeit, Formen, Symbole, CDs, Internet, Konzerte) und was sind die häufigsten Gründe für junge Menschen, sich rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendszenen anzuschließen?

Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport

Integration- und identitätstiftende Elemente in der rechtsextremistischen Skinheadszene sind beispielsweise eine szenetypische Sprache, Kleidung und Symbolik. Diese Elemente dürften auch nicht unwesentlich den Reiz ausmachen, den die Szene speziell auf junge Menschen ausübt. Zudem scheint das fortwährende Überschreiten von Grenzen eine gewisse Anziehungskraft auszuüben. Die skandierte nationalsozialistische Parole, der gepröhlte ausländerfeindliche Liedtext oder die Gewalt sind Beispiele solcher Grenzüberschreitungen, die zum Szenealltag gehören. Es ist nicht auszuschließen, dass ein solches Verhalten bei latent anfälligen jungen Menschen Nachahmungseffekte auszulösen vermag.

Ein weiterer Grund dürfte sein, dass Teile des rechtsextremistischen Spektrums mittlerweile nicht mehr so sehr die überkommenen Bilder des Ewiggestrigen und der „Altherrenbewegung“ pflegen. Sie haben die Verpackung ihrer menschenverachtenden Ideologie an die Zeit angepasst – nicht aber deren Inhalte.

Rechtsextremisten haben nicht nur ihr Erscheinungsbild verändert, sondern auch ihre Vorgehensweise modernisiert und gleichzeitig mit Blick auf die Zielgruppe Jugend intensiviert. In diesem Zusammenhang wurden vor allem die Bemühungen, Nachwuchs unter Jugendlichen zu werben, in den letzten Jahren nachhaltig verstärkt. Dabei spielen folgende Faktoren eine besondere Rolle:

- die Nutzung von dynamischen, zeitgemäßen Darstellungs- und Kommunikationsformen,
- die in Sprache und Themenwahl zielgruppengerechte Agitation und vor allem
- der gezielte Einsatz der Musik als jugendgerechtes Medium.

Rechtsextremisten sprechen bei Jugendlichen durch das Internet mit seinen multimedialen Effekten sowie vor allem durch die Musik in hohem Maße die emotionale Ebene an. Dies führt natürlich nicht zwangsläufig in den Extremismus; die latenten Gefahren, diesen Weg einzuschlagen, sind aber eher größer geworden. Auffällig ist nämlich, dass Rechtsextremisten ein besonderes Interesse für Jugendliche zeigen, deren Lebensläufe z. B. von persönlichen Misserfolgen, mangelnder Zuwendung bzw. Kommunikation im Elternhaus, abstrakten wie konkreten Zukunftsängsten sowie Defiziten in ihrer Sozialisation gekennzeichnet sind.

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe

Naheliegenderweise sondiert man mit wachem Blick alle aktuellen Themenfelder und Bedürfnislagen innerhalb der Gesellschaft im Allgemeinen und der Jugendkultur im Speziellen nach sich anbietenden Einstiegsmöglichkeiten. Dabei wird man in den letzten Jahren offenbar immer häufiger auch fündig. Insbesondere der boomende Sektor der Esoterik erregt ein gesteigertes Interesse auch der Rechten; hat man doch für eine Kundschaft auf der Suche nach Orientierung in einer immer schwerer zu durchschauenden Welt durchaus so einiges vorgeblich Sinnstiftendes im Angebot, von nordisch-völkischer Runen-Mystik bis hin zu implizit oder explizit antisemitischen Verschwörungstheorien, die ja durch das Internet nicht nur in rechten Kreisen geradezu inflationär in Mode gekommen sind.

Das ist sicher auch eine Folge davon, dass bei vielen, vor allem auch jungen Menschen, offensichtlich die Sehnsucht nach Scheuklappen wächst. Man sucht nach Navigationshilfen, schärferen Konturen und Maßstäben. Die bieten rechte Weltbilder mittlerweile für die unterschiedlichsten Anspruchsniveaus. Nebenbei haben viele dieser neurechten Zirkel – ganz anders als etwa Neonazi-Kameradschaften oder NPD-Ortsvereine – weit reizvollere Rollenangebote für Mädchen und junge Frauen, was sich in der Geschlechterzusammensetzung der Szenen mittlerweile deutlich manifestiert.

Ein anderes Sujet, welches in den letzten Jahren wieder entschlossener als Operationsfeld nationalistischer Ideologien entdeckt worden ist, ist die Ökologie bzw. in der entsprechenden Terminologie der „Natur- und Heimatschutz“.

Über all dem versucht man, sich als die einzige wirklich entschlossene Fundamentalopposition gegen das System zu präsentieren. Auch der Begriff ist wieder auf den Transparenten der Rechten gelandet. Unter diesem Aspekt betrachtet, ist es dann eben auch kein unerklärlicher Zufall mehr, dass nicht wenige Ex-68-er die Seiten gewechselt haben.

Einige Strategen versuchen in diesem Sinne unter dem alten Etikett der so genannten Hufeisen- bzw. Querfronttheorie einen Brückenschlag zwischen den politischen Extremen.

Stefan Glaser, jugendschutz.net

Auch rechtsextreme Parteien nutzen das Web, um Jugendliche für sich zu gewinnen. Im Jahr 2004 war die Recherche der Web-Angebote rechtsextremer Parteien ein Arbeitsschwerpunkt. Die meisten Angebote waren trockene Selbstdarstellungen des Verbandes, seiner Funktionäre und Aktivitäten, die für Jugendliche außerhalb des organisierten Rechtsextremismus wenig ansprechend sein dürften. Optische Finessen, jugendaffine Themen oder reizvolle Kommunikationsangebote waren oft nicht vorhanden. Nur die NPD gestaltete einige ihrer Web-Angebote für Jugendliche ansprechend. Sie enthielten Animationen (z. B. Flashes, News-Ticker, Bannerwerbung), interaktive Elemente (z. B. Umfragen, Chats, Foren und Gästebücher) und Einladungen zu Konzerten, Sommerfesten oder Parteitreffen.

Freie Nationale Kameradschaften nutzen ebenfalls verstärkt das Web für ihre Zwecke. Die geschickte Verquickung von Rassismus, multimedialem Auftritt und jugendaffinen Freizeitangeboten macht diese Sites besonders reizvoll für Jugendliche. Die virtuelle Welt des Rechtsextremismus ist hier verzahnt mit dem teilweise gewaltbereiten Kampf auf der Straße und macht Web-Angebote von Kameradschaften dadurch besonders brisant.

## 2. b) Welche Aufgaben sehen Sie daraus folgend für die Politik?

Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport

Bestimmte Formen des Rechtsextremismus üben heute eine stärkere Anziehungskraft auf Jugendliche aus. Man gewinnt den Eindruck, diese Art des Rechtsextremismus sei „in“. Dabei geht eine politisch-extremistische Dimension eine unsägliche Partnerschaft mit der Ebene menschlicher Bedürfnisse und Gefühle ein. Es ist erschreckend, wenn es Rechtsextremisten schaffen, Defizite an Zuwendung und Aufmerksamkeit vordergründig auszugleichen. Prävention kann hier nur dann Wirkung entfalten, wenn es gelingt, die Rechtsextremisten aus dieser Rolle zu drängen. Es darf ihnen auf keinen Fall überlassen werden, den Jugendlichen, die sich einsam oder missverstanden fühlen, eine Heimat zu geben. Diese Aufgabe allein den Sicherheitsbehörden zu überantworten, wäre allerdings nicht zielführend. Es bedarf eines gesamtgesellschaftlichen Engagements, den aufgezeigten Teufelskreis zu unterbrechen und den Nährboden der Rechtsextremisten auszutrocknen. Alle sind dabei gefordert: Staat, Schulen, Vereine und Verbände, Kirchen und vor allem das unmittelbar persönliche Umfeld der jungen Menschen: die Eltern.

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe

Die Medien werden, so wie sie heute gestrickt sind, nicht in der Lage sein, die viel komplexer und komplizierter gewordenen Zusammenhänge in ihren formatierten 45-Sekunden-Beiträgen zu vermitteln. Als Folge daraus wird auch die Politik in ihren Gegenstrategien immer nur die banaleren Erscheinungsformen des Rechtsextremismus im engeren Sinn anvisieren und sich den schwieriger zu durchschauenden Phänomen kaum in angemessener Weise stellen können. In sich verschärfenden ökonomischen Krisenzeiten werden immer gefährliche gesellschaftliche Reflexe geweckt. Eine umfassendere Aufklärung über die tatsächlichen konkreten Erscheinungsformen und die Angebotspalette rechter Ideologen tut also dringend Not.

## 3. a) Welche Rolle spielt Musik bei der Identitätsfindung junger Menschen und welche politisch relevanten Inhalte werden durch Musik (Melodien, Texte, Outfit der Künstler oder Auftritte) vermittelt bzw. gefördert?

Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport

Der Verfassungsschutz beobachtet immer wieder, dass die szenetypische Musik gezielt eingesetzt wird, um junge Menschen zunächst an den Rechtsextremismus heranzuführen, um sie schließlich vollends zu gewinnen. Hierzu zählt vor allem die

Skinheadmusik. Daneben gibt es aber auch ein breit gefächertes Angebot, das nahezu jeden Musikgeschmack trifft. Die dahinter stehenden Methoden sind ebenso subtil wie perfide: Zunächst steht das Wecken bloßer Neugierde im Vordergrund. Der äußere Rahmen eines Skinheadkonzertes trägt beispielsweise dazu bei, bei unwissenden Jugendlichen das Gefühl zu stimulieren, man sei jemand besonderes. Man trifft sich oft unter konspirativen Umständen, hört dann verbotene Liedtexte, kann diese mitgrölen und hemmungslos Alkohol konsumieren. Keiner, vor allem keine Eltern, kann einen maßregeln. Bezeichnend ist auch, dass bei sich daraus oder bei anderer Gelegenheit entwickelnden persönlichen Kontakten in aller Regel im Anfangsstadium politische Inhalte keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Offensichtlich ist den Rechtsextremisten erst einmal daran gelegen, das Vertrauen der jungen Menschen zu gewinnen. Man vermittelt den potentiellen Sympathisanten ein positives, bestätigendes Gruppengefühl, frei nach dem Motto „Hier bist du wer, wir kümmern uns um dich“.

Im vergangenen Jahr fanden bundesweit 137 Skinheadkonzerte statt, 106 Skinheadbands waren aktiv, 60 Vertriebe sorgten für die Verbreitung einschlägigen Liedguts. In Rheinland-Pfalz fanden drei Konzerte statt, daneben eine Reihe von so genannten Skinheadpartys. Aktive Bands gibt es in Rheinland-Pfalz derzeit nicht. Dies ist aber kein Grund für eine Entwarnung. Es muss bei der Verbreitung der rechtsextremistischen Skinheadmusik von einem anhaltend hohen Maße ausgegangen werden, so beispielsweise auch mittels Internet. In diesem Zusammenhang spielen auch ausländische Skinheadbands eine große Rolle, die auch bei deutschen Szeneangehörigen zum Teil regelrechten Kulturcharakter genießen.

Die Bedeutung, die Rechtsextremisten dem Faktor Musik bei der Anwerbung neuer künftiger Aktivisten beimessen, wird an folgendem Beispiel deutlich. Im vergangenen Jahr versuchten Angehörige der Skinheadszenen unter dem Stichwort „Aktion Schulhof“, etwa 50 000 eigens zielgruppengerecht produzierte Musik-CDs kostenlos an Schülerinnen und Schüler zu verteilen. Durch das Eingreifen der Sicherheitsbehörden konnte dieses Vorhaben bislang unterbunden werden.

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe  
Die Musik ist das Medium der rechten Jugendszene.

Stefan Glaser, jugendschutz.net

Rechtsextreme setzen Musik im Internet gezielt ein, um Jugendliche zu ködern. Mit kostenlosen Downloads, Hörproben, Konzertberichten oder Bestellmöglichkeiten von CDs und Merchandising-Artikeln versuchen sie, Kids für die rechtsextreme Szene zu gewinnen.

Es wird in der Wissenschaft kontrovers diskutiert, ob rechtsextreme Musik tatsächlich eine Einstiegsdroge sein kann. Die Erfahrung von jugendschutz.net in Gesprächen mit Aussteigern aus der Szene ist, dass sehr oft die Musik als erster Berührungspunkt zum Rechtsextremismus benannt wird.

### 3. b) Gibt es relevante Unterschiede zwischen rechts- und linksextremer Musik?

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe

Was die musikalischen Stilrichtungen anbetrifft, so gibt es keinen dezidiert und eindeutig „rechten“ Musikstil. Selbst oder gerade der Skinhead-Rock stammt ursprünglich aus einem multikulturellen Kontext. Betrachtet man allerdings die vermittelten Inhalte, so hat nur die Rechte potentiell mehrheitsfähige Stammtischparolen vertont.

### 3. c) Welche Bedeutung hat extremistische Musik in Deutschland und wie wird diese international wahrgenommen?

#### 4. a) Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Fußball, Gewalt und Rassismus in der Fanszene und wie hat es sich in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Kriminaldirektor Herbert Klein, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, Abteilung „Politisch motivierte Kriminalität/Terrorismus“

Die Verflechtung der Hooliganszene, die sich weitgehend aus sehr jungen Menschen rekrutiert, mit der rechten Szene ist für das LKA nicht signifikant. Hooligans sind eher unpolitisch. Sie grenzen sich in erster Linie sogar zu der rechten Szene ab, was nicht bedeutet, dass es nicht auch Hooligans gibt (10 bis 20 %), bei denen eine relativ hohe Gewaltneigung zu finden ist. Gewalt wird hier als Event praktiziert.

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe

Fußball war Mitte der 70er-Jahre in England das erste Rekrutierungsfeld des modernen auf Jugendliche zugerichteten Rechtsextremismus und ist bis heute eines der wichtigsten Milieus geblieben.

Thomas Beckmann, Fanprojekt Mainz e. V.

Durch den Zustrom neuer Fans ist auch eine Zunahme an gewaltfaszierten und erlebnisorientierten Zuschauern zu registrieren. Zudem ist eine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen in den Stadien und deren Umfeld festzustellen. Diese Umstände führten in 2004 zu vermehrten Auseinandersetzungen und Vorfällen zwischen Fans und Polizei bzw. Ordnungsdiensten.

Ein Großteil des Fanprojekt-Klientels setzte sich auch 2004 aus dem Umfeld der Ultraszene in Mainz zusammen. Ultras sind diejenigen Fans, die ihre gesamte Freizeit dem Fußball widmen und auch opfern und deren oberstes Ziel es ist, die Stimmung im Stadion zu verbessern und so genannte Choreographien vorzubereiten. Die negative Seite der Ultras ist, dass sie immer häufiger auch in Konfliktsituationen mit anderen Fangruppierungen und mit Polizei und Ordnungsdienst geraten. Ein wichtiger Ansatzpunkt des Fanprojekts ist es deshalb, insbesondere auch diesen Ultras Räume zu geben, in denen sie ihre Sachen vorbereiten können. Es wurde eine neue Anlaufstelle im Stadion gebaut, an der sie mitbauen können, wo sie ihre Freizeit sinnvoll gestalten können, um nicht in Gefahr zu geraten, in beispielsweise rechtsextremistische Gruppierungen abzurutschen oder dort aufgefangen zu werden.

Ein Beispiel für den Zusammenhang zwischen Fußball und Rassismus:

Als Mainz 05 ein Heimspiel hatte, haben es die Fans einer gegnerischen Mannschaft geschafft, vier etwa zwei Meter hohe Styroporziffern mit ins Stadion zu bringen. Es waren die Ziffern 1, 4 und 8, 8. Es wurden die eins und die vier nebeneinander hochgehalten. Das sind die so genannten fourteen words. Das ist die rassistische Losung eines amerikanischen Rechtsextremisten und steht für: „We must secure the existence of our race and a future for white children.“ Die 88 bedeutet – acht steht für den achten Buchstaben im Alphabet, sprich zwei Mal H – „Heil Hitler“. Das wurde sehr deutlich im Stadion hochgehalten.

Grundsätzlich ist es so, dass das Fanprojekt in Mainz mit Rechten oder Rechtsextremen relativ wenig zu tun hat. Durch den Erfolg von Mainz 05 ist der Fußball in Mainz aber Anziehungspunkt für Gruppen geworden, die erlebnisorientiert sind, die einfach nur einmal kommen wollen, um zu sehen, was geht. Rechte Sprüche sind im Stadion nicht mehr zu hören. Wenn so etwas in irgendeiner Gruppe aufkommt, dann singen die Fans einfach dagegen.

#### 4. b) Welche Rolle spielt Gewalt und ihre Verherrlichung?

Thomas Beckmann, Fanprojekt Mainz e. V.

Grundsätzlich muss man sagen, dass es in Mainz schon Gruppen gibt, die sehr gewaltfasziniert sind. Dazu gehört auch die Ultra-Gruppierung, von der selbst keine Gewalt ausgeht. Es kommt allerdings immer häufiger vor, dass die Ultras auf Gruppen treffen, die anders denken. Bei einem Spiel sind sie auf dem Weg zurück zum Bus mit Steinen beworfen worden. Das ist ein Moment, in dem die Gruppe als Gruppe auftritt und nicht wegrennt, sich umdreht und stellt und dann selbst Gewalt praktiziert.

#### 5. a) Wo setzt Prävention und Aufklärung bei jungen Menschen an und wann ist sie erfolgreich (Begleitung von Aussteigern u. a.)?

Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport

Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz leistet im Rahmen seiner offensiven Öffentlichkeitsarbeit einen Beitrag zur Prävention, indem er so weit wie möglich über seine Beobachtungsergebnisse informiert und über die Hintergründe des Rechtsextremismus aufklärt. Dabei misst er seit geraumer Zeit der Zielgruppe Jugend oberste Priorität bei. In den vergangenen Jahren wurden beispielsweise mehrere tausend junge Menschen im Lande, überwiegend Schülerinnen und Schüler, durch Referenten des Verfassungsschutzes eingehend informiert. Entsprechende Veranstaltungen fanden und finden im Kreise von Multiplikatoren statt. Ergänzt wird die Vortragstätigkeit durch die Herausgabe von themenbezogenen Informationsbroschüren wie die Publikation „Skinheads“ und durch ein Informationsangebot im Internet.

Es gibt eine interministerielle Arbeitsgruppe, die die Arbeit der Landesregierung koordiniert und abstimmt, auch mit externen Organisationen, die sich sehr engagieren, wie beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung, der Werkschutz und andere.

Kriminaldirektor Herbert Klein, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz, Abteilung „Politisch motivierte Kriminalität/Terrorismus“

Zunächst einmal ist Gefahrenabwehr und das Sichern von Grundrechten die Aufgabe des LKA. Strafverfolgung ist ebenfalls ein ganz wichtiges Thema, zusammen mit der Justiz und hier insbesondere bei der Ergreifung von jugendlichen Straftätern die Diversion, d. h. das Absehen von einer Strafe zwecks Förderung der Resozialisierung.

Wichtig ist es, Szenekenntnisse zu haben, dicht an den jungen Menschen zu sein, das Thema also weniger akademisch zu behandeln. Das LKA greift sehr stark auf so genannte Bezirksbeamte, die ihr Klientel und die rechte Szene vor Ort kennen, zurück. Es gibt auch so genannte Ansprechpartner für Staatsschutzangelegenheiten in der Fläche, nicht nur zentral im Landeskriminalamt oder bei den Polizeipräsidien.

Das LKA hat ein eigenes Suchtpräventionskonzept, das auch Gewaltpräventionen beinhaltet. Das Konzept heißt „Easy“. Bedeutsam ist auch das Projekt „PRIT“, Prävention im Team, in dem das LKA mit den Schulen sehr eng kooperiert und versucht, seinen Sachverstand und seine Erfahrung zur Verfügung zu stellen.

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe

Das Thema Rechtsextremismus sollte innerhalb der Schule nicht immer bloß allein dort auf den Stundenplan kommen, wo es die Schüler quasi als curriculare Selbstverständlichkeit erwarten, wie in Geschichte, Sozialkunde bzw. Religion oder Ethik, sondern auch in Fächern wie Kunst „Riefenstahl-Ästhetik“, Musik, Deutsch, Biologie „Rassentheorien“ oder zumindest in der gymnasialen Oberstufe sogar im Sportunterricht, zum Beispiel „Körperideale“.

Thomas Beckmann, Fanprojekt Mainz e. V.

Das Fanprojekt ist sehr eng mit der DGB-Jugend vernetzt und hat Kontakt zu den Kollegen des Aussteigerprogramms „(R)auswege“, die auch schon mit betroffenen Jugendlichen zum Fanprojekt gekommen sind. Es existiert ein Banner „Mannschaft und Fans gemeinsam gegen Rassismus“, das schon häufiger beim Einlaufen der Mannschaften hineingetragen wurde. Des Weiteren wurde die Ausstellung „Tatort Stadion“ in Mainz bzw. auch schon mit anderen Fanprojekten zusammen in Frankfurt zum Thema „Rassismus und Diskriminierung im Fußball“ präsentiert.

Stefan Glaser, jugendschutz.net

Eine zentrale Säule der antirassistischen Projektarbeit ist die Förderung von Medienkompetenz in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Netz. Die Nachfrage nach entsprechenden Veranstaltungen, Handreichungen und Informationen übersteigt vorhandene Kapazitäten, deshalb konzentrierte sich jugendschutz.net auf die Arbeit mit Multiplikatoren und die Durchführung exemplarischer Workshops.

Es ist wichtig, eine Doppelstrategie anzuführen, die zum einen beinhaltet, Maßnahmen dort, wo sie notwendig werden, zu ergreifen, um rechtsextreme Propagandaplattformen zu erziehen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, das heißt, wenn unzulässige Inhalte eingestellt werden, geht es darum, die Seiten zu schließen bzw. die Inhalte entfernen zu lassen. Parallel dazu ist die medienpädagogische Arbeit mit Jugendlichen aber mindestens genauso wichtig. Das ist ein wichtiger Bestandteil der Projekte. jugendschutz.net macht Workshops, geht in Schulen und ist im außerschulischen Bereich tätig. Es geht darum zu sensibilisieren, Problembewusstsein zu schaffen, nicht nur für Hakenkreuze, sondern auch für die Symbolik, die von Lehrern oft nicht erkannt wird, weil an Schulen nicht so bekannt ist, dass Jugendliche die Nähe zum Rechtsextremismus durch bestimmte T-Shirts symbolisieren. Es geht um eine kritische Auseinandersetzung mit den Inhalten. Rechtsextremismus im Internet ist eine Ausprägung des modernen Rechtsextremismus. Insofern ist das Internet als moderne Form der Ansatzpunkt, das Problem Rechtsextremismus zu thematisieren, das, was dahinter steht, mit Schülern kritisch zu durchleuchten und einen kritischen Umgang mit Quellen zu vermitteln und konkret in Workshops einzuüben. Problematisch ist, dass Jugendliche Informationen, die sie aus dem Web bekommen, vertrauen und nicht kritisch hinterfragen.

jugendschutz.net will Mut machen, rassistischer Hetze etwas entgegenzusetzen, das heißt, Jugendliche zu motivieren, sich für Toleranz und Demokratie einzusetzen. Nicht zu vernachlässigen ist der Bereich der Motivierung der Pädagogen, d. h. in Schulen zu gehen, Lehrer anzuregen, wie sie mit Schülern zu dieser Thematik arbeiten können und Phänomene, die ihnen auffallen, die an den Bereich Rechtsextremismus angedockt sind, nicht zu ignorieren, sondern aufzugreifen und zu thematisieren.

#### 5. b) Was können Verbote von rechtsextremistischen Parteien/Organisationen bzw. von Musik bewirken?

Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport

Allein die Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus wird nicht ausreichen, junge Menschen zu immunisieren bzw. sie aus rechtsextremistischen Zusammenhängen herauszulösen. Auch die Wirkung von repressiven Maßnahmen wie Verbote muss realistisch eingeschätzt werden. Sie tragen zweifelsohne dazu bei, Entwicklungen zu bremsen, indem Strukturen zerschlagen werden. Damit ist aber noch nicht das verwerfliche rechtsextremistische Gedankengut beseitigt. Strukturen können verboten werden, nicht aber die sie tragende Weltanschauung. Zudem werden beispielsweise Verbote einschlägiger Musiktexte – die auch weiterhin angesichts der Vielzahl auch strafrechtlich relevanter und jugendgefährdender Inhalte unabdingbar sind – den Reiz bei Jugendlichen erhöhen, in Besitz derartigen Liedguts zu gelangen. Der Teufelskreis aus einer stetigen Nachfrage nach dieser Musik und einem ebenso beständigen Angebot muss aber durchbrochen werden, um langfristig Wirkung zu erzielen.

Es sollte mit großer Priorität die Ursachenanalyse für das Abgleiten junger Menschen in den Rechtsextremismus vorangetrieben werden. Hierzu ist es unabdingbar, die rechtsextremistische Jugendszene auch in Rheinland-Pfalz intensiver zu erforschen.

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe

Verbote von Medien sind in gut bedachten Fällen wichtige und notwendige symbolische Akte, die aber in Zeiten der Digitalisierung natürlich keine wirklich wirksamen Zugangsbeschränkungen darstellen. Stets implizieren die Verbote die hinreichend diskutierten Kehrseiten. Die BPjM-Indizierungslisten, die Listen der Bundesprüfstelle sind in dieser Szene zugleich immer auch „Einkaufslisten“. Dass das „Exklusive“ und als Steigerungsform eben das „Verbotene“ Jugendliche als solches reizt, das ist eine Binsenweisheit.

Stefan Glaser, jugendschutz.net

jugendschutz.net recherchierte im Jahr 2004 insgesamt 256 neue unzulässige rechtsextreme Angebote, 135 davon wurden aus Deutschland ins Netz gestellt. Bei etwa zwei Drittel der Verstöße im In- und Ausland fanden sich Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen. In 78 % der Fälle konnte die Schließung erreicht werden. Die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und die Verbreitung volksverhetzender Inhalte bzw. Holocaust-leugnender Thesen bildeten die häufigsten Verstöße. Durch das konsequente Vorgehen gegen rechtsextreme Angebote ist die Zahl neu erfasster unzulässiger Websites in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen (2002: 354, 2003: 296, 2004: 256).

5.c) Welche Möglichkeiten gibt es für Politik und Verantwortliche in Erziehung und Bildung, sich über die Entwicklung regelmäßig zu informieren, um nicht auf „gefällige“ Angebote hereinzufallen?

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe

Es existieren verschiedene, auch online verfügbare, Informationsquellen wie der „Blick nach rechts“ oder der „Informationsdienst gegen Rechtsextremismus/IDGR“.

Es sollte selbstverständlich sein, dass das Thema als Dauerthema in die Programme der Lehrerfortbildung gehört. Daneben wäre auch zu wünschen und anzuregen, dass die Parteien selbst möglicherweise interne Informationsdienste installieren könnten, ausgehend von konkreten Beobachtungen, Erfahrungen und Einschätzungen der Mitglieder vor Ort und dann eingeordnet in Erkenntnisse von Sozialwissenschaften, Polizei und Verfassungsschutz. Es ließe sich sicher leisten, auf diese Weise ein vernetztes Informationssystem auf jeweils aktuellstem Stand zu halten.

6. Gibt es Erkenntnisse über die sozialen, kulturellen und bildungsmäßigen Hintergründe der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz, die sich für extreme politische Organisationen begeistern?

Ministerialdirigent Reiner Kuhn, Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ des Ministeriums des Innern und für Sport

Im Hinblick auf das Bildungsniveau jugendlicher rechtsextremistischer Gewalttäter ist auffällig, dass mehrheitlich ein niedriger bzw. mittlerer Bildungsabschluss festgestellt werden konnte. Dies korrespondiert auch mit einschlägigen Studien über die Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen unter Jugendlichen unterschiedlicher Bildungsstufen. Vergleichsweise stärker belastet sind demnach Hauptschüler und Angehörige berufsbildender Schulen gegenüber Realschülern und Gymnasiasten.

Dr. Lutz Neitzert, Musik- und Mediensoziologe

Die Vorstellung, dass es sich bei rechten Jugendlichen allein um den arbeitslosen Underdog aus dem sozialen Brennpunkt handelt, ist längst obsolet. Die Personen in den rechten intellektuellen Zirkeln sind im Schnitt alle Anfang oder Mitte 30 und starten im Moment zu irgendwelchen Karrieren durch.

### III. Schlussfolgerungen

1. Extremistische und vor allem rechte Parteien und Organisationen arbeiten heute mehr mit modernen Mitteln, zeit- und jugendgemäßen Darstellungs- und Kommunikationsformen. Verstärkt werden erfolgreiche Stilmittel und Methoden der populären (Jugend-)Kultur kopiert und aufgegriffen.
2. Seit Mitte der 90er-Jahre konzentriert sich die rechtsextremistische Szene auf die Anwerbung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dafür setzen sie sehr moderne und jugendgemäße Werbeformate ein. So produzieren sie z. B. für das Internet vorrangig animierte und interaktive Seiten. Die User fühlen sich dadurch nicht von Text erschlagen und empfinden die Seite als serviceorientiert und unterhaltend.
3. Eine weitere erfolgreiche Werbemaßnahme bilden „rechte Konzerte“. In ihnen erleben junge Menschen Gemeinschaft und das Gefühl, wichtig und bedeutungsvoll zu sein. Bis heute fehlen ausreichende rechtliche Möglichkeiten, solche Konzerte im Vorfeld zu unterbinden. Hinzu kommen die zahlreichen kostenlosen Download-Möglichkeiten für „rechte Musik“ im Internet.
4. Die rechte Szene hat vermehrt Zulauf jüngerer Menschen durch Musik. Kontinuierlich ist die rechte Musikszene gewachsen und landesweit vernetzt.
5. Durch Musik in einem breiten Spektrum unterschiedlicher Stile und Geschmäcker (von Hatecore über Black Metal bis zu historischen Balladen und romantischen Liedermachersongs) sollen möglichst viele Jugendliche verführt werden. Die rechte Musik ist ein Sprungbrett in den braunen Sumpf.
6. Gerade in den neusten, massiven Veröffentlichungen von rechter Musik und Literatur, ist es für den Laien oft nur schwer zu erkennen, dass sich hinter scheinbar traditionellen und folkloristisch wirkenden (Lied-)Texten eindeutig rechte und extremistische Inhalte verbergen.
7. Jugendlichen wird der Schutz einer starken Gemeinschaft und deren Hilfe vorgegaukelt. Die rechte Ideologie wird in diesem Prozess der Kontaktaufnahme noch eher unauffällig transportiert.
8. Die Öffentlichkeitsarbeit rechter Gruppen konzentriert sich oft auf aktuelle Themen, die geeignet sind, Ängste der Zielgruppe aufzugreifen oder diese „anzuheizen“. Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass „rechte Inhalte“ heute oft unterschwellig transportiert werden, so dass sie „auf den ersten Blick“ nicht als solche erkennbar sind.
9. Der Rechtsextremismus neuen Typs umfasst verschiedene Elemente, so lockere, informelle Geselligkeit, aber auch feste organisierte Gruppen und Kader.
10. Jugendliche suchen soziale Räume für ein Nachdenken über ihre Alltagsnöte oder bedrückende Lebenssituationen. Sie suchen Orte, um aktiv sein zu können. Defizite dieser Art von Angeboten für Jugendliche (Jugendpflege oder Infrastruktur) nutzen die Rechten.

11. Rechte Gruppierungen nutzen gezielt die durch Sparmaßnahmen entstandenen „Lücken“ in der Jugendarbeit und -bildung, greifen mit ihrem Programm das Bedürfnis der jungen Menschen nach „Freizeitunterhaltung“ und Gemeinschaftsgefühl auf und nutzen es für ihre Zwecke.
12. Es ist feststellbar, dass extremistische Gruppen vor allem dann Jugendliche erreichen, wenn diese Zuwendung und Aufmerksamkeit suchen. Hier sind alle gefordert, diese Jugendlichen den extremistischen Gruppen nicht zu überlassen: Staat, Vereine, Verbände, Kirchen und vor allem das unmittelbare Umfeld: die Eltern.
13. Auch wenn allen Informationen nach in Rheinland-Pfalz sich nur eine sehr geringe Zahl junger Menschen von extremen Gruppen ansprechen lassen oder ihnen angehören, ist es wichtig, neben der Information über extremistische Gruppen und ihrer Erscheinungsformen junge Menschen ausreichend Gestaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft zu eröffnen, wie sie als Ziel der Arbeit der Enquete-Kommission definiert sind. Dazu gehören auch Angebote wie Fanclubs und andere begleitende Betreuungsformen.
14. Das Einstiegsalter in die rechte Szene ist gesunken. 14- bis 21-Jährige sind episodenhaft in der rechten Szene wahrzunehmen.
15. Gewaltbereite Rechtsextreme sind zumeist zwischen 15 und 22 Jahren alt, fast ausschließlich männlich und verfügen über einen niedrigen bis mittleren Bildungsgrad. Die Gruppe ist nicht verfestigt, sondern verändert sich laufend in ihrer Zusammensetzung.
16. Nicht nur arbeitslose Jugendliche mit geringerer Schulbildung sind in der rechten Szene zu finden, sondern auch Jugendliche aller Schularten und aller Bildungsabschlüsse (d. h. auch junge Erwachsene von Universitäten oder Fachhochschulen).
17. In den letzten Jahren entstand eine „neue rechte Szene“, deren Zielgruppe im akademischen Milieu liegt. Ihre „Stimmungsmache“ ist nicht geprägt durch Skandale, sondern durch eine allmähliche Veränderung der gesellschaftlichen Atmosphäre. Ihre Veranstaltungen sind weder gewaltgeprägt noch verbreiten sie offen „rechte Parolen“, sondern sie schaffen Gemeinschaftserlebnisse, die darauf zielen, die Wurzeln der eigenen Kultur wieder zu entdecken und zu feiern.
18. Immer mehr Jugendliche suchen auch nach Spiritualität und Esoterik. Jugendliche sind vermehrt vom Kontext der vorchristlichen Naturreligionen fasziniert (z. B. Kelten und Germanen mit deren Riten und Symbolen).
19. Rechte Organisationen nutzen diese Suche nach Spiritualität zum Transport ihrer Ideologie. In diesem Zusammenhang werden verstärkt junge Frauen und Mädchen erreicht.
20. Es sind gerade die Vertreter rechter und rechtsextremer Parteien und Organisationen, die bewusst ihr äußeres Erscheinungsbild ändern: nicht mehr nur mit kahlerasiertem Kopf in der Bomberjacke, sondern adrett mit Seidenschal im Karohemd. Tarnen und Täuschen als Biedermänner ist angesagt. Biedermann und Brandstifter sind hier ein und dieselbe Person.
21. Das Internet spielt in der Verbreitung rechter Ideologien und rechter Propagandamittel eine zentrale Rolle. Die Abwehr von extremen Internetangeboten stößt durch das zunehmende internationale Agieren dieser Anbieter an Grenzen. Im Internet wird in einschlägigen Web- und Diskussionsforen nicht nur gegenseitiger Informationsaustausch von rechtsextremen, menschenverachtenden Ansichten betrieben, sondern zusätzlich auch (dabei wirtschaftlich sehr erfolgreich) verbotenes Propagandamaterial verkauft.
22. Bei der Nutzung von Internetsuchmaschinen stellt sich das Problem, dass User oft ungefiltert und ohne spezifische Warnung zu Seiten von rechten Anbietern geleitet werden.
23. Auch offene Foren auf anderen Internetseiten werden von Rechtsextremen missbraucht, um ihre Meinung zu verbreiten und für ihre Aktionen, Internetseiten etc. zu werben.
24. Als Gegenmaßnahmen zum Missbrauch der „neuen Medien“ empfiehlt sich eine Doppelstrategie:
  1. Seiten mit „rechten Inhalten“ schließen.
  2. Medienpädagogische Arbeit, die eine kritische Medienkompetenz ausbildet, weiter intensivieren.
25. Vor dem Hintergrund aktuell verstärkter Aktionen von rechtsextremistischen Jugendverbänden in rheinland-pfälzischen Schulen muss das Thema stärker als bisher auf der Tagesordnung stehen.
26. Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich oft mit dem Thema „Rechtsextremismus“ überfordert und sparen es deshalb im Unterricht aus. Deshalb ist eine Weiterführung und Intensivierung der Fortbildungsangebote für Lehrkräfte in diesem Bereich dringend geboten.
27. Insbesondere an Schulen muss die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Ideen noch stärker als bisher stattfinden, damit Schülerinnen und Schüler gegen solche Argumente gewappnet sind.
28. Die Arbeitsweise einer akzeptierenden und annehmenden Pädagogik eröffnet die Chance, auch die jungen Menschen zu erreichen, die sich bereits rechtsextremistischen Kreisen angeschlossen haben. Sie kann so einer Verfestigung der Außenseiterrolle entgegenwirken und zu gegebenem Zeitpunkt persönliche Ausstiegsberatung und -begleitung anbieten.
29. Die Basis der rechten Szene hat sich in den letzten Jahren enorm verbreitert. Mittlerweile sind rechte Gruppierungen überall in Deutschland zu finden. Die erste Kontaktmöglichkeit ist sehr einfach gestaltet und zeichnet sich durch seine hohe Serviceorientierung aus („Wir melden uns bei dir.“).



30. Die Situation im Spektrum extremer Gruppierungen ist zuallererst nicht eine Frage von Zahlen, sondern vorrangig von ablehnenden Einstellungen zu Gesellschaft, Politik und Demokratie.
31. Die Beobachtung von negativen Entwicklungen und die Information darüber an die Politik und die Verantwortlichen in der Bildung ist eine Daueraufgabe. Dazu gehört auch die Beschreibung spezifischer Erscheinungsformen (Musik, Kleidung, Symbole, Literatur, Kunst im Allgemeinen und Formen der Gruppenbildung) als präventive Informationsmaßnahmen.
32. Eine weitere wichtige Präventionsmaßnahme liegt darin, jungen Menschen Möglichkeiten zu eröffnen, ihre Ideen zur Gestaltung und Veränderung der Gesellschaft auf demokratischen Wegen zur zeitnahen und spürbaren Umsetzung zu verhelfen.
33. Es ist feststellbar, dass es eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen und Wertungen gibt, wenn über rechtsextremistische Jugendliche gesprochen wird. Die rechtsextremistische Szene scheint einem ständigen Wandel- und Anpassungsprozess zu unterliegen, so dass es schwierig ist, sie alle pauschal einzuordnen.

## XI. Zusammenfassung der Anhörung zum Thema „UN-Jugenddelegierte“ am 14. Juli 2005

Die Enquete-Kommission hat im Rahmen ihrer Information über gelungene Partizipationsprojekte die UN-Jugenddelegierten Hanna Labonté und Anne Spiegel gebeten, über ihre Tätigkeit zu berichten.

### 1. Persönlicher Hintergrund der UN-Jugenddelegierten

Hanna Labonté ist 21 Jahre alt und studiert Ethnologie, Psychologie und Islamwissenschaft. Sie ist sehr in der interkulturellen Jugendarbeit engagiert, hat eine Vielzahl von kirchlichen Jugendcamps organisiert und ist durch ihre Teilnahme an UN-Simulationen bereits mit den UN-Strukturen vertraut. Sie glaubt, dass „Jugendliche das Potential haben, wirklich noch etwas in der Welt zu verändern und auch die Pflicht haben, diese Chance bestmöglich zu nutzen.“

Anne Spiegel ist 24 Jahre alt und studiert Politikwissenschaften, Philosophie und Psychologie. Sie ist seit Jahren auf Landes- und Bundesebene bei der Grünen Jugend aktiv, wo sie sich insbesondere im Bereich der Bildungspolitik engagiert. Sie hat außerdem Erfahrung in der internationalen Jugendpolitik. Sie ist Jugenddelegierte, weil sie „ein Sprachrohr in Deutschland lebender Jugendlicher sein will“ und es wichtig findet, „sich einzumischen und Mitsprache zu fordern“.

### 2. UN-Jugenddelegierte – was ist das?

Die UN-Generalversammlung fordert seit fast 30 Jahren, dass die nationalen Delegationen Jugendliche in ihre Delegation eingliedern und beratend mitarbeiten lassen, damit diese die Anliegen der Jugend bei der Generalversammlung vertreten. Dieses Jahr begleiten zum ersten Mal auch zwei Jugenddelegierte aus Deutschland die deutsche Delegation zur 60. Generalversammlung der Vereinten Nationen nach New York. Insgesamt werden an der Generalversammlung ca. 20 bis 30 Jugendliche aus aller Welt teilnehmen. Das sind zum größten Teil Jugendliche aus Europa, aber auch z. B. aus Ghana, Bangladesch, Fidschi und Australien.

Es existiert eine große Jugendresolution, das Weltaktionsprogramm für die Jugend bis zum Jahr 2000 und danach (WPAY). Diesem Aktionsprogramm kommt dieses Jahr eine besondere Bedeutung zu, weil es zehn Jahre alt wird. Dementsprechend werden der Rückschau zwei Plenarsitzungen gewidmet und auch ein runder Tisch mit Non-Government-Organisationen. Die UN-Jugenddelegierten nehmen an der Diskussion darüber teil, wie dieses Weltaktionsprogramm bis jetzt umgesetzt wurde und wie es weitergehen soll.

Dieses Aktionsprogramm für die Jugend umfasst 15 Unterpunkte. Das sind inhaltliche Ziele, die die Vereinten Nationen festgeschrieben haben und denen dieses Jahr auch eine besondere Bedeutung zukommt. Die Unterpunkte sind: Bildung, Arbeit und Jugend, Armut bei Jugendlichen, Freizeitaktivitäten (auch zum Beispiel freiwilliges Engagement), Jugend und Umwelt, Mädchen und junge Frauen, Drogen, Jugendkriminalität, Jugendpartizipation, Gesundheit, HIV/Aids, Jugend in Konflikten (aktive und passive Rolle), neue Informationstechnologien, Jugend und Globalisierung und Beziehung zwischen den Generationen.

### 3. Wer unterstützt die UN-Jugenddelegierten?

Die beiden Träger des Projekts sind die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN) und das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK).

Die DGVN ist Anlaufstelle für alle in Deutschland, die sich für die Vereinten Nationen interessieren. Sie informiert die Öffentlichkeit über alle wesentlichen Entwicklungen und Ergebnisse der Arbeit der UNO, ihrer Sonderorganisationen und Spezialorgane, dabei zeigt sie Lösungsansätze globaler Herausforderungen im Rahmen der Vereinten Nationen auf. Sie wurde 1952 als eingetragener gemeinnütziger Verein gegründet, ist überparteilich und unabhängig.

Das DNK vertritt die deutschen Jugendorganisationen im multilateralen Bereich und ist eine Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Bundesjugendrings, der Deutschen Sportjugend und des Rings politischer Jugend. Das Komitee wurde 1963 gegründet und ist Mitglied in zahlreichen internationalen Jugendstrukturen, in denen es die Interessen der Jugend Deutschlands vertritt. Es arbeitet zudem eng mit internationalen Institutionen wie der Europäischen Union und den Vereinten Nationen zusammen.

Die DGVN und die DNK unterstützen die UN-Jugenddelegierten finanziell.

Die Jugenddelegierten arbeiten auch mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend zusammen.

Außerdem gibt es noch eine Gruppe interessierter und engagierter Jugendlicher zwischen 18 und 27 Jahren, die – im Sinne der Jugendpartizipationsidee – das Jugenddelegiertenprojekt unterstützen und sich um Sponsoring, Public Relation und eine Deutschlandtour der Jugenddelegierten kümmern.

#### **4. Aufgaben der UN-Jugenddelegierten**

Eine wichtige Aufgabe der UN-Jugenddelegierten ist es, zuzuhören. Da die Jugend in Deutschland sehr vielseitig ist, versuchen die UN-Jugendlichen mit den unterschiedlichsten Gruppen zusammenzukommen. Sie recherchieren Informationen über die Situation Jugendlicher in Deutschland und informieren Jugendliche, aber auch Politikerinnen und Politiker darüber. Sie wollen die Resolution, die in New York verabschiedet wird, in ihrem Sinne positiv beeinflussen, in New York aktiv partizipieren und nach ihrer Rückkehr den Jugendlichen berichten, wie es war, ob sie ernst genommen wurden und ob sie etwas bewegen konnten.

Die UN-Jugenddelegierten reisen durch Deutschland und besuchen Veranstaltungen. Die Informationen, die sie aus diesen Veranstaltungen gewinnen, sollen ganz konkret in ihre Arbeit einfließen. Sie verstehen ihre Arbeit als Jugenddelegierte als Sprachrohr für die deutsche Jugend und versuchen an dem dranzubleiben, was Jugendliche bewegt. Sie möchten, dass die Jugendlichen ihnen erzählen, was ihnen wichtig ist, was in der deutschen Kinder- und Jugendarbeit gut läuft, was anders und besser laufen könnte und wie. Wichtig ist, ihnen auch die Frage zu stellen, was Jugendliche dafür tun können, dass es besser läuft, weil Partizipation kein einseitiger Prozess ist.

#### **5. Vor- und Nachbereitung der Generalversammlung in New York**

März 2005:

Treffen der europäischen Jugenddelegierten in Kopenhagen, vornehmlich der Jugenddelegierten, die im Vorjahr an der Generalversammlung in New York teilgenommen haben. Evaluation der letzten Generalversammlung.

August 2005:

Treffen der europäischen Jugenddelegierten in Stockholm zur Koordination der Lobby- und Pressearbeit in New York.

23. September bis 19. Oktober 2005:

Reise der UN-Jugenddelegierten nach New York.

Nach Rückkehr:

Einladung zur Berichterstattung in den Unterausschuss für die Vereinten Nationen im Bundestag.

Bericht über Erfahrungen und daraus erwachsende Vorschläge an das Bundesministerium für Frauen, Familie, Senioren und Jugend. Planung einer zentralen Veranstaltung der UN-Jugenddelegierten zur Darstellung des Projektverlaufs, ihrer Erfahrungen, Bewertungen und Verbesserungsvorschläge für das kommende Jahr.

#### **6. Wünsche der UN-Jugenddelegierten**

Die UN-Jugenddelegierten können ihre Arbeit nur leisten, weil sie Unterstützung erfahren. Sie sind Studenten und erfahren diese Unterstützung weitgehend von ihren Eltern. Sie fänden es schön, wenn in Zukunft auch Jugendliche diese Aufgabe übernehmen könnten, die die Unterstützung von ihren Eltern aus irgendwelchen Gründen nicht erfahren können.

Generell kostet soziales Engagement Zeit und Geld. Jugendliche, die sowieso wenig Geld haben, müssen Geld verdienen und können sich deshalb nicht sozial engagieren. Dies ist traurig, weil es zu einer weiteren sozialen Abgrenzung führt. Nach Ansicht der Jugenddelegierten müssten Möglichkeiten geschaffen werden, zum Beispiel in Form eines Stipendiums für ehrenamtliches Engagement, um auch Jugendliche aus sozial schwächer gestellten Schichten die Möglichkeiten eines solchen Engagements eröffnen zu können.

## **XII. Zusammenfassung der Anhörung zum Thema „Voraussetzungen von Kommunikation zwischen Jugend und Politik im politischen Dialog“ am 8. September 2005**

### **Vorbemerkung**

Die Idee für den folgenden Text entstand nach einem Vortrag, den der Autor am 4. Juni 2005 in Mainz auf dem Jugendpolitischen Symposium der Evangelischen Jugend in Rheinland-Pfalz gehalten hat. Das Symposium stand unter der Überschrift: „Distanz überwinden – Jugend trifft Politik“. Die Veranstaltung war Teil der bundesweiten Kampagne: „Projekt P – misch Dich ein/Come in contract“. Ziel des Vortrages war es, eine für beide Seiten gewinnbringende Gesprächssituation vorzubereiten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren Jugendliche und junge Erwachsene der evangelischen Jugend in Rheinland-Pfalz sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik. Die Jugendlichen und die Politikerinnen und Politiker trafen sich in thematischen Workshops. Neben Informationsweitergabe und Diskussion mündeten die Arbeitsgruppen in gegenseitigen Vereinbarungen. In der Vorbereitung auf dieses Setting stellte der Autor skizzenhaft wechselseitige Informationen über die am Dia-

log beteiligten Gruppen zusammen und skizzierte ein Kommunikationsmodell, das davon ausgeht, dass ein Dialog dann gewinnbringend sein kann, wenn auf der Basis von reflektierten „Vor-Urteilen“ miteinander gesprochen wird. Zudem muss die Face-to-Face-Kommunikation gut vorbereitet und z. B. von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Jugendarbeit moderiert werden. Dieser Gedankengang wird im folgenden Text erweitert und mit einer Analyse der empirischen Erkenntnisse über das Verhältnis von Jugend und Politik verbunden.

## 1. Gliederung

Erstens werden empirische Erkenntnisse über das Verhältnis von Jugend und Politik referiert und kommentiert. Die Vorannahme eines – wie auch immer zu bewertenden – distanzierten Verhältnisses von Jugendlichen zur Politik ist konstitutiv für die Diskussion. Zweitens wird das Modell einer effektiven Kommunikation zwischen Akteuren unterschiedlicher Systeme vorgestellt. Drittens werden einige Befunde aus der Jugendforschung zur Beschreibung der „heutigen Jugendlichen“ herangezogen. Differenzierte Vorannahmen über die „heutige Jugend“ sind notwendige Bedingung des Dialogs.

Viertens werden Grundmechanismen politischen Handelns skizziert und einige Rollenmuster von Politikern vorgestellt. Schließlich ergeben sich fünftens Folgerungen für einen verbesserten Dialog zwischen Jugendlichen und Politikerinnen und Politiker und es wird für eine Stärkung der verschiedenen Initiativen zur Partizipation in der Jugendpolitik, Jugendarbeit und politischer Bildung plädiert.

## 2. Jugend und Politik – empirische Befunde

In den letzten Jahren wurden verschiedene empirische Untersuchungen mit dem Ziel durchgeführt, das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik zu beschreiben. Mit unterschiedlicher Gewichtung wurde dabei von einer zunehmenden Distanz zwischen Jugendlichen und Politik bzw. zwischen Jugendlichen und den Akteurinnen und Akteuren in Politik und Verwaltung gesprochen. Folgende Studien untersuchen das Interesse Jugendlicher an Politik und werden zu Rate gezogen:

- Deutsche Shell 2000: 13. Shell-Studie. Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren;
- Deutsche Shell 2002: 14. Shell-Studie. Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren;
- Gille/Krüger/de Rijke 2000: Deutsches Jugend Institut DJI – Jugendsurvey; Junge Erwachsene im Alter von 16 bis 29 Jahren;
- Aktuelle Studie der Uni Landau und der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Prof. Dr. Jens Tenscher). Erste Ergebnisse finden sich in einem Bericht in der Rhein-Zeitung vom 30. August 2005. Es wurden Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz im Alter von 14 bis 18 Jahren befragt (Kirchstein).

Bei der Bewertung der Ergebnisse der unterschiedlichen Studien sprechen einige Autoren pauschal von Politik- und Parteienverdrossenheit, andere leisten eine differenzierte Analyse und kommen, so auch Ingrid Burdewick (Fachhochschule Oldenburg), zu folgendem Fazit:

*Es kann hier zwar nicht von einer allgemeinen „Politikverdrossenheit“ gesprochen werden, da Jugendliche durchaus an politischen Themenbereichen interessiert sind, aber es lässt sich eine zunehmende Distanzierung junger Leute von der traditionellen Politik feststellen.<sup>272)</sup>*

Diese Position wird auch in diesem Aufsatz vertreten und an Einzelergebnissen präzisiert. Den größten Einfluss auf die öffentliche Meinung zu diesem Thema haben die Ergebnisse bzw. die Interpretation der 14. Shell-Studie. Dabei geht es insbesondere um die Antwort der Jugendlichen auf die Frage: „Interessieren Sie sich ganz allgemein für Politik?“ Dazu gibt der Fragebogen vier Antwortkategorien vor: „Würden Sie sagen, Sie sind stark interessiert, interessiert, weniger interessiert oder gar nicht interessiert?“ Ulrich Schneekloth von Infratest Sozialforschung fasst zusammen:

*Insgesamt bezeichneten sich nur 4 % der Jugendlichen als stark interessiert und weitere 26 % als interessiert. Demgegenüber bezeichnen sich 40 % als wenig und 30 % als gar nicht interessiert. Fasst man die beiden ersten Kategorien zusammen und vergleicht sie mit den Ergebnissen früherer Shell Jugendstudien (15 – 24 Jahre) so zeigt sich vor allen Dingen seit den 90er Jahren als Trend, dass das politische Interesse der Jugendlichen in der Selbsteinschätzung der Jugendlichen spürbar weiter zurückgegangen ist.<sup>273)</sup>*

Hier handelt es sich um die Selbsteinschätzung der Jugendlichen. Dabei muss beachtet werden, dass Jugendliche dazu tendieren, den Politikbegriff sehr eng zu fassen und sich vom Begriff Politik distanzieren, während sie sich auf der anderen Seite für viele Themen aus dem politischen Spektrum interessieren. Um diesen Zusammenhang genau zu klären, sind qualitative Studien im Rahmen der politischen Sozialisationsforschung notwendig.

Schneekloth verweist auf signifikante Unterscheidungsmerkmale, die das Urteil über politisches Interesse beeinflussen, nämlich Alter, Geschlecht, Bildungsniveau und politisches Interesse der Eltern.<sup>274)</sup> Diese Variablen sind – so der Konsens unter den Jugendforschern – hauptsächlich verantwortlich für die Einstellung der Jugendlichen. Zudem haben die Intensität und Auswahl der Mediennutzung, die Qualität der schulischen politischen Bildung, das außerschulische Anregungspotential durch Jugendarbeit, Jugend-

272) Burdewick, Ingrid 2005: Politische Sozialisation und Geschlecht. In: deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 6/2005, S. 269.

273) Schneekloth, Ulrich 2002: Demokratie, ja – Politik, nein? Einstellungen Jugendlicher zur Politik. In: Deutsche Shell, S 92.

274) Schneekloth, Ulrich 2002: Demokratie, ja – Politik, nein? Einstellungen Jugendlicher zur Politik. In: Deutsche Shell, S. 93.

bildung und Peer Education/Gleichaltrigengruppen sowie die Kommunikationserfahrungen mit Personen, die dem politischen System zugeordnet werden, Einfluss auf die Einstellung der Jugendlichen zur etablierten Politik. Schließlich ist die Position der Jugendlichen immer auch ein Reflex darauf, wie in der Öffentlichkeit über „das Politische“ diskutiert wird. Auf die genannten Bereiche müssten sich auch potentielle Aktivitäten zur Verbesserung des politischen Interesses bei Jugendlichen beziehen. Die Autoren der 14. Shell-Studie unterteilen die befragten Jugendlichen bezogen auf ihr Verhältnis zur Politik in vier Gruppen:

- Gruppe 1: mitwirkungsbezogene Jugendliche ca. 22 % (18 Jahre und älter)
- Gruppe 2: politikkritische Jugendliche ca. 24 % (18 Jahre und älter)
- Gruppe 3: desinteressiert ca. 31 % – (zwölf bis 14 bzw. 15 bis 17 Jahre)
- Gruppe 4: ordnungsorientierte Jugendliche 23 % (inhomogen, zwölf bis 14 Jahre).

Wichtigstes Kriterium für diese Unterscheidung in vier Gruppen ist dabei das Alter der Jugendlichen. Dieser Umstand muss insbesondere beim Vergleich der Studien untereinander berücksichtigt werden. Generell lässt sich aus allen Studien ablesen: Je älter Jugendliche bzw. junge Erwachsene werden, desto stärker interessieren sie sich für Politik. Dies wird aus der folgenden Tabelle deutlich. Die Gruppe der „stark interessierten und interessierten“ der 14. Shell-Studie werden nach ihrem Alter differenziert.

Alter	Stark interessiert/interessiert
12 bis 14	11 %
15 bis 17	20 %
18 bis 21	38 %
22 bis 25	44 %

Das Gesamturteil über die vermeintliche Politikverdrossenheit Jugendlicher muss demnach differenzierter ausfallen, wenn immerhin 44 % der jungen Erwachsenen zwischen 22 und 25 Jahren angeben, dass sie sich „für Politik interessieren bzw. stark interessieren“.

Eine weitere wichtige Variable ist das Geschlecht. Hierzu die Antworten aus der 14. Shell-Studie: Mädchen und junge Frauen zwischen zwölf und 25 Jahren geben zu 23 % an, sich „für Politik zu interessieren, bzw. stark zu interessieren“. Demgegenüber beantworteten männliche Jugendliche die Frage nach dem Interesse für Politik zu 37 % mit „interessiert bzw. stark interessiert“. In der geschlechtsspezifischen Interpretation dieser Befunde folge ich der schon erwähnten Sozialwissenschaftlerin Ingrid Burdewick, die 2002 eine viel beachtete qualitative Studie über politische Partizipation vorgelegt hat. In einem aktuellen Beitrag schreibt sie:

*Mädchen und junge Frauen weisen ein distanzierteres Verhältnis zur etablierten Politik auf als männliche Jugendliche. Sie sind konventionellen Formen der Beteiligung gegenüber skeptischer eingestellt. Wenn es aber um unkonventionelle Arten der Beteiligung geht, sind weibliche Jugendliche mindestens genauso interessiert wie männliche.* <sup>275)</sup>

Diese Erklärung verweist auf die Thematik der Breite politischer Themen und Beteiligungsformen für das Gemeinwesen. Was gehört ins politische System und was nicht, was sind konventionelle und unkonventionelle Formen der Beteiligung? Dieser Sachverhalt wird in der politischen Bildung unter dem Stichwort der „Entgrenzung von Politik“ kontrovers diskutiert (vgl. die Debatten in der Zeitschrift „kursiv“, Wochenschau-Verlag). Die disziplinäre Herkunft und disziplinspezifische Schwerpunktsetzung der Autorinnen und Autoren ist bei der Rezeption des Diskurses zu beachten. Politikwissenschaftliche Autoren tendieren zu einem engeren Politikbegriff als Autoren aus der pädagogisch-soziologischen Jugendforschung bzw. Politischen Bildungsforschung.

Betrachtet man die Themenkonjunktur in den Feldern Familien-, Kinder- und Bildungspolitik bzw. die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, so ist zu vermuten, dass diese Themen im Selbstverständnis der Bürger(-innen) bisher nicht der Politik, sondern der Pädagogik und Sozialen Arbeit zugeordnet wurden, da sie sich auf die Gestaltung der direkten Lebenswelt beziehen. Erst durch die verstärkte politische Diskussion der letzten Jahre erscheinen diese Themen auf der politischen Agenda und werden als politisch relevant angesehen. Demnach kann jetzt das Engagement für einen Kindergartenplatz als politisches Engagement wahrgenommen werden. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie fließend die Grenzen von Politik zur allgemeinen Partizipation, zu bürgerschaftlichem Engagement, Civic education, Demokratieerziehung und Jugendarbeit sind.

Bisher ist mir keine (qualitative) Studie bekannt, die darüber informiert, was Jugendliche welchen Alters unter Politik verstehen und aufgrund welcher Wissensbestände und Erfahrungen sie zu ihrem Urteil über Politik gelangen (politische Sozialisation). Schließlich ist zu fragen, inwieweit die Hypothese stimmt, dass im medialen und politischen Diskurs der letzten beiden Jahrzehnte politisches und gemeinwohlorientiertes Handeln an Attraktivität eingebüßt hat. Trotz aller Unterschiede in der Interpretation der einzelnen Studien ist Schneekloth zuzustimmen, wenn er von einer fehlenden Faszination der Jugendlichen für Politik spricht:

*Die Ergebnisse der Typologie führen zu einem differenzierten Bild im Verhältnis von Jugend und Politik. Insgesamt beziehen sich Jugendliche nur noch eher sporadisch auf Politik. Selbst bei den „politisierten“ mitwirkungsbezogenen Jugendlichen, die alles in allem die größte Affinität zu diesem Thema aufweisen, lässt sich wenig „Faszination“ erkennen.* <sup>276)</sup>

275) Burdewick, Ingrid 2005: Politische Sozialisation und Geschlecht. In: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 6/2005, S. 275.

276) Schneekloth, Ulrich 2002: Demokratie, ja – Politik, nein? Einstellungen Jugendlicher zur Politik. In: Deutsche Shell, S. 118.

Die Autoren der 13. Shell-Studie gaben dazu schon 2000 folgende Erklärungen:

*Das politische Interesse auf Seiten der Jugendlichen sinkt weiter. Das gilt für alle verschiedenen Untergruppen. Es hat zum einen damit zu tun, dass Jugendliche mit dem Begriff Politik die Landschaft von Parteien, Gremien, parlamentarischen Ritualen, politisch-administrativen Apparaten verbinden, der sie wenig Vertrauen entgegenbringen. Zum anderen empfinden Jugendliche die ritualisierte Betriebsamkeit der Politiker als wenig relevant und ohne Bezug zum wirklichen Leben.* <sup>277)</sup>

*Das Ausmaß der erlebten Distanz zur Politik hängt davon ab, inwieweit die Jugendlichen glauben, mit ihrer Zukunft zurechtzukommen (und auch mit Sozialisationseinflüssen). Je belasteter ihnen ihre Zukunft erscheint, desto mehr lehnen sie den Politikbetrieb ab. Konzepte der politischen Bildung, die auf das „Einüben“ von Demokratie abstellen, müssen deshalb eher wirkungslos bleiben. Entscheidend ist vielmehr, den Jugendlichen Ressourcen und Unterstützung zu bieten, ihre Zukunft zu meistern.* <sup>278)</sup>

Neben der Kritik an Form und Inhalt der praktischen Politik macht dieses Zitat auf die Bedeutung der sozialen Dimension und die Einschätzung der eigenen Zukunftsaussichten aufmerksam. Damit verschwimmen die Grenzen zwischen politischer Bildung einerseits und Sozialpädagogik/Sozialer Arbeit andererseits, ein Zusammenhang der z. B. in der Sozialphilosophie bei Matthias Möhring-Hesse intensiv diskutiert wird. <sup>279)</sup> Auf den Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Partizipation ist schon eingegangen worden. Die Frage der Partizipation wird im Folgenden weiter präzisiert.

### 3. Partizipation

Eine weitere Differenzierung in Bezug auf das Verhältnis von Jugend und Politik bezieht sich auf die „Parteienverdrossenheit“. Sie wurde aus den Antworten auf die Standardfrage nach dem Vertrauen in die verschiedenen Institutionen geschlossen. Hier rangieren politische Parteien meist am Ende der Skala der genannten Institutionen. Der renommierte Berliner Parteienforscher Oskar Niedermayer hat in einem aktuellen Sammelband zum Thema die wichtigsten empirischen Studien einer Sekundäranalyse unterzogen und warnt vor einer „Über“interpretation der Ergebnisse.

*Im Gegensatz zu vielen vorschnellen Pauschalurteilen über das Verhältnis der Jugend zu den Parteien ergab unsere Analyse ein sehr differenziertes Bild. Die wesentliche Unterscheidung, die getroffen werden muss, ist die zwischen Verhalten und Orientierungen. Im Verhaltensbereich kann aufgrund des äußerst geringen Prozentsatzes der parteipolitisch orientierten Jugendlichen und des wesentlich höheren Rekrutierungsgrades der Gesamtbevölkerung durchaus von einer deutlichen Parteienabstinenz der Jugend gesprochen werden, die sich im Zeitablauf noch verschärft hat. Allerdings betrifft dies die einzelnen Parteien in recht unterschiedlichem Maße und es wäre daher für die Jugendforschung an der Zeit, sich neben den generellen Erklärungsmustern für die Parteienabstinenz der Jugend auch den parteispezifischen Faktoren zuzuwenden. Dass die Abstinenz der Jugend gegenüber den Parteioorganisationen nicht mit Parteienverdrossenheit gleichgesetzt werden darf, hat die Analyse der Parteiorientierungen eindrucksvoll gezeigt. Von einer weit verbreiteten und zunehmenden Parteienverdrossenheit der Jugend kann keine Rede sein. Parteiverdrossen ist nur ein verschwindend geringer und sich im Zeitverlauf nicht verändernder Anteil der Jugendlichen und zudem fallen die generellen Orientierungen der Jugend gegenüber den politischen Parteien im Vergleich zu den Erwachsenen insgesamt deutlich positiver aus.* <sup>280)</sup>

Folgende drei Formen des gesellschaftlichen und politischen Engagements sind zu unterscheiden, nämlich der institutionelle Bereich, neue soziale Bewegungen und punktuelle Aktionen. Auf der Grundlage der Analyse des DJI-Jugendsurveys 1992 und 1997 sowie der Allbus-Umfrage 1992 und 2000 kommen die Mitarbeiter des Deutschen Jugendinstituts zu folgendem Fazit:

*Gesellschaftliche und politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (16- bis 29-jährige) hat eine Vielzahl von Aspekten ... Die aktive Beteiligung in traditionellen gesellschaftlichen Organisationen (Vereine, Verbänden, Parteien etc.) ist teilweise im Abnehmen begriffen, teilweise jedoch auch nur durch Verschiebungen und Veränderungen gekennzeichnet. Von einer grundsätzlichen Beteiligungsverweigerung kann also keine Rede sein. Politik wird hierbei allerdings nicht als zentrales Betätigungsfeld gesehen. Aktivität in informellen Gruppierungen hat ein konstantes Niveau und zeugt von der Sympathie für unkonventionelle, flexible und stärker dezentral-selbstbestimmte Aktionsformen. Das betrifft auch zeitlich begrenzte, oft punktuelle politische Handlungsformen ohne langfristige Verpflichtung. Gerade dies kann Jugendliche mobilisieren, wenn entsprechend relevante Themen angesprochen werden.* <sup>281)</sup>

Ähnliche Schlussfolgerungen lassen sich aus den Ergebnissen des 2. Freiwilligensurveys von 2004 ableiten, dessen jugendspezifische Detailanalyse noch aussteht und vom Grundsatzreferenten des hessischen Landesjugendrings, Martin Nörber, ausgewertet wird.

277) Fischer, Arthur/Fritzsche, Yvonne/Fuchs-Heinritz, Werner/Münchmeier, Richard 2000: Hauptergebnisse. In: Deutsche Shell (Hg.) Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Bd 1, S. 16.

278) Fischer, Arthur/Fritzsche, Yvonne/Fuchs-Heinritz, Werner/Münchmeier, Richard 2000: Hauptergebnisse. In: Deutsche Shell (Hg.) Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie. Bd 1, S. 16 f.

279) Möhring-Hesse, Matthias 2005 (Hg.): Streit um die Gerechtigkeit. Themen und Kontroversen im gegenwärtigen Gerechtigkeitsdiskurs. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.

280) Niedermayer, Oskar 2005: Jugend und Parteien im vereinten Deutschland – Wider die These von der allgemeinen Parteiverdrossenheit. In: Eith/Rosenzweig, S. 32.

281) Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann 2005: Politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – Eine empirische Bestandsaufnahme. In: Eith/Rosenzweig, S. 44.

Der Anteil der Jugendlichen von 14 bis 25 Jahren, die sich engagieren, reduzierte sich geringfügig gegenüber 1999 um einen Prozentpunkt von 36 auf 35 %.<sup>282)</sup> Auf einen weiteren Aspekt macht Ingrid Burdewick aufmerksam. Sie schreibt in ihrer Studie über Jugendparlamente von der fehlenden Anerkennung für die Aktivitäten Jugendlicher. Diese fühlten sich oft im Dialog und in der Auseinandersetzung mit Politikerinnen und Politikern nicht ernst genommen.

*Resümierend kann also festgehalten werden, dass bei Jugendlichen auf Grund der von ihnen erlebten mangelnden Anerkennung im Bereich der konventionellen Politik eine zunehmende Distanzierung im politischen Bereich zu beobachten ist. Politik ist – wie eine Interviewpartnerin es ausdrückt – irgendwo „da hinten“ und hat offenbar aus Sicht von jungen Leuten wenig Bezug zu ihren Interessen und Problemen.*<sup>283)</sup>

An diesem Aspekt setzen meine Überlegungen zur Verbesserung der Face-to-Face-Kommunikation zwischen Jugendlichen und Politikern an.

#### 4. Kommunikationsmodell

Unabhängig von den genannten verallgemeinerungsfähigen Daten über das Verhältnis von Jugend und Politik werden nun Überlegungen angestellt, welche Rahmenbedingungen und wechselseitigen Informationen beim Dialog zwischen Jugendlichen und Politikerinnen und Politikern in einer konkreten Dialogsituation zu beachten sind. Für eine angemessene Kommunikation zwischen Angehörigen verschiedener Organisationskulturen ist die gegenseitige Kenntnisnahme sowie Achtung, Wertschätzung und Anerkennung von zentraler Bedeutung. Beide Seite müssen eine gemeinsame Sprache sprechen, bzw. Übersetzungsregeln vereinbaren. Ist eine Begegnung und der Austausch von Standpunkten nicht genügend vorbereitet bzw. sind überhöhte Erwartungen im Spiel, ist die Effektivität des Dialogs und die Zufriedenheit der Bürger/der Jugendlichen gefährdet. Darüber hinaus bedarf es eines konkreten Anhaltspunktes, eines konkreten Projektes oder einer konkreten Fragestellung, über die gesprochen und verhandelt wird. Engagierte junge Erwachsene und Professionelle aus der Jugendarbeit können als Moderatoren fungieren.

Exkurs: Im Rahmen der Forschungen zur internationalen Jugendarbeit wurde die so genannte Kontakthypothese in vielen Studien widerlegt. Die Widerlegung der Kontakthypothese besagt, dass es ohne umfangreiche pädagogische und organisatorische Vorbereitung und fachliche Begleitung nicht möglich ist, die entsprechenden Ziele (interkulturelles Lernen, Toleranz, Völkerverständigung usw.) in einer Begegnung zu erreichen. Die Kontakthypothese hatte demgegenüber propagiert: Man brauche nur Jugendliche aus verschiedenen Nationen (Deutsche, Franzosen, Polen usw.) zusammenzubringen und die gegenseitigen Vorurteile würden verschwinden. Sie treiben Sport miteinander, sie verbringen ihre Freizeit und/oder arbeiten an einem gemeinsamen Projekt. Im Laufe dieses Prozesses würden dann die gegenseitigen Vorurteile verschwinden und die Distanz überwunden, Freundschaften gepflegt und damit ein Beitrag zur Völkerverständigung und zur europäischen Integration geleistet. Auf dieser Grundlage arbeiten immer noch – auch angesichts fehlender finanzieller Ressourcen – viele Städtepartnerschaften und Jugendbegegnungen. Die Forschung hat eindeutig belegt, dass die gewünschten Ziele nicht zwangsläufig erreicht werden, sondern dass bestimmte Rahmenbedingungen zu schaffen sind. Dies schließt nicht aus, dass in Einzelfällen allein durch die Kontaktsituation interkulturelles Lernen in Gang gesetzt werden konnte. Im Regelfall sind Qualitätsmerkmale, u. a. ein offenes Gesprächsklima, gegenseitige Achtung, Moderation, ein konkretes Projekt und minimale wechselseitige Kenntnisse, zum Gelingen einer interkulturellen Kommunikation zielführend. Planung, Organisation und Moderation erfordern soziale und interkulturelle Kompetenz sowie eine entsprechende finanzielle und sachliche Mindestausstattung.<sup>284) 285)</sup>

Dieses Modell aus der internationalen Jugendarbeit wird hier auf die Kommunikation zwischen jungen Erwachsenen und Politikerinnen und Politikern übertragen. Zu unterscheiden sind zwei Systeme oder Sphären, die unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten folgen und andere Sprachspiele benutzen. In einer funktional differenzierten Gesellschaft gelten in verschiedenen Systemen, Subsystemen, Organisationen jeweils andere Regeln und Kulturen. Die Personen, die im jeweiligen System oder der jeweiligen Organisationskultur erfolgreich agieren wollen, müssen sich an die internen Regeln halten, sonst ist ihr Erfolg bzw. ihre Integration gefährdet. Zumeist sind sie in die Institution einsozialisiert worden und sind sich dieser Regeln nicht bewusst. Erst die Konfrontation mit den „Fremden“ erweitert den Blick auf das „eigene Haus“. In unserem Fall soll zwischen dem System und der Organisationskultur der Jugendlichen und dem System und der Organisation der politischen Akteure unterschieden werden. Missverständnisse zwischen Angehörigen verschiedener Organisationskulturen entstehen durch fehlende Kenntnisse über die Grundregeln der jeweils anderen Seite.<sup>286)</sup>

282) [www.bmfsfj.de/freiwilliges-engagement](http://www.bmfsfj.de/freiwilliges-engagement) 2005.

283) Burdewick, Ingrid 2003: Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Bonn: Lizenzausgabe der Bzpb.

284) Thimmel, Andreas 2001: Pädagogik der internationalen Jugendarbeit: Geschichte, Praxis und Konzepte des Interkulturellen Lernens. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.

285) Friesenhahn, Günter J./Thimmel, Andreas (Hg.) 2005: Schlüsseltexte. Engagement und Kompetenz in der internationalen Jugendarbeit. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.

286) Thomas, Alexander/Kinast, Eva-Ulrike/Schroll-Machl, Sylvia (Hg.) 2003: Handbuch Interkulturelle Kommunikation und Kooperation. Band 1: Grundlagen und Praxisfelder. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Drei Ebenen sind zu beachten. Die Wissensebene, die emotionale Ebene und die organisatorischen Rahmenbedingungen. Auf der Wissensebene muss ein Minimum an Information über die Person bzw. die Personengruppen, mit denen der Dialog geführt wird, vorhanden sein. Dies bedeutet eine ständige Überprüfung von „Vor-Urteilen“ und die ständige selbstkritische Überprüfung, ob aus einem Vorurteil über eine bestimmte Gruppe, ein starrer „Kulturstandard“<sup>287)</sup> geworden ist, der flexibles Reagieren verhindert und den Gesprächspartner unter ein Gruppenetikett subsumiert.

Auf der emotionalen Ebene geht es um eine Haltung der Anerkennung und Freundlichkeit, der gegenseitigen Achtung und der Bereitschaft zur symmetrischen Kommunikation auch angesichts status- und altersbezogener Unterschiede sowie machtbezogener Interessen. Die organisatorischen und methodisch-didaktischen Rahmenbedingungen für einen gelingenden Dialog beziehen sich auf Gesprächsregeln, vor allem auf die Offenheit des Gesprächsklimas und allgemeine Grundlagen der Kommunikation. Oft hilft ein externer Moderator, der als Brückenbauer zwischen Erwachsenenwelt und Jugendlichen fungiert. Dialog bedeutet wechselseitig Fragen zu stellen und die entsprechenden Antworten zu erarbeiten.<sup>288)</sup>

### 5. Kommunikation zwischen Jugendlichen und Politikerinnen und Politikern

Es kann angenommen werden, dass es sich in unserem Beispiel auf der einen Seite um die Gruppe der „mitwirkungsbezogenen und politikkritischen“ jungen Erwachsenen (nach Shell 2002 sind dies 46 % der Jugendlichen) handelt. Diese Jugendlichen sind potentielle Mittler zu den beiden anderen politikfernen Gruppen. Um diese Aufgabe der Vermittlung zu gewährleisten, braucht es allerdings – neben der Schule – Orte, an denen Jugendliche aus verschiedenen Milieus, aus unterschiedlichen Altersgruppen und mit verschiedenen Bildungsniveaus zusammenkommen. Bei diesen Gelegenheiten kann dann auch – en passant – über politische Themen gesprochen werden. Auf der anderen Seite sind Politikerinnen und Politiker am Dialog beteiligt, die sich für die Probleme und Lebensweise der Jugendlichen und jungen Erwachsenen interessieren, sonst würden sie nicht in den Dialog eintreten.

Aus einem generationsspezifischen Blickwinkel ist erstens eine Distanz zwischen Jugendlichen und Erwachsenen nicht verwunderlich. Zweitens ist ein „gegenseitiges Nicht-Kennen“ ein normaler Vorgang zwischen Menschen, die in verschiedenen Systemen agieren. Jugendliche und Politiker(-innen) unterscheiden sich im Alter, haben verschiedene kulturelle Vorlieben, agieren in verschiedenen Rollen und sind eventuell unterschiedlichen Milieus zuzuordnen. Wie ist nun der wechselseitige Informationsstand? Wo erfahren Jugendliche etwas über Politik? Sie erleben Politik im Elternhaus. Der große Einfluss der Eltern ist gut belegt und fällt von Familie zu Familie sehr unterschiedlich aus. Jugendliche begegnen Politik in der Schule im Rahmen des Unterrichts und z. B. im Rahmen der Schülermitverwaltung. Der Stellenwert von Politik ist geknüpft an die Person des Lehrers/der Lehrerin, an die Regeln der Leistungskontrolle im jeweiligen Schultyp und an die Stellung des Fachs politische Bildung/Sozialkunde/Gemeinschaftskunde im Gesamtkanon der Fächer.<sup>289)</sup> Jugendliche erfahren Politik über die Medien, insbesondere über das Fernsehen. Jugendliche favorisieren private Fernsehkanäle, deren politische Berichterstattung aus Sicht der politischen Bildung als problematisch zu bezeichnen ist.<sup>290)</sup> In der Lokalpolitik begegnen Jugendliche den Politikern dann, wenn sie sich mit einem spezifischen Anliegen an diese wenden. Dabei besteht bei den Jugendlichen oft die Erwartung, dass die Politiker ihr Anliegen schnell und unbürokratisch lösen. Schließlich gibt es Projekte, in denen es zu einer direkten Kommunikation zwischen Politikerinnen und Politikern und Jugendlichen/jungen Erwachsenen kommt.

Jugendliche fragen sich, wie Politikerinnen und Politikern denken und handeln und welche „Vor-Urteile“ sie über Jugendliche haben. Auf der anderen Seite fragen sich Politiker, wie Jugendliche heute denken und handeln und welche „Vor-Urteile“ diese über Politikerinnen und Politikern haben. Diese wechselseitige Information über die jeweils andere Kommunikationsseite soll im Folgenden angedeutet werden.

### 6. Jugendliche heute

Der Begriff der Jugend bezieht sich auf eine Einteilung nach dem Alter. Jugend ist platziert zwischen Kindheit und Erwachsenenstatus. Zu unterscheiden sind Kids (zehn bis 13), Jugendliche (14 bis 17) und junge Erwachsene (18 bis 26). Die Grenzen und Übergänge sind fließend und die entsprechenden Alterszuordnungen variieren. Die altersspezifische Differenzierung folgt pädagogischen und entwicklungspsychologischen Überlegungen, die in den Konzepten der Pubertät, Adoleszenz und Jugendalter gefasst werden. Jugend ist aber auch eine soziale Klassifikation. Der Terminus Jugend ist eine unscharfe Sammelkategorie für de facto sehr heterogene Gruppen. Jugend ist vielfältig und bunt: Variablen sind Geschlecht, Alter, Schulform, Ausbildungsplatz, Arbeitsplatz oder Arbeitslosigkeit, finanzielle, soziale, nachbarschaftliche und persönliche Ressourcen im Elternhaus, regionale Unterschiede, Partizipationserfahrungen, Medienzugang, Mobilitätserfahrung, „kulturelle Einbettung“<sup>291)</sup> und Migrationshintergrund. Auf die um-

287) Thomas, Alexander/Kinast, Eva-Ulrike/Schroll-Machl, Sylvia (Hg.) 2003: Handbuch Interkulturelle Kommunikation und Kooperation. Band 1: Grundlagen und Praxisfelder. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

288) Geißner, Hellmut 2000: Kommunikationspädagogik. Transformationen der „Sprech“-Erziehung. St. Ingbert: Röhrig Verlag.

289) Vgl. Landesverband Rheinland-Pfalz der Deutschen Vereinigung zur Politischen Bildung zur Situation des Fachs in Rheinland-Pfalz.

290) Zur Mediennutzung Jugendlicher:.

– Jugend, Information, (Multi-)Media, JIM-Studie 2003, 2004, Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest.

– Theunert, Helga/Schorb, Bernd 2000: Nicht desinteressiert, aber eigene Interessen. Jugend, Politik, Fernsehinformation. In: Zeitschrift merz – medien und erziehung 4/2000. S. 219 bis 228.

291) Scherr, Albert 2003: Staatliche Jugendpolitik: Strukturprobleme und Anforderungen an eine Politik im Interesse der Jugendlichen. In: Breit, Gotthard/Massing, Peter (Hg.) Jugend und Politik. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, S. 95 bis 109.

fangreiche Forschung zu Jugendlichen mit Migrationshintergrund kann hier nur hingewiesen werden. Die ungleiche Verteilung von Chancen und eine verstärkte Armut bei Kindern und Jugendlichen ist in den letzten Jahren verstärkt ins Blickfeld der Sozialwissenschaften und der Öffentlichkeit geraten. Der Cliquendruck auf den Kauf von teuren Markenklamotten und die aktuellste Medienausstattung (Handy) ist beträchtlich.

Trotz all dieser Unterschiede, wird dennoch weiter von Jugend im Singular gesprochen, nicht zuletzt, weil es ein politisches und publizistisches Interesse an der „Befindlichkeit der Jugend“ gibt. Jugend bedeutet im öffentlichen Diskurs entweder Jugend als „Hoffnung“ und/oder „Bedrohung“ im Sinne von Ängsten und Befürchtungen der Erwachsenengeneration. „Wenn die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muss auch die Jugendphase als Phase der biographischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft zum Problem werden.“<sup>292)</sup> Zwei Fragen sind von Bedeutung: Wie gelingt es Jugendlichen, sich von der Erwachsenenwelt abzugrenzen bzw. ihre alterstypische Experimentierphase zu leben und wie reagieren die pädagogischen Institutionen auf den sozialen und politisch-ökonomischen Wandel? Walter Hornstein<sup>293)</sup> spricht vom „Als-ob-Charakter“. Damit ist gemeint, dass „die mit Jugend verbundenen Zukunftsversprechen (gelingende Jugend – gelingende Zukunft) nicht mehr eingelöst werden können, gleichwohl aber Jugend nach diesem Programm organisiert und nach den darin liegenden Verhaltenserwartungen sozialisiert wird.“<sup>294)</sup> In konsequenter Lesart der These vom Strukturwandel der Jugendphase ist von „Jugenden“ im Plural zu sprechen. Die Orientierungsarbeit der Jugendlichen ist im Rahmen der Risikogesellschaft angewachsen. „Jeder junge Mensch steht heute vor der Aufgabe, sein Leben in eigener Regie zu einem Gesamtkunstwerk auszubauen, in sich selbst möglichst viele verschiedene Optionen zu sammeln und Ressourcen zu bündeln, um sich gegen Rückschläge und Risiken zu wappnen.“<sup>295)</sup> Politik gehört in die Welt der Erwachsenen und wird danach befragt, wie sie beim eigenen Weiterkommen nützlich ist. Dies schließt soziales und gemeinwesenorientiertes Verhalten bewusst mit ein.

Betrachten wir die Gruppe der engagierten Jugendlichen, so lässt sich verallgemeinern, dass sie in Projekten und Themen denken und auch im Engagement ihren wohlverstandenen Vorteil suchen. Sie wollen Probleme sofort lösen. Sie haben tolle Ideen, viel Idealismus und sie bevorzugen ein kurzfristiges Engagement. Vor langfristigen Bindung an Vereine und Jugendverbände scheuen sie zwar einerseits zurück, sie nehmen aber andererseits deren Infrastruktur in Kauf. Die Absicherung von Strukturen ist aus Sicht der Jugendlichen zwar notwendig, aber die meisten Jugendlichen haben keine „Lust“ und kein Interesse an der mühsamen Arbeit in jugendpolitischen Strukturen. Deshalb bedarf es verlässlicher Strukturen und Personen.

Welches Bild haben Jugendliche von Politik? Dazu ein Zitat der Mitautorin der 13. Shell-Studie, Yvonne Fritzsche:

*Über Jahre hat die Politik in den Augen Jugendlicher an Bezug zum „echten“ Jugendlichen verloren. Die Themen, wie sie die Politik innergesellschaftlich setzt, erscheinen den meisten Jugendlichen als meilenweit entfernt von ihrem Leben, von ihren Alltagsproblemen, von ihren Zukunftsfragen . . . Auswirkungen von Politik konkretisieren sich meistens als Einschränkungen, nicht aber als Visionen oder Impulse für die eigene Lebensgestaltung und den eigenen Werdegang. Es hat sich mehrheitlich der Eindruck verfestigt: „Da wird viel diskutiert, nichts passiert.“<sup>296)</sup>*

Im Bericht über die Landauer Studie (Prof. Dr. Jens Tenscher) heißt es:

*Zu den Gründen, warum sich Jugendliche nicht politisch engagieren, gaben sie an erster Stelle an, dass sie zu wenig über Politik wissen und es keinen Spaß macht. 75 % der Jugendlichen gaben jedoch auch an, dass sie Angst haben, als Jugendliche nicht ernst genommen zu werden. Ebenfalls rund 75 % sagten schlicht, weil sie niemand danach gefragt hat.<sup>297)</sup>*

Für Tenscher sind diese Zahlen alarmierend: Zwischen Politik und Jugendlichen gebe es offenbar ein „großes Vermittlungsproblem“, warnt er. Politiker und Medien sollten dringend auf junge Menschen zugehen. Dabei gilt es, die Wissenskomponente zu stärken und Interesse zu wecken: „Es ist ein großes Potential da, das aber nicht ausgeschöpft wird, weil die Jugendlichen nicht oder nicht richtig angesprochen werden“, bilanziert der Wissenschaftler.<sup>298)</sup>

Aus meiner Sicht ist das Vermittlungsproblem zu einem Kommunikationsproblem zu erweitern, denn es geht nicht nur um die einseitige Vermittlung von Wissen aus dem politischen System an die Jugendlichen, sondern um einen wechselseitigen Kommunikationsprozess. Demnach ist auch zu fragen, welche Probleme interessierte und engagierte Jugendliche mit Politikern(-innen) haben? Junge Erwachsene in der Jugendarbeit beklagen z. B. eine fehlende kontinuierliche Anerkennung ihrer Arbeit, ein Desinteresse von Politiker(-innen) für die differenzierten Strukturen und Themen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit. Zudem wird z. B. in der kommunalpolitischen Diskussion die Differenz zwischen Jugendarbeit nach § 11 KJHG einerseits und Jugendhilfe, Jugendsozial-

292) Münchmeier, Richard 2001: Jugend. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. 2. völlig überarb. Aufl. Neuwied: Luchterhand. S. 818.

293) Hornstein, Walter 1999: Jugendforschung und Jugendpolitik. Weinheim und München. Juventa. Im Erscheinen.

294) Münchmeier, Richard 2001: Jugend. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. 2. völlig überarb. Aufl. Neuwied: Luchterhand. S. 819.

295) Fritzsche, Yvonne 2005: Jugend und Politik: „Ich habe andere Sorgen als Politik – Drei Abgesänge.“ In: Eith/Rosenzweig, S. 66.

296) Fritzsche, Yvonne 2005: Jugend und Politik: „Ich habe andere Sorgen als Politik – Drei Abgesänge.“ In: Eith/Rosenzweig, S. 66.

297) Kirchstein, Gisela 2005: Jugend: „Kein Bock“ auf Politik. Studie der Universität Landau/Prof. Dr. Jens Tenscher. Rhein-Zeitung vom 30. September 2005, S. 3.

298) Kirchstein, Gisela 2005: Jugend: „Kein Bock“ auf Politik. Studie der Universität Landau/Prof. Dr. Jens Tenscher. Rhein-Zeitung vom 30. September 2005, S. 3.



arbeit und Prävention andererseits nicht oder nur unzureichend beachtet. Zudem unterstellen Jugendliche den Politikern, dass sie bei Projekten nur auf die mediale Verwertung fixiert sind und es ihnen nicht um die Sache geht. „Unter Markt-/Dienstleistungsgesichtspunkten geht es – vermeintlich auf der ‚Höhe der Zeit‘ – mehr um (einmalige) Inszenierung, Events, Präsentation und Öffentlichkeitswirksamkeit.“<sup>299)</sup>

Aus Sicht der Jugendlichen sind die politikinternen Regeln nicht durchschaubar. Die Jugendforscherin Yvonne Fritzsche bringt dies auf den Punkt:

*Der Politikbetrieb indes wird immer komplexer in seinen Regeln und Abläufen. Institutionen differenzieren sich immer mehr aus, politische Akteure spezialisieren sich und finden sich wieder in einem immer schwerer zu durchschauenden Gesamtgeflecht von diffusen Abhängigkeitsstrukturen, latenten Interessengegensätzen, kurzfristigen pragmatischen Schulter Schlüssen, inszenierten Lagerkämpfen . . . und persönlichen Eitelkeiten. Jedes für sich hat es immer schon gegeben, aber im Zusammentreffen liegt die allgemeine Wucht, die nicht nur dem jungen Normalbürger suggeriert: Das politische Geschäft ist nicht zu fassen.*<sup>300)</sup>

## 7. Politikerinnen und Politiker

Die folgenden Überlegungen beanspruchen nicht die gleiche wissenschaftliche Relevanz wie die Ausführungen zur Jugendforschung. Sie können nur die Thematik andeuten und sind als Angebot an die politisch Handelnden zu verstehen, die Rahmenbedingungen des eigenen Denkens und Handelns soweit transparent zu machen, wie es für einen Dialog förderlich ist. Im Kern geht es um „Demokratie als Aushandlungsprozess“. Die Literatur in den Bereichen „politische Theorie“ und „politische Kommunikation“ kann hier nicht angemessen rezipiert werden. Es handelt sich um verallgemeinerte Aussagen, die natürlich im Einzelfall auf diese und jene Politikerin, diesen und jenen Politiker nicht anwendbar sind.

Politikerinnen und Politiker sind Erwachsene. Die Gesprächssituation zwischen Jugendlichen und Erwachsenen ist immer überlagert vom Generationenverhältnis. Erwachsene waren immer auch Jugendliche und vergleichen damit die heutige Jugend mit der eigenen Jugend. Dabei wird die eigene Jugend oft glorifiziert. Der „Film“ der eigenen Jugend läuft bei Erwachsenen im Hintergrund mit. Besonders für Politiker, die in den 70er und 80er Jahren politisch sozialisiert wurden – „alles Private ist politisch“ – ist die Haltung der heutigen Jugendlichen gegenüber Politik schwer nachvollziehbar. Im Vergleich mit der eigenen politischen Sozialisation scheinen heutige Jugendliche tatsächlich unpolitisch. Viele der Politikerinnen und Politiker sind selbst Eltern, sie sehen Jugendliche immer auch im Verhältnis zu ihren eigenen Kindern.

Politikerinnen und Politiker agieren in der Regel auf einer bestimmten politisch-administrativen Ebene, z. B. der Kommune, dem Land, dem Bund oder der EU. Sie haben eine bestimmte fachliche Zuständigkeit, die ihre Grenzen an der fachlichen Zuständigkeit anderer Kollegen findet. Im Bereich der Jugendpolitik, die sich als Querschnitts- und Ressortpolitik versteht, kann dies insbesondere in der Schul- oder Arbeitsmarktpolitik bzw. Stadtplanung verdeutlicht werden. Bestimmte jugendpolitische Themen, z. B. Aktivitäten gegen Jugendarbeitslosigkeit, sind nur mit Hilfe der Kollegen anderer Ressorts auf den Weg zu bringen. Die Zuordnung bestimmter Themen und Fragestellungen zu Ressorts und die Lösung der Probleme durch die für dieses Thema zuständigen Mitarbeiter des politischen und administrativen Systems widersprechen einem ganzheitlichen Verständnis der Jugendlichen. Sie möchten stattdessen die Probleme in kurzer Zeit umfassend gelöst haben. Die Zuordnung zu Ressorts und zu administrativen Ebenen ist für Jugendliche und für Bürger allgemein schwer zu durchschauen. Die Verschränkung und gegenseitige Abhängigkeit der Ebenen und Ressorts untereinander ist aber für das Funktionieren moderner Demokratien konstitutiv. Schließlich und nicht zuletzt gehört eine Politikerin bzw. ein Politiker einer politischen Partei bzw. Fraktion an und ist damit einem gemeinsamen Ziel verpflichtet und auf Abstimmung innerhalb der Partei und Fraktion angewiesen. Oft können Politiker bestimmte Aussagen zu konkreten Projekten nur unter Vorbehalt treffen. Aufgrund des Komplexitätsgrades stehen konkrete Projekte meist unter einem Finanz-, Rechts- und Abstimmungsvorbehalt. Daraus erwächst unter Umständen ein Sprachstil, der leicht als ausweichend und unkonkret interpretiert werden kann. Neben der fachlichen Expertise bestimmt sich das Durchsetzungsvermögen eines Politikers über die Zugehörigkeit zu Netzwerken, zu informellen Freundeskreisen und über die Hierarchiestufe innerhalb einer Partei oder Fraktion. Neben der Kommunikation in den Binnenraum der Partei ist politische Kommunikation über Medien von großer Bedeutung. Dies erfordert eine umfassende Medienpräsenz sowie die Fähigkeit, die verschiedenen Medien mit entsprechend mediengerechten Botschaften zu bedienen. Die Relevanz und Wertigkeit eines politischen Ereignisses steigt durch die Berichterstattung in den Medien. Für die Politik muss ein Event öffentlichkeitswirksam vermarktet werden. Die Fixierung auf die mediale Botschaft entspricht nicht den Erwartungen der Jugendlichen an ein politisches Ereignis, an dem sie beteiligt sind. Ihnen geht es um Ganzheitlichkeit und Authentizität, um das „Ereignis an sich“. Die Verwendung bestimmter Begriffe wird zudem von der Politikerin/dem Politiker auf ihre Political Correctness überprüft.

299) Hafener, Benno 2005: Strategievarianten in der Kinder- und Jugendförderung. In: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 6/2005, S. 250.

300) Fritzsche, Yvonne 2005: Jugend und Politik: „Ich habe andere Sorgen als Politik - Drei Abgesänge.“ In: Eith/Rosenzweig, S. 69.

Die persönliche und berufliche Abhängigkeit von den Ergebnissen aktueller Wahlen und damit von der Zuteilung spezifischer Funktionen im politisch-administrativen Apparat sind ein zentraler Faktor. Schließlich kann davon ausgegangen werden, dass Politiker verstärkte Aufmerksamkeit auf ihr Zeitmanagement legen müssen, ein Umstand, der einer intensiven längeren Diskussionskultur nicht immer zuträglich ist. Politikerinnen und Politiker vertreten die Bürgerinnen und Bürger in unserer Demokratie. Im Alltagsverständnis entstehen hohe Erwartungen an den Einzelnen. Die Politiker bekommen suggeriert, sie müssten über alles und jedes Bescheid wissen und es ist schwierig und risikoreich, öffentlich Fehler zuzugestehen.

Im Rahmen des Kommunikationsmodells wird dafür plädiert, einige der hier angedeuteten Regeln und Zwänge politischen Handelns im Gespräch mit Jugendlichen transparent zu machen, um so eine realistische und authentische Gesprächssituation aufzubauen. Es geht um die Fülle der Sachzwänge und ein Verständnis dafür, dass diese im Sinne eines „authentischen Dialogs“ zumindest partiell transparent gemacht werden. Dazu die Erfahrung der Freiburger Stadträtin Claudia Herbstritt:

*Grundlegend ist die Einsicht, dass die Welt nicht so einfach zu retten ist und es kein böser Wille, sondern Teil des demokratischen Systems ist, dass Entscheidungen meist Abwägungsprozesse sind und es nicht die Eine Wahrheit gibt. Es geht also um ein realistisches Demokratieverständnis, das so keine Selbstverständlichkeit ist und vor allem auf Unwissenheit beruht. Zum anderen sind es die klaren Spielregeln, gute Kommunikation und Strukturen, die den Unterschied zwischen Vision und unerfüllbarem Wunschzettel klar machen, klare Ziele, die in Etappen erreicht werden. Dies alles erfordert ein hohes Maß an Einsicht vor allem bei den Jugendlichen.<sup>301)</sup>*

*Zum anderen gilt es aber, die Spontaneität und Dynamik der aktiven Jugendlichen nicht nur zu beklatschen, sondern dieser Dynamik Raum zu geben. Praktisch bedeutet dies die Vereinfachung von Strukturen und das Ausschalten von bürokratischen Bremsen! Es sollte also nicht suggeriert werden, dass alles ganz einfach ist und komplexe politische Lösungen nur danach schreien, mal eben durch einfache Lösungen gelöst zu werden.<sup>302)</sup>*

## 8. Folgerungen

In den letzten Jahren haben sich in unterschiedlichen Kontexten Beteiligungsmodelle bewährt. Viele dieser Aktivitäten „laufen“ aber nicht unter dem Stichwort Politik und verwenden eine jeweils andere Begrifflichkeit: z. B. Partizipation in der Jugendhilfeplanung und in Kinder- und Jugendhilfeausschüssen, Partizipation und Schülermitbestimmung in der Schule, Nachhaltigkeit in Schulprojekten und Demokratieerziehung (z. B. die BLK-Projekte transfer 21, Civic education), Bürgerbeteiligung, politische Jugendbildung, Partizipation und Jugendinformation im Bereich der europäischen Jugendpolitik (Weißbuch Jugend), interkulturelle Öffnung der Jugendverbände und Partizipation von und in Jugend-Migrantenorganisationen, Transparenz in Stadtplanung und Kommunalpolitik usw.

*Will man junge Leute . . . stärker für Politik interessieren, sollte man ihr Bedürfnis nach einem lebendigen „emotionalen“ Umgang mit politischen Themen und Strukturen ernst nehmen. Dazu bedarf es einer größeren Transparenz politischer Prozesse, neuer kreativer Methoden der Politikvermittlung und vor allem einer stärkeren Einbeziehung verschiedener Stimmen in den politischen Diskurs – Stimmen von Kindern, Jugendlichen, alten Leuten, Frauen, Männern, von Personen aus anderen Kulturen und aus verschiedenen sozialen Milieus. Und dies lässt sich nur über eine Politik der Beteiligung gewährleisten.<sup>303)</sup>*

Wenn Jugendliche mit Politik konfrontiert werden sollen, so müssen diese unterschiedlichen, auch auf den ersten Blick unpolitischen Partizipationsaktivitäten nachhaltig und infrastrukturell unterstützt werden. Zugleich ist in den „nicht politischen“ Projekten behutsam der Zusammenhang zur Politik punktuell zu verdeutlichen. Im Folgenden Zitate von Yvonne Fritzsche, Claudia Herbstritt und Ingrid Burdewick, die genau in diese Richtung weisen:

*Spitzenpolitiker ohne mediale Inszenierungen im Gespräch mit Jugendlichen vor Ort, das Internet als politisches Forum, kleinteilige Angebote zum Mitgestalten und Mitwirken – nicht institutionen-, sondern projektbezogen, nicht zwingend an Mitgliedschaften gebunden, sondern ereignis- und erlebnisorientiert.<sup>304)</sup>*

*Im Bereich der institutionellen Rahmenbedingungen hat sich des weiteren gezeigt, dass zum Bereich der Information vor allem die Kommunikation gehört. So wie von den Jugendlichen erwartet wird, Gehör zu finden und Politik mit Gesichtern und konkreten Ansprechpartnern zu verbinden, so ist es auch für die politisch Verantwortlichen wichtig zu wissen, wo junge Meinungen abrufbar sind. Auch hierbei spielt der Jugendpfleger oder das Jugendbüro eine elementare Rolle . . .<sup>305)</sup>*

301) Herbstritt, Claudia 2005: Jugendliche in der Politik – Ein Erfahrungsbericht. In: Eith/Rosenzweig, S. 84.

302) Herbstritt, Claudia 2005: Jugendliche in der Politik – Ein Erfahrungsbericht. In: Eith/Rosenzweig, S. 87.

303) Burdewick, Ingrid 2003, Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualifizierte empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Bonn: Lizenzausgabe der BzpB, S. 288.

304) Fritzsche, Yvonne 2005: Jugend und Politik: „Ich habe andere Sorgen als Politik – Drei Abgesänge.“ In: Eith/Rosenzweig, S. 74.

305) Herbstritt, Claudia 2005: Jugendliche in der Politik – Ein Erfahrungsbericht. In: Eith/Rosenzweig, S. 84.

*Zum einen sollten junge Leute durch pädagogische Flankierungen etwa in der Schule, im Elternhaus und in entsprechenden Beteiligungsmodellen befähigt werden, sich selbstbewusst und selbständig für die eigenen Normen einzusetzen. Die Vermittlung von Normen und Wertvorstellungen dabei nicht vorrangig der Integration in vorgegebene soziale und politische Muster . . . Andererseits sollte für die Heranwachsenden eine politische Kultur der Beteiligung geschaffen werden, die sie als Experten und Expertinnen in eigener Sache anerkennt und es ihnen viel stärker ermöglicht, sich als wertvoll für die Gemeinschaft zu erfahren, als dies bisher der Fall ist.* <sup>306)</sup>

Die Orte hierfür sind u. a. die vielfältigen Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung. Deren eigenständiges Profil gilt es zu stärken. Professionelle Jugendarbeiter(-innen) verfügen über die Moderatorenfähigkeit, zwischen Jugendlichen und politischen Akteuren zu vermitteln. Neben einer besseren Positionierung der politischen Bildung in der Schule ist die außerschulische politische Bildung in der Jugendarbeit und Jugendbildung lange unterschätzt und vernachlässigt worden. Zurzeit wird dieser Bereich in einigen Bundesländern sogar gekürzt. <sup>307)</sup> Eine breite jugendpolitische Infrastruktur in den Kommunen, Landkreisen, Bundesländern und im Bund ist Voraussetzung für politische Sozialisation und Beteiligung bzw. Partizipation an politischen Prozessen. Dabei handelt es sich zwar im Kernbereich um eine kommunale Aufgabe bzw. eine Aufgabe der kommunalen Jugend-, Sozial- und Bildungspolitik. Sie muss aber ergänzt werden durch Angebote zur Jugendinformation, politischen Bildung und Fort- und Weiterbildung durch Land, Bund und EU. Ein eigenständiger Bereich der Kinder- und Jugendarbeit/der politischen und allgemeinen Jugendbildung, Jugendförderung/Jugendpflege/Jugendverbandsarbeit ist notwendig, um den politischen Dialog in der Zivilgesellschaft weiterzuentwickeln. Notwendig sind zudem Vermittlungspersonen zwischen Jugendlichen und dem politischen System. Die politische Bildung in der Schule reicht dazu nicht aus. Als Hilfe bei der Kommunikation zwischen Jugend und Politikern bedarf es der „originären und gut begründeten ‚Philosophie‘ der Kinder- und Jugendarbeit – mit Prinzipien wie Freiwilligkeit, Selbstbestimmung, Freizeit, Geselligkeit, jugendkulturelle Milieus, informelle Bildung etc.“ <sup>308)</sup>

Die strukturelle Eigenständigkeit der Jugendarbeit bedeutet eine Abgrenzung gegenüber dem Bildungs- bzw. Schulsystem, der Familie bzw. familienähnlichen Lebensformen und dem ausbildungs- und arbeitsmarktbezogenen System. Diese Abgrenzung fällt auch deshalb schwer, da sich Jugendpolitik als Ressort- und Querschnittsbereich versteht. Infrastruktur bedeutet eine Vielfalt von unterschiedlichen Mischungsverhältnissen aus Ehrenamtlichkeit, Gleichaltrigenkultur und hauptamtlichen Mitarbeitern der Jugendarbeit bei öffentlichen und freien Trägern. Diese Position ist in der jugendpädagogischen Fachwissenschaft unumstritten, in der jugendpolitischen Praxis und staatlichen Förderungspraxis ergeben sich allerdings Defizite. <sup>309)</sup>

Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung sind zentrale Orte und Institutionen zur Weiterentwicklung und Festigung der Demokratie und der demokratischen Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Dies kommt insbesondere im Begriff der „gesellschaftlichen Mitverantwortung“ nach § 11 SGB VIII/KJHG zum Ausdruck:

*Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.* <sup>310)</sup>

### **XIII. Zusammenfassung des Gutachtens von Herrn Professor Dr. Schraper zur Bestandsaufnahme aktueller wissenschaftlicher Forschungen zum Verhältnis von Jugend und Politik**

#### **Kapitel 1 – „Jugend“ und „Politik“ – Klärung der zentralen Begriffe**

##### **Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Rheinland-Pfalz**

###### **Bevölkerungsentwicklung**

- Die Bevölkerungszahl soll bis zu dem Jahr 2050 stetig sinken.
- Dementsprechend nimmt auch der Anteil der jungen Menschen an der Bevölkerung ab, die älteren Jahrgänge hingegen werden stärker besetzt sein.
- Auch in Rheinland-Pfalz soll die Bevölkerungszahl bis 2050 um ca. 700 000 Menschen abnehmen.

###### **Jugend in der Perspektive wissenschaftlicher Konzepte und Erklärungen**

- Eine verbindliche Definition der Jugendphase ist kaum möglich, da die meisten psychischen und sozialen Entwicklungsprozesse von z. B. kulturellen und ökonomischen Bedingungen und Faktoren stark beeinflusst werden.
- Wurde Jugend noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts hauptsächlich als Phase der biologischen und körperlichen Reifung auf dem Weg vom Kind zum Erwachsenen gesehen, so muss sie heute mehr und mehr als eine eigenständige Lebensphase verstanden werden.

306) Burdewick, Ingrid 2003: Jugend – Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Bonn: Lizenzausgabe der Bzpb., S. 290.

307) Hafenecker, Benno 2005: Strategievarianten in der Kinder- und Jugendförderung. In: Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 6/2005, S. 249 f.

308) Hafenecker, Benno 2005: Strategievarianten in der Kinder- und Jugendförderung. In: Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 6/2005, S. 250.

309) Hafenecker, Benno 2005: Strategievarianten in der Kinder- und Jugendförderung. In: Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 6/2005, S. 249.

310) SGB VIII, § 11, (1).

Warum interessiert sich Politik für Jugend?

- Jugend ist eine Zeit bedeutsamer Prägungen für das weitere (politische) Leben.
- Jugend ist Potential und Bedrohung zugleich.
- Jugend ist Frühanzeiger für gesellschaftliche Entwicklungen.

Was verstehen Jugendliche unter Politik?

- Drei unterschiedliche Arten des Politikverständnisses von Jugendlichen: formale, inhaltliche und personenbezogene Definitionen von Politik.
- Jugendliche treten der „Politik“ mit Ablehnung bzw. Desinteresse gegenüber.
- Dem „Politischen“ steht die Mehrzahl der Jugendlichen hingegen sehr nahe.

## **Kapitel 2 – Wie werden Jugendliche von der Politik wahrgenommen und wie sehen Jugendliche die Politik?**

### **Wahlverhalten und Wahlinteresse**

- Die Wahlbeteiligung ist in allen Altersgruppen seit 1972 deutlich zurückgegangen, jedoch liegt sie in Rheinland-Pfalz immer noch über dem Bundesdurchschnitt.
- Die Wahlbeteiligung ist bei den Jugendlichen wie bei den Erwachsenen bei der Bundestagswahl am höchsten. Es folgen Landtagswahl, Kommunalwahl und Europawahl.
- Die Wahlbeteiligung der Männer ist nicht gravierend anders als die der Frauen bei Bundestagswahlen, bei Landtagswahlen ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern sichtbar. Die Frauen wählen meistens weniger als die Männer.
- Die geringste Wahlbeteiligung weisen stets die 21- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wähler auf, da sie sich in einer Umbruchsituation befinden und die Politik eine untergeordnete Rolle spielt. In allen folgenden Altersgruppen ist die Beteiligung höher als die der jeweils vorausgehenden, und zwar bis zu einem Maximum, das in der Regel von den 60- bis 69-Jährigen erreicht wird. Die Wahlbeteiligung bei den über 70-Jährigen ist dann wieder deutlich geringer.
- Die Jugendlichen wählen vor allem die kleineren Parteien wie die Grünen und die FDP, von den Älteren wird eher die SPD der CDU vorgezogen.
- Die Wahlbeteiligung ist in Regionen mit großstädtischer Prägung (hoher Bevölkerungsdichte) niedriger als im ländlichen Bereich.

### **Die Einstellung Jugendlicher zur Politik**

- Das politische Interesse der Jugendlichen hat in den letzten Jahren stark abgenommen.
- Die Politikverdrossenheit der Jugendlichen bezieht sich hauptsächlich auf die Parteien und auf Politikerinnen und Politiker, aber nicht auf die demokratische Staatsform der Bundesrepublik generell.
- Jugendliche fühlen sich von der Politik nicht ernst genommen und ziehen sich deshalb immer weiter aus dem politischen Geschehen zurück.
- Die Politiker erscheinen den Jugendlichen als machtbesessen und von ihren Interessen gelenkt. Sie haben nicht das Gefühl, dass sich die Volksvertreter für die junge Generation einsetzen und ihre Interessen und Anliegen vertreten wollen.
- Das Vertrauen in die politischen Parteien ist unter den Jugendlichen durchweg sehr gering. Die Jugendlichen messen den Parteien keine große Kompetenz zur Lösung der akuten Probleme in der BRD zu.
- Die große Mehrheit der Jugendlichen befürwortet die Staatsform Demokratie allgemein und auch in Deutschland.

## **Kapitel 3 – Bürgerschaftliches Engagement**

Festzuhalten ist, dass freiwilliges Engagement in allen Altersgruppen und gerade bei jungen Leuten einen hohen Stellenwert hat.

- Freiwilliges Engagement lebt und hat Zukunft! Öffentliche Beteiligung und freiwilliges Engagement sind in Deutschland auch in schwierigen Reformzeiten eine stabile und sich entwickelnde Größe.
- Trotz geringem politischem Interesse ist freiwilliges Engagement weit verbreitet! Bis zu 38% der Deutschen engagieren sich derzeit freiwillig.
- Darüber hinaus ist ein weiterer großer Bevölkerungsteil zum dauerhaften Engagement bereit. Diese Bereitschaft braucht gesellschaftliche Anerkennung und sozialpolitische Unterstützung auf allen Ebenen des Gemeinwesens.
- Es ist eine pragmatische Grundhaltung festzustellen!
- Jugendliche verhalten sich insgesamt nicht anders als Erwachsene!
- Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen ehrenamtlicher und politischer Tätigkeit besteht nicht! Jedoch besteht ein anderer Zusammenhang: Unsichere Zeiten fordern bürgerschaftliches Engagement eher heraus, als dass sie dieses dämpfen!
- Jugendliche wollen mehr beteiligt werden, sie wollen ernst genommen werden.

**Kapitel 4 – Die Bildungsabhängigkeit politischer Interessen und gesellschaftlichen Engagements junger Menschen**

- Das Interesse junger Menschen an Politik ist signifikant größer, je höher der angestrebte Bildungsabschluss ist.
- Auch die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement ist höher, je höher der angestrebte Bildungsabschluss ist. Die Unterschiede sind hier aber nicht so gravierend wie beim Politikinteresse.
- Größeres Interesse an Politik zieht nicht gleich mehr Engagement nach sich, geringes Politikinteresse heißt nicht weniger Bereitschaft zum Engagement.
- Je höher der soziale Status, desto größer die Engagementbereitschaft der Jugendlichen.
- Jungen scheinen immer noch mehr an Politik interessiert als Mädchen.
- Das Politikinteresse steigt mit dem Alter der Jugendlichen.
- Die Vereinszugehörigkeit nimmt mit dem Alter der Jugendlichen ab. Jedoch bleiben die jungen Menschen engagiert, dann aber in anderen Bereichen.
- Jugendliche, die einer Religionsgemeinschaft angehören, sind stärker an Politik interessiert als die ohne Religionszugehörigkeit.
- Religiöse Jugendliche sind deutlich öfter Mitglied in einem Verein als ihre nichtreligiösen Altersgenossen.
- Das Interesse an Politik ist umso größer, je kleiner die Gemeinde ist, in der die Jugendlichen leben.
- Die Engagementbereitschaft nimmt mit steigender Wohnortgröße ab.  
Jugendliche, die einer Clique angehören, sind gesellschaftlich aktiver als die ohne Anschluss zu einer Gleichaltrigengruppe.
- Gibt es keine oder kaum politische Auseinandersetzungen im Elternhaus, sind die Jugendlichen deutlich desinteressierter in Bezug auf politische Belange als die jungen Menschen, die zu Hause über Politik sprechen.
- Wenn im Elternhaus eine Tageszeitung abonniert ist, ist das Interesse an Politik und die Kenntnis darüber bei den Jugendlichen bedeutend größer als bei denen, die nicht die Möglichkeit haben, zu Hause Zeitung zu lesen.
- Die politische Einstellung der Eltern kann die Jugendlichen prägen, ist jedoch nicht ausschlaggebend für die politische Meinungsbildung der jungen Menschen.
- Partizipation sollte überall dort, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten, praktiziert werden und schon bei den Jüngsten beginnen.
- Beteiligung muss von allen Verantwortlichen gewollt werden.
- Strukturen, Methoden und Ziele von Partizipationsprojekten müssen durchschaubar sein.
- Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, wie man Partizipation in Institutionen ermöglichen kann. Diese sind auch parallel zueinander durchführbar.
- Kinder und Jugendliche müssen ernst genommen werden, damit sie weiterhin mitarbeiten und Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement entwickeln.

**Kapitel 5 – Politik – Medien – Jugend**

Für die Auswirkungen des politischen Informationsangebots der Medien auf die politischen Orientierungen der Jugendlichen lassen sich abschließend folgende Ergebnisse festhalten:

**Medienausstattung und Medienumgang Jugendlicher**

Jugend ist den modernsten Medien zugewandt

- Die Jugendlichen waren schon immer diejenigen mit der modernsten und zukunftsorientiertesten Mediennutzung und -gestaltung.
- Mittlerweile sind die Medien in ihrer Vielfalt zu alltäglichen Begleitern der Jugendlichen geworden.
  - Anstieg der Medienausstattung in Haushalten, in welchen Jugendliche leben.  
Anstieg des persönlichen Besitzes Jugendlicher an Medien (eigenständiger Zugang).
  - Das Fernsehen steht nach wie vor an erster Stelle der regelmäßigen Freizeitnutzung (92 %).
  - Immerhin 48% der Jugendlichen geben an, regelmäßig eine Tageszeitung zu lesen.
  - Das Internet gewinnt – als Ergänzung zu den klassischen Medien – zunehmend an Bedeutung.
- Differenzierte Betrachtung der Medienausstattung und Mediennutzung
  - Die Medienausstattung steigt mit zunehmendem Alter.
  - Jungen haben ein breiteres Medienrepertoire als Mädchen.
  - Bildungsspezifische Unterschiede in Medienausstattung und Mediennutzung.
  - Jugendliche mit verschiedenen Interessen, Hobbys, Neigungen und soziokulturellen Bindungen nutzen unterschiedliche Medien in differenzierter Häufigkeit.
- Zu den Grundmotiven, warum Jugendliche fernsehen gehören: Ausklinken aus dem Alltagsstress, Unterhaltung, Gewohnheit, persönliche Informationsinteressen, auf dem Laufenden sein, mitreden können.

## Themeninteressen Jugendlicher

- Die Jugendlichen wählen sich die Themen aus, welche unter Berücksichtigung ihrer individuellen Interessen, Identitäten und Stile zum eigenen sozialen und kulturellen Kontext des Alltags passen.
  - Jugendspezifische Themen wie Freundschaft, Musik, Ausbildung/Beruf, Liebe/Partnerschaft stehen an erster Stelle.
  - 59 % der Jugendlichen interessieren sich für und informieren sich über „Aktuelles, was in der Welt passiert“.
  - Regionale sowie überregionale Politik stoßen auf das geringste Interesse (17 % und 16 %).
  - Anstieg des Interesses an gesellschaftlichen/politischen Themen mit zunehmendem Alter.
  - Kaum Unterschiede bezüglich der Themeninteressen hinsichtlich der Schulbildung.
- Die Fernsehnutzung der jungen Generation ist gekennzeichnet von einer starken Bindung an die privaten Anbieter.
  - Jugendliche ziehen die boulevardmäßig aufbereitete Informationsform der privaten Anbieter der sachbezogenen Informationsvermittlung der öffentlich-rechtlichen Sender vor.

**Medien als politische Informationsquelle**

## Ambivalentes Verhältnis

- Die Beziehung von Jugendlichen zu Medien wird bereits über Jahrzehnte hinweg kontrovers diskutiert.
  - Einerseits weckt das Thema Medien mit seiner alltäglichen Präsenz und seiner unüberschaubaren Vielfalt das Schutzbedürfnis der Erwachsenen gegenüber der Jugend.
  - Absicherung im Bereich der über Medien transportierten Inhalte durch das JuSchuG.
  - Die Kontrolle des medialen Angebotes als Voraussetzung des Schutzes der Jugend wird immer schwieriger.
  - Andererseits spielt der Medienkonsum Jugendlicher eine bedeutende Rolle im Kontext von Erziehung und (politischer) Bildung.
  - Medien zählen neben Familie, Schule und Gleichaltrigen zu den einflussreichsten Vermittlern politischer Sozialisation und werden als „Transportvehikel“ genutzt, um Jugendliche zu erreichen.

## Allgemeine Ansprüche Jugendlicher an einen Beitrag

- Die heutige Jugend präsentiert sich aufgrund ihrer Inhomogenität als die wohl am schwierigsten zu erreichende Zielgruppe.
- Dennoch ist es möglich, Jugendliche auch mit inhaltsorientierten Beiträgen zu erreichen, wenn man sich auf ihre Wünsche und Vorstellungen einlässt.
- Allgemeine Ansprüche Jugendlicher an einen Beitrag:
  - Bezug zum jugendlichen Alltag.
  - Authentizität und Kongruenz der Protagonistinnen und Protagonisten und Schauplätze.
  - Vielschichtiges Spektrum an unterschiedlichen Meinungen und Einstellungen.
  - Klare Ordnung hinsichtlich des Aufbaus.
  - Viele möglichst klar erkennbare Informationen mit Neuigkeits- und Gebrauchswert.
  - Ästhetisch angereicherte Gestaltungsmittel, ohne den Beitrag zu überladen.
  - Eine Vielzahl unterschiedlicher Rezeptionsräume ansprechend.

**Kapitel 6 – Blick über den Zaun – Was lernen wir von unseren Nachbarn? (Internationaler Vergleich)**

- Auch im internationalen Vergleich politischer Bildung und politischer Partizipation wird deutlich: Deutschland liegt auf einem Platz im „hinteren Mittelfeld“.
- Die kritischen ebenso wie die positiven Einschätzungen und Erfahrungen sind europaweit ähnlich:
  - Je näher an den Interessen und Problemen junger Menschen Themen und Aufgaben gestellt sind, desto interessierter und engagierter sind diese darin.
  - Je persönlicher und nachvollziehbarer Themen und Aufgaben vermittelt sind, desto interessanter ist Politik.

**Kapitel 7 – Exkurs: Das Wahlverhalten junger Migrantinnen und Migranten in Deutschland**

- Wenn man von Migrantinnen und Migranten spricht, geht es um den folgenden Personenkreis:
  - Ausländer,
  - Flüchtlinge,
  - Spätaussiedlerinnen und Deutsche mit Migrationshintergrund.
- Bei der Untersuchung des DJI-Ausländersurveys wurde bei der Befragung der drei Ausländergruppen (Türken, Griechen und Italiener) festgestellt, dass die schulische Ausbildung bei allen unter der der Deutschen liegt.
- Knapp die Hälfte der gebürtigen Deutschen interessiert sich für Politik, während es bei den Eingebürgerten lediglich ein Drittel ist.
- Ebenso wie bei den Gebürtigen sind bei den Eingebürgerten die soziökonomischen Faktoren von großer Bedeutung. Die Wahlbeteiligung nimmt mit steigendem Alter, formalem Bildungsgrad und Einkommen zu.

- Da sehr viele Migrantinnen und Migranten nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und sie somit nicht berechtigt sind, in der BRD zu wählen (ausgenommen bei Kommunalwahlen), zeigt sich häufig eine Distanz zu den politischen Bereichen.
- Kleine Parteien scheinen für Neubürger nicht besonders attraktiv zu sein, sie orientieren sich vor allem an den beiden großen Parteien CDU und SPD.
- Freunde und Herkunftsfamilie sind für die Migrantinnen und Migranten sehr wichtig, gefolgt vom Bereich der Freizeit, Ausbildung und Beruf. Politik und Kunst/Kultur erfahren wenig Wertschätzung.
- Staatlich organisierte Institutionen, wie Parteien, Bundestag und Bundesregierung befinden sich im unteren Bereich des Vertrauens (weniger als ein Drittel der ausländischen Befragten hat Vertrauen).
- Die Integration der Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft ist immer noch ein sehr problematisches Thema. Gemeinsame Aktivitäten zwischen Deutschen und Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien sind immer noch nicht besonders häufig (viele verbringen ihre Freizeit im eigenen ethnischen Umfeld), deswegen muss ein Schwerpunkt der Politik und der pädagogischen Praxis die Integration der Migrantinnen und Migranten in die deutsche Gesellschaft und Kultur sein.

#### **XIV. Öffentlichkeitsarbeit der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ – Dokumentation und Auswertung der Seminar- und Besuchsprogramme (Oktober 2004 bis Juli 2005)**

##### **I. Vorbemerkungen**

Am 15. Juni 2004 konstituierte sich die Enquete-Kommission 14/3 „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“ („Jugend und Politik“). Um die Enquete-Kommission in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, unterbreitete die Landtagsverwaltung eine Reihe von Vorschlägen (vgl. Vorlage EK 14/3-11), denen die Kommission in ihrer 3. Sitzung am 2. September 2004 einstimmig zustimmte.

Ziel der Vorschläge war es, über die Arbeit der Enquete-Kommission zu informieren. Darüber hinaus sollten insbesondere die durch die Jugendangebote der Landtagsverwaltung gegebenen Möglichkeiten genutzt werden, um – entsprechend der in Punkt 8 des Einsetzungsbeschlusses formulierten Zielsetzung – möglichst viele Jugendliche wirksam in die Arbeit der Kommission einzubeziehen.

Die in der Vorlage EK 14/3-11 aufgeführten Vorschläge konnten zum größten Teil realisiert werden. Zuständig für die Entwicklung, Durchführung und Auswertung der einzelnen Maßnahmen und Programme war das Referat 215 „Informationsangebote für Schüler und Jugendliche“ der Abteilung II (Herr Jaeger). Die Betreuung der Internetseiten erfolgte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeiterinnen des EDV-Referates (Frau Steinbach) sowie des Wissenschaftlichen Dienstes (Frau Eschenauer) und des Parlamentssekretariates (Frau Taudor, Frau Follmann).

Auf Wunsch der Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ legt die Landtagsverwaltung nachfolgend eine Dokumentation der durchgeführten Seminare, Besuchsprogramme und sonstigen Veranstaltungen vor.

Entsprechend der in der 16. Sitzung der Enquete-Kommission am 13. Mai 2005 erfolgten Diskussion (vgl. Sitzungsprotokoll vom 13. Mai 2005, Punkt 2 der Tagesordnung) wird dabei der Schwerpunkt auf die Auswertung der von der Landtagsverwaltung durchgeführten mehrtägigen Seminare und der parallel zu den Sitzungen der Kommission in Mainz durchgeführten eintägigen Besuchsprogramme gelegt.

Eine Schwerpunktsetzung in diesem Bereich bietet sich auch deshalb an, weil diese Programme im Gegensatz zu den sonstigen Veranstaltungen der Landtagsverwaltung, an denen Mitglieder der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ beteiligt waren, umfassend dokumentiert wurden, so dass für diesen Bereich eine ausreichende Datenbasis vorliegt, die eine sinnvolle Auswertung ermöglicht.<sup>311)</sup>

##### **II. Informationsangebote zur Arbeit der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“**

###### **1. Internet**

Auf der Internetseite des Landtags wurde ausführlich über die Arbeit der Kommission informiert. Neben Informationen über die Aufgaben und die Zusammensetzung der Enquete-Kommission sowie über Sitzungstermine und Tagesordnungen konnten mit Zustimmung des Ältestenrates insbesondere auch die Protokolle öffentlicher Kommissionssitzungen ins Internet eingestellt werden. Auf der Jugendhomepage des Landtags wurde darüber hinaus über die besonderen Angebote der Kommission für Jugendliche und Schulklassen informiert.

---

311) Die Fotodokumentationen der im Rahmen der Landtagsseminare und Besuchsprogramme durchgeführten Workshops stehen auf den Internetseiten der Enquete-Kommission als PDF-Dokumente zur Verfügung.

Auf die Internetseiten der Kommission wurde im Zeitraum von Juni 2004 bis zum 22. August 2005 insgesamt 9 530 Mal von externen Besuchern zugegriffen (Page Views). Darüber hinaus wurden die Informationen auch von zahlreichen internen Nutzern (Landtagsverwaltung, Fraktionen) abgerufen.

## 2. Informationsflyer

Einen Überblick über die Informationsmöglichkeiten zur Arbeit der Enquete-Kommission und die besonderen Angebote für Jugendliche und Schulklassen bot ein Informationsfaltblatt der Landtagsverwaltung. Der Flyer, der in einer Auflage von 10 000 Exemplaren hergestellt wurde und kostenlos bei der Landtagsverwaltung angefordert werden konnte, wurde allen Schulen in Rheinland-Pfalz in mehreren Exemplaren zugesandt.

## 3. Schüler- und Jugendwettbewerb 2005

Im Rahmen des Schüler- und Jugendwettbewerbs 2005 des Landtags und der Landeszentrale für politische Bildung wurden drei Themen zur Bearbeitung angeboten. Eines der drei Themen deckte den Bereich „Demokratie/Partizipation“ ab und sollte unter anderem auch zur Beschäftigung mit der Arbeit der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ anregen.

Insgesamt beteiligten sich an dem Wettbewerb 1 116 Jugendliche aus Rheinland-Pfalz im Alter von 13 bis 20 Jahren. Von den 192 eingereichten Arbeiten beschäftigten sich 26 mit dem Thema „Demokratie fängt bei uns an: Mitentscheiden und mitverantworten“. Die Mehrzahl der Arbeiten (104) griff das Thema „So stelle ich mir mein Alter vor“ auf. Weitere 62 Arbeiten beschäftigten sich mit dem Thema „Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus – eine ständige Herausforderung“.

## III. Landtagsseminare, Besuchsprogramme und sonstige Veranstaltungen

Im Zeitraum von Oktober 2004 bis Juli 2005 führte die Landtagsverwaltung in Zusammenarbeit mit der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ zwölf Veranstaltungen durch, an denen insgesamt 387 Jugendliche aus Rheinland-Pfalz teilnahmen. Davon nahmen 144 Jugendliche an Landtagsseminaren teil, während 67 Jugendliche das Besuchsprogramm der Enquete-Kommission in Anspruch nahmen und weitere 176 Jugendliche sich an sonstigen Veranstaltungen der Landtagsverwaltung beteiligten.

Damit bot sich für die Enquete-Kommission die Möglichkeit, über die im Rahmen der Kommissionssitzungen erfolgten Gespräche mit Kindern und Jugendlichen hinaus eine Reihe von weiteren intensiven Gesprächen mit jungen Menschen über das Verhältnis von Jugend und Politik sowie andere für die Arbeit der Kommission relevante Fragestellungen zu führen.

### 1. Dreitägige Landtagsseminare für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende:

Datum	Seminar	Teilnehmerzahl	Beteiligte Mitglieder der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“
8. Oktober 2004	Landtagsseminar für Schülerinnen und Schüler in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) vom 6. bis 8. Oktober 2004	30	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Dorothea Schäfer, MdL Nicole Morsblech, MdL Nils Wiechmann, MdL
12. November 2004	Landtagsseminar für Auszubildende in Kooperation mit der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung (FNA) vom 10. bis 12. November 2004	30	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Angela Schneider-Forst, MdL Nicole Morsblech, MdL Nils Wiechmann, MdL
14. Dezember 2004	Landtagsseminar für Schülerinnen und Schüler in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) vom 13. bis 15. Dezember 2004	30	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Angela Schneider-Forst, MdL Nicole Morsblech, MdL Nils Wiechmann, MdL
29. April 2005	Landtagsseminar für Schülerinnen und Schüler in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) vom 27. bis 29. April 2005	29	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Angela Schneider-Forst, MdL Nicole Morsblech, MdL Nils Wiechmann, MdL
1. Juli 2005	Landtagsseminar für Schülerinnen und Schüler in Kooperation mit dem Stadtschülerrat Mainz (SSR) vom 29. Juni bis 1. Juli 2005	25	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Brigitte Hayn, MdL Nils Wiechmann, MdL
	<b>Summe:</b>	<b>144</b>	



Ablauf der dreitägigen Landtagsseminare:

Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende aus Rheinland-Pfalz, die einen Blick hinter die Kulissen ihres Landesparlaments werfen wollten, konnten an dreitägigen Landtagsseminaren teilnehmen. Dieses Angebot, das von vielen Jugendlichen nachgefragt wurde, setzte eine persönliche Anmeldung voraus. Der Schwerpunkt der Landtagsseminare wurde für die Laufzeit der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ auf die Beschäftigung mit der Arbeit der Kommission gelegt. Das normale Seminarprogramm wurde zu diesem Zweck um folgende Programmpunkte ergänzt:

- Internetrecherche zur Arbeit des Landtags und der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ sowie zum Thema des Rollenspiels „Wahlrecht mit 16 Jahren?“ (90 bis 150 Minuten)
- Workshop zum Thema „Partizipation“ (60 bis 90 Minuten)
- Gespräch mit Mitgliedern der Enquete-Kommission (60 bis 90 Minuten)

## 2. Eintägige Besuchsprogramme der Enquete-Kommission für Schulklassen:

Datum	Seminar	Teilnehmerzahl	Beteiligte Mitglieder der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“
21. Januar 2005	Klasse 10 c des Max-von-Laue-Gymnasiums, Koblenz	21	Hannelore Klamm, MdL Elfriede Meurer, MdL Dr. Peter Schmitz, MdL (in Vertretung für Nicole Morsblech, MdL)
20. April 2005	Klasse 10 der Adolf-Diesterweg-Hauptschule, Ludwigshafen	23	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Nicole Morsblech, MdL
14. Juli 2005	Leistungskurs 11 Geschichte des Kopernikus-Gymnasiums, Wissen	10	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Nicole Morsblech, MdL Nils Wiechmann, MdL
	Leistungskurs 12 Sozialkunde des Werner-Heisenberg-Gymnasiums, Bad Dürkheim	13	Elisabeth Portz-Schmitt, Sachverständige
	<b>Summe:</b>	<b>67</b>	

Ablauf der eintägigen Besuchsprogramme für Schulklassen:

- Einführung in die Arbeit der Enquete-Kommission 14/3 (30 Minuten)
- Workshop zum Thema „Partizipation“ (60 Minuten)
- Gespräch mit Mitgliedern der Enquete-Kommission 14/3 (60 Minuten)
- Teilnahme an der Sitzung der Enquete-Kommission 14/3 (60 Minuten)

Die Anmeldung zu dem Besuchsprogramm erfolgte durch die betreuende Lehrkraft.

## 3. Sonstige Veranstaltungen für Jugendliche:

Datum	Seminar	Teilnehmerzahl	Beteiligte Mitglieder der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“
12. Mai 2005	„Demokratie – Just do it?! – Demokratisches Handeln im Alltag und in der Politik“ Landtagsseminar für Auszubildende in Kooperation mit der Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung (FNA) vom 10. bis 13. Mai 2005	12	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Angela Schneider-Forst, MdL Nils Wiechmann, MdL
19. Mai 2005	„Politische Kommunikation“. Projekt für die Jahrgangsstufe 10 im Rahmen der Projektstage des Gymnasiums am Kaiserdom, Speyer	50	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Dr. Thomas Gebhart, MdL Nicole Morsblech, MdL
3. Juni 2005	„Distanz überwinden – Evangelische Jugend trifft Politik“ – Jugendpolitisches Symposium der Evangelischen Jugend in Rheinland-Pfalz	100	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Hannelore Klamm, MdL Angela Schneider-Forst, MdL Nils Wiechmann, MdL Volker Steinberg, Sachverständiger
19. Juli 2005	„Politiker im Kreuzverhör“ – Projekt zur politischen Bildung im Rahmen der Projektstage des Sebastian-Münster-Gymnasiums, Ingelheim	14	Ulla Brede-Hoffmann, MdL Dorothea Schäfer, MdL
	<b>Summe:</b>	<b>176</b>	

Programminformationen zu den sonstigen Veranstaltungen:

Diese Veranstaltungen wurden von Seiten der Landtagsverwaltung nicht dokumentiert. In der Regel erfolgte im Rahmen des Programms ein Landtagsbesuch sowie ein Gespräch mit Mitgliedern der Enquete-Kommission. Das Gespräch am 19. Juli 2005 fand nicht im Landtag, sondern in der Schule statt.

„Distanz überwinden – Evangelische Jugend trifft Politik“ – Jugendpolitisches Symposium der Evangelischen Jugend in Rheinland-Pfalz vom 3. bis 5. Juni 2005

Vom 3. bis 5. Juni 2005 führte die Evangelische Jugend in Rheinland-Pfalz ein jugendpolitisches Symposium durch, an dem rund 140 Jugendliche sowie zahlreiche Politikerinnen und Politiker und Vertreter der Kirchen aus Rheinland-Pfalz teilnahmen. Die Hauptveranstaltung, an deren Durchführung die Landtagsverwaltung nicht beteiligt war, fand am 4. Juni 2005 statt. An dieser Veranstaltung beteiligten sich folgende Mitglieder der Enquete-Kommission:

Ulla Brede-Hoffmann, MdL, Hannelore Klamm, MdL, Sigrid Mangold-Wegner, MdL, Heike Raab, MdL, Dorothea Schäfer, MdL, Nicole Morsblech, MdL, Volker Steinberg, Sachverständiger und Elisabeth Portz-Schmitt, Sachverständige.

Die Dokumentation des jugendpolitischen Symposiums wird nach Auskunft der Veranstalter voraussichtlich im November 2005 vorliegen.

## IV. Auswertung der Landtagsseminare und Besuchsprogramme

Die von der Landtagsverwaltung durchgeführten dreitägigen Landtagsseminare und eintägigen Besuchsprogramme wurden dokumentiert. Neben einer Fotodokumentation wurde auf der Grundlage anonymer Feedbackbogen eine weitere Datenbasis erstellt, die Aufschluss geben sollte über die Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und ihre Resonanz auf die durchgeführten Programme. Die Rücklaufquote der Feedbackbogen betrug bei den Landtagsseminaren 98,6 % und bei den Besuchsprogrammen 53,7 %.<sup>312)</sup>

312) Bei dem Besuch des Max-von-Laue-Gymnasiums (21. Januar 2005) wurden keine Feedbackbogen verteilt. Die beteiligte Hauptschule (20. April 2005) schickte 13 Feedbackbogen zurück.

## 1. Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Alter, Geschlecht, Schultyp, Migrationshintergrund und Engagement

## 1.1 Altersstruktur

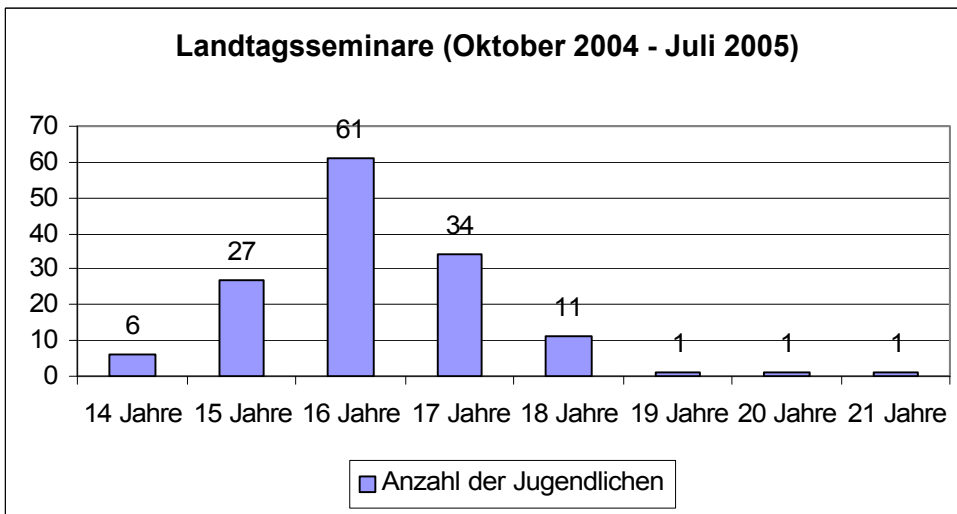
Tabelle 1: Altersstruktur (Landtagsseminare)

Seminar für	Insgesamt	14 Jahre	15 Jahre	16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre
Schülerinnen und Schüler Oktober 2004	30	4	12	11	3				
Auszubildende November 2004	30			11	14	4		1	
Schülerinnen und Schüler Dezember 2004	30		13	12	5				
Schülerinnen und Schüler April 2005	29	2	2	23	2				
Schülerinnen und Schüler Juni/Juli 2005	25			4	10	7	1		1
<b>Insgesamt</b>	<b>144</b>	<b>6</b>	<b>27</b>	<b>61</b>	<b>34</b>	<b>11</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>1</b>

Tabelle 2: Altersstruktur (Besuchsprogramme)

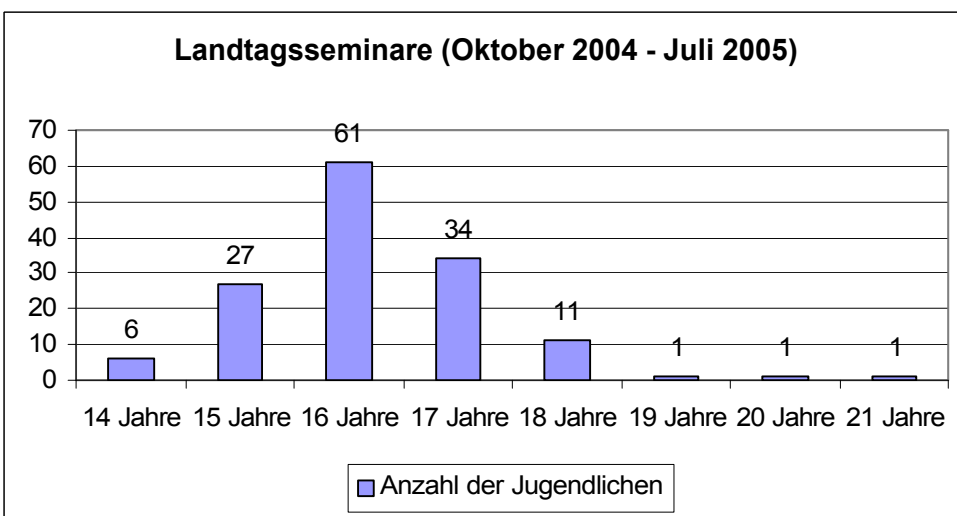
Besuchsprogramm	Insgesamt	14 Jahre	15 Jahre	16 Jahre	17 Jahre	18 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	21 Jahre
Klasse 10 c des Max-von-Laue-Gymnasiums, Koblenz 21. Januar 2005	21			21					
Adolf-Diesterweg-Hauptschule, Ludwigshafen 20. April 2005	23		1	3	12	7			
LK 11 Geschichte des Kopernikus-Gymnasiums, Wissen 14. Juli 2005	10			3	7				
LK 12 Sozialkunde des Werner-Heisenberg-Gymnasiums, Bad Dürkheim 14. Juli 2005	13				1	9	3		
<b>Insgesamt</b>	<b>67</b>		<b>1</b>	<b>27</b>	<b>20</b>	<b>16</b>	<b>3</b>		

Grafik 1: Altersstruktur (Landtagsseminare)



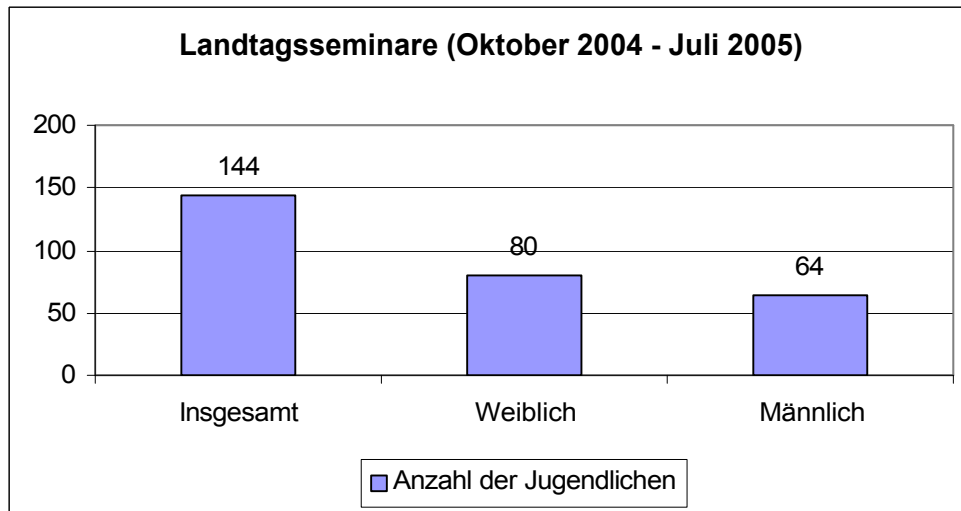
Anmerkung: Zwei Seminarteilnehmerinnen/-teilnehmer machten keine Altersangabe.

Grafik 2: Altersstruktur (Besuchsprogramme)

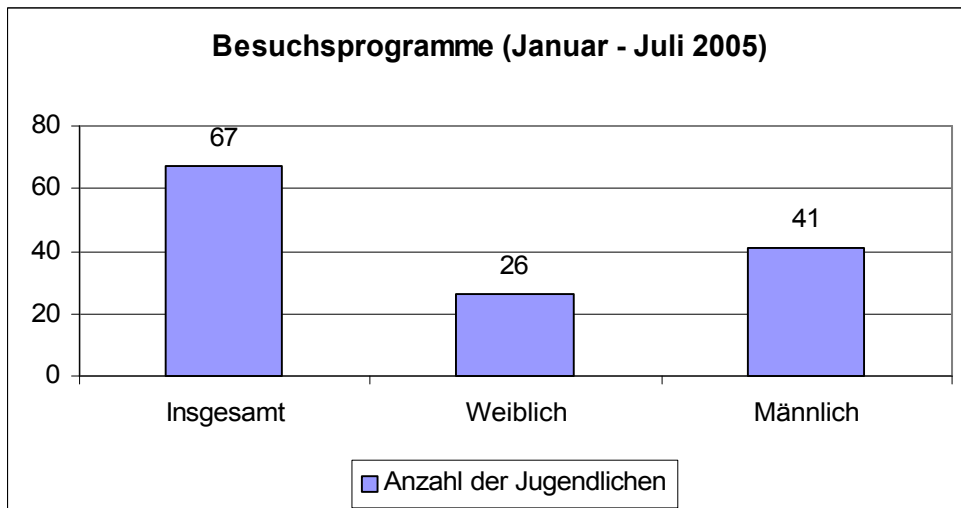


## 1.2 Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Geschlecht

Grafik 1: Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Geschlecht (Landtagsseminare)



Grafik 2: Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Geschlecht (Besuchsprogramme)



## 1.3 Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Schultypen

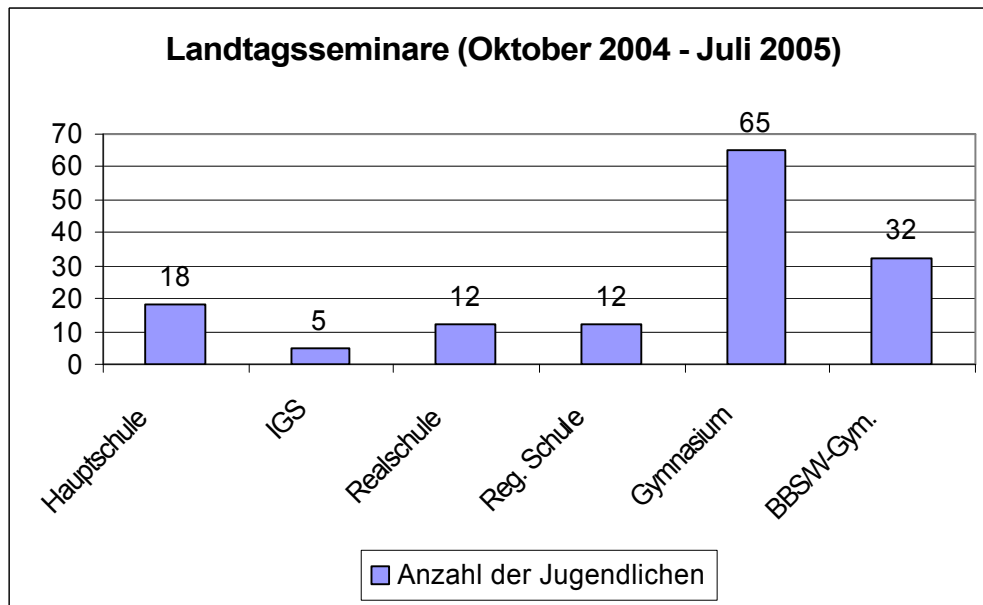
Tabelle 1: Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Schultypen (Landtagsseminare)

Seminar für	Haupt- schule	IGS	Real- schule	Regionale Schule	Gymnasium	BBS/ Wirtschafts- gymnasium
Schülerinnen und Schüler Oktober 2004	5	5	4	5	11	
Auszubildende November 2004						30
Schülerinnen und Schüler Dezember 2004	8		8	5	9	
Schülerinnen und Schüler April 2005	5			2	22	
Schülerinnen und Schüler Juni/Juli 2005					23	2
<b>Anzahl der Jugendlichen</b>	<b>18</b>	<b>5</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>65</b>	<b>32</b>

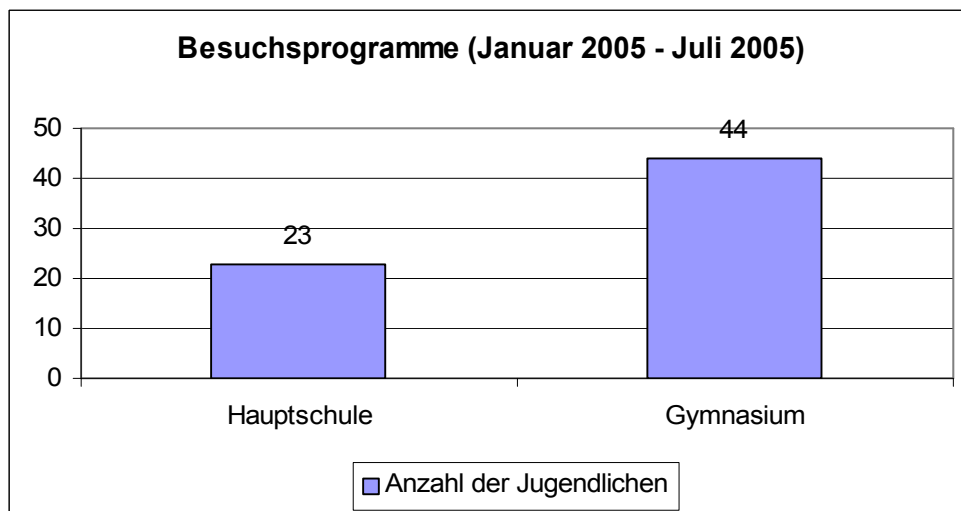
Tabelle 2: Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Schultypen (Besuchsprogramme)

Besuchsprogramm	Haupt- schule	IGS	Real- schule	Regionale Schule	Gymnasium	BBS/ Wirtschafts- gymnasium
Klasse 10 c des Max-von- Laue-Gymnasiums, Koblenz 21. Januar 2005					21	
Adolf-Diesterweg-Hauptschule, Ludwigshafen 20. April 2005	23					
LK 11 Geschichte des Kopernikus-Gymnasiums, Wissen 14. Juli 2005					10	
LK 12 Sozialkunde des Werner-Heisenberg-Gymnasiums, Bad Dürkheim 14. Juli 2005					13	
<b>Anzahl der Jugendlichen</b>	<b>23</b>				<b>44</b>	

Grafik 1: Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Schultypen (Landtagsseminare)



Grafik 2: Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Schultypen (Besuchsprogramme)



## 1.4 Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Tabelle 1: Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Landtagsseminare)

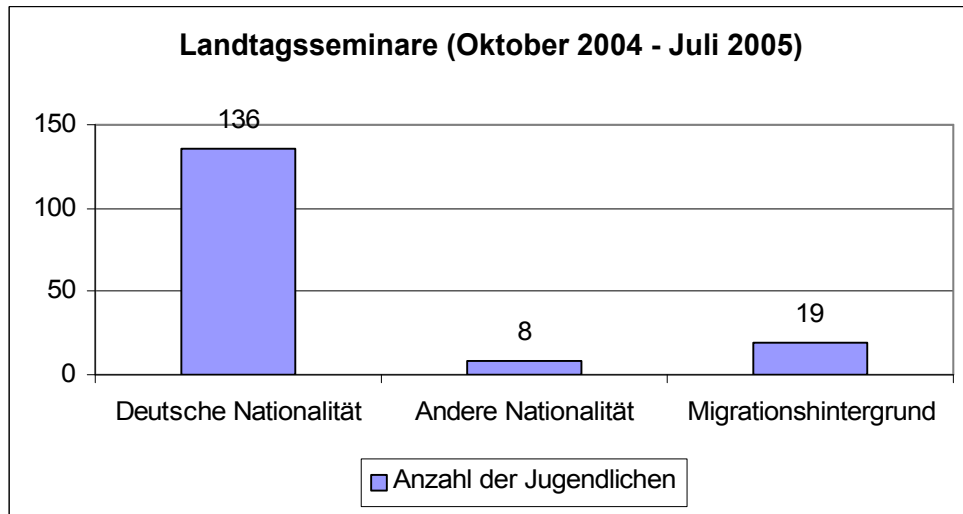
Seminar für	Insgesamt	Deutsche Nationalität	Andere Nationalität	Migrationshintergrund
Schülerinnen und Schüler Oktober 2004	30	25	5	5
Auszubildende November 2004	30	28	2	8
Schülerinnen und Schüler Dezember 2004	30	30		
Schülerinnen und Schüler April 2005	29	28	1	1
Schülerinnen und Schüler Juni/Juli 2005	25	25		5
<b>Anzahl der Jugendlichen</b>	<b>144</b>	<b>136</b>	<b>8</b>	<b>19</b>

Tabelle 2: Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Besuchsprogramme)

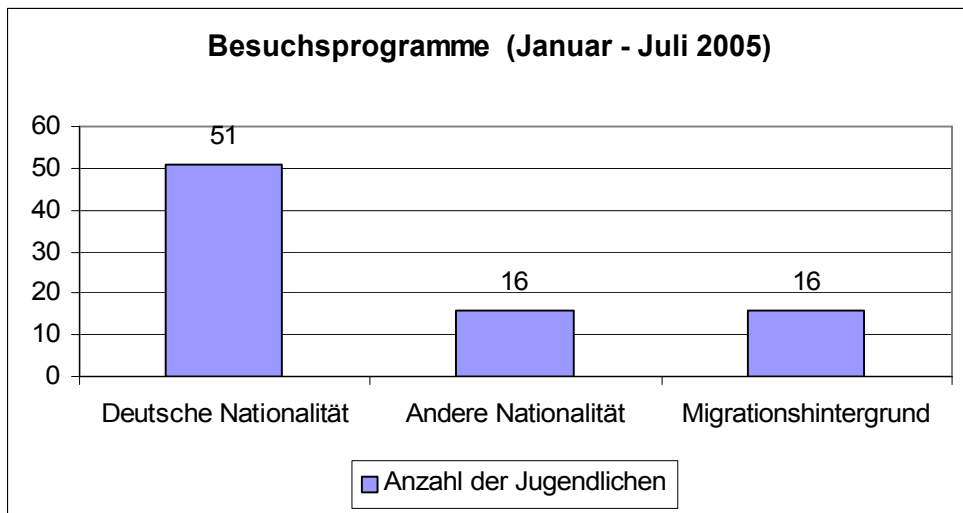
Besuchsprogramm	Insgesamt	Deutsche Nationalität	Andere Nationalität	Migrationshintergrund
Klasse 10 c des Max-von-Laue-Gymnasiums, Koblenz 21. Januar 2005	21	21		
Adolf-Diesterweg-Hauptschule, Ludwigshafen 20. April 2005	23	7	16	16
LK 11 Geschichte des Kopernikus-Gymnasiums, Wissen 14. Juli 2005	10	10		
LK 12 Sozialkunde des Werner-Heisenberg-Gymnasiums, Bad Dürkheim 14. Juli 2005	13	13		
<b>Anzahl der Jugendlichen</b>	<b>67</b>	<b>51</b>	<b>16</b>	<b>16</b>



Grafik 1: Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Landtagsseminare)

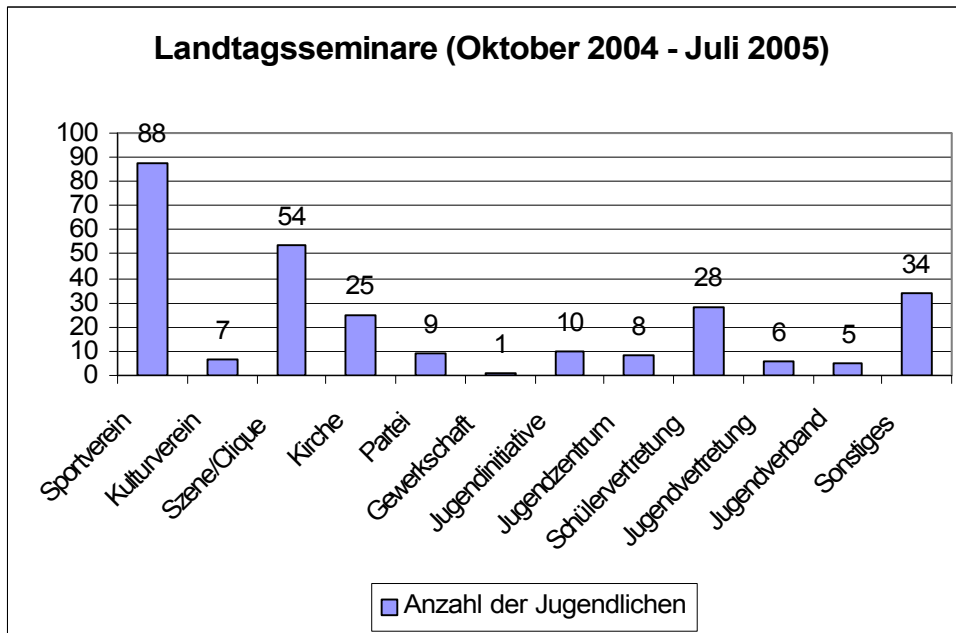


Grafik 2: Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Besuchsprogramme)

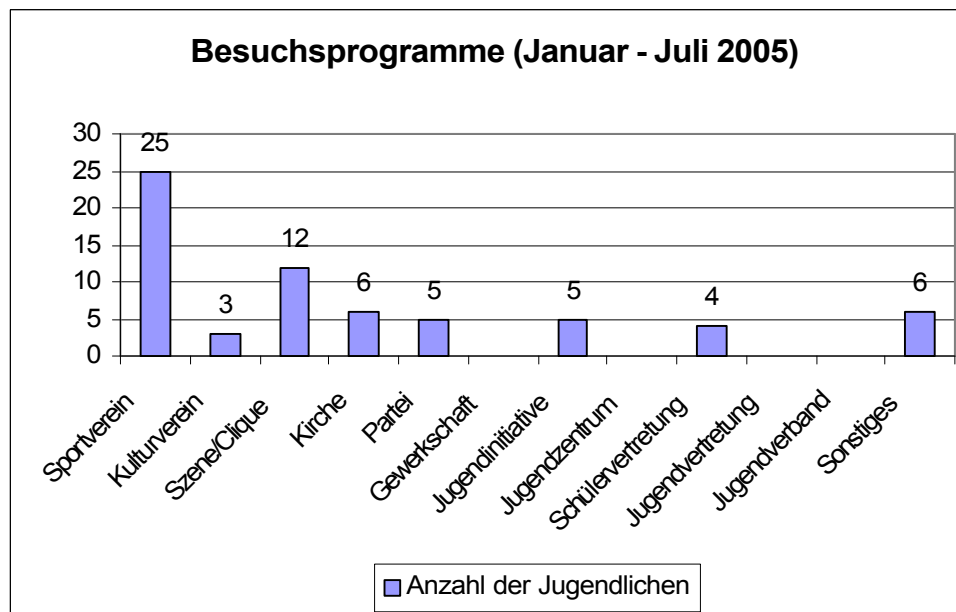


## 1.5 Engagement der teilnehmenden Jugendlichen

Grafik 1: Engagement der teilnehmenden Jugendlichen (Landtagsseminare)



Grafik 2: Engagement der teilnehmenden Jugendlichen (Besuchsprogramme)



## 2. Das Konzept der Workshops und die Organisation der Gespräche mit Mitgliedern der Enquete-Kommission

Im Zeitraum von Oktober 2004 bis Juli 2005 führte die Landtagsverwaltung in Zusammenarbeit mit der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ zahlreiche Veranstaltungen für Jugendliche durch. Damit bot sich für die Enquete-Kommission die Möglichkeit, über die im Rahmen der Kommissionssitzungen erfolgten Gespräche mit Kindern und Jugendlichen hinaus eine Reihe von weiteren intensiven Gesprächen mit jungen Menschen über das Verhältnis von Jugend und Politik zu führen. Diese fanden vor allem im Rahmen der oben aufgelisteten dreitägigen Landtagsseminare und eintägigen Besuchsprogramme statt.

Bei der Vorbereitung dieser Gesprächsrunden ging die Landtagsverwaltung von zwei wesentlichen Voraussetzungen aus: Die Gespräche sollten – in Anlehnung an den Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission – einerseits dazu dienen, möglichst viele

Jugendliche wirksam in die Arbeit der Kommission einzubeziehen, andererseits sollten sie in einer jugendgerechten Form durchgeführt werden. Da es bisher keine vergleichbaren Projekte im Rahmen der Jugendarbeit des Landtags gab, musste hierfür ein geeignetes Konzept erarbeitet werden, das diesen beiden Anforderungen Rechnung trug. Dabei waren aus Sicht der Landtagsverwaltung vor allem folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Wirksame Einbeziehung in die Arbeit der Enquete-Kommission:

- Bei den heterogenen Teilnehmergruppen konnte kein spezifisches Wissen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der Enquete-Kommission vorausgesetzt werden, ein gemeinsamer Wissensstand musste daher erst erarbeitet werden.
- Die Gespräche sollten verwertbare Ergebnisse für die konkrete Arbeit der Enquete-Kommission erbringen, das heißt, die Jugendlichen sollten angeregt werden, bezüglich der im Einsetzungsbeschluss formulierten Fragestellungen eigene Standpunkte, Sichtweisen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.
- Die Ergebnisse der von der Landtagsverwaltung durchgeführten Veranstaltungen sollten daher so umfassend wie möglich dokumentiert werden, wobei auch aussagekräftige Informationen über die Zusammensetzung und die Resonanz der teilnehmenden Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden sollten.

2. Jugendgerechte Form:

- Es sollten möglichst alle teilnehmenden Jugendlichen und nicht nur einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer in das Geschehen (Vorbereitung und Gespräche) eingebunden werden.
- Es sollte eine handlungsorientierte Vorgehensweise gewählt werden, bei der die Jugendlichen selbst aktiv werden können.
- Es sollte eine authentische Kommunikationssituation mit einem offenen Gesprächsklima geschaffen werden.
- Die Jugendlichen sollten die Gespräche mit den Mitgliedern der Enquete-Kommission als gleichberechtigte Gesprächspartner führen.
- Die Jugendlichen sollten sich ernst genommen fühlen.
- Die Jugendlichen sollten möglichst viel Eigenverantwortung für die erfolgreiche Durchführung der Gespräche mit den Politikerinnen und Politikern bekommen.
- Zu Beginn der Veranstaltungen sollten die Erwartungen aller beteiligten Akteure geklärt werden, um deutlich zu machen, was unter den gegebenen zeitlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen überhaupt zu leisten war. Damit sollte einer eventuellen Frustration vorgebeugt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Vorüberlegungen wurde sowohl für die dreitägigen Landtagsseminare als auch für die eintägigen Besuchsprogramme ein Programm entwickelt, das folgende Elemente umfasste:

- eine dreißig- bis sechzigminütige Einführung in die Aufgaben und die Arbeit der Enquete-Kommission,
- ein sechzig- bis neunzigminütiger Workshop zum Thema „Partizipation“ und
- ein sechzig- bis neunzigminütiges Gespräch mit Mitgliedern der Enquete-Kommission.

Bei der Durchführung des Programms durch den zuständigen Mitarbeiter der Landtagsverwaltung (Herr Jaeger) wurde angestrebt, den Programmablauf nur so weit durch die Landtagsverwaltung zu steuern, wie es erforderlich erschien, um die Realisierung der oben formulierten Anforderungen zu gewährleisten, und andererseits den Jugendlichen so viel Freiheit wie möglich bei der inhaltlichen und organisatorischen Umsetzung des Programms zu lassen.

In der Einführung wurde zunächst anhand von Leitfragen ein gemeinsamer Wissensstand zur Arbeit der Enquete-Kommission erarbeitet (Was ist eine Enquete-Kommission? Welche Aufgabe hat die Enquete-Kommission „Jugend und Politik“? Welche Gründe könnte es dafür geben, dass der Landtag eine solche Kommission eingesetzt hat? Welchen Handlungsbedarf sehen die Jugendlichen auf diesem Gebiet?). In einer zweiten Phase wurde geklärt, welche Erwartungen sowohl die Mitglieder der Kommission als auch die Jugendlichen selbst hinsichtlich des bevorstehenden Gesprächs haben bzw. haben könnten. Abschließend wurden gemeinsam eine Tagesordnung, ein entsprechender Zeitplan und eine sinnvolle Sitzordnung erarbeitet.

Während des Workshops hatten die Jugendlichen dann Gelegenheit, in kleinen Arbeitsgruppen ihre eigenen Standpunkte, Sichtweisen und Lösungsvorschläge zu den vereinbarten Tagesordnungspunkten zu erarbeiten. Jeweils zwei Jugendliche erhielten den Auftrag, die Moderation des Gesprächs mit den Politikerinnen und Politikern zu übernehmen und sich auf die Moderation vorzubereiten. Die Ergebnisse des Workshops sollten auf Stellwänden gesichert und visualisiert werden und als Grundlage für das Gespräch mit den Politikerinnen und Politikern dienen.

Das anschließende Gespräch mit Mitgliedern der Enquete-Kommission wurde wie geplant von den Jugendlichen selbst moderiert. Im Laufe der ersten Veranstaltung kristallisierte sich dabei bereits ein Ablauf heraus, der auch in den folgenden Gesprächsrunden im Großen und Ganzen beibehalten wurde:

- Begrüßung und Eröffnung durch die Moderatoren (Schülerinnen und Schüler)
- Vorstellung der Tagesordnung, des Zeitrahmens und der Gesprächsregeln (möglichst kurze Redezeiten; präzise Stellungnahmen, die auf den Punkt kommen; geplante Zeiten pro Tagesordnungspunkt)
- Vorstellung der Jugendlichen und der Politikerinnen und Politiker
- Präsentation der Ergebnisse des Workshops (Visualisierung mit Hilfe von Stellwänden)

- Vorstellung der Arbeit der Enquete-Kommission und der bisherigen Ergebnisse
- Allgemeine Diskussion (Vertiefung einzelner Diskussionspunkte, neue Themen)
- Fazit der Beteiligten (wie wurde das Gespräch bewertet, wichtigste Erkenntnisse)

In ihrem abschließenden Fazit kamen sowohl die teilnehmenden Jugendlichen als auch die beteiligten Mitglieder der Enquete-Kommission übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass sich das gewählte Verfahren sehr gut dazu geeignet hat, um eine gelungene und zielführende Gesprächssituation zwischen Jugendlichen und Politikerinnen und Politikern herzustellen.

3. Resonanz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

**Tabelle 1: Zufriedenheit mit den einzelnen Programmpunkten (Landtagsseminare)**

Wie haben Dir/Ihnen die einzelnen Programmpunkte gefallen?

Landtagsseminare	sehr gut	gut	weniger gut	nicht	gar nicht
Workshop zum Thema „Partizipation“	62	67	9	3	
Gespräch mit Mitgliedern der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“	102	38	1	1	

Anmerkung: Eine/ein Seminarteilnehmerin/-teilnehmer machte zum Workshop „Partizipation“ keine Angabe.

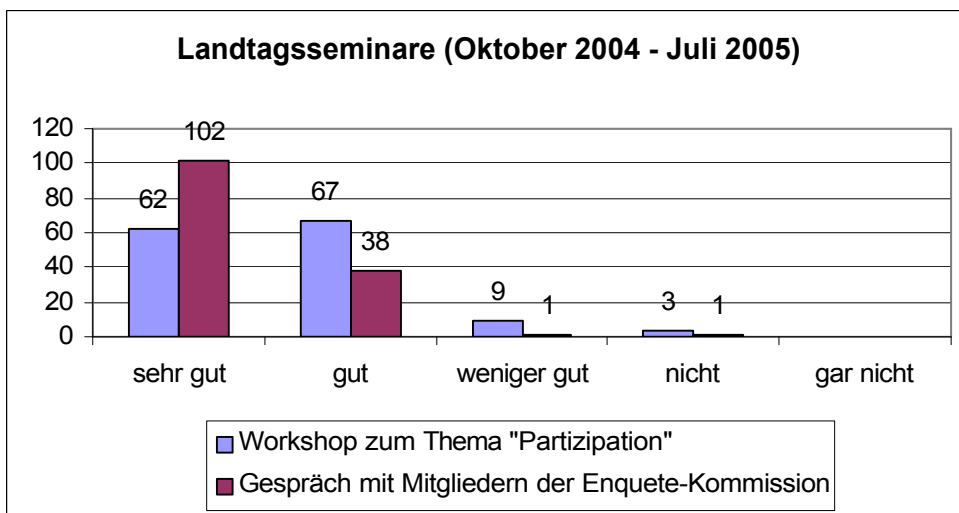
**Tabelle 2: Zufriedenheit mit den einzelnen Programmpunkten (Besuchsprogramme)**

Wie haben Dir/Ihnen die einzelnen Programmpunkte gefallen?

Besuchsprogramme	sehr gut	gut	weniger gut	nicht	gar nicht
Workshop zum Thema „Partizipation“	12	14	7	1	2
Gespräch mit Mitgliedern der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“	14	16	5		1
Teilnahme an der Sitzung der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“	5	13	10	5	3

**Grafik 1: Zufriedenheit mit den einzelnen Programmpunkten (Landtagsseminare)**

Wie haben Dir/Ihnen die einzelnen Programmpunkte gefallen?



Grafik 2: Zufriedenheit mit den einzelnen Programmpunkten (Besuchsprogramme)

Wie haben Dir/Ihnen die einzelnen Programmpunkte gefallen?

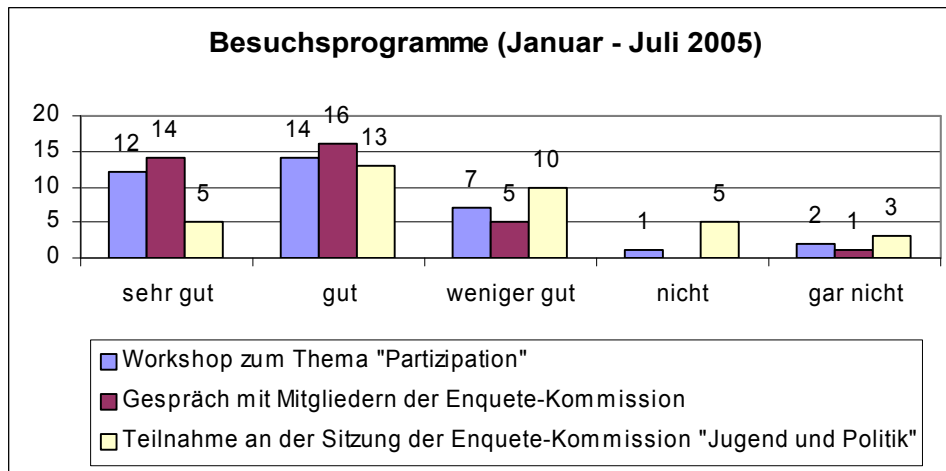


Tabelle 3: Zufriedenheit mit dem Gesamtprogramm (Seminare und Besuchsprogramme)

Würdest Du/Würden Sie die Teilnahme an dem Landtagsseminar bzw. dem Besuchsprogramm der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ weiterempfehlen?

Landtagsseminare und Besuchsprogramme	Ja	Nein
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landtagsseminare	142	
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Besuchsprogramme	32	4

Grafik 3: Zufriedenheit mit dem Gesamtprogramm (Seminare und Besuchsprogramme)

Würdest Du/Würden Sie die Teilnahme an dem Landtagsseminar bzw. dem Besuchsprogramm der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ weiterempfehlen?

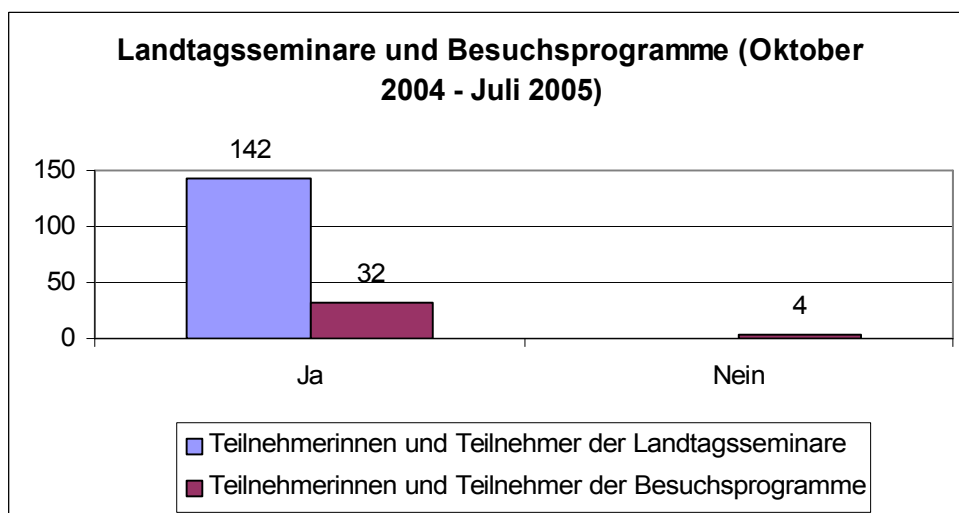


Tabelle 4: Anzahl der Besuche im Landtag (Seminare und Besuchsprogramme)

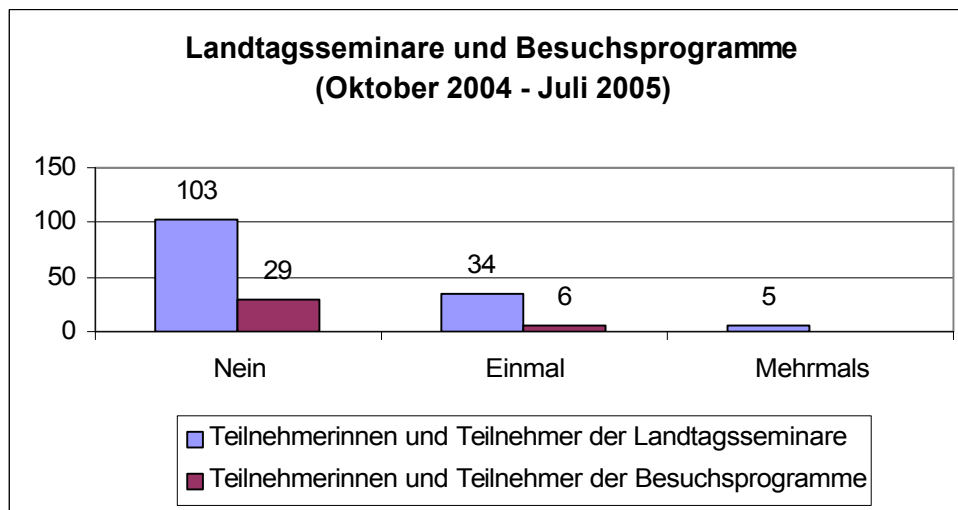
Hast Du/Haben Sie schon einmal den Landtag Rheinland-Pfalz besucht?

Landtagsseminare und Besuchsprogramme	Nein	Einmal	Mehrmals
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landtagsseminare	103	34	5
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Besuchsprogramme	29	6	

Anmerkung: Eine/ein Teilnehmerin/Teilnehmer des Besuchsprogramms machte keine Angabe.

Grafik 4: Anzahl der Besuche im Landtag (Seminare und Besuchsprogramme)

Hast Du/Haben Sie schon einmal den Landtag Rheinland-Pfalz besucht?



#### 4. Ergebnisse der Gespräche mit Mitgliedern der Enquete-Kommission

Ein wesentliches Ergebnis der Gespräche mit Jugendlichen, die die Mitglieder der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ im Anschluss an die von der Landtagsverwaltung durchgeführten Workshops geführt haben, war, dass es eine Reihe von Themen gab, die von nahezu allen beteiligten Seminargruppen und Schulklassen schwerpunktmäßig angesprochen wurden.

Bei der Analyse der Ursachen für die wachsende Distanz von jungen Menschen zur Politik und der Frage, wie das Interesse von jungen Menschen an Politik und ihre Bereitschaft zu einem größeren politischen Engagement gesteigert werden könnte, kam die große Mehrheit der Jugendlichen dabei zu denselben Schlussfolgerungen – unabhängig von Alter, Schultyp oder dem Grad des bereits vorhandenen Engagements. Nachfolgend sind die wichtigsten Themenbereiche/Forderungen aufgeführt:

##### 1. Ausbau und Verbesserung des Sozialkundeunterrichts in allen Schulen:

- Erhöhung der wöchentlichen Stundenzahl
- verpflichtender Sozialkundeunterricht ab der 5. Klasse bzw. ab der Grundschule
- Änderung des Lehrplans (mehr aktuelle Themen)
- interessantere Arbeitsformen (z. B. Projekte, außerschulische Lernorte)

##### 2. Mehr politische Informationen in der Schule:

- Informationen über Parteien, politische Jugendorganisationen und Parteiprogramme
- Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte von Jugendlichen in und außerhalb der Schule
- Informationen über Maßnahmen der politischen Bildung (z. B. Seminare)
- verbesserter Informationsfluss zwischen Schulleitung/Lehrern und Schülervertretung/Schülern

##### 3. Mehr Kontakte zu Politikerinnen und Politikern:

- Schulbesuche von Politikerinnen und Politikern
- Besuche im Landtag oder in Gemeinde- und Stadträten
- authentische Begegnungen mit Politikerinnen und Politikern

4. Politik für junge Menschen attraktiver gestalten:
  - Politikerinnen und Politiker sollten Vorbilder sein
  - Politikerinnen und Politiker sollten mehr auf Jugendliche zugehen
  - Politik sollte verständlicher sein (Sprache/Ausdrucksformen, adressatengerechte Vermittlung komplexer politischer Sachverhalte)
  - Einstiegsmöglichkeiten in die Politik für junge Menschen erleichtern
5. Jugendgerechte Politikberichterstattung in den Medien:
  - mehr Themen, die Jugendliche ansprechen bzw. die Jugendliche direkt betreffen
  - jugendgerechtere Formate (Inhalt, Präsentation, Sprache, Reduzierung von Komplexität)
  - öffentlich-rechtliche Sender bieten diese Formate nicht an
  - private Sender, die Jugendliche sehen, bieten keine ausreichenden politischen Informationen
  - neues logo-Format für junge Menschen (ca. 15 bis 18 Jahre)
  - politische Zeitung/Zeitschrift für junge Menschen
6. Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche ausbauen:
  - Jugendliche ernst nehmen, ihre Meinungen mehr beachten
  - mehr Beteiligung von Jugendlichen bei Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen
  - mehr Mitsprache/Einflussmöglichkeiten in der Schule (z. B. Schülervertretung, Unterrichtsgestaltung)
7. Wahlrecht mit 16 Jahren:
  - Die Forderung nach einer Herabsetzung des Wahlalters hat für die Mehrheit der Jugendlichen keine Priorität, stößt aber auf eine breitere Zustimmung, wenn dies gekoppelt wäre mit der Realisierung der oben genannten Forderungen nach mehr politischer Bildung und mehr politischen Informationen für Jugendliche in und außerhalb der Schule.

**K. ANLAGEN****1. Übersicht der Unterlagen und Materialien, derer sich die Enquete-Kommission bei ihrer Arbeit bediente**

lfd. Nr.	Datum	Betreff	Einsender
1	28. Juni 2004	Liste der Parlamentaria	Landtag Rheinland-Pfalz
2	12. Juli 2004	Weißbuch der Europäischen Kommission – Neuer Schwung für die Jugend Europas	Landtag Rheinland-Pfalz
3	19. August 2004	Dokumentation des Landespräventionstages 2003	Ministerium des Innern und für Sport
4	26. August 2004	Stellungnahme zu Drucksache 14/3254 Gespräch am 2. September 2004	Sven Lang (Jugendpfleger der Gemeinde Hagenbach)
5	27. August 2004	Unterlagen zu dem BLK-Schulentwicklungsprogramm „Demokratie lernen & leben“	Hans Berkessel (BBS Bingen, BLK-Projekt „Demokratie – Lernen und Leben“, „Politik vor Ort“)
6	27. August 2004	Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Elfter Kinder- und Jugendbericht – mit der Stellungnahme der Bundesregierung	Wissenschaftlicher Dienst
7	30. August 2004	Stellungnahme Jens Voll, Bund Deutscher PfadfinderInnen	Jens Voll (Bund Deutscher PfadfinderInnen)
8	30. August 2004	Stellungnahme Gunther Rohe, Sozialkundelehrer am Gymnasium Bad Bergzabern	Gunther Rohe (Sozialkundelehrer am Gymnasium Bad Bergzabern)
9	31. August 2004	Stellungnahme der Jungen Union Rheinland-Pfalz	Ralf Glesius (Landesgeschäftsführer der Jungen Union Rheinland-Pfalz)
10	31. August 2004	Stellungnahme des NABU Rheinland-Pfalz	Andreas Lukas (NABU Rheinland-Pfalz)
11	27. August 2004	Vorschläge zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“	Wissenschaftlicher Dienst
12	1. September 2004	Übersicht über die einzuladenden Kinder und Jugendlichen für das Gespräch am 15. Oktober 2004	Kommission
13	1. September 2004	Stellungnahme der Jusos Rheinland-Pfalz	Christian Schmitz (Landesvorsitzender der Jusos Rheinland-Pfalz)
14	1. September 2004	Stellungnahme der Jungen Liberalen	Bernhard Gässl (Landesvorsitzender der Jungen Liberalen)
15	2. September 2004	Stellungnahme der Multikulturellen Initiative für Interkulturelle Jugend-, Kultur- und Bildungsarbeit Mainz e. V.	Ali Özgenlik
16	3. September 2004	Stellungnahme von Herrn Lothar Zischke	Lothar Zischke
17	16. September 2004	Projektbeschreibung der Bertelsmann Stiftung zu dem Projekt „mit Wirkung!“	Wissenschaftlicher Dienst
18	20. September 2004	Stellungnahme des Katholischen Büros Mainz	Bernhard Nacke (Leiter des Katholischen Büros)



lfd. Nr.	Datum	Betreff	Einsender
19	30. September 2004	Zusammenstellung der Ergebnisse aus dem Fachgespräch am 2. September 2004	Wissenschaftlicher Dienst
20	1. Oktober 2004	Die Rechte der Kinder von Logo! einfach erklärt (Broschüre)	Wissenschaftlicher Dienst
21	12. Oktober 2004	Stellungnahme von Herrn Florian Foos	Florian Foos
22	13. Oktober 2004	Entwurf des Berichtsbogens	Wissenschaftlicher Dienst
23	12. November 2004	Ausarbeitung des MBFJ zum Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission (Punkt III, 5)	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend
24	23. November 2004	Evaluation zum KJP des Bundes	Wissenschaftlicher Dienst
25	24. November 2004	Zusammenstellung der Ergebnisse aus dem Gespräch am 15. Oktober 2004	Wissenschaftlicher Dienst
26	3. Dezember 2004	Vorschläge für „Best-Practice“-Projekte aus dem Bereich Schulen	Wissenschaftlicher Dienst
27	6. Dezember 2004	Stellungnahme der Grünen Jugend Rheinland-Pfalz	Daniel Köbler (Landesvorstandssprecher Grüne Jugend)
28	7. Dezember 2004	Zusammenstellung über „Best-Practice“-Projekte aus dem Bereich Schulen, die am 13. Januar 2005 besucht werden	Wissenschaftlicher Dienst
29	13. Dezember 2004	Stellungnahme von Herrn Florian Foos	Florian Foos
30	20. Januar 2005	Schlussfolgerungen der Fraktionen zu den „Best-Practice“-Projekten aus dem Bereich Kindertagesstätten	Wissenschaftlicher Dienst
31	20. Januar 2005	Vor-Ort-Besuche der Kindertagesstätten am 26. November 2004 Hier: die fünf wichtigsten Eindrücke	Wissenschaftlicher Dienst
32	20. Januar 2005	Vorschläge für „Best-Practice“-Projekte aus dem Bereich Beruf/Ausbildung/Hochschule	Wissenschaftlicher Dienst
33	20. Januar 2005	Vorschläge für „Best-Practice“-Projekte aus dem Bereich Kommunales Umfeld	Wissenschaftlicher Dienst
34	21. Januar 2005	Vor-Ort-Besuche der Kindertagesstätten am 26. November 2004 Hier: die fünf wichtigsten Eindrücke aus der Kita Wittlich-Neuerburg	Abg. Frau Meurer und Burgard
35	21. Januar 2005	Vorschläge für „Best-Practice“-Projekte aus den Bereichen Betrieb/Ausbildung/Hochschule und Kommunales Umfeld	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
36	24. Januar 2005	Zusammenstellung über „Best-Practice“-Projekte aus dem Bereich Betrieb/Ausbildung/Hochschule, die am 18. Februar 2005 besucht werden	Wissenschaftlicher Dienst
37	24. Januar 2005	Zusammenstellung über „Best-Practice“-Projekte aus dem Bereich Kommunales Umfeld, die am 10. März 2005 besucht werden	Wissenschaftlicher Dienst
38	1. März 2005	Zusammenfassung der Berichtsbögen über die Vor-Ort-Besuche der Kindertagesstätten am 26. November 2004	Wissenschaftlicher Dienst
39	3. März 2005	Erste Schlussfolgerungen der Fraktionen der SPD und FDP zu den „Best-Practice“-Projekten aus dem Bereich Schulen	Fraktionen der SPD und FDP

lfd. Nr.	Datum	Betreff	Einsender
40	11. März 2005	Anmerkungen der CDU zum Best-Practice-Termin „Lebensraum Schule“	Fraktion der CDU
41	11. März 2005	Vorschläge der Fraktion der CDU für den Best-Practice-Termin „Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher“	Fraktion der CDU
42	11. März 2005	Vorschläge der Fraktionen der SPD und FDP für den Best-Practice-Termin „Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher“	Fraktionen der SPD und FDP
43	11. März 2005	Zusammenstellung über „Best-Practice“-Projekte aus dem Bereich Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher	Wissenschaftlicher Dienst
44	14. März 2005	Schlussfolgerungen aus dem Vor-Ort-Termin „Schulen“	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
45	7. April 2005	Bestandsaufnahme und Bewertung von Initiativen zur Beteiligung von Jugendlichen (Ziffer III 6 des Einsetzungsbeschlusses)	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend
46	7. April 2005	Darstellung der Formen möglicher politischer Partizipation in den Lehrplänen der verschiedenen Schularten in Rheinland-Pfalz (Ziffer III 7 des Einsetzungsbeschlusses)	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend
47	11. April 2005	Gutachten zur Bestandsaufnahme aktueller wissenschaftlicher Forschungen zum Verhältnis von Jugend und Politik	Prof. Dr. Schrapper
48	18. April 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Beruf/Ausbildung/Hochschule“	Fraktionen der SPD und FDP
49	18. April 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Kommunales Umfeld“	Fraktionen der SPD und FDP
50	19. April 2005	Berichte Mitarbeiter	
51	19. April 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Beruf/Ausbildung/Hochschule“	Fraktion der CDU
52	19. April 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Kommunales Umfeld“	Fraktion der CDU
53	19. April 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Beruf/Ausbildung/Hochschule“	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
54	19. April 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Kommunales Umfeld“	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
55	19. April 2005	Vorschläge für den Best-Practice-Termin „Medien“ am 20. Mai 2005	Fraktionen der SPD und FDP
56	19. April 2005	Vorschläge für die Anhörung „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Fraktionen der SPD und FDP
57	20. April 2005	Vorschläge für die Anhörung „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Fraktion der CDU
58	25. April 2005	Entwurf einer Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche der Kindertagesstätten am 26. November 2004	Wissenschaftlicher Dienst
59	25. April 2005	Schlussfolgerungen der Fraktionen aus den Best-Practice-Terminen „Betrieb/Ausbildung/Hochschule“	Wissenschaftlicher Dienst

lfd. Nr.	Datum	Betreff	Einsender
60	25. April 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Kommunales Umfeld und praktische Demokratie“	Wissenschaftlicher Dienst
61	25. April 2005	Präsentation „Bestandsaufnahme aktueller wissenschaftlicher Forschungen zum Verhältnis von Jugend und Politik“ am 20. April 2005	Prof. Dr. Schrapper
62	2. Mai 2005	Schreiben des Staatssekretärs Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig an die Schulleiterinnen und Schulleiter der Sekundarstufe I und II in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Mitwirkung des Rings Politischer Jugend bei der politischen Bildung in der Schule	Wissenschaftlicher Dienst
63	12. Mai 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher“	Fraktionen der SPD und FDP
64	12. Mai 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher“	Fraktion der CDU
65	17. Mai 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher“	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
66	25. Mai 2005	Unterlagen zur Anhörung „Best-Practice Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Rheinpfalz – Jugendseite xpress
67	25. Mai 2005	Unterlagen zur Anhörung „Best-Practice Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Offener Kanal Trier
68	25. Mai 2005	Unterlagen zur Anhörung „Best-Practice Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Logo!
69	25. Mai 2005	Unterlagen zur Anhörung „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	RTL
70	25. Mai 2005	Unterlagen zur Anhörung „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Prof. Dr. Helga Theunert, JFF Institut für Medienpädagogik
71	27. Mai 2005	Vorschläge für eine Anhörung zum Thema „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-) Extremen und (rechter) Gewalt“	Abgeordnete Burgard und Wiechmann
72	27. Mai 2005	Vorschläge für Empfehlungen der Enquete-Kommission auf der Grundlage der Schlussfolgerungen zu den Best-Practice-Terminen „Schule“	Sachverständige Frau Portz-Schmitt
73	30. Mai 2005	Zusammenfassung der Berichtsbögen über die Vor-Ort-Besuche der Schulen am 13. Januar 2005	Wissenschaftlicher Dienst
74	6. Juni 2005	Schlussfolgerungen aus den Best-Practice-Terminen „Jugendarbeit und Freizeit organisierter und nicht organisierter Jugendlicher“	Wissenschaftlicher Dienst
75	6. Juni 2005	Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche der Kindertagesstätten am 26. November 2004	Wissenschaftlicher Dienst
76	9. Juni 2005	Entwurf einer Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche der Schulen am 13. Januar 2005	Wissenschaftlicher Dienst
77	9. Juni 2005	Überarbeitung Gutachten	Prof. Dr. Schrapper

lfd. Nr.	Datum	Betreff	Einsender
78	15. Juni 2005	Zusammenfassung der Berichtsbögen über die Vor-Ort-Besuche „Betrieb/Ausbildung/Hochschule“ am 18. Februar 2005	Wissenschaftlicher Dienst
79	16. Juni 2005	Unterlagen zur Anhörung „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	RadiJoJo GmbH
80	16. Juni 2005	Zusammenfassung des Gesprächs mit den Sachverständigen aus dem Bereich Jugendarbeit am 2. September 2004	Thorsten Jung
81	21. Juni 2005	Projektbericht 2004	Fanprojekt Mainz 05 e. V.
82	22. Juni 2005	Zusammenfassung des Gesprächs mit den Vertretern der politischen Jugendorganisationen am 3. Dezember 2004	Nadine Faulstich
83	22. Juni 2005	Zusammenfassung des Gesprächs mit den Kindern und Jugendlichen am 15. Oktober 2004	Heike Schinzel und Dr. Christine Kreuzer
84	22. Juni 2005	Schlussfolgerungen zur Anhörung „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Fraktion der CDU
85	22. Juni 2005	Fragenkatalog zur Anhörung zum Thema „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-) Extremen und (rechter) Gewalt“	Wissenschaftlicher Dienst
86	23. Juni 2005	Stellungnahme zur Anhörung zum Thema „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-) Extremen und (rechter) Gewalt“	Dr. Lutz Neitzert
87	23. Juni 2005	Stellungnahme zur Anhörung zum Thema „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-) Extremen und (rechter) Gewalt“	Leiter der Abteilung 6 „Verfassungsschutz“ im Ministerium des Innern und für Sport
88	24. Juni 2005	Präsentation zur Anhörung zum Thema „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-) Extremen und (rechter) Gewalt“ und Projektbericht 2004 von jugendschutz.net	jugendschutz.net
89	28. Juni 2005	Zusammenfassung der Berichtsbogen über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Mitbestimmung/Gremienarbeit“	Wissenschaftlicher Dienst
90	28. Juni 2005	Beteiligung des Landes und die vielfältigen Möglichkeiten des Schulfernsehens für die Schulen in Rheinland-Pfalz	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend
91	28. Juni 2005	Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche der Schulen am 13. Januar 2005	Wissenschaftlicher Dienst
92	28. Juni 2005	Distanz überwinden Evangelische Jugend trifft Politik	Prof. Dr. Andreas Thimmel
93	29. Juni 2005	Zusammenfassung der Berichtsbogen über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Jugendbildung/Aktivierung zur Eigeninitiative“	Wissenschaftlicher Dienst
94	11. Juli 2005	Schlussfolgerungen zur Anhörung „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
95	11. Juli 2005	Stellungnahme zum Gutachtenauftrag	Prof. Dr. Schrapper
96	14. Juli 2005	Schlussfolgerungen zur Anhörung „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Fraktionen der SPD und FDP

lfd. Nr.	Datum	Betreff	Einsender
97	18. Juli 2005	Schlussfolgerungen der Fraktionen zu den „Best-Practice“-Projekten aus dem Bereich „Jugend und Medien“	Wissenschaftlicher Dienst
98	27. Juli 2005	Zusammenfassung der Berichtsbogen über die Vor-Ort-Besuche zum Themenschwerpunkt „Jugendtreffs/Freizeitarbeit“	Wissenschaftlicher Dienst
99	2. August 2005	Unterlagen zur Anhörung der UN-Jugenddelegierten Hanna Labonté und Anne Spiegel am 14. Juli 2005	Hanna Labonté und Anne Spiegel
100	3. August 2005	Entwurf einer Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche Betrieb/Ausbildung/Hochschule am 18. Februar 2005	Wissenschaftlicher Dienst
101	3. August 2005	Zusammenfassung der Schlussfolgerungen aus den Lebensbereichen Kindertagesstätten, Schulen, Betrieb/Ausbildung/Hochschule, Demokratische Mitbestimmung/Gremienarbeit, Jugendbildung/Aktivierung zur Eigeninitiative, Jugendtreffs/Freizeitarbeit und Medien	Wissenschaftlicher Dienst
102	4. August 2005	Entwurf des allgemeinen Berichts	Wissenschaftlicher Dienst
103	17. August 2005	Schlussfolgerungen zur Anhörung „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)Extremen und (rechter) Gewalt“	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
104	18. August 2005	Entwurf einer Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche zu den Themenschwerpunkten „Demokratische Mitbestimmung/Gremienarbeit“, „Jugendbildung/Aktivierung zur Eigeninitiative“ und „Jugendtreffs/Freizeitarbeit“ am 10. März 2005 und 14. April 2005	Wissenschaftlicher Dienst
105	22. August 2005	Entwurf der Zusammenfassung des Gutachtens von Herrn Professor Dr. Schrapper zur Bestandsaufnahme aktueller wissenschaftlicher Forschungen zum Verhältnis von Jugend und Politik	Wissenschaftlicher Dienst
106	29. August 2005	Entwurf einer Zusammenfassung der vorgestellten „Best-Practice-Projekte“ aus dem Bereich „Medien“ am 20. Mai 2005	Thorsten Jung Wissenschaftlicher Dienst
107	29. August 2005	Entwurf einer Zusammenfassung der Anhörung der Enquete-Kommission zum Thema „Jugend und Medien“ am 20. Mai 2005	Wissenschaftlicher Dienst
108	29. August 2005	Entwurf einer Zusammenfassung der Anhörung „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)Extremen und (rechter) Gewalt“ am 22. Juni 2005	Wissenschaftlicher Dienst
109	29. August 2005	Öffentlichkeitsarbeit der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ Dokumentation und Auswertung der Seminar- und Besuchsprogramme (Oktober 2004 bis Juli 2005)	Abteilung II „Informationsdienste, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“
110	6. September 2005	Kommunikation zwischen Jugend und Politik – Voraussetzungen für einen Dialog	Prof. Dr. Andreas Thimmel
111	8. September 2005	Schlussfolgerungen zur Anhörung „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)Extremen und (rechter) Gewalt“	Fraktionen der SPD und FDP

lfd. Nr.	Datum	Betreff	Einsender
112	8. September 2005	Schlussfolgerungen zur Anhörung „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)Extremen und (rechter) Gewalt“	Fraktion der CDU
113	9. September 2005	Zusammenfassung über die Vor-Ort-Besuche Betrieb/Ausbildung/Hochschule am 18. Februar 2005	Wissenschaftlicher Dienst
114	20. September 2005	Schlussfolgerungen der Fraktionen zur Anhörung „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)Extremen und (rechter) Gewalt“	Wissenschaftlicher Dienst
115	21. September 2005	Öffentlichkeitsarbeit der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ Dokumentation und Auswertung der Seminar- und Besuchsprogramme (Oktober 2004 bis Juli 2005)	Abteilung II „Informationsdienste, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“
116	21. September 2005	Entwurf einer Zusammenfassung der Anhörung „UN-Jugenddelegierte“ am 14. Juli 2005	Wissenschaftlicher Dienst
117	21. September 2005	Zusammenfassung der Anhörung „Erfahrungen von Jugendarbeit mit (Rechts-)Extremen und (rechter) Gewalt“	Wissenschaftlicher Dienst
118	11. Oktober 2005	Kommunikation zwischen Jugend und Politik – Voraussetzungen für einen Dialog	Prof. Dr. Andreas Thimmel
119	12. Oktober 2005	Bestandsaufnahme und Bewertung von Initiativen zur Beteiligung von Jugendlichen (Ziffer III 6 des Einsetzungsbeschlusses) Hier: Rückfragen der Kommission in der Sitzung am 29. September 2005	Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend
120	10. November 2005	Allgemeiner Bericht – Teil C und H des Abschlussberichts	Wissenschaftlicher Dienst
121	15. November 2005	Vorläufige Beratungsgrundlage zu Tagesordnungspunkt 3 der Sitzung am 21. November 2005	Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
122	2. Dezember 2005	Beratungsgrundlage zu Tagesordnungspunkt 1 der Sitzung am 9. Dezember 2005	Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
123	5. Dezember 2005	Entwurf eines Vorworts (Teil A II des Berichts)	Fraktion der CDU
124	9. Dezember 2005	Änderungsvorschlag des Abgeordneten Nils Wiechmann	Abg. Nils Wiechmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
125	9. Dezember 2005	Abweichende Meinung der Abgeordneten Dr. Thomas Gebhart, Elfriede Meurer, Dorothea Schäfer, Angela Schneider-Forst (CDU), sowie der Sachverständigen Dr. Werner Blumenthal, Lothar Harles und Siglinde Hornbach-Beckers	Dr. Thomas Gebhart, Elfriede Meurer, Dorothea Schäfer, Angela Schneider-Forst (CDU), Sachverständige Dr. Werner Blumenthal, Lothar Harles und Siglinde Hornbach-Beckers
126	12. Dezember 2006	Abweichende Meinung des Abgeordneten Nils Wiechmann	Abg. Nils Wiechmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. Mitwirkung des Rings Politischer Jugend bei der politischen Bildung in der Schule

Schreiben des Staatssekretärs im Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend an die Schulleiterinnen und Schulleiter der Sekundarstufe I und II in Rheinland-Pfalz

Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend  
Der Staatssekretär

An  
alle Schulleiterinnen und Schulleiter der Sekundarstufe I und II in Rheinland-Pfalz

Tel.: 06131/16-4593  
Email: Katja.Bewersdorf@mbfj.rlp.de  
Bearbeiterin/Bearbeiter: Frau Bewersdorf  
Az.: 9323 – Tgb.Nr. 919/05  
Datum: 25.04.2005

Mitwirkung des Rings Politischer Jugend bei der politischen Bildung in der Schule

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend übermittle ich Ihnen ein Schreiben des Rings Politischer Jugend Rheinland-Pfalz, dessen Anliegen ich gerne unterstütze, zumal es auch ein ausdrückliches Anliegen der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ des Landtags in Rheinland-Pfalz ist.

Die Mitgliedsorganisationen des RPJ Rheinland-Pfalz haben sich zusammengetan, um den Schulen der Sekundarstufen I und II das Angebot zu unterbreiten, gemeinsam und in enger Abstimmung mit Ihnen oder auch den Lehrkräften für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Veranstaltungen in den Schulen (z.B. eine Podiumsdiskussion) durchzuführen, die zur politischen Bildung beitragen sollen. Dabei könnte es einerseits um allgemeine jugendpolitische Fragen gehen, darüber hinaus ist auch intendiert über die einzelnen Mitgliedsorganisationen des RPJ zu informieren und zur Mitarbeit aufzufordern. In Zeiten eines immer wieder beklagten Rückgangs des politischen Interesses und Engagements von Jugendlichen ein m.E. äußerst wichtiges Angebot.

Gerade weil sich die verschiedenen Mitgliedsorganisationen zusammengetan haben, um die Veranstaltungen möglichst jeweils mit mehreren oder gar mit allen durchzuführen, handelt es sich nicht um einseitige parteipolitische Werbung. Im Übrigen gehe ich davon aus, dass eine solche Veranstaltung in den gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht integriert wäre und durch Lehrkräfte begleitet würde.

In diesem Zusammenhang will ich auch nochmals auf die Verwaltungsvorschrift „Mitwirken von Fachleuten aus der Praxis bei schulischen Veranstaltungen“ hinweisen, die insoweit bei der Durchführung der Veranstaltung maßgeblich ist (VV vom 08. Juni 1992, GAmtsbl. S. 402).

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

PS:

Bei der Anlage handelt es sich um ein PDF-Dokument.

Bei Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte per E-Mail an Frau Bewersdorf (<mailto:Katja.Bewersdorf@mbfj.rlp.de>) oder telefonisch an das Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend (06131-16-4593).

Bei technischen Problemen im Zusammenhang mit EPOS wenden Sie sich bitte an die Hotline des Landesmedienzentrums (Herrn Günter Kraus) unter der Telefonnummer 0261-9702-363.



## RING POLITISCHER JUGEND Rheinland-Pfalz

RPJ Rheinland-Pfalz • Postfach 1230 • 55002 Mainz

An die  
Schulleiterinnen und Schulleiter  
der rheinland-pfälzischen Schulen

April 2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir als politische Jugendorganisationen sind aufgefordert, Initiativen zu entwickeln und aktiv zu bleiben, um junge Menschen für das gemeinsame Gestalten unserer Gesellschaft zu gewinnen.

Obwohl sich der Zugang der Jugendlichen zu den verschiedenen Organisationen verändert hat und Studien wie die Shell-Jugendstudie eine Skepsis gegenüber politischen Institutionen und parteipolitischen Akteuren belegen, außerdem eine gewisse Scheu vor langfristigen Bindungen und traditionellen Beteiligungsformen festzustellen ist, existiert weiterhin die grundsätzliche Bereitschaft und das Interesse an gesellschaftlichem Engagement. Entscheidend ist es, neue Wege des Zugangs zu erschließen. Wir wollen Angebote zum Mitmachen schaffen und jungen Menschen politische Teilhabe ermöglichen.

Mit der Einrichtung von Jugendparlamenten bzw. Jugendräten gehen einige Kommunen bereits Erfolg versprechende Wege, durch die Jugendliche direkt Erfahrungen mit der Demokratie sammeln, Gestaltungsmöglichkeiten in ihrer Kommune wahrnehmen und Ideen verwirklichen können, aber auch die Schwierigkeiten politischer Arbeit erfahren.

Für uns als **RING POLITISCHER JUGEND (RPJ)** ist es entscheidend, dass Jugendliche die Chance bekommen, ihre Interessen zu vertreten und sie möglichst auch durchzusetzen. Beteiligungsmodelle dürfen keine Alibiveranstaltung sein. Jugendliche müssen in ihren Anliegen ernst genommen werden - genauso wie andere gesellschaftliche Gruppen auch. Auf diese Weise kann Parteien- und Politikverdrossenheit verhindert und das Hineinwachsen von jungen Menschen in die parlamentarische Demokratie gefördert werden.

Wir haben es uns als politische Jugendvertretung zur Aufgabe gemacht, für dieses Engagement zu werben sowie Interessen und Aktionen zu bündeln. Wir haben auch die Aufgabe, Politik transparenter zu machen, damit Jugendliche Zusammenhänge verstehen und Lösungsvorschläge mitdiskutieren können.

Genau aus diesem Grunde wenden wir uns heute auch an Sie als Schulleiterin oder Schulleiter. Wir wollen unsere Bemühungen der Einbeziehung junger Menschen in die aktive, verantwortliche politische Mitarbeit verstärken und dafür auch an Ihrer Schule werben.

Wir bieten an, gemeinsam mit Ihnen Veranstaltungen der politischen Bildung an Ihrer Schule durchzuführen. Diese Veranstaltungen werden keiner parteipolitischen Werbung für nur eine Jugendorganisation dienen. Sie sollen vielmehr nur unter Beteiligung möglichst aller Mitgliedsorganisationen des RPJ angeboten werden.

## RING POLITISCHER JUGEND Rheinland-Pfalz

Die Mitgliedsorganisationen des RPJ Rheinland-Pfalz sind im Einzelnen:

- **Junge Union Rheinland-Pfalz**  
Rheinallee 1a-d, 55116 Mainz, [mail@ju-rp.de](mailto:mail@ju-rp.de)
- **Jusos Rheinland-Pfalz**  
Klarastraße 15 a, 55116 Mainz, [info@jusos-rp.de](mailto:info@jusos-rp.de)
- **Junge Liberale Rheinland-Pfalz**  
Am Linsenberg 14, 55131 Mainz, [lgst@julisrlp.de](mailto:lgst@julisrlp.de)
- **JungdemokratInnen / Junge Linke Rheinland-Pfalz**  
Postfach 1423, 55004 Mainz, [info@jd-rlp.de](mailto:info@jd-rlp.de)
- **Grüne Jugend Rheinland-Pfalz**  
Walpodenstraße 5, 55116 Mainz, [lgs@gj-rp.de](mailto:lgs@gj-rp.de)

Bei der Gründung 1950 stellte sich der RPJ in der Präambel der Geschäftsordnung folgende Aufgaben:

„Um gemeinsame, aktive Maßnahmen zur Verhinderung antidemokratischen Einflusses auf die junge Generation zu treffen und einen erneuten politischen Missbrauch der deutschen Jugend unmöglich zu machen, haben die politischen Jugendverbände der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien den Ring Politischer Jugend gebildet. Darüber hinaus wollen die Jugendverbände der demokratischen politischen Parteien ihre Bemühungen der Einbeziehung junger Menschen in die aktive, verantwortliche politische Mitarbeit verstärken. Ohne eine verantwortungsbewusste Mitwirkung der jungen Generation im politischen Leben hat Deutschland keine Zukunft.“

Diese Aussage ist trotz politischer Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen bis heute die politische Grundlage der Arbeit des RPJ geblieben.

Der RPJ hat nicht den Charakter und die Aufgaben einer eigenen Organisation. Die Behandlung und Entscheidung aller anstehenden Fragen wird vom Landesausschuss des RPJ geführt. Dieser Ausschuss setzt sich zusammen aus je einem stimmberechtigten Mitglied jedes Verbandes. Die Geschäftsführung wird zurzeit durch die Junge Union Rheinland-Pfalz ausgeübt.

Nur im Dialog werden wir gemeinsam politische Prozesse initiieren können. Andernfalls gefährden wir die demokratische Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, die auf sozial wie politisch handlungsfähige junge Menschen angewiesen ist.

Sollten Sie an Informationsveranstaltungen auch in Ihrer Schule interessiert sein, so wenden Sie sich bitte an uns als den geschäftsführenden Verband. Wir werden dann gerne alles Weitere für Sie in die Wege leiten. Bitte beachten Sie hierzu auch das beiliegende Rückantwort-Formular.

Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung bereits im Voraus und stehen Ihnen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

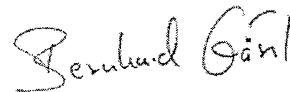
Mit freundlichen Grüßen



Martin Binder  
Landesvorsitzender  
Junge Union Rheinland-Pfalz



Sonja Pellin  
Landesvorsitzende  
Jusos Rheinland-Pfalz



Bernhard Gässl  
Landesvorsitzender  
Junge Liberale Rheinland-Pfalz



Daniel Köbler  
Landesvorstandssprecher  
Grüne Jugend Rheinland-Pfalz



Astrid Papendick  
Landesvorsitzende  
JungdemokratInnen/Junge Linke Rheinland-Pfalz